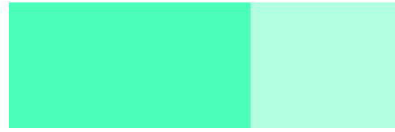


ARBEITSHEFT



Nr. 24

Dr. Friedrich Stamp

**Zwangsarbeit in der Metallindustrie
1939 - 1945
Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern**

Eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung

Berlin, November 2001

**Otto
Brenner
Stiftung**

Otto Brenner Stiftung
Heike Kauls
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
Tel. : 030 - 25 39 60 10
Fax: 030 - 25 39 60 11
email: obs@igmetall.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Dr. Friedrich Stamp
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 9
25524 Itzehoe

Tel. : 04821 - 4 18 10

email: Friedrich.Stamp@web.de

Inhaltsverzeichnis

Zwangsarbeiter- und KZ-Häftlingseinsatz in „Dritten Reich“: ein Überblick	3
Die Einsatzorte in der Metallindustrie von Mecklenburg und Vorpommern	12
Der „Ausländereinsatz“ in den Betrieben	24
Der Arbeitslohn und die gesetzlichen Abzüge	39
Die Verpflegung	44
Die Bekleidung	50
Hygiene und medizinische Versorgung	52
Die Unterkünfte	61
Die Freizeit vom Lager und am Einsatzort	72
Die alltägliche Unterdrückung: Diskriminierung und Kriminalisierung	79
Verweigerung und Widerstand	90
Schicksale am Kriegsende: Befreiung oder Tod	108
Verantwortung und Entschädigung für die Opfer	118
Anmerkungen	128
Abkürzungen	163
Quellen- und Literaturverzeichnis	165

Zwangsarbeiter- und KZ-Häftlingseinsatz in „Dritten Reich“: ein Überblick

Für die meisten Zeitgenossen liegt das Problem der NS-Zwangsarbeit weit außerhalb ihrer persönlichen Erfahrungswelt. Schließlich liegt die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft schon 56 Jahre hinter uns. Mit dem Schicksal der Zwangsarbeiter sind wir nur vermittelt über das Fernsehen und die Tagespresse als einem von vielen Themen konfrontiert. Die öffentliche Berichterstattung konzentrierte sich dabei auf den nicht enden wollenden Streit um die Entschädigung für Zwangsarbeit, und für manche Bürger mag der Eindruck entstehen, wieder einmal stritten sich Interessenverbände und Politiker um Geld, um für den Normalverdiener kaum vorstellbare Milliardensummen. Ein Bezug zwischen der politischen Debatte und der alltäglichen Umgebung der Bürger, der Region, dem Wohnort und dem Arbeitsplatz, wurde und wird nur unzureichend vermittelt. Für die heute be-tagten ehemaligen Zwangsarbeiter jedoch ist die Erinnerung an die Arbeitsorte vor 60 Jahren noch lebendig, so weit sie auch heute in ihrer alten Heimat, der Ukraine, in Frankreich oder Italien oder in ihrer zweiten Heimat wie den USA oder Israel von Neubrandenburg, Rostock oder Wismar entfernt leben mögen. Ihre niedergeschriebenen Erinnerungen und Zeugenaussagen, die Berichte von überlebenden deutschen NS-Gegnern und die zwischen 1939 und 1945 von der Staatsbürokratie nach Vorschrift angelegten Akten über den „Arbeitseinsatz“ von Bürgern fremder Nationalität können uns helfen, das nach heutigen Maßstäben kaum für möglich zu haltende Geschehen in unserem Land zu verstehen.

Die Ausbeutung und Unterdrückung der angeworbenen oder ins Land verschleppten Ausländer in Mecklenburg und den bis 1945 zum preußischen Regierungsbezirk Stettin gehörigen vorpommerschen Landkreisen unterschied sich dabei prinzipiell nicht von der nationalsozialistischen Ausländerpolitik in anderen Regionen des zentralistisch geführten Führerstaates. Daher soll im folgenden die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in der Metallindustrie Mecklenburg-Vorpommerns von 1939 bis 1945 im Kontext der Gesamtentwicklung im Deutschen Reich erläutert werden.

Ausländische Arbeiter wurden in nahezu allen Branchen während des Krieges eingesetzt. Dennoch ist die Metallindustrie in der agrarisch geprägten Region Mecklenburg-Vorpommern nicht als ein beliebiges Beispiel für die Beschäftigung von Fremdarbeitern anzusehen, denn die Metallverarbeitung nahm in der Kriegswirtschaft einen überragenden Stellenwert ein, der sich nicht allein in den Produktionssteigerungen von Rüstungsgütern wie Munition, Schiffen und (in Mecklenburg besonders) Kampfflugzeugen manifestierte, sondern sich auch im Masseneinsatz von deutschen und ausländischen Arbeitskräften zeigte.

Zu Beginn der Machtübernahme Hitlers im Frühjahr 1933 und auch in den „Friedensjahren“ bis 1933 hatte es angesichts eines Millionenheeres von Arbeitslosen insbesondere in der Industrie kaum einen Bedarf an der Beschäftigung von Ausländern gegeben. Mitte 1939 waren in Deutschland auf Grund von bilateralen Abkommen lediglich 37.000 Italiener, 15.000 Jugoslawen, 12.000 Ungarn, 5.000 Bulgaren und 4.000 Niederländer als Landarbeiter tätig¹. Im nicht-landwirtschaftlichen Bereich arbeiteten 183.000 Ausländer und in der Gesamtwirtschaft 301.000 zivile Ausländer. Das entsprach einem Prozentsatz von 0,8 aller Beschäftigten². In Mecklenburg lebten 1938 13.263 Ausländer³ und auch im Folgejahr hielten sich nur wenig mehr als 23.000 ausländische Arbeitnehmer im Land auf⁴. 1.427 Ausländer waren im Mai 1939 in Rostock gemeldet⁵.

Seit 1933 bereits lebten die Deutschen in einem System unfreier Arbeit, in dem die Freiheit der Berufswahl immer stärker eingeschränkt wurde. Seit 1933 ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung beraubt wurde 1934 den deutschen Arbeitnehmern mit dem „Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes“ der Arbeitsplatzwechsel untersagt, namentlich in der Metallindustrie und in der Landwirtschaft. 1938 wurde der Zwang zur Arbeit in einem bestimmten Betrieb und am 10. Juni 1939 eine allgemeine Arbeitspflicht eingeführt. In der Summe waren in Deutschland etwa 1,8 Millionen Menschen in unfreien Arbeitsverhältnissen wie dem Reichsarbeitsdienst oder als Dienstverpflichtete beschäftigt⁶. Unfreie Arbeit war also im „Dritten Reich“ längst zur Normalität geworden. Auch auf Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg mit dem Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter aus Belgien und Kriegsgefangenen aus den Entente-Staaten konnten die Nationalsozialisten in ihrer Kriegsvorbereitung zurückgreifen.

Gleichwohl scheint der millionenfache Einsatz von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen vor dem Zweiten Weltkrieg nicht geplant gewesen zu sein⁷. Zum einen war die NS-Führung von einem schnellen deutschen Sieg überzeugt. Zum anderen konfliktierte der Einsatz von „Fremdvölkischen“ im Deutschen Reich mit dem rassistischen Menschenbild des Nationalsozialismus. Dem alternativen Einsatz von deutschen Frauen standen jedoch gleichermaßen ideologische Vorbehalte entgegen. Schließlich wies der Nationalsozialismus den Frauen die Rolle der Gebärerin und des Mittelpunkts der Familie zu. In einer Güterabwägung entschieden sich die nationalsozialistischen Machthaber letztlich gegen den Masseneinsatz deutscher Frauen und für die Ausnutzung ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft⁸. Ein Entscheidungsgrund hierfür war auch, „daß der deutschen Bevölkerung durch die Hereinnahme von Ausländern weniger von den Kriegslasten aufgebürdet werden mußte und so das Risiko sozialer Unruhe unter der deutschen Bevölkerung geringer wurde“⁹.

Die Verschleppung und Ausbeutung von Ausländern war allerdings nicht allein ein Mittel der deutschen Kriegswirtschaft, sondern auch in den nationalsozialistischen Neuordnungsplänen für die Nachkriegszeit sollte die Bevölkerung in den west- und osteuropäischen Staaten auf den Status von Hilfsvölkern beschränkt der großdeutschen Wirtschaft zur Verfügung stehen¹⁰. In einer NS-Propagandaschrift heißt es ideologisch verbrämt: „Ein großer Prozentsatz der Fremdarbeiter wird auch nach dem Siege noch in unseren Gauen bleiben, um dann, auf Aufbauarbeit umgeschult, zu vollenden, was der Kriegsausbruch hinderte [...] Die Heimkehrer werden unterdessen – in Deutschland zu begehrten Facharbeitern herangebildet – die Leistungsfähigkeit der gesamten europäischen Industrie steigern [...]“¹¹

Dass der „Reichseinsatz“ weder auf freiwilliger Basis zu erfolgen hatte noch zum beiderseitigem Vorteil Deutschlands und seiner europäischen Nachbarn konzipiert war, mussten als erste die Tschechen aus dem Protektorat „Böhmen und Mähren“ schmerzlich feststellen, die schon 1939 gegen ihren Willen Arbeit in Deutschland verrichteten¹². Nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 kam es zum ersten Mal zum massenhaften Einsatz von ausländischen Arbeitskräften im „Dritten Reich“. Polnische Kriegsgefangene ersetzen einberufene Deutsche an deren Arbeitsplätzen. Bis Jahresende 1939 wurden 300.000 polnische Soldaten als Landarbeiter vor allem für Erntearbeiten eingesetzt¹³. Polen wurde als Arbeitskräfte-reservoir des Deutschen Reiches behandelt¹⁴. Im besiegten Polen wurde bereits am Tag der Kapitulation eine deutsche Arbeitsverwaltung mit 70 Dienststellen eingerichtet¹⁵, die nicht nur der Erfassung polnischer Zivilarbeitskräfte dienen sollte, sondern ab 1940 auch Pflichtkontingente an Arbeitskräften festsetzte, die jedes polni-

sche Dorf zu stellen hatte¹⁶. Bei Unterschreitung des Kontingents musste das Dorf mit der Wegnahme des Großviehs bis zur Aussiedlung der Einwohner rechnen¹⁷. Am 15. Mai 1940 erließ der deutsche Generalgouverneur in Polen, Hans Frank, für alle polnischen Männer und Frauen der Jahrgänge 1915 bis 1924 die allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland¹⁸. Auf Razzien erfasste die Polizei alle arbeitslosen Polen und verpflichtete diese zum Arbeitseinsatz im Reich. Bei nicht Ausführung des Ausreisebefehls wurden zunächst Geldbußen, später auch Gefängnisstrafen, KZ-Haft und in Einzelfällen sogar die Todesstrafe verhängt¹⁹. Durch Terror von Seiten der SS sollte den Anwerbungen Nachdruck verholfen werden. Bis Ende Juni konnten auf diese Weise 310.000 polnische Zivilarbeiter zur Arbeit nach Deutschland gebracht werden. Die in Deutschland gefangen gehaltenen polnischen Soldaten wurden im Sommer 1940 aus der Gefangenschaft entlassen, sofern sie jede der ihnen vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit annahmen²⁰. Zusammen mit diesen in den Zivilarbeiterstatus überführten Kriegsgefangenen arbeiteten nunmehr 700.000 Polen im Deutschen Reich²¹. Diese Zahl der Anwerbungen und Deportationen blieb aber noch deutlich unter der vom Generalgouverneur Frank geforderten einer Million polnischer Arbeitskräfte²². Diese Schere zwischen dem Bedarf der deutschen Wirtschaft – und hier immer mehr der für die Rüstung produzierenden Metallindustrie – und den tatsächlich verfügbaren ausländischen Arbeitern sollte sich trotz der im Kriegsverlauf stark anwachsenden Zahl der Fremdarbeiter im Reich weiter öffnen. Nach dem für die Wehrmacht erfolgreichen „Westfeldzug“ wurden im Mai und Juni 1940 1,6 Millionen französische Kriegsgefangene ins Reich gebracht²³, von denen bis zum Oktober des Jahres 1,1 Millionen auf Arbeitskommandos aufgeteilt wurden.

Der größte Teil der farbigen französische Kriegsgefangenen blieb in Gefangenenlagern in Frankreich²⁴. Farbige Franzosen sollten „vorläufig nicht zur Arbeit eingesetzt werden“, hieß es auch auf einem Plakat in Schwerin. Franzosen algerischer Herkunft sollten dagegen arbeiten, weil sie als „deutschfreundlich eingestellt“ galten. Gewarnt wurde um so mehr vor den „tierischen Instinkten“ der Franzosen afrikanischer Abstammung: „Nach einem Transport in ein Lager wurde einem deutschen Feldwebel von einem Schwarzen die Kehle durchgebissen.“²⁵ Schon dieser Ausschluss Gefangener afrikanischer Herkunft vom Arbeitseinsatz verweist auf die rassistischen Motive für die Behandlung von Ausländern, die auch im Widerspruch zu den Verwertungsinteressen der Industrie stehen konnten.

Nach dem Sieg über Frankreich schien der größte Arbeitskräftemangel für das Deutsche Reich behoben. Belgische, holländische und nach der Besetzung Dänemarks und Norwegens im April 1940 in deutsche Gefangenschaft geratene norwegische Soldaten sowie ein Teil der französischen Kriegsgefangenen wurden nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens aus den Kriegsgefangenen-Stammlagern (Stalags) in die Heimat entlassen²⁶. Maßgeblich für die Entlassung der Kriegsgefangenen war dabei die vermeintliche „germanische“ Abstammung der Norweger, Holländer und Flamen, während zum Beispiel Belgier aus der Wallonie zur weiteren „Sichtung“ bis zum Kriegsende als billige Arbeitskräfte in Gefangenschaft blieben²⁷. Zugleich vollzog sich im Sommer 1940 ein Wandel in der sektoralen Verteilung der Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeiter. Hatten vor dem Frankreichfeldzug im April 1940 nur 6% der Kriegsgefangenen in der gewerblichen Wirtschaft gearbeitet, so wurden drei Monate später schon 35% von ihnen in der Industrie und im Handwerk eingesetzt²⁸.

Diese Tendenz ist auch eindeutig für die metallverarbeitende Industrie festzustellen. Während im Mai 1939 nur etwa 5000 Ausländer in der deutschen Metallindustrie

arbeiteten, waren dies im gleichen Monat des Jahres 1940 knapp 29.000 ausländische Zivilarbeiter und ca. 1.500 Kriegsgefangene. Zwölf Monate später arbeiteten schon über 140.000 zivile Ausländer und fast 90.000 Kriegsgefangene in diesem kriegswichtigen Wirtschaftszweig²⁹. Insgesamt hatte sich bis Ende Mai 1941 die Zahl der ausländischen Zivilisten und Kriegsgefangenen auf 1,75 bzw. 1,27 Millionen erhöht³⁰. 13,7% der Zwangsarbeiter wurden zu diesem Zeitpunkt in „A-Firmen“, das heißt Industrieunternehmen mit Wehrmarchtaufträgen, eingesetzt³¹.

Unter den 3,5 Millionen am 1. Oktober 1941 im Deutschen Reich arbeitenden Ausländern befanden sich 1,4 Millionen Kriegsgefangene, davon eine Million Franzosen, und eine Million Zivilarbeiter aus Polen, 270.000 Italiener, 220.000 Tschechen und 122.000 Belgier³². Schon 1940 hatten Arbeitsvermittlungsbüros in den besetzten nord- und westeuropäischen Ländern mit der Anwerbung von Zivilarbeitern für den „Reichseinsatz“ begonnen. Gleichzeitig entsandten deutsche Unternehmen eigene Rekrutierungsagenten³³. In Dänemark waren unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse, d.h. einer Arbeitslosenquote von 16 bis 18% (der gewerkschaftlich Organisierten) im Sommer und über 35% im Dezember 1940, 27.000 Arbeiter zu einer Arbeit in Deutschland bereit³⁴. Auch in den Niederlanden war die Zahl der Erwerbslosen von April bis Dezember 1940 von 157.000 auf 253.000 gestiegen. Fast 100.000 beschäftigungslose Niederländer ließen sich in diesem Jahr nach Deutschland anwerben³⁵. Doch die Zahl der angeworbenen „Westarbeiter“ sollte sich trotz des Drucks der Besatzungsmacht und der mit dieser zusammenarbeitenden belgischen, französischen und niederländischen Behörden auf die Arbeitslosen sich nicht wie gewünscht erhöhen.

Das französische Vichy-Regime schlug 1940 den Austausch von Kriegsgefangenen gegen Zivilarbeiter vor. Deutsche Stellen wiesen dies Angebot zurück, weil sie die Gefangenen als Faustpfand weiter gegen die französische Regierung in der Hand behalten wollten. Erst 1942 ging der von Hitler zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannte thüringische NSDAP-Gauleiter, Fritz Sauckel, wegen des großen Facharbeitermangels – in der deutschen Metallindustrie mussten im Herbst 1941 300.000 Stellen unbesetzt bleiben – auf den französischen Vorschlag der Ablösung („Relève“) ein.³⁶

Mit seinen Verbündeten Italien, Bulgarien, Kroatien und der Slowakei schloss, das Deutsche Reich Staatsverträge über den Einsatz von Arbeitskräften, so auch mit Spanien³⁷. In den okkupierten Staaten Westeuropas ging die Besatzungsmacht zur Rekrutierung von Arbeitskräften jedoch bereits 1940 zum Teil zu Zwangsmaßnahmen über. Zu den ersten Zwangsrekrutierten zählten spanische Republikaner, die vor der franquistischen Verfolgung nach Frankreich geflüchtet waren. Im gleichen Jahr noch wurden polnischstämmige Franzosen nach Deutschland verschleppt³⁸.

Mit dem „Unternehmen Barbarossa“ genannten Überfall auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 ging die Phase der siegreichen „Blitzkriege“ der Wehrmacht in die Phase eines langen, verlustreichen und in einer katastrophalen Niederlage mündenden Abnutzungskrieges über. Im Herbst 1941 erfasste auch die bis dahin vor Rekrutierungen geschützten Rüstungsbetriebe eine massive Einberufungswelle³⁹. Ohne Ausländerbeschäftigung wäre seit Ende 1941 die militärisch erforderliche Rüstungsproduktion nicht mehr möglich gewesen⁴⁰. Vor dem Krieg hatte die NSDAP-Parteiführung, das Reichssicherheitshauptamt und die SS jedwede Beschäftigung von Russen in Deutschland aus „rassischen“ und sicherheitspolitischen Gründen ausgeschlossen. Man fürchtete zudem, ungeachtet der in der Bevölkerung verbreiteten antirussischen Einstellung, die Möglichkeit von Solidarierungen russischer

und deutscher Arbeiter in den Betrieben⁴¹. Da eine Beschäftigung der bis Ende 1941 in deutsche Hände geratenen 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen noch nicht für notwendig gehalten wurde, solange die Wehrmacht scheinbar unaufhaltsam Richtung Moskau vorrückte, wurden die hinter der Front in Lagern gehaltenen Gefangenen ihrem Schicksal überlassen. Mehr als die Hälfte dieser Kriegsgefangenen starben bis zum Ende des Jahres an Hunger, Kälte und Krankheiten⁴². Die Wehrmacht und deren politische Führung fühlte sich bei der Behandlung der gefangenen Russen nicht an das Kriegsvölkerrecht gebunden. Ausschlaggebend für den barbarischen Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen war der nationalsozialistische Rassenhass und fanatische Antibolschewismus⁴³.

Auch für Mecklenburg ist die hohe Todesrate unter den sowjetischen Kriegsgefangenen überliefert. So berichtete der NSDAP-Gauleiter Friedrich Hildebrandt im November 1941 der Parteikanzlei, dass 1.000 der 5.000 im Land eingetroffenen Russen bereits verstorben seien. Außerdem würden „täglich Erschießungen und sonstige Todesfälle gemeldet.“⁴⁴

Die Entscheidung für die Beschäftigung russischer Kriegsgefangener fiel erst nach einem langen Streit innerhalb der NS-Führung und wurde im November 1941 von Hermann Göring verkündet. Der Kompromiss zwischen der rassistischen Ideologie und der kriegswirtschaftlichen Logik bedeutete für die Kriegsgefangenen einen Arbeitseinsatz mit maximaler Ausbeutung, schlechter Behandlung und Ernährung sowie Todesstrafe auch bei geringen Vergehen⁴⁵. Überdies wurden tausende sowjetische Kriegsgefangene der SS zu Arbeitszwecken in den Konzentrationslagern bzw. deren Außenlagern überlassen⁴⁶.

Ende Januar 1942 wurden indes erst knapp 150.000 sowjetische Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt, davon lediglich 5.284 in der Eisen- und Metallindustrie. Auch Vorurteile der Rüstungsunternehmen über die Untauglichkeit der „Bolschewisten“ standen deren Einsatz anfangs im Wege⁴⁷. An die Genfer Konvention, die die Beschäftigung von Kriegsgefangenen für die Rüstung untersagte, fühlte sich das Deutsche Reich in Bezug auf den Arbeitseinsatz von gefangenen Rotarmisten allerdings nicht gebunden. Als Legitimation für diese Völkerrechtsverletzung diente der NS-Führung die Tatsache, dass die UdSSR dieses internationale Abkommen nicht unterzeichnet hatte⁴⁸.

Im Juni des Jahres arbeiteten bereits über 60.000, Ende September 1942 über 100.000 und Mitte Juli 1944 und Mitte August 1944 wenig unter 140.000 sowjetische Kriegsgefangene in der Eisen- und Metallgewinnung und -verarbeitung des Deutschen Reiches⁴⁹.

Bald nach der Grundsatzentscheidung für den Arbeitseinsatz von gefangenen Rotarmisten wurde im Winter 1941 auch mit der Anwerbung von Zivilarbeitern in den von der Wehrmacht besetzten Teilen der UdSSR begonnen. Vom Frühjahr 1942 bis Mitte 1944 kamen insgesamt 2,8 Millionen „Ostarbeiter“ ins Reich⁵⁰, darunter 2,3 Millionen Ukrainer⁵¹. Als „Ostarbeiter“ bezeichnet und entsprechend diskriminierend behandelt wurden „Arbeitskräfte nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien [Weißrussland, F.St.] oder in Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen“⁵².

Trotz des in den besetzten Gebieten grassierenden Hungers⁵³ fanden sich zunehmend weniger Sowjetbürger bereit, ihre Familien zu verlassen und in Deutschland zu arbeiten. Denn die Berichte über das millionenfache Sterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die schlechten Arbeitsbedingungen der Russen, Weißrussen und Ukrainer im Deutschen Reich strafen die Versprechungen der deutschen Anwerber in den besetzten Gebieten Lügen. Daher wurden zum Beispiel in Kiew zur

Beschaffung von Arbeitskräften Kinos, Märkte und Geschäfte umstellt, alle Arbeitsfähigen in Gewahrsam genommen⁵⁴ und vor allem junge Männer und Frauen in Eisenbahnzügen zur Arbeit ins Reich geschafft. Noch auf dem Rückzug aus den besetzten Ostgebieten verschleppten die geschlagenen deutschen Truppen, die Gruppe Armee Ukraine und die Heeresgruppe Mitte, 526.171 Sowjetbürger.⁵⁵ In Estland wurden die Menschenverluste während der deutschen Besetzung auf 130.000 beziffert. Für Litauen schätzt man die Zahl der Verschleppten auf 200.000 und in Lettland auf fast 280.000⁵⁶. Unter den Verschleppten befanden sich viel junge Mädchen, denn nach der Vorschrift der Behörden sollte die Hälfte der aus den Sowjetrepubliken nach Deutschland gebrachten Arbeitskräfte Frauen sein, um so sexuelle Kontakte zwischen Russen und deutschen Frauen verhindern zu helfen⁵⁷.

Auch aus allen anderen mit Deutschland verbündeten oder von der Wehrmacht besetzten Ländern Osteuropas wurden die wirtschaftlichen Notlagen ausnutzend oder auf Grundlage von Zwangsgesetzen Arbeitskräfte zur Arbeit im Reich rekrutiert. Die Zahl der ungarischen Arbeiter konnte von 1941 bis 1942 mit 40.000 Männern und Frauen fast verdoppelt werden. 1942 dürften ca. 30.000 Bulgaren im Reich gearbeitet haben, fast viermal so viel wie im Vorjahr. Und auch die Zahl der serbischen und kroatischen Fremdarbeiter von zusammen 70.000 im Jahre 1941 wuchs im Folgejahr auf 100.000 Köpfe an⁵⁸.

Die 32.000 Jugoslawen, die bereits 1941 nach Erfüllung ihrer in den ersten Kriegsjahren noch befristeten Arbeitsverträge von Deutschland wieder in ihr Heimatland zurückkehrten, sollen mit ihren Berichten über die unzulängliche Ernährung und die generell schlechten Lebensumstände weitere Anwerbungen erschwert und die oppositionelle Einstellung in der Bevölkerung gegenüber den Achsenmächten Deutschland und Italien nicht unwesentlich beeinflusst haben⁵⁹. Nur durch die Einführung von Dienstverpflichtungen für serbische Männer zwischen 18 und 25 und unverheirateten Frauen zwischen 21 und 35 Jahren erreichte die Besatzungsmacht 1943 eine leichte Steigerung der Zahl der serbischen Zwangsrekrutierten⁶⁰.

In den tschechischen Ländern überprüften die Arbeitsämter bis Anfang 1943 die Einsetzbarkeit von 825.000 Männern und 440.000 Frauen in der Rüstungsindustrie. Im Mai 1943 waren knapp 250.000 Tschechen als Zwangsarbeiter in Deutschland tätig⁶¹. Zunehmend mehr Tschechinnen und Tschechen versuchten, durch Heirat, Schwangerschaft oder sogar Selbstverstümmelung dem Arbeitseinsatz zu entgehen⁶². In Polen wurden 1942 knapp 400.000, 1943 175.000 und 1944 etwa 52.000 Arbeitskräfte zur Arbeitsaufnahme im Reich verpflichtet⁶³. Nachdem Anwerbekampagnen weitgehend erfolglos geblieben waren, wirken nun auch Zwangsmaßnahmen. Eine 1943 in Griechenland beabsichtigte Zwangsmobilisierung von Arbeitskräften für die deutsche und italienische Kriegswirtschaft rief Massenproteste hervor. Die Besatzungsmacht sah daher von der geplanten Maßnahme ab.⁶⁴

In den besetzten Staaten Westeuropas war die Besatzungsmacht 1942 wie bis dahin schon in Osteuropa zum Teil zur gewaltsamen Deportation von Arbeitskräften übergegangen. Im September des Jahres hatte Hitler auf einer Konferenz mit seinem Rüstungsminister Albert Speer sich „mit jeder Zwangsmaßnahme einverstanden“⁶⁵ erklärt. „Wir verdauen die besetzten Gebiete.“, nannte der Propagandaminister Joseph Goebbels diese brutale Arbeitskräftepolitik⁶⁶. Trotzdem konnten die Forderungen der deutschen Stellen und der Rüstungswirtschaft im Reich nicht annähernd erfüllt werden. Von den im I. Quartal 1943 angeforderten 111.000 belgischen Arbeitskräften konnten nur etwa 59.000 gestellt werden, darunter 37.000 von der Rüstungsindustrie gesuchte Metallfacharbeiter⁶⁷. Auch in Frankreich blieben vier so genannte Sauckel-Aktionen zur Beschaffung von Arbeitskräften trotz der Ko-

operationsbereitschaft der Regierung Laval hinter den Erwartungen zurück. Von der dritten Sauckel-Aktion im Mai und Juni 1943 betroffene Arbeiter flüchteten zu tausenden in die Berge, andere schlossen sich der Maquis, der französischen Partisanenbewegung, an⁶⁸. Aber auch innerhalb der NS-Führung herrschte fortwährend ein Streit um den optimalen Einsatz französischer Arbeitskräfte. Der Rüstungsminister, Albert Speer, konnte durchsetzen, dass einige für die Wehrmacht arbeitende Rüstungsbetriebe in Frankreich als so genannte S(perr)-Betriebe zu behandeln waren, deren Belegschaftsangehörige von Deportationen ins Deutsche Reich ausgenommen waren⁶⁹.

Auch von den vorgesehenen 254.000 Zwangsanwerbungen holländischer Arbeiter konnten mit 163.600 nur knapp zwei Drittel tatsächlich nach Deutschland deportiert werden⁷⁰. Gelang es Sauckel noch vom Ende 1942 bis Ende 1943, rund 745.000 Arbeitskräfte aus den Niederlanden, Belgien und Frankreich nach Deutschland zu bringen, so verringerte sich neun Monate später die Zahl der im Reich eingesetzten zivilen Arbeitskräfte⁷¹. Statt der geplanten vier Millionen zusätzlicher Arbeitskräfte aus West- und Südeuropa, konnte der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz 1944 nur eine Million zusätzliche Zivilarbeiter und 186.000 Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft neu einsetzen⁷².

Die Einsatzzahlen italienischer Arbeitskräfte lagen ebenso unter den festgelegten Plänen. Die Italiener waren zum Teil schon 1939 zur Arbeit nach Deutschland und hier hauptsächlich zur Landarbeit gekommen. Von Mai 1939 bis September 1941 konnten zwar noch etwa 270.000 Italiener angeworben werden. Im November 1942 waren allerdings nur noch knapp 200.000 italienische Arbeitskräfte im Reich⁷³. Eine 1941 zwischen den beiden Achsenmächten vereinbarte Entsendung von 200.000 italienischen Arbeitskräften für die deutsche Metallindustrie⁷⁴ konnte nicht verwirklicht werden. Die nach Deutschland gekommenen Italiener verließen häufig enttäuscht von den Arbeitsbedingungen, die sich von den Versprechungen bei der Anwerbung krass unterschieden, nach Vertragsende oder nicht selten schon vorzeitig die Arbeitsstelle. Adolf Hitler plante deswegen, die Italiener durch „Ostarbeiter“ zu ersetzen: „Es ist nützlicher ich lerne einen Russen an, als ich versuche es mit einem Süditaliener, der mir nach sechs Wochen guten Tag sagt.“⁷⁵

Als die Mesalliance zwischen Hitler-Deutschland und dem Italien Benito Mussolinis, nach dem Sturz des „Duces“ am 25. Juli 1943 und dem Kriegsausritt am 8. September des Jahres zerbrach, wurden die Italiener aus der Sicht der Deutschen zu Verrätern⁷⁶. Alle im Reich befindlichen italienischen Zivilarbeiter, im November 1943 120.000⁷⁷, hatten bis zum Kriegsende in Deutschland zu bleiben⁷⁸. Die 600.000 italienischen Soldaten, die von den deutschen Truppen entwaffnet werden konnten, wurden in Viehwaggons zum Arbeitseinsatz nach Deutschland bzw. ins Generalgouvernement transportiert. Mit dem für sie geschaffenen Status von „Italienischen Militär-Internierten“ wollte das Reich das 1929 in der Genfer Konvention festgelegte Verbot der Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Rüstungsproduktion umgehen⁷⁹. Über ein Drittel der Militärinternierten arbeitete bis zum Kriegsende in der deutschen Metallindustrie⁸⁰.

Ein Aufruf Sauckels an die italienischen Arbeiter im deutsch besetzten Teil der Apenninenhalbinsel zur freiwilligen Arbeitsaufnahme im Reich erwies sich als Fehlschlag⁸¹. Die von der deutschen Besatzungsmacht abhängige und im norditalienischen Salò residierende Regierung der Repubblica Socialista Italiana verpflichtete daraufhin die Jahrgänge 1920 bis 1926 zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich⁸². Doch wie in Frankreich entzogen sich auch in Italien 1944 viele Männer und Frauen den Dienstverpflichtungen zur Arbeit in Deutschland⁸³. Am 20. Juli 1944 sagte Hitler in einem Gespräch mit Mussolini die Überführung der Mannschaften der Militärinter-

nierten in den Zivilarbeiterstatus zu. Im September 1944 beschlossen die nationalsozialistischen Behörden, die internierten Mannschaften, Ende Januar 1945 die italienischen Offiziere auch gegen deren Willen zu „freiwilligen Arbeitern“ zu erklären⁸⁴.

Alle Fremdarbeiter, ob freiwillig nach Deutschland eingereist wie die dänischen Arbeiter oder als Kriegsgefangene oder „Ostarbeiter“ gewaltsam ins Reich gebracht, unterlagen in abgestufter Form ausländerpolizeilichen Vorschriften. Ein Verstoß gegen diese Verordnungen, Beispiele aus Mecklenburg und Vorpommern werden dies zeigen, konnte besonders für Angehörige von „Feindstaaten“ die Aberkennung aller Freiheitsrechte zur Folge haben. Weil das traditionelle fremdenpolizeiliche Instrument der Ausweisung im Fall von zwangsweise ins Land gekommenen Arbeitern wirkungslos bleiben musste, konnte der NS-Staat den ausländischen Arbeitern im Falle von Arbeitsverweigerungen, Sabotage oder Flucht als letztes Mittel nur mit der Einweisung in ein „Arbeitserziehungslager“ oder KZ drohen⁸⁵. Gerade in den letzten Kriegsjahren wurden so geflohene polnische oder russische Zwangsarbeiter nach ihrer Ergreifung von der Gestapo in Konzentrationslager eingeliefert, um von diesen als Arbeitskräfte benutzt oder an die Rüstungsindustrie ausgeliehen zu werden.

Nachdem die so genannten Schutzhäftlinge der Konzentrationslager bereits seit Mitte der 30er Jahre in Werkstätten innerhalb der Lager für die SS hatten arbeiten müssen, wurden seit Herbst 1941 nun auch KZ-Häftlinge in der Industrie beschäftigt, zuerst bei den Heinkel-Werken in Oranienburg, die im Sommer 1942 ein eigenes Barackenlager für die in diesem Flugzeugwerk arbeitenden Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen errichteten. Die Initiative war dabei von dem Unternehmen ausgegangen⁸⁶. Im zweiten Halbjahr entwickelte sich das System der so genannten Außenlager weiter. Ende des Jahres bestanden 82 dieser von der SS bewachten Außenkommandos, zwölf Monate später bereits 186⁸⁷. Im Juni 1943 wurden fast 200.000 KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter eingesetzt⁸⁸. Dies lag ganz in der Logik Oswald Pohls, des Leiters des für die Konzentrationslager zuständigen SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes, der im Mai 1942 die „Mobilisierung aller Häftlingskräfte zunächst für die Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben“⁸⁹ proklamiert hatte. Die Reichskasse profitierte von dieser Verleihung von Arbeitskräften an die Industrie mit einer täglichen Gebühr von vier bis sechs Reichsmark pro Häftling⁹⁰. Damit lagen für die Industriebetriebe diese Häftlingskosten unter dem Tageslohn eines schon weit unter seinem Wert bezahlten russischen Arbeiters. Dabei mag die absolute Lohnhöhe für die Nachfrage der Rüstungsbetriebe nach arbeitsfähigen KZ-Häftlingen nicht ausschlaggebend gewesen sein. Man darf vielmehr davon ausgehen, dass die Betriebe eine Weiterbeschäftigung ihrer teureren, aber gut ausgebildeten Stammarbeiter der Beschäftigung angelernter Fremdarbeiter oder Kriegsgefangener oder unterernährter KZ-Häftlinge vorgezogen hätten⁹¹. Nachdem aber deutsche Arbeitskräfte seit 1941 in großer Zahl eingezogen worden waren und der Produktion nicht mehr zur Verfügung standen, stellte sich die Industrie aus ihrer Sicht zweckrational auf den Einsatz unfreier Beschäftigter wie Kriegsgefangene, Zivilarbeiter und schließlich KZ-Häftlinge ein. Führungskräfte der Unternehmen wählten die Arbeitskräfte aus und ließen diese für die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Produktion qualifizieren⁹². Mit der schonenderen Behandlung von als Facharbeitern eingesetzter Häftlinge und der Rücksichtslosigkeit gegenüber den leichter ersetzbaren unqualifizierten Gefangenen beteiligten sich die Manager der Produktionsbetriebe aktiv an der von der SS gewollten Vernichtung der KZ-Häftlinge⁹³.

Bis 1944 waren allerdings erst 32.000 KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie eingesetzt, während der größte Teil der Häftlinge für Bauvorhaben der „Organisation Todt“, in SS-Wirtschaftsunternehmen tätig oder arbeitsunfähig waren. Diese Verteilung der Häftlinge änderte sich im vorletzten Jahr des Zweiten Weltkrieges, nachdem der Zustrom von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in die Rüstungsbetriebe zu versiegen begann⁹⁴. Im Sommer 1944 waren bis zu 400.000 KZ-Häftlinge im Rüstungseinsatz tätig⁹⁵. Die Flugzeugindustrie als junger Industriezweig mit einer relativ geringen Stammarbeiterschaft – noch 1933 hatten in dieser Branche nur 20.000 Personen gearbeitet, eine Beschäftigtenzahl, die sich aber bis 1939 auf 325.000 erhöhte⁹⁶ – hatte ein besonderes Interesse an Häftlingsarbeitern⁹⁷. 1944 arbeiteten nicht weniger als eine dreiviertel Million Menschen für die Luftrüstung⁹⁸, darunter über 237.000 Zwangsarbeiter, fast 50.000 Kriegsgefangene⁹⁹ und 36.000 KZ-Häftlinge¹⁰⁰.

Im Frühjahr 1944 forderte Speers Planungschef, Saur, den Einsatz von jüdischen KZ-Häftlingen als letzte verfügbare Arbeitskraftreserve für die Privatindustrie. Doch die SS weigerte sich. Sie bestand nach wie vor auf der Ermordung der Juden¹⁰¹. Unter dem Druck des Arbeitermangels für die Bauvorhaben hauptsächlich der Luftrüstung entschied sich die NS-Führung für den Transport von 108.000 ungarischer Juden aus dem KZ Auschwitz zur Zwangsarbeit in den Rüstungszentren des Deutschen Reiches¹⁰². Allerdings fasste die SS den Einsatz jüdischer Arbeitskräfte auch weiterhin nur als „Zwischenetappe vor der ‚Endlösung‘“¹⁰³ auf. Die jüdischen Sklavenarbeiter befanden sich auf der untersten Ebene der „Pyramide der Ausbeutung“ der europäischen Völker¹⁰⁴. Mit dem von der SS in der ihr eigenen zynischen Weise als „Vernichtung durch Arbeit“ bezeichneten Einsatz der jüdischen KZ-Häftlinge bei Bau- und Verlagerungsvorhaben der Rüstungsproduktion erfuhr die „Ökonomisierung der Genocidpolitik“ ihre radikalste Zuspitzung¹⁰⁵. Im Januar 1945 wurden insgesamt 714.000 Männer und Frauen, die wegen ihrer Rasse, Religion, politischen Gesinnung oder abweichenden Verhaltens rechtlos in Konzentrationslagern eingesperrt worden waren, als Arbeitssklaven des NS-Systems missbraucht¹⁰⁶.

Als weitere Gruppe der unfrei Beschäftigten sind schließlich die Justizgefangenen zu nennen. 1942 arbeiteten 152.700 Strafgefangene, viele in der Munitionsfertigung, 1944 190.000 in der Kriegswirtschaft¹⁰⁷.

Nach einer Beschäftigtenstatistik des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz waren Ende September 1944 fast sechs Millionen ausländische Zivilarbeiter, davon knapp zwei Millionen Frauen, im Deutschen Reich beschäftigt. Der nationalen Herkunft nach stammten allein knapp 2,2 Millionen aus der Sowjetunion, 1,66 Millionen aus Polen und fast 650.000 aus Frankreich¹⁰⁸. Berechnungen über den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen ergeben, dass Anfang 1945 etwa 2,2 Millionen alliierte Soldaten und italienische Militärinternierte für die deutsche Wirtschaft arbeiteten. Die größten nationalen Einzelgruppen stellten die Sowjetrussen mit über 970.000 und die Franzosen mit fast 640.000 Zwangsarbeit leistenden Kriegsgefangenen¹⁰⁹.

Von den im Herbst 1944 eingesetzten zivilen und kriegsgefangenen Zwangsarbeitern wurden 3,4 Millionen in der Industrie, davon die Hälfte in der Metallindustrie eingesetzt. Unter diesen gelernten, an- und ungelernten Metallarbeitern, die fast ausschließlich im Rüstungssektor tätig waren, befanden sich rund 752.000 sowjetische und 292.000 französische Zivilarbeiter, 179.000 italienische und 130.000 russische Kriegsgefangene sowie 128.000 polnische, 86.000 belgische und 80.000 tschechische Zivilarbeiter¹¹⁰. War 1944 schon jeder fünfte Arbeitsplatz in der Gesamtwirtschaft des Deutschen Reiches mit einem Fremdarbeiter oder Kriegsgefangenen be-

setzt¹¹¹, so lag der Ausländeranteil im Metallgewerbe mit 30% noch über dem Durchschnitt¹¹². In den Belegschaften der Rüstungsbetriebe war der Anteil der deutschen Arbeitnehmer im Juni des Jahres auf nur noch 65% gesunken¹¹³.

In Mecklenburg könnte der Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in der Industrie und Landwirtschaft sogar deutlich über dem Reichsdurchschnitt gelegen haben. Schätzungen für das Jahr 1943 geben einen Anteil von 50% an¹¹⁴. Für den Wehrkreis II, der Pommern, Mecklenburg und einen kleinen Teil Brandenburgs umfasste sind für den Mai 1943 116.000 Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie belegt, darunter 44.980 Ausländer¹¹⁵. Auf Befehl des Reichsstatthalters, Friedrich Hildebrandt, waren allein im November und Dezember 1942 jeweils 10.000 Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die Rüstungsbetriebe umgesetzt worden¹¹⁶. Damit war eine weitere Verschiebung im Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte eingetreten. Denn im Juni 1941 hatten noch 76,3% der Zwangsarbeiter entsprechend der Wirtschaftsstruktur Mecklenburgs in der Land- und Forstwirtschaft gearbeitet. Der Anteil der in diesem Sektor tätigen Kriegsgefangenen sank vom Juni 1941 zum Januar 1942 von 64,2 auf 40,5%¹¹⁷. Mehr als die Hälfte der zur Arbeit verpflichteten gefangenen alliierten Soldaten arbeitete demnach in der Industrie. 14.261 Kriegsgefangene wurden im Februar 1943 in der mecklenburgischen Rüstungsindustrie beschäftigt¹¹⁸. 1944 befanden sich neben den Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen noch 25.000 Häftlinge in Außenlagern der Konzentrationslager in Mecklenburg und Vorpommern im Arbeitseinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft¹¹⁹.

Genau Zahlen liegen indes weder über die Summe der Fremd- oder Zwangsarbeiter zwischen 1939 und 1945 noch über den Prozentsatz unfreier Beschäftigten im „Dritten Reich“ vor. Wenn wir die hohe Fluktuation unter den Fremdarbeitern berücksichtigen – viele von den Arbeitsbedingungen krank gewordene osteuropäische Arbeiter wurden gegen neue „unverbrauchte“ Arbeitskräfte ausgetauscht –, könnten insgesamt 14 Millionen Fremdarbeiter während des Zweiten Weltkrieges im Reich beschäftigt gewesen sein¹²⁰. Addiert man Dienstverpflichtungen deutscher Staatsbürger, die Zahl das Pflichtjahr ableistender Mädchen und die zum Arbeitsdienst kommandierten Deutschen mit der Summe der ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen, so erscheint ein Anteil der unfreien Arbeit an der Gesamtbeschäftigtenzahl von über 40% am Kriegsende nicht als unwahrscheinlich¹²¹. Gesichert erscheint, dass die „Menschenbewirtschaftung“ der nationalsozialistischen Kriegsplanung trotz aller noch zu schildernden brutalen Methoden seit 1941 nicht in der Lage war, den durch die Einberufungen entstehenden Bedarf an Arbeitskräften zu decken¹²². In einem militärisch und kriegswirtschaftlich für das Reich nicht mehr zu gewinnenden Krieg hatten die Fremdarbeiter bis zu ihrer Befreiung zu leiden, denn zum Eingeständnis der Niederlage war die politische Führung des selbst ernannten Dritten Reiches bis zum Frühjahr 1945 nicht fähig.

Die Einsatzorte in der Metallindustrie von Mecklenburg und Vorpommern

Wohl in jeder Kleinstadt und um so mehr in den wenigen größeren Städten der Region Mecklenburg-Vorpommern wurden spätestens seit 1940 in den schon bestehenden Metallindustrie aber auch –handwerksbetrieben sowie auch eigens für die Rüstungsfertigung aus dem Boden gestampften Betriebsstätten Fremdarbeiter beschäftigt. Viele dieser Betriebe sind nicht mehr im öffentlichen Bewusstsein, weil die Fabrikanlagen in der Nachkriegszeit von der Besatzungsmacht demontiert oder auch

erst im Zuge des ökonomischen Transformationsprozesses nach 1990 stillgelegt wurden. Insofern wird hier auch an einen vergessenen Teil der regionalen oder lokalen Industriegeschichte zu erinnern sein.

Zunächst ist auf die regionalen Schwerpunkte des metallverarbeitenden Betriebe im Lande hinzuweisen. Dabei nimmt das Rüstungszentrum Rostock eine Sonderstellung ein.

Wie Rostock liegen auch einige weitere Metallindustriestandorte wie Wismar, Ribnitz und Barth sowie die Heeresversuchsanstalt Peenemünde an der Ostsee- bzw. Boddenküste. Sehr wichtige Betriebe lagen in Neubrandenburg. Bedeutende Gießereien lagen im Kreis Ueckermünde-Pasewalk. Anklam in Ostvorpommern war ein Standort des Flugzeugbaus, und für den Südwesten der Region sind Boizenburg und Neustadt-Glewe zu nennen.

Rostock war bereits seit der nationalsozialistischen Machtübernahme planmäßig zum Luftrüstungszentrum ausgebaut worden¹²³. Wohl am deutlichsten lässt sich dies an der Entwicklung der Belegschaftsstärke der Ernst-Heinkel-Werke erkennen, die von 1932 bis 1939 von 1.000 auf 9.000 Arbeiter und Angestellte zunahm¹²⁴. 30% der 1940 in den Rüstungsbetrieben des Wehrkreises II Beschäftigten arbeiteten im Rostocker Flugzeug- und Schiffbau, darunter 13.100 Arbeitskräfte für Heinkel, 4.500 bei den Arado-Flugzeugwerken in Warnemünde und 3.400 auf der Neptun-Werft. Zu den Zulieferern und Reparaturauftragnehmern dieses bedeutenden Schiffbauunternehmens, dessen Hauptanteilseigner das Land Mecklenburg war¹²⁵ gehörten die Firmen Eikelberg, Lösch, Alfred Buuck, Erwin Buuck, Max Albrecht und die Bootswerft Max Rohde. Die Neptun-Werft selbst konzentrierte sich auf den Bau von Unterseebooten. Die Firma Ferd. Schultz war ein Zulieferer für die Raketen Fi 103 und Aggregat 4 (A-4), die so genannten Vergeltungswaffen¹²⁶. Für die Rüstung arbeiteten außerdem mit hoher Wahrscheinlichkeit noch die Maschinen- und Kühlschrankfabrik Meincke, Draht-Bremer, die Norddeutsche Eisen- und Drahtindustrie, die Feldbahnfabrik Conrad Jürges, die Metallgießerei Fritz Michaelis, die Rostocker Industriewerke, die Maschinenfabrik Lange, die Eisenbau-Firma Kurt Eikelberg, die Bootswerft der Gebr. Kröger in Warnemünde und der Metallbau Griem¹²⁷. Die Firma Johann Falck, die ansonsten Strandkörbe und Kinderwagen herstellte, hatte einen Heeresauftrag zur Produktion von Artilleriegeschossen, wie eine seinerzeit als Kinder mädchen beschäftigte Polin berichtet¹²⁸.

Im Lauf des Krieges wuchsen die Belegschaften der kriegswichtigen Betriebe weiter, obwohl tausende deutscher Rüstungsarbeiter ihren Einberufungsbefehl erhielten, wie 1942 und 1943 bei den Heinkel-Werken über 10.000 Belegschaftsmitglieder. Nach den Angaben der „Gefolgschaftsstatistik“ erhöhte sich von Januar 1942 bis März 1943 die Zahl der eingesetzten Kriegsgefangenen von 866 auf 1.606 und die Zahl der ausländischen Zivilarbeiter von 2.616 auf 6.700. Unter diesen Zivilarbeitern waren 159 Italiener, 220 Ungarn, 901 Franzosen, 1.113 Polen und 3.650 Sowjetbürger. Während die Beschäftigungszahlen der Italiener und Ungarn rückläufig waren, stiegen die Einsatzzahlen von Zwangsarbeitern aus den besetzten Gebieten der UdSSR seit dem II. Quartal 1942 sprunghaft an¹²⁹. Beispielsweise überwies das Landesarbeitsamt Nordmark im Februar 1942 360 Flugzeugbauer aus Charkow an die Heinkel-Werke¹³⁰. In einem geheimen Lagebericht aus dem Jahr 1943 werden Äußerungen wiedergegeben, „daß die Rostocker Großbetriebe mit Ausländern so vollgestopft sind, daß man diese gar nicht voll beschäftigen kann“. Eine Zuweisung von 500 deutschen Frauen durch das Arbeitsamt lehnten die Heinkel-Werke ab, um sich dann mit der Arbeitsverwaltung auf die Beschäftigung von 300 Arbeiterinnen zu einigen¹³¹.

Ab Mitte 1943 soll, so die Eidesstattliche Erklärung des ehemaligen stellvertretenden Leiters des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Karl Sommer, im Heinkel-Werk in Rostock-Marienehe auch ein mit 2.000 Häftlingen belegtes Außenlager des KZ Ravensbrück bestanden haben¹³², das nach der Aussage einer Ex-Insassin im Januar 1945 noch eine Stärke von 1.500 Häftlingsfrauen gehabt hätte¹³³. Diese Angaben konnten aber nicht durch andere Überlieferungen gestützt werden.

Der größte Ausweichbetrieb der Heinkel-Werke befand sich seit dem Herbst 1943 auf dem Gelände eines Militärflugplatzes im vorpommerschen Barth. Bis zum Kriegsende mussten hier bis zu 6000 KZ-Häftlinge für den Flugzeugbau arbeiten¹³⁴. Anlass für diese und weitere Verlagerungen aus dem Werk in Marienehe waren alliierte Luftangriffe in den Tagen vom 23. bis 27. April und in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1942, in denen im Werk umfangreiche Schäden entstanden¹³⁵. Heinkel nutzte etwa 40 Ausweichobjekte zur Teilfertigung¹³⁶ in Lübz, Röbel¹³⁷, in der Reichsgetreidehalle von Krakow am See, im Gesellschaftshaus „Lindenbruch“ in Schwaan¹³⁸ und in Güstrow¹³⁹. Ein weiteres Verlagerungswerk, das hauptsächlich auf KZ-Häftlingsarbeit beruhte, wurde in der Rostocker Heide bei Rövershagen errichtet. 1.000 weibliche Häftlinge sollen sich in dem Schwarzenpfost genannten Außenlager vom Mai 1944 bis zum 1. Mai 1945 befunden haben¹⁴⁰. Für ein angeblich in Plau am See gelegenes Außenlager des KZ Buchenwald¹⁴¹, dessen Insassen ebenfalls für Heinkel produziert haben sollen, liegen indes keine Beweise vor.

Im Heinkel-Werk Pütnitz bei Damgarten (Vorpommern) arbeiteten bereits 1941 viele Ausländer und nach Ansicht der Stettiner Rüstungsinspektion sogar zu wenig deutsche Facharbeiter, um planmäßig Teillieferungen fertig zu stellen¹⁴². Nahezu 18.000 Arbeitskräfte, pries der NSDAP-Gauleiter Hildebrandt stolz die Leistungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, seien in allen mecklenburgischen Heinkel-Werken im Frühjahr 1942 beschäftigt¹⁴³. Im März 1944 verfügte das Rostocker Heinkel-Werk über 15.507 Arbeitskräfte¹⁴⁴. Im Herbst des Jahres jedoch hatte der Heinkel-Konzern mit seinen Zweigbetrieben u.a. in Rostock, Oranienburg und Stuttgart-Zuffenhausen auf Anordnung des Reichsluftfahrtministeriums 10.000 Belegschaftsangehörige an andere Firmen abzugeben¹⁴⁵. Das Werk in Rostock-Marienehe musste allerdings kaum mehr als 100 Arbeitskräfte freigeben¹⁴⁶. Hildebrandt hatte bereits auf einer Besprechung mit NS-Funktionären die Gewissheit geäußert: „Heinkel ist unantastbar. Selbst der Reichsführer SS Himmler hat kapitulieren müssen.“ Das Unternehmen würde sich mit Erfolg weigern, „Ostarbeiterinnen“ für den Einsatz in der Landwirtschaft herzugeben¹⁴⁷.

Die Belegschaft des gesamten 1943 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Konzern dürfte Ende 1944 zur Hälfte aus Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen bestanden haben¹⁴⁸. Der Anteil der unfreien Arbeiter an der Rostocker Heinkel-Belegschaft war 1944 auf über 60% angestiegen¹⁴⁹. Bei 29% der Beschäftigten handelte es sich um Häftlinge und Kriegsgefangene. 26% waren zivile Fremdarbeiter¹⁵⁰. Bemerkenswerter Weise konnten die Heinkel-Werke in diesem Jahr trotz erheblicher Bombenschäden nach den Fliegerangriffen vom 11. April auf das Nebenwerk in der Bleicherstraße¹⁵¹ und auf das Hauptwerk Marienehe am 4. und 25. August¹⁵² den höchsten Produktionsausstoß erzielen¹⁵³. Noch Ende April 1945, also wenige Tage vor dem Einmarsch der Roten Armee in die Hansestadt, sollen 14.000 deutsche und ausländische Arbeitskräfte in den Werken Marienehe, Bleicherstraße, Werftstraße und Patriotischer Weg für die Luftrüstung gearbeitet haben¹⁵⁴.

Die auf dem westlichen Warnow-Ufer gelegenen Arado-Flugzeugwerke, deren Besitzer 1933 von den NS-Machthabern enteignet worden waren¹⁵⁵, beschäftigte 1943 3.540 Arbeitnehmer in Warnemünde. Wie bei Heinkel-Werken hatte das Reichsluftfahrtministerium mit der Verlagerung von Betriebsteilen auf alliierte Bombardements

auf die Fertigungsstätten regiert. Nach dem verheerenden Bombenangriff auf das Hauptwerk in Warnemünde von Ostern 1944¹⁵⁶ wurde ein Teil der Belegschaft ins Nebenwerk Malchin beordert¹⁵⁷. Bereits 1943 arbeiteten hier 723, in Greifswald 292, auf dem Fliegerhorst Tutow bei Demmin 242 und in Anklam 1.723 Arado-Arbeiter und Zwangsarbeiter¹⁵⁸. In Anklam sollen ca. 500 holländische, belgische und polnische Zwangsarbeiter, „Ostarbeiter“, belgische und französische Kriegsgefangene, italienische Militärinternierte¹⁵⁹ und Häftlinge des Wehrmachtsgefängnis Anklam¹⁶⁰ eingesetzt worden sein. Nach dem massiven Angriff der US Air Force auf Anklam am 9. Oktober 1943 verlagerte man Betriebsteile nach Jarmen, Ducherow, Ferdinandshof und Sanitz¹⁶¹. In Sternberg erinnerten in den ersten Nachkriegsjahren noch einige Arbeitsbaracken an einen Arado-Produktionsstandort¹⁶².

Auch die Neptunwerft beschäftigte schon frühzeitig ausländische Arbeitskräfte. 1940 sollen etwa 400 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus der UdSSR, Frankreich und Jugoslawien in dem Schiffbaubetrieb beschäftigt gewesen sein¹⁶³. Da der Arbeitskräftebedarf des Kriegsmarineprogramms weiter anstieg und eine Bereitstellung deutscher Fachkräfte nicht möglich erschien, lockerte das Oberkommando der Marine die Bestimmungen über die Verwendung von ausländischen Arbeitskräften im Kriegsschiffbau¹⁶⁴. Noch 1941 hatte das Oberkommando der Wehrmacht in einem Rundschreiben an alle Abwehrstellen sogar vor der unkontrollierten Beschäftigung von Bürgern des Kriegsverbündeten Italien gewarnt: „Die Werften und die Unterlieferanten sollen [...] die italienischen Arbeiter möglichst nicht in den letzten Baustadien verwenden und für ausreichend Überwachung sorgen.“¹⁶⁵ 1942 beschäftigte die Neptunwerft neben Fremdarbeitern 189 sowjetische Kriegsgefangene¹⁶⁶. 1943 erhöhte sich die Zahl der Zwangsarbeitskräfte und Gefangene der Werft auf 1.312¹⁶⁷. Unter ihnen befanden sich u.a. belgische, französische, kroatische und serbische Zivilarbeiter sowie, wie Überweisungen der Werft an das Kriegsgefangenenstamm-lager Neubrandenburg belegen, eine große Zahl von Kriegsgefangenen¹⁶⁸.

Schon nach den Aprilbombardements 1942 hatte das Luftgaukommando XI Dezentralisierungsmaßnahmen angeordnet. Bis Dezember 1943 mietete die Werft daraufhin 34 Materiallagerstätten in ganz Mecklenburg an¹⁶⁹. Ein Teil der Produktion wurde in Kritzmow im Kreis Rostock weitergeführt. Eine andere wichtige Fertigung wurde in die Landesstrafanstalt Dreierbergen-Bützow verlagert¹⁷⁰. 1944 erhielt das Werk vom Staatsministerium in Schwerin eine Entschädigung von 200.000 RM als Entschädigung für die Aufwendungen im Zusammenhang mit den Auslagerungen¹⁷¹. Als die Neptunwerft am 1. Mai 1945 von Truppen der Roten Armee besetzt wurde, befreiten sie 1.139 ausländische Arbeiter und 286 Kriegsgefangene¹⁷². Die ausländischen Arbeitskräfte stellten am Kriegsende ein Drittel der Werftbelegschaft von insgesamt 4.423 Arbeitern und Angestellten.¹⁷³

Wie in Rostock war auch in Wismar die Flugzeugindustrie der dominierende Arbeitgeber der Stadt. Die Norddeutschen Dornier-Werke Wismar produzierten hier im Lizenzverfahren den Heinkel-Jagdbomber He 111, den Junkers-Sturzkampfbomber Ju 88 und den Bomber Do 217 nach eigener Konstruktion¹⁷⁴. Das Wismarer Werk beschäftigte 1939 3.364 Arbeitnehmer. Nach der Betriebsordnung sollten die Belegschaftsmitglieder ausschließlich „arischer Abstammung“ sein¹⁷⁵. Während des Zweiten Weltkrieges setzte jedoch auch dieses Unternehmen, das 1944 4.437 Arbeiter und Angestellte beschäftigte¹⁷⁶, immer mehr ausländische Arbeitskräfte ein. Dies gilt auch für ausgelagerte Montageabteilungen wie z.B. in den Reichsgetreidehallen in Grevesmühlen und Wittenburg¹⁷⁷, in Sternberg auf dem Gelände der Fassfabrik¹⁷⁸, in Perleberg, und in den Fabrikhallen der Firma Duensing-Bicheroux in Boizenburg¹⁷⁹. Die Endmontage und der Einflugbetrieb fand auf dem Flugplatz

Schwerin-Görries statt¹⁸⁰. Von der Stadt Schwerin mieteten die Dornier-Werke im August 1944 für einen monatlichen Betrag von 4.000 Reichsmark die Festhalle an. Zum Inventar gehörte nach dem Mietvertrag auch ein Führerbild in der Größe von 1,20 X 1,80 m¹⁸¹.

Nach der Zerstörung des Wismarer Dornier-Werks begann man mit dem Neuaufbau des Flugzeugwerks in Neustadt-Glewe. In diesem Betrieb arbeiteten aus Wismar evakuierte Fremdarbeiter niederländischer und belgischer Nationalität, ukrainische Zwangsarbeiter sowie aus dem Baltikum angeworbene „Volksdeutsche“. Im Herbst 1944 trafen hier die ersten 300 weiblichen KZ-Häftlinge des Konzentrationslagers Ravensbrück ein¹⁸². In den letzten Monaten des Krieges war das KZ-Außenlager Neustadt-Glewe, das für 900 Insassen vorgesehen war, mit 5.000 Häftlingen stark überbelegt¹⁸³. Viele der zumeist Frauen waren jedoch zu geschwächt, um noch in der Flugzeugfabrik arbeiten zu können.

Auch für andere Wismarer Metallbetriebe ist die Ausbeutung von Zwangsarbeitern überliefert. Für die Hansawerft, die als Reparaturbetrieb 1942 von der Neptunwerft übernommen worden war¹⁸⁴, ist für 1942 der Einsatz russischer Kriegsgefangener und für 1943 italienischer Arbeitskräfte nachweisbar¹⁸⁵. Für die Triebwagen- und Waggonfabrik Wismar AG, deren Hauptanteilseigner die Eisenbahn- und Verkehrsmittel AG war, arbeiteten 1940 insgesamt 1.500 Arbeitern und 250 Angestellten¹⁸⁶. Am 1. Mai 1941 erhielt dieses Unternehmen den Titel „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“¹⁸⁷. Für den Nachschub von Material und Soldaten hatte der Waggonbau einen hohen Stellenwert. In einem Geheimschreiben kündigte der Munitionsminister 1942 daher die bevorzugte „Lenkung der Russentransporte“ zum Arbeitseinsatz in den Waggonfabriken an¹⁸⁸. So erhielt auch der Wismarer Betrieb im Laufe des Jahres sowjetische und französische Kriegsgefangene zugewiesen¹⁸⁹. Einige Unfallanzeigen belegen, dass in der Tat auch im Wismarer Werk russische und ukrainische Zwangsarbeiter, Holländer und italienische Kriegsgefangene beschäftigt gewesen sind¹⁹⁰. Nach Luftangriffen auf das Werk wich man 1944 mit einem Teil der Produktion in die Flakartillerie-Kasernen in Wismar und das Heereszeugamt in Güstrow aus¹⁹¹.

Ob die nach dem Zweiten Weltkrieg demontierte Maschinenfabrik Max Rentsch und der Landmaschinenbau Schumacher in Brüel (Kreis Wismar)¹⁹² ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung hatten, konnte nicht nachgewiesen werden. Die Wismarer Maschinenfabrik Brandt, deren „Betriebsführer“, der Ingenieur Sabiel, gleichzeitig Kreiswirtschaftsführer war, soll nach der Enteignungsurkunde vom April 1947 ein „Unterlieferant für die Kriegsindustrie“ gewesen sein¹⁹³.

Für das zwischen Wismar und Rostock liegende Bad Doberan sind zwei Rüstungsbetriebe nachgewiesen: die Firma Streusloff, die Drehkränze für Flakgeschütze herstellte und dabei russische Kriegsgefangene sowie Zwangsarbeiter einsetzte¹⁹⁴, und die Müller-Werke¹⁹⁵, die in Gebäuden des ehemaligen Klosters Flugzeugteile fertigten und zwischen 300 und 350 Personen beschäftigt haben sollen¹⁹⁶.

Nördlich von Rostock, im mecklenburgischen Ribnitz, war mit Walther-Bachmann-Flugzeugbau ein kriegswirtschaftlich noch wichtigerer Betrieb ansässig. Das Flugzeugwerk, das seit 1942 ausschließlich als Zulieferant für Großfirmen tätig war¹⁹⁷, fertigte Tragflächen, Steuerungen und Kanzeln für Jagdflugzeuge. Auch im Schulgebäude der am anderen Ufer der Recknitz gelegenen vorpommerschen Kleinstadt Damgarten und in einer ehemaligen Spinnerei in Barth produzierte das Unternehmen. Während des Krieges war die Belegschaft auf 2.500 Männer und Frauen angestiegen¹⁹⁸. Nur rund 30 Fachkräfte wurden an den Frontreparaturbetrieb im nor-

wegischen Horten abgegeben¹⁹⁹. 1944 meldete die Firma die Beschäftigung von 52 Polen und 265 französischen Zivilarbeitern²⁰⁰. Es arbeiteten aber auch nicht wenige „Ostarbeiter“ für das Werk²⁰¹. Für einen Einsatz von Häftlingen des KZ Buchenwald für die Firma – der ehemalige Buchenwald-Häftling Alfred Weber gibt eine Stärke von 80 Männern an²⁰² – gibt es allerdings keinen Beleg. Sehr viel freier als die in Lagern lebenden Russen und Ukrainer werden die dänischen Gesellen gelebt haben, die 1941 und 1942 für den Ribnitzer Goldschmied Kramer befristet tätig waren²⁰³.

Für ihr Werk in Barth erhielt die Walther-Bachmann-Flugzeugbau KG 1942 200 osteuropäische Landarbeiter zugewiesen, die angelernt und produktiv beschäftigt werden sollten²⁰⁴. Die Pommersche Eisengießerei, Werk Barth, war ebenfalls während des Krieges ein reiner Rüstungsbetrieb. Von der 220-köpfigen Belegschaft waren im Jahre 1942 50 Ausländer, davon 40 Polen. Der Betriebsführer Heiden forderte im vorausseilenden Gehorsam: „Es wird umgekehrt kommen, also 50 deutsche, 150 Ausländer. Das wird das Ziel sein müssen.“²⁰⁵ 1943 beschäftigte der Betrieb in der Tat dreimal so viele ausländische Arbeiter, darunter viele Letten²⁰⁶, im Januar 1945 auch Hilfsarbeiterinnen aus Italien und dem Protektorat²⁰⁷. Im Betrieb der Pommerschen Industrierwerke (PIW), deren Mehrheitsgesellschafter nach dem Gesellschaftsvertrag vom 2. September 1940 die Kieler Hagenuk war²⁰⁸, arbeiteten schon im Herbst 1940 polnische Zivilarbeiter²⁰⁹. Der Betrieb produzierte Granaten und Bomben sowie Munition²¹⁰ und war ein wichtiger Lieferant der Reichsluftwaffe²¹¹. Nach einer Aufstellung des Rüstungsministeriums wurden 1943 in dem Werk über 959 Ausländer eingesetzt, darunter über 300 Russinnen und jeweils rund 250 sowjetische und französische Kriegsgefangene²¹². Im Lager Barth-Holz der Pommerschen Industrierwerke waren im April 1944 1.271 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter untergebracht. Unter ihnen befanden sich jetzt auch 196 italienische Militärinternierte²¹³. Es ist aber anzunehmen, dass noch in anderen Barther Lagern ausländische Arbeitskräfte dieses Betriebs einquartiert waren. 1.479 deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter hatten im Mai 1944 im Lager Barth-Stein Quartier bezogen. Zu den deutschen Arbeitskräften zählten auch 200 vom Reichsarbeitsdienst zur Rüstungsarbeit nach Barth verpflichtete so genannte RAD-Maiden²¹⁴. Unter den 3.000 bis 4.000 Beschäftigten der Pommerschen Industrierwerke sollen sich ca. 1.500 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter befunden haben²¹⁵. Neben diesen Betrieben ließ auch das Elektro-Baubüro Rudolf Junker einige polnische Zivilarbeiter für sich arbeiten²¹⁶. Ob auch ein weiterer Rüstungsbetrieb, der Märkische Metallbau mit 131 Beschäftigten im Frühjahr 1944²¹⁷, in Barth ausländische Arbeitskräfte nutzte, kann nur vermutet werden.

In der Barther Heinkel-Filiale waren seit seiner Errichtung fast ausschließlich Häftlinge aus den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Natzweiler, Neuengamme, Ravensbrück, Sachsenhausen und Stutthof eingesetzt. Bei 90% von ihnen handelte es sich um Ausländer²¹⁸. Bis zum Februar 1944 wuchs die Belegung auf 1.721 Frauen und eine etwas geringere Anzahl Männer an²¹⁹, die dann auch als Folge von Evakuierungen von anderen Lagern in den letzten Kriegsmonaten stark anstiegen. Insgesamt durchliefen 2.500 männliche Häftlinge das Lager in Barth, das wie das Frauenlager dem KZ Ravensbrück unterstand. 252 Häftlinge waren italienische Staatsbürger²²⁰. Unter den Männern überwogen polnische und russische Gefangene²²¹. Aber auch Transporte mit ungarischen Juden trafen 1944 in Barth ein.

Im gleichen Jahr wurden in Stralsund „nur“ 440 Ausländerinnen registriert, darunter 189 „Ostarbeiterinnen“ und 89 Polinnen²²². Gesamtzahlen über den Einsatz männlicher Zwangsarbeiter sind nicht bekannt.

Große Rüstungsbetriebe hatten sich in der Hafenstadt nicht angesiedelt. Die Hansestadt förderte aber 1940 die vom Reichsluftzeugmeister Hermann Göring als vordringliches Rüstungsvorhaben bezeichnete Errichtung der Kröger-Werft²²³ und sagte „der Werft bei der Beschaffung von Arbeitskräften und Wohnungen ihre Unterstützung zu“²²⁴. Schon beim Bau der Werft südlich des Rügendammbahnhofs war ein Zwangsarbeitereinsatz vorgesehen. Die mit der Bauleitung betraute Berliner Baugruppe Schlempp verlangte: „Auf ausländische Volksgruppen ist unter allen Umständen zurückzugreifen.“²²⁵ Eine Anfrage des Stralsunder Oberbürgermeisters nach Entsendung von dänischen Boots- und Eisenschiffbauern wurde vom Beauftragten des Reichsarbeitsministers in Kopenhagen allerdings negativ entschieden, weil die dortigen Werften Anfang 1941 stark mit Aufträgen der Deutschen Kriegsmarine beschäftigt waren²²⁶. Nachweislich arbeiteten auf der Werft sowohl französische²²⁷ und polnische Zivilarbeiter als auch Kriegsgefangene²²⁸. Mit 500 bis 600 deutschen und ausländischen Beschäftigten erreichte die Werftbelegschaft ihren Höchststand²²⁹. Die Werftbetriebe der Gebrüder Hans und Karl Kröger produzierten bis zum Kriegsende im Auftrag der Luftwaffe und der Kriegsmarine Flugsicherungsboote, Schnellboote und 1-Mann-Torpedoboote²³⁰.

Nach einer Aufstellung der Stralsunder Polizei vom Mai 1941 waren lediglich vier polnische Arbeiter in Metallbetrieben eingesetzt, nämlich drei im Stralsunder Werk der Pommerschen Eisengießerei in der Langenstraße und ein weiterer für die Siemens-Schuckert-Niederlassung in der Seestraße²³¹. In der zweiten Kriegshälfte wurden polnische Metallfacharbeiter auch in der Kesselschmiede Otto Wilhelm, im Fahrradbau „Weba“, in einer Landmaschinenwerkstatt, in der Maschinenfabrik C.A. Beug, auf der Schiffswerft Dornquast, im Werk Zarrendorf der Metallwarenfabrik Werner Barkow und bei der Firma Schütt & Ahrends beschäftigt²³². Französische Metallarbeiter waren zum Beispiel als Autogenschweißer für die Schlosserei Holdack und im Elektrizitätswerk Stralsund für die AEG tätig²³³.

In der alten Universitätsstadt Greifswald waren traditionell wenig größere Gewerbebetriebe ansässig. Die Gebrüder Dust besaßen eine große Werkstatt mit modernen Maschinen, in der bis 1944 Kraftfahrzeuge und Landmaschinen repariert wurden. 1944 stellte man den Betrieb auf Rüstungsproduktion um. 250 oder sogar 350 Personen produzierten Rohlinge für Granaten²³⁴. In jenem Jahr sollen auch Frauen in Häftlingskleidung im Betrieb gearbeitet haben. Ein Greifswalder Widerstandskämpfer berichtet auch von der Teilfertigung für die V-Waffen²³⁵. In der ländlichen Küstenregion Nordvorpommerns ist als weiterer Industriebetrieb das Wolgaster Gussstahlwerk zu nennen, das sich die Arbeitskraft von Kriegsgefangenen zunutze machte. Das 1939 von der Hamburger Firma Menck & Hambrock übernommene Werk war seit Kriegsbeginn ein Rüstungsbetrieb²³⁶. 1940 kamen die ersten 20 belgischen und französischen Kriegsgefangenen ins Werk, später Jugoslawen²³⁷ und Anfang 1942 30 sowjetische Gefangene²³⁸.

Bei der Wolgaster Schiffswerft Horn arbeitete 1940 ein in Deutschland geborener ungarischer Maschinenschlosser²³⁹, der zwar noch den diskriminierenden Bestimmungen der Verordnung über ausländische Arbeiter unterlag. So genannte Volksdeutsche konnten ab 1942 jedoch leichter die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen. Als kriegswichtig galten „Einbürgerungen von volksdeutschen Facharbeitern in wehrwirtschaftlichen und Rüstungsbetrieben, vorausgesetzt, daß die weitere Verwendung an ihren Arbeitsplätzen dringend erforderlich, aber nach dem Gutachten des zuständigen Abwehrbeauftragten nur zulässig ist, wenn sie den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit nachweisen“²⁴⁰.

Als Sicherheitsrisiko musste auf Seiten der NS-Geheimdienste auch der Einsatz von tausenden von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen, und KZ-Häftlingen im geheimen Sperrgebiet auf der Insel Usedom angesehen werden. Die Insellage schien aber eine Geheimhaltung der Raketenforschung und ungestörte Schussversuche an der Küste zu erleichtern²⁴¹. 1936 hatte die Wehrmacht der Stadt Wolgast den Nordteil der Insel abgekauft. Die Einwohner von Peenemünde wurden umgesiedelt²⁴². Im gleichen Jahr noch konnte mit der Erschließung des Terrains für den Bau der Heeresversuchsanstalt (HAP) und der Luftwaffenerprobungsstelle begonnen werden²⁴³. Schon zu Kriegsbeginn arbeiteten 10.000 Männer und Frauen für den Bau der Rakete A-4 in den Versuchsanstalten Peenemünde-Ost und die Flugbombe V-1 in Peenemünde-West²⁴⁴. Ab 1940, als mittlerweile 18.000 Menschen an der Entwicklung der Großrakete beteiligt waren²⁴⁵, zog man nicht nur dienstverpflichtete deutsche Arbeiter, sondern auch eine wachsende Zahl ausländischer Zwangsarbeiter zur Arbeit in Peenemünde heran. Allerdings werden im Jahr 1940 nicht mehr als 1.000 polnische Zivilisten hier eingesetzt worden sein. Ab dem Frühjahr 1941 kamen 700 bis 1.000 italienische Vertragsarbeiter hinzu²⁴⁶. Auch mindestens 300 Niederländer arbeiteten in Peenemünde²⁴⁷. Ihre Tätigkeit blieb jedoch auf Bauarbeiten beschränkt. In einer Besprechung im Juni 1942 in Peenemünde hatten die Verantwortlichen des Geheimwaffenprojekts noch die „Unmöglichkeit des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte bei der HAP“ betont²⁴⁸. Aber schon im Frühjahr 1943 wurden schließlich in den weniger sensiblen erscheinenden Bereichen 3.000 ausländische Arbeitskräfte eingesetzt²⁴⁹, unter ihnen auch Franzosen, russische Zwangsarbeiter und 400 gefangene Offiziere der Roten Armee²⁵⁰. 900 Italiener, die offenbar nicht auf das rauere Klima eingestellt waren, sollten jedoch bereits vor dem Winter 1941/42 abgezogen werden²⁵¹.

Nicht nur mit den italienischen Arbeitern war die HAP unzufrieden, sondern die Arbeitseinsatzplaner erbaten sich im Juni 1942 aus Sicherheitsgründen, man befürchtete Spionage und Sabotage²⁵², generell den Austausch urlaubsberechtigter Ausländer durch deutsche oder nicht-urlaubsberechtigte Ausländer²⁵³.

Anfang 1943 hatte es bereits Überlegungen gegeben, dem Arbeitskräfteproblem wie in anderen Industriebetrieben auch im Peenemündes Fertigungswerk durch den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen oder „Ostarbeitern“ zu begegnen²⁵⁴. Der Direktor des Versuchsserienwerkes, Arthur Rudolph, wollte nun ausländische Zivilisten und Kriegsgefangene in der Raketenproduktion einsetzen. Allein in der Taktstraßenmontage sollten ausschließlich Deutsche beschäftigt werden²⁵⁵.

Auf Grund der guten Erfahrungen des Heinkel-Konzerns bei der Verwendung von KZ-Häftlingen, empfahl der Arbeitseinsatz-Beauftragte, Jäger, im April des Jahres auch für Peenemünde den Häftlingseinsatz²⁵⁶. Von den Anfang Juni beim SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt angeforderten 1.400 Häftlingsarbeitern trafen die ersten 200 zur Hälfte deutschen, zur Hälfte russischen männlichen Häftlinge bereits Mitte des Monats ein²⁵⁷. 400 französische Häftlinge, die am 11. Juli nach Peenemünde gebracht worden waren, verfügten über keine Fachausbildung und sollten deshalb nach Möglichkeit gegen deutsche Facharbeiter ausgetauscht werden²⁵⁸. Nach Plänen vom Juli 1943 sollte die Häftlingszahl auf 2.500 Menschen gesteigert werden²⁵⁹. Diese und in der DDR-Literatur genannte weit höhere Zahlen wurden aber nicht erreicht. Für das KZ-Außenlager Karlhagen, dessen Insassen für die Heeresversuchsanstalt arbeiteten, erscheinen Schätzungen von bis zu 700 Häftlingen realistisch²⁶⁰. Auch Pläne, die Heeresversuchsanstalt Peenemünde in eine GmbH unter der treuhänderischen Führung eines Großkonzerns wie der AEG, Siemens, Lorenz oder Rheinmetalls umzuwandeln, gelangten über erste Besprechungen nicht hinaus²⁶¹. In der Nacht vom 17. auf den 18. August 1943, drei Wochen

nachdem Hitler die beschleunigte Förderung des A-4-Programms angeordnet hatte²⁶², wurde Peenemünde in drei Wellen von einem anglo-amerikanischen Bomberverband angegriffen²⁶³. Schwer getroffen wurde das „Bauarbeiterlager“²⁶⁴, wie Walter Dornberger, zusammen mit Wernher von Braun Leiter der Heeresversuchsanstalt, die Zwangsarbeiterunterkünfte nannte.

Zwar wiesen die Werksanlagen mit ihren Forschungseinrichtungen, Raketenab-schussrampen und Produktionsanlagen nur relativ geringe Schäden auf. Dennoch wurde es für sicherer gehalten, die Produktionsanlagen für die A-4, die zur kriegs-entscheidenden Wunderwaffe stilisiert wurde, in ein bombensicheres Stollensystem der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft in Kohnstein bei Nordhausen in Thüringen zu verlagern²⁶⁵. Mitte 1943 wurden auch Häftlinge von Peenemünde, unter ihnen auch französische Jugendliche²⁶⁶, über das KZ Buchenwald ins Außenlager „Dora“ verlegt²⁶⁷. Ebenfalls geräumt wurden große Teile des polnischen Zwangs-arbeiterlagers auf Usedom²⁶⁸. Die Häftlinge des Lagers Karlshagen II, das der Luft-waffenerprobungsstelle zugeordnet war, blieb jedoch noch bis Ende März/ Anfang April 1945 bestehen. Insgesamt sollen sich 600 bis 1.500 Männer in diesem Außen-lager befunden haben²⁶⁹.

Neben der zwischen Warnow und Barthe sowie auf Usedom konzentrierten Rüs-tungsindustrie waren die Neubrandenburger metallverarbeitenden Betriebe ein Haupteinsatzort von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und auch KZ-Häftlingen. Als wichtigster Betrieb ist die Curt Heber GmbH zu nennen, die 1934 in einer still-gelegten Kartoffelflockenfabrik in Neubrandenburg die Produktion von Bombenab-wurfgeräten und Lafetten für Flugzeugkanonen und Maschinengewehren aufnahm. Über 1.000 Beschäftigte zählte die Belegschaft schon kurze Zeit später²⁷⁰, darunter dienstverpflichtete Facharbeiter aus Berlin, Potsdam und Westdeutschland²⁷¹. 1937 wurde der Firmeninhaber enteignet. Das Werk firmierte nun unter dem neuen Na-men Mechanische Werkstätten Neubrandenburg (MWN) und unterstand direkt dem Reichsluftfahrtministerium. Mit der Anschaffung von hochmodernen Maschinen er-reichte der Luftrüstungsbetrieb in den folgenden Jahren ein Spitzenniveau²⁷². Ausländische Arbeiter wurden 1942 im „Barackenlager Ost“ an der Ihlenfelder Stra-ße untergebracht. 1943 waren von den 6.470 Beschäftigten 2.642 ausländische Zivilisten²⁷³. Ab April/ Mai 1943 machte sich der Betrieb auch die Arbeit von weibli-chen Häftlingen des KZ Ravensbrück zunutze. Zu Beginn wurden 200²⁷⁴, Anfang Mai 400 Frauen eingesetzt. Anfang Juli traf ein weiterer Häftlingstransport in Neubran-denburg ein²⁷⁵. Im September erhöhte sich die Zahl der Häftlingsarbeiterinnen auf 1.500. Im Februar 1944 arbeiteten 2.500²⁷⁶ und zur Jahreswende 1944/ 45 über 6.000 weibliche Häftlinge für die Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg²⁷⁷, davon 1.100 in den unterirdischen Produktionsräumen des Lagers Waldbau²⁷⁸ im Wald zwischen Neubrandenburg und Neustrelitz, mit dessen Bau man Anfang 1944 begonnen hatte²⁷⁹. Über die Hälfte der Neubrandenburger Häftlingsfrauen stammte aus Polen²⁸⁰. Unter den Frauen aus allen Teilen Europas sollen sich zum schät-zungsweise 100 Belgierinnen befunden haben, wie Überlebende sich erinnern²⁸¹. Neben diesen Frauenlagern bestand ab Dezember 1944 auch ein Männerlager als Nebenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Man kann von einer Be-le-gungsstärke von anfangs 150 bis 200 Mann ausgehen. Ende März 1945 dürften zwis-chen 300 und 400 männliche Häftlinge für die Mechanischen Werkstätten Neubran-denburg gearbeitet haben²⁸².

Nach den MWN waren die Richard-Rinker-Werke der zweitwichtigste Rüstungs-betrieb in Neubrandenburg. Deutsche Stammarbeiter, holländische Zivilarbeiter, Griechinnen, Italiener, Polen, französische Kriegsgefangene und „Ostarbeiterinnen“

hatten Zünder für Flakgranaten, Stielhandgranaten und Panzerfäuste herzustellen²⁸³. 1942 überwies man, wie der Gauleiter Hildebrandt in einer Rede vortrug, an das Werk 400 junge Landarbeiter²⁸⁴, vermutlich eine größere Anzahl Ukrainerinnen und Ukrainer. Im Juni/ Juli 1942 wurde eine weitere Gruppe von jüngeren Frauen aus Mariupol auf dem Gebiet der Ukrainischen SSR nach Neubrandenburg verschleppt und dort zur Arbeit in den Rinker-Werken gezwungen²⁸⁵. Im Frühjahr 1943 verlagerte Rinker einen Teil seiner Produktion nach Friedland und Woldegk²⁸⁶. In Friedland wurde eine Turnhalle zu einer Produktionsstätte umfunktioniert, in der Arbeiterinnen Granaten drehten²⁸⁷.

Auch beim Aufbau der Torpedoversuchsanstalt sollen hunderte von polnischen, jugoslawischen und französischen Kriegsgefangenen eingesetzt worden sein. In einer Firmenchronik räumt auch WEBASTO ein, während der Zweiten Weltkrieges Kriegsgefangene beschäftigt zu haben. Die vormalige Maschinenfabrik Lythall sei aber „nicht an der Herstellung oder Instandsetzung von Waffen o.ä. Kriegsgeräten beteiligt“ gewesen, sondern habe „ausschließlich landwirtschaftliche Maschinen repariert“²⁸⁸.

Auch kleine Handwerksbetriebe konnten ausländische Arbeiter oder Kriegsgefangene als Arbeitskräfte erhalten, so in Neubrandenburg z.B. die Elektrofirma Reinke, die 1940 einen aus der Gefangenschaft entlassenen Polen beschäftigte²⁸⁹. Ein ähnliches Bild bietet Neustrelitz. In der Kreisstadt waren keine größeren Metallbetriebe. Die Kleinbetriebe wie die Schmiedemeister Gartz und Paul Dörnbrack, die Eisengießerei Schröder und der Maschinenbau Rogge setzten polnische oder französische Kriegsgefangene in ihren Werkstätten ein²⁹⁰. Auch in Penzlin sollen von den 30 französischen Kriegsgefangenen, die in der Stadt bis zur Befreiung durch sowjetische Panzer- und Infanterieverbände festgehalten wurden, einige in Handwerksbetrieben tätig gewesen sein²⁹¹.

In einer anderen Größenordnung bewegte sich der Zwangsarbeitereinsatz in der Kleinstadt Torgelow. Man schätzt, dass in dem vorpommerschen Städtchen 3.500 bis 4.000 Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie arbeiteten²⁹². Für die Eisengießerei Mentzel & Stäbe arbeiteten französische Zivilisten²⁹³, während die Eisengießerei Vetting im nahen Ueckermünde besonders auf gefangen gehaltene Wallonen als billige Arbeitskräfte zurückgreifen konnte²⁹⁴. Die Deutsche Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke beschäftigte seit dem II. und III. Quartal 1942 polnische Arbeitskräfte²⁹⁵. Den Personallisten Torgelower und Ueckermünder Gießereien zufolge stellten Sowjetbürger die mit Abstand größte Gruppe der Fremdarbeiter in den beiden Städten. So trafen bei den Haller-Werken in Torgelow im Juni 1942 allein 100 Russen ein²⁹⁶. Im gleichen Monat hatte die Eisengießerei Mentzel & Co. eine Zuweisung von 30 Letten²⁹⁷ und die Firma Freundel & Zaeske ebenfalls 30 Ukrainer erhalten²⁹⁸. Die größte metallverarbeitende Fabrik im Kreis Ueckermünde/ Pasewalk aber waren die Haller-Werk II mit 2215 Beschäftigten²⁹⁹. Neben einer ganzen Reihe anderer Rüstungsbetriebe in Torgelow sollen abschließend noch die Eggesiner Firma Preissing, die Flugzeugteile herstellte, und das Siemens-Werk in Pasewalk genannt sein, das Elektromotoren und Schalter produzierte³⁰⁰.

Ein bedeutendes Rüstungswerk im Gebiet der mecklenburgischen Seenplatte befand sich in Waren an der Müritz. Die Ansiedlung der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik (Memefa), ein Zweigwerk der Dürener Metallwaren-AG und Tochterunternehmen des Quandt-Konzerns, hatte bereits in den Vorkriegsjahren die Kurstadt Waren verändert. 4.500 Menschen siedelten sich bis 1939 neu an. Die Region wurde militärisch und wirtschaftlich dominiert durch die Luftwaffenerprobungsstelle in Rechlin, ein Munitionswerk in Malchow und eben die Memefa. Im Erholungsgebiet

der großen Seen war aus militärischen Gründen eine Konzentration von Urlaubern nicht länger erwünscht³⁰¹.

Die Memefa war ein Zulieferbetrieb für die Luftfahrtindustrie und beschäftigte 1941 1.979 Angestellte und Arbeiter einschließlich Kriegsgefangene. 1943 war der Personalstand auf 2.572 Männer und Frauen angewachsen³⁰². Bis 1945 wurden in dem Betrieb 200 bis 250 französische, 400 bis 500 sowjetische und 100 jugoslawische Kriegsgefangene eingesetzt, außerdem 50 Zivilisten aus Norwegen, 100 Dänen, jeweils 150 Franzosen und Italiener, 250 Niederländer und Belgier, ferner 200 Arbeitskräfte aus der UdSSR und 350 bis 400 aus Polen³⁰³.

Ein Teil der Niederländer, Vertragsarbeiter aus Westfriesland, soll bereits 1939/ 40 Arbeit in der Memefa angenommen haben³⁰⁴. Rund 350 Holländer des Jahrgangs 1924 aus Appingedam im Raum Groningen hingegen wurden im Juni 1943 zum Arbeitsamt bestellt, wo man ihnen eröffnete, dass sie am nächsten Morgen zur Arbeit nach Deutschland zu reisen hätten. 200 dieser jungen Männer, die zum Teil aus der Abiturprüfung gerissen worden waren, wurden zur Zwangsarbeit in einem Güstrower Rüstungsbetrieb verpflichtet. Die restlichen 150 Niederländer dieses Transports hatten für die Memefa zu arbeiten³⁰⁵. Ein letzter Transport Ostgroninger mit 1.750 jungen Holländern verließ am 12. Juli 1943 den Bahnhof Winschoten, um die Männer zur Arbeit in den Waffenschmieden der deutschen Besatzungsmacht zu bringen, ein Teil von ihnen nach Hamburg, Schwerin, zur Munitionsfabrik in Dömitz und zur Memefa in Waren³⁰⁶. Neben der Memefa ist in Waren die Firma Pichatzek als ein weiterer Rüstungsbetrieb anzusehen³⁰⁷.

Die Metallbetriebe im Binnenland Mecklenburg-Vorpommerns waren eher mittelständisch, auch wenn ihre Kapazitäten zur Erledigung von Rüstungsaufträgen ausgedehnt und dafür auch Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Noch als größerer Betrieb kann der 1935/ 36 gegründete Loitzer Metallbau bezeichnet werden. Dieses Werk stellte Teile für Militärflugzeuge her. Bis zu 650 Arbeiter sollen während des Krieges im Werk tätig gewesen sein³⁰⁸. Unter ihnen haben sich auch Zwangsarbeiter befunden, wie sich Aufstellungen für die Sowjetische Militäradministration entnehmen lässt³⁰⁹. Auf dem Friedhof St. Marien in Loitz wurden 39 Zwangsarbeiter aus Frankreich, der Sowjetunion, Polen und Italien beigesetzt, die an Entbehrungen und Misshandlungen gestorben sein sollen³¹⁰.

Nach Lassan wurden im Frühjahr 1944 80% der Produktionskapazitäten der Metallschraubenfabrik J.M. Schultze von Berlin verlagert³¹¹. Auch die Berliner Radiowerke in Garz/ Rügen könnten ein solches Verlagerungsobjekt gewesen sein³¹². Nähere Informationen über diese Rüstungsbetriebe fehlen jedoch. In Güstrow gab es zwei Metallbetriebe, die Aufträge von der Wehrmacht erhielten: die Van Tongelschen Stahlwerke und die Firma Bohstedt & Sohn. Van Tongel stellte Gussteile für den Schiffs- und Flugzeugbau her³¹³ und erhielt zur planmäßigen Erledigung dieser Aufträge auch Kriegsgefangene zugewiesen³¹⁴. Bohstedt & Sohn waren ein Zulieferer für die V2-Produktion³¹⁵. Der Umfang des Zwangsarbeitereinsatzes scheint in Güstrow nicht unerheblich gewesen sein. Am 1. April 1945 befanden sich 3.415 Ausländer in der Stadt³¹⁶. Rumäninnen sollen in der Munitionsfabrik in Priemersburg gearbeitet haben³¹⁷.

Die Bützower Barometerfabrik H.C. Kröpelin musste im Zuge der Kriegsbewirtschaftung ihre Produktion umstellen³¹⁸ und lieferte in der Hauptsache Messgeräte für die Luftwaffe³¹⁹. Eine „Übersicht über die beschäftigten Metallarbeiter“ des Zuchthauses und Strafgefängnisses Dreibergen-Bützow vom März 1944 zeigt, dass im Zeichen des „totalen Krieges“ auch Justizhäftlinge für die Kriegsproduktion herangezogen

wurden. In Bützow hatten inhaftierte Metallarbeiter, zum größten Teil Ausländer, u.a. Schiffsfender für die Kriegsmarine zu fertigen³²⁰.

Auch in der Gauhauptstadt Schwerin wurden kriegswirtschaftliche Maßnahmen getroffen, die zur Schließung kleiner Geschäfte und Betriebe führte. Ihre Inhaber wurden zur Arbeit in den Rüstungsbetrieben verpflichtet³²¹. In Schwerin ist, was den Metallbereich betrifft, neben den bereits genannten Ausweichbetrieben der Norddeutschen Dornier-Werke als Rüstungsbetrieb die Eisengießerei Robert Klingebiel zu erwähnen. Ab 1940 entstand in einer Werkshalle eine Granatendreherei. Die Untergestelle für die Spezialdrehmaschinen fabrizierte das Werk selbst³²². Auch für diese Firma mussten Menschen aus der Sowjetunion arbeiten³²³. In der Maschinenfabrik Kurtz wurden 13 „Ostarbeiter“ eingesetzt³²⁴.

In weitaus größerem Umfang als in diesen Schweriner Betrieben dürften in der „Munitionsanstalt Slate-Süd“ bei Parchim Zwangsarbeiter zum Einsatz gekommen sein. Nach noch nicht veröffentlichten Forschungsergebnissen sind hier Teile der V2 montiert wurden. In den letzten Jahren auf dem Areal gefundene Stahlruder scheinen darauf hinzudeuten³²⁵. Baugruppen der V-Waffen sollen nach der Bombardierung der Heeresversuchsanstalt auch in Uelitz-Pulverhof zwischengelagert worden sein. In Pulverhof (Amt Rastow) kamen auch Zwangsarbeiter aus verschiedenen Nationen zum Einsatz³²⁶. Die letztgenannten Beispiele zeigen aber zugleich, wie lückenhaft die Kenntnisse über die Stätten der Rüstungsindustrie und der Ausbeutung der Zwangsarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern noch sind.

In der Kreisstadt Hagenow und in der Elbestadt Boizenburg arbeiteten die dort befindlichen Metallbetriebe ebenso für die Rüstung. So wurde Anfang 1944 ein Reparaturbetrieb für das Kampfflugzeug Me-109 von Neumünster nach Hagenow verlagert³²⁷. Auch ein Röchling-Betrieb wurde mit seiner Belegschaft nach Hagenow verlegt. Der Betrieb konnte aber nicht mehr die Produktion aufnehmen³²⁸.

Die Elbwerft in Boizenburg hatte schon seit 1933 viele Rüstungsaufträge erhalten. 1935 wurde der Betrieb um eine Schiffbauhalle erweitert. Etwa 500 Arbeiter waren auf der Werft tätig³²⁹. In den Folgejahren soll es zu Konflikten zwischen der NSDAP und dem Hauptgesellschafter, Werftdirektor Mahr, gekommen sein, der auch an der Beschäftigung von zwei jüdischen Mitarbeitern festhielt. 1938 wurde Mahr mit dem Vorwurf der Steuerhinterziehung in Haft genommen, wo er sich das Leben nahm. Unter der Führung des bisherigen Teilhabers, des Hamburger Bankiers Thomsen, entwickelte sich die Werft immer deutlicher zum reinen Rüstungsbetrieb³³⁰. Bis zum Ende des Krieges fertigte die auf 1.600 bis 1.800 Mann angewachsene Belegschaft Segmente für U-Boote, Tragflächen für den Flugzeugbau, Spezialanhänger, Einmann-Torpedos und Stoßboote³³¹. Nach einem Bericht des Betriebsführers, Vaessen, waren 1942 unter den 1.075 „Gefolgschaftsmitgliedern“ 329 Ausländer. 1944 soll einem Zeitungsbericht zufolge die Hälfte der Belegschaft aus ausländischen Arbeitskräften bestanden haben, darunter „Ostarbeiter“ und französische, polnische, belgische, niederländische und sowjetische Kriegsgefangene³³². 1943 wurde eine Anzahl größtenteils osteuropäischer Arbeiter vom Arbeitsamt Schwerin von landwirtschaftlichen Betrieben zur Arbeit auf der Werft verpflichtet³³³. Im gleichen Jahr beschäftigte die unter dem Namen Thomsen & Co. firmierende Werft auch 16 zivile Holländer³³⁴. Nachdem Gauleiter Hildebrandt auf einer NSDAP-Kreisleiterbesprechung am 1. September 1944 die Einrichtung eines KZ-Außenlagers in Boizenburg vorgeschlagen hatte³³⁵, wurden ab Herbst 1944 insgesamt 400 ungarische Jüdinnen aus dem Vernichtungslager Auschwitz auf den Transport nach Mecklenburg geschickt und dort zur Häftlingsarbeit für Thomsen & Co. gezwungen³³⁶.

Diese Liste der Einsatzorte und -betriebe in Mecklenburg-Vorpommern ist mit Sicherheit unvollständig. Mit dem Überblick sollte eine erste Vorstellung vom Ausmaß und von der Verschiedenartigkeit des Zwangsarbeitereinsatzes vermittelt werden. Im folgenden wird die Situation an den Arbeitsorten unter den dort herrschenden inhumanen Bedingungen erläutert.

Der „Ausländereinsatz“ in den Betrieben

Arbeitsrechtlich waren alle Ausländer schlechter gestellt als deutsche Staatsbürger. Klagen vor deutschen Arbeitsgerichten war ihnen verwehrt³³⁷. Generell den Deutschen gegenüber benachteiligt unterschied sich aber auch die Situation der einzelnen Ausländergruppen, der „Westarbeiter“, „Ostarbeiter“, der Kriegsgefangenen und der KZ-Häftlinge am Arbeitsplatz zum Teil erheblich.

Für die letztgenannte Zwangsarbeitergruppe, und hier insbesondere für jüdische Häftlinge, war die Schinderei in einem deutschen Rüstungsindustrie die Alternative zum Tod im KZ-Stammlager. Eine aus Rumänien stammende Jüdin erinnert sich, dass die ihren Transport von Auschwitz nach Boizenburg begleitende Wehrmachtsangehörige ausdrücklich betont hätten, dass die Frauen am Leben bleiben würden, weil sie in ein Arbeitslager gebracht würden³³⁸. Zwei ehemalige Barther Häftlinge berichten: „Da wir es vorzogen, zu arbeiten und nicht sozusagen Gelegenheitsarbeiterinnen in Ravensbrück zu bleiben, meldeten wir uns freiwillig auf Transport zur Arbeit.“³³⁹ Die Hoffnung auf eine bessere Ernährung in einem Arbeitskommando als im Stammlager kann ein Motiv für die Bereitschaft zum Arbeitseinsatz gewesen sein.

Es gibt aber auch andere Berichte, nach denen sich Gefangene im Rahmen des Möglichen einem Transport an einen unbekanntem Arbeitsort widersetzen. Eine Polin schreibt: „Im Herbst 1943 wurde ich von Ravensbrück in das Werkkommando Neubrandenburg gebracht. Für diesen Transport haben uns die SS nachts ‘gegriffen’, im Block, weil beim Appell die Häftlinge vor den Transporten in das Werk flohen.“³⁴⁰ Mitunter erfuhren die Häftlinge im Stammlager auch durch von den Betrieben wieder zurückgeschickte Gefangene von den Qualen in den Arbeitskommandos. Eine Gruppe slowenischer Häftlinge wurde ausdrücklich als Ablösung für im Barther Heinkel-Werk bei einer Explosion schwerverletzte Französinen ausgewählt. Vor dem Transport nach Barth nahm man den beunruhigten Frauen alle „Kleinigkeiten“ ab, die ihnen noch geblieben waren³⁴¹. Eine in Auschwitz inhaftierte ungarische Jüdin weigerte sich zunächst gegen die Einteilung in einen Arbeitstransport nach Boizenburg, weil sie sich von ihrer Tante und Kusine nicht trennen wollte³⁴².

Aber nicht nur wegen der Trennung von Angehörigen oder der zu erwartenden mörderischen Arbeitsbedingungen in den KZ-Außenlagern, sondern ebenso wegen der ungewollten Unterstützung der feindlichen Rüstungsproduktion sträubten sich Häftlinge gegen die Transporte. Ein weiblicher Häftling aus der Sowjetunion schreibt. „Die Hitlerleute hatten folgenden Plan: uns aus Ravensbrück abtransportieren, da Einzelne leichter unterworfen werden können, uns zur Arbeit für ‘Großdeutschland’ zwingen.“³⁴³

Schon die Art und Weise der Musterung der für einen Arbeitseinsatz in Frage kommenden Häftlinge verriet, dass der schrankenlose physische Verschleiß der Häftlingsarbeiter sowohl von der SS als auch von den Betrieben eingeplant war. Lotte Silbermann, die als Häftling des KZ Ravensbrück in der SS-Kantine Dienst zu verrichten hatte, erinnert sich, dass verschiedentlich die Direktoren der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg ins KZ-Stammlager bei Fürstenberg kamen und

Arbeitskräfte aussuchten. „Ehe sie an die Arbeit gingen, wurden furchtbare Saufereien veranstaltet.“³⁴⁴ Danach hatten die Häftlinge stundenlang vor der Krankenbaracke zu stehen, um sich vom MWN-Direktor Rintelen und dessen Stellvertreter Troester begutachten zu lassen. Frauen mit grauen Haaren wurden zurückgewiesen³⁴⁵.

Auch Heinkel-Ingenieure führten in der Gewissheit, dass genügend Produktionsarbeiterinnen zur Verfügung stünden, Eignungsprüfungen durch³⁴⁶. Eine in KZ-Haft geratene sowjetische Kriegsgefangene beschreibt die Auswahl der Gefangenen: „Im Dezember 1943 mußten wir auf dem Appellplatz des Lagers Ravensbrück antreten und so wie beim Viehkauf auf dem Markt suchte man uns aus. Man zwang uns sogar, den Mund zu öffnen, und besah sich unsere Zähne. Die etwas jüngeren und gesünderen Frauen, etwa 200, transportierte man am darauffolgenden Tag in das Lager Barth zur Häftlingsarbeit im Flugzeugwerk Heinkel.“³⁴⁷

Anfang 1945, als sich das KZ Ravensbrück immer mehr mit Häftlingen aus Auschwitz und anderen Lagern füllte, wurde anscheinend keine nach funktionalen Kriterien des Arbeitseinsatzes ausgerichtete Auswahl von Arbeitskräften für das Außenlager in Neustadt-Glewe getroffen. Einer rumänischen Jüdin erschien es so, als bezweckte man mit den Transporten in erster Linie, „das verstopfte und vollgerammelte Ravensbrück zu entvölkern“³⁴⁸.

Berichte über die Transportbedingungen der KZ-Häftlinge an ihre Einsatzorte zeigen, dass man Gesundheitsschädigungen und Beeinträchtigungen der Arbeitsfähigkeit der Gefangenen in Kauf nahm. Eine Frau schildert ihren Transport von Auschwitz nach Boizenburg: „Die Reise dorthin dauerte drei Tage und war grauenvoll, da wir uns nicht waschen konnten und nichts zu trinken hatten. Wir waren 50 Frauen in einem Waggon. Für unterwegs bekamen wir für drei Tage Verpflegung: Brot, Wurst und Margarine.“³⁴⁹ Eine Russin berichtet über ihre Reise im Eisenbahnwaggon von Ravensbrück nach Barth: „Die Tür ist verschlossen, verplombt, innen ist es dunkel. Wir liegen auf den Pritschen, schweigen, nur Klopfen der Räder ist zu hören.“³⁵⁰ Zur Bewachung der Häftlinge heißt es über einen Transport vom KZ Dachau nach Barth: „In jedem Waggon waren 2 SS-Begleiter und 55 Gefangene.“³⁵¹ Ein ehemaliger Angehöriger des zivilen Wachschutzes erinnert sich an die Ankunft eines für den Einsatz in Peenemünde bestimmten Häftlingstransports im Bahnhof Zinnowitz: „Dort habe man die Gefangenen „schlimmer als Vieh“ aus den Bahnwaggons ausgeladen. „Als die schweren Schiebetüren geöffnet wurden, stürzten viele der sehr geschwächten Häftlinge vollständig kraftlos auf den Bahnsteig. Die Menschen lagen haufenweise auf dem Bahnsteig.“³⁵² In Barth³⁵³, aber auch in Neustadt-Glewe trafen die Häftlingszüge häufig nachts ein. Hier hatten die entkräfteten weiblichen Häftlinge noch zwei Kilometer bis zum Lager zu marschieren³⁵⁴.

Sowjetische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“ wurden häufig unter ähnlichen Bedingungen nach Deutschland gebracht. So berichtet ein ehemaliger Heinkel-Arbeiter über die Ankunft russischer Kriegsgefangener im Werk Rostock-Marienehe: „In Viehwagen wie die Heringe eingepfercht kamen sie nach wochenlangem Transport an. Vom Betrieb war organisiert worden, daß sich alle Heinkelarbeiter das Ausladen ‘dieser Untermenschen’ als Schauspiel ansehen mußten. Ein Teil der Gefangenen fiel ohnmächtig aus den Waggons. Mit Kolbenschlägen trieb man sie zu den Drangtonnen, auf die sich diese halbverhungerten Menschen stürzten. Mit Kolbenschlägen wurden sie wieder weggetrieben.“³⁵⁵ Ein Ukrainer, der in Peenemünde Schienen reparieren und in einem Depot arbeiten musste, schildert, wie er zusammen mit etwa 15 Bewohnern seines Dorfes nach Deutschland verschleppt wurde: „Wir wurden in Waggons verfrachtet und von Posten mit Gewehren bewacht. Als der Zug stand, lockerten wir den Draht, öffneten die Tür und sprangen aus dem

Zug. Die Wachen merkten es und schossen in die Luft. In Polen wurde wieder kontrolliert, 10 Mann fehlten. Zwei sollten deshalb exekutiert werden, alle versteckten sich. Trotzdem wurden zwei erschossen. Alle hatten jetzt Angst, keiner lief mehr weg. Danach wurden wir zum Sammelpunkt gebracht. Über Swinemünde kamen wir auf die Insel, in ein kleines Lager.“³⁵⁶

Ein Angestellter des Stralsunder Arbeitsamts wandte sich mit dem Antrag auf Ausstellung eines Waffenscheins an die Ortspolizeibehörde. Er „habe sehr oft Transporte von Polen, Ukrainern und Russen aus dem Osten bzw. Generalgouvernement und anderen Gebieten hereinzuholen. Bei Transporten aus dem Generalgouvernement ist es für mich ohne Waffe besonders gefährlich und unsicher, da es häufig zu ernstesten Zwischenfällen kommt.“³⁵⁷ Nicht die Deportation, sondern der Widerstand gegen die Deportation galt nicht nur für diesen Staatsdiener als Verbrechen, das man gewaltsam zu unterbinden hatte.

Einen gänzlich anderen Eindruck über die Arbeitsbedingungen im Reich sollten Anzeigen beispielsweise in weißrussischen Zeitungen vermitteln, in denen die Besatzungsmacht Arbeitskräfte anzuwerben versuchte. In einer Zeitungsanzeige vom Januar 1942, die sich besonders an Metallarbeiter richtete, wird versprochen: „Während des Transportes erhaltet Ihr gute Verpflegung, außerdem in Kiew, Stobunow und Prcemyschl warmes Essen, in Deutschland werdet ihr gut verpflegt und findet gute Unterkünfte. Auch die Entlohnung wird gut sein; Ihr werdet nach Tarif und nach Leistung bezahlt. Für Eure Familien wird gesorgt, solange Ihr in Deutschland arbeitet.“³⁵⁸ Hauptsächlich wegen des Hungers, der in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten der UdSSR herrschte, ließen sich zunächst besonders in der Ukraine und in den baltischen Republiken Arbeitskräfte anwerben. Offenbar glaubte ein Teil der Angeworbenen den falschen Versprechungen. Bald schon aber wurde von deutschen Stellen gewarnt: „Alle zu weit gehenden Versprechungen, die gemacht werden, um unter allen Umständen das Soll der Anwerbung zu erreichen, sollten fortan unterbleiben, da sie schon am ersten Tag Mißtrauen aufkommen lassen, etwa vorhandene Arbeitsbereitschaft in ihr Gegenteil verkehren und Zweifel an die Glaubwürdigkeit deutscher Versprechungen entstehen lassen.“³⁵⁹ In einer Denkschrift vom April 1942, in der eingeräumt wurde, dass die Versprechungen von der Realität weit abwichen, wurde vom Standpunkt der besseren Ausnutzung der ukrainischen Arbeiter deren gleichberechtigte Behandlung mit den deutschen Arbeitskollegen angeregt³⁶⁰. In der Praxis der Fremdarbeiterrekrutierung machten sich indes die deutschen Okkupanten von der Glaubwürdigkeit ihrer Versprechungen nicht abhängig, sondern setzten mehr und mehr auf Zwangsrekrutierungen. Auch die meisten osteuropäischen Arbeiter in der mecklenburgischen und vorpommerschen Metallindustrie dürften gewaltsam ins Reich gebracht worden sein.

Der Ausländereinsatz in den Werken war sehr unterschiedlich, abhängig von der Qualifikation, mehr noch von den Bedürfnissen der Rüstungsfirmen. In erster Linie wurden die ausländischen Arbeitskräfte in der mecklenburgischen Metallindustrie für gewerbliche Tätigkeiten eingesetzt, d.h. in der Produktion, für Transport- und Lagerarbeiten, beim Bau und in der Instandhaltung wie auch für anspruchsvollere Tätigkeiten in den Büros. In der Regel wurden dabei die sowjetischen Zwangsarbeiter „mit den besonders schweren, schmutzigen und gefährlichen Arbeiten belastet, die von deutschen Arbeitern, aber auch von den Zwangsarbeitern aus West- und Nordeuropa nicht gern übernommen wurden“³⁶¹.

Es ist aber zunächst wichtig fest-zuhalten, dass der NS-Staat gerade die Art des Einsatzes von Kriegsgefangenen, „Ostarbeitern“ und Polen, oft zum Missfallen der

Industrie, stark reglementierte. So waren grundsätzlich „Kriegsgefangene von Kriegsgefangenen anderer Nationalität und von ausländischen und deutschen Zivilarbeitern sowohl in der Unterkunft als auch auf den Arbeitsstellen getrennt zu halten“³⁶². Nach dem Frankreich-Feldzug empfahl das Reichsarbeitsministerium, polnische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter, die in Gewerbebetrieben tätig waren, in die Landwirtschaft umzusetzen, und in Industrie und Handwerk nur westeuropäische Kriegsgefangene einzusetzen³⁶³.

Das Ausländeramt Stralsund wies die Unternehmer auf die Genehmigungspflichtigkeit der Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte hin: „Entlassungen und Umsetzungen in andere Betriebe, auch dann, wenn Entlassung oder Umsetzung in beiderseitigem Einvernehmen erfolgt, sind nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes zulässig.“³⁶⁴

Schon vor dem Krieg gegen die Sowjetunion gab das Oberkommando der Wehrmacht eine noch restriktivere Handhabung des Fremdarbeiter- und Kriegsgefangenenereinsatzes wegen des Arbeitskräftemangels auf: „Die bisherigen Bedenken, die gegen einen gleichzeitigen Arbeitseinsatz von Kr.Gef. [Kriegsgefangenen, F.St.] und freien ausländischen Zivilarbeitern an der gleichen Arbeitsstelle bestanden, müssen bei der angespannten Arbeitslage in der Rüstungsindustrie zurückgestellt werden.“³⁶⁵ In den ersten Kriegsmonaten war überdies bestimmt worden, dass „kleinere Gruppen von Kriegsgefangenen als 50 Mann in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft nicht eingesetzt werden“ durften. Nach einigen Wochen wurden aber auch Arbeitskommandos in einer Stärke von 20 Kriegsgefangenen zugelassen, „sofern die Überwachung gesichert ist“³⁶⁶. Gerade sowjetische Kriegsgefangene sollten zudem nur in Kolonnenarbeit eingesetzt werden und dies „auf einem möglichst engen Raum, der bei geringstem Aufwand eine ausreichende Bewachung zulässt“³⁶⁷. Nur für eine Übergangszeit wollte es der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, zulassen, „dass die Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet auch mit Kriegsgefangenen in einem Betriebe arbeiten“³⁶⁸. Diese Bestimmungen ließen einen Einsatz von Kriegsgefangenen zunächst nur in den größeren Metallbetrieben Mecklenburgs und Vorpommerns zu. Die Vorschriften für Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien wurden aber weiter gelockert, so dass sie auch in den Kleinbetrieben des Metallhandwerk beschäftigt werden konnten. Nach den Richtlinien des Stammlagers II A Neubrandenburg war für französische Kriegsgefangene auch ein „Einzelsatz“ möglich. Unter Umständen sollten die Franzosen auch ohne Bewachung vom Lager zu ihrer Arbeitsstätte gehen dürfen. So sollen, wie sich ein sowjetischer Kriegsteilnehmer erinnert, in Greifswald französische, belgische, polnische und serbische Kriegsgefangene unbewacht zur Arbeit in kleineren Reparaturwerkstätten wie die eines Uhrmachers gegangen seien³⁶⁹. Der Zweck der Lockerungen der Vorschriften über den Arbeitseinsatz war, so der Kommandant des Stalags II A, „in erster Linie Einsparung von Wachleuten, dann erst Gewährung von Erleichterungen für die franz. Kr.Gef.“³⁷⁰.

Im Büro der Abteilung „Arbeitseinsatz“ des Stalags II C in Greifswald arbeiteten jugoslawische, französische, belgische und russische Kriegsgefangene gemeinsam als Dolmetscher³⁷¹. Auch in den Rostocker Heinkel-Werken, arbeiteten sowohl Russinnen als auch Franzosen nach einiger Zeit mit deutschen Arbeitern zusammen, nachdem anfangs Franzosen und „Ostarbeiterinnen“ getrennt von den Deutschen zur Nachtschicht eingeteilt waren³⁷². In der Regel ließ allein schon die enge Verknüpfung der einzelnen Produktionsvorgänge gerade in den Metallbetrieben ein isoliertes Arbeiten der Ausländer nicht zu³⁷³.

Die deutschen Belegschaftsangehörigen sollten dabei der rassistischen Ideologie gemäß die ausländischen Arbeiter erziehen und kontrollieren³⁷⁴. Gerade in Bezug auf

die „Ostarbeiter“, über die behauptet wurde, dass ihnen der deutsche „Disziplin- und Intelligenzbegriff“ fremd sei, wurde diese Erziehungsaufgabe gefordert³⁷⁵. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) Gau Mecklenburg wies den Frauen die Rolle von „Unterführerinnen vor den Fremdvölkischen“³⁷⁶ zu. Auch qualifiziertere ausländische Arbeiter oder Angestellte sollten nie Vorgesetzte deutscher Arbeitnehmer sein³⁷⁷. Deutsche Werkschutzangehörige größerer Betriebe wurden zu Hilfspolizeibeamten mit der Aufgabe bestellt, insbesondere Zwangsarbeiter zu überwachen. Beispielsweise beantragte die Rostocker Firma Meincke bei der Schutzpolizei, die sechs Angehörigen des Werkluftschutzes zu Hilfspolizisten zu ernennen³⁷⁸. Einem Hilfspolizeibeamten auf der Neptunwerft wurde mitgeteilt, dass er bei Ausübung seines Dienstes „eine Schußwaffe sichtbar zu führen und eine weiße Armbinde mit der dem Aufdruck ‘Hilfspolizei’ am linken Arm zu tragen“ habe³⁷⁹.

Diese Beispiele für die Beteiligung von deutschen Arbeitnehmern an der direkten quasi-polizeilichen Unterdrückung der Zwangsarbeiter im Betrieb sind jedoch nicht typisch für das Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Arbeitern in den Rüstungsbetrieben während des Zweiten Weltkrieges. Sich aus den Notwendigkeiten des Arbeitsprozesses ergebend, hatten deutsche Arbeiter in erster Linie die oft berufsfremden ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlingsarbeiter anzulernen. Dabei soll es nicht selten vorgekommen sein, dass die Ausländer nur langsam angelernt wurden. Schließlich hofften viele deutsche Facharbeiter, die ihnen im Fall der Ersetzbarkeit drohende Einziehung zum Militär so abzuwehren zu können³⁸⁰.

Stärker von den deutschen Belegschaftsmitgliedern, aber auch von den ausländischen Zivilarbeitern separiert sollten die KZ-Häftlinge arbeiten. In der Praxis ließ sich aber auch im Heinkel-Werk in Barth, in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg oder bei Thomsen & Co. ein Kontakt zu deutschen Arbeitern am Arbeitsplatz nicht umgehen.

In Boizenburg schuf man für die KZ-Häftlinge eine isolierte Abteilung³⁸¹. Auch die weiblichen Häftlinge des Außenlagers Barth arbeiteten in den Hallen 1 bis 4 weitgehend isoliert, so auch die männlichen Häftlinge in den Werkhallen 5 bis 8. Lediglich Ingenieure, Meister, Vorarbeiter und wenige Angestellte hatten hier direkten Kontakt mit den Gefangenen³⁸². Im Sommer 1944 kamen in den MWN, so ein Geheimbericht, auf einen deutschen Arbeiter 30 Häftlinge³⁸³. In der unterirdischen Produktionsstätte des Waldbaulagers arbeiteten pro Schicht 450 bis 500 Gefangene und 15 Deutsche als Maschineneinrichter und Meister³⁸⁴. Das Einrichten der Maschinen besorgten kriegsversehrte Arbeiter³⁸⁵. In nur wenigen Berichten überlebender KZ-Häftlinge wird das Verhalten der deutschen Arbeiter ihnen gegenüber als besonders grausam gerügt. Es aber auch nicht sehr viele Fälle von Solidarität bekannt. Die deutschen Arbeiter dachten in den letzten Kriegsjahren vermutlich zu allererst an ihr eigenes Überleben.

Neben den noch zu beschreibenden Lebensbedingungen in den Lagern und der täglichen Diskriminierung hatten die Zwangsarbeiter am meisten unter den Arbeitsbedingungen zu leiden. Dies zeigt sich besonders an den sehr langen Arbeitszeiten. War schon für die deutschen Arbeiter die Wochenarbeitszeit im Laufe des Krieges faktisch erhöht worden, so galt dies um so mehr für die ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangene. Ab September 1944 wurde die Wochenarbeitszeit für deutsche Männer auf 60, für Frauen und Jugendliche auf 56 Stunden angehoben. Für über 16 Jahre alte ausländische Arbeiter galt schon ab Januar 1944 die 60-Stunden-Woche. Jugendliche Fremdarbeiter konnten bis zu 54 Stunden wöchentlich zur Arbeit herangezogen werden³⁸⁶. Nach der „Verordnung über die Einsatzbedingungen

der Ostarbeiter“ standen diese in einem „Beschäftigungsverhältnis eigener Art“. Das bedeutete, dass die arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen, wie zum Beispiel auch die Arbeitszeitordnung, nicht angewendet werden mussten³⁸⁷. Den Unternehmen blieb die Festlegung der Länge des Arbeitstages für die russischen Zwangsarbeiter überlassen³⁸⁸. Kriegsgefangene hatten „mindestens die gleiche Arbeitszeit zu arbeiten wie der deutsche Arbeiter an der gleichen Arbeitsstelle“³⁸⁹.

Lange Arbeitstage dürften für die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen auch in den größeren Metallbetrieben Mecklenburgs und Vorpommerns die Regel gewesen sein. In den Pommerschen Industrie Werken soll regelmäßig täglich 11 ½ Stunden, auch an Sonn- und Feiertagen gearbeitet worden sein³⁹⁰. Auf der Neptunwerft arbeiteten 1944 viele Beschäftigte bis zu 69 Stunden wöchentlich³⁹¹. Aus einem Geheimbericht über einen Luftangriff auf die Neptunwerft vom Februar 1944 geht hervor, dass 160 deutsche Belegschaftsangehörige und „Ostarbeiterinnen“ am Sonntag arbeiteten. Drei Deutsche und acht Zwangsarbeiterinnen bezahlten diesen „Arbeits-einsatz“ mit ihrem Leben³⁹².

In der Memefa wurde die Sonntagsarbeit sogar zur Regel³⁹³. Gearbeitet wurde hier im Dreischichtbetrieb. Nicht selten habe die Schichtlänge aber auch zwölf Stunden betragen, berichtet ein ehemaliger Zwangsarbeiter aus den Niederlanden³⁹⁴. In den Rinker-Werken mussten die sowjetischen Zwangsarbeiter am Sonnabend nur eine halbe Schicht arbeiten³⁹⁵. In den vermutlich meisten Betrieben wurde den ausländischen Arbeitern am Sonntag zur Erholung freigegeben. Die Aussage des früheren Betriebsleiters der Firma Freundel & Zaeske in Torgelow, die Ausländer hätten sich sonntags ruhen dürfen und hätten auch werktags nicht mehr als 8 Stunden arbeiten müssen³⁹⁶, könnte eine Schutzbehauptung gewesen sein, um seine Entnazifizierung zu erreichen. Ein deutscher Arbeiter erinnert sich nämlich an anstrengende Zehn-Stunden-Schichten in diesem Gießereibetrieb³⁹⁷. Wahrscheinlich unterschieden sich die Arbeitszeiten von Ausländern und deutschen in den Metallbetrieben nicht wesentlich. Entscheidend ist aber, dass die ausländischen Zivilarbeiter schlecht ernährt und medizinisch unzureichend versorgt sich von den Strapazen der Arbeit kaum erholen konnten. Um so schneller schritt bei ihnen der physische Verschleiß voran. Das gilt in besonderer Weise auch für die häufig noch recht jungen Ausländer und Frauen. In der Maschinenbauindustrie zum Beispiel wurden in den Spät- und Nachtschichten vorwiegend sowjetische Arbeiterinnen eingesetzt³⁹⁸.

In den mecklenburgischen KZ-Außenlagern betrug die normale Arbeitszeit zumeist zwölf Stunden. Die größeren Arbeitskommandos in den Dornier-Werken in Neustadt-Glewe arbeiteten in zwei Schichten von zwölf Stunden³⁹⁹. „Für das Tempo sorgten SS-Aufseherinnen“, berichtet ein aus der Slowakei stammender Häftling. „Obwohl die Arbeit in der Nacht subjektiv noch schwerer war als am Tag, bevorzugten wir die Nachtschicht, da die Aufseherinnen dann geringere Möglichkeiten hatten, uns anzutreiben.“ Nur am Sonntag hätten die Neustädter Häftlinge frei bekommen⁴⁰⁰. Eine stets zur Nachtschicht auf der Boizenburger Werft eingeteilte ungarische Gefangene teilt über die Belastungen der Nachtschichtarbeiterinnen mit: „Wer nämlich in der Nachtschicht arbeitete, kam fast gar nicht zum Schlafen, denn kaum war man von der Fabrik ins Lager zurückgekehrt, als man auch schon irgendeine Arbeit zugewiesen erhielt. Gab es keine Arbeit, so wurde immer ein Vorwand gesucht und gefunden, der einen am Schlafen hinderte.“⁴⁰¹

In Barth mussten die Häftlinge vor und nach der Arbeitsschicht 25 Minuten zu Fuß durch den oftmals sehr kalten Ostseewind von den Blöcken zum Werk bzw. zurück marschieren⁴⁰². Auch im Heinkel-Werk wurde an den Fließbändern kontinuierlich in

zwei Schichten gearbeitet. Die Schichten begannen um 7 bzw. 19 Uhr. „Da wir aber noch die Werkhallen zu säubern hatten, arbeiteten wir weit mehr als zwölf Stunden“, heißt es im Bericht einer Russin⁴⁰³. Auch ein männlicher Häftling erinnert sich, dass die Arbeitszeit der Nachtschicht oftmals bis 9 Uhr morgens ausgedehnt wurde⁴⁰⁴. In der Nachtschicht hatten die Häftlinge ohne Pause bis zum Morgen zu arbeiten. Weil in den letzten Monaten des Krieges tagsüber sehr häufig Luftalarm gegeben wurde, konnten die Häftlinge der Nachtschicht kaum noch schlafen. Auch der wöchentliche Wechsel der Schichten führte zu ernstesten Störungen des Nervensystems⁴⁰⁵.

Der Arbeitstag der Häftlingsarbeiterinnen der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg begann um 3 Uhr mit dem Wecken. Bevor die zwölfstündige Schicht begann, hatten die Frauen um 4 Uhr zum Appell anzutreten. „Zwei Stunden standen wir in der Kälte“, berichtet eine Weißrussin⁴⁰⁶. Eine andere Frau berichtet, dass sie nach der sechstägigen Arbeitswoche in der Fabrikhalle am Sonntag beim Bau des Waldbaulagers eingesetzt wurden⁴⁰⁷. Eine im Werk an der Ihlenfelder Straße eingesetzte Französin Micheline Maurel schreibt in ihrem unter dem deutschen Titel „Kein Ort für Tränen“ erschienenen Buch: „Die Abteilung ‘Feinmontage’ arbeitete häufig am Sonntagvormittag. Zu Anfang beneideten wir die anderen, die im Lager zurückblieben. Aber nachdem wir ein paar Sonntage ohne Arbeit erlebt hatten, änderten wir unsere Meinung und schlugen den Weg zur Fabrik ein mit einem Gefühl des Mitleids für die anderen Frauen, die nun den ganzen Tag lang den Launen der Aufseherinnen und Blockowas [Blockälteste, F.St.] ausgeliefert waren.“⁴⁰⁸

Neben der Verlängerung der Tages- und Wochenarbeitszeit der Zwangsarbeiter versuchten die Industriebetriebe auch durch Leistungsverdichtung, den Produktionsausstoß kontinuierlich zu steigern. Auch deutsche Militärs sahen noch ungenutzte Leistungsreserven bei den ausländischen Arbeitskräften. Im Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion II Stettin wurde seit Anfang 1943 über eine nachlassende Arbeitsleistung auch „der anfänglich gut arbeitenden Russen“ geklagt. Diese würden die vermehrten Einberufungen deutscher Arbeiter als Schwäche des Reiches verstehen. „Nur streng durchgeführte Aufsicht“ könnte Abhilfe schaffen⁴⁰⁹. Doch ein halbes Jahr später, als sich die Niederlage der Wehrmacht an der Ostfront abzeichnete, konnte die Rüstungsinspektion nur ein weiteres „Nachlassen der Arbeitsleistungen der Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeiter [...] als Folge der militärischen Ereignisse an der Ostfront“ feststellen⁴¹⁰. Als Gründe für die unter den Erwartungen liegenden Leistungen der Kriegsgefangenen erkannte man aber auch „schlechte Unterkünfte, unzureichende Ernährung, schlechte Behandlung oder mangelhafte Unterweisung in der zu leistenden Arbeit“⁴¹¹.

Die brutale Konsequenz aus der Unzufriedenheit mit der Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen bestand in der Einführung eines Systems der „Leistungsernährung“. „Bei jeder Forderung einer Steigerung der Kriegsgefangenenarbeit gehe ich von der Überlegung ‘Leistung gleich Gegenleistung’ aus“, heißt es im Bericht der Stettiner Rüstungsinspektion. Und Konteradmiral Packross fährt fort: „Die meisten der Kriegsgefangenen, die überwiegende Mehrzahl, ist besser ernährt als unser Arbeiter, der sein Fett zugunsten seiner schwächlichen Kinder oder Frau vorteilhaft für diese verteilt, der mit Sorgen des täglichen Lebens behaftet ist und der nicht weiß, ob er morgen nicht ausgebombt ist und dann von vorne anfangen muss.“ Beim Kommandeur der Kriegsgefangenenlager glaubte Packross zuviel Gefühlsduselei, also Mitgefühl mit den feindlichen Soldaten, zu erkennen. Den Kommandeuren der Stalags seien „mit den zwingenden Erfordernissen der Rüstungsindustrie“ mehr als bisher vertraut zu machen⁴¹². Das Rüstungskommando Stettin wollte den Betriebsführern anraten, „durch bessere Kost und andere kleine Zugaben“ den Kriegsgefangenen einen Anreiz zur Leistungsmotivation zu geben⁴¹³.

Besser ernährte Fremdarbeiter aus Mittel- und Westeuropa erreichten annähernd das Leistungsniveau deutscher Arbeiter. Französische Kriegsgefangene mit einer beruflichen Fachbildung erzielten durchschnittlich 95% der Leistung deutscher Facharbeiter⁴¹⁴. Aber auch mit den Leistungen der „Ostarbeiter“ scheinen die Metallindustriellen nicht unzufrieden gewesen zu sein. Jenseits aller stark rassistisch gefärbten Beschreibung der Erfahrung mit russischen Jugendlichen und Frauen konnte man „keinen fühlbaren Unterschied gegenüber den Arbeiten deutscher Lehrlinge,“ bzw. der „deutschen weiblichen Gefolgschaftsmitglieder“ feststellen⁴¹⁵.

Auch in den mecklenburgischen Metallbetriebe konnten die ausländischen Zivilarbeiter nach einer kurzen Anlernzeit produktiv eingesetzt werden. Aus Personallisten der Bachmann-Werke in Ribnitz geht hervor, dass viele französische Zivilarbeiter über eine Metallfacharbeiterausbildung als Schlosser, Elektriker, Dreher oder Fräser verfügten. Andere Franzosen und Belgier wurden als angelernte Schlosser, Härter, Nieter oder Facharbeiter bezeichnet. Ihr Durchschnittsalter lag deutlich unter 30 Jahren⁴¹⁶. Nach den Maßstäben harter körperlicher Arbeit befanden die Männer sich also in einem sehr leistungsfähigen Alter.

Auch den Heinkel-Werken gelang es offenbar erfolgreich, berufsfremde Zwangsarbeiter für gewerbliche Tätigkeiten anzulernen. Zum Beispiel arbeiteten Französinen mit Schweißgeräten⁴¹⁷. Unter den 36 Arbeitern, die Anfang 1942 in einer Umschulung auf der Neptunwerft teilnahmen, befanden sich auch Ausländer. Ihre Zahl sollte sich durch Zuweisungen noch erhöhen⁴¹⁸. So wurden zum Beispiel Russen und Polen als Schweißer angelernt. Vergleichsweise leichter als diese der Witterung und den Schweißgase ausgesetzten Arbeiter mögen Russinnen ihre Tätigkeit in der Röntgenabteilung der Werkstoffprüfung empfunden haben. Hier mussten sie Röntgenfilme zensieren und bearbeiten. Einige deutsche Arbeiter, bezeichnend für die Einstellung vieler ihrer Landsleute, sollen den Ausländern diese Arbeitsplätze geneidet haben⁴¹⁹. Eine andere „Ostarbeiterin“ stand an einer Schleifmaschine, fertigte und polierte kleine Maschinenteile für Messinstrumente. Die Qualität ihrer Arbeit wurde von einem deutschen Facharbeiter der Neptunwerft kontrolliert⁴²⁰. Für die Heinkel-Werke ist überliefert, dass manche deutsche Arbeiter die gelernten russischen Facharbeiter wegen deren zum Teil hohen Qualifikation und Leistung durchaus schätzten⁴²¹.

Dass die Arbeit in den Metallbetrieben für die Zwangsarbeiter nicht ungefährlich war, zeigen zahlreiche Unfallanzeigen der Hansawerft und der Waggonfabrik in Wismar⁴²². Die Verletzungen könnten sowohl auf die Arbeitshetze als auch durch die geringe Berufserfahrung unter den Fremdarbeitern zurückzuführen sein. Ein „Ostarbeiter“ der Bachmann-Werke wurde zudem Opfer eines tödlichen Wegeunfalls, als er mit 15 Landsleuten von der Arbeit kommend von einem offenen Treckeranhänger stürzte⁴²³.

Ein im Frühjahr 1943 als achtzehnjähriger Fremdarbeiter vom Arbeitsamt Ludwigslust nach Neustadt-Glewe vermittelter Niederländer arbeitete in der Flugzeugmontage der Dornier-Werke. Er berichtet: „Meine Aufgabe war es, die Tragflächen für die Fockler-Wulf mit Klinknägeln zu verbinden.“ Nachdem er als Folge eines Unfalls nicht mehr in der Produktion eingesetzt werden konnte, wurde er nun als Pferdepfleger eingesetzt und zu Transportarbeiten hinzugezogen. „So mußte ich unter anderem die fertigen Tragflächen von der Montagehalle zur Spritzerei fahren oder die Fahrgestelle für die Flugzeuge, die mit der Bahn angeliefert wurden, von der Lederfabrik abholen.“ Außerdem hatte der Holländer jeden Morgen mit dem Pferdewagen Brot für die Kantine des Flugzeugwerks zu holen⁴²⁴. Dieses Beispiel veranschaulicht, dass angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels auch nicht

voll einsatzfähige Fremdarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft genutzt werden sollten.

Die jungen Niederländer und anderen Zwangsarbeiter in der Memefa arbeiteten in verschiedenen Abteilungen des Werks, für deren Betreten jeweils ein besonderer Ausweis benötigt wurde⁴²⁵. Zum Werk gehörte eine mechanische Werkstatt, ein Bandwalzwerk, eine Gesenkschmiede, eine Strangpresse, eine Gießerei, eine Rohrzieherei, ein Gaswerk und Generatorenhaus, ein Lokschuppen und der Versand⁴²⁶. „Die Hallen waren Flachbauten und getarnt mit aufgemalten Tannenbäumen“⁴²⁷, erinnert sich eine ehemalige Werksangestellte. Ein Holländer schreibt über die Arbeit in der Blechwerksabteilung der Memefa: „Ohrenbetäubend krachten die Walzen und kreischend schlugen die Blechplatten durch zylinderförmige Stahlrollen. Nach ein paar Tagen war man ja dran gewöhnt. Ich wurde an die Richtmaschine gestellt und ein Deutscher, Adolf Glockenstein, half mir ein bißchen bei dem Wirrwarr von Hebeln und Zifferscheiben. Recht bald hatte ich die verschiedenen Handgriffe kapiert und konnte die Maschine nach ein paar Wochen selbständig bedienen. Nach anderthalb Monaten bekam ich plötzlich eine andere Arbeit. Ich mußte den Blechabfall hinter einer Schere wegräumen. Kurz danach kam ich jedoch an die Maschine und mußte den Grat von den angeschnittenen Platten abmachen. Auch das dauerte nicht lange. Ich wurde zum zweiten Mann befördert. Als erster Mann gab es einen Deutschen, Paul Schuck, der sich wohl was drauf einbildete, daß er Meister war, und der nichts lieber tat, als den Chef über alle zu spielen und selbst mit der Hand auf dem Rücken durch die Fabrik zu stolzieren.“ Vom Meister angetrieben wurde er: „Immer ran, mal los! Jetzt ist Krieg!“ Als der Betrieb gegen Ende des Krieges wegen Stromsperren und Materialmangels die Produktion einstellte, wurden die ausländischen Zivilarbeiter für Hofarbeiten außerhalb der Fabrik und schließlich für Gleisarbeiten auf dem Bahnhof von Waren eingesetzt⁴²⁸.

Dieser Einsatz außerhalb der Produktion ist durchaus typisch für die Verwendung ausländischer Arbeitskräfte in den letzten Kriegsmonaten, nachdem die Produktionsstätten oder deren Logistik schon teilweise zerstört bzw. beeinträchtigt waren. Mitte Januar 1945 wurden zum Beispiel ukrainische Arbeiter zu einem gefährlichen Arbeitseinsatz im Luftschutz für die Rostocker Neptunwerft und die Arado-Werke „abkommandiert“⁴²⁹. Sowjetische Kriegsgefangene bauten auch Holzhäuser in der Siedlung der Warnemünder Arado-Werke⁴³⁰. In Rostock waren Zwangsarbeiter außerdem für den Wiederaufbau durch Bomben beschädigter Häuser eingesetzt⁴³¹. Als im August 1944 die Hallen der Wismarer Waggonfabrik bombardiert und viele umliegende Wohnhäuser durch Feuer zerstört wurden, halfen sowjetische Kriegsgefangene den Ausgebombten, „indem sie Hausrat aus den brennenden Häusern ins Freie schafften und hilflose Bewohner beim Fortkommen unterstützten“⁴³². Kriegsgefangene der Heinkel-Werke wurden auch für Gartenarbeiten in Familien mit mehreren Kindern beschäftigt, deren Väter eingezogen worden waren⁴³³.

Der Betriebsleiter der Gießerei Münter in Ueckermünde nutzte die Arbeitskraft der seinem Betrieb zugeteilten Kriegsgefangenen allerdings entgegen den Bestimmungen auch für private Zwecke. Jeden Morgen hatten ein bis zwei Gefangene sein Pferd zu versorgen und den Garten der Fabrikantenvilla zu pflegen. Außerdem sollen die Männer dem Fabrikanten zu dessen Schutz einen eigenen Bunker gebaut haben⁴³⁴.

Die ausländischen Arbeiter selbst waren vor Luftangriffen auf die Werkshallen, in denen sie arbeiten mussten, kaum geschützt. Bei einem Bombenangriff auf das Heinkel-Werk in Marienehe am 4. August 1944 starben 17 sowjetische Arbeiter in einem Splitterschutzgraben⁴³⁵. Diese primitiven Schutzvorrichtungen erwiesen sich als völlig unzureichend. Der Zutritt zu bombensicheren Bunkern blieb den Zwangsar-

beitern in diesem Werk wie auch in vielen anderen Betrieben verwehrt. Dies erklärt auch den mit 20 Prozent überdurchschnittlichen hohen Anteil von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen unter den Luftkriegsopfern in Rostock⁴³⁶. Allerdings boten auch Bunker keinen hundertprozentigen Schutz. Bei einem Angriff eines amerikanischen Bombergeschwaders auf die Arado-Werke starben nach Volltreffern auf vier Luftschutzräume 56 Personen, vor allem sowjetische Zwangsarbeiter⁴³⁷.

Fremdarbeiter waren auch die Opfer der Fliegerangriffe auf das Kraftwerk in Peenemünde im Juli und August 1944. Nach den beiden Angriffen hatten Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge schwere Aufräumarbeiten zu verrichten und Blindgänger bergen zu helfen⁴³⁸. Ausländische Zivilarbeiter, die, wie bei der Zerstörung der Norddeutschen Dornier-Werke ihr Leben hatten retten können, aber Eigentum (Kleidung) verloren hatten, konnten zwar Schadensersatzansprüche geltend machen⁴³⁹. Die Angst vor den nächsten Bombennächten konnte diese „Entschädigung“ den Zwangsarbeitern aber sicher nicht nehmen.

Auch die KZ-Häftlinge in den mecklenburgischen Rüstungsbetrieben, die täglich mit dem Tod konfrontiert sein konnten, erfuhren die Luftangriffe der Alliierten unmittelbar als Bedrohung. Wenn das Werksgelände von Thomsen & Co. in Boizenburg bombardiert wurde, führten die Aufseherinnen die Häftlinge in den Keller. Die deutschen Arbeiter flüchteten sich in Schutzräume⁴⁴⁰. 1944 häufig bombardiert wurden die Heinkel-Werke und der Flugplatz von Barth, auch von sowjetischen Flugzeugen, wie sich eine Russin erinnert. Sie hatte mit ihren Kameradinnen auf dem Appellplatz gestanden, als sie zunächst die bekannten Motorengeräusche der sowjetischen Maschinen vernahm und kurz danach die tief über sie hinwegfliegenden Flugzeuge an den auf die Tragflügel gemalten roten Sternen identifizierte. Eine Maschinengewehrgarbe, ließ Wehrmachtsflugzeuge in Flammen aufgehen. Die Häftlinge blieben aber unverletzt⁴⁴¹.

Eine andere Russin berichtet: „Einmal erschien ein Flugzeug ohne Kennzeichen zur Tagschicht, als wir in unserer Halle waren, und beschoß die Werksgebäude. Unsere Bewachung war kopflos und dachte an die eigene Rettung und nicht an uns. Alle liefen aus den Hallen auf den Werkshof. Offenbar stellte der Pilot den Beschuss ein, als er die graue Masse von Häftlingen erkannte. Das Flugzeug drehte ab, aber die Panik im Werk dauerte an. Die Inhaftierten rannten durch das Werkstor. Zum Glück war es nicht geschlossen. Wir liefen auf irgendein Feld und fühlten uns frei. Das machte uns alle trunken, aber nicht lange. Die Wachleute besannen sich und liefen sofort mit den Hunden los, um uns einzukreisen. Wir wurden auf das Werksterritorium zurückgeführt.“⁴⁴²

Die alliierten Angriffe ließen bei den Gefangenen offenbar die Hoffnung auf eine baldige Befreiung wachsen. Eine Tschechin schreibt darüber: „Wenn man Barth bombardierte, hatten die Aufseherinnen Angst gehabt, und wir sangen [...]“⁴⁴³ Ein männlicher Häftling gibt allerdings eine andere Erfahrung wieder. Offenbar hatten sich die Gefangenen bei Luftangriffen auch vor den SS-Männern zu fürchten. „In solchen Fällen mußten nämlich sämtliche Häftlinge rasch in die Luftschutzräume laufen, in die wir nicht massenweise hineingedrängt wurden, um unser Leben zu beschützen, sondern, weil man befürchtete, daß unsere Freude am Luftangriff zum Aufruhr führen könnte. Beim Treiben in die Schutzräume sind wir mit Gewehrkolben, Knüppeln und Fußtritten bearbeitet worden. Zahlreiche Häftlinge erlitten dabei tödliche Verletzungen, und wir mußten später die Leichen ins Lager tragen.“⁴⁴⁴

Trotz der prinzipiellen Verachtung der Häftlinge und des Misstrauens gegenüber ihnen, äußerten sich die Profiteure der Häftlingsarbeit in der NS-Verwaltung und im Management der Rüstungsbetriebe sehr zufrieden über die Leistung der Gefange-

nen. In einem Bericht an Rüstungsminister Speer heißt es, die „KZ'ler“ arbeiteten gut „und tun alles, um nicht wieder ins KZ zurückgeschickt zu werden“⁴⁴⁵. Über den Häftlingseinsatz bei den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg teilte Himmler im März 1943 Reichsmarschall Göring zufrieden mit: „Das Unternehmen hat den gesamten Serienbetrieb auf Häftlinge umgestellt. Im Monat Januar wurden dort 30000 Geräte sowie 500 Rudermaschinen und Höhenregler hergestellt. Wir erhöhen den Einsatz auf 4000 Frauen. Die Leistungen der Frauen sind ausgezeichnet.“⁴⁴⁶ In einem Erfahrungsbericht über den Einsatz von weiblichen Häftlingen in den MWN heißt es: „Die Erfolge sind enorm und niemals zuvor für möglich gehalten worden.“ Von den Frauen würden „die kompliziertesten Arbeiten, wie Zusammensetzen von Abwurf- und Kreiselgeräten, Fügungen und Stanzarbeiten, Anfertigung von Leeren und Werkzeugen, ausgeführt. Daneben führen die Frauen zurzeit mit wenigen alten Maurermeistern und einem Bauleiter sämtliche notwendigen Verlagerungs-, Bohrungs-, Ausschachtungs-, Tief- und Hochbauarbeiten durch, die bei Anlage eines neuen Ausweichwerkes mit allen dazugehörigen Unterkünften und Anlagen in Stein und Beton anfallen. [...] Das Geheimnis liegt im Psychologischen begründet. Die Frauen, die sich vornehmlich aus Russinnen, Polinnen, Tschechinnen, wenigen Französinen, Italienerinnen, Serbinnen und einigen Deutschen zusammensetzen, müssen zunächst das Gefühl der Hoffnungslosigkeit auf Befreiung haben und dadurch aus Langeweile und manuellem Beschäftigungsdrang von selbst an die Arbeit herangehen. Außerdem werden sie nur für einen speziellen Arbeitsgang geschult, bei diesem belassen und durch das Bandsystem in fortgesetzter Bewegung gehalten. Die Kunst der Anlernenden liegt in der planmäßigen und sinnvollen Aufgliederung in einzelne Arbeitsvorgänge und in dem Herausfinden der verschiedenen Eignungen. Die Frauen stellen die Anweiserinnen und Einrichterrinnen nach kurzer Zeit aus eigenen Reihen. Ihr Ehrgeiz wird durch kleine Prämien (Akkordsystem in Prämien Scheinen, womit beispielsweise Limonaden, Körperpflegemittel, Gemüse und Obst gekauft werden können) und Placierung in den diffizilsten Arbeitsvorgang, der die feinste Hand erfordert, angestachelt. Die KZ-Häftlinge arbeiten auch am Zeichentisch, im Büro, an der Kartothek sowie an Prüf- und Meßgeräten. Nirgends herrscht eine Gereiztheit oder befremdende Antreiberei, aber die Frauen sind unausgesetzt in Bewegung. Je größer die Serie, je leichter ist die Feinstfertigung mit KZ-Häftlingen aufzuziehen. So haben die M.W.N. überhaupt erst mit ihren KZ-Häftlingen Fertigungen begonnen, die vorher gar nicht existierten.“⁴⁴⁷ Auch ein Oberingenieur des Werks bestätigt, die Häftlinge hätten „sehr gewissenhaft, genau und schnell gearbeitet“. „Dabei hatten die Häftlinge nicht zu überlegen, sondern die Maschinen zu bedienen, wie sie ihnen funktionstüchtig von den Einrichtern übergeben wurden.“⁴⁴⁸

Der Bericht über die Erfahrungen mit dem Häftlingseinsatz in Neubrandenburg war höchstwahrscheinlich auch in der Absicht verfasst, die Leistungen der Mechanischen Werkstätten bei der größtmöglichen Ausbeutung der Gefangenen herauszustreichen. Er enthält aber einige auch durch Häftlingsberichte belegte Tatsachen, so etwa die vielfältige Einsetzbarkeit der KZ-Häftlinge. Micheline Maurel, die der „Feinmontage“ zugeteilt war, hatte immer in der gleichen Halle eingesetzt eine offenbar eintönige, aber auch für Berufsfremde anlernbare Tätigkeit zu verrichten. „Hier lernte ich zum ersten Male, Lageweile kennen. Wir mußten kleine Federn anlöten. Einige meinten, das sei für Bombenflugzeuge. Jedenfalls war es eine Arbeit, die Widerwillen und Wut erzeugte.“⁴⁴⁹

Eine Tschechin sagt aus, sie habe zuerst in der Schleiferei, dann als Werkstattschreiberin gearbeitet⁴⁵⁰. Während ein anderer tschechischer Häftling an eine Fräsmaschine gestellt wurde⁴⁵¹, betraute man eine aus Budweis stammende Kame-

radin mit Büroarbeiten, weil sie gut deutsch sprach⁴⁵². Eine weitere Tschechin gibt zu Protokoll, dass sie eine Revolverdrehbank bedient habe⁴⁵³. Andere Gefangene sollen unter anderem als Scherenschneider, technische Zeichnerin, Stahlbauarbeiter, Magazinverwalter und Lastenträger beschäftigt gewesen sein.

Die meisten Häftlinge hatten diese Arbeiten ohne die notwendige Schutzkleidung zu verrichten. Beispielsweise „erhielten die in der Galvanik Beschäftigten und die als Schweißerinnen eingesetzten Häftlinge ärmellose Gummischürzen. Aber gerade beim Schweißen zogen sich viele Frauen Verbrennungen zu.“ Die SS-Aufseherinnen begossen die Brandwunden mit kaltem Wasser. Dann musste die Arbeit fortgesetzt werden. Die Wunde einer Russin, der im Winter 1944/ 45 von der Maschine alle Finger einer Hand abgeschnitten wurden, verband man lediglich mit Papier⁴⁵⁴.

Eine damals in der Malerei eingesetzte Tschechin sagt aus, dass sie mit Spritzpistolen gearbeitet habe. „Dort war eine schreckliche Luft, weil man offensichtlich Azetonfarbe benutzte.“ Auf die Flugzeugteile malten sie die Worte „Auf – Zu“ sowie die entsprechenden Pfeile. Auch Gradmesser habe sie einzeichnen müssen. Einmal täglich hätten die Beschäftigten dieser Abteilung „wegen der dortigen Atmosphäre Milch“ erhalten⁴⁵⁵.

Besonders kräftezehrend war der Einsatz in der Abteilung „Erdarbeit“. Von den französischen Frauen, die das ganze Jahr über bei jeder Witterung Schächte für künftige Baracken auszuheben hatten, überlebte niemand das Lager⁴⁵⁶. Am Datzeberg wurden weibliche polnische Häftlinge, die man nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes deportiert hatte, zum Bau einer nicht mehr vollendeten unterirdischen Anlage herangezogen. „In kalten Winternächten oder bei Schneetreiben lösten sie bei Laternenlicht mit den schweren Spitzhacken die hartgefrorene Erde und transportierten sie im unwegsamen Gelände in Loren und Karren weiter“⁴⁵⁷, berichtet eine Überlebende.

Anders als im oben zitierten Erfahrungsbericht über die weiblichen Häftlinge behauptet kann die Arbeits- und Lernbereitschaft der Frauen nicht das Ergebnis einer geschickten Motivation von Seiten der Rüstungsfirma gewesen sein. Es war vielmehr die nackte Gewalt in Gestalt der SS und das Regime des Hungers, das so viele weiblichen Häftlinge die lange, häufig monotone und teilweise auch gefährliche Arbeit aushalten ließ. Die Berichte über den effizienten Einsatz weiblicher Häftlinge in Neubrandenburg scheinen aber ein Beleg dafür zu sein, dass die relativ geringe Produktivitätsdifferenz zwischen deutschen Arbeiterinnen und weiblichen KZ-Häftlingen die Beschäftigung der Gefangenen für die Einsatzbetriebe durchaus profitabel werden ließ⁴⁵⁸.

Bei den männlichen KZ-Häftlingen konnten die Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg wohl noch mehr vorhandene Fachqualifikationen nutzen. Einige von ihnen wurden auf dem Flugplatz bei Neubrandenburg für die technische Prüfung von Flugzeugen verwendet⁴⁵⁹. Im Chemielabor der Abteilung Metallographie wurden naturwissenschaftlich gebildete Häftlinge zur Arbeit für die deutsche Rüstung gezwungen⁴⁶⁰.

Die Häftlingsarbeiter in Peenemünde arbeiteten nach Auskunft deutscher Zeitzeugen in einer unterirdischen Halle des Versuchsserienwerkes zum Teil an Maschinen. Sie seien nie ans Tageslicht gelassen worden⁴⁶¹, heißt es in einem Augenzeugenbericht. Schon bald nach ihrer Ankunft in Peenemünde im Juli 1943 mussten französische Häftlinge mittlere Rumpfteile der A4-Rakete montieren und Spannvorrichtungen in der Haupttaktstraße einsetzen⁴⁶².

In einem nicht näher genannten Teil der Heeresversuchsanstalt sollen als Geheimnisträger durch Kreuze auf dem Rücken und der Brust gekennzeichnete Häftlinge

ohne jeden Schutz mit Sprengstoff gearbeitet haben: „Wir waren dazu bestimmt, die V-Waffen mit neuen Sprengmitteln auszuprobieren. Die Folgen waren furchtbar, denn bei uns löste sich buchstäblich das Fleisch von den Händen“, schreibt ein Häftling⁴⁶³. Andere Häftlinge hatten Wasserleitungen zu verlegen, wurden auf dem Prüfstand IX in Peenemünde-Ost eingesetzt⁴⁶⁴ oder in der Schlosserwerkstatt beschäftigt⁴⁶⁵. Die Männer des Kommandos „Heizung“ wurden gezwungen, „anstelle eines Traktors den Anhänger zu ziehen, der voll mit Kohlen beladen war“, schreibt ein ehemaliger Häftling, der auch beim Bau der Raketenstartrampen eingesetzt wurde⁴⁶⁶. Einige andere Häftlinge arbeiteten mit Schneidbrennern bei der Verschrottung zerstörter Raketenteile⁴⁶⁷. Ein Pole erinnert sich, dass Häftlinge auch bei der Versenkung von Raketen im Meer hätten helfen müssen. Er habe geglaubt, man würde ihn wie alle, die unmittelbar mit den Geheimwaffen in Berührung gekommen waren, nicht mehr lebend aus dem Lager herauslassen⁴⁶⁸.

Die männlichen Häftlinge des KZ-Außenlagers Karlshagen, die der Erprobungsstelle der Luftwaffe in Peenemünde-West zugeteilt waren, wurden nicht in der Produktion eingesetzt. Sie verrichteten Bau- und Hilfsarbeiten und kamen bei der Entladung von Schiffen im Peenemünder Hafen zum Einsatz. Auch zur Bergung der nach der Erprobung in den sumpfigen Schilfgürtel gestürzten Schussbolzen der V1 zog man die Gefangenen heran⁴⁶⁹.

In den Heinkel-Werken in Barth wurden die Gefangenen ähnlich wie in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg sehr produktiv für die Rüstungsproduktion eingesetzt. „In riesigen ehemaligen Flugzeughangars arbeiteten die Häftlinge unter der Anleitung deutscher Facharbeiter bei der Montage von Flugzeugteilen. [...] In zwei Tagen wurde ein halber Flugzeugrumpf ohne Motor zusammengebaut, der auf speziellen Lieferwagen abtransportiert wurde.“ Voller Bewunderung spricht der aus Ungarn stammende ehemaliger Häftling Ernst Fleischer noch heute von den seinerzeit modernen Werkzeugen wie Pressluftbohrer, Nietmaschinen und Metallscheren. Er wurde im November 1944 mit mehreren seiner Kameraden von der Halle 8 in die Halle 6 umgesetzt. Hier stellten an über hundert Vierertischen Gefangene Flugzeugteile her⁴⁷⁰. Eine Gruppe von Frauen verschiedener Nationalität strichen in kleinen Kabinen die Tragflügel mit Farbe. Wenn es keine Malerarbeiten gab, schickte man diese Frauen zur Transportkolonne⁴⁷¹.

Viele weibliche Häftlinge arbeiteten aber im Fließbandsystem, das ihnen das Arbeitstempo diktierte. Die Russin Iraida Schoschkina berichtet über die Fließbandarbeit in der Halle 4: „Wir hatten einen bestimmten Platz am Transportband, auf dem die Tragfläche transportiert wurde. Jemand bohrte Löcher, nietete und wir beschäftigten uns mit Stangen. [...] Ich und andere, die mit Wlasta arbeiteten, mußten mit der Bohrmaschine (Drillbohrer) mit verschiedenen Bohrern, mit dem Fräser, Schraubendreher und anderen Werkzeugen umgehen, die mit Strom arbeiteten. Einmal fiel mir die Bohrmaschine mit dem großen Fräser aus der Hand, als ich den Kopf in den Hohlraum der Tragfläche steckte. Ich verletzte mich und war eine Zeit lang von der Arbeit freigestellt, d.h. ich stand auf der 'Bettkarte'. Vor einer größeren Not rettete mich der Meister Hartmann, der die Bohrmaschine rechtzeitig abschaltete.“⁴⁷² Häftlingen, die mit der Bandgeschwindigkeit nicht mithielten, konnte dies im schlimmsten Fall als Sabotage angelastet werden⁴⁷³. Ausdrücklich verboten war es zudem, bei der Arbeit zu sprechen, den Kopf zu heben oder sich zu setzen⁴⁷⁴.

Lärm, Kälte, Staub und Unfallgefahren in den Fertigungshallen erschwerten die Arbeit noch. Eine Luxemburgerin schreibt: „In der Fabrik mußten wir in einer großen Halle arbeiten. Damals wurde der linke Flügel eines Jagdflugzeuges gebaut. Das Anbringen der Nietten machte ein furchtbares, ohrenbetäubendes Getöse. Dies während der ganzen Schicht.“⁴⁷⁵ Ein männlicher Arbeitshäftling war zu Montagearbeiten

im Winter 1944/ 45 in eine ungeheizte Flugzeughalle befohlen worden. Zwar empfand er die Tätigkeit als „nicht so schwierig“. Doch die „Kälte war für diese Arbeiten nicht gerade günstig. Da es sich überwiegend um Präzisionsarbeiten handelte, konnte trotz Ermutigung durch das Aufsichtspersonal bei so tiefer Temperatur die gewünschte Fingerfertigkeit bei den Häftlingen nicht erreicht werden.“⁴⁷⁶

Eine Slowenin beschreibt die Arbeit in den Werkshallen als sehr schmutzig. Für die Verbreitung von Hautkrankheiten sei neben der mangelhaften hygienischen Verhältnissen und Vitaminmangel die Situation am Arbeitsplatz gewesen, „wo die Luft voller Staub und Eisenspäne war“⁴⁷⁷. Noch fataler für die Gesundheit war der bei der Bearbeitung der Aluminiumbleche freigesetzte Staub. Viele Häftlinge erkrankten infolge der ständigen Einatmung von Duraluminiumstaub an Tuberkulose⁴⁷⁸. Es wird zudem berichtet, dass auch mit Asbest gearbeitet wurde⁴⁷⁹. Eine Polin, die in der Nachtschicht an Tragflügeln arbeitete, zog sich einmal Brandverletzung an den Beinen zu. Im Krankenrevier erhielt sie jedoch keine Medikamente⁴⁸⁰. Bei einem anderen Unfall erlitten fünfzehn „Zigeunerinnen“ Verbrennungen. Eine von ihnen starb. Auch in diesem Fall weigerte sich der Werkssanitäter, der tschechischen Häftlingsärztin Arzneimittel für die Verunglückten zu geben. Er behauptete, „daß für Häftlinge keine Arznei vorhanden sei“⁴⁸¹.

Auch für die Fertigungskontrolle⁴⁸² und Büroarbeiten setzten die Heinkel-Werke in Barth Häftlinge ein, darunter viele tschechische Frauen. Die schon zitierte Luxemburgerin musste zusammen mit anderen Frauen „12 Stunden lang, mit nur einer halben Stunde Pause (vom 1½ bis 2 Uhr) auf einer Schreibmaschine verschlüsselte Zahlen in Rubriken tippen. Das Pensum war fast nicht zu erledigen und musste äußerst sauber und fehlerfrei geschrieben sein. Der Kopf fiel uns vor Müdigkeit manchmal auf die Schreibmaschine. Bei Nachtschicht mussten die Fenster dicht verschlossen und verdunkelt sein. Die Luft wurde zum Ersticken, denn der Raum war dicht besetzt.“⁴⁸³ Ein Franzose berichtet, dass er zusammen mit italienischen, polnischen und französischen Häftlingen in Ingenieurbüros eingesetzt wurde und für die ihm zugewiesenen Kontrollaufgaben auch mit Detailplänen des Jagdflugzeuges He 111 arbeitete⁴⁸⁴. Offenbar war man sich sicher, dass die Häftlinge auf Dauer im SS-Gewahrsam bleiben und keine Möglichkeit haben würden, die militärischen Geheimnisse zu verraten.

Neben den verschiedenen Tätigkeiten in der Produktion und in den Büros wurden einige Gefangene auch zu Erdarbeiten abkommandiert, die wie in Peenemünde und in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg zu den schwersten Arbeiten gehörten. Während das Kommando „Kaninchenberg“ in der Nähe von Barth einen Panzergraben auszuheben hatte, führte das so genannte Splitterboxkommando auf dem Flugplatz Erdarbeiten durch. Die Häftlinge hatten Erdwälle aufzuschaukeln, zwischen die Flugzeuge geschoben wurden. Das Kommando bestand nur aus jüdischen Häftlingen. In einem Erinnerungsbericht wird die Arbeit als besondere Schinderei beschrieben: „Die vollen Schubkarren mußten im Laufschrift an die Böschungen hochgeschoben werden. Ein Mann vorne und einer hinten. Es war eine sehr schwere und erschöpfende Arbeit.“ Viele Häftlinge dieses Kommandos seien bereits nach einigen Wochen an Überanstrengung oder Misshandlungen gestorben⁴⁸⁵.

Im Rostocker Heinkel-Werk wurden zwölf Häftlinge des KZ Sachsenhausen für Tests verwendet, die deutschen Belegschaftsangehörigen wohl nicht zugemutet werden sollten. Unter Leitung des Chefingenieurs des Werks sollten die Männer als Testpersonen für den noch nicht erprobten Schleudersitz dienen⁴⁸⁶. Man hatte den Gefangenen als Belohnung dafür eine vorzeitige Haftentlassung und Überstellung

zur Wehrmacht in Aussicht gestellt. Nach zwei bis drei Tagen wurde das Kommando wieder ins Stammlager zurückverlegt. Ein Häftling zog sich bei den Versuchen eine geringfügige Kopfverletzung zu⁴⁸⁷.

Möglicherweise blieb die Produktivität der erst 1944 in Boizenburg und Neustadt-Glewe eingerichteten KZ-Außenkommandos hinter der Effizienz des Häftlingseinsatzes in den technisch modern ausgestatteten Fabriken in Neubrandenburg und Barth zurück. Gleichwohl sollte auch hier den jüdischen Frauen solange wie möglich ihr ganzes Arbeitsvermögen ohne Rücksicht auf ihre angegriffene Gesundheit abverlangt werden. Eine nach Kriegsende in die USA ausgewanderte Jüdin sagt aus, sie habe bei Thomsen & Co. in verschiedenen Bereichen gearbeitet, so in Kellerräumen den Arbeitern schwere Eisenteile tragen müssen, habe Tragflügel bearbeitet und mit einem Hammer Arbeiten verrichtet. Bei all diesen Tätigkeiten habe es sich um Schwerarbeit gehandelt, die normalerweise Männer ausführten⁴⁸⁸. Auch eine in Rumänien geborene Frau beschreibt die Arbeit mit dem Niethammer als außerordentlich anstrengend. Sie habe mit ihrem ganzen Körpergewicht den Tragflügel herunterdrücken müssen, während sie die Niete in das Flugzeugteil schoss⁴⁸⁹. Die Aussage einer auf der Werft als Elektroschweißerin eingesetzten Ungarin zeigt, dass der Betrieb den Häftlingen den gewöhnlichen Arbeitsschutz nicht zugestehen wollte: „Ich hatte sehr schwere Arbeit, die Lungen und Augen besonders gefährdete. Meine Augen waren fast ununterbrochen entzündet.“⁴⁹⁰ Eine ungarische Jüdin, als junges Mädchen von Auschwitz nach Boizenburg verschleppt, erlitt in der Nachtschicht eine schwere Augenverletzung, als sie mit der Bohrmaschine an einer Tragfläche arbeitete. Sie wurde auf einem Auge blind⁴⁹¹. Von einer Frau, der ein Finger amputiert werden musste, verlangte man, ungeachtet ihrer starken Schmerzen wieder zu arbeiten⁴⁹².

Vor und nach der Schicht wurden die Gefangenen unter Bewachung von mindestens acht SS-Aufseherinnen durch die Stadt geführt. Ein holländischer Zwangsarbeiter, der in einer Reithalle Flugzeugmotoren reparieren musste, konnte die Marschkolonnen beobachten, aber nicht mit den Frauen sprechen⁴⁹³.

Im KZ-Außenlager Neustadt Neustadt-Glewe arbeitete der überwiegende Teil der von anderen Lagern hierher verschleppten Häftlinge nicht. Einige Häftlingsfrauen waren in landwirtschaftlichen Betrieben tätig, andere hatten auf dem oft bombardierten Fliegerhorst „Deckungslöcher und Splittergräben auszuheben und Trümmer zu beseitigen“⁴⁹⁴. Die Frauen mussten unter anderem auch Bäume fällen und Holz sammeln⁴⁹⁵. Ein holländischer Fremdarbeiter, der mit einem Fuhrwerk die Baumstämme abzuschleppen hatte, urteilt: „Das Fällen von Bäumen war für Frauen aus dem KZ, die schlecht versorgt und unterernährt waren eine äußerst anstrengende und kräftezehrende Arbeit.“ Ein weiteres Arbeitskommando soll im Zementwerk Kurz beschäftigt gewesen sein⁴⁹⁶.

Die bei den Dornier-Werken eingesetzten Gefangenen führten Fräs-, Niet- und Schweißarbeiten aus⁴⁹⁷. Eine Jüdin drehte Schrauben in einzelne Flugzeugteile. Sie war dabei durch eine steife Hand gehandikapt. Die Frau schreibt: „Ich machte das mit der rechten Hand, während ich mit der linken das Material festhielt.“⁴⁹⁸ In einem Bericht einer weiteren Überlebenden heißt es: „Meistens reparierten wir bombenbeschädigte Flugzeugflügel, die ausgerichtet und entsprechend einer Schablone in die gewünschte Form zu bringen waren. Wurde ein neues Blech gebraucht, mußte man auch mit der Bohrmaschine arbeiten.“⁴⁹⁹ Andere Frauen und Mädchen wurden in der Montage beschäftigt⁵⁰⁰ oder hatten die Flugzeuge anzustreichen⁵⁰¹. Eines der größten Arbeitskommandos wurde zum Bau der Flugzeugmotoren und -fahrgerüste in der ehemaligen Wasserwerkstatt der Lederwerke eingesetzt⁵⁰².

Nach dem Bombardement des Magazins in Parchim brauchten die Neustädter Häftlinge diese harten Arbeiten nicht mehr verrichten⁵⁰³. Dies bedeutete für sie aber auch eine den Erinnerungsberichten zufolge oft noch als quälender empfundene Kürzung der Lebensmittelrationen.

Der Arbeitslohn und die gesetzlichen Abzüge

Die Löhne und Gehälter waren im „Dritten Reich“ nicht das Ergebnis freier Übereinkunft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder freien Interessenvertretungen, sondern es galt das staatliche Lohndiktat der „Tarifordnung“, das allerdings den Betrieben einen Gestaltungsspielraum ließ. Im Prinzip waren die ausländischen Zivilarbeiter mit Ausnahme der Polen und „Ostarbeiter“ den Deutschen hinsichtlich der Lohnhöhe gleichgestellt. Den Arbeitgebern wurde jedoch ein Spielraum bei der Einstufung der ausländischen Arbeiter in Lohngruppen und bei der Verteilung von Sonderprämien gelassen. Es konnte sogar vorkommen, dass nord- oder westeuropäische Ausländer auf Grund von Trennungszulagen höhere Auszahlungsbeträge erhielten als ihre deutschen Kollegen⁵⁰⁴. Bis Oktober 1942 blieben die Ausländer auch von der Beitragspflicht zur Deutschen Arbeitsfront als Zwangsorganisation aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber befreit⁵⁰⁵. Wie deutsche Arbeitnehmer waren die meisten Fremdarbeiter steuer- und sozialversicherungsbeitragspflichtig. Verheiratete Dänen, Slowaken, Ungarn und Protektoratsangehörige, deren Familien in der Heimat lebten, mussten keine direkten Steuern an das Reich entrichten. Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war für die nicht-osteuropäischen Arbeiter geregelt wie für Deutsche⁵⁰⁶.

Die holländischen Arbeiter der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik in Waren erhielten zum Beispiel in den Jahren 1942 bis 1945 einen Stundenlohn von 88 Pfennig und nach Abzug der Lohnsteuer, der Sozialabzüge, der Beiträge für die DAF, der Kriegsspende, der Miete und des Essensgeldes in der Regel 120 Reichsmark monatlich ausgezahlt⁵⁰⁷. Im Vergleich dazu bewegte sich der Stundenlohn für deutsche Belegschaftsmitglieder der Wismarer Waggonfabrik 1940 ungefähr zwischen 85,3 Pfennig für Facharbeiter, 79,5 Pfennig für Angelernte und 69,7 Pfennig für Ungelernte. Ein gelernter Arbeiter konnte hier einen Jahresbruttolohn von 2.000 Reichsmark erreichen⁵⁰⁸.

Für die Torgelower Firma Freundel & Zaeske liegen unterschiedliche Angaben vor. Der ehemalige Betriebsführer, Walter Kintzel, erklärt, dass in diesem Betrieb im Durchschnitt „zumindest die gleichen Löhne gezahlt wurden“ wie in den anderen Gießereien in der Region. Er räumt aber eine zum Teil schlechtere Bezahlung ein. Dafür wurde machte der Geschäftsführer die staatliche Preisstoppverordnung verantwortlich, die dem Unternehmen keine höheren Lohnzahlungen erlaubten. Frühere deutsche Mitarbeiter sagten vor einem Antifaschistischen Ausschuss in der Nachkriegszeit aus, sie hätten nur „bei angestrengtester Arbeit“ den Durchschnittslohn von neun bis zehn Mark pro Tag erzielen können. Ausländische Zivilarbeiter hätten in der Regel nur zwei Drittel dieses Lohns erhalten. Dagegen behauptete der Betriebsleiter, normalerweise hätten ausländische Beschäftigte die gleichen Akkordlöhne bekommen wie die deutschen Arbeiter⁵⁰⁹. Ferner seien die Ausländer als Schwer- und Schwerstarbeiter eingestuft worden⁵¹⁰ und hätten entsprechende Zulagen erhalten. Diese Angaben können allerdings nur, wie noch zu zeigen sein wird, auf Nicht-Osteuropäer zutreffen.

Generell sollte tatsächlich die Gleichung gleiche Löhne für gleiche Arbeit auch für polnische Arbeitnehmer gelten. Über die Möglichkeiten schlechterer Bezahlung der Leistung polnischer Zivilarbeiter unterrichtete der Leiter des Stralsunder Arbeitsamtes den Oberbürgermeister der Stadt. So wurde den Arbeitgebern ein Antrag auf Ausnahme von der Tarifordnung empfohlen, wenn diesen der Lohn der Polen als „ausnehmend hoch“ erschien. Für den Stralsunder Arbeitsamtsleiter stand fest: „Polen dürfen sich niemals besser stehen als Deutsche.“ Metallbetrieben ermöglichte eine Sonderbestimmung die niedrigere Entlohnung der Polen. „In der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie gibt es Einstelllöhne, die an die für deutsche Gfm. [Gefolgschaftsmitglieder] gültigen Sätze nicht heranreichen.“ Sozialzulagen sollten polnischen Arbeitnehmern nicht gewährt werden. Dazu zählten Familien- und Alterszulagen, Geburten- und Heiratsbeihilfen und Sterbegelder. „Auch die Gewährung von Weihnachtsgratifikationen ist verboten“, teilte das Arbeitsamt mit⁵¹¹.

Überstundenzuschläge wurden erst ab der 13. Arbeitsstunde bezahlt⁵¹². Leistungszulagen an polnische Beschäftigte hingegen waren ausdrücklich zugelassen, um bei „überdurchschnittlicher Arbeitsleistung“ die „Arbeitsfreudigkeit“ zu heben⁵¹³. Verheiratete Polen mit einer mindestens fünfköpfigen Familie konnten einen wöchentlichen Lohnzuschlag bis zu drei Reichsmark erhalten, „sofern der Wert ihrer Arbeitsleistung und ihr Verhalten eine solche Zuwendung rechtfertigen.“⁵¹⁴

„Die Wahrung des sozialen Abstandes von Deutschen und Polen“ sollte, so der Reichsarbeitsminister im Februar 1940, vor allem „durch Sondersteuern erfolgen [...]“⁵¹⁵. Polnische Zivilarbeiter hatten über die Lohnsteuer hinaus eine so genannte Sozialausgleichsabgabe in Höhe von 15 Prozent zu tragen. Diese Steuer wurde als „angemessener Ausgleich“ für die Lasten der deutschen Bevölkerung dargestellt, die ein Pole nicht zu tragen habe. So könnte ein Pole „ungehindert seiner Beschäftigung nachgehen“, während Deutsche eine Wehrsteuer zu zahlen, Beiträge zur Deutschen Arbeitsfront, Spenden zum Winterhilfswerk und zu öffentlichen Sammlungen zu entrichten hätten⁵¹⁶. Sozialausgleichsabgabepflichtig waren auch Juden, Sinti und Roma⁵¹⁷.

Die Entlohnung der „Ostarbeiter“ erfolgte „grundsätzlich nach der Hälfte des vergleichbaren Nettolohnes des deutschen Arbeiters“. Bei der Ermittlung des Vergleichslohns wurden Sozialzulagen und -leistungen, die bei den deutschen Arbeitern einen relativ hohen Anteil am Lohn ausmachten, nicht einbezogen⁵¹⁸. Entgolten wurde den „Ostarbeitern“ zudem nur die tatsächlich geleistete Arbeit. Im Krankheitsfall musste der Unternehmer ihnen lediglich freie Unterkunft und Verpflegung stellen⁵¹⁹. Man schuf für die russischen Zivilarbeiter eigene Entgelttabellen, in denen das Tages-, Wochen- und Monatsentgelt im Verhältnis zum fiktiven Bruttolohn des deutschen Arbeiters festgelegt war. Nach Abzug der Kosten für Unterkunft und Verpflegung von täglich 1,50 Reichsmark blieb den „Ostarbeitern“ 1942 offiziell ein Auszahlungsbetrag zwischen zehn Pfennig und 2,95 Reichsmark pro Tag⁵²⁰. Von diesem ihnen verbleibenden Entgelt wurde den russischen Zwangsarbeitern noch die Kosten für Arbeitskleidung und -schuhe abgezogen⁵²¹. Die Differenz zwischen dem Bruttovergleichslohn des deutschen Kollegen zahlte der Einsatzträger, also der Unternehmer, als „Ostarbeiterabgabe“ an den Fiskus. Das heißt bis auf einen geringen Lohnanteil wurde das Entgelt der „Ostarbeitern“ weggesteuert⁵²². Der Staat profitierte somit direkt von der Ausbeutung der Zwangsarbeiter.

Nach einigen Berichten wurden manche sowjetische Zwangsarbeiter von den Betrieben wie Zivilgefangene behandelt und erhielten überhaupt keinen Lohn⁵²³. Ab Mitte Juni 1942 galt eine neue Entgelttabelle, in welcher der Anteil der „Ostarbeiterabgabe“ zu Gunsten des Auszahlungsbetrags reduziert wurde⁵²⁴. Damit war intendiert,

für die russischen Arbeiter, die bis dahin fast wie Sklaven gearbeitet hatten, einen gewissen Leistungsanreiz zu schaffen⁵²⁵. Gerade die Industrie hatte die bis dahin geltenden Bestimmungen als leistungshemmend betrachtet⁵²⁶. Im Mai 1943 wurden neue Entgelttabellen erlassen, in denen der Auszahlungsbetrag zu Lasten des „Ostarbeiterabgabe“ weiter angehoben wurde⁵²⁷. Auch ein geringerer Abzug für Unterkunft und Verpflegung wurde zugelassen. Die sowjetischen Zivilarbeiter sollten nun auch eine Entgeltabrechnung erhalten⁵²⁸. Im Sommer 1943 erließ der Reichsfinanzminister eine Verordnung, nach der „Ostarbeiter“ zusätzlich Prämien von 20 bis 50% für ihren Einsatz im Deutschen Reich erhalten sollten⁵²⁹. Die „Ostarbeiterabgabe“ war um den jeweiligen Betrag der Prämie zu kürzen⁵³⁰. Damit stand den Unternehmen ein weiteres Instrument zur Lohndifferenzierung zur Verfügung.

Nach der Verordnung des Ministerrats für Reichsverteidigung vom März 1944 wurden die sowjetischen Zivilarbeiter zu den „gleichen Lohn- und Gehaltsbedingungen wie für sonstige ausländische Arbeitskräfte“ beschäftigt⁵³¹. Die „Ostarbeiterabgabe“ entfiel ganz. Sie unterlagen nun der Einkommenssteuer- und Sozialausgleichsabgabepflicht. Die Sozialausgleichsabgabe betrug wie bei Polen 15%. Alle „Ostarbeiter“ wurden unabhängig von ihrem Familienstand in die Steuergruppe I für Ledige eingestuft⁵³². Mitte März 1945 wurde die arbeits-, steuer- und sozialrechtliche Sonderstellung der sowjetischen Arbeiter ganz aufgehoben. Faktisch blieben die sowjetischen Arbeiter aber auch materiell weiter diskriminiert. Die geringen Essensrationen in den Lagern zwangen die Zivilarbeiter aus der UdSSR einen überdurchschnittlich hohen Anteils ihres Lohns für Nahrungsmittel auf dem Schwarzmarkt auszugeben. Die Nettolohnerhöhungen waren nichts anderes als ein unzureichender Ausgleich für die Lebensmittelpreissteigerungen im Deutschen Reich⁵³³.

Auch das öffentlich propagierte so genannte Ostarbeiter-Sparen stieß zu Recht bei vielen Russen, Weißrussen und Ukrainern auf Misstrauen. Die in Deutschland arbeitenden Sowjetbürger konnten, wie auch Fremdarbeiter anderer Nationalität, bei deutschen Banken Konten einrichten, von deren Zweigstellen in den besetzten Gebieten Familienangehörige Bargeld abheben konnten. „Das Sparen bewahrt Euch vor Verlust Eures Bargeldes und verschafft Euch die Möglichkeit, notfalls auf Eure Ersparnisse zurückzugreifen“⁵³⁴, heißt es in einem Merkblatt. Auch eine Verzinsung des Sparguthabens sollte möglich sein⁵³⁵. „Um den Anreiz zum Sparen zu erhöhen“, wurde den Unternehmern empfohlen, „beim Bezug verknappter Waren über die Betriebe bzw. Lagerleitungen Ostarbeiter mit guten Sparleistungen bevorzugt zu berücksichtigen.“⁵³⁶

Doch als Folge eines unvorteilhaften Wechselkurses und finanztechnischer Manipulationen verloren die ausländischen Arbeiter einen großen Teil ihrer Ersparnisse⁵³⁷. 1943 überwiesen im Deutschen Reich beschäftigte Fremdarbeiter allein über 958 Millionen Reichsmark in ihre Heimatländer. Von dieser unvollständigen Summe entfielen allein 763 Millionen auf Frankreich, Italien und Belgien⁵³⁸. Die Überweisungen waren aber auf die einzelnen Familienhaushalte umgerechnet gering und wogen, so ein jugoslawischer Konsul in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, auch nicht die volkswirtschaftlichen Schäden in den Heimatstaaten auf. Eine Kritik dabei war, dass die Fremdarbeiter vom „Reichseinsatz“ häufig krank und arbeitsunfähig heimkehrten⁵³⁹.

Für die Sozialversicherungsbeiträge, um noch eine weitere sozialrechtliche Diskriminierung anzuführen, erhielten die Fremdarbeiter keine nennenswerte Gegenleistung, weder durch das beitragsfinanzierte Gesundheitswesen noch durch die Rentenversicherungsträger. Der Abzug von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung erscheint im Fall von Zwangsarbeitern geradezu zynisch.

Von der Entlohnung der Zivilarbeiter ist die Bezahlung der Kriegsgefangenenarbeit deutlich zu unterscheiden. Die Unternehmen hatten für die bei ihnen tätigen Kriegsgefangenen ein Arbeitsentgelt an die Zahlmeisterei des Gefangenenlager zu zahlen. Dem Betrieb wurde ein Satz von 60% des Tageslohnes eines deutschen Arbeiters in Rechnung gestellt. Das Oberkommando der Wehrmacht setzte für die Gefangenen den diesen verbleibenden Lohnanteil fest⁵⁴⁰. Nach dem Stand vom April 1942 sollten abzüglich der Kosten für Lagermittel und Bekleidung sowjetische Kriegsgefangene arbeitstäglich ein Grundentgelt von 20, Franzosen, Belgier, Serben und Briten von 70 Pfennig erhalten. Das Bruttoentgelt für polnische Kriegsgefangene betrug zu diesem Zeitpunkt 0,54 RM. Stücklohnarbeit war mit 80% des Tarifs deutscher Arbeiter zu berechnen. Der Mehrbetrag war den Kriegsgefangenen auszuzahlen⁵⁴¹. Maximal konnte der Akkordzuschlag, so der Oberzahlmeister des Stalags Neubrandenburg, eine Höhe von 30% des Zeitlohns betragen⁵⁴².

Wegen der geringeren Produktivität der Kriegsgefangenenarbeit wies der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Mitte 1942 die Betriebe an, die Arbeit möglichst im Stücklohn zu vergüten und Prämien zu verteilen⁵⁴³.

„Westliche und südöstliche Kriegsgefangene“ sowie kriegsgefangene Polen des Stammlagers Schwerin, die in gewerblichen Betrieben arbeiteten, erhielten für die erste Überstunde 20 und für jede weitere 30 Pfennig⁵⁴⁴. Zur Erhöhung der Leistungsmotivation russischer Kriegsgefangener schlug die Rüstungsinspektion Stettin den Betrieben die „Zuweisung einer bescheidenen Menge Tabak“ vor. Die „Arbeitsfreudigkeit“ der Russen „könnte durch derartig geringfügige Zuweisungen leicht gesteigert werden, ohne daß dadurch ein Nachteil für die deutsche Bevölkerung eintritt, die für diese minderwertigen Tabaksorten keine Verwendung hat“⁵⁴⁵.

Seit 1943 konnten Kriegsgefangene zu ihrem Entgelt als „Ansporn“ eine Zulage gewährt werden. Für sowjetische Kriegsgefangene betrug die Zulage 5% des Lohns eines deutschen Arbeiters, für alle anderen Kriegsgefangenen 10%. Allerdings konnte der Einsatzträger angebliche Leistungszurückhaltung auch mit drastischen Lohnstreichungen sanktionieren. „Bei Arbeitsunwilligkeit und verschuldeter Minderleistung kann der Unternehmer nach Anhören des Kommandoführers den Kriegsgefangenen-Anteil bis zur Hälfte kürzen.“ An Krankheitstagen hatte der Betrieb kein Arbeitsentgelt an das Stammlager zu entrichten. Damit entfiel auch der Anteil für den Kriegsgefangenen⁵⁴⁶. Eine Kürzung der ohnehin geringen Löhne konnte aber für die Produktivität negative Folgen haben. „Durch die im Dezember 41 erfolgte Herabsetzung der Lohnsätze für französische Kriegsgefangene ist deren Arbeitslust erheblich herabgesunken“, heißt es in einem Lagebericht der Stettiner Rüstungsinspektion. Die Militärbehörde hielt deswegen eine Aufhebung der Verfügung für notwendig. Schließlich seien die Betriebe im mecklenburgisch-pommerschen Wehrkreis „bisher mit der Arbeitsleistung der franz. Kriegsgefangenen durchaus zufrieden“⁵⁴⁷.

Insgesamt wurde das Entgelt für die Kriegsgefangenenarbeit im Laufe des Krieges leicht erhöht. Auch der Spielraum der Unternehmer wurde erweitert. So zahlten die Pommerschen Industrie-Werke in Barth 1944 einem sowjetischen Kriegsgefangenen mit einer überdurchschnittlichen Berufsausbildung einen Tagesgrundlohn von 57 Pfennig⁵⁴⁸. Wenn ein deutscher Arbeiter zwischen 30 und 35 Reichsmark wöchentlich verdiente, erhielt ein nicht-sowjetischer Kriegsgefangener 8 und das Stalag 16 Reichsmark. Die Arbeitsleistung eines russischen Kriegsgefangenen wurde mit 4 RM entgolten, während das ihn entleihende Stammlager eine Entschädigung von 20 RM einnehmen konnte⁵⁴⁹.

Ihr Entgelt wurde den Kriegsgefangenen nicht in Reichsmark, sondern, hauptsächlich um Fluchtversuche zu erschweren, in einem nur im Lager gültigen Lagergeld

ausbezahlt. Im Lager Lankow sollte man dafür etwa Nähmittel, Schuhcreme, Zigaretten, Malzbier und Äpfel eintauschen können⁵⁵⁰. Nach einer Mitteilung der Verwaltung des Stammlagers Neubrandenburg vom Dezember 1941 war sowjetischen Kriegsgefangenen auch das Lagergeld von 20 Pfennig nicht persönlich auszuhändigen. Vielmehr hätten die Unternehmer den Betrag einzubehalten, „treuhänderisch für die einzelnen sowj. Kriegsgefangenen zu verwalten und hieraus die ihnen durch die Wachmannschaften übermittelten Wünsche der sowj. Kriegsgefangenen zu befriedigen, indem sie für Rechnung des einzelnen sowj. Kriegsgefangenen die entsprechenden Einkäufe tätigen.“⁵⁵¹ Ein ehemaliger deutscher Offizier erinnert sich aber, dass in Peenemünde auch Kriegsgefangene gelegentlich etwas Geld aus einer „schwarzen Kasse“ erhielten⁵⁵².

Um die nicht im Lager erhältlichen Waren kaufen zu können, mussten die Kriegsgefangene sich am Wochenende ein paar Reichsmark hinzuverdienen. Ein deutscher Arbeiter der Wismarer Waggonfabrik berichtet, dass sich 1943 im Werk eingesetzte sowjetische Kriegsgefangene zur Gartenarbeit anboten. Er habe die Kriegsgefangenen persönlich von der Gefangenenbaracke in Dargetzow abholen und zurückbegleiten müssen. Die Männer hätten sich über das ihnen von dem deutschen Kollegen gegebene Essen und Zigaretten gefreut. Als Gegenleistung für die Verpflegung fertigten die Russen ein Taschenmesser und für die deutsche Hausfrau ein Nähtischkästchen an⁵⁵³.

Auch in Rostock waren so genannte Russenkästchen gut bekannt. Die Kriegsgefangenen in den Heinkel-Werken besorgten sich in der Werkstischlerei Holzreste, stellten die Kästchen in der Fabrik her, schmuggelten es aus dem Werk ins Lager und verzierten es dort. Rostocker gingen mitunter selbst in den Betrieb und tauschten dort ein Brot, Fisch oder Lebensmittelmarken gegen ein Kästchen. Neben diesen in Rostocker Haushalten sehr begehrten kunstgewerblichen Arbeiten entstanden Gemälde, die künstlerisch begabte Gefangene gegen Essen eintauschten. Diese Tauschgeschäfte mussten allerdings heimlich geschehen, denn den Kriegsgefangenen waren diese Arbeiten in der Regel verboten. Einem deutschen Lehrling der Heinkel-Werke, der bei einem Tausch entdeckt worden war, wäre dafür bestraft worden, wenn sein Lehrmeister sich nicht für ihn eingesetzt hätte. Der junge Mann hatte zunächst mit dem Schild „Ich bin ein Russenfreund“ durch den Betrieb laufen sollen⁵⁵⁴.

Die Einsatzträger profitierten zweifellos von den niedrigen Löhnen der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. So verzeichneten die Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg von 1942 zu 1943 bei einer Erhöhung der Stundenleistung von 43% einen erheblichen Gewinnanstieg⁵⁵⁵. Bei den Heinkel-Werken sank der Jahresdurchschnittsstundenlohn 1943 gegenüber 1940 um 13,5%, weil „die Facharbeiter vorwiegend durch angelernte ausländische Kräfte ersetzt und in erhöhtem Maße Kriegsgefangene beschäftigt wurden“⁵⁵⁶. Zudem drückte das „Häftlingsentgelt“ die Lohnsätze beträchtlich. Die Bruttostundenverdienste im Rostocker Werk und dessen ausgelagerten Produktionsstätten von durchschnittlich 1,03 Reichsmark im März 1940 verringerten sich bis zum März 1944 auf 86 Pfennig⁵⁵⁷.

Die KZ-Häftlinge, die seit 1943 gerade in diesen beiden Unternehmen verstärkt eingesetzt wurden, hatten nämlich Zwangsarbeit ohne jede Bezahlung zu leisten. Die Einsatzträger hatten eine Mitgebühr von 6 RM für Facharbeiter und 4 RM für Ungelernte und Frauen pro Tag zu entrichten. Auch wenn man eine geringere Produktivität der KZ-Häftlinge im Vergleich der Arbeitsleistung deutscher Arbeiter annehmen darf, war der Häftlingseinsatz nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten lohnend⁵⁵⁸. Auch die SS hatte sich mit dem Verleih der Häftlinge eine Geldquelle er-

schlossen. Allerdings konnte die SS von dem Entgelt, obwohl sie dieses noch schrittweise an hob, nur eingeschränkt profitieren, weil sie die Einnahmen an das Reich abzuführen hatte⁵⁵⁹.

Die KZ-Häftlinge einsetzenden Industriebetriebe drängten auf die Einführung von Anreizen zur Erhöhung der Arbeitsleistung. Tatsächlich wurden den Gefangenen im Frühjahr 1943 einige Hafterleichterungen als Prämien in Aussicht gestellt⁵⁶⁰. Die Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg gaben den weiblichen Häftlingen zum Beispiel Gutscheine für Haarspangen, Zahncreme, Salz und Zucker, die im Lager eintauschbar waren. Ein „Notgeld“, mit dem die Frauen im Lager einkaufen konnten, wurde von den Häftlingen offenbar ungern angenommen. Die Betriebsleitung stellte diese Prämienausgabe daraufhin wieder ein⁵⁶¹. Die Aussage eines ehemaligen Häftlings kann helfen, dieses Desinteresse an den „Zettelprämien“ zu erklären. Die Häftlinge hätten nämlich keine Gegenleistung dafür erhalten. Nur „ungefähr zweimal konnten wir dafür im Lager eine gesalzene Fischpastete kaufen. Als sich die Gefangenen auf die Pastete stürzten, wurden sie von den Aufseherinnen mit Stöcken geschlagen.“⁵⁶² Eine Slowenin schreibt, die Prämien seien „eigentlich kein Preis für gut ausgeführte Arbeit [gewesen], sondern sollten ein Ansporn sein“. Sie berichtet weiter über den Beschluss einer Gruppe von Sloweninnen in der Barther Heinkel-Filiale „keine Prämie anzunehmen, die das SS-Kommando auf Vorschlag der Fabrik ausgab. Diesem Beschluß stimmten alle Kameradinnen zu, noch ehe sie sich davon überzeugt hatten, was man für die Prämien bekommen konnte. Die Ablehnung der Prämien war deshalb wichtig, weil die Häftlinge auf diese Weise zu verstehen gaben, daß sie gezwungenermaßen arbeiteten und daß ihnen nichts an einer nazistischen Anerkennung liegt. Den SS-Frauen gefiel dieser Widerstand natürlich nicht, sie versuchten, ihm die Bedeutung zu nehmen mit der Erklärung, die Sloweninnen lehnten die Prämien ab, weil sie von zu Hause Pakete bekämen. Als eine Aufseherin im Sommer 1944 beim Appell eine unserer Kameradinnen als ‘prämiert’ aufrief und die ihr die Antwort gab, Jugoslawinnen nähmen keine Prämien, fuhr die SS-Aufseherin sie an: ‘Ihr werdet sie noch gern nehmen, wenn es keine Pakete mehr gibt!’ Bald darauf bekamen wir wirklich für einige Zeit keine Pakete, weil die Deutschen sie für ihre ‘Bombengeschädigten’ einfach beschlagnahmt hatten – aber auch damals gaben wir nicht nach.“⁵⁶³ Es erscheint durchaus vorstellbar, dass der soziale Druck in der Gruppe so stark gewesen ist, das Prämienangebot zurückzuweisen. In der Regel waren die Häftlinge jedoch auf die Prämien angewiesen, nicht zuletzt auch um sich eine schonende Behandlung durch Funktionshäftlinge erkaufen zu können⁵⁶⁴. Den im Anklamer Arado-Werk und in Peenemünde eingesetzten Strafgefangenen soll ein „normaler“ Stundenlohn berechnet worden sein. „Die Häftlinge erhielten jedoch nur einen äußerst geringen Bruchteil des Geldes auf ein Konto gutgeschrieben“, während der größte Teil der Mietgebühr, ähnlich wie im Fall der KZ-Häftlinge, von der Reichskasse vereinnahmt wurde⁵⁶⁵.

Die Verpflegung

In einer NS-Propagandaschrift sollten Korrespondenzen von Zwangsarbeitern mit ihren Verwandten auch die gute Verpflegung im Deutschen Reich bezeugen. Eine in Mecklenburg arbeitende Litauerin wird zitiert: „Es beginnt mir hier zu gefallen. Die Gerüchte, die man bei Euch verbreitet hat, sind vollkommen blödsinnig. Nach dem Weihnachtsfest werden wir aufs Land geschickt; da ißt man noch besser als bei uns. Aber auch im Lager ist das Essen reichlich. Ich bin überzeugt, daß ich ganz rundlich werde.“⁵⁶⁶ Auch der DAF-Führer, Robert Ley, behauptete 1945 zu seiner Verteidi-

gung, die Ernährung der Zwangsarbeiter beim Reichseinsatz sei besser als in deren Heimat⁵⁶⁷.

Allein die Wirklichkeit sah meistens ganz anders aus. Zweifellos stellte nämlich die Ernährung für die meisten Zwangsarbeiter das Hauptproblem dar. Die deutsche Bevölkerung hingegen sollte nach dem Willen des NS-Regimes nach Möglichkeit ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgt werden. Zu genau wusste man vom Zusammenhang der Ernährungskrise im Ersten Weltkrieg, der Demoralisierung der Heimatfront und den Streiks in den letzten Kriegsjahren. Bis zum Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter 1941/ 42 erhielten die bis dahin ins Reich gebrachten ausländischen Arbeiter grundsätzlich die gleichen Essensrationen zugestanden wie die Deutschen. Die Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg beabsichtigten zwar zunächst, Polen und Zivilfranzosen anders zu verpflegen als die deutsche Belegschaft, sahen dann aber aus praktischen Gründen davon ab⁵⁶⁸. Den nicht in Lagern untergebrachten ausländischen Zivilarbeiter wurden wie ihren deutschen Kollegen Lebensmittelkarten für rationierte Waren wie Brot, Fleisch und Fett zugeteilt. Der in Mecklenburg erscheinende „Niederdeutsche Beobachter“ informierte in der Ausgabe vom 23. September 1939 seine Leser, dass in der ersten vierwöchigen Zuteilungsperiode dem Normalverbraucher z.B. 7,6 Kilogramm Brot, 2 kg Fleisch und rund 1 kg Fett zustehen würden. Die Schwerstarbeiter bei den Heinkel-Werken sollten 19,2 kg Brot, 4,8 kg Fleisch, jeweils rund 3 kg Fett und Mehl und 250 g Käse auf die Abschnitte ihrer Bezugsscheine erhalten⁵⁶⁹.

Die Ernährungsämter mussten jedoch im April 1942 die Rationen für die deutsche Bevölkerung kürzen. Die ohnehin niedrigeren Verpflegungssätze der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter wurden daraufhin ebenfalls gesenkt, um den Abstand zum Lebensstandard der Deutschen aufrechtzuerhalten. Die tägliche Kalorienmenge der russischen „Normalarbeiter“ von 2.540 Kalorien im Dezember 1941 wurde auf 2.070 im April 1942 gekürzt und erst im Oktober des Jahres auf 2.283 wieder etwas erhöht⁵⁷⁰. In der Rüstungsindustrie eingesetzte sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene bekamen im April 1942 als „Normalarbeiter“ wöchentlich 2.600 g Brot, als „Schwerarbeiter“ 3.400 g und als „Schwerstarbeiter“ 4.200 g. Daneben wurden reduzierte Mengen Fleisch und Fett geliefert. Ein Hauptnahrungsmittel waren Kartoffeln mit 5.250 g pro Woche. Milch durfte nach einer Anordnung des Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan nicht mehr an die Zwangsarbeiterlager geliefert werden⁵⁷¹.

Die tägliche Fleischration der sowjetischen Heinkel-„Normalarbeiter“ von offiziell 35,7 g bestand aus Pferde- oder Freibankfleisch, teilte das Unternehmen dem Bürgermeister der Stadt im Mai 1942 mit⁵⁷². Den Bürgermeistern im Landkreis Malchin wurde von Seiten des Schweriner Staatsministeriums eingeschärft, Kriegsgefangenen keine Lebensmittelkarten auszuhändigen⁵⁷³. Kriegsgefangene sollten ihre Kost ausschließlich als Lagerverpflegung zugeteilt bekommen. Männlichen sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern wollte der Malchiner Landrat lediglich eine „halbe Raucherkarte“, d.h. die Ration einer deutschen Frau zugestehen. Russinnen sollten keinen Bezugsschein für Rauchwaren erhalten⁵⁷⁴.

Erst nach der Niederlage von Stalingrad Anfang 1943, als im Zeichen des „totalen Krieges“ auch die Erhöhung der Arbeitsleistung der Ausländer geordert wurde, gab man den Betrieben mehr Möglichkeiten, auch die Verpflegungsrationen der „Ostarbeiter“ in einem größeren Maße zu erhöhen⁵⁷⁵. Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene erhielten aber auch weiterhin weniger Fleisch und Fett als die anderen Kriegsgefangenen, Fremdarbeiter und Deutschen⁵⁷⁶. Die Ernährungssituation war aber betrieblich sehr unterschiedlich.

Viele „Ostarbeiter“ sahen sich weiter gezwungen, auf dem Schwarzmarkt z.B. von westeuropäischen Arbeitern zusätzlich Brot zu kaufen. Vertreter von Reichsbehörden erörterten im Frühjahr 1944 die Möglichkeit, ausländischen Arbeitern u.a. Marktenderware und Zigaretten als Leistungsprämie in Aussicht zu stellen⁵⁷⁷. In Mecklenburg hatte die Deutsche Arbeitsfront schon 1942 angeordnet, die Zigarettenverteilung an „Ostarbeiter“ in vier „Leistungsgruppen“ vorzunehmen⁵⁷⁸. Im Sommer 1944 wurde die Leistungsernährung für „Ostarbeiter“ und sowjetische Kriegsgefangene schließlich eingeführt. Sowjetische Arbeiter, die weniger als 90% der Leistung deutscher Arbeiter erbrachten, sollten Lebensmittel gestrichen werden. Leistungsstärkeren „Ostarbeitern“ hingegen wollte man Lebensmittelprämien geben⁵⁷⁹. Ab Dezember 1944 wurden die Russen den anderen ausländischen Zivilarbeitern rechtlich zwar gleichgestellt⁵⁸⁰. Dies bedeutete für die sowjetischen Zwangsarbeiter aber keine Verbesserung ihrer Ernährungssituation, denn als Folge der sich zusehends verschlechternden Versorgungslage wurden im Februar und März 1945 auch den anderen Fremdarbeitern die Lebensmittelrationen gekürzt⁵⁸¹.

Seit dem Sommer 1943 rangierten zusammen mit den Russen die italienischen Militärinternierten am unteren Ende der Hierarchie unter den ausländischen Arbeitern. Die Italiener verlorenen infolge unzureichender Verpflegung dramatisch an Gewicht. „Im Februar 1944 kam noch eine Kürzung der Lebensmittelrationen für diejenigen hinzu, die den Leistungsanforderungen nicht entsprachen – mit dem Resultat, daß derjenige, der weniger arbeitete, weil er geschwächt war, gerade deshalb weniger reichhaltig ernährt wurde und sich somit sein körperlicher Zustand weiter verschlechterte.“⁵⁸² Das Rüstungskommando Schwerin stellte fest, dass einige Betriebe in Ermangelung anderer Arbeitskräfte „halbverhungerte“ Militärinternierte eingestellt hatten. „Die zustehenden Ernährungsmengen reichten nicht aus, die Leute wieder zu Kräften zu bringen.“⁵⁸³

Es verwundert kaum, dass auch die Qualität der Mahlzeiten, mit denen sich die Fremdarbeiter zu begnügen hatten, schlecht, wenn nicht gar ungesund waren. Schon im Oktober 1939 hatte der Stettiner Regierungspräsident verboten, „hochwertige Lebensmittel, die knapp und für Truppe und Heimat dringend erforderlich sind, für die Kriegsgefangenen zu verwenden“⁵⁸⁴. Die Versorgung der italienischen Arbeiter mit gewohnten Nahrungs- und Genussmitteln war nur eine Konzession an den Kriegsverbündeten. Wegen der in den ersten Kriegsjahren relativ guten Verpflegung der Italiener in den Heinkel-Werken und in den Warnemünder Arado-Werken äußerte der Rostocker NSDAP-Kreisleiter, Otto Dettmann, die Befürchtung, es könnte deswegen „Krach unter unsern Arbeitern geben“. Den italienischen „Gastarbeitnehmern“ sollten „pro Kopf und Monat 10 Ltr. Wein, 500 g Öl, 3 kg Teigwaren, 1 kg Käse, Tomatenmark, Erbsen, Bohnen“ geliefert werden⁵⁸⁵.

Auch die in den Torgelower Gießereien beschäftigten belgischen Kriegsgefangenen sollen mit der Qualität der Mahlzeiten, darunter Gemüse und Kartoffeln, Gewürze und nicht bewirtschaftete Nahrungsmittel, zunächst zufrieden gewesen sein. Sie hatten auch die Möglichkeit, in einer Kantine Kautabak, Bier und verschiedene andere Artikel des täglichen Bedarfs zu kaufen⁵⁸⁶.

Der Bericht eines Holländers über die Verpflegung in den Neubrandenburger Rinker-Werken erscheint typisch für die relativ bessere Kost der „Westarbeiter“: „Morgens gab es 2 Scheiben Brot, Honig oder Margarine sowie Kaffee-Ersatz. Mittag wurde in der Betriebskantine zusammen mit den Deutschen gegessen. Alle erhielten das gleiche Essen [...] Abends gab es in der Baracke 2 Scheiben Brot, eine Scheibe Wurst und Marmelade. Obst, Tomaten oder Gurken gelangten kaum zur Ausgabe. Ebenfalls keine Milch und Eier.“ Bei Spaziergängen habe er sich auch Obst und Gemüse „geklaut“. Außerdem suchte er gelegentlich in der Stadt eine Gaststätte auf, in

der ein Stammessen, Eintopf, manchmal mit Freibankfleisch, markenfrei zum Preis von einer Mark eingenommen werden konnte⁵⁸⁷.

Ein deutscher Zeitzuge erinnert sich an die unterschiedliche Qualität der Verpflegung in der Memefa. Die einzelnen im Werk vertretenen Volksgruppen seien jeweils zentral verpflegt worden⁵⁸⁸. Die sowjetischen Kriegsgefangenen hätten häufig Pellkartoffeln bekommen, während die Franzosen eine bessere Verpflegung erhalten hätten⁵⁸⁹. Es wird erzählt, dass die französischen Kriegsgefangenen zudem regelmäßig Pakete aus der Heimat bekommen hätten⁵⁹⁰. Ein Holländer berichtet: „Anfangs konnten wir uns über das Essen nicht beklagen. Qualität und Quantität ließen nicht zu wünschen übrig, aber das blieb nicht so. Sehr bald wurde alles knapper, und der Gürtel mußte noch ein bißchen enger geschnallt werden.“ Die jungen Männer hätten aber ausreichend Lebensmittel von zu Hause zugeschickt bekommen. In ihrer Baracke stand ein Herd, so dass sie sich auch warmes Essen zubereiten konnten. Es kam aber bei der Aufteilung der Lebensmittel offenbar mitunter auch zu Streit unter den Niederländern. Gelegentlich besorgten sich die Männer auch Korn aus Eisenbahnwaggons nahe des Speichers am Hafen. Mit einer Kaffeemühle, die sie gefunden hatten, mahlten die holländischen Fremdarbeiter in ihrer Baracke das Korn, „bis der Arm runter fiel“. Zigaretten konnten sie nur zu hohen Preisen auf dem Schwarzmarkt erwerben. Für eine deutsche Zigarette musste 5 Reichsmark gezahlt werden. Ein Kuchen kostete 200 Reichsmark, was dem Lohn für fünfwöchige Arbeit entsprach⁵⁹¹. Einige Warener Gastwirte hätten den Holländern aber auch Essen angeboten, ohne dafür Marken zu verlangen⁵⁹².

Der Bericht eines anderen Holländers verdeutlicht, dass sich die Essensqualität in dem Warener Werk zunehmend verschlechterte. Als er nach seiner Ankunft in Waren eine Bohnensuppe erhielt, war er sogar angenehm überrascht. „Aber das war das erste und das letzte Mal. Danach bekamen wir nur noch Kohlsuppe, in der ab und zu eine tote Maus schwamm.“ Auch das Brot war nicht selten verschimmelt. Man versuchte sich zu helfen, indem man Kartoffeln auf den Feldern sammelte. Doch am Ende des Krieges war das Körpergewicht des jungen Mannes von 140 auf 80 Pfund gesunken⁵⁹³.

Von besonders schlechter Qualität waren die Mahlzeiten für die „Ostarbeiter“. Göring hatte befohlen, für sie eine „eigene Kost“ zu schaffen. Dazu sollte auch Katzen- und Pferdefleisch gehören⁵⁹⁴. So wurde auch in der Lagerküche des Barther Bachmann-Werkes Pferdefleisch verarbeitet. Die Verpflegung in den Pommerschen Industrie-Werken bestand hauptsächlich aus Wassersuppe und etwas Brot⁵⁹⁵. Eine Zeitzugin, deren Mutter die Funktion der Lagerführerin im „Ostarbeiterlager“ in Ribnitz ausübte, berichtet über die eintönige Ernährung der in den Bachmann-Werken tätigen Ukrainerinnen. „Ich erinnere mich, daß in einer relativ großen Küche von vielen Frauen ständig Weißkohl und Steckrüben feingeschnetzelt wurden. [...] Es roch immer nach Kohlsuppe!“⁵⁹⁶

Das Mittagessen auf der Neptunwerft bestand häufig aus einer Kelle Spinat oder Sauerampfer und vier Kartoffeln bzw. aus einer sehr dünnen Rübensuppe. Montags erhielten alle Zwangsarbeiter des Betriebs die Trockenverpflegung für die ganze Woche. Sie umfasste 750 g Brot, 20 g Margarine, 190 g Wurst, 50 g Marmelade und 20 Zigaretten. Schwerarbeitern wurden am Mittwoch gegen Vorlage der Zulagekarte weitere Lebensmittel gegeben. Ein polnischer Arbeiter berichtet, dass die hungrigen Arbeiter manchmal „alles, was sie für eine Woche erhalten hatten, auf einmal aufaßen [...]“⁵⁹⁷. Eine Russin berichtet sogar, sie habe auf der Werft wöchentlich nur 400 g Brot zugeteilt bekommen. „In der Baracke haben wir auf dem Ofen Bonbons geschmolzen, aus Zucker und Wasser, heimlich“, erzählt sie⁵⁹⁸.

Quantitativ und qualitativ noch schlechter als die Ernährung der „Ostarbeiter“ war nur noch die Verpflegung der KZ-Häftlinge. Unter den KZ-Häftlingen wurde darüber hinaus noch zwischen Juden und Nicht-Juden unterschieden. Jüdische KZ-Häftlinge, die als Schwer- oder Schwerstarbeiter an die gewerbliche Wirtschaft ausgeliehen worden waren, wurden im April 1944 maximal 340 g Fleisch pro Woche zugestanden. Nicht-Juden sollten 480 g Fleisch bekommen, ebenso größere Fett- und Brotrationen. Allen Häftlingen hatte man, wie auch den Fremdarbeitern, die Fleischrationen von 1941 bis 1945 erheblich gekürzt⁵⁹⁹. Dabei erhielten die arbeitenden Häftlinge, wie eine Neustädter Häftlingsfrau schreibt, noch größere Rationen als die nicht mehr arbeitsfähigen Gefangenen. Die in der Flugzeugfabrik eingesetzte Frau bekam „morgens nach dem Appell ungefähr einen Viertelliter sogenannten Tee oder Kaffee, beides Kräuterguß, zu Mittag etwa einen halben Liter Eintopf (dünnflüssige Rübensuppe mit Kartoffeln oder Graupen, hier und da ein Stück Fleisch [...]) und abends ungefähr 200 g Brot mit Zulage (Margarine, etwa 2 cm³ groß, manchmal einen Löffel Rübenmarmelade oder Kunsthonig), sonntags eine Scheibe Wurst [...]. Während der Nachtschicht gab es um Mitternacht eine lauwarne Suppe.“⁶⁰⁰

Eine andere Frau berichtet, sie habe nach einiger Zeit die Arbeit in der Flugzeugmontage nicht mehr ertragen können. Ihre Brotration wurde daraufhin auf ein Zehntel Laib gekürzt. Häftlinge des Blocks der „Nichtarbeitenden“ hätten einige Tage überhaupt keine Verpflegung erhalten⁶⁰¹. Auch eine Israeli sagt aus: „Vor unserer Befreiung bekamen wir einige Tage kein Essen.“⁶⁰² Erst kurz vor der Befreiung verteilte die SS Rot-Kreuz-Pakete, die schon vor längerer Zeit im Lager eingetroffen sein mussten. In einem autobiographischen Bericht heißt es: „Jeweils fünf Frauen erhielten eine Pappschachtel. Wunderbare Dinge fanden wir darin: Fleischkonserven, Milchpulver, Butter, Kaffee usw. Ein unglaubliches Durcheinander entstand im Lager: Lauferei, Diskussionen, Tauschhandel, Diebstähle, Aufteilung der Schätze, Prügeleien...“⁶⁰³.

Pakete konnten die Häftlinge in Peenemünde wahrscheinlich nicht empfangen. Ein Wolgaster, der als Arbeiter auf Usedom tätig war, erinnert sich an die vielen Häftlinge, die an Unterernährung und Überanstrengung starben. Er habe die Leichen jeden Tag in einer Waschküche liegen sehen⁶⁰⁴. Als Verpflegung wurde den Häftlingen „morgens und abends zweihundert Gramm klitschiges Brot, das zur Hälfte aus Sägespänen bestand und schwer wie Lehm war, sowie eine Schüssel Suppe aus Futterrüben und schwarzen Kohlblättern verabreicht.“⁶⁰⁵ Nach dieser Beschreibung entspricht die Zusammensetzung dieses „Brot“ den Inhaltsstoffen des so genannten Russenbrot, das Reichsernährungsminister Backe zur Verpflegung der „Ostarbeiter“ vorschrieb und offiziell aus 72% Roggenschrot und 28% „Zuckerschnitzel“ bestand⁶⁰⁶, tatsächlich aber noch u.a. Zelmehl, Strohmehl und Laub enthielt und zu Krankheiten des Magen-Darm-Trakts führte⁶⁰⁷. Der Hunger in Peenemünde war offenbar so quälend, dass die Häftlinge in Peenemünde Blätter und Gräser sammelten, die in der Nähe des Lagers wuchsen⁶⁰⁸. Vier Häftlinge sollen gestorben sein, nachdem sie als Rauschmittel mit Methanol versetzten Raketentreibstoff getrunken hatten⁶⁰⁹.

Berichte über die Ernährung der Häftlinge der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg vermitteln uns ein ähnliches Bild. Deutlich werden einerseits die gesundheitlichen Folgen der Mangelernährung und andererseits auch die psychische Belastung der Frauen beim Kampf um Essensrationen.

Ein ehemaliger Koch des Werks kann die Häftlingsberichte über die schlechte Lagerkost nur bestätigen. Er hatte aber wohl nur geringen Spielraum auf die Portionierung. Immerhin habe er die Anweisung nicht ausgeführt, den Häftlingen in den letzten Kriegswochen Kartoffeln nur ungeschält zu geben⁶¹⁰. Ein Hauptnahrungsmittel war

in Neubrandenburg ähnlich wie in den anderen KZ-Außenlagern eine dünne und fade Suppe aus Kartoffelschalen, Weißkohlblättern oder Rüben, in der oftmals Würmer schwammen⁶¹¹. Die Suppe wirkte zudem harntreibend, so dass die Frauen in der kurzen Schlafpause von häufig nur fünf Stunden keine Ruhe fanden⁶¹². Eine Italienerin erinnert sich dankbar daran, dass ein Mithäftling ihr eine Knoblauchzehe schenkte. „Diese Knoblauchzehe, sorgsam gehütet und sparsam verteilt machte die Suppe für einige Tage appetitlicher, die ich schon nicht mehr essen wollte.“⁶¹³ Auch einige deutsche Arbeiter sollen Häftlingen heimlich Salz zu-gesteckt haben⁶¹⁴. An der Ruhr erkrankte Häftlinge mussten auf die Kohlsuppe verzichten. Dies traf die ausgezehrteten Gefangenen besonders hart, da Suppe und Brot die einzigen Nahrungsmittel waren, die sie während der Schicht erhielten⁶¹⁵.

Erschütternde Szenen spielten sich regelmäßig bei der Suppenverteilung ab. Wenn die SS auf dem Appellplatz die Suppe austeilte, bildete sich eine Schlange von über 2.000 Frauen mit ihrem Kochgeschirr in der Hand. Im Laufschrift hatte man die Suppenration in Empfang zu nehmen, ohne etwas davon zu verschütten. „Diejenigen, die sehr langsam sind oder ungeschickt, müssen auf ihr Essen verzichten. Nicht essen, das ist ein Schritt zum Tod“, erinnert sich die Französin Odile Roger. Die Gefangenen drängelten und schlugen sich sogar um die Suppe. Die Französin „habe Frauen weinen sehen, weil in dem Gedränge ein Löffel voll mit kostbarer Flüssigkeit heruntergefallen ist.“⁶¹⁶ Ursprünglich hatte jeder Neubrandenburger Häftling eine Tasse und eine Schüssel aus Keramik bekommen. Als die Zahl der Inhaftierten zunahm, wurden Blechgefäße verwendet⁶¹⁷. Waren den Häftlingen ihre Essschüsseln abhanden gekommen, so konnten die Frauen keine warme Mahlzeit erhalten. Es kam aber vor, dass diese Schüsseln von Kameradinnen gestohlen wurden. Micheline Maurel schreibt: „Ist einem dies zwei-, dreimal passiert, dann wird man auf seine Eßschüssel wie ein Schießhund aufpassen. Man wird nie wieder allein auf die Latrine gehen, sondern immer nur mit einer zuverlässigen Kameradin, die die Eßschüssel halten wird.“ Die Frauen trugen das unentbehrliche Geschirr immer bei sich, banden sich die Schüssel mit einem Bindfaden um die Hüfte oder bewahrten ihre wenigen Habseligkeiten in einem selbstgenähten Stoffsack auf, den sie am Gürtel befestigten⁶¹⁸.

Angesichts der sich verschlechternden Ernährungslage in Neubrandenburg, war es für die einzelnen Häftlinge um so entscheidender, ob sie von ihrer Familie Pakete erhalten konnten. In der ersten Zeit seines Bestehens durften überhaupt keine Pakete ins Lager geschickt werden. Als Scheinbegründung wurde den Häftlingsangehörigen gegenüber behauptet, die Gefangenen könnten sich im Lager alles kaufen⁶¹⁹. Diese Bestimmung wurde gelockert, nachdem die Lebensmittelversorgung des Lagers schwieriger geworden war. Im Dezember 1944 bedankte sich zum Beispiel eine französische Gefangene für ein Paket. Das getrocknete Obst habe ihr gut geschmeckt⁶²⁰. Die privilegierten Häftlinge, die Pakete empfangen durften, bezeichnete man als „Paketfrauen“. Sie konnten mit den ihnen geschickten Lebensmitteln auch Funktionshäftlinge bestechen, um sich so Hafterleichterungen zu verschaffen. Neben den Paketempfängerinnen, Stuben- und Blockältesten sowie Kolonnenführerinnen sollen die in der Küche beschäftigten Häftlinge am besten ernährt gewesen sein⁶²¹. Die SS, die diese Lagerhierarchie eingerichtet hatte, förderte damit bewusst die Konkurrenz der Häftlinge ums Überleben.

Über das Lager Barth wird aber auch berichtet, dass gerade der „Küchendienst“ geschwächten Frauen mit einigen rohen Nahrungsmitteln das Leben rettete. Hier soll die SS, die die eingehenden Pakete kontrollierte, sich die höherwertigen Lebensmittel angeeignet haben⁶²². Ein männlicher Häftling schreibt über das Außenlager Barth: „Von den Lebensmitteln wurde von den Wachleuten so viel verschoben,

dass das Essen schlechter als im Lager Neuengamme und Ravensbrück war.⁶²³ Eine Tschechin sagt aus, sie habe sich bei Rolf Heinkel, Betriebsassistent in Barth und Sohn des Firmenchefs, einmal über die Qualität des Essens beschwert. Das Essen wurde nämlich gewöhnlich zwischen 9 und 10 Uhr in offenen Fässern vor oder in die Fabrikhalle gestellt. So kühlte die Suppe bis zum Mittagessen ab. Zudem seien auch Metallspäne und Staub in die Fässer gefallen. Heinkel habe auf die Beschwerde geantwortet, so würde das Essen wenigstens dicker⁶²⁴.

Lebensmittel für das KZ-Außenlager lieferte auch ein Barther Kaufmann, der bereits den Fliegerhorst beliefert hatte. Er lieferte vor allem „Mehl, Früchte, Gries, Nudeln, Zucker, Puddingpulver, Haferflocken und Gewürze sowie Margarine. [...] In regelmäßigen Abständen wurden die Lebensmittel mit einem LKW des Arbeitslagers abgeholt. Etwa vier bis fünf Häftlinge haben diese Waren aufgeladen [...]“. Die Rechnungen für die Lagerverpflegung schickte der Lebensmittelhändler an die Heinkel-Werke in Rostock-Marienehe⁶²⁵.

Die Berichte über den Hunger im Lager Schwarzenpfost, über das am wenigsten bekannt ist, ähneln den Aussagen zur Situation in den anderen KZ-Außenlagern in Mecklenburg und Vorpommern. Eine Russin erinnert sich noch an die Verpflegung mit Freibankfleisch⁶²⁶. Gefrorene Pferdelungen verursachten Magenkrankheiten. Auch an Trinkwasser fehlte es im Lager. „Im Hof war ein Brunnen mit trübem Wasser“, schreibt eine Überlebende aus Bulgarien. Die Frauen hatten sich auf den Bauch zu legen und eine an einem Strick befestigte Kanne herabzulassen und so das Wasser herauszuschöpfen. Um dieses Wasser trinken zu können, musste es mehrere Male durch ein Tuch geseiht und abgekocht werden⁶²⁷. Eine Frau aus Rövershagen sah, dass sich die Häftlinge „am Wegrande Nesseln gerupft haben. Aber die SS-Wachfrauen haben sie ihnen wieder entrissen und in den Dreck getreten.“ Sie selbst habe zusammen mit ihrer Nachbarin Kartoffeln gekocht und diese aus Mitleid für die halbverhungerten Häftlingsfrauen an den Rand des Weges gelegt⁶²⁸.

Die Bekleidung

Den als Kontraktarbeiter bis 1941 ins Reich gekommenen Ausländern war bereits bei der Anwerbung mitgeteilt worden, dass sie ihre Arbeitsbekleidung sowie Schuhwerk mitzubringen hätten. Denn auch Bekleidung wurde im Deutschen Reich bewirtschaftet und im Laufe des Krieges immer knapper. Ausländer waren aber von der so genannten Reichskleiderkarte im Prinzip ausgeschlossen. Polen erhielten lediglich eine „Spinnstoffkarte“, die dazu dienen sollte, „den für den Arbeitseinsatz unbedingt notwendigen Bekleidungsbedarf“ sicherzustellen⁶²⁹.

Häufig waren die Angeworbenen jedoch nur ungenügend mit Kleidung ausgestattet und mussten eingekleidet werden. Während die Betriebe allein aus pragmatischen Gründen eine Versorgung der Fremdarbeiter mit einfacher Bekleidung befürworten mussten, sträubten sich staatliche Stellen dagegen. So schrieb das Stadtwirtschaftsamt Stralsund: „Es erregt Anstoß in der Bevölkerung, daß die Polen, sowohl Männer als auch Frauen, in tadelloser Sonntagskleidung einhergehen. Teilweise sind sie besser gekleidet als unsere deutschen Volksgenossen. Andererseits bringt der Polenbeauftragte der Kreisleitung der NSDAP derartig viele Anträge auf Arbeitskleidung für Polen, daß wir befürchten, die Polen kaufen uns auch noch die Werktagskleidung aus, so daß schließlich der deutsche Arbeiter das Nachsehen hat.“ In Zukunft dürfe kein Pole mehr die Kleiderkarte in die Hand bekommen. „Sie muß in der Verwahrung und Verwaltung des Polenbeauftragten verbleiben. Die Erfahrung lehrt, daß nicht jeder deutsche Betriebsführer in dieser Beziehung zuverlässig ist.“⁶³⁰

Die nach Deutschland deportierten Ukrainer und Russen hatten in der Regel nur die Kleider, die sie am Leib trugen. Den Einsatzbetrieben wurde gestattet, für die „Ostarbeiter“ „Bedarfsdeckungsscheine für Altkleidung“ bei den zuständigen Wirtschaftsämtern zu beantragen. Holzschuhwerk sollte bei den staatlichen Bekleidungslagern abgeholt werden. Darüber hinaus wurden die „Ostarbeiter“ aufgefordert, sich mit einem vorgedruckten Brief an ihre Verwandten zu wenden, in dem sie um die Zusendung eines Sacks mit Winterkleidung baten. In dem Musterbrief heißt es: „Auch in Deutschland beginnt jetzt der Winter und, wie Ihr wißt, habe ich ja damals keine Wintersachen mitgenommen. Ich habe jetzt die Möglichkeit, im Rahmen einer einmaligen Erlaubnis der deutschen Behörden mir Pakete mit allen daheim zurückgelassenen Kleidungsstücken und Schuhen kostenlos von Euch hierher nachsenden zu lassen.“ Bei der Aufgabe des Kleidersacks sollten die Verwandten 250 Rubel als „Bekleidungsbeihilfe“ ausgezahlt bekommen.⁶³¹ Weil diese Sendungen den Bedarf aber nicht decken konnten, stellte man für die „Ostarbeiter“ eine spezielle robuste und einfache Kleidung sowie Holzschuhe her.⁶³²

Ein ukrainischer Zwangsarbeiter der Neubrandenburger Rinker-Werke schreibt, dass er an einem Tag nicht vom Lager zur Arbeit gehen konnte, weil sein einziges Paar Schuhe kaputt war. Daraufhin sei er von einem sowjetischen Vorarbeiter verprügelt und dann gezwungen worden, barfuß zur Arbeit zu gehen.⁶³³ Eine Russin erzählt, sie habe auf der Neptunwerft nach der obligatorischen Untersuchung hell und dunkel gestreifte Arbeitskleidung in Empfang genommen, die an Sträflingskleidung erinnerte.⁶³⁴ Der ehemalige Betriebsleiter der Gießerei Freundel betonte 1946 vor dem Antifaschistischen Ausschuss, er habe die ukrainischen Zwangsarbeiter, die ohne Strümpfe und Stiefel nach Torgelow gebracht worden seien, neu eingekleidet. Er will den ausländischen Arbeitern auch persönlich mit Kleidungsstücken ausgeholfen haben und „wäre froh, hätte ich selber nur derartige Sachen“.⁶³⁵ Der Antifaschistische Ausschuss, der auch andere Zeugenaussagen kannte, hatte allerdings Zweifel an dieser Darstellung.

Die Kriegsgefangenen hatten als Bekleidung ihre Uniformen zu benutzen. Von den Uniformen der italienischen Militärinternierten wurden allerdings die Rangabzeichen entfernt.⁶³⁶ Schon 1941 galt im Wehrkreis II: „Arbeitskleidung kann für die Kriegsgefangenen [...] nicht mehr beschafft werden.“⁶³⁷

Die Arbeitshäftlinge in den KZ-Außenlagern trugen zumeist gestreiften Drillich, der sie kaum gegen die winterliche Kälte oder den kalten Wind an der nordostdeutschen Küste schützte. Ein weiblicher Häftling des Außenlagers Neubrandenburg schreibt: „Im Herbst und Winter froren wir bis auf die Knochen. Im Betrieb beschafften wir uns Papier, um einzelne Stellen zu schützen, unwickelten die Beine, den Rücken, die Brust. Davon erfuhr jedoch die Aufseherin Julia, und sie prüfte nun jeden Tag und riss das Papier runter und schlug.“⁶³⁸ Andere Frauen trugen Zivilkleider mit aufgenähten Kreuzen. Micheline Maurel, die zeitweilig in der Schneiderei des Außenlagers Neubrandenburg eingesetzt war, schreibt: „Später verteilte man Mäntel an die Neuankömmlinge, die einer Spezialbehandlung unterzogen wurden: Futter und Watte mußten wir herausnehmen und einen Ärmel gegen den eines anderen Mantels, der von anderer Farbe war, austauschen.“⁶³⁹ Bei einem etwaigen Fluchtversuch hätten die Gefangenen so unweigerlich als KZ-Häftling identifiziert werden können.

Eine in Boizenburg beschäftigte Jüdin berichtet, jede der Häftlingsfrauen hätte nur ein Kleid besessen, das sie am Tag und in der Nacht tragen mussten. „Ich hatte offene Holzpantoffeln, nur mit einem dünnen Stoffstreifen vorne. Ich hatte auch Socken. Auf dem Weg zu der Arbeit sammelte sich der Schnee auf den Socken und ich kam zu der Fabrik mit einem großen Klumpen Schnee auf den Füßen. So arbeitete

ich die ganze Schicht mit kalten, nassen Füßen in einer Lache von schmelzendem Schnee. Nach einigen Wochen bekam ich Halbschuhe mit Holzsohlen.⁶⁴⁰

Die Kleidung der 200 Frauen eines aus Barth im Nebenlager Schwarzenpfost eingetroffenen Transports war offenbar extrem verschmutzt. Die Frauen hatten acht Monate lang keine Möglichkeit gehabt, sich umzuziehen. Das Hemd, das sie trugen, „war wie ein hartes Brett. Es hat sie mehr gestört, als es sie gewärmt hat.“ Die bereits zitierte Bulgarin, die sich um erkrankte Häftlinge zu kümmern hatte, bat zunächst ohne Erfolg um saubere Kleidung für die Gefangenen. Eine SS-„Hauptaufseherin“ habe ihr geantwortet, „diese Dreckschweine lass‘ ich noch 8 Monate in denselben Kleidern bleiben“. Schließlich gab die Aufseherin doch nach, weil sie wohl einsah, dass von den schmutzigen und verlausten Kleidern eine Seuchengefahr ausging⁶⁴¹.

Die männlichen Arbeitshäftlinge in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg trugen Hosen ohne Gürtel und Taschen⁶⁴². Männliche Häftlinge trugen gewöhnlich runde Mützen, während Frauen normalerweise Kopftücher als Kopfbedeckung verwendeten.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die Lagerhierarchie sich auch im Zustand der Bekleidung widerspiegelte. So wird berichtet, die Barther Lagerälteste und eine Blockälteste seien „immer sauber und akkurat gekleidet“ gewesen⁶⁴³. Auch hinsichtlich der Ausstattung mit Kleidungsstücken war also die Lage der Häftlinge, wie auch der ausländischen Zivilarbeiter, keineswegs gleich.

Hygiene und medizinische Versorgung

Neben den harten Arbeitsbedingungen bei gleichzeitig schlechter Verpflegung und Bekleidung sind viele Erkrankungen der Zwangsarbeiter auch auf die mangelhaften hygienischen Verhältnisse zurückzuführen. Offiziell waren ausländische Arbeiter den Inländern bezüglich der Versorgung mit Seife und Waschmitteln gleichgestellt. Jeder Lagerinsasse sollte entweder die so genannte Reichsseifenkarte oder einen ähnlichen Bezugsschein erhalten⁶⁴⁴. Die Wirklichkeit entsprach aber in vielen Fällen nicht den Vorschriften. Während die westeuropäischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter, die in Privatquartieren untergebracht waren, passable Reinigungsmöglichkeiten gehabt haben dürften, waren für die in den überbelegten Barackenlagern lebenden Fremdarbeiter zu wenig Waschgelegenheiten vorhanden. Seife und andere Hygieneartikel mussten die „Ostarbeiter“ und Kriegsgefangenen von ihren geringen Entgelten kaufen, sofern die Waren frei verkäuflich waren. In der Triebwagen- und Waggonfabrik in Wismar bestand zum Beispiel eine Verkaufsstelle⁶⁴⁵. Kriegsgefangenen im Lager Lankow sollte gegen Lagergeld auch Seife und Rasierzeug gegeben werden⁶⁴⁶.

Stralsunder Kommunalpolitiker empfahlen, polnische Zivilarbeiter von der Benutzung des öffentlichen Brausebads auszuschließen. Die Polen sollten stattdessen im städtischen Krankenhaus duschen, wo auch die regelmäßigen Entlausungen der Kriegsgefangenen durchgeführt wurden⁶⁴⁷.

Im Frauenlager der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg teilten sich einige hundert Häftlinge vier oder fünf Brausen. Beim Duschen war Eile geboten, denn das Wasser wurde bald wieder abgestellt. In einem Bericht heißt es: „Das Gedränge und Gestoße war schrecklich. Dabei mußte man sich waschen und sich gleichzeitig durch Faustschläge an seinem Platz halten Auf dem nassen Boden glitt man leicht aus. Fiel eine hin, wurde sie sofort von den anderen mit Füßen getreten. [...] Wenn die Duschen nicht funktionierten, mußte man sich mit dem eiskalten Wasser aus den

Hähnen behelfen [...].“⁶⁴⁸ Die über 400 Häftlinge in Boizenburg mussten sich zu ihrer Körperpflege 11 Waschbecken und 100 –schüsseln teilen. Ihre zerlumpte Kleidungstücke konnten die Jüdinnen an sieben Waschbänken reinigen, die der Einsatzbetrieb dem KZ Neuengamme überlassen hatte⁶⁴⁹. In Barth erhielt jeder Häftling lediglich ein Stückchen Seife, ein Taschentuch und ein kleines Handtuch. Die Frauen waren also auf Pakete mit Seifenartikeln angewiesen. Da normalerweise kein warmes Wasser zur Verfügung stand, wuschen sich die Häftlinge am Sonntagnachmittag das Haar mit Kaffeersatz, den sie zur Vesperzeit bekamen. Häftlinge der Küchenkolonne schmuggelten auch heißes Wasser in den Block, das auch zur Kleidungswäsche benötigt wurde. Das gewaschene Kleid durfte aber weder auf dem Hof noch am Fenster aufgehängt werden. Eine Slowenin schreibt: „Es gehörte schon viel Erfindungsgeist dazu, sich nicht zu vernachlässigen und ein ‘Schmuckstück’ zu werden, wie die SS-Aufseherinnen [...] spöttisch vernachlässigte Häftlinge nannten.“⁶⁵⁰

In der offiziellen Propaganda lag der Krankenstand in den Fremdarbeiterlagern unter 2%. Diese Behauptung sollte beweisen, „welch vorbildliche Behandlung fremdvölkische Arbeitskräfte im Reich erfahren“⁶⁵¹. Die Praktiker des Ausländereinsatzes sahen sich indes mit weit höheren Zahlen konfrontiert und versuchten, das Problem einzugrenzen, ohne jedoch die hygienischen Verhältnisse in den Zwangsarbeiterlagern entscheidend zu verbessern. Vordringlichstes Ziel war es, eine unkontrollierbare Ausbreitung von Seuchen zu verhindern. Zu diesem Zweck ließen die Einsatzbetriebe, die ihnen zugewiesenen ausländischen Arbeiter vor deren Einstellung ärztlich untersuchen. So untersuchte zum Beispiel das Medizinaluntersuchungsamt des Landes Mecklenburg im November 1944 27 „Ostarbeiterinnen“ der Rostocker Firma Metallbau Griem & Co. auf Ruhr, Typhus und Paratyphus, allerdings mit negativem Befund⁶⁵². Die Schweriner Maschinenfabrik Kurtz und Thomsen & Co. in Boizenburg schickten von Ungeziefer befallene „Ostarbeiter“ zur Desinfektion nach Schwerin⁶⁵³. Das Landesfürsorgehaus in Güstrow bot sich bereits 1940 an, Kriegsgefangene und polnische Zivilarbeiter mit Entlausungsseife zu reinigen und deren Kleidung zu desinfizieren. „Bei Massenabfertigung – von 50 Personen aufwärts – werden RM 1,20 pro Kopf berechnet.“⁶⁵⁴

Betriebe, die mehr als 500 Arbeiter aus Ost- oder Südosteuropa beschäftigen wollten, wurden zur Beschaffung einer Entlausungs- und Entwesungseinrichtung verpflichtet. Kleinere Betriebe sollten Desinfektionsapparate in Gesundheitsämtern nutzen dürfen. Vor der Entlausung hatten die Zwangsarbeiter sich in der Fabrik oder im Lager zu reinigen. Ferner erließen das Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium: „Der Einsatz der Arbeitskräfte aus dem Osten und Südosten, insbesondere der russischen Arbeitskräfte, kann nur verantwortet werden, wenn von den Betrieben außer den von der Arbeitsverwaltung vor dem Einsatz angeordneten und durchgeführten Entlausungen und Entwesungen und ärztlichen Untersuchungen auch nach dem Einsatz während der ersten zwei Wochen zweimal [...] und später nach Bedarf – jedenfalls aber erneutem Befall mit Läusen – Entlausungen und Entwesungen durchgeführt werden.“⁶⁵⁵ 1943 verfügte der Stettiner Regierungspräsident die vierteljährliche Entlausung aller ausländischen Arbeiter, um der Fleckfiebergefahr vorzubeugen. Auch die Unterkunft war zu säubern und das Bettstroh zu erneuern. „Die Kosten der Entlausung sind vom Arbeitgeber zu tragen und können vom Arbeitslohn einbehalten werden“⁶⁵⁶, wurde der Pommerschen Eisengießerei in Barth im Dezember 1943 mitgeteilt.

Jedes Fremdarbeiterlager hatten einen so genannten Entwesungsmann einzusetzen, der teilweise auch durch die Durchgasung der Lagerunterkünfte den Schäd-

lingsbefall bekämpfte. Im Fall einer stärkeren Verlausung oder Verwanzung der Baracken musste die Deutsche Arbeitsfront informiert werden, die für die Betreuung von Sammellagern zuständig war. Auf einem langen Instanzenweg wurden dann Gegenmaßnahmen erörtert⁶⁵⁷.

Nach den Schilderungen ehemaliger Häftlinge war die Ungezieferplage in den Konzentrationslagern besonders schlimm. „Die Läuse waren überall im Lager,“ schreibt die Neubrandenburger Lagerinsassin Maurel. „Wir wußten uns nicht anders zu helfen, als allabendlich jedes Kleidungsstück genau zu durchsuchen, ohne eine einzige Naht auszulassen.“⁶⁵⁸ Sonntags mussten die Häftlingsfrauen in der Entlausungsbaracke antreten, wo man ihnen das Kopftuch, Kleider und Hemden abnahm. Entdeckten die SS-Aufseherinnen Kopfläuse, so hatte die Blockälteste der betreffenden Frau mit einer großen Schere den Kopf kahl zu scheren. Doch wegen der mangelhaften Hygiene wurde man schon am nächsten Tag wieder von Läusen geplagt⁶⁵⁹.

Auch in Barth tat die SS offenbar wenig gegen die Ungezieferplage. Aber auch die Reinigungsbemühungen der Häftlinge waren fast erfolglos. Einem Bericht zufolge war der Ungezieferbefall im Frühjahr 1945 am schlimmsten, als für mehrere Tage im Block der Strom ausgefallen war. Ohne Licht aber konnten die Häftlinge die Läuse nicht finden, so dass die Parasiten sich stark vermehrten. In der Fabrik litten die Arbeitshäftlinge besonders an heißen Tagen, wo die Läuse am schlimmsten bissen. „Aber wehe, wenn eine SS-Aufseherin merkte, daß man sich kratzte!“⁶⁶⁰

Die Sorgen in Bezug auf die Ausbreitung von Infektionskrankheiten in den so genannten Schutzhaft-, Kriegsgefangenen- und Fremdarbeiterlagern waren also nur zu berechtigt. So traten in verschiedenen Städten Typhusfälle auf. In Schwerin meldete das Gesundheitsamt 1944 den Fall eines an Typhus erkrankten französischen Zivilarbeiters⁶⁶¹ und im Februar 1945 den einer Lettin im Lager Berthling. Die Kranke hatte sich offenbar im Durchgangslager Parchim infiziert⁶⁶². Eine andere Frau hatte sich im Konzentrationslager in Fürstenberg mit Unterleibstyphus angesteckt und wurde vom Schweriner Stadtkrankenhaus auf die Infektionsabteilung verlegt⁶⁶³. Im Durchgangslager Parchim starben allein von Januar bis April 1945 15 „Ostarbeiter“ an Typhus, 9 an Diphtherie und 48 an Tuberkulose⁶⁶⁴. Im September 1943 brach im „Ostarbeiterlager“ der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg eine Typhus-epidemie aus. Das Lager war zu diesem Zeitpunkt mit 500 Personen stark überbelegt. In den Stuben, die für 16 Personen vorgesehen waren, hatte man 29 bis 30 Menschen einquartiert. Bald darauf trat auch ein erster Typhusfall im Lager der „Westarbeiter“ auf. Da das Essen der ausländischen Zivilarbeiter in der Küche des KZ-Außenlagers zubereitet worden war, vermutete der zuständige Amtsarzt den Infektionsherd beim Küchenpersonal. An eine Kritik an der SS, die die Verantwortung für die Verhältnisse im Lager trug, dachte der Arzt jedoch keineswegs. Vielmehr unterstellte er den Häftlingen und Zwangsarbeitern Sabotage: „Weil hier aber unter Umständen auch mit einer böswilligen Verbreitung der Krankheit durch einen Bazillenträger, der davon weiß, gerechnet werden muss, um womöglich dadurch das ganze Lager aus dem Arbeitsprozess auszuschalten, habe ich gestern 25 Mann des deutschen Personals und 558 Russen aktiv schutzgeimpft.“ Außerdem verhängte das zuständige Gesundheitsamt Neustrelitz über das ganze „Ostarbeiterlager“ am Burgholz eine vierzehntägige Ausgangssperre. Den sowjetischen Arbeitern wurde gedroht: „Wer etwa aus Faulheit seinen Stuhl oder Urin ins Freie tut, statt zum Abort zu gehen, muss mit Unterbringung in dem danebenliegenden K.Z. Lager rechnen.“⁶⁶⁵

Die an Typhus erkrankten sowjetischen Zwangsarbeiter der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg konnten im Städtischen Krankenhaus Güstrow behandelt werden, dessen Aufnahmekapazitäten damit erreicht waren. Eine Küchenaufseherin wurde in das Neubrandenburger Krankenhaus eingeliefert⁶⁶⁶. Im Krankenrevier des KZ-Außenlagers wurden die Häftlinge mit ansteckenden Krankheiten wie Typhus von den anderen Kranken nicht isoliert⁶⁶⁷. Ein weiblicher Häftling, der hier die Typhus- und Tbc-Kranken zu pflegen hatte, schreibt: „Weil jegliche Medikamente fehlten, war es für die Kranken ein schreckliches Los. [Im] Januar 1945 erkrankte ich selbst an Paratyphus. Ein schwerer Herzkollaps brachte mich fast an den Rand des Todes, woran ich heute noch zu leiden habe.“⁶⁶⁸ Nach dem Bericht eines männlichen Häftlings erhielten Gefangene, die an Typhus oder Phlegmone litten, als Arznei lediglich geriebene Kartoffelschalen⁶⁶⁹.

Im Neubrandenburger Kriegsgefangenenlager Fünfeichen und in einer Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Zivilarbeiter häuften sich Ruhrerkrankungen⁶⁷⁰, die die unterernährten Menschen noch weiter schwächten.

In der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik in Waren achtete die Wachmannschaft streng auf die Einhaltung der Hygiene in den Sammelunterkünften. Dahinter stand auch die Furcht vor dem Ausbruch von Seuchen⁶⁷¹. Als ein Gegenmittel durchgaste man in gewissen Abständen die Kleidung der Fremdarbeiter. „Lief man nach ein paar Wochen danach mit der Kleidung im Regen, dann stank man eine Stunde gegen den Wind“, erinnert sich ein Holländer. Ferner berichtet er: „Ein paar Monate nach unserer Ankunft begann eine Diphtherie-Epidemie. Einer der Jungs ist daran gestorben. Dann ergriff man Maßnahmen gegen die gefürchtete Krankheit. Wir mußten alle geimpft werden, eine ganze Reihe Kameraden wurden ins Krankenhaus eingeliefert.“⁶⁷² Dort seien die Niederländer sehr gut betreut worden. Später starb allerdings noch ein weiterer holländischer Arbeiter an der Infektionskrankheit⁶⁷³.

Am meisten Opfer unter den Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen forderte aber die Tuberkulose. Röntgenuntersuchungen der im Barther Heinkel-Werk eingesetzten Häftlinge hatten ergeben, dass 6% der Frauen und 30% der Männer schwerste Formen der Lungentuberkulose aufwiesen⁶⁷⁴. In den Akten der Rostocker Friedhofsverwaltung findet sich zum Beispiel eine Eintragung über die Einäscherung eines 19 Jahre alten italienischen „Schutzhäftlings“ des „Arbeits-lagers“ Barth, der an Lungen-Tbc verstarb⁶⁷⁵. Ein ehemaliger Peenemünde-Häftling erinnert sich an drei Kameraden, die tödlich an Tbc erkrankten⁶⁷⁶. Nach einer Totenliste der im Lager Karlshagen I zwischen November 1943 und September 1944 gestorbenen Häftlinge stehen auch die Namen von 27 Gefangenen, deren Todesursache mit offener Lungentuberkulose angegeben wird⁶⁷⁷. Es erscheint aber auch als durchaus möglich, dass diese Häftlinge zum Teil von der SS ermordet und die Totenscheine gefälscht wurden.

Für die stationäre Unterbringung tuberkulös erkrankter ausländischer Zivilarbeiter sollte das Landeswohlfahrtsamt zuständig sein⁶⁷⁸. Eine Station für Lungenkranke war dem Landesfürsorge- und Landarbeitshaus in Güstrow angegliedert. Im März 1945 meldete das Krankenhaus dem Arbeitsamt Neubrandenburg, dass ein „Ostarbeiter“ der Mechanischen Werkstätten an Lungentuberkulose verstorben sei. Die Rechnung über die Unterbringungs- und Beerdigungskosten sollten dem Arbeitsamt mit getrennter Post zugehen⁶⁷⁹.

Nach Möglichkeit waren die erkrankten ausländischen Arbeiter ambulant zu behandeln. Polen standen unter dem Generalverdacht, schon bei geringfügigen Erkrankungen eine Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen zu wollen⁶⁸⁰. Für die Behandlung leichter Krankheitsfälle wurden Revierstuben in den

Zwangsarbeiterlagern errichtet. Auf 50 ausländische Beschäftigte waren zwei Revierbetten bereitzuhalten⁶⁸¹.

Auch russischen Arbeitern unterstellten die Einsatzträger, zu simulieren⁶⁸². Paul Sauer, Betriebsleiter einer Gießerei in Torgelow, ließ Fremdarbeiter, die sich krank gemeldet hatten, von der Polizei zur Arbeit führen⁶⁸³.

Polnische Zivilarbeiter, die unabweisbar einer stationären Behandlung bedurften, wurden in amtlich festgelegte Krankenhäuser eingeliefert werden. Operative Eingriffe sollten in den Städtischen Krankenhäusern von Parchim und Güstrow sowie in der Chirurgischen Klinik von Rostock vorgenommen werden. So wurden im Güstrower Krankenhaus auch bei einem Luftangriff auf die Neptunwerft verletzte „Ostarbeiterinnen“ ärztlich versorgt⁶⁸⁴.

Psychisch erkrankte polnische Zivilarbeiter und „Ostarbeiter“ waren, so die Anweisung des „Leitenden Arztes bei den Gauarbeitsämtern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg“, seit 1943 dem Reichssicherheitshauptamt zumelden. Im September 1944 wurden für sie Sammelanstalten eingerichtet. Sowjetische und polnische Arbeiter im Gebiet von Mecklenburg und Pommern, die die Extremsituation der Zwangsarbeit nicht hatten psychisch verkraften können, sollten in die Heil- und Pflegeanstalt Landsberg/ Warthe eingeliefert werden⁶⁸⁵.

„Seuchenhafte Erkrankungen“ hingegen waren in der „Polenbaracke II“ in Güstrow zu behandeln. Für „sonstige Erkrankungen“ waren die Krankenhäuser in Friedland, Dargun, Lübz, Hagenow und das Krankenhaus des Landesfürsorgehauses in Güstrow zuständig. Den Krankenschein hatte der Unternehmer oder die Krankenkasse auszustellen. In einem Merkblatt für Ärzte und Betriebsführer wurde das Prinzip der Behandlung betont: „Keine unangebrachte Ausnützung der deutschen Sozialeinrichtungen durch Polen!“⁶⁸⁶ An eine Heilung bzw. Gesundung der eingelieferten Kranken war im überfüllten Landesfürsorgehaus, das auch zur Disziplinierung von Fremdarbeitern diente, ohnehin nicht zu denken.

Die Krankenabteilung des Landesfürsorgehauses hatte nämlich nicht nur alle kranken Polen und Russen aufzunehmen. Der Güstrower Amtsarzt schrieb 1942: „Es kommen außerdem noch alle jene Personen dort hin, die zum Abschub in ihre Heimat bestimmt sind, wenn sie nicht mehr arbeitseinsatzfähig sind. Unter diesen nehmen die schwangeren Frauen eine große Zahl ein.“⁶⁸⁷ Schon 1940 hatte der Reichsarbeitsminister die Arbeitsämter angewiesen, „die Zurückleitung erkrankter oder absonderungsbedürftiger polnischer Arbeitskräfte in die Heimatbezirke vorzunehmen, wenn durch ärztliche oder Krankenhausbehandlung die Arbeitsfähigkeit innerhalb eines Zeitraumes von höchstens 2 Wochen nicht wieder hergestellt werden kann.“⁶⁸⁸

Diese Regelung fand später auch auf russische Arbeiter Anwendung. Da sich im Laufe des Krieges auf Grund der geschilderten Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter deren ernste Erkrankungen häuften, waren Pflegeeinrichtungen wie das Landesfürsorgehaus in Güstrow chronisch überbelegt. Für viele kranke und damit für die Einsatzträger wertlos gewordene sowjetische und polnische Zivilarbeiter wurde Güstrow zur Zwischenstation vor der Abschiebung in ihre von den Wehrmachtstruppen verwüstete Heimat.

Das weitere Schicksal der durch die Arbeit für die deutsche Kriegsrüstung verbrauchten Zwangsarbeiter interessierte die deutschen Behörden nicht mehr. In einer Aktennotiz der Ribnitzer Schutzpolizei heißt es über eine „Ostarbeiterin“, die bei den Bachmann-Werken beschäftigt gewesen war: „Die T. ist am 2.9.1942 wegen Arbeitsunfähigkeit in das Schlosskrankenhaus Güstrow eingeliefert und jedenfalls von dort abgeschoben. Zurückgekehrt ist sie jedenfalls nicht.“⁶⁸⁹ Von Güstrow sollten viele der nicht mehr arbeitsfähigen Russen zunächst ins Auffanglager Parchim verlegt werden⁶⁹⁰, während die kranken Polen bis zur Abschiebung im Landesfürsorgehaus

blieben. Dieser Aufenthalt dauerte aus Sicht des Gesundheitsamts aber länger als erwartet, denn die Reichsbahn konnte nicht im gewünschten Umfang Waggons für den Rücktransport der Polen bereitstellen⁶⁹¹.

Bei den Transporten der arbeitsunfähigen sowjetischen Zivilarbeiter in die von der Wehrmacht besetzten Ostgebiete wurde auf die stark angegriffene Gesundheit der nicht mehr brauchbaren „Ostarbeiter“ keinerlei Rücksicht genommen. Viele physisch geschwächte Menschen starben im Rückkehrerlager Brest. Von den bis August 1942 ins Reichskommissariat Ukraine zurückgeschickten Männern hatten 30 bis 40% Tuberkulose, 30% wurden als leichtkrank und 8% als geisteskrank bezeichnet. Von den Frauen galten 60% als krank. 35% waren schwanger⁶⁹².

Die Klagen über die Behandlung in Deutschland im allgemeinen und die schlechte Pflege im Landesfürsorgehaus sowie die unzureichende Verpflegung auf der Rückreise erschwerten offenbar die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften für den „Reichseinsatz“. Als Beweis dafür führte das Landesfürsorgehaus den Brief eines polnischen Patienten des Güstrower Krankenhauses in die Heimat an: „Ich teile dir mit, dass ich Donnerstag um 7 Uhr abends ins Krankenhaus gekommen bin. Und jetzt bleibe ich, ohne dass ich weiß, was mit mir werden wird. [...] Es soll eine Operation gemacht werden, aber wann? Das weiß ich nicht. Ich bitte dich, mir ein Paket zu schicken. [...] Einen teuflischen Hunger haben wir hier. Schicke mir Brot, Butter, Tabak, Streichhölzer, ein Handtuch, Rasierseife und Rasiermesser. Ich bin jetzt böse, dass ich in dieses Krankenhaus gekommen bin. [...] Hier gibt es auch Leute, die auf dem Fußboden schlafen, weil sie keine Betten haben. Die Leute, die ganz gesund sind, sollen nach der Heimat abtransportiert werden. Verschiedene liegen schon 2 Monate hier[, um] auf den Transport zu warten. [...] Die Leute, die verkaufen hier die letzten Sachen, um etwas zu essen zu bekommen. Wenn du willst, dass ich schreiben soll, musst du mir Papier und Briefmarken schicken. Ich kann das hier nicht kaufen, weil ich nicht in die Stadt ausgehen darf. Das ist kein Krankenhaus, sondern ein Strafhaus für die Menschen.“⁶⁹³

Anfang 1944 entschieden die Verantwortlichen des Landesfürsorgehauses, den Zwangsarbeitern auf der Rückreise 500 g Brot und 100 g Kunsthonig, nach Möglichkeit auch etwas Margarine und Wurst als Tagesration mitzugeben. Strohsäcke und Decken sollte den Kranken auch weiterhin nicht gestellt werden, „weil wir den vorhandenen Bestand völlig für uns gebrauchen“⁶⁹⁴.

Als Hindernis für den Arbeitseinsatz bzw. als Belastung für die Krankenhäuser wurde die Schwangerschaft von Ausländerinnen auf Seiten der Betriebe resp. deutscher Behörden angesehen. Noch im Sommer 1941, als das Problem des Arbeitskräftemangels im Deutschen Reich noch nicht so spürbar war, hatte der Reichsarbeitsminister deswegen angeordnet, alle schwangeren ausländischen Arbeiterinnen in ihre Heimat zurück zu befördern⁶⁹⁵. Doch Ende 1942, nachdem die Nachfrage nach Zwangsarbeitern immer dringender wurde, untersagte der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz die Rückführung schwangerer Fremdarbeiterinnen. Sowjetischen und polnischen Arbeiterinnen erlaubte der Reichsgesundheitsminister im Gegensatz zu deutschen Frauen sogar die Abtreibung⁶⁹⁶, damit die Zwangsarbeiterinnen baldmöglichst wieder den ihnen zugewiesenen Platz in der deutschen Kriegswirtschaft einnehmen konnten. Die Schwangerschaftsunterbrechungen durften aber „nur von ausländischen Ärzten in Ausländerunterkünften vorgenommen werden“, weil die Krankenhausbetten von Deutschen gebraucht würden⁶⁹⁷. Nun wurden auch Krankenstationen wie die so genannte Polenbaracke I des Landesfürsorgehauses Güstrow als Entbindungsheime für polnische und sowjetische Zivilarbeiterinnen genutzt. Nur wenn eine operative Entbindung notwendig wurde, erfolgte eine Überführung ins Güstrower Stadtkrankenhaus oder in die Rostocker Universitätsklinik⁶⁹⁸.

Die menschenverachtende Behandlung russischer Arbeiterinnen in den Entbindungsheimen führt plastisch vor Augen, wie sich im Nationalsozialismus rassistische und sexistische Einstellungen verbanden⁶⁹⁹.

In der Güstrower Entbindungsstation waren die sanitären Zustände so katastrophal, dass der Amtsarzt gegen diese „Art der Menschenbehandlung“ beim Schweriner Staatsministerium seine Bedenken vortrug. Die schwangeren Frauen lagen nämlich „mit ihren Habseligkeiten auf dem Zementplatten-Fußboden, benutzen auch die Tische und die Garderoben zum Lagern; dazu sind die Abortverhältnisse denkbar primitiv. Am 14.10.1942 beging eine schwangere Frau einen Selbstmordversuch dadurch, dass sie sich an der linken Hand die Pulsader durchschnitt. Sie ist jedoch wieder gerettet worden, jedoch ist der Vorfall bezeichnend für die Lage.“⁷⁰⁰

Als Pflegerinnen hatten sich in der Polenbaracke zwei „Ostarbeiterinnen“ um die schwangeren Frauen und deren Kinder zu kümmern. Die Entbindungen nahm ein russischer Arzt vor⁷⁰¹. Allein im Januar 1944 wurden 40 Zwangsarbeiterinnen und ein Häftling in Güstrow entbunden⁷⁰². Eine Krankenkost erhielten die schwangeren Polinnen und „Ostarbeiterinnen“ erst, sobald sie in die Säuglingsstation kamen. Bis dahin erhielten sie die übliche schlechte Verpflegung⁷⁰³. Stillenden „Ostarbeiterinnen“ wurde eine zusätzliche Mahlzeit zugeteilt. Für ihre älteren Kinder, sofern sie sich bei ihrer Mutter im Krankenhaus aufhielten, legte der Ernährungsminister besondere Verpflegungssätze fest. Ihnen stand eine wöchentliche Fleischportion von 100 g zu⁷⁰⁴.

Nach Möglichkeit sollte der Aufenthalt der entbundenen Frauen auf der Station nicht länger als zehn bis zwölf Tage dauern⁷⁰⁵. Schon nach 14 Tagen könnten die Entbundenen ihrer schweren Arbeit wieder nachgehen, meinte der Leiter des Güstrower Gesundheitsamtes⁷⁰⁶. Weil dies in vielen Fällen schlechterdings unmöglich war, musste das Arbeitsamt Güstrow eine „Durchgangsstation“ für die aus dem Entbindungsheim entlassenen Mütter und deren Kinder bereitstellen⁷⁰⁷.

Auch im Kreis Ludwigslust gab es einen Bedarf für, so der Landrat, „Kinderaufbewahrungsstätten“ für uneheliche Kinder polnischer Zwangsarbeiterinnen⁷⁰⁸. In Stralsund wurde im Frühjahr 1944 auch die Schaffung von Tagespflegestätten für Ausländerkinder empfohlen. „Aufsicht über die Tagespflegestätten ist möglichst einer deutschen Frau zu übertragen, damit die fremdvölkischen Frauen der Arbeit zugeführt werden“, heißt es in einem Rundschreiben. An diese Einrichtungen und die Betreuung der ausländischen Kinder sei jedoch „nicht der deutsche Maßstab anzulegen, sondern sie sind den Gepflogenheiten der Herkunftsländer anzupassen. [...] Das Mutterschutzgesetz findet auf die fremdvölkischen Frauen keine Anwendung.“⁷⁰⁹

Auch im Lager der Bachmann-Werke in Ribnitz trugen schwangere Ukrainerinnen Kinder aus und nahmen bald darauf die Arbeit in der Flugzeugfabrik wieder auf. Die deutsche Lagerführerin soll den jungen Frauen Ratschläge zur Säuglingsernährung gegeben und das Wickeln der Kleinkinder gezeigt haben⁷¹⁰. Tatsache ist aber auch, dass Zwangsarbeiterinnen der Pommerschen Industrie-Werke ihre im Lager geborenen und Stunden später gestorbenen Kinder am Fuchsberg bei Barth eigenhändig begruben⁷¹¹. Als „Särge“ dienten Persil- oder Margarinekartons. In Vogelsang vor den Toren von Barth fand man nach dem Krieg einen Friedhof mit 98 Kindergräbern. Es handelte sich dabei um neugeborene, aber auch um ältere Kinder zwangsdeportierter Polinnen und Russinnen, die im Lager Barth-Holz gelebt hatten und den Entbehrungen des Lagerlebens nicht gewachsen gewesen waren⁷¹².

Krankheiten bedrohten besonders die KZ-Häftlinge ganz existenziell, denn das Niveau der medizinischen Versorgung in den KZ-Revieren lag noch unter dem der

Zwangsarbeiterlager. In Barth bemaß sich die Behandlung an der Vorgabe, dass sich nur 5% Kranke unter den Häftlingen befinden durften. Leichtkranke wurden zur Arbeit gezwungen, den anderen drohte der Tod durch eine Gifteinjektion⁷¹³. Die medizinische Verantwortung für die KZ-Häftlinge trugen SS-Ärzte. Gerade in den Außenlagern befanden sich aber häufig keine Lagerärzte. Die Kranken wurden in den Revieren von Medizinern und Sanitätern versorgt, die selbst als Gefangene ein-saßen. Im Außenlager Schwarzenpfost kümmerte sich eine bulgarische Krankenschwester und Medizinstudentin um die Kranken. Sie arbeitete im Lager als Ärztin, Krankenschwester, Laborantin und Hebamme. Viele der von ihr betreuten Häftlinge waren immer wieder erkältet, weil sie zu stundenlangen Appellen im Regen hatten antreten müssen und dann in der nassen Kleidung zwölf Stunden gearbeitet hatten. Täglich hatte die Pflegerin einen Rapport abzulegen, wann die Arbeitsfähigkeit der Kranken voraussichtlich wieder hergestellt sein würde. Die Pflegerin versorgte die Kranken mit dem wenigen ihr zur Verfügung gestellten Verbandszeug und Medikamenten. Sie spendete ihren Kameraden auch Trost, „denn viele waren auch seelisch gebrochen“⁷¹⁴.

Im Neubrandenburger Männerlager, das sich anfangs in den Fabrikräumen der Mechanischen Werkstätten befand, gab es zunächst kein Krankenrevier. „Eine winzige Fläche der Halle wurde als Behandlungsraum eingerichtet, in dem ein Sanitäter – angeblich ein Franzose – bei geringen Unfällen oder leichten Erkrankungen erste Hilfe leistete. Im Falle einer ernsthaften Erkrankung wurde der Betroffene in das Stammlager Ravensbrück überführt“⁷¹⁵, sagt ein polnischer Häftling aus.

Irma Thälmann, Tochter des im KZ Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden und selbst politischer Häftling im Außenlager Neubrandenburg, berichtet, dass ihr eine sowjetische Häftlingsärztin und eine Schwester im Revier des Waldbaulagers sehr geholfen hätten⁷¹⁶. In dieser Krankenstation gab es „nicht einmal ein Bett, keine Medikamente, außer Aspirin, kein Stethoskop [...]“⁷¹⁷, schreibt eine ehemalige Lagerinsassin. In der für 150 Personen eingerichteten Krankenbaracke des Lagers in der Ihlenfelder Straße lagen in den letzten Kriegsmonaten 400 bis 500 Frauen, darunter viele Schwerkranke und Sieche. Zwei Kranke hatten sich eine Pritsche zu teilen. Es gab weder fließendes Wasser noch eine Toilette⁷¹⁸. Auch hier bemühte sich eine russische Häftlingsärztin um die Patientinnen. Allerdings konnte sie ohne Arzneimittel für die lungenkranken Frauen wenig ausrichten⁷¹⁹. Im Zahnbehandlungsraum befand sich zwar ein Bohrer mit Pedalantrieb. Eine dort eingesetzte polnische Gefangene verstand jedoch nicht, die Apparatur zu bedienen⁷²⁰.

Die größte Gefahr drohte den bettlägerig Kranken, wenn die Oberaufseherin das Krankenzimmer betrat. Einer Französin drohte sie, man werde die Kranke ins Lager Lublin „zum Kriechen“ schicken. Die französische Häftlingsfrau begriff erst später, was es bedeutete, als die Aufseherin Tbc-kranke Russinnen für den Transport in ein so genanntes Ruhelager auswählte⁷²¹. Tatsächlich wurden die nicht mehr arbeitsfähigen Häftlinge zur Vernichtung ins KZ-Stammlager in Fürstenberg gebracht. Zwischen Oktober 1943 und Dezember 1944 sollen zwei SS-Kommandoführerinnen mindestens einmal monatlich je 15 Häftlinge zur Überstellung in das Stammlager ausgesucht haben⁷²². Die Direktoren der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg, Rintelen und Troester, beteiligten sich selbst an der Auswahl der Todeskandidaten⁷²³.

Aber auch in den Krankenrevieren mussten die Häftlinge mit ihrer Ermordung rechnen. So soll nach Aussagen Überlebender ein Häftlingsarzt im Außenlager Karlshagen I in der Krankenstube mehrere Häftlinge durch Spritzen getötet haben⁷²⁴. Aus Furcht ermordet zu werden, mieden die Peenemünder Häftlinge möglichst das Krankenrevier⁷²⁵. Der Lagerführer, SS-Untersturmbannführer Hans Baumgart, wuss-

te von diesen Verbrechen angeblich nichts. Noch 1971 sagte er aus: „Wenn ich gelegentlich das Revier kontrollierte, hatte ich den Eindruck, daß alles sehr sauber war.“⁷²⁶ Ende 1944 stieg die Zahl der Todesfälle im Lager der Luftwaffenerprobungsstelle so stark an, dass etwa 230 Leichen in drei Gemeinschaftsgräber geworfen wurden⁷²⁷.

Auch in Barth war das Krankenrevier bei den Gefangenen gefürchtet. Der ehemalige Häftling Gyula Trebitsch sagt aus, der Häftlingsarzt habe ihm geraten, „ich solle mich zusammenehmen und das Revier verlassen, weil ich sonst nicht gerettet werden kann“⁷²⁸. Die Angst der Häftlinge vor den deutschen Medizinern erscheint vor dem Hintergrund ihrer schrecklichen Erfahrungen nur zu verständlich. Unter den Häftlingen dieses Lagers befanden sich nämlich auch Frauen, die bereits im Stamm-lager Opfer medizinischer Experimente geworden waren. Zigeunerinnen und gefangenen sowjetischen Soldatinnen, die in der Halle 4 des Barther Heinkel-Werks eingesetzt waren, wurde die Entlassung versprochen, wenn sie sich sterilisieren lassen würden. Die Barther Häftlinge lehnten die Sterilisierung aber ab⁷²⁹.

Das Revier des Barther Männerlagers zählte neun Krankenstuben, berichtet ein französischer Arzt. Vier Stuben seien mit Tbc-Patienten belegt gewesen. „Sie waren die ‘Vorhallen des Himmels’.“⁷³⁰ Ein anderer männlicher KZ-Häftling schreibt: „Die Kranken wurden einfach gar nicht behandelt. Der russische Häftlingsarzt konnte keine Behandlung durchführen, da weder Medikamente noch Verbandszeug vorhanden war. Im letzten halben Jahr war ein Schonungsblock eingerichtet in Block III, der aber auch vollständig überfüllt war. Auch hier schiefen die Gefangenen zu zweien in einem Bett. An Verpflegung bekamen die schonungsbedürftigen Häftlinge ein Drittel der Normalverpflegung.“ Viele dieser Kranken seien gestorben und unweit des Lagers in Massengräbern verscharrt worden⁷³¹. Ein polnischer Häftling, der auch in den Konzentrationslagern Auschwitz und Sachsenhausen inhaftiert gewesen war, beschreibt das Barther Revier im Vergleich zu den Auschwitzer Krankenstationen als „sehr primitiv“. Man habe es dem Krankenrevier ansehen können, dass die Häftlinge sich nicht erholen, sondern in der Fabrik arbeiten sollten⁷³².

Von verschiedenen Zeugen wird bestätigt, dass ein tschechischer Häftlingsarzt auch gegen den Willen der SS Patienten half, wie es ihm sein Berufseid gebot. So habe er sich auch dem Befehl widersetzt, einen sehr kranken Häftling mit einer Benzininjektion zu töten. Weil der Lagerkommandant die Hilfe dieses Häftlingsarztes bei der Behandlung seiner Tochter benötigte, wurde von einer Bestrafung des mutigen Mediziners abgesehen⁷³³.

Auch die drei Zimmer des Frauenreviers reichten bei weitem nicht aus, die vielen Kranken aufzunehmen. Am häufigsten suchten Häftlinge das Revier auf, um sich gegen Krätze, Eiterbeulen und Verletzungen helfen zu lassen. Als Verbandszeug stand den Pflegerinnen und Ärztinnen aber nur Toilettenpapier zur Verfügung⁷³⁴. Die kranken Häftlinge wurden aber oftmals auch ganz ohne jede Behandlung wieder fortgeschickt. Wie im Lager Karlshagen I sollen auch in Barth arbeitsunfähige Häftlinge durch Gifteinjektionen ermordet worden sein⁷³⁵.

Die SS zeigte den kranken Häftlingen gegenüber ihren menschenverachtenden Zynismus. Nachdem sie zunächst die Gefangenen in Arbeits- und Lebensbedingungen gepresst hatte, die die Häftlinge unweigerlich krank werden ließen, verweigerten sie nun den Erkrankten die medizinische Hilfe und verdienten sogar am Schwarzmarktverkauf von unterschlagener Pharmazeutika in Barth⁷³⁶. Stellte sich dann erwartungsgemäß bei den Kranken keine gesundheitliche Besserung ein, so war aus Sicht der SS die „Selektion“ der Schwerkranken die logische Konsequenz. Regelmäßig kamen SS-Ärzte in die Baracken, „suchten die Kranken, Erschöpften und älteren Frauen heraus und schrieben sich deren Nummern auf. Am zweiten oder

dritten Tag danach wurden diese Häftlinge unter schwerer Bewachung in schwarzen geschlossenen Kraftwagen weggefahren. Dann brachte man ihre Kleidung in das Bad, um sie anderen Häftlinge zu geben“, berichtet eine ehemalige Gefangene⁷³⁷. Im Austausch gegen diese physisch zerstörten Häftlinge, wurden im Stammlager Transporte arbeitsfähiger Gefangener zusammengestellt⁷³⁸.

Transporte arbeitsunfähiger Frauen vom Außenlager Boizenburg ins Stammlager in Hamburg-Neuengamme sind nicht überliefert. Der Bericht über die Geburt einer Jüdin im Boizenburger Krankenrevier erscheint aber bezeichnend für den Rassenhass im „Dritten Reich“, der zum Holocaust führte. Eine Zeitzeugin berichtet: „Meine beste Freundin, die schwanger war, als sie ankam, war so dünn, daß sie es ein paar Monate lang verbergen konnte und da sie später eine sehr gute Arbeiterin war, wollten sie sie ausnutzen bis zum letzten Monat. Die primitive ‘Aufseherin’ war nicht in der Lage, es zu [...] berechnen, wie lange wir in Auschwitz waren, und als meine Freundin plötzlich Wehen bekam, konnten sie sie nicht mehr ins Vernichtungslager schicken. Sie wurde ins Revier gebracht und als die Geburt begann, wurde sie auf eine schmutzige Strohmattatze gelegt. Wir alle gaben ihr unsere schmutzigen Handtücher, um ihr beizustehen. Sie brachte ein hübsches Mädchen zur Welt, das in ein Handtuch gewickelt und zur Elbe gebracht und in den Fluß geworfen wurde. Meiner Freundin wurde gesagt, daß das Baby in ein anderes Lager gebracht worden war.“ Zwei Tage später wurde die Jüdin wieder zur Arbeit geschickt⁷³⁹.

Eine erst 14-jährige Jüdin wurde mit einer Lungenentzündung auf ein Krankenzimmer gebracht. Das Mädchen, das bis zu seiner Erkrankung auch in der Fabrik hatte arbeiten müssen, erhielt keinerlei Heilmittel. Sie überlebte, sah aber eine andere an Diphtherie erkrankte Kameradin im Revier einen grausamen Tod sterben⁷⁴⁰.

In Neustadt-Glewe siechten die Kranken, die nicht mehr in der Flugzeugfabrik arbeiten konnten, im Revier. Eine bereits zitierte Überlebende schreibt: „Wir stellten bald fest, daß wir hierher gesandt worden waren, um an ‘natürlichen’ Ursachen zu sterben an Krankheiten, Unterernährung und durch das Übergreifen von Millionen Läusen [...]. Im Rückblick bin ich froh, daß wir, unseres ‘Seelenfriedens’ willen, zumindest in unserem Block nichts von der Existenz eines SDG wußten, der regelmäßig von Ravensbrück geschickt wurde, um die unglücklichen, ausgewählten Opfer und Kranke zur Vernichtung zu holen. Der SDG (Sanitätsdienstgrad) war ein SS-Mann, der geschult war als ein Desinfizierer und Krankenpfleger.“ Bitter fährt der Bericht fort: „In oben genannter Mission erfüllte der SDG seine Funktion als Desinfizierer, das heißt als Vernichter von ‘Ungeziefer’, denn in der Nazi-Ideologie waren Juden als Ungeziefer angesehen, unter einigen anderen Untermenschen-Kategorien.“⁷⁴¹

Die Unterkünfte

Nur wenige Fremdarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern hatten die Möglichkeit, sich eine Privatunterkunft zu suchen. Den meisten ausländischen Arbeitern wurde ein Leben in karg eingerichteten und häufig überbelegten Gemeinschaftsunterkünften zugemutet. In einer schon angeführten NS-Propagandaschrift heißt es dazu: „In diesen großen Gemeinschaftslagern werden nach Möglichkeit die Angehörigen der einzelnen Nationen für sich geschlossen untergebracht. Eine solche Gemeinschaft unter Landsleuten gibt ein Stück Heimat, was bei verzettelter Einzelunterkunft nicht möglich ist. In diesen Unterkünften können nationale Eigenheiten, kulturelle Gewohnheiten und Besonderheiten des gewohnten Lebens gepflegt werden. Einer möglichst anheimelnden Ausgestaltung der Wohnlager dient daher die ständige Sor-

ge.⁷⁴² Entgegen dieser Behauptung war der Lageralltag für die unfreiwillig und zum Teil unter Bewachung stehenden Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen neben der Zwangsarbeit eine Quelle von Sorgen.

Die Zahl dieser Sammelunterkünfte von ausländische Zivilarbeitern in Mecklenburg und Vorpommern ist kaum zu überblicken. Weil während des Krieges immer mehr ausländische Arbeiter die Arbeitsplätze der eingezogenen Deutschen einzunehmen hatten, mussten für die Fremden Massenquartiere aus dem Boden gestampft oder vorhandene Räumlichkeiten in Beschlag genommen werden. Unter diesen Quartieren sind größere Barackenlager, aber auch kleine Gaststätten oder Scheunen zu verstehen. In einem Rundschreiben an die Rüstungsbetriebe wurden die Unternehmer zwar darauf hingewiesen, dass die Nutzung provisorischer Unterkünfte sie nicht von der Verpflichtung zum Bau von Barackenlagern befreien würde⁷⁴³. Tatsächlich blieben aber noch bis zum Ende des Krieges die provisorischen Massenquartiere in Benutzung.

Größere Betriebe konnten die Genehmigung zur Führung eines eigenen Lagers erhalten. Daneben existierten Gemeinschaftslager, in denen Fremdarbeiter verschiedener Einsatzträger untergebracht waren. Die Lagerverwaltungen wurden durch die „Lagerführer-Nachrichten“ der Deutschen Arbeitsfront Gauverwaltung Mecklenburg über die sich häufig ändernden Verordnungen unterrichtet. Die grundsätzlich getrennt nach Nationalitäten im Lager untergebrachten Zwangsarbeiter sollten von Lagerverbindungs-männern, Heim- und Stubenältesten ihrer Volksgruppe geführt werden. Diese „ausländischen Unterführer“ waren für die Ordnung und Sauberkeit in den Unterkünften verantwortlich. Die Volksgruppen konnten „dem Volkscharakter entsprechend eine mehr soldatische oder eine mehr patriarchalische Führungsform für ihre Untergliederungen wählen“⁷⁴⁴, teilten die „Lagerführer-Nachrichten“ mit. In der Praxis bedeutete dies, dass besonders russische Zivilarbeiter ihrem angeblichen „Volkscharakter“ gemäß strengen Regeln unterworfen waren.

Die meisten und größten Lager in Mecklenburg und Vorpommern befanden sich in den Zentren der Rüstungsindustrie und hier entweder in Werksnähe oder an der Peripherie der Städte. In Rostock entstanden mehr als 20 Ausländerlager, darunter ein Lager mit 30 Mannschaftsbaracken in Biestow, ein „Ostarbeiterlager“ der Heinkel-Werke mit 20 Baracken in Evershagen und ein Lager für 500 Arbeiter in Dierkow. Auf dem so genannten Aufmarschgelände I und II waren Italiener, in Lagern in Dalwitzhof, Braesigweg und Warnemünde Franzosen und Italiener einquartiert. Ein großes Kriegsgefangenenlager für Angehörige der sowjetischen Streitkräfte lag in Markgrafenheide, ein weiteres nahe der Neptunwerft. Auch im Rostocker „Sportpalast“ hatten ausländische Heinkel-Arbeiter Quartier bezogen⁷⁴⁵. 1945 waren hier auch sowjetische Arbeiterinnen des zerstörten Wismarer Betriebs der Dornier-Werke untergebracht⁷⁴⁶. Ein Rostocker erinnert sich an das Barackenlager auf der alten Rennbahn am Barnstorfer Wald. Sein Vater, ein Techniker in der Arbeitsvorbereitung der Heinkel-Werke, habe den dort untergebrachten Ukrainern, Polen und Italienern oft „einen Happen zugesteckt“⁷⁴⁷. In Brinkmannsdorf befand sich ein weiteres Fremdarbeiterlager. In dem 1942/43 errichteten Komplex lebten 600 sowjetische und polnische Frauen und Männer, die größtenteils für die Heinkel-Werke arbeiteten⁷⁴⁸. Über ein Heinkel-Lager in der Thierfelder Straße ist bislang noch wenig bekannt. Auf einem Areal von fast 40.000 m² befand sich ein Barackenlager, das dem Unternehmen 1942 zur Benutzung überlassen worden war⁷⁴⁹. Die Insassen, wahrscheinlich Zivilisten, waren Weißrussen und Ukrainer⁷⁵⁰. Nach dem Bericht des Heinkel-Treuhänders Roßmann gab es in Marienehe zudem ein so genanntes Rumänenlager⁷⁵¹.

Ein deutscher Heinkel-Arbeiter schreibt in seinen Erinnerungen über ein Kriegsgefangenenlager, in dem sowohl polnische als auch französische Gefangene interniert waren. Da er im Lager Reparaturarbeiten zu erledigen hatte, stellte man ihm einen gestempelten Torschein aus, der ihm das Betreten des Lagers erlaubte⁷⁵². Ein anderer Rostocker, der nach einer Kriegsverletzung 1944 ein Studium an der Universität aufgenommen hatte, nahm Kontakt zu sowjetischen Zwangsarbeitern im Lager Dierkow auf. Er konnte das Lager „ohne Genehmigung betreten“⁷⁵³. Tag für Tag hatten die dort untergebrachten sowjetischen Kriegsgefangenen, den langen Weg zur Arbeit auf der Neptunwerft anzutreten⁷⁵⁴. Die Werft ließ 1941 außerdem direkt auf dem Werksgelände ein Lager für 300 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene errichten. 1942 wurde 100 Meter von der Werft entfernt ein weiteres Gemeinschaftslager fertiggestellt, in dem Polen, Tschechen, Serben und Kroaten einquartiert waren⁷⁵⁵.

Seit 1942 hatten die Einsatzträger die Baracken zentral beim Bevollmächtigten für den Holzbau anzufordern. Die Unterbringung männlicher ausländischer Arbeiter erfolgte in RAD-Baracken, also Holzbauten, die ursprünglich für den Reichsarbeitsdienst gedacht waren, während für Frauen ein anderer Barackentyp vorgesehen war. In Bezug auf die Ausstattung der Unterkünfte wurde zwischen west- und osteuropäischen Zivilarbeitskräften und russischen Kriegsgefangenen sowie Frauen unterschieden⁷⁵⁶. Fremdarbeiterinnen sollten sich zu zwölf eine Stube teilen. Als Schlafstelle waren sechs Mannschaftsdoppelbetten vorgesehen. Zur Bettwäsche gehörten ein Strohsack, ein Kopfpolstersack, anderthalb Bettlaken, zwei Decken und zwei Handtücher. In jeder Stube stand ein Tisch und zwölf Stühle⁷⁵⁷. Eine Russin, die sich mit 23 anderen „Ostarbeiterinnen“ der Neptunwerft eine Holzbaracke zu teilen hatte, erinnert sich noch an die karge Einrichtung: das Hochbett, ihren Bügel im Gemeinschaftsschrank und das Regalfach für ihren Teller, die Tasse, die Gabel und den Löffel. Unvergessen bleibt auch, dass die Frauen ihr mit Stacheldraht umgebenes Lager ein Jahr lang nur zur Arbeit verlassen durften⁷⁵⁸.

Bis 1942 galt nämlich die Vorschrift: „Die Ostarbeiter haben sich grundsätzlich in ihren Unterkünften aufzuhalten, wenn sie nicht arbeiten. Die Unterkünfte müssen unter dauernder Bewachung stehen ebenso wie der Ostarbeiter am Arbeitsplatz selbst.“⁷⁵⁹ Diese haftähnlichen Bedingungen wurden von den aus der Sowjetunion verschleppten Männern und Frauen als besonders ungerecht und entwürdigend empfunden. 1942 lockerte man diese Bestimmungen in der Hoffnung, so einen Anreiz zur Leistungsbereitschaft der Zwangsarbeiter schaffen zu können. Für sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene blieb die Lagerunterbringung zwar weiterhin obligatorisch. Auf eine Stacheldrahtbefriedung sollte jedoch nun verzichtet werden. „Der ständige Aufenthalt im Lager ist schon wegen des Mangels an finanziellen Mitteln [...] eine Notwendigkeit“, heißt es in einem internen Vermerk der Wehrmacht. „Die Lagerunterbringung darf die freiwillig kommenden Zivilrussen nicht völlig Gefangenen gleichstellen.“⁷⁶⁰

Eine Lagerunterbringung war auch für die in Peenemünde eingesetzten Zwangsarbeiter vorgeschrieben. Auf Usedom entstanden riesige Barackenlager für Bauarbeiter und die in den Werken Peenemünde-West und –Ost tätigen Arbeiter. Mit der Werkbahn wurden täglich tausende deutscher Arbeiter, Wehrmattsangehörige, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene von den Massenquartieren zu ihren Einsatzorten transportiert.⁷⁶¹ Für 1940 ist neben großen Lagern in Karlshagen und dem Lager Luft für die Luftwaffenerprobungsstelle auch die Existenz eines Lagers mit 500 polnischen Arbeitskräften belegt⁷⁶². Im Lager Trassenheide, dem wohl größten Barackenlager auf der Insel, waren 1943 viele osteuropäische Arbeiter in Baracken eingepfercht. Unter den 732 oder 735 Todesopfer, die der Luftangriff in der Nacht vom

17. auf den 18. August 1943 forderte, befanden sich 500 bis 600 Insassen dieses Lagers⁷⁶³. Möglicherweise auf Grund eines Navigationsfehlers des Masterbombers warfen die britischen Bomber der Typen Lancaster und Halifax Spreng- und Zeitzünderbomben sowie Phosphorkanister nicht auf das Zentrum der Versuchsanlagen, sondern auf das drei Kilometer entfernte Lager⁷⁶⁴.

Zwei polnische Zivilarbeiter, die über Mitglieder der „Polnischen Heimatarmee“ Skizzen und Berichte aus dem Lager herausgeschmuggelt hatten, waren über das Unternehmen „Crossbow“, so der Tarnname des Schlags gegen die deutschen Geheimwaffen, informiert und hatten die Anweisung bekommen, Peenemünde in dieser Nacht zu verlassen. Der Versuch, auch die anderen Zwangsarbeiter zu warnen, hätte den Argwohn der Wachposten erregen können. Aber auch den beiden polnischen Widerstandskämpfern war eine Flucht aus dem Lager nicht möglich, das mit Stacheldraht umzäunt und von bewaffneten Wachmännern und Dobermannpinschern umstellt war⁷⁶⁵.

Während des Angriffs waren die Fenster und Türen der Holzbaracken wie jede Nacht verschlossen. Erst als Alarm gegeben wurde, öffnete man einige wenige Türen, so dass die Fremdarbeiter sich in Splitterschutzgräben werfen konnten. Die meisten Lagerinsassen blieben noch in den Baracken eingesperrt, als bereits die ersten Bomben im Lager explodierten. Offenbar waren sich die Wachleute unsicher, ob sie die Ausländer aus den zum Teil schon brennenden Holzhäusern herauslassen durften. Ein polnischer Überlebender schreibt, dass 13 von 16 polnischen Zwangsarbeitern in seiner Baracke starben. Zwangsarbeiter, die aus ihrer Baracke hatten entkommen können, eilten zu den Zäunen, um sich unter diesen einen Fluchtweg zu graben. Als andere Flüchtende über den Zaun zu klettern versuchten, schlug dort eine Reihe von Bomben ein⁷⁶⁶. Brandbomben verwandelten ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene in lebende Fackeln⁷⁶⁷. Zwar wurden nun auch die Tore des Maschenzauns geöffnet. Doch für die meisten Ausländer waren die Lagertore zu weit entfernt⁷⁶⁸.

Es wird aber auch berichtet, dass deutsche Wachleute flüchtende Zwangsarbeiter mit Maschinengewehrsalven töteten oder Hunde auf sie hetzten. Während der Verwirrung entkam nicht einer der ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge⁷⁶⁹. Dem Bericht eines holländischen Häftlings zufolge soll „im Chaos dieser Nacht eine Gruppe krimineller Häftlinge den Lagerältesten, einen Politischen, kaltblütig umgebracht“ haben⁷⁷⁰.

Nach dem die Leichen geborgen waren, wurden die Toten auf Lastwagen gestapelt und, wie sich ein Raketenforscher erinnert, „verfrachtet wie Mehlsäcke“⁷⁷¹. Am 21. August sollen die sterblichen Überreste in einem Massengrab neben dem alten Dorffriedhof von Trassenheide und Karlshagen beigesetzt worden sein⁷⁷².

Am 18. Juli 1944 wurde Peenemünde und Karlshagen erneut von alliierten Bombern angegriffen. 2.000 Menschen fanden den Tod⁷⁷³. Bekannt ist nicht, wie viel Zwangsarbeiter unter den Toten waren. Ihr Leben zählte für die NS-Machthaber, die noch immer auf die „Wunderwaffe“ hofften, nicht viel.

Durch die beiden Luftangriffe starben tragischerweise so viele zur Zwangsarbeit verschleppte Menschen, weil das Angriffsziel für die von den Raketen bedrohten Alliierten von so außergewöhnlicher militärischer Bedeutung war. Die Errichtung von Fremdarbeiterlagern in der unmittelbaren Nähe oder auf dem Werksgelände von Rüstungsfabriken war jedoch keine Seltenheit, sondern die Regel. Daher waren die Lagerbewohner nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in ihren Quartieren von Bombenangriffen bedroht⁷⁷⁴. So wurden im August 1944 bei einem Luftangriff auf die Arado-Werke in Anklam neben Werkhallen auch neun Unterkunftsbaracken für 750 Arbeiter zerstört⁷⁷⁵. Angaben über Opfer liegen in diesem Fall nicht vor.

Mehrmals bombardiert wurden die Unterkünfte von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Wismar, so im August 1944 eine Baracke der in der Triebwagen- und Waggonfabrik eingesetzten Kriegsgefangenen⁷⁷⁶. Im September 1942 waren bereits das Lehrlingsheim und die Kriegsgefangenenbaracke der Dornier-Werke bombardiert worden. Bei einem weiteren Bombenabwurf auf eine Ausländerunterkunft dieses Betriebs entstand für 98 ausländische Arbeiter ein Sachschaden von über 6.000 Reichsmark⁷⁷⁷, der den Betroffenen aus der Reichskasse zu ersetzen war.

Außer in diesen Massenunterkünften sollen im Flugzeugwerk beschäftigte Zwangsarbeiter auch im Wismarer Gasthof „Wendenkrug“ untergebracht gewesen sein⁷⁷⁸. Neben dem Kriegsgefangenenlager in Dargetzow waren die in den Wismarer Metallbetrieben arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte auch im Saal der Gaststätte „Wallhalle“ einquartiert, wo man ihnen nur wenig Freiheit ließ. Gegen Ende des Krieges wurden die ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen auf den umliegenden Dörfer verteilt, um dort in der Landwirtschaft zu arbeiten. Ein ehemaliger Arbeiter der Triebwagen- und Waggonfabrik vermutet, die Werksleitung habe die Fremdarbeiter an die Bauern und Gutsbesitzer abgegeben, weil sie „Gewalttätigkeiten dieser Gefangenen wegen ihrer schlechten Behandlung [...] befürchteten“⁷⁷⁹. Ein Grund für den Verzicht auf den Einsatz der ausländischen Arbeiter dürften aber sicher auch Bombenschäden und Materialmangel gewesen sein.

In Stralsund war zunächst ein Teil der ausländischen Zivilarbeiter in Privatquartieren untergebracht. Die Stadtverwaltung drängte jedoch darauf, die Fremdarbeiter in Lagern zu konzentrieren. Auf einer so genannten Kommunalpolitischen Besprechung betonte der Oberbürgermeister „die Notwendigkeit restloser Unterbringung der Ausländer in Lagern“. Die Lagerunterbringung sei aus sicherheitspolizeilichen Gründen zweckmäßig und notwendig. Das Interesse der Unternehmer an der Unterbringung der Zwangsarbeiter in der Nähe der Betriebe wollte der Verwaltungschef nicht gelten lassen. Die umzuquartierenden Polen und Ukrainer müssten eben „eher aufstehen, um rechtzeitig am Arbeitsplatz zu sein“. Der Vertreter der Deutschen Arbeitsfront pflichtete dem Oberbürgermeister bei und empfahl, „die Ausländer im Sammeltransport zur Innenstadt zu bringen, von wo sie dann von einem bestimmten Platz aus von den Unternehmern in der Stadt abgeholt werden.“ Von Unternehmerseite wurden die Vorschläge zur Lagerunterbringung begrüßt. So könnten „in Fällen dringenden Arbeitseinsatzes die kasernierten Ausländer auch außerhalb der Arbeitszeit herangeholt werden, was bisher bei der Verteilung über verschiedene Quartiere nicht möglich war“⁷⁸⁰.

Anfang 1940 hatte es in Stralsund nur zwei größere Unterkünfte für ausländische Arbeitskräfte gegeben, nämlich die Herberge zur Heimat mit 80 Schlafplätzen und die Baukantine des Marinelazaretts in der Prohnerstraße⁷⁸¹. Im Lager Prohnerstraße befanden sich auch Unterkünfte für polnische Kriegsgefangene, die auf der Krögerwerft arbeiteten. Die Werft errichtete darüber hinaus ein Lager am Boddenufer⁷⁸². Als Schlafplatz eines Franzosen, der für die Schlosserei Holdack arbeiten musste, trug das Stralsunder Arbeitsamt auf einer Karteikarte „Lager Ost“ ein⁷⁸³. Andere Zwangsarbeiter brachte man in Baracken auf dem Dänholm, im Voigdehäger Weg und im Kurhaus Devin unter⁷⁸⁴. Auch der ehemalige Missionssaal der Adventisten in der Bleistraße wurde Ende 1940 als Gemeinschaftslager für 50 Polen hergerichtet⁷⁸⁵.

Die in Ribnitz für die Bachmann-Werke eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter hatte man in einem so genannten Gemeinschaftslager konzentriert. Innerhalb des Lagers separiert lebten „Ostarbeiter“ und französische Kriegsgefangene. Die weiblichen Arbeitskräfte aus der Sowjetunion waren von ihnen getrennt untergebracht. 1942 wohnten einige polnische Zivilarbeiter auch in Räumlichkeiten der Gaststätte „Stadt

Lübeck“⁷⁸⁶. In der Ribnitzer Werftstraße befanden sich zudem „Heinkel-Baracken“⁷⁸⁷. In Pütnitz hatten die Heinkel-Werke für ihre dortige Teilfertigung ein bewachtes Barackenlager, das von sowjetischen Zwangsarbeitern oder Kriegsgefangenen bewohnt wurde⁷⁸⁸.

In der Kleinstadt Barth fehlte es an Unterbringungsmöglichkeiten für die stark ansteigende Zahl von Fremdarbeitern. Sowohl die Bachmann-Werke als auch die Pommersche Eisengießerei wandten sich daher an die Luftwaffenbauamt, um wehrmachtseigene Baracken in der Nähe des Fliegerhorstes zur Unterbringung der Kriegsgefangenen nutzen zu dürfen⁷⁸⁹. Die polnischen Zivilarbeiter der Pommerschen Eisengießerei wohnten in Baracken des Gemeinschaftslagers Barth-Süd nahe des Ortsausgangs. Als Adresse lettischer Arbeiter wird eine Baracke in der Chausseestraße angegeben⁷⁹⁰. Für einige französische Zivilarbeiter hatte man ein Quartier im Hölzern Kreuzweg gefunden⁷⁹¹. Die russischen Kriegsgefangenen standen unter Bewachung. Als „Hilfswachleute“ wurden deutsche Arbeiter und Meister verpflichtet⁷⁹². Nach dem Geschäftsbericht der Pommerschen Industrierwerke war mehr als drei Viertel der Belegschaft in Arbeitslagern untergebracht. Deutsche und „volksdeutsche“ Belegschaftsangehörige wohnten im Lager Barth-Stein, während den ausländischen Zivilarbeitskräften und Kriegsgefangenen das Lager Barth-Holz als Massenquartier zugewiesen worden war. Das Unternehmen behauptete, es habe „mit allen Mitteln versucht, der Gefolgschaft das Leben in den Wohnlagern so angenehm wie möglich zu gestalten [...]“⁷⁹³. Darunter verstand das Unternehmen unter anderem das „Angebot“ eines Lagerrundfunks⁷⁹⁴, durch den die ausländischen Arbeiter im Sinne des Reichspropagandaministeriums gezielt (des)informiert und manipuliert werden sollten.

Auch in Waren herrschte zunächst ein Mangel an Unterkünften. Für die Kriegsgefangenen musste ein Barackenlager in der Vielister Feldmark errichtet werden⁷⁹⁵. Die französischen Kriegsgefangenen wurden in einer ehemaligen Seifenfabrik am Weg nach Schwenzin untergebracht. Sie wurden auch zum Bau von Lagerbaracken für weitere nach Waren transportierte Zwangsarbeiter eingesetzt. Die Bewachung der Kriegsgefangenen im Lager nahmen Wehrmachtsangehörige vor⁷⁹⁶. Die holländischen Arbeiter der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik erhielten eine Sammelunterkunft im Lager Eldenholz, dass bis dahin von sowjetischen Zivilarbeitern bewohnt worden war. Als Schlaf- und Wohngebäude dienten Baracken, die aus drei Kammern bestanden. Der Niederländer Martin Holman schreibt: „In jeder Kammer standen vier Holztische und einige Bänke und Hocker. Durch zwei Fenster fällt ein trübes Licht in dieses trostlose Innere.“ Die Kammern waren mit jeweils 30 Männern belegt. Mehrmals wurden die holländischen Zivilarbeiter umquartiert. So wurden sie in die Baracken der französischen und belgischen Fremdarbeiter verlegt, die sich in der Richthofenstraße befanden. Nach drei Wochen mussten die Niederländer in das „Russenslager“ umziehen. Doch die Unterkünfte wurden bald zu eng, weil weitere „Ostarbeiter“ hier einquartiert wurden. Daher hatten die Holländer Baracken zu bauen, die sie selbst im Herbst 1944 beziehen konnten. Diese Baracken waren in Kammern für 20 Personen unterteilt. Von Zeit zu Zeit seien die Unterkünfte von einem „Oberlagerführer“ inspiziert worden. Wenn er etwas zu bemängeln hatte, habe er so geschimpft, „wie es sich für einen echten deutschen Muffel gehört“⁷⁹⁷, beschreibt der Niederländer seine Gefühle.

Auch in Torgelow wurden die in den Gießereien arbeitenden Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen in verschiedenen Lagern untergebracht. Ein Lager für belgische Kriegsgefangene unterstand der Wehrmacht und wurde von einem Unteroffizier oder Gefreiten geleitet. Für die Lagerverpflegung hatten die Gießereibesitzer zu sorgen. Diese trugen auch die Kosten für Baumaßnahmen innerhalb des Lagers. Später sind

die Gefangenen von einem so genannten Gemeinnützigen Verein in Verpflegung genommen worden und bezogen eine neue Baracke⁷⁹⁸. Ein Teil der Kriegsgefangenen wurde auch in Fabrikräumen untergebracht. Der Gießereibesitzer Paul Sauer legte in seiner Aussage im Enteignungsverfahren großen Wert darauf, nicht Lagerleiter gewesen zu sein⁷⁹⁹. Die Gießerei Freundel unterhielt ein eigenes Lager, das aber bald überfüllt war. Der Betriebsleiter der Gießerei Freundel & Zaeske, Walter Kintzel, behauptete, die Verhältnisse in diesem Lager seien besser gewesen als im Torgelower Gemeinschaftslager „Karpfenteich“⁸⁰⁰. Diese Behauptung wie auch die Aussage Sauers müssen allerdings kritisch hinterfragt werden.

Etwa 1.000 bis 1.500 Russen lebten von Wehrmachtssoldaten bewacht im Torgelower Lager „Schwarze Erde“⁸⁰¹.

In Parchim hatte man zur Unterbringung der französischen Kriegsgefangenen ein Lagergebäude der Großhandlung Gimmel & Kuhblank am Dammer Weg freigegeben. Von dort holten die Parchimer Unternehmer jeden Morgen die ihnen zugewiesenen Arbeitskräfte und begleitete diese abends wieder zum Lager zurück⁸⁰². Auf eine Bewachung der Franzosen wurde weitgehend verzichtet. Deswegen nannten die Parchimer sie „Salon-Kriegsgefangene“⁸⁰³. Die polnischen Arbeitskräfte, deren Unterkunft sich in der Gaststätte von Betty Kaiser vor dem Neuen Tor befand, sollen strenger bewacht worden sein.

1942 wurde in Parchim eines der wichtigsten Zwangsarbeiterlager Mecklenburgs für zunächst 1.000 Personen errichtet⁸⁰⁴. Von diesem Durchgangslager wurden die Arbeitskräfte unter Beteiligung des Arbeitsamts auf die Einsatzträger verteilt. Nach Schätzungen schleuste man zwischen 40.000 und 50.000 Zwangsarbeiter, hauptsächlich aus der Sowjetunion durch dieses Lager. Neben diesem Durchgangslager in Parchim-Brahmsfeld gab es in der Stadt auch ein so genanntes Ostarbeiterlager mit 1.000 Insassen. 480 Deportierte, darunter Frauen und Kinder, sollen in diesem Lager umgekommen und auf dem Friedhof am Dammer Weg begraben worden sein⁸⁰⁵. Besser ergangen ist es dem Bericht eines Parchimer zufolge den sowjetischen Zivilarbeitern der Konservenfabrik, die in Arbeitsdienstbaracken auf dem Werksgelände wohnten und besser gepflegt wurden⁸⁰⁶.

In Schwerin wurde ein Lager für 60 sowjetische Zivilarbeiter in der Gaststätte „Püserkrug“ an der Hagenower Straße eingerichtet. Als Lagerführer fungierte ein pensionierter Polizeiwachtmeister⁸⁰⁷. Auch die Firmen Klingebiel und Kurtz nutzten diese Unterkunft für die in ihren Betrieben eingesetzten russischen Zwangsarbeiter⁸⁰⁸. Lettische „Ostlandfreiwillige“, die auf dem Fliegerhorst Schwerin-Görries arbeiteten, bekamen 1943 Quartiere in einer Mannschaftsbaracke zugewiesen. Anfang August 1944 wurde diese Baracke und Unterkünfte der Dornier-Werke bei einem Luftangriff zerstört bzw. beschädigt⁸⁰⁹.

Lager für Kriegsgefangene, die auf der Boizenburger Werft arbeiteten, befanden sich auf dem Elberg, in der Hamburger und Galliner Straße⁸¹⁰. Als Adresse einer ukrainischen Arbeiterin wird „Lager Waldfrieden“ genannt⁸¹¹. Ein ehemaliger dienstverpflichteter Holländer erinnert sich, dass im Gemeinschaftslager Elberg in Boizenburg-Vier Belgier, Franzosen und Niederländer, dann auch Polen, Russen und Letten einquartiert waren. Im Sommer 1944 hatten sie das Lager räumen müssen, das dann als Außenlager des KZ Neuengamme genutzt wurde. Während die Holländer nun im Saal des „Café Winner“ untergebracht wurden, erhielten die anderen ausländischen Arbeiter ein Quartier im Saal des „Mecklenburger Hof“⁸¹². Neben diesen Sammelunterkünften gab es in Boizenburg auch Privatquartiere, in denen die auf der Werft arbeitenden Ausländer wohnlicher untergebracht waren und freier leben konnten. Zu diesen ausländischen Arbeitskräften gehörten ein Schlosser aus

dem niederländischen Heerlen, eine Venezolanerin und ein Schwede, die alle für die Firma Thomsen & Co. tätig waren⁸¹³.

Als Zwangsarbeiterunterkünfte standen in Güstrow neben den Lagern der Van Tongelschen Stahlwerke und der Heinkel-Werke ein so genanntes Gemeinschaftslager für ausländische Zivilarbeiter⁸¹⁴ und das Landesfürsorge- und Landarbeitshaus zur Verfügung. In das Landesfürsorgehaus wurden ausländische Arbeiter eingewiesen, die gegen die für sie geltenden Sondergesetze verstoßen hatten. Im Mai 1942 meldete der Direktor der Strafanstalt und Pflegeeinrichtung dem Schweriner Staatsministerium: „Inzwischen hat hier ein solcher Zustrom von Schutzhäftlingen (besonders Russen) eingesetzt, dass ich bereits genötigt bin, 30 Häftlinge nach Strelitz zu verlegen, da hier bereits alles überfüllt ist. Mit weiteren erheblichen Zuweisungen ist zu rechnen, so dass auch die Aufnahmefähigkeit der Anstalt Strelitz in Frage gestellt sein kann [...]. Jedenfalls müsse man darauf gefasst sein, „dass bei dem starken Hereinströmen ausländischer Arbeitskräfte Widersetzlichkeiten usw. sich häufen und die polizeiliche Schutzhaft daher in sehr viel mehr Fällen verhängt werden wird als bisher“. Der Güstrower Anstaltsdirektor bat um finanzielle Mittel zur Errichtung weiterer Unterkünfte in Güstrow und schlug zur Entlastung seiner Einrichtung den Bau einer Baracke auf der Domäne Bülow vor. Es würde sich dabei um kriegswichtige Maßnahmen handeln, „denn bei einem Versagen der polizeilichen Maßnahmen kann die Arbeitsdisziplin bei den ausländischen Arbeitern, die in der Landwirtschaft und Rüstungsindustrie eingesetzt werden, nicht aufrechterhalten werden. Es könnte somit eine ernsthafte Störung der Kriegswirtschaft eintreten, wenn die Aufnahmefähigkeit der beiden Landesanstalten versagt.“⁸¹⁵

Offenbar verfehlte dieser Appell die beabsichtigte Wirkung. Denn die Güstrower Einrichtung war bis zum Kriegsende mit ausländischen Häftlingen und Kranken überfüllt. So wurden in der „Polenbaracke“ nach dem Warschauer Aufstand auch nach Deutschland verschleppte Polen inhaftiert⁸¹⁶. Nach der Räumung des so genannten Jugendschuttlagers Uckermark im April 1945 brachte man ebenso eine Gruppe Sloweninnen für 11 Tage im Güstrower „Arbeitslager“ unter⁸¹⁷. Das Gesuch italienische Militärinternierte im Lager aufzunehmen, musste die Direktion des überbelegten Landesfürsorgehauses im Frühjahr 1944 ablehnen⁸¹⁸.

Das größte Lager in Neubrandenburg war das Stammlager II A, das wiederum aus zwei Teillagern bestand. Bewacht wurden die Gefangenen durch deutsche Männer älterer Jahrgänge, denen das Betreten des Lagers und jeder Kontakt zu den Lagerinsassen streng verboten war⁸¹⁹. Die Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg und die Richard-Rinker-Werke brachten die bei ihnen beschäftigten ausländischen Zivilarbeiter in werkseigenen Unterkünften unter. Im Rinker-Lager waren die Angehörigen der verschiedenen Nationen streng voneinander getrennt untergebracht. Die niederländischen Arbeiter teilten sich zu je zwölf Mann einen Raum in den Baracken. Zur Ausstattung der doppelstöckigen Betten gehörten Decken und Bettwäsche. Diese Unterkünfte konnten beheizt werden. Im Sommer hatten die Holländer bis 10 Uhr, im Winter bis 8 Uhr abends wieder in ihren Quartieren sein. Die Baracken wurden nicht bewacht, aber von einem uniformierten deutschen Lagerführer kontrolliert. Den französischen Kriegsgefangenen hatte man ein Quartier in einem doppelstöckigen Festbau auf dem Werksgelände zugewiesen. Die Baracke der sowjetischen Arbeiterinnen durfte von Männern nicht betreten werden. Es unterstand einer deutschen Lagerführerin⁸²⁰. Das Lager der „Ostarbeiterinnen“ befand sich in der Danziger Straße⁸²¹. Eine Ukrainerin schreibt, dass sie mit 15 Frauen aus ihrem Heimatort, mit denen sie in den Rinker-Werken zusammenarbeitete, in einer Baracke wohnte. Gemeinsam seien sie vom Lager unter scharfer Bewachung zur Arbeit gebracht worden⁸²². Ein Ukrainer berichtet, dass sie zur Errichtung von Baracken in der Nähe

der Fabrik herangezogen wurden. In diesen Baracken hätten sie später „gehaust“⁸²³. Abends hätte die deutsche Lagerleitung einem russischen Zivilarbeiter die Verantwortung für die Einhaltung der Lagerordnung übertragen⁸²⁴.

Ein Teil der Fremdarbeiter, die bei den Mechanischen Werkstätten arbeiteten, lebten im Barackenlager „West“ in der Demminer Straße⁸²⁵. Das „Ostarbeiter“-Lager befand sich am Burgholz, nachdem das ein Kilometer vom Werk entfernte Barackenlager in der Ihlenfelder Straße ab 1943 als KZ-Außenlager genutzt wurde⁸²⁶. Zur Versorgung mit Trinkwasser verfügte das Burgholz-Lager über einen eigenen Tiefwasserbrunnen. Das Lager war aber stark überbelegt, so dass die bereits oben geschilderten Infektionskrankheiten kaum zu verhindern waren. Auf die Bereitstellung weiterer Baracken musste die Lagerleitung lange warten⁸²⁷. Ein ehemaliger Arbeiter der Mechanischen Werkstätten erinnert sich, dass die Kriegsgefangenen auch in der Gaststätte „Tivoli“ in der Beguinenstraße einquartiert waren⁸²⁸.

Noch weniger als bei den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen nahmen die Einsatzträger Rücksicht auf die menschenwürdige Unterbringung der Arbeitshäftlinge. Die von der SS bewachten Unterkünfte waren besonders in den letzten Kriegsmonaten mit arbeitsfähigen und kranken Häftlingen überbelegt. In Neubrandenburg waren die weiblichen Häftlinge zunächst in einer Fabrikhalle untergebracht. Auf dem Weg an ihre Arbeitsplätze, zum Essen in der Küche und zum Bereinigen in den Duschräumen der Mechanischen Werkstätten wurden sie von SS-Aufseherinnen begleitet. Der viel zu kleine Schlafraum ließ sich verschließen. Weil ein weitaus höherer Häftlingseinsatz geplant war und der bisherige Aufwand für die Bewachung der SS zu personalintensiv erschien⁸²⁹, verlegte man die Häftlinge in das bisherige Zwangsarbeiterlager und ließ die Gefangenen dieses Barackenlager weiter ausbauen. Nach Fertigstellung des Ausbaus befanden sich im Lager 14 Baracken mit dicht aneinandergereihten dreistöckigen Holzpritschen als Schlafgelegenheit⁸³⁰. Nach der Beschreibung eines schon zitierten slowenischen Häftlings waren die Wohnblöcke viel einfacher als in Ravensbrück, ohne Wasser und sanitäre Einrichtungen, „ohne ‚Dienstzimmer‘, einige nur mit einem großen Schlafraum, andere mit mehreren kleinen Schlafräumen, ohne richtige Ordnung verteilt, jedoch so, dass in der Mitte ein großer Platz blieb – der Appellplatz.“ Der Waschraum, die Latrinen und das Revier befanden sich in besonderen Baracken⁸³¹.

Bis zu 300 Frauen übernachteten in einem Schlafsaal. Auch im Waschraum und an den Latrinen drängten sich die Häftlinge. Sie hatten im Lager keinerlei Intimsphäre. Die französische Gefangene Maurel schreibt: „Die meisten Frauen, die in Einzelhaft gesessen hatten, trauerten dieser Zeit nach. Mit der Masse leben, das verhindert zu denken, zu träumen, ja man selber zu sein.“⁸³² Im Frühjahr 1945 waren die Lagerbaracken so überbelegt, dass bis zu fünf Frauen auf einem Strohsack schlafen mussten⁸³³. Wenn sich keine Toiletten in der Nähe befanden, verrichteten die Frauen ihre Notdurft sogar auf dem Boden der Schlafräume⁸³⁴.

Das Männerlager befand sich zunächst in der beheizten Werkhalle⁸³⁵. Die Gefangenen schliefen hier in Einzeletagenbetten. Von dieser Halle gelangte man direkt in die Produktionshalle⁸³⁶. Während die eine Hälfte der männlichen Gefangenen arbeitet, schlief die andere Hälfte, etwa 150 Mann, in den Betten und umgekehrt⁸³⁷. Die Gefangenen durften während der Dauer ihrer Haft die Halle nur verlassen, wenn zum Beispiel ein Transport mit Rohmaterial kam, das von den Häftlingen abzuladen war⁸³⁸. Männliche SS-Angehörige bewachten die Gefangenen⁸³⁹. Später wurde ein Teil der männlichen Häftlinge auch in Holzbaracken untergebracht. Nach der Aussage eines ehemaligen Häftlings waren die Barackendächer undicht: „Schnee fiel auf unsere Betten. [...] In den Unterkünften befanden sich Etagenbetten mit Papiersä-

cken, die mit Papierspänen gefüllt waren. Die Häftlinge bedeckten sich mit einer dünnen Decke [...].⁸⁴⁰

Im Juli 1944 bezog ein Teil der weiblichen Häftlinge das von ihnen errichtete Waldbaulager. Die Unterkünfte waren nicht weniger primitiv als im Lager an der Ihlenfelder Straße. Die Frauen wohnten in dem Ausweichlager in hölzernen Baracken. Die Küche und die Waschräume befanden sich in einem aus Stein gebauten Gebäude. Als WC diente zunächst eine Grube in der Erde. Im Oktober 1944 wurden auch Toiletten gebaut, die aber nachts verschlossen blieben. Im Herbst regnete es in die spärlich geheizten Unterkünfte hinein.

Des öfteren kam es vor, dass die SS diese Unterkünfte kontrollierte, um zum Beispiel nach aus der Fabrik mitgenommenen Metallstücken zu suchen. Die Häftlinge hatten in solchen Fällen vor der Baracke anzutreten.kehrten sie nach der Durchsuchung in die Unterkunft zurück, so „war der Schlafraum vom Stroh bedeckt, das aus den durchsuchten Säcken herausgerissen worden war. Wir mußten alles wieder in Ordnung bringen und versuchen, trotz allem zu schlafen“, erinnert sich Lucienne Saboulard⁸⁴¹. An eine Erholung von der schweren Arbeit war unter solchen Lagerbedingungen nicht zu denken.

Weniger Details sind über die Unterbringung der Häftlinge der Lager Karlshagen I und II bekannt. Die Häftlinge des Lagers Karlshagen II waren in fünf Baracken untergebracht. Diese Lagerbaracken standen an der Straße bzw. Werkbahnstrecke zwischen Peenemünde-Ost und Peenemünde-West und waren von einem elektrisch geladenen Zaun umgeben⁸⁴². Ein anderer Teil der Häftlinge lebte „in unterirdischen Bunkeranlagen unmittelbar neben den Fabrikationswerkstätten“⁸⁴³. Nach Schätzungen eines Zeitzeugen sollen etwa 1.000 Häftlinge des Versuchsserienwerks in einer unterirdischen Fertigung eingesetzt worden sein und dort auch geschlafen haben⁸⁴⁴. Um die Fertigungshalle 1, in dessen Untergeschoss im Sommer 1943 Häftlinge eingezogen waren, hatte man einen Zaun mit Isolatoren und Drähten errichtet. Als die Halle beim Luftangriff vom 17./ 18. August 1943 von Bomben getroffen wurde, kamen auch einige Häftlinge in ihren Schlafräumen ums Leben⁸⁴⁵.

Das Barackenlager auf dem Boizenburger Elbberg, das für Kriegsgefangene und Fremdarbeiter gebaut worden war, wurde bereits im Frühjahr 1944 auf seine Tauglichkeit zur Häftlingsunterbringung geprüft. Als die jüdischen Häftlinge im Sommer des Jahres in Boizenburg eintrafen, fanden sie ein Lager mit vier Baracken vor, das mit einem elektrischen Doppelzaun gesichert war. Das Wachpersonal bestand aus 20 Männern und Frauen. Von einem Wachturm aus ließ sich das Lager und die Umgebung gut überblicken⁸⁴⁶. Die Baracken waren unterteilt in Stuben für 20 bis 30 Frauen. Bis Januar 1945 war auch eine Heizung in Betrieb⁸⁴⁷. Doch nicht alle Stuben sollen beheizbar gewesen sein⁸⁴⁸. Die infolge der Überbelegung verschmutzten Unterkünfte hatten die Häftlinge selbst zu reinigen⁸⁴⁹.

Für das Außenlager in Neustadt-Glewe mussten Mitte 1944 zehn Baracken an der Ostseite des Fliegerhorstes geräumt werden, die als Mannschaftsunterkünfte gedient hatten. Das Lager wurde von einem 2,50 m hohen elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun umgeben. In zwei Meter Entfernung von diesem Zaun war ein Außenzaun mit Sichtblenden angebracht. Wachtürme mit Maschinengewehren und Scheinwerfern besetzt ließen Fluchtversuche sinnlos erscheinen. Die SS-Baracken befanden sich in der Nähe des Lagertors außerhalb der Umzäunung.

Bereits wenige Wochen nach der Errichtung des Lagers waren alle Räume mit Häftlingen belegt. Als im Januar 1945 dem Neustädter Außenlager erste größere Häftlingstransporte zugewiesen wurden, mussten zuerst die Kinobaracke der Luftwaffe und dann weitere Mannschaftsbaracken in das Lager einbezogen werden. Dieser Teil des Lagers wurde nicht mehr umzäunt. Die Fenster wurden aber mit Stachel-

draht umgittert und die Türen nachts abgeschlossen⁸⁵⁰. Die Baracken bestanden aus einem Flur und mehreren Räumen, die mit bis zu 80 Häftlingen belegt waren. Anfang 1945 waren in jede Baracke fast 400 Frauen eingepfercht. Neuangekommene Häftlinge wurden in einem Schuppen in der Nähe des Bahnhofs untergebracht, bis für sie im Lager Platz geschaffen worden war⁸⁵¹. Nichtarbeitende Jüdinnen befanden sich in anderen Blöcken als „nichtjüdische“ Häftlinge, die in den Dornier-Werken arbeiteten⁸⁵².

„Die Nächte in Neustadt waren gräßlich“, schreibt eine Überlebende. „jeweils zu zweit schliefen wir auf engen, modrigen und klapprigen Pritschen; ein SS-Mann schloß die Baracke ab und drehte das Licht aus. Die Fenster waren dicht mit Vorhängen verdeckt. Es brodelte und dröhnte vom Gezank und Geschrei in dieser überfüllten Hölle. In einem winzigen Gang neben der Tür standen Kübel für die Notdurft. Es waren zu wenige. Morgens war der Boden ringsum mit Kot und Urin besudelt.“⁸⁵³ Viele der im Januar 1945 eintreffenden Häftlinge fanden keine Betten mehr vor, sondern lagerten auf Strohsäcken am Boden⁸⁵⁴. Nach einem anderen Bericht wurden 50 Frauen in wohnzimmergroße Räume gestopft. Nachts lagen die Häftlinge in einer langen Reihe auf dem nackten Fußboden, „alle mit dem Gesicht in die gleiche Richtung. Wenn sich eine umdrehte, wechselte die ganze Reihe instinktiv die Haltung.“ Konflikte unter den so beengt zusammenlebenden Lagerinsassen konnten kaum ausbleiben. Aber die von der SS errichtete Lagerhierarchie war in diesem Lager in den letzten Monaten des Krieges in Auflösung begriffen. Eine Jüdin meint, es „hätte sich natürlich in jedem Zimmer eine Führerin finden müssen, um die unaufhörlichen Streits zu entscheiden, aber keine übernahm die Initiative“⁸⁵⁵. Die Häftlinge verteidigten ihre schmalen Schlafplätze mit aller Kraft, die den Frauen noch geblieben war. Eine junge Ungarin, die keine Schlafstelle hatte, wurde mit „Krallen, Fäusten und Füßen, die in Auschwitzer Holzpantinen steckten, vertrieben“ und musste sich auf dem schmutzigen Gang einen Platz suchen⁸⁵⁶.

Von diesen Zuständen unterschieden sich zumindest graduell die Verhältnisse im Arbeitslager Barth. Die Barther Unterkünfte bestanden aus sechs ehemaligen Luftwaffenkasernen, von denen jeweils drei zum Frauen- bzw. Männerlager gehörten. Auf den ersten Blick sollen die Lagergebäude „einen gepflegten Eindruck“ vermittelt haben. Die Stuben waren geheizt, und auch Bettwäsche wurde gestellt⁸⁵⁷. Ein ehemaliger Barther Häftling schreibt über das Männerlager: „Es waren große steinerne Gebäude mit einem Erdgeschoß und zwei Stockwerken. Es gab fließendes Wasser, saubere Aborte und elektrisches Licht. Alles war aus Stein, Beton und Kacheln. [...] Wenn es weniger Häftlinge und eine Desinfektion gegeben hätte, wäre es das komfortabelste und hygienischste Lager gewesen, das ich je sah.“ Die eigentlich für sechs Soldaten vorgesehenen Stuben waren aber doppelt belegt⁸⁵⁸. Das Männerlager soll im Lauf der Zeit so überfüllt gewesen sein, dass die SS mehrere Betten übereinander aufstellen ließ. Ein ungarischer Häftling sagt, er habe wohl deswegen die Enge des Raums nicht so stark empfunden⁸⁵⁹.

In den Frauenblöcken wurden bis zu 20 Häftlinge in einem Schlafraum untergebracht. Wie in Neubrandenburg teilten sich die zur Tag- bzw. Nachtschicht eingesetzten Häftlinge jeweils ein Bett⁸⁶⁰. Die Lebensbedingungen in den einzelnen Blöcken scheinen sich zum Teil erheblich unterschieden zu haben. Das lag an objektiven Voraussetzungen, aber auch am Verhalten der Stubenältesten und der Häftlinge. Besonders verwahrlost soll der von Jüdinnen bewohnte Boden des Blocks 10 gewesen sein. Die Blockälteste, eine Sinti, besaß offenbar nicht die Autorität, um Streit zwischen Sinti und Jüdinnen zu schlichten. Die aus Auschwitz nach Barth gekommenen jüdischen Häftlinge hielten in ihrer Unterkunft keine Ordnung mehr. Sie verrichteten z.B. auf dem Boden oder auf der Treppe ihre Notdurft. „Diebstähle,

Schlägereien, Mißtrauen von Mensch zu Mensch, Egoismus, Verlust an menschlicher Würde sowie das Fehlen der elementarsten Formen des menschlichen Verhaltens, Lustlosigkeit am Leben waren hier an der Tagesordnung“, schreibt eine in Russland lebende ehemalige Gefangene. Sie glaubt: „Dieses grauenvolle Leben in Auschwitz war schuld daran, daß die Jüdinnen den Glauben an das Leben und sich selbst verloren hatten.“ Es sei aber gelungen, die jüdischen Häftlinge wieder moralisch aufzurichten⁸⁶¹.

Die Freizeit

Die freien Stunden, Sonn- und Urlaubstage, die den Zwangsarbeitern verblieben, nutzten die Ausländer im Rahmen des ihnen Erlaubten und ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten. Auch hinsichtlich der Freizeitgestaltung bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Zwangsarbeitergruppen, also den Zivilarbeitern aus West- und Osteuropa, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen.

Ihre Freizeit hatten auch die ausländischen Zivilarbeiter in der Regel am Einsatzort zu verbringen. Grundsätzlich erwarben aber auch Ausländer nach einer Wartezeit von sechs Monaten Urlaubsansprüche in der gleichen Höhe wie deutsche Arbeiter. Verheiratete Ausländer durften nach einem halben, Ledige nach einem Jahr nach Hause fahren⁸⁶². Nach der Tarifordnung für die Eisen-, Metall- und Elektroindustrie und das metallverarbeitende Handwerk vom Januar 1940 hatten die Betriebe für Ausländer die Kosten der Heimfahrt bis zur Grenze zu tragen, soweit dies in Staatsverträgen der Heimatländer mit dem Deutschen Reich geregelt war⁸⁶³. Neun Monate später wurde die Tarifordnung jedoch zu Ungunsten der ausländischen Metallarbeiter abgeändert⁸⁶⁴. Privilegierte ausländische Arbeiter, vor allem also Nord- und Westeuropäer, konnten aber häufig weiterhin ihre Urlaubsansprüche wahrnehmen und ihre Familienangehörigen besuchen. So erlaubte zum Beispiel die Pommersche Eisengießerei einem in ihrem Stralsunder Werk beschäftigten Franzosen seinen Vater in Berlin für einige Tage zu besuchen⁸⁶⁵. Da jedoch auch viele „Westarbeiter“ von der Familienheimfahrt nicht wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten, sondern sich in ihren Heimatländern versteckt hielten, wurde die Inanspruchnahme des Urlaubs unter erschwerende Bedingungen gestellt. So erhielten die Fremdarbeiter häufig erst Urlaub, wenn ihre Kollegen aus dem Heimaturlaub wieder zurückgekommen waren. Nicht wenige Niederländer ließen sich zum Beispiel während des Heimaturlaubs von Ärzten Arbeitsunfähigkeit attestieren, um zumindest eine Urlaubsverlängerung zu erreichen. Die Arbeitseinsatzbehörden reagierten darauf mit der Anordnung, an die Urlaubswünsche den Maßstab anzulegen, „der dem totalen Kriegseinsatz des deutschen Soldaten und Rüstungsarbeiters entspricht“⁸⁶⁶. Die holländischen Arbeiter der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik mussten vergeblich auf die Erlaubnis zur Familienheimfahrt warten. Nach einem Jahr trösteten sie sich: „Krieg vorbei, dann Urlaub“⁸⁶⁷.

Ab Frühjahr 1943 wurden keine Urlaubssonderzüge mehr nach Italien eingesetzt⁸⁶⁸, um die italienischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft um so besser einsetzen zu können. In der Privatwirtschaft stand rechtlich zwar auch polnischen Zivilarbeitern ein Zwölftel des Jahresurlaubs pro Monat zu⁸⁶⁹. Die Unternehmen genehmigten aber oft keine Familienheimfahrten. Schon 1940 verweigerte die Stralsunder Schutzpolizei die vorgeschriebenen Passierscheine, da „die Polen gar nicht daran denken, wieder auf ihren Arbeitsplatz in Deutschland zurückzukehren“⁸⁷⁰.

Weil die polnischen Zivilarbeiter der Pommerschen Eisengießerei in Barth zum Teil schon über ein Jahr auf die Gewährung von Urlaub warteten, nahmen sich 1941

mehrere Polen ohne Genehmigung Heimaturlaub. Nach Barth zurückgekehrt sagten die polnischen Zivilarbeiter, sie hätten beweisen zu wollen, „dass sie zu ihrer Arbeitsstelle zurückkehrten, auch wenn sie keine Sondergenehmigung vom Arbeitsamt hätten“. Das Unternehmen forderte daraufhin: „Wenn seitens des Arbeitsamtes eine Beurlaubung der Polen nach einem Jahr, so wie ihnen das seinerzeit bei Arbeitsbeginn bei uns zugesagt wurde, nicht vorgenommen werden kann, so müssen andere behördliche Maßnahmen ergriffen werden, dass der selbständigen Beurlaubung ein Riegel vorgeschoben wird.“⁸⁷¹

Die Reaktion der Behörden auf dieses Problem bestand in der Anpassung der Verordnungen an die Praxis der Einsatzträger und Arbeitsämter. Das Mecklenburgische Staatsministerium ordnete an: „Genehmigung zu Fahrten in die Heimat sind grundsätzlich nicht zu erteilen, da die Erfahrung lehrt, daß sie in zahlreichen Fällen durch unwahre Angaben erschlichen und zum unberechtigten Verlassen der Arbeitsstelle ausgenutzt worden sind.“⁸⁷² Nach einer Anordnung des Reichsarbeitsministeriums ruhte nicht nur der Anspruch polnischer Arbeitskräfte auf die Heimfahrten, sondern auf Erholungsurlaub überhaupt⁸⁷³. Ganz vom Urlaub ausgeschlossen blieben die sowjetischen Zwangsarbeiter. In der „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ vom 30. Juni 1942 heißt es: „Urlaub und Familienheimfahrten werden zunächst nicht gewährt.“⁸⁷⁴ Im Frühjahr 1944 wurde diese Verordnung durch eine neue ersetzt, nach der nun auch Urlaub zu gewähren war⁸⁷⁵. Nach einer Beschäftigungsdauer von zwölf Monaten im Deutschen Reich konnten „Ostarbeiter“ in den darauffolgenden zwölf Monaten Urlaub erhalten. Für beurlaubte russische Zwangsarbeiter, die nicht ihre Angehörigen in den besetzten Gebieten besuchen konnten, wurden innerhalb der Lager Urlauberstuben oder –baracken errichtet⁸⁷⁶. Im Sommer 1944 wies der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz die Arbeitsämter an, den in der gewerblichen Wirtschaft eingesetzten sowjetischen Arbeitern während des Urlaubs nach Möglichkeit eine Beschäftigung in der Landwirtschaft zu gestatten⁸⁷⁷. Der zusätzliche Verdienst, vor allem aber die in der Regel wesentlich bessere Verpflegung auf den Bauernhöfen war offenbar vielen russischen Zivilarbeitern wichtiger als ein paar Tage Erholung und Freizeit im Lager.

Nach einer langen Schicht bzw. Arbeitswoche setzte die hohe körperliche Beanspruchung sicherlich dem Genuss der Freizeit Grenzen. Die Körperkräfte mussten sich im Rahmen des Möglichen regenerieren, aber auch die wenigen, durch die Arbeit stark beanspruchten Kleidungsstücke und das Schuhwerk waren zu flicken bzw. reparieren. War die Freizeit so knapp bemessen, so wogen die Freiheiten und Einschränkungen, die die deutschen Behörden zuließen bzw. anordneten um so schwerer.

Relativ viel Freiheiten genossen die italienischen „Gastarbeitnehmer“ bis zum Sommer 1943, die westeuropäischen Zivilarbeiter und nicht-sowjetischen Kriegsgefangenen. So konnten sich die bei der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik beschäftigten Holländer relativ frei im Ort bewegen. Im Bericht von Martin Homan heißt es: „An den freien Sonntagen machten wir große Wanderungen in die Umgebung oder machten eine Bootsfahrt über die Müritz nach Röbel. Im Winter gingen wir ins ‘Kino’ und im Sommer gingen wir in den See schwimmen und sonnten uns am Strand.“⁸⁷⁸ Auch die im Werk tätigen Franzosen durften in der Freizeit ihre Baracken verlassen. Sie fanden auch Gelegenheiten, sich über den Kriegsverlauf zu informieren⁸⁷⁹. In der Betriebsmannschaft der Memefa spielten neben deutschen Werksangehörigen belgische, holländische und polnische Fremdarbeiter zusammen Fußball, zum Beispiel gegen Victoria Neustrelitz und den LSV Rechlin⁸⁸⁰.

Ein bei den Rinker-Werken eingesetzter Niederländer konnte spazieren gehen, Kinos und Gastwirtschaften besuchen. Er durfte allerdings das Stadtgebiet von Neubrandenburg nicht verlassen. Die ebenso im Werk tätigen französischen Kriegsgefangenen hielten sich in der arbeitsfreien Zeit in ihrer Unterkunft auf⁸⁸¹. Noch 1941 verbot der Kommandant des Stammlagers Neubrandenburg den Franzosen Spaziergänge, den Besuch von Wirtshäusern, Kinos und Kirchen sowie Unterhaltungen mit der deutschen Wohnbevölkerung. Auch ein Rauchverbot wurde verhängt⁸⁸².

Der Alkoholkonsum von ungarischen Arbeitern der Rostocker Heinkel-Werke könnte auf eine Unzufriedenheit unter den Vertragsarbeitern deuten. In einem von der Auslandsbriefprüfstelle abgefangenen Schreiben eines Ungarn heißt es über seine Landsleute: „Sie berauschen sich, wollen am nächsten Tag nicht arbeiten, und stets führt sie der Polizist zum Arbeitsplatz.“⁸⁸³

In den Lagern organisierte die Deutsche Arbeitsfront Gauverwaltung Mecklenburg Freizeitveranstaltungen. Die Lagerführung ernannte für die jeweilige nationale Gruppe der Kriegsgefangenen einen „Führer der Freizeitgruppen“⁸⁸⁴, um so die Kriegsgefangenen auch in ihrer freien Zeit im Lager lenken zu können. Zu diesem Freizeitangebot gehörten unter anderem Filmvorführungen. Gezeigt wurden beispielsweise französische Produktionen oder französisch synchronisierte deutsche Heimatfilme und eindeutig tendenziöse Filme, etwa über den Burenführer Ohm Krüger, und antisemitische Streifen wie „Jud Süß“⁸⁸⁵. Neben diesen in den jeweiligen Lagern geplanten Freizeitveranstaltungen organisierte die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ unter Führung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda „zur geistig-kulturellen Betreuung“ der ausländischen Arbeiter auch Großveranstaltungen durch⁸⁸⁶. Bei diesen Veranstaltungen kam der ideologischen Beeinflussung ein hoher Stellenwert zu. Gemeinsame Kundgebungen deutscher und ausländischer Arbeiter in deren Freizeit beruhten nicht auf der Freiwilligkeit der Teilnehmer, sondern wurden angeordnet. Unter der Parole „Europa siegt“ sollte noch 1944 die Siegeszuversicht des „Dritten Reiches“ und seiner Verbündeten öffentlich demonstriert werden⁸⁸⁷. Auch der „Gemeinschaftsempfang“ von Rundfunksendungen zählte für die Fremdarbeiter zu den Pflichtveranstaltungen. Beispielsweise hatten sich im März 1944 600 sowjetische Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Neubrandenburger Lager zu einer Radioübertragung im Gemeinschaftsraum einzufinden. Dort mussten sich die zum Teil in den Rinker-Werken eingesetzten Zwangsarbeiter zunächst die Worte eines gefangenen Offiziers der Roten Armee und dann einen Appell des Lagerführers anhören⁸⁸⁸.

Im Unterschied zu den westeuropäischen Zivilarbeitern war die Freizeit der polnischen und russischen Zwangsarbeiter wesentlich strenger reglementiert. Damit sie als Pole bzw. „Ostarbeiter“ vor allem außerhalb des Lagers erkannt werden konnten, hatten sie gekennzeichnete Kleidungsstücke zu tragen. Im März 1940 ordnete der Reichsminister des Innern an: „Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums, die im Reichsgebiet zum zivilen Arbeitseinsatz eingesetzt sind oder eingesetzt werden, haben auf der rechten Brustseite jedes Kleidungsstückes ein mit ihrer jeweiligen Kleidung fest verbundenes Kennzeichen stets sichtbar zu tragen. [...] Das Kennzeichen besteht aus einem auf der Spitze stehenden Quadrat mit 5 cm langen Seiten und zeigt bei 1/2 cm breiter violetter Umrandung auf gelbem Grund ein 2 1/2 cm hohes violettes P.“⁸⁸⁹ Das „Ostarbeiter“-Kennzeichen bestand aus „einem hochstehenden Rechteck von 7 cm Breite und 7,7 cm Höhe und zeigt bei 1 cm breiter blau-weißer Umrandung auf blauem Grund in weißer Schrift das Kennwort ‘Ost’. [...] Ostarbeiter mit einwandfreier Führung und Leistung können von der Verpflichtung, das Ostarbeiter-Abzeichen auf der rechten Brustseite zu tragen, befreit werden“, erließ der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz. Sie hatten das Abzeichen auf dem

linken Ärmel zu tragen. 1944 plante man die Einführung neuer Abzeichen, die die Sowjetbürger als Ukrainer, Weißrussen oder Russen auswiesen⁸⁹⁰.

Dieser Kennzeichnung der Polen und „Ostarbeiter“ kam im Alltag eine große Bedeutung zu, weil an die Zugehörigkeit zu diesen Nationen der Ausschluss von weiten Bereichen der Öffentlichkeit, d.h. auch eine Beschränkung des Freizeitangebots, geknüpft war.

In einer Anordnung über die Pflichten der polnischen Zivilarbeiter heißt es: „Jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Tanzvergnügen, Gaststätten und Kirchen, gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung, ist verboten. Tanzen und Alkoholgenuß ist nur in den den polnischen Arbeitern besonders zugewiesenen Gaststätten gestattet.“⁸⁹¹ Im Regierungsbezirk Stettin wurden spezielle Gottesdienste für Polen an Sonntagen zwischen 17 und 18 Uhr abgehalten. Deutschen war während dieser Gottesdienstzeiten der Besuch der Kirchen verboten⁸⁹². Die in Stralsund dreiwöchentlich stattfindenden Messen für polnische Arbeiter wurden behördlich kontrolliert⁸⁹³. Gottesdienste für polnische Kriegsgefangene durften nur in polnischer Sprache und ausschließlich im Lager abgehalten werden. Der Pfarrer hatte seine Predigt in deutscher Übersetzung der Kommandantur des Stammlagers in Neubrandenburg zur Genehmigung vorzulegen. Weil die Kommandantur den katholischen Geistlichen misstrauete, wurde der Gottesdienst darüber hinaus von einem Dolmetscher überwacht⁸⁹⁴.

Einige öffentliche Plätze waren für Polen ganz gesperrt, in Stralsund vor allem die von den Deutschen in der Freizeit bevorzugt frequentierten Straßenzüge, so die Uferpromenade und die Promenadenwege um die Stadtteiche. Auch das Betreten des Stadtwaldes und der öffentlicher Badeanstalten im Stadtkreis war Polen verboten⁸⁹⁵. Polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen sowie „Ostarbeitern“ hatten während der Sommersaison auch den Kurpromenaden in den Badeorten der Insel Usedom fernzubleiben. Verstöße gegen diese Polizeiverordnung sollten mit einem Zwangsgeld bis 100 Reichsmark oder einer zweiwöchigen Haft bestraft werden⁸⁹⁶. Polen waren in der Hansestadt Stralsund ebenfalls von der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, etwa der Straßenbahn, ausgeschlossen⁸⁹⁷.

Ausländische Arbeiter benötigten zur Fahrt mit der Eisenbahn einen Reiseschein, der vom Einsatzbetrieb gegenzuzeichnen, bei polnischen und sowjetischen Arbeitern noch zusätzlich von der Polizeibehörde zu genehmigen war⁸⁹⁸. Ebenso wurde der Besitz und Erwerb von Fahrrädern auf Grund einer Polizeiverordnung des Stettiner Regierungspräsidenten untersagt⁸⁹⁹. In einem weiteren Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Pommern wurden besondere Einkaufszeiten für polnische Arbeitskräfte festgelegt. In den größeren Städten wie Stralsund und Greifswald durften die Polen lediglich von Dienstag bis Donnerstag zwischen 8 und 10 Uhr und am Sonnabend zusätzlich zwischen 17 und 18 Uhr Einzelhandelsgeschäfte aufsuchen. Mit dieser Maßnahme wollte man erreichen, „dass der Abstand zwischen der deutschen Bevölkerung und den Polen gewahrt wird [...]“⁹⁰⁰. Zwischen 21 und 5 Uhr galt für polnische Zivilarbeiter ein Ausgehverbot⁹⁰¹. Somit war die Mobilität und der Aktionsradius der polnischen Zivilarbeiter stark eingeschränkt. Ihnen war zudem der Zugang zu Informationen über die politische Entwicklung versperrt. Rundfunkempfänger durften sie nicht besitzen⁹⁰². Das gleiche galt für den Besitz von Fotoapparaten⁹⁰³.

Bei der Definition der Freiräume der polnischen Arbeiter führten die Behörden gemäß der rassistischen Staatsideologie noch weitere Differenzierungen ein. Einem polnischen Zivilarbeiter zum Beispiel, dem die Zugehörigkeit zur Volksgruppe der Kaschuben bescheinigt wurde, erließ der Stralsunder Oberbürgermeister das Tragen des Abzeichens auf der Jacke, genehmigte die Benutzung der Straßenbahn wie

den Besuch von Kinos und Gaststätten und legte die Ausgangssperre auf die Zeit von 0 bis 6 Uhr fest⁹⁰⁴.

Abgesehen von den illegalen und durch Sprachbarrieren erschwerten Kontakten zu Deutschen und Arbeitern anderer Nationalität kommunizierten die polnischen und ähnlich auch die russischen Arbeiter im wesentlichen in ihrer jeweiligen nationalen Gruppe. Dabei pflegten besonders die Polen und katholischen Ukrainer ihre religiösen Traditionen. In der Rostocker Herberge zur Heimat, dem späteren Friedrich-von-Bodenschwingh-Haus, feierten 40 in den Rüstungsbetrieben eingesetzte polnische Zwangsarbeiter zusammen Weihnachten. Ein Vertrauensmann der polnischen Zivilarbeiter hielt eine Ansprache. Dann verteilten sie Brot aus ihrer Heimat. Das außergewöhnliche an dieser Feier bestand jedoch darin, dass auch 20 deutsche Katholiken mit den polnischen Arbeitern feierten, auch wenn sie damit ein hohes Risiko eingingen⁹⁰⁵.

Für die „Ostarbeiter“ galten ähnlich diskriminierende Regelungen. Auch für sie galt in Mecklenburg nach einer Polizeiverordnung von 1943 der „Aufenthaltszwang am Arbeits- oder Unterkunftsort“, ein Ausgehverbot, das Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und des Besuchs von Gaststätten und Veranstaltungen⁹⁰⁶. Friseure waren angewiesen, sowjetische Zwangsarbeiter nicht zu bedienen⁹⁰⁷. In einem Ratgeber für die Einsatzbetriebe im deutschen Maschinenbau wurden Vorschläge zur Freizeitgestaltung der „Ostarbeiter“ gemacht. So sei Briefwechsel mit der Heimat und die Lektüre ausgewählter fremdsprachiger Bücher und Zeitungen „statthaft“. „Zur Verfügung gestellte Instrumente ermöglichen die Pflege der gerade den Ostarbeitern verbliebenen Reste ursprünglicher Volkskunst“, heißt es weiter. Auch die Religionsausübung sei zu tolerieren. Der kirchliche Einfluss habe sich nämlich vorteilhaft auf die Arbeitsleistung ausgewirkt. Zudem seien Schuhreparatur-, Schneider- und Flickstuben eingerichtet worden. Vom Glücksspielen hingegen sollten die Zwangsarbeiter abgehalten werden, „weil hier nicht nur der Verdienst, sondern auch die Verpflegungsration leichtsinnig eingesetzt“ würden⁹⁰⁸. Alkoholgenuss im Lager wurde in einem gewissen Umfang toleriert. So haben sowjetische Kriegsgefangene in Peenemünde Schnaps zu trinken bekommen, nachdem sie einem deutschen Offizier ein Ständchen gebracht hatten. Nach den Erinnerungen eines Wehrmachtsoffiziers sei es auch nicht geahndet worden, wenn die Kriegsgefangenen Raketensprit tranken⁹⁰⁹. Die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken meinte man offenbar, den Russen zumuten zu können.

Bei den meisten sowjetischen Arbeiter, die ähnlich wie Gefangene sich nur in der Fabrik oder im Lager aufhalten durften, war aber der Wunsch am größten, das überfüllte und häufig verschmutzte Lager einmal verlassen und wie freie Bürger durch die Straßen der Stadt oder des Dorfes gehen zu dürfen. In Abstimmung mit dem Reichsführer SS lockerte die Deutsche Arbeitsfront im Dezember 1942 das Ausgehverbot. Den „Ostarbeitern“ war nun einmal wöchentlich Ausgang zu gewähren. Sowjetische Frauen sollten in Gruppen von fünf, Männer in Gruppen von 10 bis 20 Mann unter Führung eines ihrer Landsleuten das Lager verlassen dürfen⁹¹⁰. Schon im April des Jahres hatte Himmler das Ausgehverbot dahingehend modifiziert, „dass bewährten Arbeitskräften – gewissermaßen als Belohnung – in geschlossenen Gruppen unter hinreichender deutscher Aufsicht Ausgang gewährt werden darf“. „Im übrigen spielt sich die gesamte Freizeit der Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet wie bisher in den Unterkünften ab“, heißt es in dem Erlass⁹¹¹. Himmler beabsichtigte also mit dieser Lockerung des Ausgehverbots, einen Leistungsanreiz für die „Ostarbeiter“ zu schaffen. Es gab aber auch Stimmen in der Bevölkerung,

sogar einen Ausschluss auch anderer ausländischer Arbeiter aus dem öffentlichen Leben forderten⁹¹².

Die „Ostarbeiterinnen“ der Ribnitzer Bachmann-Werke hatten am Sonntagnachmittag für ein paar Stunden Ausgang, möglicherweise auch nur bei „guter Führung“. Offenbar trafen sie sich auch mit Männern. Im Lager selbst sollen die Russinnen oder Ukrainerinnen nach der Musik ihrer Heimat gelegentlich getanzt haben⁹¹³. Eine individuellere Freizeitgestaltung außerhalb des Lagers war den sowjetischen Zwangsarbeitern nur möglich, wenn sich ihre deutschen Kollegen über das Kontaktverbot heimlich hinwegsetzten. So besorgte eine Rostocker Heinkel-Arbeiterin einer „Ostarbeiterin“ einmal eine Theaterkarte⁹¹⁴. Die als Zwangsarbeiterin auf der Neptunwerft beschäftigte Nadeshda Tammik erzählt, dass sie Sonntagnachmittags für vier Stunden das Lager verlassen durfte. Vorher wurde kontrolliert, ob die Fingernägel sauber und die Haare gekämmt waren. Sie verbrachte diese Nachmittage bei einem deutschen Kollegen und dessen Tochter. Während des Aufenthalts in deren Wohnung in der Doberaner Straße trennte sie das „Ost“-Abzeichen von ihrem Kleid. Sie lernte auch Radfahren. Im Lager erzählte sie aus Angst vor Strafen auch Kolleginnen nichts von dieser Freundschaft⁹¹⁵.

Der Begriff Freizeit erscheint im ersten Moment zur Beschreibung der arbeitsfreien Stunden der ohne Aussicht auf Entlassung in Konzentrationslagern eingesperrten Häftlinge als unangemessen. Doch gerade weil die Häftlinge in einer Lagerordnung lebten, die auf die Zerstörung ihrer Persönlichkeit zielte, war die Betätigung der eigenen Individualität für die Gefangenen in ihren wenigen freien Stunden um so wichtiger. In ihren Freizeitaktivitäten erinnerten sich Häftlinge an das Leben in Freiheit und konnten so versuchen, ihre Identität zu bewahren.

Natürlich war es für die Gefangenen vorrangig, nach den langen Arbeitstagen, stundenlangen Appellen und der Reinigung der Stuben Schlaf zu finden. Sie hatten sich täglich, wie bereits geschildert, von Ungeziefer zu befreien und erforderlichenfalls ihre Häftlingskleidung zu reinigen oder zu stopfen. Wenn sich weibliche Häftlinge, wie in Boizenburg geschehen, aus Elektrodrähten Lockenwickler drehten⁹¹⁶, so war dies jedoch bereits mehr als nur Körperpflege. Die Frauen beharrten vielmehr auf ihrer geschlechtlichen Identität, die den Häftlingen besonders augenfällig durch die Kopfrasur, aber auch durch die Verweigerung von Artikeln zur Frauenhygiene, bestritten wurde. Auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Neubrandenburg wurden Metallkämme gefunden, die von Russinnen aus Metallresten gefertigt worden waren. Wer bei dieser Arbeit von den Aufseherinnen angetroffen wurde, hatte mit dem Rücktransport ins Stammlager und der Hinrichtung als Saboteurin zu rechnen. Eine der Lagerinsassinnen berichtete später, „daß die aufgefundenen Kammtteile deshalb so klein sind, weil die Häftlinge die Kämme untereinander teilten“⁹¹⁷. Andere Frauen schmuggelten Plexiglasabfälle aus der Fabrik und fertigten hieraus Knöpfe, Kästchen und Schatullen⁹¹⁸. Es wird berichtet, dass Häftlinge auch filigrane Schmuckstücke aus Metallresten in ihrer Freizeit herstellten⁹¹⁹. Barther Häftlinge fertigten aus Blech und farbigem Zelluloid unter anderem Ringe und Anhänger, vor allem die Symbole Hammer und Sichel⁹²⁰. Bei einer Exhumierung von ermordeten Häftlingen des Außenlagers Barth fand man 1964 ebenfalls einen Kamm mit dem in kyrillischen Buchstaben eingeritzten Namen „Katja“, einen Ring mit eingravierten Initialen und einer Häftlingsnummer sowie größere bearbeitete Bernsteine⁹²¹.

Unter den Häftlingen befanden sich auch Maler und Schriftsteller, die ihre Erlebnisse in der Haft künstlerisch verarbeiteten. So waren in Neubrandenburg eine französische Dichterin, zwei polnische Schriftstellerinnen und eine polnische Kunstmalerin inhaftiert⁹²². Die in der Lackiererei der Mechanischen Werkstätten arbeitende polni-

sche Künstlerin Maria Hispanska malte und zeichnete Szenen aus dem Lagerleben. Kameradinnen besorgten ihr dafür Pappe und Papierfetzen. Die so entstandenen Graphiken gingen zwar während der letzten Tage des Lagers verloren. Die Malerin rekonstruierte aber die Arbeiten aus der Erinnerung⁹²³. Andere Frauen versuchten, ihre Gefühle in Gedichten auszudrücken⁹²⁴. In dem Gedicht „An meinen Sohn“ spiegelt sich der Schmerz einer Mutter wider, die Kriegsgerät herstellen musste, mit dem die deutsche Luftwaffe die im Felde stehenden Söhne der Gefangenen bekämpfte⁹²⁵. Die im Außenlager Neubrandenburg gestorbene slowenische Dichterin Anica Černejeva verarbeitete soziale und politische Themen in ihrer Lyrik⁹²⁶. Es zirkulierten aber auch kleine Zettel mit handgeschrieben Versen von wichtigen Vertretern der nationalen Dichtkunst. Eine Italienerin, die in Neubrandenburg inhaftiert war, trug einem slowakischen Häftling Verse aus Dantes „Göttlicher Komödie“ vor und lernte umgekehrt ein Gedicht des slowakischen Dichters Jessenin. Auf diese Weise lernten die Frauen auch etwas die Sprache der anderen Häftlinge⁹²⁷. Ein männlicher Barther Häftling schreibt, er sei von der SS eingesperrt und geschlagen worden, weil er vor Mithäftlingen Gedichte vorgelesen habe⁹²⁸. Eine Tschechin bestrafte man für die Lektüre des Gedichthefts einer französischen Kameradin. Die Häftlingsarbeiterin der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg wurde vom Lager in der Ihlenfelder Straße ins Waldbaulager verlegt.

Unter den weiblichen Häftlingen tauschte man auch Küchenrezepte aus, die sie in kleinen Hefte niedergeschrieben hatten⁹²⁹. Die Häftlinge, die nicht einmal die elementarsten Bedürfnisse befriedigen konnten, bestätigten sich auch auf diese Weise, dass sie weiterhin kulturelle Interessen hatten und an eine Zukunft der Zivilisation glaubten. Auch über Musik und Tanz in den Häftlingsstuben liegen Berichte vor. So sollen im Außenlager Barth Zigeunerinnen mit der Ziehharmonika musiziert haben⁹³⁰. Eine Slowenin berichtet, sie hätte zusammen mit Häftlingen aus ihrer Heimat oft gesungen, „auch wenn wir hungrig und müde waren“. Auch Partisanenlieder seien gesungen worden. Den Aufseherinnen habe man glaubhaft machen können, dass es sich dabei um Prozessionsgesang gehandelt habe⁹³¹. In Neubrandenburg soll im Block der Jugoslawinnen einmal ein „Fest“ gefeiert worden sein, auf dem gesungen und getanzt wurde. Eine junge Tschechin habe dabei einen klassischen Tanz dargeboten⁹³². „Kultur haben wir nur heimlich betrieben, [...] gelegentlich und spontan“⁹³³, sagt ein tschechischer Häftling später aus.

Kraft zog ein Teil der Häftlinge auch aus der Religion. Eine jugoslawische Gefangene hat aus dem Lehm des Bodens auf dem Gelände des Waldbaulagers eine Christus-Plastik geformt, die in der Osternacht 1945 an der Wand des Speisesaals von Häftlingen angebracht wurde. Der Raum durch Fackeln aus maschinenöldurchtränkten Lumpen beleuchtet worden, schreibt Lucienne Saboulard. „Die gläubigen und nicht gläubigen Frauen kniend oder stehend, hörten die russischen und polnischen Kirchenlieder, aber auch Mozart und Beethoven.“ Die SS-Leute hätten diese Osterfeier entdeckt, sich aber im Hintergrund gehalten und nicht dagegen eingegriffen⁹³⁴.

Wichtig für die Moral der Häftlinge waren sicher ebenfalls die Briefkontakte mit den Angehörigen. Anfangs ein- bis zweimal im Monat durften die Gefangenen des KZ Ravensbrück einen Brief oder eine Karte schreiben oder empfangen. Die Briefe an die Häftlinge wurden von der Lagerleitung zensiert. „Eingehende Briefe dürfen nicht mehr als 4 Seiten à 15 Zeilen enthalten und müssen gut lesbar sein“⁹³⁵, heißt es in der Lagerordnung. Die Zusendung von Bildern und Fotos war verboten. „Alle Post, die diesen Anforderungen nicht entspricht, wird vernichtet“⁹³⁶, ordnete der Lagerdirektor an. Insassinnen des Barther Frauenlagers unterhielten auch illegale Briefkontakte mit dem Männerlager. Eine sowjetische Blockälteste tauschte Briefe mit einem

französischen Häftling aus, und eine andere schrieb sich mit einem in Barth internierten französischen Kriegsgefangenen⁹³⁷.

Im wesentlichen hatten die Gefangenen jedoch nur Kontakte zu den Mithäftlingen, besonders zu denen ihres Blocks oder ihres Arbeitskommandos. Sie verbrachten ihre Freizeit in der Regel miteinander im Block. In der ersten Phase des Bestehens des KZ-Außenlagers Neubrandenburg wurden die weiblichen Häftlinge nur am Sonnabendnachmittag und am Sonntag auf einen großen freien Platz innerhalb des Werksgeländes geführt, wo sie sich unter Aufsicht bewegen konnten⁹³⁸. Auch im späteren Hauptlager der Mechanischen Werkstätten wurde am Sonntag ein Hofgang erlaubt. In dieser „Freizeit“ waren die Häftlinge jedoch mehr als am Arbeitsplatz der Willkür der Aufseherinnen ausgesetzt. Wenn die SS-Aufseherinnen es verweigerten, durften die Häftlinge auch bei kaltem Winterwetter nicht in die Baracken. In diesem Fall konnten sich die Gefangenen nur im übelriechenden Waschraum aufhalten⁹³⁹.

Festzuhalten gilt: Auch in der Freizeit kämpften die Häftlinge ums Überleben. Sowohl ihre kulturellen Aktivitäten als auch Tauschhandel, Reparaturarbeiten und Körperpflege gehörten dazu.

Die alltägliche Unterdrückung: Diskriminierung und Kriminalisierung

Schon in den Ausführungen über die Rekrutierung und die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter wurde versucht, anhand der gesetzlichen Vorschriften und der Praxis von Einsatzbetrieben und Behörden den unfreien Charakter des so genannten Reicheinsatzes zu beschreiben. Im folgenden soll gezeigt werden, wie die Zwangsarbeiter an ihrer Arbeitsstelle, im Lager und in der Öffentlichkeit zum Objekt von Gewalt wurden. Diese Gewaltmaßnahmen, die sich in der Regel auf die nationalsozialistische Gesetzgebung und Rechtsprechung stützten, konnten in Körperverletzungen, Haftstrafen und schlimmstenfalls Hinrichtungen bestehen. Bei den Tätern konnte es sich um deutsche Arbeiter, Werkschutzleute, Wehrmatsangehörige oder Polizisten handeln. Wie Kriminelle wurden auch Deutsche behandelt, die beispielsweise verbotenen Umgang mit ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen hatten.

Den Betrieben war zwar die Bestrafung ihrer ausländischen Arbeitskräfte untersagt. Die Unternehmer, Meister und Wachleute durften sich jedoch durch die staatliche Rechtspraxis insbesondere gegenüber den polnischen und sowjetischen Arbeitern zur Privatjustiz ermutigt fühlen.

Auch in den Fabriken wurden die deutschen Arbeiter vor den Ausländern gewarnt. Im Wolgaster Gussstahlwerk klebten Plakate mit den Aufschriften „Achtung! Vorsicht bei Kriegsgefangenen!“ und „Pst! Feind hört mit!“⁹⁴⁰.

Jegliche Beschwerden gegen die „Betriebsführer“ waren den Ausländern verboten⁹⁴¹. Keine Ausnahme waren daher die von deutschen Arbeitern bezeugten Gewaltakte gegenüber Zwangsarbeitern in der Torgelower Gießerei Freundel & Zaeske. Einem Zeugen war bekannt, dass einem ausländischen Arbeiter vom Betriebsleiter die Zähne ausgeschlagen wurden. Ein anderer Arbeiter beobachtete, wie ein Wachmann einen Zwangsarbeiter mit dem Fuß ins Gesäß trat. Der Zeuge glaubte: „Wenn beim Zusammenbruch die ausländischen Arbeiter den Wachmann Rupp gefasst hätten, dann wäre er bestimmt zu Tode gekommen.“⁹⁴² Diese Annahme erscheint durchaus nicht unglaubwürdig. Solche Racheakte von befreiten Zwangsarbeitern an Wachleuten sind auch in Mecklenburg und Vorpommern vielerorts vorgekommen.

Der Firmeninhaber der Gießerei Sauer in Torgelow erklärte auf einer Betriebsversammlung, „dass die ausländischen Arbeiter bei irgendwelchen Verfehlungen zu schlagen“ seien. Ein Former sagt aus: „Daraufhin ist es zu Misshandlungen und Körperverletzungen der ausländischen Arbeiter gekommen.“ Besonders der Betriebsobmann und ein Meister hätten die Fremdarbeiter geschlagen⁹⁴³. Durch Werkschutz und Betriebsangehörige verprügelt wurden auch sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter in der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik in Waren⁹⁴⁴. Auf der Neptunwerft entlud sich der Ausländerhass im Mord an einem sowjetischen Kriegsgefangenen. Als bei einem Kranunfall auf Grund eines technischen Defekts zwei deutsche Arbeiter durch Lasten erschlagen wurden, fiel der als Kranführer eingesetzte Kriegsgefangene der Lynchjustiz zum Opfer und wurde auf der Stelle ermordet⁹⁴⁵. Ein anderer auf der Werft eingesetzter Zwangsarbeiter musste „24 Stunden in einem mit 30 cm hohen kalten Wasser angefüllten Raum bei völliger Dunkelheit und ohne Verpflegung stehen“⁹⁴⁶. Als Arrestzelle für Kriegsgefangene diente ein kalter und feuchter Raum unter der Helling⁹⁴⁷. Auch in der Parchimer Konservenfabrik gab es eine Arrestzelle. Aus Verzweiflung über ihre Lage nahm sich dort eine 22-jährige russische Zwangsarbeiterin das Leben⁹⁴⁸.

Seltener kamen Misshandlungen von Zwangsarbeitern durch deutsche Zivilpersonen in der Öffentlichkeit vor. Für die meisten Deutschen „waren die Ausländer einfach da und gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelkarten oder Luftschutzbunker, und die Diskriminierung der Russen oder Polen wurde dabei ebenso als gegeben hingenommen wie die eigene bevorrechtigte Stellung ihnen gegenüber“⁹⁴⁹. Aber auch im öffentlichen Leben kam es mitunter zu ausländerfeindlichen Übergriffen von Seiten der Bevölkerung. Dies gilt besonders, seit sich die Wut und Erbitterung der Deutschen nach dem Beginn der Großangriffe der alliierten Luftstreitkräfte steigerte⁹⁵⁰. Häufiger nun wurden ausländische Arbeiter für die Nöte des Kriegsalltags verantwortlich gemacht.

In Rostock erregte sich die Bevölkerung über die zu geringe Zahl der eingesetzten Straßenbahnwaggons. Heinkel-Arbeiter zwangen im Frühjahr 1942 Straßenbahnzüge zum Halten, um rechtzeitig zur Arbeit befördert werden zu können. Anderenfalls hätten sie für Dienstversäumnisse Strafen zahlen müssen. Einmal räumten Rostocker Bürger gewaltsam eine mit Polen besetzte Straßenbahn. Die Polen mussten daraufhin ihren Weg zu Fuß fortsetzen. Die Gestapo zeigte für die Deutschen Verständnis: „Anlaß zu dieser Selbsthilfe sei insbesondere die herausfordernde Haltung der Polen gewesen.“⁹⁵¹ Der Gauleiter Hildebrandt forderte sogar die Bevölkerung auf, auch mit Gewalt gegen den „Ausländerterror“ vorzugehen. Einzelhändler sollten Ausländern gegenüber selbst handgreiflich werden und diese aus ihren Läden werfen⁹⁵².

Im Regelfall jedoch übten Unternehmer und Bürger keine Privatjustiz, sondern zeigten die ausländischen Arbeiter im Fall von disziplinarischen Verstößen oder wegen deren Lebensführung bei der Polizei an. Polen waren bereits seit 1939 der polizeilichen Gerichtsbarkeit unterstellt⁹⁵³. 1942 ging die Verfolgung von Straftaten von Polen und „Ostarbeitern“ ganz an die Gestapo über⁹⁵⁴. Bei Disziplinwidrigkeiten „fremdvölkischer“ Arbeiter im Betrieb war keine Strafanzeige zu stellen, sondern unter Umgehung der Justiz das Eingreifen der Staatspolizei zu erbitten. In leichten Fällen wurden die Betroffenen nach dem Verhör durch die Gestapo wieder an den Arbeitsplatz gebracht⁹⁵⁵.

1943 bezogen sich zwei Drittel aller Aktivitäten der Gestapobeamten auf angeblich zu langsam arbeitende Fremdarbeiter⁹⁵⁶. Diese als renitent behandelte Zwangsarbeiter, besonders „unrechtmäßig abgewanderte Ausländer“, sollten „in schweren Fällen“ für maximal sechs Wochen in ein so genanntes Arbeitserziehungslager ein-

gewiesen werden⁹⁵⁷. In diesen der Gestapo unterstehenden Straflagern hatten die Häftlinge zwölf Stunden täglich härteste Arbeiten zu verrichten. Die Maßnahme gelte vor allem der „Abschreckung“, wurde auf einer Besprechung beim Reichsführer SS geäußert⁹⁵⁸. Auch jugendliche „Ostarbeiter“ konnten in diese Lager eingeliefert werden⁹⁵⁹. Wegen „Arbeitsbummelei“ verhaftete ausländische Arbeiterinnen sollten nach einer Anweisung Himmlers zunächst verwarnt und erst im Wiederholungsfall in ein Arbeitserziehungslager geschickt werden⁹⁶⁰. Dieser Terror, mit dem die Zwangsarbeiter zu höheren Leistungen angetrieben werden sollten, wurde zu einem festen Bestandteil des Unterdrückungssystems ausgebaut⁹⁶¹.

Straffällig gewordene Zwangsarbeiter mecklenburgischer Betriebe mussten mit einer Verbringung ins Arbeitserziehungslager Nordmark am Stadtrand von Kiel rechnen⁹⁶². „Arbeitsscheuen Polen“ seien nach Verbüßung der Haftstrafe darauf hinzuweisen, dass „bei erneutem Verlassen der Arbeitsstelle ihre Unterbringung im Konzentrationslager“ erfolgen würde, heißt es in einem Kommandobefehl der Schutzpolizei Stralsund⁹⁶³. Den Polen sollte eingeschärft werden, dass sie zum Strafvollzug nicht nach Polen abgeschoben, sondern im Deutschen Reich bestraft würden⁹⁶⁴. Diese Regelung betraf die Bestrafung der meisten ausländischen Zivilarbeiter. „Unbotmäßige Italiener“ wurden zur Bestrafung in ihre Heimat abgeschoben. Dort sollten sie mit Verbannung bestraft werden⁹⁶⁵. Auf Grund zweier Erlasse des Reichsführers SS vom Sommer 1943 waren aber auch wegen „Disziplinlosigkeiten“ verhaftete italienische Zivilarbeiter nicht mehr in ihr Heimatland abzuschicken, sondern sollten in Arbeitserziehungslagern oder in schwereren Fällen in Konzentrationslagern in Haft genommen werden⁹⁶⁶.

Diese harten Freiheits- oder auch Todesstrafen für ausländische Arbeiter, gegen die die Betroffenen keine Rechtsmittel einlegen konnten, wurden erst durch Anzeigen von Seiten der Unternehmer, Lagerführer und der deutschen Bevölkerung möglich⁹⁶⁷.

Wegen der Anzeige eines Wachmanns wurden ein deutscher und ein serbischer Koch der Dornier-Werke vor ein Sondergericht in Schwerin gestellt. Den Männern wurde vorgeworfen, ein „Erbsenmischgericht“ im Volumen von 600 Litern versalzen und damit „Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet“ zu haben. Dem Serben lastete man zudem einen Umgang mit russischen Kriegsgefangenen an, „die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt“ habe. Außerdem hatte er einen Kriegsgefangenen in Schutz genommen, der eine Gurke gestohlen hatte. Auch durch den Kauf einer Kleiderkarte soll er sich strafbar gemacht haben. Beide Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen im Zuchthaus Dreibergen-Bützow verurteilt⁹⁶⁸.

Der Torgelower Gießereibesitzer Paul Sauer meldete mehrere ausländische Arbeiter aus nicht näher bekannten Gründen bei der Polizei. Die Ausländer sollen daraufhin in das Straflager Pölitz gebracht worden sein⁹⁶⁹. Ein Formermeister aus Ueckermünde gibt zu Protokoll, dass der Fabrikbesitzer Vetting im „Jähzorn“ einen französischen Zivilarbeiter und einen belgischen Kriegsgefangenen der Gestapo ausgeliefert habe⁹⁷⁰. Der Franzose sei dann sechs Wochen im Arbeitsstraflager Pölitz inhaftiert worden. Nach der eidesstattlichen Aussage von neun Zeugen schlug der Besitzer der Firma Münter ebenso einen italienischen Militärinternierten und entzog diesem Zusatzkarten für bewirtschaftete Waren⁹⁷¹.

Auch holländischen Fremdarbeitern der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik wurde des öfteren mit der Einlieferung in ein Konzentrationslager gedroht. Einige Niederländer sollen verhaftet und zur Bestrafung in ein Lager gebracht worden sein. „Wir haben sie später wiedergesehen, mit kahlen Köpfen und ganz abgemagert“, erzählt ein holländischer Zwangsarbeiter⁹⁷². Andere Holländer wurden von Unbekannten,

wahrscheinlich Gestapobeamten, aus der Fabrik abgeholt. Über den Verbleib der Festgenommenen ist bis heute nichts bekannt⁹⁷³.

Das Interesse der Betriebe an Bestrafungen einzelner Zwangsarbeiter hing auch von wirtschaftlichen Erwägungen, so besonders vom Arbeitskräfteangebot ab. Nach der Flucht eines polnischen Zivilarbeiters schrieb zum Beispiel die Pommersche Eisengießerei an die Kriminalpolizei, dass der Pole „kein brauchbarer Arbeiter“ war und sie auf einen Rücktransport keinen Wert legte. „Vielleicht ist es nur zweckmäßig, ihn wegen seines vertragswidrigen Verlassens der Arbeitsstelle zu bestrafen.“⁹⁷⁴ Auch die Polen, „die sich häufig krank schreiben lassen und dann sich willkürlich auf der Straße herumtreiben“, sollten nach Meinung der Firma bestraft werden. Die „Gefolgschaft“ habe auch kein Verständnis dafür, „dass die Polen mit uns machen können, was sie wollen.“⁹⁷⁵ Der Kriminalpolizei empfahl der Betrieb einen Letten, zweimal in Wochenendarrest zunehmen. Der lettische Arbeiter hatte die ihm vom Werk gestellten neuen Arbeitsschuhe an einen bei der Firma Bachmann im Einsatz befindlichen Landsmann verkauft und trug weiter seine alten Arbeitsschuhe. Mit diesem Schuhwerk sei der Mann aber in der Gießerei des Betriebs nicht mehr voll einsatzfähig. Schon einmal habe man den Fremdarbeiter wegen sich häufender Fehlzeiten am Sonnabendnachmittag zur „Strafarbeit“ herangezogen⁹⁷⁶, heißt es in dem Schreiben an die Kriminalpolizei. Für den Einsatzbetrieb war es offensichtlich wichtig, dass die Bestrafung der Ausländer nicht deren Einsetzbarkeit im Weg stand.

Zur Bestrafung eines Polens, der aus einem nicht genehmigten Urlaub nach Barth zurückgekehrt war, unterbreitete der Betrieb der Kriminalpolizei einen eigenen Vorschlag: „Wir bitten sie von der geplanten Inhaftierung von 21 Tagen dringend Abstand zu nehmen, da wir nicht wissen, wie wir unsere vordringlichen Arbeiten sowohl für Wehrmacht als auch für Landwirtschaft durchführen können. Wir empfehlen, mehrfache Wochenend-Inhaftierung vorzunehmen, so dass der Häftling dann am Montagmorgen wieder bei uns zur Arbeit zur Verfügung steht.“⁹⁷⁷ Als der in seine Heimat geflüchtete polnische Zivilarbeiter Lesniak gefasst und ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert wurde, wandte sich der Betrieb mit der Anfrage an die Polizei, „ob es nicht möglich ist, uns L. wieder zu vermitteln, zumal wir dringenden Bedarf an Arbeitskräften haben“⁹⁷⁸. Es erscheint allerdings als sehr unwahrscheinlich, dass die SS den polnischen Häftling aus ihrer Verfügungsgewalt wieder entließ.

Die Flucht von Zwangsarbeitern wurde von den NS-Behörden als ernstes Problem behandelt. Intensiv wie nach Schwerverbrechern wurde nach den flüchtigen ausländischen Zivilisten und Kriegsgefangenen gefahndet. Als zwei Franzosen aus dem Kriegsgefangenenlager der Dornier-Werke in Wismar entwichen, wurden sie mit einer genauen Personenbeschreibung in ganz Mecklenburg gesucht⁹⁷⁹. An der Suche nach drei aus dem Bachmann-Lager in Ribnitz geflohenen Ukrainern beteiligte sich unter anderem auch die Feuerlöschpolizei. Schon einen Tag später wurden die Männer festgenommen und in das Amtsgerichtsgefängnis von Ribnitz eingeliefert⁹⁸⁰. Ebenfalls in Ribnitz lieferte ein Obergefreiter der Luftwaffe drei entflozene sowjetische Arbeiter an die Schutzpolizei aus. Der Soldat hatte sich berechtigt gefühlt, die ausländischen Arbeiter festzunehmen. Die festgenommenen Russen wurden wieder ins Heinkel-Lager im benachbarten Pütnitz zurückgebracht und sollten dort von der Lagerleitung bestraft werden⁹⁸¹. Ein bei den Neubrandenburger Rinker-Werken eingesetzter Russe soll bei einem Fluchtversuch erschossen worden sein⁹⁸². „Ostarbeiter“, die sich aus Verzweiflung über ihre Lebensbedingungen selbst verletzten, in der Hoffnung als arbeitsunfähig in die Heimat abgeschoben zu werden, wurden ohne

Verfahren zur „Sonderbehandlung“ (Ermordung) in ein Konzentrationslager abgegeben⁹⁸³.

Flüchtige Kriegsgefangene wurden nach ihrer Wiederergreifung ihrem Arbeitskommando zugeführt. Die Flucht dreier sowjetischer Kriegsgefangener, die im Barther Werk der Pommerschen Eisengießerei arbeiteten, endete bereits in Wobbelkow. Nach dem Rücktransport ins Lager wurden die Kriegsgefangenen wieder zur Arbeit gezwungen⁹⁸⁴. „Arbeitsunwillige Kriegsgefangene“ belgischer und französischer Nationalität sollten, so ein Lageraushang, als Strafe „in ein Lager des besetzten Ostens verlegt werden“⁹⁸⁵.

Mit Strafen geahndet wurden nicht nur Verstöße gegen die arbeitsrechtlichen Sonderbestimmungen für ausländische Arbeiter, sondern auch gegen eine große Anzahl von diskriminierenden Richtlinien zur Lebensführung. Verboten war im Grunde alles, wenn es nicht ausdrücklich erlaubt war⁹⁸⁶. Der Gauleiter Hildebrandt kritisierte 1941, „daß die Haltung der Bürgermeister gegenüber den im Gau in Arbeit stehenden Polen zu schlapp ist. [...] Die Polen treten demgemäß vielfach schon in einer so frechen Weise auf, daß Belästigungen von Volksgenossen und insbesondere Frauen in den Straßen und auf den Bahnhöfen usw. vorgekommen sind.“ Der Gauleiter erwartete, dass die polnischen Arbeiter „künftig mit aller Strenge behandelt werden“⁹⁸⁷. Alle festgenommenen Polen und später auch die „Ostarbeiter“ waren gleich welchen Delikts als Schutzhäftlinge an die Staatspolizeileitstelle Schwerin zu übergeben⁹⁸⁸.

Für einen polnischen Kriegsgefangenen, der in Ribnitz in den Bachmann-Werken beschäftigt war, ordnete die Gestapo zehn Tage verschärfte Haft, drei Tage keine warme Mahlzeit und ein hartes Lager an. Er wurde dafür bestraft, entgegen den Bestimmungen einen Brief von seiner Familie erhalten zu haben⁹⁸⁹. Kein Einzelfall war die Bestrafung für den unerlaubten Besuch von Gaststätten. Drei polnische Zivilarbeiter, die in einer Stralsunder Gastwirtschaft ohne die „P“-Kennzeichnung angetroffen wurden, sollten auf Vorschlag des Oberbürgermeisters mit einer Geldbuße von jeweils 30 Reichsmark bestraft werden⁹⁹⁰. Ein polnischer Schmied, der in einer Dorfschmiede in Selmsdorf beschäftigt war, trug das Polen-Kennzeichen nur verdeckt unter dem Kragenaufschlag und wurde vom Polizeiposten Schlutup aufgegriffen und angezeigt⁹⁹¹. Bei einer Kontrolle von Unterkünften polnischer Zivilarbeiter im Gendarmeriekreis Malchin traf die Polizei 33 Polen ohne das vorgeschriebene Abzeichen an⁹⁹². Geldstrafen für diese und ähnliche Delikte wurden auf Antrag der Gestapo von den Polizeibehörden verhängt. Weil man darüber hinaus mit mehr Haftstrafen für ausländische Arbeiter rechnete, sollten auch Arrestzellen in den Amtsgerichten Brüel, Crivitz, Gadebusch und Lübtheen wieder geöffnet werden⁹⁹³.

Ein sowjetischer Zwangsarbeiter, der im Durchgangslager Parchim einquartiert worden war, wurde ins KZ Sachsenhausen überstellt. Sein Verbrechen soll im Brennen von Schnaps in der Lagerküche bestanden haben⁹⁹⁴. Für viele bedeutete eine solche Einlieferung in ein „Schutzhaftlager“ das Todesurteil. Aber auch an den Einsatzorten, sogar in den Betrieben selbst wurde gemordet. Berichte über Hinrichtungen ausländischer Arbeiter, etwa als Strafe für Lebensmitteldiebstähle oder wegen der Beziehungen zu deutschen Frauen, liegen auch für einige Orte in Mecklenburg und Vorpommern vor. So wurde am 15. April 1945 in Torgelow ein ukrainischer Arbeiter wegen „Diebstahls von Brot“ zum Tode verurteilt und noch am gleichen Tage im Lager „Karpfenteich“ an einer Kiefer erhängt⁹⁹⁵. Überliefert ist auch das Schicksal eines Polen, der wegen eines nie nachgewiesenen Paketdiebstahls in Stralsund erhängt wurde⁹⁹⁶. 1944 wurde fünf sowjetischen Arbeiter, die vermutlich in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg gearbeitet hatten, die illegale Aneignung von Paketen zur Last gelegt und ihre Hinrichtung veranlasst⁹⁹⁷. In einem

Zeitungsbericht aus dem Jahre 1946 heißt es, am Tag der Hinrichtung seien die Gefangenen gefesselt ins Burgholz geführt worden, „wo ihre Landsleute, von Maschinenpistolen in Schach gehalten, bereits hatten antreten müssen, um der schauerlichen Prozedur beizuwohnen“. Einer der Zwangsarbeiter habe den Häftlingen Schlingen um den Hals legen müssen, während diese nebeneinander aufgereichte Schemel bestiegen. Der Neubrandenburger Polizeihauptmann Lippold habe dann laut die Minuten bis zum festgesetzten Zeitpunkt der Hinrichtung angesagt. Schließlich seien die Schemel mit Fußtritten zur Seite gestoßen worden⁹⁹⁸. Vor ihrem Tod riefen die Männer: „Für das Vaterland – für Stalin“, berichtet ein niederländischer Augenzeuge der Hinrichtung⁹⁹⁹.

Ein deutscher Arbeiter wurde durch Zufall Augenzeuge, wie fünf polnische Zwangsarbeiter in der Nähe Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg zu ihrer Hinrichtung geführt wurden¹⁰⁰⁰. Eine deutsche Zeitungsausträgerin, die gut polnisch sprach, hörte einen der Polen darum bitten, noch einen Brief an seine Mutter schreiben zu dürfen. Der Wunsch wurde aber barsch zurückgewiesen. Ein anderer Pole habe noch versucht, seiner Hinrichtung zu entgehen, sei aber auf der Flucht erschossen worden, brachte die Frau später in Erfahrung¹⁰⁰¹.

Eine Warenerin erinnert sich an zwei Hinrichtungen auf dem Werksgelände der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik¹⁰⁰². Auch im Kreis Parchim fanden mehrere Exekutionen von Ausländern statt, zu denen ähnlich wie in Neubrandenburg alle Zwangsarbeiter am Ort befohlen wurden¹⁰⁰³. Auch im Gebiet von Gadebusch wurden 1943 mehrere Polen öffentlich hingerichtet¹⁰⁰⁴. In Ribnitz wurden mehrere „Ostarbeiter“ erschossen, die in der Flugzeugfabrik arbeiteten und aus Hunger Kartoffeln auf den Feldern sammelten. Die Toten wurden in Papier gewickelt und zur Abschreckung einige Tage an einem Zaun liegen gelassen¹⁰⁰⁵.

Ein Arbeiter der Rostocker Neptunwerft erinnert sich, dass der Gauleiter Hildebrandt nach einem schweren Luftangriff den Betrieb besuchte. Der Werftarbeiter will gehört haben, wie Hildebrandt die Erschießung zweier französische Kriegsgefangener angeordnet habe, weil diese sich über die brennenden Hallen freuten. Über den weiteren Verbleib der beiden Franzosen sei nichts bekannt¹⁰⁰⁶.

Auch wegen sexueller Kontakte zu deutschen Frauen verurteilten Sondergerichte vor allem Russen und Polen, aber auch Serben und Tschechen zum Tode. Hinter diesen Terrorurteilen stand der Leitgedanke der Reinhaltung des deutschen Rasse. Für Polinnen und Polen galt zunächst die Bestimmung: „Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst un-sittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft.“¹⁰⁰⁷ Nach einem Erlass des Reichsführers SS wurden ab 1942 nur noch polnische Männer für dieses Umgangsdelikt mit dem Tode bestraft. Polinnen wies man in ein Konzentrationslager ein. Analog verfuhr man mit Russen und Ukrainern. Für die jeweiligen deutschen Partner war die Einlieferung in ein Konzentrationslager vorgesehen. Bei sexuellen Beziehungen zu Kriegsgefangenen drohte deutschen Frauen eine Zuchthausstrafe und der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Schon der „gesellige Verkehr“ mit polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen konnte für die Deutschen schwere Strafen nach sich ziehen. Unerwünscht bzw. auch strafbar war ebenso der Geschlechtsverkehr mit Nord- und Westeuropäern¹⁰⁰⁸.

Der skrupellose MWN-Direktor Rintelen soll sogar seine eigene Frau angezeigt haben, weil sie mit einem Franzosen befreundet war¹⁰⁰⁹. Zwei Ribnitzer Mädchen, die zusammen mit zwei französischen Kriegsgefangenen in einem Feld angetroffen worden waren, erhielten lediglich eine Verwarnung, weil keine intime Beziehung nachzuweisen war¹⁰¹⁰. Eine wegen des gleichen Delikts angezeigte Neubrandenburgerin musste sich zur Zahlung einer Buße von 30 Reichsmark an das Winterhilfs-

werk verpflichten¹⁰¹¹. Wegen ihrer Beziehung zu einem Franzosen, der im Heinkel-Werk arbeitete, soll auch eine junge Deutsche in Rostock verhaftet worden sein¹⁰¹². Auch im Strafregister der Polizeidirektion Barth findet sich ein Eintrag, über die Verurteilung einer deutschen Arbeiterin wegen ihrer Beziehung zu einem Kriegsgefangenen. Das Urteil lautete auf neun Monate Haft¹⁰¹³. In der Reuterstadt Stavenhagen wurde 1943 eine Deutsche wegen ihres Umgangs mit einem französischen Kriegsgefangenen zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt¹⁰¹⁴. Eine Parchimer Köchin sagt aus: „Ich wurde verhaftet, weil ich für Polen gekocht habe, bekam ich öffentlich auf dem Marktplatz die Haare geschoren, wurde dann zwei Stunden durch die Stadt geführt. Bei den Verhören bekam ich Schläge, und es wurden mir sämtliche Vorderzähne ausgeschlagen. Im Lager Ravensbrück mußte ich schwere Strafarbeit leisten. Es wurden mir noch achtmal die Haare geschoren.“ Die Frau war von ihrer Schwägerin denunziert worden¹⁰¹⁵.

Im Kreis Güstrow wurden zwischen 1933 und 1945 acht Prozesse wegen verbotenen Umgangs mit Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen oder Zivilhäftlingen geführt. Ein Mann wurde ins Konzentrationslager eingeliefert¹⁰¹⁶. Auf Grund eines Sondergerichtsurteils musste 1942 ein Dreher der Neptunwerft eine zweijährige Haft in der Landesstrafanstalt Dreibergen-Bützow antreten. Auch ihm wurde Umgang mit Kriegsgefangenen vorgeworfen¹⁰¹⁷. Drakonische Strafen trafen auch fünf Arbeiter der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg, die Beziehungen zu weiblichen KZ-Häftlingen unterhalten haben sollen. Sie wurden zur Bewährungskompanie 999 eingezogen bzw. ins KZ Sachsenhausen eingewiesen. Die Frauen transportierte man ins KZ-Stammlager zurück¹⁰¹⁸.

In der Landesstrafanstalt Dreibergen-Bützow saßen zwischen 1933 und 1945 39 männliche und 246 weibliche Häftlinge wegen Umgangsdelikten ein¹⁰¹⁹. In einer Abteilung dieses Gefängnisses waren seit 1940 auch Polen mit einer Haftstrafe von mehr als einem Monat einzuweisen. In Bützow wurden auch Hinrichtungen an Zwangsarbeitern vollstreckt. In den Sterbeurkunden von zwölf Todesopfern, die am 7. März 1945 innerhalb einer halben Stunde hingerichtet wurden, gab man als Todesursache „plötzlicher Herztod“ an. Insgesamt fielen in Dreibergen-Bützow 720 Deutsche und Ausländer dem Henker zum Opfer¹⁰²⁰. Nicht gezählt sind die vielen Zwangsarbeiter, die im ganzen Land oft ohne ein Gerichtsverfahren hingerichtet wurden und in namenlosen Gräbern ruhen.

Während einerseits in den letzten Kriegsjahren, wie oben beschrieben, von den Einsatzbehörden einige Zugeständnisse gemacht wurden, um die Zwangsarbeiter zu höheren Leistungen zu motivieren, wurde andererseits das Strafsystem weiter verschärft¹⁰²¹. Der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit ökonomischer Effizienz beim Arbeitseinsatz und der nationalsozialistischen Rassenpolitik spitzte sich im Verlauf des Krieges zu. Die Unterdrückung und Vernichtung der Zwangsarbeiter sind ein deutlicher Hinweis auf die Dominanz der Rassenideologie¹⁰²². Wenn der Primat der Ideologie beim Arbeitseinsatz der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen bis zum Ende der NS-Herrschaft gültig bleiben sollte, so gilt dies um so mehr noch für die Häftlingsarbeit. Die Absicht, KZ-Häftlinge bestrafen, ja ausmerzen zu müssen, blieb für ihre Behandlung bestimmend und wurde durch den Zweck der Verwertung ihrer Arbeitskraft nur relativiert¹⁰²³. Die Häftlingsarbeit besaß weiterhin den Charakter der Strafe oder Rache¹⁰²⁴. Daher gehörte brutale, mörderische Gewalt auch gegenüber Arbeitshäftlingen in Peenemünde, in den Heinkel-Werken oder in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg zur täglichen Realität.

Die Gewalt gegen die KZ-Häftlinge am Arbeitsplatz und mehr noch im Lager ging meistens von SS-Leuten, manchmal von deutschen Arbeitern, nicht selten aber auch von Funktionshäftlingen wie Kolonnenführern oder Blockältesten aus.

Gewalt gegenüber Kameraden auszuüben, war die wichtigste Aufgabe vieler Funktionshäftlinge. Der Kapo sollte die ihm zugeteilten 30 bis 100 Männer oder Frauen vor allem antreiben, erläuterte Himmler vor Wehrmachtsgenerälen. „In dem Moment, wo wir mit ihm nicht zufrieden sind, ist er nicht mehr Kapo, schläft er wieder bei seinen Männern. Daß er dann von denen in der Nacht totgeschlagen wird, das weiß er.“¹⁰²⁵ Auch Kapos waren also in einem repressiven System sowohl Opfer als auch Täter. Nicht selten wählte die SS für diese repressive Funktionen kriminelle Häftlinge mit dem grünen Winkel aus. Man hoffte vorkonzentrationsähnliche Einstellungen etwa von Mördern, Räubern oder Erpressern im KZ instrumentalisieren zu können¹⁰²⁶.

„Grüne“ Kapos sollen unter anderem im Lager Karlshagen und in Barth einflussreich gewesen sein¹⁰²⁷. Es wurde von der SS dabei auch toleriert, wenn Kapos ihre Machtstellung zur eigenen Bereicherung ausnutzten. So sollen „grüne“ Kapos in Barth Kameraden gezwungen haben, ihnen beispielsweise die Hälfte ihres Lebensmittelpakets abzugeben¹⁰²⁸. Wohl sollen politische Gefangene nach Möglichkeit versucht haben, das Los ihrer Mithäftlinge zu erleichtern¹⁰²⁹. Überlebende des Außenlagers Barth berichten aber, dass sich auch „rote“ Kapos korrumpieren ließen. Auch sie sollen sich an Paketen bereichert haben. Wie ein ehemaliger Häftling schreibt hat ein „roter“ Revierkapo einmal den kalten Wasserstrahl so lange auf die Herzgegend eines Kameraden gehalten, bis dieser kurz darauf starb¹⁰³⁰. Auch die als Partisanin ins faschistische Italien und von dort ins Neubrandenburger Außenlager verschleppte Slowenin Erna Muserjewa schreibt, dass politische Häftlinge Kameradinnen beschimpft und geschlagen haben¹⁰³¹. Die slowenische Kommunistin, selbst als Blockälteste eingesetzt, wurde ihres Postens enthoben, weil sie sich Spitzeldiensten verweigert hatte. Ein Gestapomann hatte ihr eröffnet, sie „sollte die Häftlinge belauschen und ihm jeden Tag melden, worüber sie sprächen und auch die Nummer des Häftlings angeben. Als Belohnung wurde ihr bessere Kost und Bekleidung in Aussicht gestellt“¹⁰³².

Hafterleichterungen und Straferschonungen waren die Angebote mit denen der für die politische Überwachung der Ravensbrücker Häftlinge zuständige Gestapo-Kriminalsekretär Daniel Ramdor auch Spitzel in Barth und Neubrandenburg anwarb. So wurde die später in Neubrandenburg als Blockälteste gefürchtete Charlotte Schuppe bereits im Stammlager von der Gestapo angeworben und erhielt nach Angaben eines Mithäftlings Pakete von der Lagerkommandantur. „Sie ging so oft zum Ramdor, dass sie das wirklich nicht damit erklären kann, dass sie jedes Mal vernommen wurde“, erklärt die Frau ihren Verdacht¹⁰³³. Micheline Maurel, der von Schuppes Spitzeltätigkeit nichts bekannt war, beschreibt den Terror der deutschen Blockältesten: „Aus der Baracke, die unser einziger Aufenthaltsort war, machte sie eine Hölle, aus unserer spärlichen Freizeit ein ständiges Angsthaben oder tödlich erschöpfende Fronarbeit.“ Nach achtmonatiger Terrorherrschaft im Block 3 sahen die Häftlinge die Gestapo-Informantin in Zivilkleidung das Lagertor passieren. Sie soll der einzige weibliche Häftling gewesen sein, der aus dem Außenlager Neubrandenburg jemals vorzeitig entlassen wurde¹⁰³⁴.

Die SS-Aufseherin Ilse Göritz gab im Rostocker Ravensbrück-Prozess zu, zusammen mit einer polnischen Gefangenen Spitzeltätigkeiten im Lager Waldbau geleistet zu haben. Sie konnte sich an sieben bis neun Häftlinge erinnern, die auf Grund ihrer Denunziation durch die Gestapo vernommen und dann nach Ravensbrück überstellt

wurden. Ramdor habe ihr gegenüber diese dem Tod geweihten Häftlinge als „Futter für Bergen-Belsen“ bezeichnet¹⁰³⁵.

Auch in den Barther Lagern konnte die Gestapo ein Spitzelnetz aufbauen, um wirkliche oder vermeintliche Sabotagefälle aufzuklären. Es gelang auch die Lagerälteste des Frauenlagers, Julie Wolk, für Spitzeltätigkeiten zu gewinnen. Diese verlor jedoch das Vertrauen der Kameradinnen, nachdem sie sich Pakete angeeignet hatte. Somit war sie von vertraulichen, die Gestapo interessierenden Informationen abgeschnitten und wurde ins Stammlager zurückgeschickt¹⁰³⁶. Ende Januar 1945 wurde die Schweizer Blockälteste Carmen Mory als Vertraute Ramdors vom Stammlager ins Außenlager Barth verlegt¹⁰³⁷. Mory, von den Mithäftlingen „schwarzer Engel“ genannt¹⁰³⁸, war im Lager Ravensbrück von allen gefürchtet¹⁰³⁹. In Barth hatte sie die Aufgabe, korrupte Zustände bei der Lager-SS auszuforschen. Sie unterrichtete den Gestapo-Sekretär bei mehreren Zusammenkünften in Ravensbrück über Medikamentenschmuggel, Abtreibungen an SS-Frauen im Revier, lesbische Beziehungen und „bolschewistische Pläne“¹⁰⁴⁰. Auch die SS-Aufseherin Göritz wurde nach Barth versetzt. Dort warb sie nach eigenen Angaben mehrere Häftlinge an, die der Gestapo Informationen zutrug. Denunzianten unter den Häftlingen steckten in der Werkhalle den Aufseherinnen Zettel. Bald darauf wurden die denunzierten Häftlinge noch am Arbeitsplatz von der Gestapo abgeholt¹⁰⁴¹.

Im Männerlager versprach der SS-Rapportführer Bielau Häftlingen doppelte Essensrationen, wenn sie ihm Häftlinge namhaft machten, die über Wertsachen verfügten. Ein Häftling, der eine goldene Uhr besaß und an die SS verraten worden war, erhielt 20 Stockhiebe auf das bloße Gesäß und zehntägigen Arrest. Der Verräter bekam Nahrungsmittel aus Paketen, die die SS sich angeeignet hatte¹⁰⁴². Der Lagerälteste, Fritz Stender, soll 35 polnische Kameraden, die angeblich eine Revolte vorbereiteten, an die Gestapo verraten haben¹⁰⁴³. Auch ein italienischer Häftling konnte sich die Verhaftung einiger Kameraden seines Blocks nur durch Verrat erklären¹⁰⁴⁴. Insgesamt will der im 1. Hamburger Ravensbrück-Prozess zum Tode verurteilte Ramdor mit 50 bis 60 Spitzeln gearbeitet haben¹⁰⁴⁵. Berüchtigt waren seine Foltermethoden, mit denen er bei den Vernehmungen Geständnisse herauszupressen suchte, so die so genannte tibetanische Gebetsmühle und die chinesische Tropfsteinhöhle¹⁰⁴⁶.

Während sich das Verfolgungsinteresse der Gestapo im Lager hauptsächlich auf mögliche Sabotage und Widerstandsaktionen von Seiten der Häftlinge und Korruption auf Seiten der SS-Wachmannschaft konzentrierte und auf der physischen Vernichtung der „Täter“ bestand, erscheinen viele von Kapos, SS-Leuten und deutscher Arbeiter ausgehende Gewaltakte als rein willkürlich. Waren im Fall der Bestrafung von Zwangsarbeitern in der Regel formal Gründe anzugeben, so mussten die alltäglichen Schikanen gegenüber Häftlingen, Prügel oder auch Körperverletzungen mit Todesfolge nicht legitimiert werden. KZ-Häftlinge waren offenbar so unwidersprechlich als Volksfeinde definiert, dass es keines besonderen Grunds für die Gewalt gegen sie bedurfte.

Eine sowjetische Gefangene des Außenlagers Neubrandenburg schildert folgendermaßen den SS-Terror: „Prügel und Massenmord an den Frauen durch die Aufseherinnen waren alltägliche Erscheinungen. Sie schlugen für einen frechen Blick, für eine Minute Zuspätkommen zum Appell, sie prügeln die, die versuchten, eine Mohrrübe oder einen Kohlrabi mit ins Lager zu bringen. Sie prügeln im Lager und bei der Arbeit. Der Unterschied war nur, daß sie uns im Lager öffentlich schlugen, aber im Betrieb auf der Toilette geprügelt wurde, damit die Zivilarbeiter es nicht sahen.“¹⁰⁴⁷

Im Bericht eines polnischen Häftlings über das Männerlager heißt es: „Bei uns wurden die Häftlinge durch die Blockältesten, Oberkapos und Blockführer geschlagen. Der Blockälteste schlug, wenn ein Häftling sich beschwerte, daß er eine

zu kleine Brotration erhalten habe. Der Oberkapo, wenn ein Häftling vor ihm die Mütze nicht vom Kopf zog [...]. Der Blockführer schlug für jedes Vergehen, das ihm durch beide Funktionshäftlinge gemeldet worden ist.“¹⁰⁴⁸

Auch im Waldbaulager schlugen die Ausseherinnen die Häftlinge für die geringsten Vergehen und befahlen diesen häufig, „stundenlang mit Ziegeln in den ausgestreckten Händen stehen zu bleiben“¹⁰⁴⁹. Aus Sicht der Einsatzbetriebe, die ihren Lieferverpflichtungen gegenüber der Wehrmacht nachzukommen hatten, erschienen diese Strafen zum Teil als dysfunktional. Ein ehemaliger Oberingenieur der Mechanischen Werkstätten berichtet, er habe eine Aufseherin aufgefordert, einem weiblichen Häftling der sieben Ziegelsteine von den Händen herunterzunehmen „und die Frau zur Arbeit freizugeben, da die Häftlinge von den MWN nicht zum Steintragen ausgebildet seien“¹⁰⁵⁰. Nach der Aussage einer Tschechin soll allerdings auch der Oberingenieur die Frauen geschlagen bzw. zur Bestrafung den Aufseherinnen gemeldet haben¹⁰⁵¹.

Meistens waren die Gefangenen der Gewalt der Aufseherinnen hilflos ausgeliefert. Als ein deutscher Arbeiter der Mechanischen Werkstätten den Alarm auslöste, nachdem er sah, wie eine Gefangene blutig geschlagen wurde, weil sie sich eine Falte ins Kleid genäht hatte, frug man ihn, ob er auch ins KZ wolle¹⁰⁵². Auch Irma Thälmann wurde von einer Aufseherin im Waldbaulager fast bewusstlos geschlagen und sechs Wochen lang im so genannten Bunker in Einzelhaft genommen¹⁰⁵³.

Nach einer Anweisung der SS-Führung von 1943 hatten im Fall einer verhängten Prügelstrafe sowjetische Häftlinge Polen und umgekehrt polnische Gefangene Russen oder Ukrainer zu schlagen. Offenbar bezweckte man damit, die zweifellos vorhandenen Spannungen zwischen Häftlingen unterschiedlicher Nationalität noch verstärken zu können¹⁰⁵⁴.

Neben diesen Züchtigungen von Häftlingen wegen deren angeblichen Fehlverhaltens fanden im Außenlager Neubrandenburg nach Meinung eines ehemaligen Häftlings auch regelmäßig am Montag Hinrichtungen statt¹⁰⁵⁵.

Besonders gefürchtet waren die sonntäglichen Appelle. Es kam vor, „daß alle Gefangenen von 9 Uhr morgens bis 17 Uhr in der eisigen Kälte stehen mußten. Die SS-Frauen gingen zwischen den Reihen hin und her und kontrollierten, ob auch alle Hände draußen waren, vorschriftsmäßig an der Seitennaht der Kleidung und nicht in den Taschen vergraben. [...] Wir Gefangene beobachteten, daß sich in den Reihen Lücken bildeten, dort, wo die Frauen zusammenbrachen, einige, um nie wieder aufzustehen. Die anderen, die von den Kameradinnen gestützt oder von Schlägen hochgetrieben wurden, nahmen ihre Position wieder ein.“¹⁰⁵⁶

Ähnlich wie in Neubrandenburg übten auch in Barth hauptsächlich das SS-Wachpersonal und die Kapos physische Gewalt aus, während Misshandlungen von Seiten deutscher Arbeiter und Vorarbeiter die Ausnahme blieben¹⁰⁵⁷. Der Leiter des Magazins des Heinkel-Werks gab den ihm zugeteilten Arbeitshäftlingen sogar Heringe und Tabak¹⁰⁵⁸. Es gab aber auch in Barth Meister, die die Häftlinge brutal verprügelten, wenn sie mit der Qualität der Arbeit nicht zufrieden waren. Einen polnischen Häftling schlugen zwei Meister so, dass dieser monatelang Blutungen an der Nase hatte¹⁰⁵⁹. Auch Rolf Heinkel wird als brutal geschildert. Er soll einmal einem weiblichen Häftling ein Holzstück ins Auge geworfen haben¹⁰⁶⁰.

Die SS-Aufseher, unter ihnen auch Barther Bürger¹⁰⁶¹, verhielten sich fast ausnahmslos gefühllos, oft unmenschlich brutal gegenüber den Häftlingen. Als besonders grausame Aufseher im Männerlager werden der SS-Rottenführer Bielau und der SS-Unterscharführer Zay geschildert. Der „Boxer“ genannte Zay hatte zum Beispiel die Gewohnheit, während des Antretens zum Appell oder beim Marsch zur Arbeit sich mit einem Knüppel zu verstecken. Dann stürzte er sich plötzlich auf die Häftlinge

und schlug seine Opfer. „Wenn einer der Häftlinge nach einem Schlag so-fort hinfiel, dann kicherte der ‘Boxer’ hochofreut“, schreibt ein Ex-Häftling. Auch in der Werkhalle habe der SS-Mann mehrfach Häftlingen, die sich bei der Arbeit unterhielten, mit einem Hammer auf den Schädel geschlagen. Er soll auch einmal eine so genannte Gymnastik für Kranke und Schwache angeordnet haben, bei der mehrere Häftlinge an Erschöpfung starben¹⁰⁶².

Ein jugoslawischer ehemaliger Häftling konnte den Strafverfolgungsbehörden über eine ganze Reihe von Tötungsdelikten berichten, die bei den Tätern eine Lust am Morden vermuten lässt. So sah der Jugoslawe, wie ein SS-Wachposten die Mütze eines Häftlings über die Postenlinie warf und diesem dann befahl, die Mütze wieder zu holen. Bei dem Versuch, seine Mütze aufzuheben, wurde der Gefangene vom Wachposten erschossen¹⁰⁶³. Der SS-Mann konnte für die Vereitelung eines solchen „Fluchtversuchs“ einen Tag Sonderurlaub bekommen. An der Leiche eines russischen Häftlings, der auf der Flucht erschossen und dann wahrscheinlich von den Hunden der SS zerfleischt wurde, hatten seine Kameraden in einer langen Reihe vorbeizugehen¹⁰⁶⁴. Zwei polnische Häftlinge, deren Fluchtversuch ebenfalls gescheitert war, mussten mit einer Tafel „Wir sind vom Ausflug zurück“ durch das Lager laufen. Abends wurden sie erschlagen¹⁰⁶⁵.

Auch in den Akten der Rostocker Friedhofsverwaltung finden sich Belege für den Mord an Barther Häftlingen, deren Leichname im Krematorium der Hansestadt eingäschert wurden. Unter der Rubrik Todesursache findet sich der Eintrag „Auf der Flucht erschossen“¹⁰⁶⁶. Eine lange Namensliste von auf dem Barther Friedhof beerdigter männlicher Häftlinge verweist auf die hohe Zahl der Opfer von Hunger, Krankheiten und Mord. Wie die Sterbedaten beweisen starben besonders im letzten Vierteljahr des Bestehens des Lagers sehr viele Männer¹⁰⁶⁷. Ein Augenzeuge glaubt, dass täglich im Durchschnitt ein bis drei Häftlinge im Männerlager umkamen. An einem Tag habe man sogar 30 Leichen gezählt¹⁰⁶⁸. Ein bei Heinkel beschäftigter Elektriker sagt aus, dass die Leichen in Kisten gelegt und mit Packpapier zugedeckt wurden. Zusammen mit Flugzeugtragflächen habe man diese Kisten in Eisenbahnwaggons zum Werk Rostock-Marienehe transportiert. Schon dem Augenschein nach konnten diese Männer nicht eines natürlichen Todes gestorben sein¹⁰⁶⁹.

Im Barther Männerlager kamen insgesamt 438 Häftlinge ums Leben. Auffallend hoch ist dabei die Todesrate unter den italienischen Häftlingen¹⁰⁷⁰. Über die Zahl der Todesopfer unter den weiblichen Gefangenen lassen sich keine genauen Angaben machen, weil die erschöpften, kranken oder der Sabotage bezichtigten Frauen zur Vernichtung ins Stammlager Ravensbrück zurückgebracht wurden. Auch unter den Frauen starben einige an den Folgen der Gewalt, die ihnen die Aufseherinnen zufügten. Wie die SS-Männer legten auch die weiblichen SS-Wachleute bei der Misshandlungen der Häftlinge alle Hemmungen ab. Einige Häftlinge sahen keinen anderen Ausweg mehr, als sich in den Starkstromzaun zu stürzen. Noch über viele Jahre erinnert sich eine Überlebende an den letzten Schrei einer 16-jährigen Weißrussin, die sich im Sommer 1944 aus Verzweiflung in den Zaun stürzte¹⁰⁷¹.

Wie in Neubrandenburg und Barth so herrschte auch in den Lagern Karlshagen, Neustadt-Glewe und Boizenburg der Terror. Ein deutscher Häftling des Lagers Karlshagen konnte sich später nur noch an „Mißhandlungen von Häftlingen untereinander“ erinnern. In der Regel habe es sich dabei um Blockälteste gehandelt, die, wie auf Seiten der SS von ihnen erwartet, ihre Kameraden quälten¹⁰⁷². Ein anderer Gefangener, der in der Fertigungshalle in Peenemünde eingesetzt war, sagt aus, er sei bei dem Versuch, „aus der Abfallkiste Kartoffelschalen mitzunehmen“, von einem SS-Mann zusammengeschlagen worden¹⁰⁷³. Nach der Aussage eines polnischen Häftlings sollen auch zivile Meister mehrere Gefangene mit dem Spaten erschlagen

haben¹⁰⁷⁴. Im Oktober 1943 schlug ein SS-Mann aus Wut über die Flucht eines russischen Häftlings einem Belgier mit einem Spaten auf den Schädel, so dass dieser starb¹⁰⁷⁵.

Fluchtversuche wurden in aller Regel mit dem Tod bestraft. Ein aus Polen stammender Häftling erinnert sich daran, dass einmal ein Häftling bei Außenarbeiten floh. Der Mann sei aber wiederergriffen worden „und stand im Lager auf der Lagerstraße einen Tag und eine Nacht und als wir abends wieder ins Lager kamen, war er nicht mehr da“¹⁰⁷⁶. Ein weiterer Häftling versteckte sich im Schilf des Kolpinsees, wurde aber entdeckt und dann in Anwesenheit sämtlicher Häftlinge gehängt¹⁰⁷⁷. Gerade die als Sicherheitsverwahrte vom KZ Buchenwald nach Peenemünde überstellten Häftlinge sollten unter keinen Umständen lebend das Lager verlassen¹⁰⁷⁸. Es wird behauptet, dass sogar die Häftlinge, die ermordete oder an Erschöpfung gestorbene Kameraden zu begraben hatten, als „Geheimnisträger“ mit ihrer Ermordung rechnen mussten¹⁰⁷⁹.

Die jüdischen Häftlinge des Außenlagers Boizenburg waren zwar wegen des Arbeitskräftemangels der Rüstungsindustrie dem Vernichtungslager Auschwitz entkommen. In der Logik des Beschlusses zur „Endlösung“ der Judenfrage konnte ihre Verschleppung in den Elbort jedoch nicht mehr als ein Aufschub ihrer Ermordung sein. Dem entsprechend wertlos war für das SS-Wachpersonal in Boizenburg das Leben der 400 Jüdinnen. Ein ehemaliger Häftling schreibt: „Die Lieblingsbeschäftigung der SS-Frauen zeichnete sich dadurch aus, daß sie uns nach zwölf Stunden Arbeit mit dem kalten Wasser aus den Fässern, die für den Brandfall bestimmt waren, bespritzt haben. Dabei mußten wir so lange ausharren, bis unsere Kleidung an den Körpern gefror. Mein Bein erfror über dem Knöchel.“¹⁰⁸⁰ Auf Befehl des Lagerkommandanten mussten die Häftlinge im Winter 1944 oftmals noch nach der Arbeit auf dem Hof fünfzigmal im Kreis laufen. Eine Jüdin brach dabei zusammen und starb eine Stunde später an der Überanstrengung¹⁰⁸¹. Nach der Aussage einer Überlebenden soll eine Aufseherin allein drei Häftlinge ermordet haben¹⁰⁸². Der weibliche Häftling sah, wie die SS-Frau aus dem Gebiss der noch warmen Leichname Goldzähne herausbrach¹⁰⁸³.

Im Außenlager Neustadt-Glewe war das Schlagen von Häftlingen übliche Praxis. Eine SS-Aufseherin rechtfertigte sich nach dem Krieg, sie habe lediglich „arbeits-scheue“ Häftlinge geschlagen. Zwei andere Häftlingen habe sie mit Essensentzug bestraft, weil diese sich geprügelt hätten. Ferner musste eine Häftlingsfrau eine Stunde am Lagertor stehen, weil diese der SS-Aufseherin unsympathisch war. Berichte über Morde an Häftlingen beziehen sich auf die letzten Tage der Befreiung. Neustädter Häftlinge dürften aber wohl selten eines gewaltsamen Todes, sondern hauptsächlich an Unterernährung und Krankheiten gestorben sein. Die SS, die die Häftlinge von anderen Lagern nach Neustadt-Glewe gewaltsam verschleppt hatte, nahm aber in menschenverachtender Weise den Tod der Häftlinge in Kauf. Die Verantwortung für das Elend im Lager wollte niemand übernehmen. Eine SS-Aufseherin berief sich 25 Jahre später zu ihrer Verteidigung auf Befehle des Lagerkommandanten. Dessen Aufenthaltsort aber war unbekannt¹⁰⁸⁴.

Verweigerung und Widerstand

Konflikte am Arbeitsplatz und in den Zwangsarbeiterlagern waren durch die diskriminierende Behandlung der Ausländer programmiert. Dies war auch den deutschen Sicherheitsbehörden bewusst, die sich daher für die Einstellungen der ausländischen Zivilarbeiter interessierten und unerwünschtes Verhalten als staatsfeindlich einstuften

konnten. Tatsächlich ist die Zahl der politisch motivierten Aktionen von Widerstand aber relativ klein. Typischer für das Verhalten der Zwangsarbeiter auch in Mecklenburg und Vorpommern erscheinen individuelle spontane Gegenreaktionen auf die harten Arbeitsbedingungen und die Vielzahl der Verbote.

Einen größeren Handlungsspielraum hatten die Zivilarbeiter aus den besetzten Ländern Westeuropas und bis zum Sommer 1943 italienische Vertragsarbeiter, die die Möglichkeit hatten, nach dem Ende der Vertragsdauer in ihre Heimat zurückzukehren. Diese dringend benötigten Arbeitskräfte konnten mit guten Erfolgschancen Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen einfordern. So protestierten besonders italienische Arbeiter gegen die schlechte Verpflegung. Im Kriegstagebuch der Stettiner Rüstungsinspektion wird im Sommer 1941 vermerkt: „Die Italiener verweigern die deutsche Kost, benehmen sich anspruchsvoll und rüpelhaft. Verhaftungen durch die SS wurden notwendig. Nach Ansicht der Betriebsführer ist die Arbeitsleistung der Italiener nur 1/3 bis 1/4 derjenigen eines deutschen Arbeiters.“¹⁰⁸⁵ Am 22. August 1941 beteiligten sich rund 80% der 287 in den Rostocker Heinkel-Werken beschäftigten Italiener an einer Protestkundgebung in den Gemeinschaftsräumen und hinderten Arbeitswillige am Einsatz. Die Streikenden wurden schließlich von der Polizei aus den Betten geholt. Als Begründung für ihre Arbeitsverweigerung gaben die italienischen Arbeiter an, nicht genügend zu essen bekommen zu haben¹⁰⁸⁶. Einen noch größeren Umfang nahm ein Streik italienischer Vertragsarbeiter in Peenemünde an. Im Herbst 1941 legten hier 500 Italiener die Arbeit nieder, weil ihr Arbeitsvertrag einseitig um weitere sechs Monate verlängert werden sollte. Nach Verhandlungen fand sich etwa die Hälfte der Streikenden dazu bereit, die Arbeit wiederaufzunehmen. Die übrigen Italiener weigerten sich weiter¹⁰⁸⁷ und piffen den italienischen Lagerführer bei einer Rede aus. Auch in diesem Fall griff die Polizei ein¹⁰⁸⁸.

Ebenfalls 1941 kam es zu einem Ausstand von 56 ungarischen Arbeitern in den Rostocker Heinkel-Werken. Erst durch Vermittlung des Treuhänders der Arbeit und nach Verhaftung von vier Ungarn durch die Gestapo konnten die Streikenden zur Arbeitsaufnahme bewegt werden¹⁰⁸⁹. Schon 1940 hatten sich mecklenburgische Unternehmer unzufrieden über das Verhalten tschechischer Arbeiter geäußert. Ein Doberaner Zulieferbetrieb der Luftrüstung berichtete: „Die Tschechen bildeten einen Unruheherd und ließen in ihren Leistungen nach. Da eine vom Reichstreuhänder der Arbeit genehmigte Lohnherabsetzung auch keine Änderung herbeiführte, mussten wir uns im Einvernehmen mit der DAF und dem Arbeitsamt entschließen, drei tschechische Dreher wegen mangelnder Arbeitslust zu entlassen.“ In einem anderen Betrieb wurden zwei tschechische Arbeiter „wegen Widerspenstigkeit durch die Gestapo verhaftet“¹⁰⁹⁰.

Sowjetische Zwangsarbeiter mussten generell für Beteiligungen an Arbeitsniederlegungen mit drakonischen Strafen rechnen. Dennoch kam es vor, dass auch Gruppen von russischen Arbeitern in Mecklenburg die Arbeit verweigerten¹⁰⁹¹. Beim Streik russischer Zivilarbeiter im Presswerk der Heinkel-Werke Anfang Februar 1943 dürfte es sich um einen seltenen Fall kollektiven Widerstands gehandelt haben. Auch hier ist von einem spontanen Protest auszugehen. Die Russen protestierten gegen das schlechte Essen und bewarfen deutsche Arbeiter mit Steinen, als diese sie zur Werkstatt bringen sollten. Die „Rädelsführer“ unter den „Ostarbeitern“ wurden verhaftet¹⁰⁹².

Im Unterschied zu den wenigen überlieferten Spontanstreiks entwickelte sich die zumeist individuelle Flucht von Zwangsarbeitern im Laufe des Krieges zu einem von den Sicherheitsbehörden ernstzunehmenden Massenphänomen. Im August 1942 befanden sich schätzungsweise 30.000 „Ostarbeiter“ und 9.000 Polen auf der Flucht im Reich¹⁰⁹³. Schon für den Herbst 1941 lagen Schätzungen vor, dass 30% der in

Deutschland eingesetzten Niederländer vertragsbrüchig geworden waren¹⁰⁹⁴. Die russischen Zwangsarbeiter besaßen keine realistische Chance, in ihre Heimat fliehen zu können. Sie könnten aber gehofft haben, ebenfalls nach Deutschland verschleppte Familienangehörige wiederzufinden. Von Stralsund aus gelang es aber auch mehrmals Kriegsgefangenen, mit Hilfe von Motor- oder Segelbooten nach Schweden zu entkommen¹⁰⁹⁵. Im Fährhafen Saßnitz sollen sich sowjetische Kriegsgefangene unter den Böden von Transitwagen versteckt haben. Mit der Fähre hätten sie so ins schwedische Trelleborg fliehen können¹⁰⁹⁶. Ein Bützower, zeitweilig Wachmann in den Heinkel-Werken, schreibt, dass er einen geflohenen „Ostarbeiter“, dem die Verhaftung drohte, zwei Monate lang bis zum Kriegsende versteckt hielt¹⁰⁹⁷. Die Arbeitsflucht polnischer Arbeiter hatten die Betriebe, so der Bürgermeister von Barth, unverzüglich der Ortspolizeibehörde zu melden¹⁰⁹⁸. Oft konnten die polnischen Zivilarbeiter im Generalgouvernement gefasst und wieder zum Arbeitseinsatz ins Reich gebracht werden. Die Pommersche Eisengießerei konnte die Adressen zweier geflohener Polen ermitteln, weil diese ihren polnischen Kollegen im Arbeitslager Briefe aus der Heimat geschickt hatten¹⁰⁹⁹. 1941 häuften sich in diesem Betrieb die Fälle von Arbeitsflucht unter den polnischen Zivilarbeitern. Die Firma schrieb daraufhin an die Kriminalpolizei: „Es wäre wünschenswert, wenn diesem dauernden Fortlaufen der Polen endlich Einhalt geboten würde.“¹¹⁰⁰ Auch die Müller-Werke in Bad Doberan mussten zur Kenntnis nehmen, dass einige ihrer qualifizierten tschechischen Metallfacharbeiter aus dem Weihnachtsurlaub nicht wieder zurückkehrten. Die Firma zeigte an einer zwangsweisen Rückführung der mit den Bedingungen in Deutschland offensichtlich unzufriedenen Tschechen jedoch kein Interesse¹¹⁰¹. Wohl zum Teil beeinflusst durch einem Kreis von Widerstandskämpfern kehrten einige hundert niederländische Arbeiter nach ihrem Weihnachtsurlaub Anfang 1943 nicht wieder an ihre Arbeitsplätze in Peenemünde zurück¹¹⁰². Die Staatspolizeileitstelle Stettin nahm daraufhin Ermittlungen auf, um die Hintergründe der Flucht aufzuklären¹¹⁰³. Trotz aller Zwangsmittel sollte sich aber die Zahl der flüchtenden ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen bis zum Kriegsende auf ein hohes Niveau einpendeln.

Den scharf bewachten KZ-Außenlagern zu entkommen, war fast aussichtslos. Dennoch gelang einigen Häftlingen die Flucht. Dies belegen auch Fluchtmeldungen der Schutz- bzw. Kriminalpolizei. So suchte man im Sommer 1944 zwei aus dem Außenlager Barth entwichene Russen¹¹⁰⁴. Im Dezember des Jahres wurde nach zwei polnischen Häftlingen gesucht, die aus dem KZ-Frauenlager in Neubrandenburg geflohen waren¹¹⁰⁵. Im Februar 1945 fahndete man nach einer Ukrainerin und einer Russin, denen die Flucht aus dem Außenlager in Neustadt-Glewe gelungen war¹¹⁰⁶. Einer deutschen Gefangenen des Außenlagers Barth gelang zwar mit Hilfe eines Meisters der Heinkel-Werke die Flucht. Der Werkmeister hatte der Frau eine Bahnfahrkarte gekauft und sie während eines Luftalarms durch die Umzäunung gelassen. Die Flüchtige wurde aber im Zug von einem anderen Meister erkannt und festgenommen. Die Häftlinge mussten wegen dieses Fluchtversuchs Strafestehen. Scheinbar richtete sich der Wut einiger der so gemäßregelten Gefangenen gegen die wiederergriffene Häftlingsfrau. Der Häftling soll sogar von einigen Kameradinnen geschlagen worden sein.

Eine Polin wurde nach einem gescheiterten Fluchtversuch vor allen Häftlinge geprügelt, in den Bunker geworfen und schließlich ins Stammlager transportiert¹¹⁰⁷. Einmal soll ein Ribnitzer einem weiblichen Häftling in Barth zur Flucht verholfen haben. Der Mann wurde daraufhin selbst ins KZ Ravensbrück eingeliefert¹¹⁰⁸. Ein ehemaliger Gefangener bezeichnet die Fluchtvorbereitungen unter Barther Häftlingen als

eine Lagerpsychose. So „wurde Brot und Verbandszeug gesammelt, damit nach der Flucht Nahrung und Kraft ausreichen, um soweit wie möglich sich vom Lager entfernen zu können.“ Ein sowjetischer Häftling soll wegen Fluchtvorbereitungen mit dem Tod bestraft worden sein¹¹⁰⁹.

In Neubrandenburg unternahm mehrmals polnische Häftlinge Fluchtversuche. Zwei bald schon wieder festgenommene Warschauer Studentinnen überlebten die Flucht nur wenige Tage. Sie hatten sich bei sehr kalten Temperaturen in der Arrestzelle nur eine Decke zu teilen und starben an Erfrierungen¹¹¹⁰. Eine andere Frau scheiterte bei dem Versuch, mit einer in den Mechanischen Werkstätten mitgenommenen Isolierzange den Elektrodraht zu durchtrennen. Sie fiel über einen Stolperdraht und stürzte in den Starkstromzaun¹¹¹¹. Drei Polinnen, die im Herbst 1943 in einem Auto flohen, das das Lager mit Lebensmitteln belieferte, wurden ergriffen und zur Bestrafung nach Ravensbrück gebracht¹¹¹². Ein Deutscher, der als Bauarbeiter im Waldbaulager tätig war, weiß von einem nächtlichen Ausbruchversuch. Die Häftlinge hätten die Äste der nahe am Zaun stehenden Bäume genutzt, um die Umzäunung zu überwinden. Dieser Fluchtversuch sei jedoch misslungen. Zwei andere geflüchtete Häftlinge habe man nach zwei Tagen wieder fassen können¹¹¹³.

Es sind aus Neubrandenburg aber auch einige Beispiele erfolgreicher Fluchtversuche überliefert. Deutsche Werksangehörige und Fremdarbeiter waren es, die dies ermöglichten. Ein ehemaliger Meister der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg berichtet, eine inhaftierte Französin habe ihn eines Tages gefragt, ob er ihr nicht Zivilkleider ins Werk bringen könnte. Seine „Mutter, die damals schon alt war, aber noch im Werk arbeitete, zog sich an den folgenden Tagen bestimmte Kleidungsstücke doppelt an. So kam nach und nach alles zusammen, was eine Frau braucht. Ein paar Tage später war die Französin verschwunden.“¹¹¹⁴ In ähnlicher Weise besorgten in den Mechanischen Werkstätten eingesetzte polnische Zwangsarbeiter ihren im KZ inhaftierten Landsleuten Zivilkleidung¹¹¹⁵. Zwei Polinnen konnten nach ihrer Flucht im Zwangsarbeiterlager unterschlüpfen. Hier gelang es den geflohenen KZ-Häftlingen, sich in einem Erdloch unter dem Fußboden einer Baracke bis zum Einmarsch der Roten Armee zu verstecken¹¹¹⁶.

Mehrere weibliche polnische KZ-Häftlinge konnten mit Hilfe antifaschistischer Widerstandskämpfer und polnischer Zivilarbeiter befreit werden. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als einige Gefangene sich der Sabotage verdächtigt fühlten und mit ihrem Transport nach Ravensbrück rechnen mussten. Die Originalpersonaldokumente der Häftlinge wurden aus dem Lager geschmuggelt und von Angehörigen der Widerstandsorganisation mit Namen deutscher Belegschaftsmitglieder versehen. Als Kontrolleurin oder Aufseherin verkleidet sollten die Häftlinge das Lager verlassen. Dafür hatten sie sich ähnliche Bekleidung zu beschaffen, wie sie die SS-Aufseherinnen trugen. Beim Verlassen des Werkes mussten die verkleideten Häftlinge sich akzentfrei mit „Heil Hitler“ verabschieden¹¹¹⁷.

Am 16. Februar 1945 gegen 18 Uhr gelang acht Frauen die Flucht. Zunächst versteckte man die Häftlinge im Schuppen eines Kohlenhändlers¹¹¹⁸. Dann fanden die geflohenen Frauen bei deutschen Mitgliedern der „Revolutionären Komitees Nord“ und im Privatquartier eines polnischen Zivilarbeiters Unterschlupf. Vier Häftlinge wurden von einer deutschen Familie auf dem Dachboden ihres Hauses versteckt. Ein in diesem Haus wohnender Pole installierte auf dem Boden eine Klingel, die bei Gefahr von der Wohnung aus betätigt werden konnte. Glücklicherweise unternahm ein Neubrandenburger Polizist, der von dem Versteck wusste, nichts gegen die Häftlinge und deren Helfer¹¹¹⁹.

Besonders spektakulär verlief die Flucht von zehn sowjetischen KZ-Häftlingen vom Fliegerhorst in Peenemünde. Unter ihnen befand sich auch ein abgeschossener

Jagdflieger, der vom KZ Sachsenhausen ins Ravensbrücker Außenlager Karlshagen verlegt worden war. Hier gelang es ihm, durch den Identitätswechsel mit einem verstorbenen Mithäftling seine Flugkenntnisse zu verheimlichen¹¹²⁰. Als die Gefangenen am 8. Februar 1945 mit dem Schneeschieber Flugzeuge und die Rollbahn freischaufeln mussten, überwältigten sie einen Wachsoldaten und bemächtigten sich einer startbereiten He 111¹¹²¹. Verfolgt von deutschen Jagdflugzeugen entkamen die Russen und landeten von einer sowjetischen Flak angeschossen hinter der Frontlinie in der Nähe von Stargard.

Neben der Flucht sahen die Arbeitseinsatzbehörden in der Leistungszurückhaltung, Arbeitsverweigerung und Sabotage die Hauptprobleme. Der Vorwurf der „Bummelei“ wurde auch in mecklenburgischen Betrieben erhoben. Ob diese Beschuldigungen den Tatsachen entsprachen und wie das Bummeln motiviert war, lässt sich nicht mehr ermitteln. Arbeitsverweigerungen blieben wegen der zu erwartenden Bestrafungen sehr selten. Es gibt allerdings Berichte über den Widerstand sowjetischer KZ-Häftlinge gegen ihren Einsatz in der Rüstungsindustrie, namentlich in den Heinkel-Werken in Barth und in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg. In Neubrandenburg soll es zudem noch einige Frauenhäftlinge gegeben haben, die aus religiösen Gründen an gewissen Tagen nicht arbeiten wollten. Zur Strafe dafür mussten diese Frauen einen Tag lang am Tor stehen¹¹²².

In der Abteilung Feinmontage soll es zu mehreren Streiks gekommen sein, einmal gegen eine Bestrafung, das andere Mal gegen eine geplante Normerhöhung. Ein Meister wollte in diesem Fall zwölf Häftlinge über die übliche Schichtzeit in der Fabrik beschäftigen. Die SS war aber offenbar mit dieser Entscheidung nicht einverstanden und führte die Häftlinge ins Lager. Nach dem Bericht einer Slowenin sollen in diesen beiden Auseinandersetzungen die Werksleitung und die Lagerleitung gegensätzlicher Meinung gewesen sein¹¹²³. Eine Russin berichtet, dass sie in Neubrandenburg zusammen mit einigen Kameradinnen aus Protest gegen das ungenießbare Essen einmal die Nahrungsaufnahme verweigert habe. Dafür seien die Frauen grausam geschlagen worden¹¹²⁴.

Eine Polin erinnert sich, dass einige Rotarmistinnen gegen ihre völkerrechtswidrige Behandlung protestierten und sich weigerten in dem Neubrandenburger Rüstungswerk zu arbeiten. Sie wurden von den SS-Aufseherinnen verprügelt und hatten ohne Essen stundenlang auf dem Appellplatz zu stehen¹¹²⁵, „Bis Ihr einwächst!“¹¹²⁶, wie den Häftlingen höhnisch zugerufen wurde. Nachdem diese Strafmaßnahme keinen Erfolg zeitigte, zwang man die russischen Soldatinnen zu schmutzigen Bau- und Lagerarbeiten¹¹²⁷. Später eintreffende Transporte von Rotarmistinnen wurden sofort nach ihrem Eintreffen mit Gewalt in die Fabrik getrieben¹¹²⁸.

Auch aus dem Barther Frauenlager sind Beispiele von politisch motivierten Streiks mehrheitlich sowjetischer Häftlinge überliefert. So weigerte sich eine im Winter 1944 von Ravensbrück nach Barth transportierte Häftlingsgruppe für die Heinkel-Werke zu arbeiten. Eine gefangene Rotarmistin erklärte sinngemäß dem Lagerkommandanten: Wir weigern uns nicht zu arbeiten, aber wir weigern uns, Waffen herzustellen, die für die Vernichtung unserer Nächsten und unserer Verwandten bestimmt sind. Erfolglos beriefen sich die Frauen dabei auf die Genfer Konvention¹¹²⁹. Um diesen Widerstand zu brechen, schlug die Polizei oder SS die Frauen, dann stellte man Arbeitswilligen Brot, Butter, Marmelade und Ausruhezit in Aussicht. Als diese „Angebote“ nicht angenommen wurden, mussten die Arbeitsverweigerinnen sich die Schuhe, Strümpfe und Hosen ausziehen und wurden mit Wasser übergossen. So hatten die Frauen bei winterlichen Temperaturen auf dem Appellplatz zu stehen. Nach zwei Tagen fielen die Ersten um. Die Streikenden wurden einem Wechselbad von Folte-

rungen und Versprechungen ausgesetzt. Einige Gefangene gaben nach diesen Torturen ihren Widerstand auf. Es schlossen sich aber nun auch Tschechinnen und Jugoslawinnen dem Kampf an. Zwei jugoslawische Häftlinge wurden vor den Augen ihrer Kameradinnen von Hunden der SS-Wachmannschaft zerrissen. Nachdem schwächere Häftlinge sich dem Willen der SS gebeugt hatten, weigerten sich nur noch wenige Häftlinge, darunter zehn weibliche Kriegsgefangene. Diese warf man für einige Tage in den kalten und nassen Karzer, damit sie den Namen der Rädelsführerin preisgaben¹¹³⁰. Den streikenden Frauen drohte man, dass drei der arretierten Häftlinge erschossen würden, wenn sie den Streik nicht abbrächen¹¹³¹. Daraufhin, scheinbar auch auf Anweisung eines illegalen Lagerkomitees, gaben die Häftlinge ihren Widerstand auf, beschlossen aber, nach Möglichkeit Sabotage zu betreiben¹¹³².

Die tagelange Folter soll auch von Barthern von den Dächern benachbarter Wohnhäuser beobachtet worden sein¹¹³³. Die Brutalitäten habe bei einigen Kollegen Empörung hervorgerufen, kann sich ein ehemaliger Heinkel-Arbeiter erinnern¹¹³⁴. Davon ließ sich die SS freilich nicht beeindrucken.

Überliefert ist auch die Geschichte der jungen Ukrainerin Vera Snisarenko, ihren Heldenmut und ihr schreckliches Ende. Man hatte das 17-jährige Mädchen in ihrem Heimatdorf verschleppt und zur Arbeit in einer Hamburger Reifenfabrik gezwungen. Als bei der Untersuchung der Zwangsarbeiterunterkunft in ihrem Strohsack Bilder von Lenin und Stalin gefunden wurden, brachte man die Zwangsarbeiterin in die Strafanstalt Fuhlsbüttel und schließlich ins KZ Ravensbrück¹¹³⁵. Im Winter 1944/45 kam Snisarenko mit einer größeren Gruppe sowjetischer Häftlinge ins Barther Frauenlager¹¹³⁶. Als sie sich weigerte, in der Flugzeugfabrik zu arbeiten, begoss man sie mit Wasser und ließ sie mit der durchnässten Kleidung im Hof stehen. Als Folge dieser Misshandlung zog sich die Gefangene eine Lungenentzündung zu und erkrankte anschließend an Tuberkulose. Krank transportierte man sie nach Ravensbrück zurück. Dort wurde das junge Mädchen von der Stubenältesten gequält und hatte auch bei hohem Fieber zum Appell anzutreten. Zehn Monate lag sie krank im Revier¹¹³⁷. Wenige Wochen vor dem Kriegsende schickte man Vera Snisarenko vielleicht im Stammlager, möglicherweise auch im Jugend-Konzentrationslager Uckermark zur Vernichtung in die Gaskammer¹¹³⁸.

Nur selten führten Arbeitsniederlegungen für KZ-Häftlinge zum Erfolg. Ein Beispiel ist aber auch aus dem Barther Heinkel-Werk überliefert. Eine sowjetische ehemalige Gefangene schreibt, dass sie einmal zusammen mit ihren Kameradinnen das Essen verweigert habe, da man ihnen eine Spinatsuppe vorsetzte, „in der mehr Raupen als Spinat waren“. Häftlinge anderer Nationalität hätten den Protest der sowjetischen Frauen unterstützt. Am folgenden Tag ging niemand an die Drehbänke. Der Betrieb, der die Arbeitsleistung dringend benötigte, lenkte daraufhin ein. „Raupen kochte man uns künftig nicht mehr in der Suppe“, erinnert sich die Russin. Für die Häftlingsfrauen war dies ein Sieg¹¹³⁹.

Häufiger als über individuelle oder kollektive Arbeitsverweigerungen berichten ehemalige Zwangsarbeiter, Arbeitshäftlinge und deutsche Widerstandskämpfer über verdeckte Sabotageakte oder Geheimnisverrat in der Rüstungsindustrie. Über den Widerstand in den Wismarer Dornier-Werken wird berichtet, dass die Parole „Ar-beite langsam!“ ausgegeben wurde. Mit dieser „Bummelei“ hätte eine Gruppe deutscher Arbeiter und sowjetische Kriegsgefangene die termingetreue Ablieferung der Militärmaschinen verhindern wollen. Die Männer brachten wiederholt Motoren und Kompressoren zum Ausfall, wodurch dann ganze Abteilungen des Betriebes ohne Pressluft waren und nicht produzieren konnten¹¹⁴⁰. Beschädigt wurden außerdem

eine Ölscheideanlage und Pressen, die dann tagelang für die Produktion ausfielen¹¹⁴¹.

Im Dezember 1942 entdeckte man auch in den Rostocker Heinkel-Werken Sabotage an einer He 111. In die Handölpumpe war ein kleines Papierknäuel gestopft, während eine Gummischeibe, die Kraftstoffzufuhr verhinderte. Bei vier anderen Maschinen des gleichen Bautyps war die Sauerstoffanlage unbrauchbar gemacht worden¹¹⁴². Ein russischer Kriegsgefangener hatte Sauerstoffleitungen zerschnitten¹¹⁴³. Im März 1943 meldete die Gestapo weitere Zerstörungen an Pumpen und Tragflächen von Heinkel-Maschinen¹¹⁴⁴. Zeitweilig musste das Einfliegen der Flugzeuge sogar eingestellt werden¹¹⁴⁵. Außerdem sollen Mitglieder einer Widerstandsgruppe, der Deutsche, polnische Zivilarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene angehörten, Werkzeugmaschinen beschädigt und damit Ausfallzeiten verursacht haben¹¹⁴⁶. Neben diesen Sabotageaktionen ist auch die Beteiligung von ausländischen Beschäftigten an der Weitergabe geheimer Baupläne der Heinkel-Werke überliefert. Ein in Deutschland aufgewachsener Pole, der als technischer Angestellter im Werk Marienehe tätig war, gab über seinen Vetter Pläne der Werke in Rostock und Wien an eine polnische Widerstandsgruppe weiter¹¹⁴⁷. Auch einem anderen Kreis von Widerstandskämpfern, dem Polen, Franzosen und Russen angehörten, gelang es, Konstruktionspläne aus dem Rostocker Werk zu schmuggeln. Die Risszeichnungen wollte man der Roten Armee übergeben¹¹⁴⁸.

Einer im Rostocker Osthafen aktiven Gruppe von deutschen und sowjetischen Arbeiter ist es gelungen, drei Betriebe für zwei Tage stillzulegen¹¹⁴⁹. Nach einem Bombenangriff, bei dem viele Stabbrandbomben und Brandplättchen abgeworfen worden waren, konnten sie die auf dem Werksgelände der Firma Meinke befindliche Umformerstation durch Brandplättchen zerstören. Ferner soll diese Widerstandsgruppe im Osthafen Ruderanlagen für Schnellboote und Grundwannen für Flugzeuge beschädigt haben¹¹⁵⁰.

Sabotageakte werden auch in mehreren Berichten ehemaliger Barther und Neubrandenburger Häftlinge beschrieben. Eine in den Mechanische Werkstätten Neubrandenburg eingesetzte Russin schreibt, dass die Häftlinge im Lager in der Abwesenheit des Meisters besonders empfindliche Geräte auf den Boden warfen oder Leitungen abrisen¹¹⁵¹. Ihre Gefühle bei der Sabotage beschreibt eine Jugoslawin folgendermaßen: „Zu Beginn fürchtete ich mich ein wenig. Dann aber verdarb ich die kleinen Gestelle mit innerer Genugtuung und Genuß. Dann aber nicht mehr mit Genuß, sondern aus einem Pflichtgefühl unseren Männern und Frauen gegenüber, die in den Wäldern und Bergen unserer Heimat kämpften.“ Wie gefährlich diese Sabotagearbeit war, wussten die Häftlinge genau. Eine andere Jugoslawin berichtet: „Der Haufen der kleinen Geräte, die wir anfertigten, wuchs und wurde immer größer. Der Obermeister war damit zufrieden. Wir aber waren noch zufriedener. Wir wußten, daß sie niemals die für sie bestimmte Arbeit leisten können, denn wir machten sie nach der Kontrolle mit einem sanften Druck unschädlich.“ Als einmal mehrere Kisten beschädigter Teile an die Abteilung zurückgesandt wurden, hatten die Frauen berechtigte Furcht vor Bestrafung, blieben aber einstweilen verschont¹¹⁵².

Erfahrungen lehrten die Häftlinge, über die Sabotage auch gegenüber Kameradinnen zu schweigen. Eine Russin schreibt: „Ich machte an einer Maschine Löcher in Metallzylinder. Es genügte, die Löcher ein wenig zu deformieren oder sie etwas größer zu machen“, um Ausschuss zu produzieren. „Wenig später haben wir aufgehört, uns zu erzählen, was jeder von uns machte. Das war unsere gewöhnliche Aufgabe auf jedem Posten geworden.“¹¹⁵³ Aber auch wenn die Häftlinge die Namen der Saboteurinnen nicht verrieten, konnte die Prüfabteilung der Mechanischen

Werkstätten doch über Laufzettel die Verursacherinnen der Produktionsfehler ermitteln. Zwei Polinnen wurden bei Sabotagearbeiten gefasst und in Ravensbrück gehängt¹¹⁵⁴. Eine junge Polin widerstand auch den Vernehmungsmethoden des Folterspezialisten Ramdor, der aus dem Häftling Auskünfte über weitere Saboteurinnen herauszupressen versuchte. Das im November 1944 im Stammlager vollstreckte Todesurteil hatte eine andere Polin vor den Häftlingen im Außenlager Neubrandenburg in mehreren Sprachen vorzulesen¹¹⁵⁵. Schon im Sommer 1944 hatte die Gestapo gegen Häftlinge ermittelt, die Manipulationen an Bombenabwurfgeräten vorgenommen hatten. Die Beschädigungen hatten dazu geführt, dass zwei Bomber explodiert waren. Die Saboteurinnen konnten indes nicht ausfindig gemacht werden¹¹⁵⁶.

Auch bei den Saboteuren in der Barther Heinkel-Filiale handelte es sich scheinbar zumeist um sowjetische Gefangene oder politische Häftlinge. Iraida Schoschkina schreibt: „In unserer Fabrikhalle wurden linke Flugzeugtragflächen produziert. Ich beeilte mich nicht, die erforderlichen Arbeitsgänge zu erlernen. Die Meister schickten mich von einer Stelle zur anderen. Ich begann zu bohren und durchbohrte mir den Finger. Man stellte mich an, Nieten zu entfernen, und beinahe brach ich mir einen Finger. Die Folge war, daß ich erneut nicht arbeiten konnte. Man befahl mir, mit einem Preßlufthammer Nieten einzuschlagen – ich hämmerte so, daß die Nieten herausfielen und ein großes Loch entstand. Danach überzog ich die Löcher mit Farbe. So übte ich, wie viele andere, Sabotage.“¹¹⁵⁷ Eine andere Gefangene, deren Mutter in Ravensbrück ermordet worden war, schweißte Metallplatten nur an der Oberfläche fest zusammen. Einmal rief ein Werkingenieur die Häftlingsfrauen einer Abteilung zusammen, weil in einem Tragflügel bei Untersuchungen Werkzeug gefunden worden war. Wenn noch einmal Hämmer und Zangen in einer Tragfläche vergessen werden sollten, würde dies Folgen haben, drohte der Heinkel-Angestellte¹¹⁵⁸. Nach Angaben einer anderen Russin waren die Verursacherinnen für die Schäden an den Tragflügeln der Jagdflugzeuge schwer zu identifizieren, weil die Häftlinge an einem Transportband arbeiteten. In einem Sabotagefall wurde dann gewöhnlich die ganze Gruppe mit Essensentzug bestraft¹¹⁵⁹. Eine weitere sowjetische Gefangene erwähnt, dass auch deutsche Kommunisten in der Heinkel-Belegschaft sich an diesen Sabotageaktionen beteiligt waren¹¹⁶⁰.

Einige deutsche Meister sollen zumindest die Ausschussproduktion zu einem gewissen Grad geduldet haben, obwohl der Verdacht der Sabotage nahe lag. Wenn der Werkmeister der Halle 2 am Schichtende Ausschuss entdeckte, forderte er die Häftlingsarbeiterinnen auf, die Fehlprodukte schnellstens wegzuräumen. Dabei schimpfte er „Krieg – Scheiße, Hitler – Scheiße!“¹¹⁶¹. Es gab aber auch Verräter unter den Häftlingen, wie eine Russin aus eigener Erfahrung zu berichten weiß. Der SS-Aufseherin wurde zugetragen, die sowjetische Gefangene habe noch weitere Häftlinge zur Sabotage überreden wollen. Die Aufseherin drückte der denunzierten Russin daraufhin ein glühendes Eisenstück ans Bein, so dass diese vor Schmerz ohnmächtig wurde¹¹⁶². Weil die sowjetische Lagerälteste ähnliche Denunziationen nicht sogleich an die SS weiterleitete, soll diese an der Spitze der Häftlingshierarchie stehende Frau ihre Funktion verloren haben und ins Stammlager zurückgebracht worden sein¹¹⁶³.

Das Ausmaß des Schadens, den die Barther und Neubrandenburger Arbeitshäftlinge durch Beschädigungen von Flugzeugteilen und Maschinerie verursachten, ist nicht zu ermitteln. Mit scharfer Bewachung und drakonischen Strafen erhöhte die SS das Risiko auf Seiten der Häftlinge, bei Sabotagearbeit ertappt zu werden. Eine tschechische Gefangene des Außenlagers Barth könnte die Auswirkung der Sabotage auf die Rüstungsproduktion überschätzt haben. Die Pressburgerin wun-

derte sich: „Wie konnten nur die Faschisten so blöd sein und Häftlinge in Fabriken arbeiten lassen.“¹¹⁶⁴ Insgesamt war die Sabotage für die Einsatzbetriebe wahrscheinlich ein kalkulierbares Risiko.

Trotz der Gefahren und ohne jede Gewissheit über die Wirksamkeit der Sabotageakte war dieser Widerstand gerade für die politischen Häftlinge von großer Bedeutung. Eine Polin beschreibt die Sabotage als „ein weiteres Mittel, um Tendenzen der Resignation, der Selbstaufgabe und Hoffnungslosigkeit wirksam zu überwinden“¹¹⁶⁵.

Neben den genannten Sabotageaktionen berichten KZ-Häftlinge vor allem über Widerstandsformen, die besonders der Stärkung der eigenen Moral dienten. Selbstbehauptung aber war in einem System, das auf die Zerstörung der Persönlichkeit der Gefangenen zielte, auch eine Form von Widerstand.

Für die Außenlager in Boizenburg und Neustadt-Glewe sind kaum Beispiele für Gegenwehr von Seiten der Häftlinge überliefert. Dies kann zum Teil an den Zuständen im Außenlager Neustadt-Glewe liegen, das in den letzten Kriegswochen nicht mehr als Arbeits- sondern nur noch als Auffanglager fungierte. Aber auch die Erfahrung der Ohnmacht gegenüber dem NS-Regime kann das Verhalten der Häftlinge bestimmt haben, die zu einem großen Teil im Vernichtungslager Auschwitz inhaftiert gewesen waren.

Die Boizenburger Häftlinge selbst waren keine Widerstandskämpferinnen, sondern normale Menschen, die zum Opfer des antisemitischen Hitler-Regimes geworden waren. Sie waren im KZ-Alltag auf Menschen angewiesen, die die Zivilcourage besaßen, den Häftlingen zu helfen. Zu den wenigen mutigen Männern gehörte der Werftarbeiter Paul Behm. Eine Jüdin schreibt: „Obwohl es streng verboten war, redete uns Paul mit ‘Du’ an, weil ‘Du’ ‘Bruderschaft’ bedeutete. Er war derjenige, der immer irgendetwas für uns zu essen fand (von seiner eigenen kärglichen Ration). [...] Er gab uns Willensstärke und ein bißchen Hoffnung, indem er uns täglich Nachrichten vom ‘siegreichen Rückzug’ der Deutschen brachte.“¹¹⁶⁶ Auch sowjetische Kriegsgefangene haben den KZ-Häftlingen von ihrem Essen abgegeben¹¹⁶⁷. Eine andere Gefangene sagt aus: „Zur Ehre der deutschen Arbeiter sei gesagt, daß sie gegen unsere leidvolle Behandlung mehrfach Protest erhoben, allerdings mit der bedauerlichen Folge, daß die Aufseherinnen im Lager an uns grausame Rache nahmen.“¹¹⁶⁸

Im Neustädter Lager befand sich nach Angaben eines ehemaligen Häftlings das Zentrum des Widerstandes im Revier. Dort setzte sich eine Prager Häftlingsärztin, die im Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner gekämpft hatte, im Rahmen des ihr Möglichen für die Kranken ein. Informationen über den Kriegsverlauf erhielten die Häftlinge von Seiten der französischen Kriegsgefangenen, deren Lager sich in der Nähe des KZ befand. Manchmal wohl auch zu optimistische Berichte hätten den Frauen geholfen, „nicht zu verzweifeln“. An Hitlers letztem Geburtstag, dem 20. April 1945, hätten die alliierten Flugzeuge ein zerbrochenes Hakenkreuz an den Himmel gemalt, erinnert sich eine Tschechin¹¹⁶⁹.

In Barth und Neubrandenburg war ein Teil der Häftlinge stärker politisiert. Diese Häftlinge bestärkten sich untereinander in ihrer politischen Überzeugung bzw. in ihrem Patriotismus. Andererseits konnte der Nationalismus die Häftlinge noch weiter entzweien. Eine slowenische Partisanin berichtet über eine polnische Gefangene, die erklärte, „sie würde lieber sterben als von der Roten Armee befreit zu werden“. Die kommunistisch orientierten Sloweninnen wollten den Berichten der Polinnen über die Gräueltaten des sowjetischen Geheimdienstes keinen Glauben schenken. Enttäuscht waren die Kommunistinnen aber auch über die jungen Russinnen. Diese entsprachen nämlich nicht ihrem naiven Bild, „dass jede Russin ein kleiner Lenin sei“.

Umgekehrt zeigten sich auch die Russinnen gegenüber den Sloweninnen misstrauisch. An der Arbeit des internationalen Lagerkomitees beteiligten sich die sowjetischen Häftlinge ohne großes Engagement¹¹⁷⁰. Eine Russin erklärt dies später mit fehlenden Sprachkenntnissen, aber auch mit dem jugendlichen Alter der sowjetischen Häftlinge. Sie schreibt weiter: „Vor dem KZ hatten die meisten von uns keine Erfahrung des illegalen antifaschistischen Kampfes. [...] Die meisten waren zur Sklavenarbeit nach D[eu]tschland] verschleppt. Die Vertreterinnen anderer Länder beteiligten sich schon früher an einem organisierten, obwohl nicht immer kommunistischen, so doch antifaschistischen Kampf, kannten einander noch vor dem KZ und konnten einander mehr vertrauen als uns. Sie waren aus bürgerlichen Kreisen, wir waren für sie (für viele Polinnen) ‘schreckliche Russinnen’ [...].“¹¹⁷¹ Die Slowenin Muserjewa erklärte sich das fehlende Verständnis der Russinnen für illegale Arbeit damit, dass Stalin dem sowjetischen Volk jeden Gedanken an Eigeninitiative verboten hatte¹¹⁷².

Die Französin Odile Roger berichtet, dass außer ihr noch eine weitere Französin, eine Jugoslawin, zwei Polinnen und auch eine oder zwei Russinnen in der illegalen Lagerleitung mitgearbeitet hätten. Es habe aber nicht immer eine personell stabile Leitung existiert¹¹⁷³. Die gemeinsamen Besprechungen fanden im Dienstzimmer der Blockältesten des Block 2 statt. Geleitet wurden die Sitzungen gewöhnlich von der polnischen Sozialdemokratin Irena Szydłowska, die mehrere Sprachen sehr gut beherrschte¹¹⁷⁴. Zu den Aufgaben dieser Leitungsgruppe gehörte die Koordination zwischen den Häftlingsgruppen, Informations- und Frontnachrichtenaustausch, Informationen über SS-Aufseherinnen und Hilfe für kranke Mithäftlinge¹¹⁷⁵. Seinen politischen Standpunkt fasste das internationale Lagerkomitee im „Neubrandenburger Manifest“ zusammen, einer „Art Ideen-Testament für die Jugend aller von den Nazis unterdrückten Länder“. In dem programmatischen Papier wurden im Nationalsozialismus außer Kraft gesetzte elementare Menschenrechte wie das Recht auf Leben, auf die persönliche Würde und Freiheit gefordert. Das in verschiedene Sprachen übersetzte Manifest wurde handgeschrieben im Außenlager Neubrandenburg und im KZ-Stammlager Ravensbrück verbreitet¹¹⁷⁶.

Berichte über einige nationale Feiertage zeigen, dass das Vaterland für viele Häftlinge zur wichtigsten identitätsstiftenden Größe geworden war. Links orientierte Französinen, die zusammen häufiger Arbeiter- und Widerstandslieder sangen, marschierten einmal von der Arbeit kommend mit der „Marseillaise“ auf den Lippen durch das Lagertor. Alle Häftlinge sollen dafür bestraft worden sein. An ihrem Nationalfeiertag verteilten die französischen Häftlinge dreifarbige Abzeichen und trugen für die Kameradinnen anderer Nationalität Lieder vor¹¹⁷⁷. Auch Tschechinnen organisierten einmal eine Veranstaltung¹¹⁷⁸. Als eine bei den slowenischen Häftlingen hoch angesehene Dichterin im Mai 1944 im Krankenrevier starb, veranstalteten ihre Kameradinnen eine Totenfeier. Einige Häftlinge, die für die Tote einen Kranz flochten, mussten dafür Strafe stehen¹¹⁷⁹.

Bekannt sind auch viele Beispiele gegenseitiger Hilfe unter den Häftlingen, so etwa als eine im Lagerwiderstand aktive Polin zwei Wochen lang in den Bunker eingesperrt wurde. Sie wurde bestraft, weil sie unter anderem Kranke in ihrem Block versteckt hatte. Mithäftlinge schoben der Gefangenen eine Decke durch einen Fensterspalt, damit die Frau bei den eiskalten Temperaturen in der Zelle überleben konnte¹¹⁸⁰. Überliefert ist auch der gemeinsame Widerstand von Häftlingen gegen eine gewaltsame Blutentnahme für die Blutreserven der Wehrmacht. Die Häftlinge flohen teilweise durch das Fenster der Baracke, in die sie die SS getrieben hatte¹¹⁸¹.

Wollten die Frauen aber heimliche Kontakt zur Außenwelt aufnehmen, so waren sie auf die Hilfe Dritter angewiesen. Eine Polin fand in einem Meister der Mechanischen

Werkstätten Neubrandenburg einen solchen Helfer. An vereinbarten Stellen hinterlegte sie Briefe, die der Deutsche dann nach Polen schickte. Umgekehrt empfing er auch Post für die Häftlinge und deponierte sie in einem Schrank in der Fabrikhalle¹¹⁸². Ein Dreher, der vor 1933 dem Kommunistischen Jugendverband angehört hatte, wickelte sein Frühstücksbrot in Zeitungspapier. Das Papier ließ er dann scheinbar achtlos liegen. Auf diese Weise erhielten die Häftlinge Nachrichten von den Kriegsschauplätzen. Am Jahrestag der Oktoberrevolution baten die sowjetischen Gefangenen den Deutschen, in der Nachtschicht Lieder singen zu dürfen. Der Deutsche erzählt, er habe die diensthabende SS-Aufseherin durch ein Gespräch ablenken können, so dass die Russinnen die Gelegenheit zu einer kleinen Feier erhielten¹¹⁸³.

Auch für das Außenlager Barth liegen einige Berichte über organisierten Häftlingswiderstand vor. Wie in Neubrandenburg kamen auch in Barth einige politische Häftlinge zu Versammlungen zusammen, hier in einem größeren Zimmer des Blocks 12. Gewöhnlich diskutierte man auf diesen Treffen zunächst Frontberichte deutscher Zeitungen, die man in der Fabrik gefunden hatte. Danach wurden Kampf- oder alte Volkslieder gesungen. Ein weiterer verhältnismäßig sicherer Treffpunkt war das Klosett¹¹⁸⁴.

Mutig war der Plan einiger sowjetischer Häftlinge, den Maifeiertag mit einer Arbeitsruhe begehen zu wollen. Tatsächlich legten sie eine halbe Stunde nach Schichtbeginn zusammen die Arbeit nieder. Eine an dieser Aktion Beteiligte schreibt: „Wir versammelten uns alle in dem kleinen Umkleideraum. Wir hören Rufe und Flüche. Der Meister und die Aufseherinnen kommen herbeigelaufen. Mit Schlägen in das Genick jagen sie uns hinaus und brachten uns an die Maschinen. Es vergingen etwa 20 Minuten und alles begann von vorn. Und so den ganzen Tag.“ Nach der Schicht kamen die Frauen wieder zusammen, um Lieder zu singen und von einer Schauspielerin vorgetragene Gedichte anzuhören¹¹⁸⁵. Am 7. November 1944 erinnerten ebenfalls russische Häftlinge mit einem roten Handtuch an ihren Nationalfeiertag. Die Bestrafung durch die SS, Strafestehen und Essensentzug, nahmen die Häftlinge für diesen symbolischen Widerstand in Kauf¹¹⁸⁶. Ein anderer Bericht handelt über eine Geburtstagsfeier, auf der eine maskierte Russin militärische Erfolge der Roten Armee meldete. Als die Blockälteste von dieser Versammlung erfuhr, alarmierte diese die SS. Die maskierte Rednerin tauchte aber in der Menge der Häftlinge unter und konnte von der SS nicht identifiziert werden¹¹⁸⁷.

Berichte von einem Häftlingsaufstand in Barth Ende Februar 1945¹¹⁸⁸ beruhen offenbar nicht auf Tatsachen¹¹⁸⁹. Sicher leisteten Barther Häftlinge auf verschiedene Weise Widerstand. Eine feste Widerstandsorganisation entstand jedoch nicht.

Dies gilt auch für die Konzentrationsaußenlager auf Usedom. Auch für individuellen Widerstand, beispielsweise durch Sabotage existiert keine Überlieferung. Die strengen Sicherheitsvorkehrungen in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde dürften kaum Sabotageaktionen von Fremdarbeitern und noch weniger von KZ-Häftlingen zugelassen haben. Die Behauptung, Sabotage sei mitverantwortlich für eine Anzahl von Fehlstarts der V2-Raketen in Peenemünde-Ost¹¹⁹⁰, ist durch keine Beweise gestützt worden. Gleichwohl konnte die Wehrmacht und die Sicherheitsdienste nicht verhindern, dass besonders polnische Zivilarbeiter ihnen zugängliche Informationen vermittelt über Widerstandsorganisationen an die Alliierten weiterleiteten. So erhielten die alliierten Geheimdienste ihre ersten Informationen über die geheime Raketenentwicklung durch Berichte polnischer Zwangsarbeiter. Zwei Polen, einquartiert im Zwangsarbeiterlager Trassenheide, waren auf Usedom zu Reinigungsarbeiten eingeteilt und nahmen bei ihren Fahrten mit dem Pferdefuhrwerk ungewöhnlich laute

Geräusche wahr, die nicht von Flugzeugmotoren stammen konnten. Misstrauisch geworden bemerkten die beiden Männer nun auch nächtliche Raketenstarts. Ihre Beobachtungen teilten sie einem Landsmann mit, von dem sie nicht wussten, dass es sich dabei um einen Kontaktmann der polnischen Untergrundbewegung, der Polnischen Heimatarmee, handelte. Auch ein polnischen Ingenieur und ein Fernmeldetechniker, die des öfteren Arbeiten auf Usedom zu erledigen hatten, wurden zu wichtigen Informanten der Alliierten¹¹⁹¹. Der Ingenieur Szreder versteckte eine Lageskizze und anderes Material in einem Steinkohlenbrocken auf dem Tender einer Lokomotive, die nach Warschau fuhr. Von hier gelangten die Informationen über Schweden nach London¹¹⁹². Für die britische Regierung waren die Berichte der polnischen Zivilarbeiter die wichtigsten Informationen über die geheimnisvolle Anlage auf Usedom¹¹⁹³. Diese Nachrichtenquelle sollte allerdings nach dem Bombardement auf das Lager Trassenheide vollständig versiegen¹¹⁹⁴.

Als ein ähnlich wertvoller Informant erwies sich ein in Peenemünde dienstverpflichteter Luxemburger. Da Luxemburger nach der Annexion ihres Landes als Reichsdeutsche galten, durfte der Student an seinen Vater Briefe schreiben. Die Briefe enthielten eine Skizze von der Insel und Beschreibungen der von ihm beobachteten Flugobjekte. Über den Vater, der der belgischen Widerstandsorganisation „Service Clarence“ angehörte, gelangten die Aufzeichnungen schließlich zum britischen Geheimdienst¹¹⁹⁵. Ein anderer Luxemburger informierte die französische Widerstandsgruppe „Famille Martin“ mit detaillierten Berichten über die Raketenstarts¹¹⁹⁶. Diese Berichte der auf Usedom eingesetzten Zwangsarbeiter stellten zweifellos eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Angriff der Alliierten vom August 1943 dar, der die Wehrmacht zur Verlagerung der V2-Produktion zwang. Für die Untergrundbewegungen des besetzten Europa war dies der erste große Sieg gegen die Geheimwaffen des „Dritten Reiches“¹¹⁹⁷.

Dass Widerstand gegen den Nationalsozialismus sehr unterschiedliche Formen annehmen konnte, lässt sich auch am Beispiel des Verhaltens der Zwangsarbeiter zeigen. Auch hierfür mag Peenemünde als ein erstes Beispiel dienen. Während einige wenige ausländische Arbeiter die alliierten Nachrichtendienste in der geschilderten Weise informierten, tauschte ein sicher weit größerer Kreis von Peenemünder Fremdarbeitern Erfahrungen und Nachrichten über den Kriegsverlauf aus und beteiligten sich am antifaschistischen Kampf. Als eine günstige Bedingung für die Widerstandsbewegung auf Usedom darf sicherlich die starke Konzentration von Zwangsarbeitern in den Lagern Karlshagen und Trassenheide angesehen werden. Erschwerend hingegen wirkte das strenge Überwachungssystem auf der Insel¹¹⁹⁸. Eine zentrale Rolle in der Peenemünder Widerstandsgruppe nahm der holländische Kommunist Johannes ter Morsche ein, der, nach der Besetzung der Niederlande arbeitslos geworden zusammen mit seiner deutschen Frau nach Zinnowitz übersiedelt war¹¹⁹⁹. Bei einem Brunnenbauer beschäftigt hatte ter Morsche auch den Auftrag, in der Heeresversuchsanstalt zu arbeiten und konnte hier Kontakte zu anderen zwangsverpflichteten Arbeitern knüpfen. Polnische und holländische Zwangsarbeiter hörten zusammen mit deutschen Arbeitern Berichte des Londoner und Moskauer Rundfunks, weil sie den Meldungen der gleichgeschalteten deutschen Medien keinen Glauben schenkten, sich aber ein Bild von den Ereignissen an den Fronten, in ihren Heimatländern und im Reich machen wollten. 1942 stieß auch der österreichische Prälat Dr. Carl Lampert zu diesem Widerstandskreis. Der katholische Geistliche war wegen seiner Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus bereits in die Konzentrationslager Dachau und Sachsenhausen verschleppt worden.

Nach seiner Haftentlassung hatte man ihn in den Nordosten des Reiches strafversetzt.

Nach den Gottesdiensten trafen sich Lampert und ter Morsche in einem katholische Schwesternheim mit holländischen Arbeitern. Lampert berichtete über die Kirchenverfolgungen in Österreich und seine Erlebnisse in den Konzentrationslagern. Ter Morsche konnte über das deutsche Besatzungsregime in den Niederlanden Bericht erstatten. In Trassenheide bildete sich so ein Kreis antifaschistisch eingestellter niederländischer Fremdarbeiter¹²⁰⁰. Der polnische Widerstandskämpfer Tadeusz Siekierski suchte das Zwangsarbeiterlager sowie die Kriegsgefangenenunterkünfte in Karlshagen auf und führte mit den Lagerinsassen politische Diskussionen. Vor allem die Hoffnung auf den Sieg der Anti-Hitler-Koalition und die Befreiung aus der Zwangsarbeit kam in diesen Gesprächen zum Ausdruck. Somit ermutigte Siekierski seine polnischen Kollegen und die französischen Kriegsgefangenen zur Unterstützung im antifaschistischen Kampf¹²⁰¹.

Doch Anfang 1943 wurde die Widerstandsorganisation von der Gestapo enttarnt. Ein als österreichischer Raketentechniker getarnter Gestapoagent erschlich sich das Vertrauen Lamperts. Angeblich litt der Ingenieur „Hagen“ wegen seiner Beteiligung an der Entwicklung der „Vergeltungswaffe“ unter Gewissensnöten. Wernher von Braun hatte dem Agenten einige Informationen über die Raketentechnologie gegeben, damit dieser noch überzeugender auftreten konnte. Auf diese Weise spionierte der Gestapoagent die Widerstandsgruppe aus. Lampert und ein anderer oppositioneller Priester wurden Anfang Februar 1943 in Parchim verhaftet. In der folgenden Verhaftungswelle nahm die Gestapo auch eine Reihe weiterer oppositioneller Geistlicher in Pommern fest, so in Zinnowitz, Wolgast, Greifswald und Bergen¹²⁰². Festgenommen und ins Stettiner Untersuchungsgefängnis geschafft wurden auch Johannes ter Morsche und andere Fremdarbeiter. Ein Holländer soll bei einem Verhör halbtot geschlagen worden sein¹²⁰³. Die Prozesse gegen die Widerstandskämpfer wurden vor dem Sondergericht Stettin, dem Volksgerichtshof in Berlin und dem Reichskriegsgericht in Halle geführt. Die Anklage lautete auf Polenseelsorge, Feindbegünstigung, Rundfunkverbrechen, Zersetzung der Wehrmacht und versuchte Spionage. Johannes ter Morsche und der Prälat Lampert wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet¹²⁰⁴. Einen Polen verurteilte der 2. Senat des Volksgerichtshof ebenfalls zum Tode. Andere Fremdarbeiter aus den Lagern Trassenheide und Karlshagen sowie aus Zinnowitz erhielten als „Hochverräter“ mehrjährige Zuchthausstrafen¹²⁰⁵.

Ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit von deutschen Hitler-Gegnern und Zwangsarbeitern ist das bereits genannte Revolutionäre Komitee Nord. Einer der führenden Köpfe dieser Organisation war der 1938 nach Neubrandenburg versetzte Pastor Karl Fischer. Er hatte bereits zwischen 1933 und 1938 auf seiner Pfarrstelle in Parchim in offenem Gegensatz zur Kirchenführung Kontakt zu Juden und Polen gepflegt und wurde wegen Spionage angeklagt. In Neubrandenburg konnte Fischer, stets unter Beobachtung der Gestapo, seine karitative Arbeit zugunsten polnischer und jugoslawischer Kriegsgefangener fortsetzen. 1.300 Ausländern erhielten so Kleidungsstücke, 800 Ausländer Geld und Rauchwaren. Einige Polen wandten sich mit der Bitte an Fischer, bei ihm ausländische Rundfunksendungen hören zu dürfen. Fischer schreibt: „Bei mir wurden interne Versammlungen abgehalten, und es entwickelte sich so von selbst eine kleine Kampfgruppe.“¹²⁰⁶ Wie bereits in Parchim so stand auch die Neubrandenburger Bevölkerung der humanitär Hilfe für die Ausländer ablehnend gegenüber. Fischer erinnert sich: „Schon lange vor 1939 war der Zustand erreicht, in dem jede antifaschistische Betätigung Wahnsinn war. In der Stadt gab es keine Hundert, die noch insgeheim gegen Hitler waren.“¹²⁰⁷ Weil der Pfarrer sich dennoch an seinem Glaubens orientierte, wurde er zwanzigmal von der

Gestapo verhört. Zweimal erlitt er als Folge der psychischen Belastung einen Nervenzusammenbruch¹²⁰⁸.

Nachdem der polnische Kriegsgefangene Stanislaw Drogosz 1942 aus der Gefangenschaft entlassen eine Arbeit als Elektromonteur beim Neubrandenburger Elektromeister Reinke annahm, begann auch er mit dem antifaschistischen Kampf¹²⁰⁹ und stand bald mit Fischer an der Spitze des Widerstandes in der Region. Allmählich entwickelte sich das informelle Hilfswerk zu einer Organisation, die besonders nach der Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad ihre Aktivitäten entfaltete. Drogosz „schaffte, an seinem Körper und in seinen Kleidern verborgen, sämtliche Bestandteile eines Vierröhrenempfangsapparates in das Gefangenenlager der polnische Offiziere“ in Neubrandenburg. Stadtpläne, Karten und andere militärisch bedeutende Informationen wurden in das Lager geschmuggelt. Der, wie wir heute wissen, utopische Plan hinter diesen subversiven Aktionen bestand darin, einen Aufstand polnischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener zu initiieren. Immerhin befanden sich 1943 mehr wehrfähige Polen als Deutsche in der Viertorestadt¹²¹⁰. Fischer schreibt: „So machten wir uns daran, Waffen zu beschaffen. Waffen und Munition um jeden Preis!“¹²¹¹ Nach Berichten von Drogosz soll jeder Zehnte der Organisation bewaffnet gewesen sein¹²¹². Angaben ehemaliger Widerstandskämpfer zufolge hatte das Revolutionären Komitee Nord Ende 1942 in und um Neubrandenburg rund 800 Mitglieder¹²¹³.

Plausibel erscheint, dass Drogosz, der als Elektromonteur Zugang zum Militärflugplatz Trollenhagen hatte, Informationen an die Alliierten weiterleitete, die diese bei Luftangriffen nutzen konnten. Auch die Bombardierung der Norddeutschen Dornier-Werke in Wismar soll auf Aufklärungsergebnisse von Mitgliedern des Revolutionären Komitees Nord basieren¹²¹⁴.

Es ist zudem zu vermuten, dass auch KZ-Häftlinge Geheimdokumente aus den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg den Widerstandskämpfern geben wollten. Polnische Häftlinge sollen sich Pläne von Flugplätzen, der Fabrik und des Lagers beschafft haben. Als ihre konspirative Tätigkeit entdeckt wurde, warfen sie die Schriftstücke in die Latrine. Nach der Aussage eines tschechischen Häftlings sollen die Polen gezwungen worden sein, die Papiere aus der Latrine herauszuziehen. Die Tschechin hörte, mehrere Häftlinge seien hierbei erschlagen worden¹²¹⁵.

Der bei den Rinker-Werken beschäftigte Holländer Stephan Hofstede versteckte Flieger, deren Maschinen von der deutschen Flak abgeschossen worden waren. Für die Soldaten erhielt er von dem seit 1943 in Berlin in der Illegalität lebenden Fischer Kleidung und Ausweispapiere zugesandt. Seinem Vater schrieb Hofstede: „Mit einem „P“ auf der Brust habe ich sie dann nach Berlin transportiert und Fischer übergeben.“¹²¹⁶

Fischer hatte noch vor seiner Flucht aus Neubrandenburg polnischen Zwangsarbeitern sein Radiogerät und seine Reiseschreibmaschine überlassen, so dass die ausländischen Widerstandskämpfer nun in der Lage waren, Flugblätter zu schreiben¹²¹⁷. Weiter wird berichtet, dass ein Tscheche und einige andere Mitglieder der Widerstandsgruppe Sabotage im Neubrandenburger Verkehrswesen getrieben haben sollen¹²¹⁸. Drogosz und seine Gruppe von Aktivisten finanzierten ihre Widerstandsarbeit zum Teil durch nächtliche Raubzüge. Sie erhielten aber auch über Fischer von Berliner Widerstandskämpfern erbeutete Lebensmittelkarten¹²¹⁹. Mit der schon beschriebenen Befreiung einiger KZ-Häftlinge verband sich der Kampf des Revolutionären Komitees Nord auch mit dem unter anderen Bedingungen geführten Widerstandskampf im KZ-Außenlager Neubrandenburg.

Den Erinnerungsberichten deutscher Antifaschisten zufolge gab es in Rostock mehrere Widerstandsgruppen deutscher und ausländischer Arbeiter, deren Aktionsfeld der Betrieb oder die Abteilung war. Eine einheitliche Leitung der Rostocker Widerstandsgruppen kam jedoch über Ansätze nicht hinaus¹²²⁰. Vielleicht bleibt in den meisten Fällen auch der politische Charakter dieser Aktivitäten undeutlich. Wenn wir uns aber des totalitären Anspruchs des NS-Regimes auf die Kontrolle aller Lebensbereiche, besonders der Ausländer, vergegenwärtigen, so war jedes abweichende Verhalten, etwa privater Kontakt zwischen Deutschen und Zwangsarbeitern, politisch.

Hans Mahncke, der die bereits erwähnte Widerstandsgruppe im Osthafen leitete, schreibt, dass er Brot und Räucherfisch an Zwangsarbeiter der Maschinen- und Kühlschranks-Fabrik Meincke verteilt habe. Geschäftsleute, darunter auch ein NSDAP-Mitglied, hätten ihm heimlich das Essen gegeben¹²²¹. Als Mahncke nach einem Luftangriff im April 1944 Aufräumungsarbeiten im Haus des Firmeninhabers zu überwachen hatte, ließ er die ihm zugeteilten ukrainischen Zwangsarbeiter Speck, Schmalz, Butter und Spirituosen als Prämie behalten¹²²².

Ein bei den Arado-Werken dienstverpflichteter Deutscher berichtet, dass er etwas Russisch gelernt habe und sich so mit den sowjetischen Zwangsarbeitern unterhalten konnte¹²²³. Die in der Firma Lösch-Stahlbau beschäftigten sowjetischen Zwangsarbeiter und französischen Kriegsgefangenen wurden von einem deutschen Kollegen, der im Arbeiterwiderstand tätig war, über die Ereignisse an der Front informiert¹²²⁴.

Ein bei den Heinkel-Werken als Dachdecker tätiger Widerstandskämpfer berichtet, dass im Werk mehrere konspirative Gruppen unabhängig voneinander arbeiteten. Er habe heimlich handgeschriebene Zettel verteilt und den französischen und polnischen Kriegsgefangenen Nahrungsmittel zugesteckt¹²²⁵. Unter dem Vorwand der Arbeitsbelehrung übermittelte ein Heinkel-Angestellter den im Lohnbüro eingesetzten russischen Studentinnen Nachrichten von der Front¹²²⁶. Die Frau eines Heinkel-Technikers, die zusammen mit ihrem Mann bis zur Mitte der 30er Jahre Verbindung zum Widerstand gehabt hatte, half aus Mitleid ukrainischen, polnischen und italienischen Arbeitern mit Lebensmitteln. Nach der Befreiung hätten die Männer ihr dafür gedankt¹²²⁷. Ein anderer Heinkel-Arbeiter fühlte sich als Kommunist verpflichtet, Sowjetbürgern zu helfen. Einen russischen Arbeiter versteckte er in Schwaan und versorgte ihn bis zum Kriegsende mit Nahrungsmitteln¹²²⁸. Der Kommunist Albert Walter nahm zu den bei den Heinkel-Werken eingesetzten polnischen Kriegsgefangenen Kontakt auf, indem er „zufällig“ Zigaretten fallen ließ. Es gelang dem deutschen Heizungsmonteur mit den zum Teil sehr gebildeten Polen ins Gespräch zu kommen. Der Heinkel-Arbeiter versandte für die Polen Päckchen an deren Angehörige. Heftig gestritten wurde offenbar über die Einschätzung der Politik Stalins, insbesondere in Bezug auf die Verbrechen an der polnischen Bevölkerung.

Heinkel-Beschäftigte sollen auch Russen Pakete zugeschoben haben, nachdem sie die seit 1941 im Rostocker Werk eingesetzten Zwangsarbeiter etwas kennen gelernt hatten. Walter versorgte einen unter Kriegsverletzungen leidenden Russen mit Verbandszeug und Salben.

Er erinnert sich, dass im letzten Kriegsjahr Offiziere der antisowjetischen Wlassow-Armee Werbung im Kriegsgefangenenlager betrieben. Es habe sich aber kein Kriegsgefangener bereitgefunden in der Truppe dieses Hitler-Verbündeten gegen die Rote Armee zu kämpfen¹²²⁹.

Zwei als Ingenieure eingesetzte Russen sollen sich Flugzeugzeichnungen besorgt haben, die dann Albert Walter in seiner Wohnung für sie deponierte¹²³⁰. Einer der beiden Ingenieure wollte ein Kampfflugzeug entführen und über Schweden in die

Sowjetunion fliegen, konnte den Plan aber nicht umsetzen¹²³¹. Eine wichtige Funktion in der Zusammenarbeit zwischen deutschen Hitler-Gegnern und sowjeti-schen Zwangsarbeitern in den Heinkel-Werken könnte auch eine verschleppte ehemalige Deutschlehrerin aus der UdSSR gehabt haben¹²³².

Unter den vielen Fremdarbeitern verschiedener Nationalität soll auch eine rumänische und eine dänische Widerstandsgruppe im Heinkel-Werk aktiv gewesen sein¹²³³. Die Gestapo, die jeden Anzeichen von Arbeiterwiderstand nachspürte, entdeckte auf einem Abort auch die Parole eines ungarischen Fremdarbeiters: „Wir brauchen kein anderes Zeichen als Hammer und Sichel“¹²³⁴. Über die konspirativen Tätigkeiten dieser und möglicherweise noch weiterer Gruppen lassen sich allerdings keine näheren Angaben machen.

Eines der bedeutendsten Zentren des antifaschistischen Widerstandskampfes in Mecklenburg war die Neptunwerft. Die Belegschaft hatte im Unterschied zur Arbeiterschaft in den Flugzeugfabriken in zahlreichen Auseinandersetzungen mit dem Werftkapital kollektives Verhalten erlernt. Ein Teil der Arbeiterschaft hatte sich eher widerwillig nach 1933 den neuen Machtverhältnissen untergeordnet. Auch einige Mitglieder der illegalen KPD führten ihren Kampf im Untergrund fort. In einem Flugblatt vom Januar 1939 an die „Werkstätige[n] Rostocks“ forderten die Kommunisten: „Ein jeder kämpfe an seinem Platz, indem er seinen Arbeitskameraden vor dem Untergang in die Barbarei belehrt.“¹²³⁵ Im Herbst 1940 tauchten auf der Werft KPD-Parolen auf¹²³⁶. Ein Goldberger berichtet, dass auch unter den Soldaten eines Baubataillons, die der Werft zugeteilt waren, Kriegsmüdigkeit zu deutlich spüren war¹²³⁷.

Ein anderer Werftarbeiter berichtet, er habe Kriegsgefangenen Esswaren gegeben, obwohl er bereits unter der Beobachtung der Abwehr stand. Er konnte auch einen Obermeister dazu bewegen, den sowjetischen Kriegsgefangenen mit einer Lebensmittelspende zu helfen¹²³⁸. Der Arbeiter Friedrich Jansen erinnert sich, dass sich eine noch sehr junge Russin bei ihm herzlich bedankt hat, weil er sie angelächelt und etwas Essbares gegeben hatte. Bei einer anderen Gelegenheit habe er in der Doberanerstraße im Vorbeigehen einem Gefangenen ein Päckchen mit noch warmen Eierkuchen in die Hand gedrückt. Dies musste vorsichtig geschehen, damit die Bewachung der Kriegsgefangenenkolonne nichts davon bemerkte. Auf der Werft lernte Jansen auch eine als Sanitätshilfe eingesetzte Moskauerin kennen, die Verbindungen zu einer Widerstandsgruppe österreichischer Matrosen unterhielt. Sie versuchte außerdem Kontakte zu Widerstandskämpfern in Lübeck und Hamburg herzustellen. Die Gruppe um Jansen, die Russin Rosenberg und den Meister Kranz brachte sich auch in den Besitz eines Schlüssels zur Waffenkammer¹²³⁹, um in eine mögliche bewaffnete Auseinandersetzung eingreifen zu können.

Eine solche bürgerkriegsähnliche Situation trat bekanntlich nicht ein. Im Gegenteil erfuhr der antifaschistische Widerstand nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 einen weiteren Rückschlag. Neben tausenden anderen Widerstandskämpfern wurde auch Max Pagel verhaftet, von dem bekannt war, dass er polni-schen und russischen Zwangsarbeitern auf der Werft geholfen hatte¹²⁴⁰.

Ähnlich wie in den Rostocker Großbetrieben gab es auch in den Metallbetrieben anderer mecklenburgischer Städte illegale Kontakte zwischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und der deutschen Bevölkerung. Eine Widerstandsgruppe existierte zum Beispiel in den Dornier-Werken in Wismar. In der Abteilung Betriebsreparatur liefen die Kontakte zwischen den Kriegsgefangenen und der illegalen Parteiorganisation der KPD über einen Verbindungsmann unter den sowjetischen Gefangenen¹²⁴¹. Die Widerstandskämpfer mussten sehr vorsichtig vorgehen, denn für fast jede Werksabteilung war ein NSDAP-Obmann eingesetzt. Ein deutscher

Arbeiter schreibt, er habe zusammen mit einem anderen Kollegen für die sowjetischen Kriegsgefangenen an bestimmte Stellen Brot gelegt, das sie in einem unbeobachteten Moment an sich nehmen konnten¹²⁴².

Wie ein ehemaliger Arbeiter der Triebwagen- und Waggonfabrik berichtet, hörte er sonntags, wenn drei russische Kriegsgefangene bei ihm im Garten gearbeitet hatten, mit diesen zusammen Sendungen von Radio Moskau. Einer der Kriegsgefangenen verriet sich unvorsichtigerweise, als er gegenüber Arbeitskollegen seine Informationen über die Rückeroberung sowjetischer Städte andeutete. Er wurde von einem deutschen Arbeiter denunziert, konnte aber glaubhaft machen, er habe die Kriegsberichte nur einem heimlich mitgehörten Gespräch deutscher Arbeiter entnommen¹²⁴³.

Die Unterstützung für die Zwangsarbeiter kam in Wismar wie auch in anderen Orten aus verschiedenen Kreisen der Bevölkerung. Ein Wismarer Bäcker zum Beispiel ließ über einen Widerstandskreis auf der Hansa-Werft den dort eingesetzten russischen Kriegsgefangenen fast täglich zwei Brote zukommen¹²⁴⁴. Arbeiter einer Fleischwarenfabrik besorgten den Zwangsarbeitern auf der Hansa-Werft ebenfalls Lebensmittel. Als Dank schenkten die Russen einem deutschen Arbeiter ein kleines Taschenmesser, in das sein Name eingraviert war¹²⁴⁵. Für die polnischen Zwangsarbeiter in Wismar, die einen Halt im Glauben suchten, hielt ein deutscher Kaplan Gottesdienste ab. Weil er sich damit jedoch der „Polenseelsorge“ schuldig gemacht hatte, wurde der Geistliche im Sommer 1941 verhaftet¹²⁴⁶. 1942 wurden in Wismar und Bad Kleinen drei führende polnische Widerstandskämpfer verhaftet. Die Gendarmerie sah darin ein Indiz für die Ausbreitung der polnischen Widerstandsbewegung im Reich. Dem Verhalten der aus Polen verschleppten Arbeiter wollte die Polizei verstärkt ihre Aufmerksamkeit widmen¹²⁴⁷.

Im Spätsommer 1941 begann die Zusammenarbeit von Mitgliedern des kommunistischen Widerstandes in Schwerin mit sowjetischen Kriegsgefangenen und holländischen sowie polnischen Zwangsarbeitern¹²⁴⁸. Im Stalag II E untergebrachte französische Kriegsgefangene wurden von deutschen NS-Gegnern, die „Feindsender“ hörten, über die aktuellen Kriegereignisse informiert. Französische Gefangene, die die NS-Propaganda durchschauten, störten die öffentlichen Rundfunkübertragungen, indem sie in den Baracken die Stromzufuhr unterbrachen¹²⁴⁹. Auch in Bützow soll eine illegale kommunistische Gruppe Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln unterstützt haben¹²⁵⁰. In den Van Tongelschen Stahlwerken soll nach Erkenntnissen des NSDAP-Gauleiters, Friedrich Hildebrandt, ein Franzose eine kommunistische Zelle aufgebaut haben. Der Franzose habe auch deutsche Arbeiter zu beeinflussen versucht. Hildebrandt glaubte, eine kommunistische Einstellung in Teilen der Belegschaft erkennen zu können. Er war sich sicher, dass die Familie van Tongel diese Haltung der Arbeiterschaft tolerierte. Dem Rüstungskommando Schwerin schrieb Hildebrandt: „Ich werde es niemals als Nationalsozialist dulden, daß unsere tapferen Soldaten bluten und sterben für eine gewisse egoistische kapitalistische Clique, zu denen die van Tongels gehören.“¹²⁵¹

Eine von 1939 bis 1941 bei der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik in Waren angestellte Frau erinnert sich, dass ihr Vater einer im Werk arbeitenden Polin oftmals Stullenpakete gegeben. Er sei von einem Kollegen verraten worden und habe sich vor der Betriebsleitung verantworten müssen. Die polnische Zivilarbeiterin habe man aus der Halle abgezogen¹²⁵². Nach Angaben einer Warenerin war es den Deutschen verboten, die Zwangsarbeiterbaracken aufzusuchen. Trotz der Kontaktsperre sei es gelegentlich zu Gesprächen mit französischen Kriegsgefangenen gekommen, in denen diese sich über die militärischen Ereignisse gut informiert zeigten¹²⁵³. In Parchim sammelte eine Gruppe deutscher Nazi-Gegner die nicht unbedeutende

Summe 1.300 Mark für einen sowjetischen Kriegsgefangenen, damit dieser sich durch die feindlichen Linien durchschlagen und mit der Roten Armee Kontakt aufnehmen konnte¹²⁵⁴.

In Schwaan, Standort eines Auslagerungsbetriebs der Heinkel-Werke, wurde ein Schlachter zu der hohen Geldstrafe von 1.133 Reichsmark verurteilt, weil er in seinem Geschäft markenfreie Blutwurst an „Ostarbeiter“ verkauft hatte. Schwaaner Arbeiter sollen russischen Kriegsgefangene mit Lebensmitteln versorgt haben¹²⁵⁵.

Auch in Kleinbetrieben eingesetzte ausländische Zivilarbeiter beteiligten sich an Widerstandsaktionen. Einige Polen, die als Fachkräfte bei Grimmer Handwerksmeistern beschäftigt waren, bildeten unter Leitung eines Elektrikers eine Widerstandsgruppe. Ehemalige Mitglieder der Arbeiterparteien hinterlegten auf dem Grimmener Güterbahnhof in die Bremserhäuschen von abgestellten Waggons für die Zwangsarbeiter Tabakwaren und Lebensmittel¹²⁵⁶.

Berichte aus Stralsund lassen darauf schließen, dass auch hier verschiedene Formen von Widerstand und Unterstützung von Fremdarbeitern praktiziert wurden. Einige Stralsunder, die den Zwangsarbeiter helfen wollten, forderten sie bei deren Lager zu Gartenarbeiten an. In ihrem Privatbereich gaben sie den Ausländern eine gute Verpflegung und schenkten ihnen mitunter auch Kleidung und Schuhe. Die im Lager des Elektrizitätswerk untergebrachten französischen Zwangsarbeiter waren besonders an politischen Nachrichten interessiert. Einem Landsmann, der in einem Rundfunkgeschäft arbeitete, gelang es, für die Lagerinsassen ein Rundfunkgerät zu bauen¹²⁵⁷. Mit diesem Detektorempfänger konnten die Franzosen nun ausländische Sender empfangen¹²⁵⁸.

Stralsunder Widerstandskämpfer aus den Reihen der verbotenen Arbeiterparteien, aber ebenso unpolitische Bürger berichteten den auf der Schiffswerft Dornquast eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen über den Vormarsch der Roten Armee¹²⁵⁹. Diese Nachrichten ermutigten die Kriegsgefangenen offenbar zu eigenen Widerstandsaktivitäten. Nach Gesprächen zwischen deutschen Antifaschisten und sowjetischen Kriegsgefangenen wurde der Plan von der kampflösen Übergabe der Stadt gefasst. Sobald die Rote Armee sich der Stadt nähern würde, sollten die Wehrmachtstruppen gemeinsam von deutschen Widerstandskämpfern und russischen Kriegsgefangenen entwaffnet werden. Nachdem die führenden Mitglieder des Stralsunder Widerstandes im Juli und August 1944 verhaftet wurden, musste der Plan jedoch fallengelassen werden¹²⁶⁰.

Auch in der Stadt Greifswald, die auf Grund des beherzten Einsatzes des Kommandanten und einiger verantwortungsbewusster Bürger am 30. April 1945 kampflös übergeben wurde¹²⁶¹, waren es Mitglieder aus dem Kreis eben dieser Hitler-Gegner, die 1944 für die in der Firma Dust eingesetzten Zwangsarbeiterinnen eintraten. Ein Meister, der für die ausgemergelten Frauen Kartoffeln und Bücklinge beschaffte, wurde am nächsten Tag zum Staatsanwalt zitiert¹²⁶².

Kontakte zwischen deutschen Arbeitern und Kriegsgefangenen, die über das Erlaubte hinausgingen, sind auch für das Wolgaster Gussstahlwerk belegt. Arbeiter, die bis 1933 gewerkschaftlich organisiert waren, beschenkten die im Gussstahlwerk arbeitenden belgischen und französischen Kriegsgefangenen zum Weihnachtsfest. Deutsche Belegschaftsmitglieder gaben auch sowjetischen Kriegsgefangenen Kleidungsstücke oder Essen, wenn sie zusammen mit diesen zusammen in der Nachtschicht arbeiteten. Nachts hörten auch hier einige deutsche Metallarbeiter und sowjetische Gefangene im Aufenthaltsraum häufig eine Sendung des Moskauer Rundfunks¹²⁶³.

Die Liste ähnlicher Aktivitäten ließe sich fortsetzen. Gleichwohl sollte die Vielzahl der Berichte über politische Opposition, humanitäre Hilfe oder auch nur Gesten des

Mitgeföhls nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur eine Minderheit unter den Zwangsarbeitern und in der deutschen Bevölkerung Widerstand übte. Das Verhalten der daran Beteiligten zeigt jedoch, dass das Gefühl der Mitmenschlichkeit auch in einem totalitären System nicht unterdrückt werden konnte. Nicht zufällig waren es gerade ehemalige Gewerkschafter und engagierte Christen, die auch unter der nationalsozialistischen Herrschaft Solidarität lebten. Auf der Seite der Zwangsarbeiter fällt trotz aller Hassgefühle gegenüber Hitler-Deutschland ihre Versöhnungsbereitschaft auf. Trotz der relativ geringen Einflusses dieses widerständigen Verhaltens verdienen die humanistisch oder politisch motivierten Handlungen hohe Anerkennung.

Schicksale am Kriegsende: Befreiung oder Tod

Die militärische Niederlage des Deutschen war für die ausländischen Zivilarbeiter zugleich die Befreiung vom Joch der Zwangsarbeit. Wie ihre Rekrutierung zur Zwangsarbeit und ihre Behandlung am Einsatzort unterschied sich aber auch ihre Lage, als Mecklenburg und Vorpommern zwischen Ende April und Anfang Mai 1945 von alliierten Truppen besetzt wurde. Jüngere und gesunde Ausländer konnten versuchen, zu Fuß oder auf nicht zerstörten Verkehrswegen, in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Möglichkeit hatten in erster Linie Fremdarbeiter aus Nord- und Westeuropa.

Der Niederländer Heethuis, der fast zwei Jahre in der Mecklenburgischen Metallwarenfabrik in Waren gearbeitet hatte, ergriff die Flucht, als sich sowjetische Truppen der Stadt näherten. So abgemagert er war marschierte er dennoch ununterbrochen vier Tage und drei Nächte ohne Essen und Trinken bis nach Hamburg. In der noch von Pulverdampf eingehüllten Hansestadt brach er erschöpft zusammen. Eine Deutsche habe ihm dann etwas Suppe gereicht, schreibt er später. Zugleich sah der Holländer, wie Deutsche Kartoffeln in die Elbe warfen, um zu verhindern, dass die Lebensmittel dem Kriegsgegner in die Hände fielen. Die Gruppe der Holländer stahl später noch ein Schwein aus einem Stall und teilten es unter sich auf. Dann setzten sie ihre Heimreise in die befreiten Niederlande fort¹²⁶⁴. Mehrere Wochen sollte es dauern, bis eine andere Gruppe holländischer Arbeiter von Waren in ihre Heimat gelangte. Sie verließen die Müritz-Stadt mit Tankwagen oder zu Fuß und erreichten nach vier Tagesmärschen am 2. Mai 1945 Lübeck, das wenige Stunden später von britischen Truppen besetzt wurde. Von hier führte sie der Weg nach Hamburg und Harburg, wo die Holländer in der ehemaligen Scharnhorst-Kaserne untergebracht drei Wochen lang auf den Weitertransport zu warten hatten. Die Rückreise führte sie über Lüneburg und Bassum bis zur niederländischen Grenze, die die jungen Männer mit großem Jubel passierten. Bevor die Niederländer in ihre Heimatorte im Norden des Landes weiterreisen konnten, hatten sie im Repatriierungsbüro in Nijmegen noch verschiedene Angaben zu machen¹²⁶⁵.

Ausländische Arbeiter, die ihre Einsatzorte noch nicht so schnell verlassen hatten, mussten sich für die Rückreise registrieren lassen. In Parchim hatten sich die in der Stadt befindlichen Ausländer bis zum 28. Mai 1945 auf dem Sammelplatz am Damer Weg zu melden. „Nichterscheinen wird streng bestraft“, ordnete der kommunistische Bürgermeister Goldenbaum an¹²⁶⁶. Wahrscheinlich nicht wenige der befreiten Zwangsarbeiter blieben noch mehrere Monate im Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern. In Hagenow sollten sich die im Kreis noch verbliebenen Ausländer am 25. Oktober 1945 marschfähig bei der sowjetischen Militärkommandantur einfinden¹²⁶⁷.

Die Erwartungen der Alliierten, bei den befreiten Zwangsarbeitern müsste es sich um eine leicht lenkbare Personengruppe handeln, sollten sich jedoch nicht bestätigen. Offenbar reagierten die Männer und Frauen, die jahrelang unter Zwang haben leben müssen, auf jede Form ordnender Organisation zunächst ablehnend¹²⁶⁸. Dabei brachen sie auch bewusst Gesetze. So kam es in den ersten Tagen, vielleicht auch Wochen in verschiedenen mecklenburgischen Orten auch zu Plünderungen durch freigelassene Zwangsarbeiter. Mitunter bezeichnen deutsche Zeitgenossen die Plünderer pauschalisierend als Russen, so dass sich nicht genau sagen lässt, ob damit Rotarmisten, befreite Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter gemeint sind. Nach dem Erinnerungsbericht einer Wismarinerin plünderten in der Hansestadt sowohl Einheimische als auch Fremdarbeiter¹²⁶⁹. Ein Parchimer erinnert sich an den Mai 1945: „Eine Ordnung und Überwachung gibt es nicht mehr, jeder-mann spricht nur noch von den Russen. [...] In Trupps ziehen sie auf die Dörfer, wo sie Einsicht in Küche und Keller nehmen und jedes Mal den Räucherboden nicht übersehen. [...] Bestimmte Grenzen werden eingehalten, Auseinandersetzungen auf Leben und Tod kommen anscheinend nicht vor.“¹²⁷⁰

Ein ehemaliger Arbeiter der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg schreibt, nach dem Einmarsch der Roten Armee hätten ihm Kriegsgefangene große Teile seiner Kleidung abgenommen. Er hätte aber die Kleidungsstücke bald zurückerhalten. Befreite Häftlinge des KZ-Außenlagers Neubrandenburg, denen der Deutsche während ihrer Haft helfen können, brachten ihm die gestohlenen Bekleidung zurück¹²⁷¹. Auch die Wohnung eines Nachtwächters des Heinkel-Lagers in der Thierfelder Straße wurde von russischen Plünderern heimgesucht. Als der Rostocker den Plünderern das Geschenk eines Zwangsarbeiters, ein mit kyrillischen Buchstaben signiertes Gemälde zeigte, sahen die Russen von weiteren Plünderungen ab¹²⁷². Ein Bad Doberaner Ehepaar erhielt von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen ein für Plünderer bestimmtes Schreiben. In dem Brief wurde bestätigt, dass diese Deutschen den Russinnen geholfen hatten. An die Marodeure gerichtet heißt es darin: „Unsere Bitte an Euch, liebe Brüder und Genossen, ist, solche Leute nicht zu kränken, wie wir drei Jahre gekränkt worden sind.“¹²⁷³

Neben diesen Raubzügen befreiter Zwangsarbeiter kam es auch zu Racheakten an deutschen Lagerführern oder Meistern, die die Ausländer besonders gepeinigt hatten. So soll der Leiter des Zwangsarbeiterlagers der Bachmann-Werke in Ribnitz von freigelassenen Lagerinsassen umgebracht worden sein¹²⁷⁴. In Torgelow steckten Zwangsarbeiter aus Hass gegen die Deutschen auch ein Arbeiterlokal an¹²⁷⁵. In den ersten Tagen der Besetzung Mecklenburg-Vorpommerns durch die Besatzungstruppen scheinen diese Vergeltungstaten nicht vorrangig verfolgt worden zu sein. Erst recht wurden Plünderungen in einem gewissen Umfang geduldet. Die zum Teil anarchischen Zustände waren jedoch nur von kurzer Dauer. Nach der Festigung des Besatzungsregimes und mit der damit einhergehenden Sicherstellung der Versorgung der Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln und Kleidung musste die deutsche Bevölkerung auch nicht mehr die Rache der ausländischen Arbeiter fürchten.

Während das Kriegsende für die meisten Zwangsarbeiter ihre Befreiung bedeutete, fielen noch ungezählte Häftlinge der KZ-Außenlager in den letzten Kriegstagen dem Mordregime der SS zum Opfer. Angesichts der bevorstehenden Niederlage des Deutschen Reiches war auch die Häftlingsarbeit für die Luftrüstungsbetriebe sinnlos geworden. Die wie unverbesserliche Staatsfeinde behandelten Insassen der Konzentrationslager sollten aber weiter im SS-Gewahrsein bleiben. Eine Übergabe der KZ-Häftlinge an die Alliierten zog die SS-Führung bis zum Frühjahr 1945 nicht in Erwägung. Die Weisung Himmlers an die Kommandantur des KZ Flossenbürg vom

14. April 1945, das Lager nicht zu übergeben, weil die befreiten Buchenwalder Häftlinge sich „grauenhafte“ gegenüber der Weimarer Zivilbevölkerung benommen hätten¹²⁷⁶, könnte so auch an Kommandanten anderer Lager ergangen sein. Wahrscheinlich auf Befehl der Kommandanten der KZ-Stammlager Ravensbrück und Neuengamme wurden die KZ-Außenlager in Mecklenburg und Vorpommern mit der größten Zahl der Häftlinge geräumt, bevor die Alliierten die Lager erreichen konnten. Tausende von Häftlingen dieser Lager und des KZ Sachsenhausen wurden in den letzten Kriegstagen auf Evakuierungsmärschen in Richtung Ostsee getrieben. Überlebende Häftlinge geben als mutmaßliche Evakuierungsziele die Ostseehäfen Rostock oder Lübeck an. Weitere Vermutungen sind wegen fehlender Überlieferungen jedoch spekulativ.

Die Auflösung des Lagers Karlshagen II begann Mitte Februar 1945. 350 „Invaliden“ wurden auf dem Wasserweg nach Barth und von hier über das Mittelbau-Außenlager Ellrich ins KZ Bergen-Belsen gebracht¹²⁷⁷. Die Angaben eines überlebenden Häftlings, es habe zunächst einen Plan gegeben, den Lastkahn mit den Gefangenen zu versenken¹²⁷⁸, kann nicht durch andere Berichte bestätigt werden. Ebenso wenig bewiesen ist die Versenkung eines Schleppkahns mit 335 Peenemünder Häftlingen, die in den letzten Apriltagen geschehen sein soll¹²⁷⁹. Mitte bis Ende April 1945 wurden alle noch im Lager Karlshagen verbliebenen Häftlinge evakuiert. Eine Wolgasterin will am 28. April 1945 einen langen Zug von elend aussehenden Häftlingen gesehen haben, die durch die Stadt in Richtung Westen gezogen seien¹²⁸⁰. Nach Angaben eines Barther Häftlings traf im April ein Transport von rund 400 Peenemünder Häftlingen in Barth ein¹²⁸¹. Ein Restkommando wurde per Schiff aus Peenemünde evakuiert und dann zu Fuß in Richtung Rostock in Marsch gesetzt. Die Überlebenden dieses Todesmarsches wurden hier von sowjetischen Soldaten befreit¹²⁸².

Der größte Teil der Gefangenen des Außenlagers Barth wurde am 30. April evakuiert. Einige jüdische männliche Häftlinge hatte man allerdings bereits im März nach Ravensbrück gebracht¹²⁸³. Der polnische Häftling Rablin berichtet, dass er nach kurzem Aufenthalt im Stammlager ins Außenlager Malchow verlegt wurde, dessen Insassen in einer Sprengstofffabrik schuften mussten. Bevor Rablin hier die Flucht gelang, musste er im Lager Malchow als Totengräber arbeiten¹²⁸⁴.

Ende April traf ein weiterer Transport aus Barth kommend im Stammlager ein. Unter den Häftlingen befand sich auch der spätere Filmproduzent Gyula Trebitsch. Nach zwei Tagen verlud man die Gefangenen auf offene Waggons und transportierte sie ins Auffanglager Wöbbelin¹²⁸⁵. Häftlingstransporte aus verschiedenen Außenlagern des KZ Neuengamme wurden über mehrere hundert Kilometer in das 500 Meter vom Kriegsgefangenenlager Reiherhorst entfernt gelegene und noch nicht zur Hälfte fertig gestellte Barackenlager gebracht¹²⁸⁶. Etwa 3.000 Menschen siechten hier ohne medizinische Versorgung und fast ohne jede Verpflegung. Um nicht zu verhungern, sollen hier einige Häftlinge sogar Menschenfleisch verstorbener Kameraden gegessen haben¹²⁸⁷.

100 jüdische Häftlinge warteten in Wöbbelin in Eisenbahnwaggons vergeblich auf die ihnen in Aussicht gestellte Evakuierung nach Schweden¹²⁸⁸. Als die SS-Aufseher am 1. Mai Geschützdonner hörten, erschossen die SS-Männer noch in Panik viele Häftlinge. Dann flüchteten sie vor den heranrückenden amerikanischen Truppen. Als die US-Soldaten wenig später das Lager betraten, fanden sie hunderte unbestatteter Leichen vor. Den neben den Toten liegenden noch lebenden Häftlingen leisteten die Soldaten Erste Hilfe¹²⁸⁹. Die Kranken wurden in der Kavalleriekaserne in Ludwigslust und später in Lüneburg medizinisch behandelt bzw. gepflegt¹²⁹⁰. Viele der befreiten Häftlinge konnten jedoch trotz aller ärztlichen Bemühungen nicht mehr gerettet wer-

den. Die offenbar von den Bildern in Wöbbelin schockierten US-Militärs verlangten vom Oberbefehlshaber der in Gefangenschaft geratenen 3. Panzerarmee, General von Manteuffel, sich vor seinem Abflug in die britische Gefangenschaft einen sterbenden ehemaligen KZ-Häftling anzusehen¹²⁹¹. Die Amerikaner zwangen die einheimische Bevölkerung, die in Wöbbelin von der SS verscharrten Leichen zu exhumieren und an öffentlichen Plätzen in Hagenow, Schwerin, Ludwigslust und Wöbbelin beizusetzen¹²⁹².

Über den Todesmarsch der bis Ende April in Barth gebliebenen Häftlinge legen verschiedene Augenzeugenberichte vor. Der Hauptteil der männlichen und weiblichen Gefangenen des Barther Außenlagers hatte zur Evakuierung des Lagers in Fünferreihen auf dem Appellplatz Aufstellung zu nehmen. Die Häftlinge durften eine Decke, persönliche Sachen und als Proviant ein Stück Brot, Möhren und Kohlrüben mitnehmen¹²⁹³. Weil die Vorräte aber angeblich nicht reichten, mussten einige Häftlinge den Marsch hungrig antreten¹²⁹⁴. Zuerst verließen die Marschkolonnen der männlichen Häftlinge, einige Stunden später die der weiblichen Häftlinge das Lager. Beim Abmarsch sahen die Häftlinge die von der SS in Brand gesetzten Flugzeughallen¹²⁹⁵. Die Häftlingskartei hatte man bereits einige Tage zuvor verbrannt, um diese Beweise der Verbrechen nicht in die Hände der Sowjettruppen fallen zu lassen¹²⁹⁶.

Neben den Häftlingskolonnen fuhren SS-Leute auf Fahrrädern. Schwache Häftlinge, die das vorgegebene Marschtempo überforderte, wurden von der SS kaltblütig erschossen¹²⁹⁷. Ein weiblicher Häftling schätzt, dass ungefähr 25 Männer und Frauen auf der Strecke zwischen Barth und Ribnitz erschossen worden sind. Auf der Straße zwischen Altheide und Gelbensande habe dann die SS den Marschzug der weiblichen Häftlinge verlassen und sei in Richtung Rostock geflüchtet¹²⁹⁸. Ein männlicher russischer Häftling berichtet, dass seine Häftlingskolonne 13 Kilometer vor Rostock auf eine Gruppe kriegsgefangener Amerikaner und Briten stieß. Als diese den Häftlingen Zwieback und Zigaretten zusteckten, entstand ein Durcheinander, das einigen Häftlingen die Flucht ermöglichte. Sie versteckten sich in einem Heuschaber, bis am nächsten Morgen sowjetische Soldaten erschienen und die entkräfteten Männer in ein Hospital brachten¹²⁹⁹.

Unweit von Rostock traf eine andere Kolonne männlicher Häftlinge auf deutsche Flüchtlinge. Nachdem die SS-Leute bei den deutschen Zivilisten über die militärische Lage informiert hatten, schrien die SS-Männer: „Ihr könnt abhauen, ihr seid frei!“ Dann eröffneten sie auf die Spitze der Häftlingskolonne das Feuer. Einige Gefangene mussten so noch kurz vor ihrer Befreiung sterben¹³⁰⁰. Auch zehn männliche Häftlinge einer anderen Marschkolonne, die bei einer Rast Wasser aus einem Teich trinken wollten, wurden deswegen auf Befehl des Barther Lagerkommandanten erschossen. Ihr Mörder, der von den Häftlingen „Boxer“ genannte SS-Unterscharführer Zay, sollte jedoch bald nach seiner Mordtat von Gefangenen gelyncht werden¹³⁰¹, ebenso eine sadistische Aufseherin des Barther Frauenlagers¹³⁰².

Die Bewacherinnen einer anderen Frauenkolonne setzten sich kurz vor Ribnitz ab. Die sowjetischen Truppen hatten zuvor dieses Gebiet in einem Bogen umgangen und stießen nun von Westen auf Ribnitz zu. Die Häftlinge sahen die Ribnitzer eilig ihre Stadt verlassen. Eine Gruppe von slowenischen Häftlingen stieß auf ein Zwangsarbeiterlager. Hier wurden sie von sowjetischen Zivilarbeitern aufgenommen, während eine Anzahl anderer Häftlinge in den Unterkünften französischer Kriegsgefangener Unterschlupf fand. In diesen Lagern verbrachten die geflohenen Häftlinge die Stunden, bis die sowjetischen Soldaten die Stadt eingenommen hatten¹³⁰³.

Einige Häftlingsfrauen die in der Nähe von Ribnitz in einen Wald geflohen waren, wurden hier von Hitler-Jungen eingekreist und mit Maschinenpistolen bedroht. In

Ribnitz wurden diese Frauen zusammen mit anderen wiederergriffenen Kameradinnen in den Keller des Rathauses gesperrt. In Anbetracht ihrer Erfahrungen erscheint die Befürchtung der Gefangenen, man könnte sie mit dem ganzen Gebäude in die Luft sprengen wollen, durchaus verständlich¹³⁰⁴. Tatsächlich war die Situation am 1. Mai nicht nur für die Häftlinge, sondern für die ganze Stadtbevölkerung außerordentlich gefährlich. Ein Oberleutnant Brehmer wollte nämlich mit dem Volkssturm und Hitler-Jungen, also einigen älteren Männern und Jugendlichen, die Stadt verteidigen. Als das Gerücht in der Stadt umging, der Bürgermeister würde am Nachmittag bekannt geben, ob Ribnitz verteidigt werden sollte, versammelten sich viele besorgte Bürger auf dem Marktplatz¹³⁰⁵. Der zum Kampf entschlossene Oberleutnant Brehmer bedrohte die ihm zur Kapitulation ratenden Einwohner und kündigte an, die KZ-Häftlinge hinrichten zu wollen¹³⁰⁶. Einige mutige Ribnitzer, die nicht die Zerstörung ihrer Stadt durch die Rote Armee provozieren wollten, entfernten den Schlagbolzen aus dem vor dem Rathaus aufgestellten Maschinengewehr, schlugen Brehmer nieder und entwaffneten die Hitler-Jungen¹³⁰⁷.

Zum Zeichen ihres Friedenswillens hängten die Ribnitzer weiße Fahnen aus den Fenstern. Um 16 Uhr Moskauer Zeit erschienen die ersten sowjetischen Panzer und Motorräder auf dem Marktplatz¹³⁰⁸, wo sie unter dem Jubel der Barther Häftlinge begrüßt wurden. Nach dem Bericht einer Ribnitzerin soll auch die „Internationale“ angestimmt worden sein¹³⁰⁹. Russische Soldaten machten Fotos, um die Befreiung der Opfer des Hitler-Faschismus dokumentarisch festzuhalten¹³¹⁰. Im Rathaus übergab der Bürgermeister die Stadt und ein leitender Ingenieur der Bachmann-Werke den Rüstungsbetrieb an den sowjetischen Kommandanten¹³¹¹. Die befreiten Häftlinge erhielten Quartiere in Ribnitzer Privathäusern und wurden eingekleidet sowie gepflegt¹³¹². Ein Teil der Häftlinge plünderte von den Deutschen verlassene Wohnungen und tauschte die Häftlingskleidung gegen zivile und saubere Kleider ein. Die Russin Schoschkina berichtet, sie sei von einer deutschen Familie freundlich aufgenommen worden. Sie selbst habe ihre Gastgeberin vor der Vergewaltigung durch einen betrunkenen sowjetischen Offizier beschützen können¹³¹³.

Einige der Überlebenden des Todesmarsches waren in der neuen Situation noch recht orientierungslos. Eine Zigeunerin sagt später aus: „Da ich nicht wußte, wohin ich gehen sollte, ging ich einfach wieder zurück in das Lager Barth.“¹³¹⁴ Hier hatte die SS sehr kranke Gefangene hilflos zurückgelassen. Einige Häftlinge versteckten sich aber auch in den Blocks, weil sie Angst hatten, einen Evakuierungsmarsch nicht überleben zu können¹³¹⁵. Ein Häftling schreibt, dass er erst am Morgen nach dem nächtlichen Abmarsch der Kolonnen bemerkte, dass die SS die kranken Häftlinge sich selbst überlassen hatten. Das elektrische Licht hatte man abgeschaltet, fließendes Wasser gab es nicht mehr, und die Aborte waren verschlossen. Die Türen der Blocks hingegen standen auf¹³¹⁶. Die Häftlinge bewaffneten sich mit Handgranaten, Gewehren, Revolvern und Bajonetten, die die SS in Kisten verpackt im Lager gelassen hatte. 200 ausgehungerte Häftlinge brachen die Tür zur Lagerküche auf und stürzten sich auf die in reichlicher Menge vorhandenen Lebensmittel. Ihre ausgezehnten Körper vertrug jedoch die Speisen nicht. Die meisten Häftlinge erkrankten an schwerem Durchfall¹³¹⁷. Einige der Kranken starben sogar an der zu hastig eingenommenen und zu fetten Kost¹³¹⁸.

Die freigelassenen alliierten Kriegsgefangenen, amerikanische Luftwaffenoffiziere aus dem Stalag Luft I und französische Kriegsgefangene aus dem Lager Barth-Holz, versorgten als Erste die Häftlinge mit Essen und Milch¹³¹⁹. Viele Häftlinge waren völlig apathisch. Ein amerikanischer Kriegsgefangener fühlte: „Sie hatten keine Hoffnung auf ein neues Leben.“ Ihm schien es so, als ob die SS geglaubt habe, diese todkranken Häftlinge würden sterben, bevor die sowjetischen Truppen das Lager er-

reichten¹³²⁰. Innerhalb von drei Tagen richteten die sowjetischen Soldaten, die Barth besetzt hatten, in einer der Luftwaffenkaserne ein Lazarett ein. Russische und deutsche Krankenschwestern sowie Sanitätsärzte der selbstverwalteten Kriegsgefangenenlager taten das medizinisch Mögliche für die Häftlinge. Die meisten der in der KZ-Sprache als Muselmänner bezeichneten dahinsiechenden Häftlinge starben jedoch nach wenigen Tagen. Aber auch die Männer, die physisch stärker waren und nach einigen Tagen scheinbar ziellos durch die Kleinstadt Barth wanderten, erinnerten die alliierten Soldaten an „Zombies“.

Die Barther Bevölkerung selbst beteiligte sich kaum an den Hilfsmaßnahmen auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers. Die meisten Barther dürften sich vor den Rotarmisten, aber wahrscheinlich auch vor Racheakten von Seiten der befreiten Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen gefürchtet haben¹³²¹. Eine Ribnitzerin berichtet, dass ihre Mutter ihr verboten habe, von befreiten Häftlinge angebotene Schokolade anzunehmen, weil diese vergiftet sein könnte¹³²².

Nachdem die belgischen und französischen Kriegsgefangenen im Mai auf Lastwagen von Barth in ihre Heimat gebracht worden waren, begann auch der Transport der genesenen Ex-Häftlinge in deren Heimatländer. Sie hatten zusammen mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen im Quarantänelager Barth-Holz auf ihre Rückreise zu warten¹³²³. Einer der holländischen Lagerinsassen wurde noch vor der Repatriierung von der sowjetischen Lagerleitung in Gewahrsam genommen. Angeblich soll er sich selbst an Kriegsverbrechen beteiligt haben¹³²⁴. Schon Anfang Mai 1945 waren zwei Ukrainerinnen als angebliche Kollaborateurinnen von einem Kommando der Sowjetarmee hingerichtet worden¹³²⁵.

Für die ersten der in Ribnitz einquartierten Häftlinge begann die Heimreise in die Sowjetunion schon am 8. Mai 1945. Die letzten Repatrianten traten Anfang Juni die Heimreise an¹³²⁶. Iraida Schoschkina schreibt, dass sie zusammen mit fünf Kameradinnen und einem zur Zwangsarbeit verschleppten jungen Ukrainer auf einem Pferdewagen heimwärts fuhren. „Beim Übersetzen über die Oder wurden wir von russischen Soldaten überfallen, die uns die wenigen Sachen abnahmen, die wir erlangen konnten. Wir behielten nichts, nicht einmal die Lebensmittel. [...] Nachts verbargen wir uns an abgelegenen Orten, da wir Angst vor betrunkenen Soldaten hatten, die sich Zerstreung suchten.“ Nach einigen heiklen Situationen hätten die jungen Frauen aber ihre Heimat erreicht¹³²⁷.

Das Außenlager Schwarzenpfost bei Rövershagen wurde ungefähr zum gleichen Zeitpunkt geräumt wie das Barther Lager. Am Vorabend des 1. Mai teilte der Lagerkommandant den Häftlingen mit, die Lagerinsassen sollten nach Dänemark gebracht werden, um sie dort dem Roten Kreuz zu übergeben. Im Block der russischen Häftlinge hielt eine gefangene Rotarmistin eine feierliche Rede, die die weiblichen Häftlinge auf das Leben in Freiheit vorbereiten sollte. Die bulgarische Häftlingssanitäterin Beltschewa setzte sich gegenüber der SS dafür ein, auch die noch marschfähigen Kranken zu evakuieren. Zwei Kranke versteckte sie auf einem Wagen zwischen Koffern¹³²⁸. Auf dem Marsch wurde aber bald klar, dass es der SS keinesfalls um die Rettung der Häftlinge ging. Gefangene, die zurückblieben, wurden erschossen am Wegesrand liegen gelassen¹³²⁹. Ob acht Häftlinge, die in der Nähe von Rövershagen von der SS erschossen und in einen Teich geworfen worden waren, zu einem Marschzug des Außenlagers Schwarzenpfost oder Barth gehörten ist nicht mit Sicherheit zu klären.

Auch ein Zug von 400 bis 500 Häftlingen, die unter SS-Bewachung die Gegend von Warnemünde erreichten, ist keinem Lager eindeutig zuzuordnen. Der spätere Bundesminister Erich Mende will als Offizier einer Wehrmachtseinheit gegen den Willen

eines SS-Hauptsturmführers die Freilassung dieser KZ-Häftlinge veranlasst haben¹³³⁰.

Die weiblichen Häftlinge des Lagers Schwarzenpfost wurden durch den Wald von Hinrichshagen über Markgrafenheide nach Hohe Düne an der Küste getrieben¹³³¹. Hier geriet der Häftlingszug in ein Gefecht zwischen Wehrmachtssoldaten und sowjetischen Truppen. Die schon erwähnte Bulgarin und einige russische Kameradinnen versuchten, sich mit ihren Blechnäpfen gegen Granatsplitter zu schützen¹³³². Während einige Frauen in den Wald flohen und sich bis zum nächsten Tag in einem Heustock versteckten¹³³³, fanden andere Schutz in einer Villa an der Chaussee zwischen Warnemünde und Rostock. Als die Rote Armee am nächsten Tag das Gebiet unter ihrer Kontrolle hatte, meldeten sich die Frauen bei der Kommandantur. Am 9. Mai feierten die Häftlinge zusammen mit sowjetischen Offizieren das Ende des Krieges bzw. den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Eine Gruppe von Häftlingen, die nach Polen abreisen wollten, verließ Rostock nach einigen Tagen mit einem Pferdefuhrwerk¹³³⁴. Eine Slowenin schreibt: „Ich reiste heim über Wien, wie es grad kam, auch zu Fuß.“¹³³⁵

Wie in den anderen Lagern so wurde auch den Neubrandenburger Häftlingen der Befehl zur Evakuierung auf einem Appell verkündet. Einige der Gefangenen weinten vor Freude. Andere wollten mit passivem Widerstand die Evakuierung verhindern und auf die Ankunft der sowjetischen Soldaten warten¹³³⁶. Dies hatte auch das illegale Lagerkomitee so beschlossen. Die SS-Leute trieben die Häftlinge jedoch mit Schlägen ihrer Gewehrkolben aus den Blocks. Den Gefangenen blieb nur noch die Hoffnung auf eine Flucht während des Evakuierungsmarsches¹³³⁷. Im Lager waren nunmehr nur noch Kranke und eine Anzahl von Häftlingen, die sich in den Blocks hatten verstecken können¹³³⁸. Die Häftlinge des Lagers Waldbau hatten sich am Abend des 27. April nach der Austeilung einer Suppe zum Abmarsch aufzustellen. Dann zogen sie in Fünferreihen mit unbekanntem Ziel in den Wald¹³³⁹.

Eine Neubrandenburgerin sah, wie die barfuß oder mit Holzpantinen bekleideten Häftlingsfrauen begleitet von SS-Aufseherinnen und deren Hunden durch das Trepptower Tür geführt wurden¹³⁴⁰. Angeblich sollen bereits hier einige KZ-Häftlinge von ihren Bewachern erschossen worden sein¹³⁴¹. Die Häftlinge wurden zunächst auf der Landstraße bis Penzlin getrieben. Unterwegs warfen ihnen russische Kriegsgefangene Nahrungsmittel zu. Aber auch Penzliner gaben den Häftlingen verschüchtert Brot. Als die Gefangenen und ihre Bewacher immer deutlicher Geschützdonner vernahmen, breitete sich Panik aus. Unbeirrt vom Brüllen der SS-Leute flüchteten viele Häftlinge auf Seitenwegen¹³⁴². Andere geflüchtete Häftlinge suchten Wohnungen in Penzlin und Umgebung auf und verlangten Essen und Kleidung¹³⁴³.

Die SS sann zunächst darauf, ihr eigenes Leben zu retten, und kümmerte sich scheinbar nicht mehr um die Gefangenen. Eine Schubkarre mit Spaten, mit denen man auf dem Marsch anfallende Tote verscharren wollte, hatte die SS bereits unterwegs stehen lassen¹³⁴⁴.

Vier Französinen suchten sich einen Schlafplatz auf einem Heuboden. Am nächsten Tag wurden die zu Skeletten abgemagerten Frauen von Soldaten, möglicherweise auch von Angehörigen des Volkssturms, entdeckt. Die Männer gaben ihnen Fleisch und Suppe sowie den Rat, sich vor der Feldgendarmarie zu verbergen. Die Militärpolizisten hätten bereits viele geflohene KZ-Häftlinge erschossen. Micheline Maurel schreibt: „In der Tat sah man auf der Straße viele Leichen in gestreiften Kleidern und in solchen mit Kreuzen. Ohne hinzusehen, gingen wir an ihnen vorüber.“ In Waren fanden die Französinen in einem unverschlossenen Wohnhaus Kleidungsstücke, wurden aber dabei von einem Feldgendarm gestellt. Allein das An-

rücken der russischen Truppen war ihre Rettung. Eine der Französinen sollte allerdings bereits bei ihrer ersten Begegnung mit den „Befreiern“ zum Opfer einer Vergewaltigung werden¹³⁴⁵.

Während viele Häftlinge in ähnlicher Weise der SS entkommen konnten, trieb man einige Marschkolonnen über Malchow, von dort in Richtung Plauer See bis nach Meyenburg. In Siggelkow bei Parchim wurden am 3. Mai 1945 die letzten Gefangenen von Einheiten der Roten Armee befreit¹³⁴⁶. Schätzungsweise sollen etwa 700 Häftlinge auf dem Todesmarsch ums Leben gekommen sein¹³⁴⁷.

Während wenige Tage, zum Teil nur Stunden vor der Waffenruhe, noch viele Häftlinge aus Erschöpfung am Straßenrand starben oder auf der Flucht getötet wurden, erlebten 200 Häftlinge im Lager an der Ihlenfelder Straße am 28. April ihre Befreiung. Sie gehörten zu 7.500 Insassen des KZ Ravensbrück, die nach Schweden evakuiert werden sollten¹³⁴⁸. Der schwedische Diplomat Graf Folke Bernadotte hatte in Verhandlungen mit Heinrich Himmler erreicht, dass zunächst skandinavische Häftlinge, später auch Häftlinge anderer Nationalität, mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) über Dänemark in das neutrale Schweden gebracht werden konnten. Himmler hegte dabei die unrealistische Hoffnung, als möglicher Hitler-Nachfolger separate Verhandlungen mit den Westalliierten führen zu können¹³⁴⁹. Kranke belgische, französische und polnische Häftlinge des Außenlagers Neubrandenburg wurden in Rot-Kreuz-Fahrzeugen an vielen Straßensperren vorbei nach Lübeck transportiert¹³⁵⁰. Auf Schiffen evakuierte man die Frauen schließlich nach Malmö¹³⁵¹.

Eine Polin erzählt, das Rote Kreuz habe kranke Russinnen aus dem Lager Neubrandenburg nicht mitnehmen wollen, weil die UdSSR kein Mitgliedsstaat des IRK war¹³⁵².

Die russischen Häftlinge blieben betreut von der Ärztin Valentina Fjodorowna im Neubrandenburger Revier. Über dem offenen Tor des Lagers wehte aus Lappen zusammengenäht eine rote Fahne zur Begrüßung der stündlich erwarteten Rotarmisten. Am nächsten Tag, dem 29. April, erschien dann in der Nähe des Lagers an der Ihlenfelder Straße der erste russische Tank¹³⁵³. Deutsche Flugzeuge bombardierten zwar bald darauf das Lager, verletzten aber keinen der befreiten Häftlinge¹³⁵⁴.

Das Waldbaulager war bereits vollständig verlassen. Der Oberingenieur Kuhfeld fand nur noch einige persönliche Abschiedsgrüße weiblicher Häftlinge auf einer Wandtafel¹³⁵⁵.

Einige Belegschaftsangehörige waren bei den Häftlingen aber um so verhasster. Nach der Befreiung konnte man die Frauen auch Arbeiter der Mechanischen Werkstätten auf der Straße verprügeln sehen¹³⁵⁶.

Ein ehemaliger Arbeiter der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg berichtet über mehrere tödliche Racheakte von befreiten Häftlingen an Beschäftigten des Rüstungsbetriebs¹³⁵⁷. Zwei Meister des Werks im Waldbaulager¹³⁵⁸ und mit ihnen etwa 300 weitere Einwohner Neubrandenburgs nahmen sich aus Furcht oder Perspektivlosigkeit in den letzten Kriegstagen das Leben¹³⁵⁹. Offenbar für den massenhaften Suizid der deutschen Bevölkerung hatten die nationalsozialistischen Machthaber Zyankaliampullen im Luftschutzbunker der Rinker-Werke eingelagert¹³⁶⁰.

Die ehemaligen Häftlinge des KZ-Außenlagers wurden zunächst ärztlich betreut¹³⁶¹. Ein Teil der weiblichen Häftlinge erhielt von der Besatzungsmacht Quartiere in Häusern am Prenzlauer Platz zugewiesen¹³⁶². Wohl der größere Teil der Ex-Häftlinge wartete noch einige Zeit im Ausländerlager Panzerkasernen auf die Reparierung¹³⁶³. Auch sowjetische Ex-Häftlinge, die bis in die Gegend von Wismar ge-

flüchtet waren, kehrten aus dem von der britischen Armee besetzten Gebiet nach Neubrandenburg zurück¹³⁶⁴. Im Auffanglager organisierten sich die Ex-Häftlinge, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in nationalen Gruppen. Erna Muserjewa schreibt, in der jugoslawischen Gruppe hätten sie ein „freies und neues Leben“ „wie in einem selbständigen Staat“ begonnen. Sie erwähnt aber zugleich, dass die Gruppe militärisch organisiert und von einem jugoslawischen Berufsoffizier geleitet wurde¹³⁶⁵.

Die Russin Nora Smirnowa berichtet, dass sie mit einer Gruppe von Polinnen Neubrandenburg zu Fuß verlassen habe. Nach acht Tagen habe man die Oder erreicht. Am 21. Mai sah die als Zwangsarbeiterin nach Deutschland verschleppte und später mit KZ-Haft bestrafte Russin ihre Heimatstadt Moskau wieder¹³⁶⁶. Fast drei Monate später, am 11. August 1945, traten 684 befreite slowenische Häftlinge und Kriegsgefangene in zwei Güterzügen die Heimreise an. Die Waggons hatten die Männer und Frauen mit Tito-, Lenin- und Stalin-Porträts und jugoslawischen sowie russischen Parolen geschmückt. Die Freude über die wiedergewonnene Freiheit sollte aber schon bald durch eine Enttäuschung getrübt werden. Nur eine einsame Frau in Partisanenuniform habe bei ihrer Ankunft auf dem Heimatbahnhof gestanden und nicht die erhoffte große Anzahl von Landsleuten¹³⁶⁷. Eine würdige Anerkennung für ihre Opfer in deutschen Arbeits-, Straf- oder Kriegsgefangenenlagern wurde den Heimkehrern zunächst versagt.

Weniger dramatisch als die Räumung der Außenlager Barth und Neubrandenburg mag dem Betrachter die Evakuierung der Boizenburger KZ-Häftlinge erscheinen. Am 28. April, zehn Tage nach ihrem letzten Arbeitstag für die Firma Thomsen & Co., wurde den 400 weiblichen Häftlingen der Abmarsch befohlen. In vier Tagesmärschen zogen die Frauen in Richtung Ludwigslust¹³⁶⁸. Um eine Feindberührung zu vermeiden und nicht unter alliierten Beschuss zu geraten, führte die SS die Gefangenen über Waldwege¹³⁶⁹. Während einer Teilnehmerin dieses Marsches vor allem ihre Angst vor deutschem und russischem Artilleriebeschuss in Erinnerung blieb¹³⁷⁰, erinnert sich eine andere Frau mit Respekt an den Lagerkommandanten. Der Deutsche, der erst vier Wochen vor der Räumung die Lagerleitung übernommen hatte, habe sich auf dem Marsch um Verpflegung für die Häftlinge gekümmert. In den Dörfern, die die Marschkolonne passierten, besorgte er für die Frauen Nahrungsmittel. Dabei gab er die Gefangenen als deutsche Zivilarbeiter aus, die versorgt werden müssten¹³⁷¹. Als dem Kommandanten klar wurde, dass sie auf amerikanische Truppen stoßen würden, stellte er den SS-Aufseherinnen frei, mit ihm in die Gefangenschaft zu gehen oder nach Hause zurückzukehren. Zwei SS-Frauen entschieden sich für die Rückkehr nach Boizenburg, wo mittlerweile bereits am Postamt eine rote Fahne gehisst worden war¹³⁷².

Als der Zug der Häftlinge auf amerikanische Truppen traf, suchten auch die anderen SS-Leute das Weite. Ohne Bewachung marschierten die Häftlinge weiter bis in die Nähe des von der SS verlassenen KZ-Außenlagers Neustadt-Glewe. Dort nahmen amerikanische Soldaten die Häftlingsfrauen in ihre Obhut und brachten sie nach Ludwigslust¹³⁷³. Hier wurden die Frauen in Villen einquartiert. Plünderungen waren ausdrücklich untersagt¹³⁷⁴. Eine besonders verhasste ehemalige Blockälteste soll von anderen Ex-Häftlingen geschlagen worden sein¹³⁷⁵. Offenbar kurz nach der Befreiung war schon eine andere SS-Aufseherin von Amerikanern erschossen worden¹³⁷⁶.

Nach zwei Wochen mussten die ungarischen Jüdinnen Ludwigslust verlassen und wurden in Grabow der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben. Nach weiteren zwei Tagen verlegte man die Frauen nach Prenzlau¹³⁷⁷. Hier hatten sie Feldarbeit zu leisten, um als Gegenleistung von der Besatzungsmacht Brot zu erhalten. Französi-

sche und italienische Kriegsgefangene, die auf den Transport in ihre Heimatländer warteten, gaben den Frauen außerdem auf dem Lagerfeuer gebratenes Pferdefleisch. Einen Monat später konnten die Jüdinnen die Heimfahrt antreten¹³⁷⁸. In der Heimat angekommen standen sie häufig vor dem Nichts. Im Bericht einer Ungarin heißt es: „Unsere Wohnung fanden wir ausgeraubt vor, doch es gab Leute, die uns halfen, zu Bettzeug und Essen zu gelangen. Wir aßen in der Armenküche und wurden kräftiger, so daß wir Arbeit annehmen konnten.“¹³⁷⁹

Im Unterschied zu den anderen Außenlagern wurde das Lager Neustadt-Glewe nicht mehr evakuiert, als sowohl amerikanische als auch russische Truppen in das Gebiet vordrangen. In der Gewissheit der nahen Befreiung veranstalteten einige Häftlinge schon am 1. Mai eine kleine Feier¹³⁸⁰. Am 2. Mai traf ein LKW-Konvoi mit Angehörigen der Ravensbrücker Lagerleitung ein. Die SS-Leute erledigten sich ihrer Uniformen und kleideten sich zivil ein¹³⁸¹. Bevor die SS ihre Flucht in Richtung Westen fortsetzte, wurde 50 ukrainischen Häftlingen befohlen, Rot-Kreuz-Pakete von Lastwagen abzuladen und ins Magazin zu schaffen¹³⁸². Danach teilte der Lagerkommandant den Häftlingen mit, zusammen mit den ihm unterstellten SS-Leuten das Lager verlassen zu wollen. Die Häftlinge sollten das Lager verwalten, bis US-Militäreinheiten kommen würden. Für die Verteilung der Lebensmittelvorräte seien die Frauen nun selbst verantwortlich. Ungeduldig stürmte ein Teil der Häftlinge daraufhin die Lagerküche. Die SS schoss in die Menge und tötete bzw. verletzte dabei einige Frauen¹³⁸³. Zusammen mit ein paar deutschen Häftlingen, die mit ihnen kollaboriert hatten, verließen die SS-Leute dann auf Lastwagen das Lager¹³⁸⁴. Nach der Flucht der Bewacher zerschnitten französische Kriegsgefangene des benachbarten Lagers den Zaun des Konzentrationslagers und befreiten die Frauen. Kranke Frauen erhielten im Kriegsgefangenenlager eine medizinische Erstversorgung¹³⁸⁵.

Am Abend des 3. Mai erschien am Lagertor ein amerikanischer Spähtrupp. Doch die Hoffnung der Häftlinge auf rasche Hilfe wurde zunächst enttäuscht. Die Soldaten sagten, dass sie nichts für die Gefangenen tun könnten¹³⁸⁶. Die Panzerbesatzungen warfen Schokolade und Kaugummi in die Menge und entfernten sich wieder vom Lager. Doch nur zwei Stunden später trafen sowjetische Truppen im Lager ein¹³⁸⁷. Während sich einige Häftlinge zunächst aus den Lagerbeständen Kleidungsstücke besorgten und in den leerstehenden und sauberen Baracken der Wachmannschaft Erholung suchten, verließen Gruppen von Häftlingen sogleich das Lager und siedelten sich in von ihren Bewohnern vorübergehend verlassenen Häusern in Neustadt-Glewe an. Manche Deutsche saßen apathisch da, während Häftlinge Einrichtungsgegenstände, Kleidung und Lebensmittel aus den Häusern trugen. Wohl kamen bei den Plünderern Zweifel über die Rechtmäßigkeit auf. Doch der elementare Wille zum Überleben war stärker als die Moral. Daher setzten sich einige Jüdinnen auch über religiöse Gebote hinweg und aßen Schweinefleisch sowie andere unkoschere Speisen, die sie finden konnten¹³⁸⁸.

Tragischerweise forderte die dem Gesundheitszustand unangepasste Ernährung manche Todesopfer unter den Häftlingen. Sie starben qualvoll an Darmverschlingung¹³⁸⁹. Eine andere Lagerinsassin starb nach dem Verzehr von Rattengiftködern, die sie für Kekse gehalten und in einer Drogerie geraubt hatte¹³⁹⁰.

Noch schwache Ex-Häftlinge wurden in einem Wehrmachtslazarett in Neustadt-Glewe gepflegt. Transportfähige Schwerkranke flog man von den Flugplätzen Ludwigslust und Schwerin-Görries in die Heimatländer¹³⁹¹. Eine im Neustädter Lazarett an Tuberkulose behandelte Tschechin berichtet, eine deutsche Pflegerin habe sie um eine Bescheinigung für die Hilfeleistung gebeten. Mit diesem Schreiben hoffte die junge Deutsche sich der Vergewaltigung durch russische Soldaten erwehren zu

können. Die Kranke, die von den Schändungen deutscher und ausländischer Frauen wusste, unterschrieb das Papier¹³⁹².

Nach einigen Tagen, mitunter aber auch erst nach einigen Monaten verließen die Häftlinge Neustadt-Glewe. Eine deutsche Jüdin schreibt, sie habe sich bei der sowjetischen Kommandantur als Holländerin gemeldet, um in einem Sammeltransport mit ehemaligen niederländischen Zwangsarbeitern Deutschland möglichst schnell verlassen zu können¹³⁹³. Andere befreite Häftlinge fanden Platz auf einem Lastwagen, den französische Kriegsgefangene „organisiert“ hatten¹³⁹⁴.

So oder ähnlich endeten für viele Ausländer die Jahre der Zwangsarbeit, die mit Anwerbungen, Dienstverpflichtungen, Verschleppungen oder Verhaftungen begonnen hatten. Die Erinnerungen an die schrecklichen Erlebnisse sollten viele von ihnen jedoch noch einen Leben lang begleiten.

Verantwortung und Entschädigung für die Opfer

Mit der Repatriierung der Zwangsarbeiter war das an ihnen verübte Unrecht freilich nicht gesühnt. Die Behandlung dieses Themas seit 1945 lässt jedoch erkennen, dass sowohl die Besatzungsmächte als auch die politischen Entscheidungsträger in den beiden deutschen Teilstaaten keine dringende Notwendigkeit einer Wiedergutmachung für die ehemaligen Zwangsarbeiter sahen. Dies gilt auch für die sowjetische Besatzungsmacht und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die die Politik im Land Mecklenburg-Vorpommern bzw. seit 1952 in den Bezirken Schwerin, Neubrandenburg und Rostock bestimmten. Eine historische Mitverantwortung für die in deutschem Namen verübten Verbrechen schloss die 1948 gegründete DDR für sich aus, weil sie sich nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches betrachtete. Der in der Sowjetunion herrschenden Faschismustheorie zufolge trug das Monopolkapital die Hauptverantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen. Außerökonomische Motive der Nationalsozialisten wie die Rassenideologie waren nach dieser Annahme ausgeschlossen oder lediglich vom Kapitalinteresse abgeleitet anzusehen.

Diese pauschale Schuldzuweisung an die Monopole bildete auch die Begründung für die Politik der Besatzungsmacht. In dieser Sichtweise stellte die Demontage der Fabrikeinrichtungen in vielen Industriebetrieben des Landes keine Bestrafung des deutschen Volkes dar, sondern richtete sich allein gegen deren häufig in die Westzonen geflohene Besitzer.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden innerhalb weniger Monate die Flugzeugwerke als wichtigste Industriebetriebe der Region vollständig demontiert. Das Neubrandenburger Arbeitsamt hatte 1945 und 1946 täglich 400 Arbeitskräfte zur Demontage der Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg zu stellen¹³⁹⁵. Aber auch mittelständische Betriebe wurden von der Demontage nicht ausgenommen. Über die Güstrower Firma Bohstedt findet sich ein schlichter Akteneintrag: „Besitzer sind geflüchtet. Als Rüstungsbetrieb vollständig ausgebaut.“¹³⁹⁶

Während die KPD und die 1946 gegründete SED sich einer öffentlichen Kritik an dieser Zerstörung für Mecklenburg wichtiger Industriekerne enthielten, wurde in der von Erwerbslosigkeit bedrohten Arbeitnehmerschaft über die Demontagen kontrovers diskutiert. Die Arbeiter, die das Heinkel-Zweigwerk bei Rövershagen für den Transport in die UdSSR abbauen mussten, äußerten sich verbittert über die oktroyierten Reparationen¹³⁹⁷. Auch in der Belegschaft der Neptunwerft gab es offenbar wenig Verständnis für die Demontagen, die mit der Notwendigkeit einer Wiedergutmachung für die der Sowjetunion zugefügten Kriegsschäden begründet wur-

den¹³⁹⁸. Anders als in den westlichen Besatzungszonen formierte sich in Mecklenburg-Vorpommern kein wirksamer Widerstand, der die Demontagepläne hätte beeinflussen können.

Vielleicht deutlicher noch als im Fall der Demontagen wurde in den Enteignungsverfahren ein Begründungszusammenhang zwischen dem Verhalten der Eigentümer bzw. Betriebsleiter und dem Einzug des Besitzes konstruiert. Die gesetzliche Grundlage für die Beschlagnahmung von Eigentum des Staates, der NSADAP und deren „einflussreicher Anhänger“ bildete in erster Linie der Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung¹³⁹⁹. Auf Grund dieses Befehls fiel es den Kommissionen für Sequestrierung, die auf Landesebene mit jeweils zwei Vertretern der SED, der CDU, der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Landesregierung besetzt war¹⁴⁰⁰, nicht schwer, die meisten großen und mittleren Metallbetriebe auf die Enteignungsliste zu setzen. Schließlich hatte der überwiegende Teil der Metallindustriellen freiwillig oder auf Druck staatlicher Stellen Wehrmächtaufträge angenommen und somit die Kriegführung des Deutschen Reiches ermöglicht. In der Enteignungsurkunde der Van Tongelschen Stahlwerke zum Beispiel heißt es lapidar: „Unternehmen diente dem Krieg.“¹⁴⁰¹

Es finden sich jedoch auch Streitfälle, in denen die Sequestrierungskommissionen die schlechte Behandlung der Zwangsarbeiter als Scheinbegründung für die Enteignung anführten. Die ehemaligen Zwangsarbeiter dürften wohl nur in seltenen Fällen als Zeugen in diesen Verfahren angehört worden sein. Wenn sie überhaupt den „Reichseinsatz“ überlebt hatten, so befanden sie sich nun wieder in ihrem Heimatland. Sie werden häufig von den Enteignungsverfahren in Mecklenburg nicht einmal unterrichtet worden sein. In der Regel sagten deutsche Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aus. So machten beispielsweise neun Arbeiter der Gießerei Münter in Ueckermünde Angaben über die nazistische Einstellung des Betriebsführers und die Misshandlung von Kriegsgefangenen. Zeugen, die zu Gunsten der Firmeninhaber und leitenden Angestellten ausgesagt hatten, unterstellten sie durch Geldgeschenke zu Falschaussagen verleitet worden zu sein. Für den Fall, dass der ehemalige Betriebsleiter wieder beschäftigt würde, kündigten die Arbeiter den Streik der gesamten Belegschaft an¹⁴⁰². Der zuständige Ausschuss machte sich die Argumente der Zeugen zu Eigen und erkannte dem ehemaligen Betriebsführer das Recht ab, seinen Betrieb zu leiten. Begründet wurde der Beschluss unter anderem auch mit der Einweisung von Zwangsarbeitern der Gießerei in das Arbeitserziehungslager Pölitz¹⁴⁰³. Die von der Beschlagnahme ihrer Betriebe bedrohten Unternehmer strichen umgekehrt den angeblich korrekten Umgang mit den Fremdarbeitern heraus, so etwa in der Gießerei Freundel & Zaeske die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften¹⁴⁰⁴. Der Witwe des Firmeninhabers gelang es sogar, eine Erklärung eines Belgiers beizubringen, die die Unternehmerin entlastete und den Geschäftsführer für die Willkür gegenüber den Ausländern im Werk verantwortlich machte¹⁴⁰⁵. Auch der nach Westdeutschland geflohene Walther Bachmann führte die „humane Behandlung der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen“ in seinem Ribnitzer Betrieb an¹⁴⁰⁶. Für das Schweriner Innenministerium war indes maßgeblich, dass die Bachmann-Werke für die Rüstung produziert hatte. Das zu enteignende Vermögen sei als „Wiedergutmachung“ für das deutsche Volk zu betrachten¹⁴⁰⁷. Eine Wiedergutmachung für die ehemaligen Zwangsarbeiter wurde nicht einmal in Erwägung gezogen. In diesen und allen anderen Enteignungsverfahren diente die angeblich humane oder inhumane Behandlung der Zwangsarbeiter den Streitparteien nur als Rechtstitel zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen oder politischen Interessen.

Die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen an Zwangsarbeitern oder KZ-Häftlingen ist wegen der auf nicht absehbare Zeit schwierigen Akteneinsicht in den Archiven des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR nur schwer zu beurteilen.

Die Mörder der fünf am Neubrandenburger Burgholz hingerichteten sowjetischen Zwangsarbeiter wurden mit dem Tod bestraft¹⁴⁰⁸. Einige Wachleute von Zwangsarbeiterlagern erhielten Haftstrafen. So wurden mindestens zwei Aufseher des Lagers „Schwarze Erde“, in dem viele in den Torgelower Gießereien arbeitenden Ausländer untergebracht waren, ins Internierungslager „Fünfeichen“ in Neubrandenburg gebracht¹⁴⁰⁹. Auch Lagerpersonal der Rostocker Heinkel-Werke wurde in dieses berüchtigte Lager eingeliefert. Die Tochter eines Heinkel-Wachmanns, deren Vater sich den Ausländern gegenüber menschlich verhalten hatte, urteilt später: „Es waren wirkliche Schweinehunde dabei und viele hatten es auch verdient.“ Sie berichtet aber auch, dass ein ehemaliger Wachmann das Straflager „als Krüppel“ verließ¹⁴¹⁰. Eine SS-Aufseherin des KZ-Außenlagers Boizenburg wurde zwei Jahre im Lager „Fünfeichen“ und weitere zwei Jahre in dem als Straflager von der Besatzungsmacht genutzten ehemaligen KZ Buchenwald inhaftiert¹⁴¹¹.

Die Willkür der Verhaftungen wie auch der hohe Anteil der Jugendlichen unter den Gefangenen des Neubrandenburger Lagers lassen darauf schließen, dass es den sowjetischen Kriegstribunalen nicht allein um die Sühne für die nationalsozialistischen Verbrechen ging¹⁴¹². Auch Unschuldige, so Bürgerliche und Sozialdemokraten, wurden im Zuge der Entnazifizierung genannten Säuberungen in Haft genommen. Die Entnazifizierung wurde von Seiten der sowjetischen Besatzungsmacht und den deutschen Kommunisten als Instrument des „Kalten Krieges“ benutzt¹⁴¹³. Auch der Strafvollzug widersprach rechtsstaatlichen Grundsätzen, wie schon die hohe Sterblichkeit unter den Strafgefangenen vermuten lässt. Von den 18.000 Häftlingen des „Speziallagers Nr. 9“ in Neubrandenburg starben bis 1948 mindestens 4.700 Menschen¹⁴¹⁴.

Während Unschuldige ohne rechtsstaatliche Verfahren über lange Jahre hinaus in Lagern in der Sowjetischen Besatzungszone oder in der UdSSR gefangengehalten wurden, blieben unter den ehemaligen Angehörigen der KZ-Wachmannschaften nicht wenige ungestraft. Dies belegen auch Nachforschungen über das Lager Schwarzenpfost bei Rövershagen¹⁴¹⁵. Vielleicht lässt sich diese Tatsache zum Teil mit dem Angebot an „Mitläufer“ der NSDAP erklären, dass „ihre Vergangenheit vergessen würde, wenn sie sich in den neuen sozialistischen Staat aktiv integrieren“¹⁴¹⁶.

Der Betriebsleiter des Rostocker Heinkel-Werks, Prof. Dr. Otto Köhler wurde von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt¹⁴¹⁷. Köhler hatte als Personalchef auch die Verantwortung für die Behandlung der Zwangsarbeiter. Der ehemalige Kommandant des KZ Ravensbrück bezeichnete Köhler als verantwortlichen Leiter des Heinkel-Zweigwerks Barth, für das fast ausschließlich Häftlinge gearbeitet hatten¹⁴¹⁸. Später soll Köhler eingeräumt haben, bei seinen Verhandlungen mit der SS möglicherweise auch über die Einsatzbedingungen der KZ-Häftlinge in Barth und Schwarzenpfost gesprochen haben. Bei seinen Besuchen in Barth sei er aber über den Häftlingseinsatz erschüttert gewesen und habe die SS aufgefordert, die Häftlinge besser zu verpflegen¹⁴¹⁹.

Nachdem Köhler acht Jahre seiner Haftstrafe verbüßt hatte, wurde er auf Grund eines Gnadenakts des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik aus der Haft entlassen¹⁴²⁰. 1955 warb man Köhler als Informant des Ministeriums für Staatssicherheit an. Die Staatssicherheit erhoffte sich, von Köhler Angaben über ehemalige Heinkel-Angestellte und andere in der Bundesrepublik lebende Personen zu

erhalten. Er übergab zwar private Unterlagen über die Heinkel-Werke an einen Agenten. Zur Ausforschung von Bekannten in Westdeutschland war Köhler jedoch nicht bereit¹⁴²¹. Er setzte seine berufliche Karriere als Direktor des Instituts für Ökonomie der Industrie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock fort. Mit Prof. Kapp war auch der ehemalige Abwehrbeauftragte der Heinkel-Werke als Institutsdirektor an der Rostocker Universität in eine wichtige Position gelangt¹⁴²².

Dieser beruflich Wiederaufstieg des Heinkel-Direktors Köhler ist sicherlich untypisch für die DDR, deren Eliten sich in der Regel aus Gegnern des Nationalsozialismus rekrutierten. Aus machtpolitischen Berechnungen heraus scheinen aber auch Ausnahmen von diesem Prinzip zugelassen worden zu sein.

Im Zeichen zunehmender Blockkonfrontation wurde in den 60er Jahren auch die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik zum Ziel politischer Angriffe von Seiten der DDR-Publizistik. Zweifellos waren schwerwiegende Verbrechen auch von amerikanischen, britischen und französischen Militärgerichten hart bestraft worden, auch für Verbrechen an KZ-Häftlingen in Mecklenburg und Vorpommern. So wurde ein ehemaliger Kapo des Lagers Karlshagen I von einem französischen Gericht in Thionville für Verbrechen an Mithäftlingen zum Tode verurteilt. Den Karlshagener Lagerführer, Hans Baumgart, verurteilte man 1948 in Frankreich zu lebenslanger und eine Aufseherin des Außenlagers Neubrandenburg 1952 zu 15-jähriger „Zwangsarbeit“¹⁴²³, einer Strafe, die nur den Namen mit der unfreien Arbeit ausländischer Arbeitnehmer in der NS-Kriegswirtschaft gemein hat. Auch in den vor britischen Militärgerichten geführten Prozessen wegen Verbrechen in den Konzentrationslagern Neuengamme und Ravensbrück wurden strenge Strafen verhängt. In den Hamburger Ravensbrück-Prozessen zum Tode verurteilt und in Hameln gerichtet wurden neben anderen der Gestapo-Kriminalsekretär Ramdor und die Barther Lagerführerin Ruth Closius¹⁴²⁴. Die als Gestapo-Spitzel unter anderem auch im Barther Häftlingsrevier tätige Carmen Mory nahm sich vor Vollstreckung der Todesstrafe das Leben¹⁴²⁵.

Für das in der Bundesrepublik nachlassende Interesse an der juristischen Bewältigung der NS-Verbrechen erscheint es nicht untypisch, dass seit 1953 keine Verurteilungen gegen SS-Lagerpersonal des KZ Neuengamme ausgesprochen wurden¹⁴²⁶. Allerdings muss man berücksichtigen, dass deutsche Gerichte bereits von alliierten Gerichten erledigte Fälle nicht wieder aufgreifen durften, auch wenn weiteres belastendes Material aufgetaucht war¹⁴²⁷.

Die DDR-Justiz griff indes die aus ihrer Sicht nachlässige Haltung der westdeutschen Justiz gegenüber NS-Verbrechen auf. Tatsächlich blieben ehemalige Wehrwirtschaftsführer, Wehrmachtsgeneräle und andere Zugehörige zu den Eliten des „Dritten Reiches“ nicht selten von der westdeutschen Justiz unbehelligt. Claudius Dornier und Ernst Heinkel zum Beispiel, die nicht nur in Mecklenburg und Vorpommern Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in ihren Flugzeugwerken für sich arbeiten ließen, wurden nie für Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen. Eine Spruchkammer in der amerikanischen Besatzungszone stufte Heinkel als „Mitläufer“ ein¹⁴²⁸.

Einen weiteren Angriffspunkt für DDR-Polemiken stellte die Möglichkeit der Verjährung von Totschlagsdelikten dar. Die DDR-Volkskammer hatte 1964 die Nichtverjährung von NS- und Kriegsverbrechen beschlossen. Damit sollte der Anspruch des realsozialistischen Staates, das „bessere Deutschland“ zu verkörpern einmal mehr bekräftigt werden.

Dem Rostocker Ravensbrück-Prozess des Jahres 1966 gegen drei SS-Aufseherinnen, die im Stammlager sowie in den Außenlagern Neubrandenburg und Barth eingesetzt worden waren, kam daher auch eine nicht unwichtige Bedeutung in der ideo-

logischen Auseinandersetzung mit der BRD-Justiz zu. Die Prozessführung selbst, die Vernehmung der Angeklagten durch das Ministerium für Staatssicherheit, die Vernehmungsprotokolle und der Urteilstext mit Seitenhieben auf die undemokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik verweisen nicht nur auf Rechtsbeugungen, sondern auch auf den politischen Auftrag der DDR-Justiz¹⁴²⁹.

DDR-Publizisten- und Historiker versuchten die Behauptung von faschistischen Tendenzen in der Bundesrepublik mit personellen Kontinuitäten in den gesellschaftlichen Eliten zu belegen. In einem sogenannten Braunbuch wurden die Funktionen dieser Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler oder Juristen vor und nach 1945 gegenübergestellt. Der Leser dieses Lexikons erfuhr zum Beispiel über Claudius Dornier, dass dieser bis zum Kriegsende Wehrwirtschaftsführer und nun „an der Wiederaufrüstung Westdeutschlands beteiligt“ war¹⁴³⁰. In einer anderen Broschüre über die Mahn- und Gedenkstätte Barth wird an die Ausbeutung der Häftlinge durch den Heinkel-Konzern erinnert, um dann weltpolitische Kontinuitäten zu postulieren: „Mit der Restauration der Herrschaft des Imperialismus und der Remilitarisierung der BRD konnte Heinkel seine Profitinteressen erneut realisieren. [...] In Kooperation mit anderen Konzernen wurden die berüchtigten ‘Starfighter’ und andere Kriegsmaschinen produziert. Nie werden die Opfer des Faschismus vergessen.“ Die Gedenkstätte in Barth bildete die Kulisse für Aufnahmezeremonien in die Freie Deutsche Jugend und die feierliche Bewaffnung junger Arbeiter für den Einsatz in den Betriebskampfgruppen sowie weitere Selbstinszenierungen des realsozialistischen Staates¹⁴³¹.

Die Opfer des von Deutschland begonnenen Weltkrieges, sowohl die Opfer des Bombenkrieges als auch die KZ-Häftlinge, wurden so als Material der Feindbildpflege missbraucht. Die prinzipielle Gleichsetzung des Militarismus im „Dritten Reich“ und der Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik ließ leider auch für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Rüstungswettlauf in Ost und West keinen Raum.

Auch die Polemiken gegen den Bundespräsidenten Heinrich Lübke und den US-Raketenforscher Wernher von Braun waren Teil der antiwestlichen Propaganda. Dabei wäre eine Aufklärung der Rolle des Bundespräsidenten beim Bau von Baracken für Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in Peenemünde auch ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur in der Bundesrepublik gewesen. Es wäre in der Tat wichtig zu wissen, welchen Einfluss Lübke als Peenemünder Bauleiter der Baufirma Schlempp auf die Lebensbedingungen der Arbeitshäftlinge hatte. Lübke wird die Unwahrheit gesagt haben, wenn er eine Kenntnis der Konzentrationslager auf Usedom leugnete. Allein mutmaßliche Fälschungen von Dokumenten durch die Staatssicherheit, die das bundesdeutsche Staatsoberhaupt diskreditieren sollten¹⁴³², und offensichtlich haltlose Forderungen nach bis zu lebenslanger Haft für Lübke¹⁴³³ ließen die DDR-Kampagne ins Leere laufen.

Auch die Enthüllung der SS-Mitgliedschaft Wernher von Brauns wurde von den westlichen Medien nicht aufgegriffen, weil sie keine Bloßstellung des prominenten NASA-Projektleiter wollten. Der Versuch eines DDR-Autors, von Braun eine direkte Verantwortung für die mehreren hundert Bombenopfer des Zwangsarbeiterlagers Trassenheide zuzuschreiben¹⁴³⁴, war allzu durchsichtig. Gleichwohl kann kein Zweifel daran bestehen, dass von Braun und der militärische Leiter der Heeresversuchsanstalt, Generalmajor Dornberger, nicht nur vom Einsatz von KZ-Häftlingen in der Halle F 1 und bei den umfangreichen Bauvorhaben wussten, sondern bei der Heranziehung von Sklavenarbeitern auf Usedom eine aktive Rolle spielten¹⁴³⁵.

In einer fragwürdigen erzieherischen Absicht wurden ebenso die Verbrechen an den Kriegsgefangenen im Stalag II E bei Schwerin instrumentalisiert. Die menschenunwürdige Behandlung der zu harter Arbeit herangezogenen Männer¹⁴³⁶ verpflichtet

uns zur Erinnerung und mahnt uns vor einem Rückkehr der Barbarei. Das Beispiel zeigt zugleich die Notwendigkeit der in den letzten Jahren geführten Diskussion über die Verbrechen der Wehrmacht. In der DDR wurde jedoch die Entdeckung von Massengräbern auf dem ehemaligen Wehrmachtsgelände in Schwerin-Neuzippendorf genutzt, um auf die Beteiligung von Wehrmachtsoffizieren beim Aufbau der Bundeswehr hinzuweisen und dieser einen aggressiven Kampfauftrag zuzuschreiben: „Hitlergenerale drohen mit Atomraketen; sie sind zu jedem Verbrechen fähig, wenn sie nicht überwunden werden“¹⁴³⁷, mahnten die Autoren einer Propagandaschrift ihre Leser zur Verteidigungsbereitschaft gegen die „westdeutschen Revanchisten“.

Auch in der Beschäftigung von Fremdarbeitern im Zweiten Weltkrieg und der in Westdeutschland seit Mitte der 50er Jahre angeworbenen „Gastarbeiter“ sahen DDR-Historiker vor allem Gemeinsamkeiten. Wieder sei es „das nach Expansion drängende Monopolkapital“, das zur „Gewinnung von Extraprofiten[,] das Arbeitskräftepotential anderer Staaten zu erschließen“ trachte¹⁴³⁸. Um diese bruchlose „Kontinuität in der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus“ behaupten zu können, musste allerdings von der wesentlichen Differenz, dem Zwangscharakter der Arbeit während des Zweiten Weltkrieges, abgesehen werden.

Anzumerken gilt, dass in Westdeutschland lange Zeit der „Fremdarbeitereinsatz“ im Nationalsozialismus in der Tradition und Kontinuität europäischer Arbeitermigration gesehen wurde. Die Gewalt gegen die NS-Zwangsarbeiter beschrieb man vor allem als Begleiterscheinungen des Krieges¹⁴³⁹. Auch in dieser Sichtweise wird der besondere Charakter der NS-Zwangsarbeit, besonders die sie bestimmenden rassistischen Prinzipien, ausgeblendet.

Ein eigenes, in das Bewusstsein der Bevölkerung gerücktes Thema war die NS-Zwangsarbeit in der DDR ebenso wenig wie in Westdeutschland und Westberlin. DDR-Historiker interpretierten das Zwangsarbeitssystem, dem Millionen Menschen ohnmächtig ausgeliefert waren, als Schwäche der „imperialistischen Ausbeutung“. Auf Grundlage des marxistisch-leninistischen Geschichtsdeterminismus hieß es optimistisch: „Geschichtlich gesehen ist jedes System und jede Form imperialistischer Zwangsarbeit zum Untergang bestimmt.“¹⁴⁴⁰ Aber auch die Rolle der Zwangsarbeiter musste umgedeutet werden, um sie in den heldenhaften Widerstandskampf einordnen zu können¹⁴⁴¹, in dessen Tradition die SED sich selbst sah.

Während wohl bis 1990 nicht eine Darstellung über das Leben der NS-Zwangsarbeiter in Mecklenburg und Vorpommern geschrieben wurde, widmeten sich mehrere Autoren in Aufsätzen über den Widerstandskampf auch der Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Antifaschisten. Auch in den Berichten der so genannten Arbeiterveteranen nimmt die Schilderung gemeinsamer Widerstandsaktionen mit Zwangsarbeitern in der mecklenburgischen Rüstungsindustrie einen festen Platz ein. In vielen dieser zum Teil von örtlichen Geschichtskommissionen der SED herausgegebenen Schriften begegnen uns deutsche Arbeiter meist als Widerstandskämpfer oder als irregeleitete und missbrauchte Opfer des Faschismus, kaum aber als Täter, obgleich die Gewalt gegen Ausländer nicht nur vom Staat oder Betrieb, sondern zum Teil auch von „normalen“ Deutschen ausging. Auf der Seite der ausländischen Arbeiter dürfte deren Beteiligung an Sabotageakten und politischen Widerstandsaktionen überproportional hochgespielt sein¹⁴⁴². Tatsächlich aber waren die Zwangsarbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht Teilnehmer eines antifaschistischen Widerstandskampfes, sondern, wie auch die KZ-Häftlinge, Opfer der nationalsozialistischen Rassen- und Eroberungspolitik¹⁴⁴³.

Ein Grund für den geringen Stellenwert des Themas Zwangsarbeit war in der DDR auch die Haltung der Sowjetunion gegenüber ihnen während des Krieges nach

Deutschland verschleppten Bürgern. Stalin sah von der Wehrmacht gefangene Rotarmisten und Zwangsarbeiter als Vaterlandsverräter an, die „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten“ seien. Sowjetische Soldaten wurde befohlen, sich einer Gefangennahme durch Selbsttötung zu entziehen¹⁴⁴⁴. Selbstaufopferungen erwartete die stalinistische Staatsführung auch von den sowjetischen Zwangsarbeitern.

Die etwa 4,3 Millionen sowjetische Staatsbürger, darunter mindestens 2,65 Millionen Zivilisten, die bis 1952 in ihre Heimat zurückkehrten, mussten sich daher einer tage- bis wochenlangen Überprüfung in „Filtrierlagern“ der Volkskommissariate für Inneres und für Staatssicherheit unterziehen. Wenn die Heimkehrer den ihnen entgegengebrachten Generalverdacht der Kollaboration mit dem Feind nicht ausreichend entkräften konnten, mussten die Betroffenen mit der Einweisung in ein Arbeitslager („GULAG“) oder der Deportation in eine sibirische oder asiatische „Sonderansiedlung“ rechnen. Die meisten der Repatrianten, besonders die ehemaligen „Ostarbeiter“, wurden jedoch noch nach kurzer Zeit an ihren Wohnort entlassen¹⁴⁴⁵.

Andere Zwangsarbeiter, wie der bis Ende April 1945 bei den Rinker-Werken eingesetzte Iwan Petrowitsch Semitsch, wurden nach der Befreiung zur Roten Armee eingezogen¹⁴⁴⁶. Für viele ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge erschien der Eintritt in die Sowjetarmee als kleineres Übel. Ein ehemaliger Häftling des KZ-Außenlagers Barth schreibt: „Sonst hätte ich nicht nach Hause zurückkehren dürfen, sondern man hätte mich zu Wiederherstellungsarbeiten in den Donbass oder in eine andere Region geschickt. Bei der Mobilisierung schauten die Offiziere auf uns, als wären wir Feinde des sowjetischen Volkes. Wir hatten nicht das Recht, ein Wort zu unserer Verteidigung zu sagen.“ Ein anderer Barther Häftling habe nach seiner Befreiung wegen angeblicher Kollaboration mit den Deutschen zehn Jahre lang Zwangsarbeit in einer Kohlengrube leisten müssen¹⁴⁴⁷. Iraida Schoschkina, die ebenfalls als Häftlingsarbeiterin im Barther Heinkel-Werk eingesetzt war, berichtet, dass sie wahrscheinlich von einem Nachbarn anonym bezichtigt wurde, freiwillig in Deutschland Arbeit aufgenommen zu haben. Sie schreibt: „Ich konnte meine Unschuld nicht beweisen. Ich wurde aus dem [kommunistischen Jugendverband, F.St.] Komsomol ausgeschlossen und musste die Schule Nr. 1 in Petschory verlassen“, in der sie als Lehrerin gearbeitet hatte. „Der Mann, den ich sehr liebte, trennte sich von mir, nachdem er erfahren hatte, dass ich aus dem Komsomol ausgeschlossen wurde.“¹⁴⁴⁸

Nora Smirnowa, die im März 1942 als Zwangsarbeiterin nach Deutschland verschleppt und seit Juli 1943 als Häftling zur Arbeit in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg gezwungen worden war, musste bis Anfang Oktober 1945 in einem 90 Kilometer von Moskau gelegenen Internierungslager bleiben. Sie durfte weder ihr Studium fortsetzen noch nach freier Wahl eine Arbeit annehmen. Stattdessen musste sie sechs Monate lang in einer Fabrik arbeiten, in der vor allem ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter eingesetzt waren, deren Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurde¹⁴⁴⁹.

Auch Nadeshda Tammik, die als Zwangsarbeiterin auf der Neptunwerft beschäftigt gewesen war, machte nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion schmerzhaft Erfahrungen. Das Dorf, in dem sie aufgewachsen war, hatte die Wehrmacht auf dem Rückzug niedergebrannt. Sie konnte aber ihre Familie in einem Nachbarort finden. Weil die junge Russin aber der Kriegskollaboration für schuldig befunden wurde, sollte sie als Waldarbeiterin nach Weißrussland gebracht werden. Um dieser ungerichten Bestrafung zu entkommen, floh sie bis nach Estland. In Tallinn fand sie Arbeit in einer Textilfabrik und konnte dort von der Strafverfolgung unbehelligt einen beruflichen und privaten Neuanfang machen¹⁴⁵⁰.

Ähnlich Erlebnisse hatte auch die Weissrussin Janina Mekeko, die zusammen mit ihrer Mutter im Neubrandenburger Waldbaulager hatte arbeiten müssen. Über die Rückkehr in ihr von deutschen Truppen zerstörtes Dorf schreibt sie: „Leben war nirgends möglich. [...] Wir lebten wie Vieh. Zu essen gab es nirgends etwas, wir aßen Gras. Auf der Arbeit nahmen sie uns nicht, weil wir in Deutschland waren.“¹⁴⁵¹

Hart bestraft wurden auch Michail Dewjatajew und seine Kameraden, die im Februar 1945 in einem Heinkel-Flugzeug von Peenemünde geflohen waren. Oberleutnant Dewjatajew verblieb bis 1953 in einem sibirischen Straflager. Seine ehemaligen Mitgefangenen teilte man Bewährungseinheiten zu. Sechs von ihnen starben noch in den letzten Kriegstagen. Dewjatajew wurde 1956 rehabilitiert und mit dem Orden „Held der Sowjetunion“ ausgezeichnet¹⁴⁵².

1956 wurden als Auswirkung des innenpolitischen Kurswechsels nach Stalins Tod die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in der Sowjetunion amnestiert. Aber erst mit dem Brechen weiterer Tabus seit der Mitte der 80er Jahre konnte auch das Thema des Umgangs mit den NS-Zwangsarbeitern in der UdSSR offener diskutiert werden¹⁴⁵³.

Die meisten Juden, die den Holocaust auch deshalb überlebt hatten, weil ihre Arbeitskraft in der deutschen Rüstungsindustrie gebraucht wurde, wollten trotz ihrer schrecklichen Erlebnisse wieder in ihren Heimatorten leben. Hier konnten sie Halt bei anderen überlebenden Familienmitgliedern finden, um allmählich wieder Lebensmut zu fassen. Eine in Boizenburg befreite Jüdin, deren Sohn getötet worden war, dachte daran wieder ein Kind zu gebären, das sie „in der Idee der Sowjetunion erziehen“ wollte¹⁴⁵⁴. Diese pro-sowjetische Einstellung schienen indes viele Juden auf Grund ihrer Erfahrungen in den realsozialistischen Gesellschaften Ungarns oder der Tschechoslowakei nicht teilen zu wollen. Eine tschechische Jüdin beschreibt, wie die Hoffnung auf ein glückliches Leben, die sie die Haft in Auschwitz und Neustadt-Glewe hatte überstehen lassen, in der rauen Wirklichkeit zunichte gemacht wurde. „Im wirklichen Leben wurden Tschechen, Polen, Franzosen usw. von ihren Familien, Freunden, Landsleuten liebevoll begrüßt, während wir Juden niemanden hatten, der uns willkommen hieß. Und sogar dort, wo es vor dem Krieg nicht viel Antisemitismus gegeben hatte, hörte man Bemerkungen wie: ‘Mehr Juden kommen zurück, als wir weggeschickt haben.’“¹⁴⁵⁵ In einem Schriftwechsel mit einem Boizenburger Werftarbeiter schildert eine Jüdin, wie in Ungarn ehemalige Faschisten „nur die Farbe gewechselt“ hätten. Die kommunistische Partei ließe antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit nicht zu. Doch spüre man weiterhin die rassistischen Ressentiments der Mitbürger. „Aber sie müssen jetzt ‘Maul halten’.“¹⁴⁵⁶

Auch der Jude Ernst Fleischer fühlte sich in seiner ungarischen Heimat nicht wohl. Der ehemalige Häftling der Konzentrationslager Sachsenhausen und Barth hatte erleben müssen, wie Juden von sowjetische Soldaten wie Kriegsgefangene behandelt wurden. Juden, die sich auf Feldern Kartoffeln suchten, wurden von Rotarmisten erschossen¹⁴⁵⁷. In Ungarn hatten bereits einige frühere Faschisten wieder Machtpositionen besetzt. 1950 flüchtete Fleischer mit seiner Frau nach Österreich und wanderte von dort nach Israel aus¹⁴⁵⁸. Andere jüdische Ex-Häftlinge emigrierten in die Vereinigten Staaten.

In ihrer alten oder neuen Heimat wurden die ehemaligen Zwangsarbeiter und Häftlinge unterschiedlich gut sozial integriert. Integrationsprobleme dürfte es auch für die „Displaced Persons“, seit 1951 „Heimatlose Ausländer“ genannt¹⁴⁵⁹, gegeben haben, die in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der Bundesrepublik Deutschland geblieben waren und als „Deklassierungsoffer“ bezeichnet werden können¹⁴⁶⁰.

So unterschiedlich die Lebensperspektiven der früheren Zwangsarbeiter unter den jeweiligen politischen und ökonomischen Bedingungen waren, so verschieden war

auch das Interesse an ihrem Schicksal. Während das Thema in der Sowjetunion vierzig Jahre lang tabuisiert war, standen die ehemaligen Zwangsarbeiter in Frankreich, Italien und Polen im Mittelpunkt der öffentlichen Erinnerung und der historisch-politischen Auseinandersetzungen. Zum Teil erhielten sie von staatlicher Seite großzügige materielle Unterstützungen¹⁴⁶¹.

Von Anfang an brisant war die Frage der Entschädigung für Zwangsarbeit durch die Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik wies Ansprüche ausländischer Geschädigter, also auch repatriierter Zwangsarbeiter generell zurück. Als Berufungsinstanz galt dabei die Haager Landkriegsordnung von 1907, nach der der Ausgleich für alle Kriegsschäden im Rahmen von Reparationen zu erfolgen sei. Individualansprüche schloss das Völkerrecht hingegen aus. Die Reparationsforderungen aber sollten nach den Bestimmungen des Londoner Schuldenabkommens von 1953 bis zum Abschluss eines Friedensvertrags zurückgestellt bleiben¹⁴⁶². Zwar konnten Deutsche, die wegen ihrer Religion, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Rasse verfolgt worden waren, eine Entschädigung von 150 DM für jeden Monat einer Freiheitsbeschränkung aus der Bundeskasse erhalten. Fremdarbeiter galten nach den Kriterien des Bundesentschädigungsgesetzes von 1953 jedoch nicht als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung¹⁴⁶³.

Die Bundesrepublik leistete aber in mehreren Globalentschädigungsabkommen Wiedergutmachung. Im Israel-Vertrag von 1953 war die Zahlung von 3 Milliarden D-Mark zur Eingliederung jüdischer Flüchtlinge aus Europa vereinbart¹⁴⁶⁴. 450 Millionen D-Mark erhielt die Jewish Claims Conference zur Unterstützung jüdischer Opfer. In weiteren bilateralen Abkommen mit elf westlichen Staaten verpflichtete sich die Bundesrepublik zwischen 1959 und 1964 zu Entschädigungszahlungen von 876 Millionen D-Mark¹⁴⁶⁵. Gegenüber den Ostblockstaaten, die ja die Mehrheit der ehemaligen Zwangsarbeiter vertraten, verweigerte die Bundesregierung lange Zeit Zahlungen. Erst die sozialliberale Koalition leistete Zahlungen an die Volksrepublik Polen, die aber nicht als Entschädigung deklariert waren. Das Geld ist jedoch zum größten Teil bei den NS-Opfer nie angekommen¹⁴⁶⁶.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der DDR änderten sich für die Bundesrepublik die politischen und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen, denn der Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde allgemein als Ersatz eines Friedensvertrags angesehen. Das vereinte Deutschland leistete in den 90er Jahren Globalentschädigungen von insgesamt 1,65 Milliarden D-Mark zur Verteilung an Opfer nationalsozialistischer Unrechts. Polen, Tschechien, die USA, Russland, die Ukraine, Weißrussland, Estland, Lettland und Litauen waren die Empfängerländer. Die durchschnittliche Entschädigungssumme lag bei polnischen ehemaligen Zwangsarbeitern bei 660 D-Mark, in Weißrussland bei 1.360 D-Mark¹⁴⁶⁷.

In den 90er Jahren wandten sich nun auch hunderttausende von ehemaligen „Ostarbeitern“ mit der Bitte um Hilfe zur Erlangung von Entschädigungszahlungen an verschiedene Organisationen¹⁴⁶⁸ oder direkt an deutsche Behörden. Viele Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter gingen auch bei Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern ein. Aus ihrer Erinnerung beschreiben die alten Menschen die Fabriken und Lager, in denen sie arbeiten und leben mussten. Sehr oft sind die Angaben jedoch lückenhaft, oder es fehlen Dokumente zur Bestätigung ihrer Beschäftigung.

Die rechtliche Grundlage für die Entschädigung der noch lebenden NS-Zwangsarbeiter besteht in dem im Juli 2000 vom Bundestag verabschiedeten Stiftungsgesetz. Diesem Gesetz vorausgegangen war eine Kampagne US-amerikanischer Anwaltskanzleien, die zivilrechtliche Ansprüche gegen Unternehmen einklagen wollten, die

Zwangsarbeiter einsetzen. Der öffentliche Druck, auch von Boykottmaßnahmen gegen deutsche Unternehmen war die Rede, zeigte Wirkung. Im Februar 1999 gründeten zwölf deutsche Unternehmen die „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Im Dezember 1999 einigte sich die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft auf die Schaffung eines Entschädigungsfonds, in den der Staat und die Wirtschaft jeweils 5 Milliarden D-Mark einzubringen haben. Ein Teil des Stiftungsvermögens wird für verschiedene humanitäre Projekte verwendet. 8,1 Milliarden D-Mark werden unmittelbar an die etwa 1,5 Millionen noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter ausgezahlt. Zivile Fremdarbeiter, die zur Arbeit im Deutschen Reich oder in den besetzten Gebieten gezwungen wurden, erhalten 5.000 D-Mark. KZ-Häftlingsarbeiter sollen jeweils 15.000 D-Mark bekommen. Ausgeschlossen von der Entschädigungsregelung bleiben Kriegsgefangene, die in der Industrie eingesetzt waren¹⁴⁶⁹.

Leider sollte sich die Umsetzung des Stiftungsgesetzes monatelang verzögern. Verantwortlich hierfür war zum einen die Weigerung vieler Unternehmen, der Stiftungsinitiative beizutreten. Auch im Bezirk der Industrie- und Handwerkskammer Schwerin beteiligten sich im August 2000 nur sehr wenige Firmen an der Stiftungsinitiative, darunter auch Betriebe der Metall- und Elektroindustrie¹⁴⁷⁰. Es bedurfte noch mancher Appelle an das Verantwortungsbewusstsein der deutschen Wirtschaft, den NS-Opfern ihr Recht auf Entschädigung ohne jegliche Rabulistik zuzugestehen¹⁴⁷¹. Neben Künstlern, Wissenschaftlern und vielen Bürgern engagierte sich auch die Industriegewerkschaft Metall dafür, den noch lebenden Opfern unbürokratisch zu helfen. Der IG Metall-Vorsitzende, Klaus Zwickel, „forderte die Unternehmen auf, Zwangsarbeitern beim Nachweis ihrer Ansprüche sofort behilflich zu sein. Wenn die Betroffenen nicht in der Lage seien, ihre Ansprüche nachzuweisen, zum Beispiel wegen fehlender Papiere, sollten die Unternehmen ihre Archive öffnen und für die Betroffenen langwierige bürokratische Hindernisse sofort aus dem Weg räumen.“¹⁴⁷²

Ende Juli 2001 ist die Zahl der Mitglieder der Stiftungsinitiative auf bundesweit 6.474 angewachsen. In den IHK-Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin konnten sich jedoch bislang nur 65 Firmen zum Beitritt entschließen. Stellvertretend für andere Betriebe soll hier die Neptun Industrie GmbH genannt sein¹⁴⁷³.

Anfang September 2001 haben 290.000 ehemalige Zwangsarbeiter Entschädigungen erhalten. Wenn der Regierungsbeauftragte für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, Recht behält, werden die Zahlungen an alle Opfer in zwei Jahren abgeschlossen sein¹⁴⁷⁴.

Vielen Bürgern ist jedoch klar geworden, dass kein Schlussstrich unter dieses traurige Kapitel deutscher Geschichte gezogen werden darf. Die Übernahme kollektiver historischer Verantwortung für die in deutschem Namen verübten Verbrechen während der NS-Diktatur ist sicher schmerzhaft. Diese Kultur der Vergangenheitsbewältigung ist aber redlicher als der verordnete Antifaschismus der DDR, der den größten Teil der Bevölkerung von jeder historischen Mitverantwortung für den Nationalsozialismus freisprach¹⁴⁷⁵.

Seit einiger Zeit gilt als gesichert, dass eine nicht unbedeutende Minderheit unter DDR-Jugendlichen mit nationalsozialistischen Ideologiefragmenten sympathisierte. Schon DDR-Jugendforscher stellten die Wirksamkeit der antifaschistischen Erziehung im SED-Staat in Frage¹⁴⁷⁶. Es erscheint jedoch zu bequem, die Wurzeln für den seit den 90er Jahren zunehmenden Rechtsextremismus, gerade auch in den „neuen Bundesländern“ einseitig Sozialisationsbedingungen in der DDR zuzuschreiben. Die Zunahme profaschistischer Einstellungen und die Gewalt gegen Ausländer, Randständige oder Behinderte, auch in den alten Bundesländern, verweist vielmehr auf die Notwendigkeit, sich mit der Zeit des Nationalsozialismus als ge-

meinsamer Geschichte der Deutschen in Ost und West zu beschäftigen. Ein gerade Jüngeren unbekannter Teil dieser Geschichte ist der Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg. Die Auseinandersetzung mit der rassistisch begründeten Unterdrückung der Zwangsarbeiter sollte auch ein Anstoß dazu sein, offensiv für Toleranz zwischen Deutschen und Ausländern einzutreten sowie Zivilcourage gegenüber Gegnern der Demokratie zu zeigen.

¹ Vgl. Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin, Bonn 1986, S. 121.

² Vgl. Herbert, Ulrich, Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ – Ein Überblick, in: Wiedergutmachen?, Forum Politische Bildung (Hrsg.), Wien 1999, S. 34–45, hier S. 38.

³ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, Zur Teilnahme ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener am antifaschistischen Widerstandskampf in mecklenburgischen Dörfern von 1939 bis 1945, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock 1974, S. 119–132, hier S. 119.

⁴ Vgl. Stutz, Reno, Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1933–1939 im Vergleich ausgewählter Territorien [Land Mecklenburg, Provinz Sachsen (Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg) und Land Sachsen (Kreishauptmannschaft Chemnitz)], Diplomarbeit, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Geschichte, Ms., Rostock 1986, Tabelle 5.

⁵ Vgl. Wendt, Inge, Zur Entwicklung der Stadt Rostock im zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945, phil. Diss. Rostock, Ms., Rostock 1989, S. 65.

⁶ Vgl. Eichholtz, Dietrich, Unfreie Arbeit – Zwangsarbeit, in: ders. (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945, Berlin 1999, S. 129–155, hier S. 134.

⁷ Vgl. Herbert, Ulrich, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: Diner, Dan (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 198–236, hier S. 204.

⁸ Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung, S. 124 f.

⁹ Schupetta, Ingrid, Frauen- und Ausländererwerbstätigkeit in Deutschland 1939 bis 1945, Köln 1983, S. 213.

¹⁰ Vgl. Elsner, Lothar/ Joachim Lehmann, Ausländische Arbeiter unter dem Imperialismus 1900 bis 1985, Berlin 1988, S. 199 f.

¹¹ Didier, Friedrich, Europa arbeitet in Deutschland. Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven, Berlin 1943, S. 23.

¹² Vgl. Spoerer, Mark, Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen, in: Damals, Heft 2/ 2000, S. 35–37.

¹³ Vgl. Baranowski, Frank, Arbeitskräftebeschaffung, in: Rüstungsindustrie in Südniedersachsen während der NS-Zeit, Arbeitsgemeinschaft Südniedersächsischer Heimatfreunde e.V. (Hrsg.), Mannheim 1993, S. 25–37, hier S. 27.

¹⁴ Vgl. August, Jochen, Die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXIV. Band, 1984, S. 305–353, hier S. 329.

¹⁵ Siehe Maier, Dieter G., Arbeitsverwaltung und NS-Zwangsarbeit, in: Winkler, Ulrike (Hrsg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 67–84., hier S. 73.

¹⁶ Vgl. Gawłowski, Karol, Die Sklavenarbeit der polnischen Bürger im „Dritten Reich“, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diète Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 115–118, hier S. 115.

¹⁷ Vgl. Łuczak, Czesław, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 90–105, hier S. 96.

¹⁸ Vgl. Hansch-Singh, Annegret, Rassismus und Fremdarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg, Diss. FU Berlin, Berlin 1991, S. 93.

¹⁹ Vgl. Łuczak, Czesław, Der „Reichsarbeitsinsatz“ der Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diète Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 107–114, hier S. 108 f.

²⁰ Vgl. Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 10.07.1940, in: Seeber, Eva, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939–1945), Berlin 1964, S. 287 ff.

²¹ Vgl. Herbert, Ulrich, Der „Ausländereinsatz“. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939–1945. Ein Überblick, in: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945, Berlin 1986, S. 13–53, hier S. 20.

²² Vgl. ders., Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 2. Auflage, Berlin, Bonn 1986, S. 69.

²³ Vgl. Durand, Yves, Les prisonniers de guerre français: Main-d'œuvre pour le Reich et monnaie d'échange avec Vichy, in: Carlier, Claude und Stefan Martens (Hrsg.), La France et L'Allemagne en guerre Septiembree 1939 – Novembre 1942, Paris 1990, S. 491–507, hier S. 491.

²⁴ Vgl. Herbert, Ulrich, Französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter im deutschen Arbeitseinsatz 1940–1942, in: Carlier, Claude und Stefan Martens (Hrsg.), La France et L'Allemagne en guerre Septiembree 1939 – Novembre 1942, Paris 1990, S. 509–528, hier S. 512.

²⁵ Stadtarchiv Schwerin (SAS), MB 699.

²⁶ Vgl. Baranowski, Arbeitskräftebeschaffung, S. 29.

²⁷ Vgl. Umbreit, Hans, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 3–345, hier S. 277.

²⁸ Angaben nach Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band I: 1939–1941, Berlin 1971, S. 94.

²⁹ Angaben nach Kroener, Bernhard R., Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942, in: Deutschland und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 693–1001, Tabellen.

³⁰ Angaben nach Homze, Edward L., Foreign Labor in Nazi Germany, Princeton 1967, S. 233.

³¹ Angaben nach Deutschland im zweiten Weltkrieg. 2. Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942). Leitung Karl Drechsler, Köln 1975, S. 315.

³² Angaben nach Drobisch, Klaus/ Dietrich Eichholtz, Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XVIII. Jahrgang, 1970, Heft 5, S. 626–639, hier S. 630.

³³ Vgl. Zielinski, Bernd, Die deutsche Arbeitseinsatzpolitik in Frankreich 1940–1944, in: Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Overy, Richard J., Gerhard Otto, Johannes Houwink ten Cate (Hrsg.) Berlin 1997, S. 109–131, hier S. 113.

³⁴ Vgl. Stræde, Therkel, „Deutschlandarbeiter“. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft, 1940–1945, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 140–171, hier S. 144.

³⁵ Vgl. Hirschfeld, Gerhard, Der „freiwillige“ Arbeitseinsatz niederländischer Fremdarbeiter während des Zweiten Weltkrieges als Krisenstrategie einer nicht-nationalsozialistischen Verwaltung, in: Mommsen, Hans und Winfried Schulze (Hrsg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 497–513, S. 511 f.

³⁶ Vgl. Bohn, Robert, Einführung in die Thematik. Ausländische Zwangsarbeitende in der NS-Kriegswirtschaft, in: Danker, Uwe, Robert Bohn, IZRG-Gutachten Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein, Schleswig 2000, S. 1–18, hier S. 6.

³⁷ Vgl. Kannapin, Hans-Eckhardt, Wirtschaft unter Zwang, Köln 1966, S. 144.

³⁸ Vgl. Durand, Yves, Vichy und der „Reichseinsatz“, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 184–199, hier S. 188.

³⁹ Vgl. Herbert, Zwangsarbeiter im „Dritten Reich“, S. 36.

⁴⁰ Vgl. ders., Zwangsarbeit in Deutschland, S. 126.

⁴¹ Vgl. ders., Deutsche und ausländische Arbeiter im „Dritten Reich“ – politische Intentionen und soziale Wirklichkeit, in: Probleme der Migration und Ausländerpolitik in europäischen Ländern von den 30er Jahren bis zur Gegenwart (= Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 17), Wilhelm-Pieck-Universität Rostock Sektion Geschichte (Hrsg.), Rostock 1986, S. 24–29, hier S. 26.

⁴² Vgl. Herbert, Ulrich, Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diète Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 13–21, hier S. 15.

⁴³ Vgl. Streit, Christian, Sozialpolitische Aspekte der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Długoborski, Waclaw (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 184–196, hier S. 184 ff.

⁴⁴ Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS), 10.9-H/ 8, Nr. 14. Schreiben Friedrich Hildebrandts an die NSDAP Parteikanzlei vom 18.11.1941.

⁴⁵ Herbert, Ulrich, Zwangsarbeit in Deutschland: Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene 1941–1945, in: Jahn, Peter und Reinhard Rürup (Hrsg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Essays, Berlin 1991, S. 106–130, hier S. 112.

⁴⁶ Siehe Streim, Alfred, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Heidelberg, Karlsruhe 1981, S. 201.

⁴⁷ Vgl. Blaich, Fritz, Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“, Düsseldorf 1987, S. 37.

⁴⁸ Vgl. Billig, Joseph, Le rôle des prisonniers de guerre dans l'économie du IIIe Reich, in: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, 10. Jahrgang, 1960, S. 53–76, hier S. 64.

⁴⁹ Angaben nach Streit, Christian, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978, S. 212 f.

⁵⁰ Angaben nach Bohn, Einführung, S. 9.

⁵¹ Angaben nach Krawchenko, Bohdan, Soviet Ukraine under Nazi Occupation, 1941–4, in: Boshyk, Yury (Hrsg.), Ukraine during World War II. History and its Aftermath. A Symposium, Edmonton 1986, S. 15–37, hier S. 28.

⁵² Verordnung über die Arbeitsbedingungen der Ostarbeiter vom 30. Juni 1942, in: Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und des Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 9. Jahrgang, 1942, S. 192.

⁵³ Vgl. Schulte, Theo J., Living-standards and the civilian economy in Belorussia, in: Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Overy, Richard J., Gerhard Otto, Johannes Houwink ten Cate (Hrsg.) Berlin 1997, S. 169–192, hier S. 180.

- ⁵⁴ Vgl. Kudryashov, Sergej, Labour in the occupied territory of the Soviet Union, 1941–1944, in: Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Overy, Richard J., Gerhard Otto, Johannes Houwink ten Cate (Hrsg.) Berlin 1997, S. 161–167, hier S. 163.
- ⁵⁵ Angaben nach Hansch-Singh, Rassismus und Fremdarbeitereinsatz, S. 201
- ⁵⁶ Angaben nach Czollek, Roswitha, Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1974, S. 179.
- ⁵⁷ Vgl. Herbert, Zwangsarbeit in Deutschland, S. 122.
- ⁵⁸ Angaben nach Kuczynski, J[ürgen], M. Witt, The Economics of Barbarism. Hitler's New Economic Order in Europe, London 1942, S. 48 und Kuczynski, Jürgen, 300 Million Slaves and Serfs. Labour under the Fascist new order, London 1942, S. 11 f.
- ⁵⁹ Vgl. Kolar-Dimitrijević, Mira, Movement of Labour Force between the Third Reich and Yugoslavia (1933–1945), in: The Third Reich and Yugoslavia (1933–1945), Institute of Contemporary History (Hrsg.), Belgrad 1977, S. 331–362, hier S. 362.
- ⁶⁰ Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg. 3. Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943). Leitung Wolfgang Schumann, 2., durchgesehene Auflage, Köln 1982, S. 382.
- ⁶¹ Vgl. ebenda, S. 375.
- ⁶² Vgl. Spanjer, Rimco, Der „Totaleinsatz“ – kurzer Überblick und einige Zahlen, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diète Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 85–90, hier S. 88.
- ⁶³ Vgl. Hansch-Singh, Rassismus und Fremdarbeitereinsatz, S. 200.
- ⁶⁴ Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg. 3, S. 382.
- ⁶⁵ Boelcke, Willi A. (Hrsg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt am Main 1969, S. 171.
- ⁶⁶ Zitiert nach Kroener, Bernhard R., „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungsverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942–1944), in: Deutschland und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Zweiter Halbband. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/ 45, Stuttgart 1999, S. 775–1001, hier S. 800.
- ⁶⁷ Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg. 3, S. 395.
- ⁶⁸ Siehe ebenda, S. 389.
- ⁶⁹ Vgl. Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Frankfurt am Main, Berlin 1968, S. 126.
- ⁷⁰ Angaben nach Hirschfeld, Gerhard, Die niederländischen Behörden und der „Reichseinsatz“, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 172–183, hier S. 179.
- ⁷¹ Siehe Herbert, Fremdarbeiter, S. 252 und 255.
- ⁷² Siehe Boelcke, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, S. 324.
- ⁷³ Angaben nach Herbert, Fremdarbeiter, S. 99 und 181.
- ⁷⁴ Vgl. Mantelli, Brunello, Zwischen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und Kriegswirtschaft. Die Anwerbung der italienischen Arbeiter für das „Dritte Reich“ und die „Achse Berlin–Rom“ 1938–1943, in: Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, ders., Sergio Bologna, Brunello Mantelli, Berlin 1997, S. 253–391, hier S. 344.
- ⁷⁵ Zitiert nach Meyer, August, Kategorien der Zwangsarbeiter, unterschiedliche Lagertypen und Lagerordnungen, in: Creydt, Detlef/ August Meyer, Zwangsarbeit für die Wunderwaffen in Südniedersachsen 1943–1945, Band 1, Braunschweig 1993, S. 13–22, hier S. 17.
- ⁷⁶ Vgl. Schreiber, Gerhard, Militärsklaven im Dritten Reich. Zum Schicksal der entwaffneten italienischen Soldaten nach dem 8. September 1943, in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München, Zürich 1999, S. 761–771, hier, S. 761.
- ⁷⁷ Angaben nach Homze, Foreign Labour, S. 148.
- ⁷⁸ Vgl. Lang, Ralf, Italienische „Fremdarbeiter“ im nationalsozialistischen Deutschland 1937–1945, Frankfurt am Main 1996, S. 99.
- ⁷⁹ Vgl. Cajani, Luigi, Die italienischen Militärinternierten im nationalsozialistischen Deutschland, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 295–316, hier S. 297.
- ⁸⁰ Angaben nach Corni, Gustavo, Die deutsche Arbeitseinsatzpolitik im besetzten Italien 1943–1945, in: Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Overy, Richard J., Gerhard Otto, Johannes Houwink ten Cate (Hrsg.) Berlin 1997, S. 133–160, hier S. 149.
- ⁸¹ Vgl. Schminck-Gustavus, C[hristoph] U., Herrenmensch und Badoglioschweine. Italienische Militärinternierte in deutscher Kriegsgefangenschaft 1943–45. Erinnerungen von Attilio Buldini und Gigina Querzé, in: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945, Berlin 1986, S. 55–102, hier S. 62.
- ⁸² Vgl. Lang, Italienische „Fremdarbeiter“, S. 104.
- ⁸³ Vgl. Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band III: 1943–1945, Berlin 1996, S. 232.
- ⁸⁴ Vgl. Lang, Italienische „Fremdarbeiter“, S. 96 ff.
- ⁸⁵ Vgl. Dohse, Knuth, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland, Königstein/ Ts. 1981, S. 124 f.

⁸⁶ Siehe Orth, Karin, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999, S. 175 f.

⁸⁷ ebd., S. 180.

⁸⁸ Angaben nach Tuchel, Johannes, *Dimensionen des Terrors: Funktionen der Konzentrationslager in Deutschland 1933–1945*, in: Dahlmann, Dittmar und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945*, Essen 1999, S. 371–389, hier S. 387.

⁸⁹ Zitiert nach Pingel, Falk, *Die Konzentrationslagerhäftlinge im nationalsozialistischen Arbeitseinsatz*, in: Długoborski, Waclaw (Hrsg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder*, Göttingen 1981, S. 151–163, hier S. 158.

⁹⁰ Vgl. Auszug aus den Erklärungen unter Eid von Karl Sommer, seinerzeit stellvertretender Amtschef im Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS, vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (1947), in: Kühnl, Reinhard, *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, 5., unveränderte Auflage, Köln 1980, S. 381.

⁹¹ Vgl. Füllberg-Stolberg, Claus, *Ausländische Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus*, in: Heß, Torsten (Hrsg.), *Zwangsarbeit und unterirdische Verlagerung von Rüstungsindustrie*, Bonn 1994, S. 6–19, hier S. 16.

⁹² Vgl. Fröbe, Rainer, *Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie, 1943–1945*, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), *Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, Essen 1991, S. 349–383, hier S. 373.

⁹³ Vgl. ders., *KZ-Häftlinge als Reserve qualifizierter Arbeitskraft. Eine späte Entdeckung der deutschen Industrie und ihre Folgen*, in: *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur. Band II*, Herbert, Ulrich, Karin Orth und Christoph Dieckmann (Hrsg.), Göttingen 1998, S. 637–681, hier S. 669.

⁹⁴ Vgl. Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 229.

⁹⁵ Angaben nach Demps, Laurenz, *Zum weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Apparats der faschistischen Kriegswirtschaft in den Jahren 1943–1945*, Diss. Phil. Berlin 1970, S. 79.

⁹⁶ Angaben nach Bontrup, Heinz-J., Norbert Zdzowomyslaw, *Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Ein Handbuch*, Heilbronn 1988, S. 127 f.

⁹⁷ Vgl. Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 229.

⁹⁸ Schätzung nach Mader, Julius, *Geheimnis von Huntsville. Die wahre Karriere des Raketenbarons Wernher von Braun*, Berlin 1965, S. 145.

⁹⁹ Angaben nach Seifert, Karl-Dieter, *Geschäft mit dem Flugzeug. Vom Weg der deutschen Luftfahrt*, Berlin 1959, S. 111.

¹⁰⁰ Angaben nach Groehler, Olaf, *Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1970*, Berlin 1975, S. 415.

¹⁰¹ Siehe Herbert, *Geschichte der Ausländerbeschäftigung*, S. 147.

¹⁰² Vgl. Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 232.

¹⁰³ Maier, Dieter, *Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945*, Berlin 1994, S. 237.

¹⁰⁴ Mulsow, Anke, *Die Herausbildung des faschistischen Zwangsarbeitssystems in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 22. Juni 1941*, Diplomarbeit, Sektion Geschichte/Germanistik IV an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Ms., Rostock 1982, S. 46.

¹⁰⁵ Vgl. Roth, Karl Heinz, *Unfreie Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich 1930–1945. Historische Grundlinien und Methodenfragen*, in: Röhr, Werner, Brigitte Berlekamp (Hrsg.), *„Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992–1996*, Berlin 1996, S. 199–217, hier S. 212.

¹⁰⁶ Angaben nach Tuchel, *Dimensionen des Terrors*, S. 387.

¹⁰⁷ Angaben nach Kroener, *„Menschenbewirtschaftung“*, S. 929 f.

¹⁰⁸ Angaben nach Eichholtz, Dietrich, *Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie*, in: Winkler, Ulrike (Hrsg.), *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln 2000, S. 10–40, hier S. 17.

¹⁰⁹ Angaben nach Umbreit, Hans, *Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 5, Zweiter Halbband. *Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45*, Stuttgart 1999, S. 1–272, hier S. 212.

¹¹⁰ Angaben nach Eichholtz, *Zwangsarbeit*, S. 23.

¹¹¹ Angaben nach Lehmann, Joachim, *Zum Verhältnis des Einsatzes von Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern in der Gesamtwirtschaft und Landwirtschaft des faschistischen Deutschlands während des zweiten Weltkrieges (unter besonderer Berücksichtigung polnischer Kriegsgefangener)*, in: *Deutscher Imperialismus und polnische Arbeiter in Deutschland 1900–1945. Materialien einer wissenschaftlichen Kolloquiums der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock*, Mai 1977, Rostock 1977, S. 101–119, hier S. 114.

¹¹² Angaben nach Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 270.

¹¹³ Vgl. *Deutschland im zweiten Weltkrieg. 5. Der Zusammenbruch der Defensivstrategie des Hitlerfaschismus an allen Fronten (Januar bis August 1944)*. Leitung Wolfgang Schumann, Köln 1984, S. 371.

¹¹⁴ Schätzung nach Koch, Ingo, *Verfolgung, Opposition und Widerstand im Nationalsozialismus*, in: Karge, Wolf, Peter-Joachim Rakow und Ralf Wendt (Hrsg.), *Ein Jahrtausend Mecklenburg*, Rostock 1995, S. 331–337, hier S. 334.

¹¹⁵ Angaben nach Karge, Wolf, *NS-Rüstungsproduktion in Mecklenburg-Vorpommern 1933–1945*, in: *Ein Land und seine Erinnerungszeichen. Beiträge zur Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern*, Politische Memoriale e.V. (Hrsg.), Schwerin 1999, S. 86–91, hier S. 91.

¹¹⁶ LHAS, FR 15343, Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 15.03.1943, S. 8.

¹¹⁷ Angaben nach Wendt, *Zur Entwicklung der Stadt Rostock*, S. 64 f.

- ¹¹⁸ Angaben nach Krüger, Dieter, „...Doch sie liebten das Leben“. Gefangenenlager in Neubrandenburg 1939 bis 1945, Neubrandenburg 1990, S. 10.
- ¹¹⁹ Schätzung nach Bendig, Horst [u.a.], Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, Rostock 1970, S. 279 f.
- ¹²⁰ Schätzung nach Drobisch/ Eichholtz, Die Zwangsarbeit, S. 637.
- ¹²¹ Berechnungen nach Roth, Unfreie Arbeit, S. 210.
- ¹²² Siehe die Arbeitskräftebilanz in Kuczynski, Jürgen, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964, S. 282.
- ¹²³ Vgl. Haack, Hanna, Arbeitergeschichte als Gesellschaftsgeschichte: das Beispiel Rostock 1918 bis 1933, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 703–725, hier S. 719.
- ¹²⁴ Angaben nach Koos, Volker, Luftfahrt im Raum Rostock-Warnemünde (Übersichtsvortrag), in: Luftfahrtgeschichte im Raum Rostock-Warnemünde, Bonn-Bad Godesberg 1995, S. 4–19, hier S. 7.
- ¹²⁵ Vgl. Polzin, Martin/ Horst Witt, Rostock von der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/ 49 bis 1945, Rostock 1974, S.137.
- ¹²⁶ Vgl. Wendt, Inge, Zur Entwicklung der Neptunwerft im zweiten Weltkrieg und ihre kriegswirtschaftliche Bedeutung, in: 140 Jahre Eisenschiffbau in Rostock. Symposium am 31. März 1990 in der Schiffswerft Neptun/ Rostock, Berlin 1991, S. 74–77, hier S. 75 f.
- ¹²⁷ LHAS, SED-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern, IV/ 2/ 6/ 239. Schreiben der KPD Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern vom 29.01.1946.
- ¹²⁸ Archiv der Hansestadt Rostock (AHR), ohne Signatur. Brief von Antonia Jedrzewska vom 30.09.1999.
- ¹²⁹ Angaben nach Budraß, Lutz, Flugzeugindustrie und Lufrüstung in Deutschland 1918–1945, Düsseldorf 1998, S. 770.
- ¹³⁰ Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 20-2/ 13, Bl. 32. Lagebericht der Rüstungsinspektion II Stettin vom 15.02.1942.
- ¹³¹ Boberach, Heinz, Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Band 13, Herrsching 1984, S. 5077.
- ¹³² Siehe Eidesstattliche Erklärung von Karl Sommer vom 4. Oktober 1946 in: Blaich, Wirtschaft und Rüstung, S. 114.
- ¹³³ Vgl. Weinmann, Martin (Hrsg.), Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), 2. Auflage, Frankfurt am Main 1990, S. 632.
- ¹³⁴ Vgl. Radau, Helga, Nichts ist vergessen und niemand. Aus der Geschichte des Konzentrationslagers in Barth, Kückenshagen 1995, S. 14.
- ¹³⁵ Vgl. Groehler, Olaf, Rostock im Luftkrieg (1941–1944), in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock. Neue Folge, Heft 9, Rostock 1988, S. 17–40, hier S. 25 ff.
- ¹³⁶ Vgl. Bittel, Karl, Wir klagen an! Die Wahrheit über die faschistischen Konzentrationslager im Ostseegebiet, Stralsund o.J. [1966], ohne Seitenzählung.
- ¹³⁷ Vgl. Bericht der Planungsbehörde beim Reichsstatthalter an den Leiter der Reichsstelle für Raumordnung über die Folgen der Luftangriffe auf die Rüstungsindustrie vom 08.09.1944, in: Behrens, Beate [u.a.], Mecklenburg in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945. Eine Dokumentation, 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Rostock 1998, S. 160.
- ¹³⁸ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 2975. Schreiben der Landesregierung Mecklenburg, Referat für Projektierung vom 30.09.1948.
- ¹³⁹ Vgl. Köhler, H. Dieter, Ernst- Heinkel – Pionier der Schnellflugzeuge. Eine Biographie, Koblenz 1983, S. 269.
- ¹⁴⁰ Vgl. Bundesarchiv (BArch) Außenstelle Ludwigsburg, Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen (ZSL), 409 AR-Z 108/ 70, Band I, Bl. 7. Bericht der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen vom 21.02.1967.
- ¹⁴¹ Vgl. LAGw, SED-Bezirksparteiarchiv (BPA) Rostock, VI/ 6/ 17/ 23, Bl. 63. Konzentrationslager und Außenkommandos des KZ-Buchenwald im Ostseebereich und Mecklenburg.
- ¹⁴² BA-MA, RW 20-2/ 1, Bl. 80. Zusammenfassende Übersicht der Rüstungsinspektion II für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1941.
- ¹⁴³ Vgl. LHAS, 10.9-H/ 8, Nr. 15, Bl. 31. Rede des Gauleiters auf der Tagung vom 17. März 1942 in der Gauschule Schwerin.
- ¹⁴⁴ Angaben nach Budraß, Flugzeugindustrie und Lufrüstung, S. 785.
- ¹⁴⁵ Siehe Karge, Wolf, Kathrin Möller, Zwischen Rüben und Raketen. Technikgeschichten aus Mecklenburg-Vorpommern, Rostock o.J. [1999], S. 59.
- ¹⁴⁶ Vgl. Koos, Volker, Standorte des Flugzeugbaus in der Geschichte von Mecklenburg-Vorpommern, in: Guntau, Martin und Michael Meyer (Hrsg.), Maschinen, Schiffe und Raketen. Technikentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 1995, S. 64–72, hier S. 70.
- ¹⁴⁷ LHAS, 10.9-H/ 8, Nr. 17, Bl. 77. Gauleiter- und Kreisleitertagung in Schwerin am 15. März 1943.
- ¹⁴⁸ Vgl. Koos, Standorte des Flugzeugbaus, S. 70.
- ¹⁴⁹ Siehe Möller, Kathrin, Ernst Heinkel ein Denkmal setzen?, in: Zeitgeschichte regional, 3. Jahrgang, 1999, Heft 1, S. 78.
- ¹⁵⁰ Koos, Volker, Die He 111 entstand als Bomber und Verkehrsflugzeug in Rostock, in: Ostsee-Zeitung vom 19./ 20.02.2000.
- ¹⁵¹ Siehe Bomben auf Rostock. Krieg und Kriegsende in Berichten, Dokumenten, Erinnerungen und Fotos 1940–1945, Bohl, Hans-Werner, Bodo Keipke, Karsten Schröder (Hrsg.), Rostock 1995, S. 155.
- ¹⁵² Archiv der Hansestadt Rostock (AHR), 3.02.4.10. Schreiben der Ernst-Heinkel AG vom 12.08.1944 und 05.09.1944.

- ¹⁵³ Siehe Möller, Kathrin, Von Fokker bis Heinkel – Die Mecklenburgische Flugzeugindustrie von ihren Anfängen bis 1945, in: Ein Jahrtausend Mecklenburg und Vorpommern. Biographie einer norddeutschen Region in Einzeldarstellungen, Karge, Wolf, Peter-Joachim Rakow und Ralf Wendt (Hrsg.), Rostock 1995, S. 320–324, hier S. 324.
- ¹⁵⁴ Angaben nach Grammdorf, Gerda, Zur dynamischen Veränderung der sozialen Struktur in der Stadt Rostock im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus in den Jahren von 1945 bis 1970, Ms., Diss. Rostock 1972, S. 70.
- ¹⁵⁵ Vgl. Kranzhoff, Jörg Armin, Arado. Geschichte eines Flugzeugwerks, Oberhaching 1995, S. 104.
- ¹⁵⁶ Vgl. Koos, Volker, Luftfahrt zwischen Ostsee und Breitling. Der See- und Landflugplatz Warnemünde 1914–1945, Berlin 1990, S. 183.
- ¹⁵⁷ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V 5/ 562, Paul Köster. Erinnerungen aus der Zeit des Neubeginns und danach, Bl. 76.
- ¹⁵⁸ Vgl. Koos, Volker, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge mussten Flugzeuge bauen, in: Ostsee-Zeitung vom 16./16. April 2000.
- ¹⁵⁹ Vgl. Wittig, Peter, Das Aradowerk in Anklam, in: Zeitgeschichte regional, 3. Jahrgang 1999, S. 46–48, hier S. 47.
- ¹⁶⁰ LHAS, SED-Bezirksparteiarchiv (BPA) Neubrandenburg, V/ 8/ 002. Ulrich Schulz, Wehrmachtsgefängnis Anklam, Ms., Anklam 1962, S. 11.
- ¹⁶¹ Vgl. Wittig, Das Aradowerk, S. 11 f.
- ¹⁶² Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 2975. Nachtrag Wehrmachtsvermögen (Befehl Nr. 124) Kreis Grimmen.
- ¹⁶³ Vgl. Stahl, Jochen, Vom Werden und Wachsen der Neptunwerft. Eine Chronik der 130jährigen Entwicklung, Rostock 1979, S. 23.
- ¹⁶⁴ Vgl. BA-MA, RW 19/ 963, Bl. 10. Schreiben des Reichsministers für Bewaffnung und Munition vom 22.07.1942.
- ¹⁶⁵ ebd., RL 3/ 1718. Schreiben des OKW an alle Abwehrstellen vom 05.05.1941.
- ¹⁶⁶ Siehe Wendt, Inge, „Fremdarbeiter“ in Rostock 1939–1945, in: Stadtgespräch aus der Region Rostock. Jahrgang 1995, 3 Quartal, S. 15.
- ¹⁶⁷ Angaben nach Heyne, Martin, Werftarbeiter, in: Mecklenburgische Volkskunde, Rostock 1988, S. 206–229, hier S. 219.
- ¹⁶⁸ AHR, 2.10.217. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 1943 der Neptunwerft vom 29.11.1944, Bl. 44 f.
- ¹⁶⁹ Vgl. Wendt, Zur Entwicklung der Neptunwerft, S.75.
- ¹⁷⁰ Bericht der Planungsbehörde beim Reichsstatthalter an den Leiter der Reichsstelle für Raumordnung über die Folgen der Luftangriffe auf die Rüstungsindustrie vom 08.09.1944, in: Behrens, Mecklenburg in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 160.
- ¹⁷¹ Vgl. LHAS, 5.12-3/ 1, Nr. 20854. Vereinbarung des Mecklenburgischen Staatsministers und der Neptunwerft Rostock vom 22. Und 29. August 1944.
- ¹⁷² Angaben nach Haack, Hanna [u.a.], Schiffbauer, Hafenarbeiter, Seeleute machen Geschichte, Rostock 1977, S. 7.
- ¹⁷³ Vgl. Grammdorf, Zur dynamischen Veränderung, S. 75.
- ¹⁷⁴ Vgl. Langer, Hermann, Mecklenburg 1939 – 1945 (Teil 3): Blitzkriege, in: Mecklenburg-Magazin vom 17.06.2000.
- ¹⁷⁵ Vgl. Möller, Von Fokker bis Heinkel, S. 322.
- ¹⁷⁶ Angaben nach Dirschauer, Bodo, Lübecker Luftfahrtgeschichte. Der Flugzeugbau in Lübeck und in Wismar von 1934 bis 1945, Lübeck 1997, S. 145.
- ¹⁷⁷ Vgl. Bericht der Planungsbehörde beim Reichsstatthalter an den Leiter der Reichsstelle für Raumordnung über die Folgen der Luftangriffe auf die Rüstungsindustrie vom 08.09.1944, in: Behrens, Mecklenburg, S. 160.
- ¹⁷⁸ LHAS, 6.11-18, Nr. 3888b. Schreiben der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Raiffeisen Mecklenburg GmbH Direktion Schwerin vom 14.07.1948.
- ¹⁷⁹ BA-MA, RW 20-2/ 2, Bl. 29. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Schwerin vom 02.12.1942.
- ¹⁸⁰ Vgl. BArch, R 3/ 1316. Schreiben des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion vom 05.08.1944.
- ¹⁸¹ Vgl. SAS, M 2483. Mietvertrag zwischen der Stadt Schwerin und den Norddeutschen Dornier-Werken über die Festhalle einschließlich Galerie [...] vom 04.08.1944.
- ¹⁸² Vgl. Schütt, Karl-Heinz, Ein vergessenes Lager? Über das Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück, Schkeuditz 1997, S. 7 f.
- ¹⁸³ Vgl. ders., Zur Geschichte der Juden in Neustadt-Glewe (1758 bis 1978), 2., unveränderte Auflage, Schkeuditz 1997, S.49.
- ¹⁸⁴ Vgl. Stahl, Vom Werden und Wachsen der Neptunwerft, S. 23.
- ¹⁸⁵ Vgl. Bernhard Härtel. Kommunist, Revolutionär, Antifaschist, ein Patriot unseres Volkes, ein glühender Freund der Sowjetunion – Vorbild der Jugend, Wismar 1978, S. 22 und Archiv der Hansestadt Wismar (AHW), XIX, 10, 274. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 1943 der Hansawerft GmbH.
- ¹⁸⁶ Angaben nach Die frühere Waggonfabrik Wismar (= Blätter zur Verkehrsgeschichte Mecklenburgs, Heft 4), S. 5.
- ¹⁸⁷ Vgl. AHW, XIX, 5, 136. Triebwagen- und Waggonfabrik Wismar AG. Geschäftsbericht über das sechste Geschäftsjahr vom 1. April 1940 bis 31. März 1941.
- ¹⁸⁸ BA-MA, RW 19/ 963, Bl. 50. Schreiben des Reichsministers für Bewaffnung und Munition an die Rüstungsinspektionen vom 05.06.1942.
- ¹⁸⁹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 127, Karl Keuscher, Bl. 80.

¹⁹⁰ Vgl. AHW, Abteilung IV, Repos. 2, O, 29.

¹⁹¹ Vgl. Bericht der Planungsbehörde beim Reichsstatthalter an den Leiter der Reichsstelle für Raumordnung über die Folgen der Luftangriffe auf die Rüstungsindustrie vom 08.09.1944, in: Behrens, Mecklenburg, S. 160.

¹⁹² Vgl. LHAS, SED-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern, IV/ 2/ 6/ 239. Schreiben der KPD-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern vom 29.01.1946.

¹⁹³ Vgl. LHAS, 6.11-14, Nr. 660, Bl. 2. Durchschlag der Enteignungsurkunde vom 18.04.1947.

¹⁹⁴ Vgl. Langer, Hermann, Leben unterm Hakenkreuz. Alltag in Mecklenburg 1932–1945, Bremen 1996, S. 196.

¹⁹⁵ Vgl. ders. (Bearb.), Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Geschichte der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und des Beginns der sozialistischen Umgestaltung unter der Führung der revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse im Kreisgebiet Bad Doberan 1945–1952, Bad Doberan 1980, S. 21.

¹⁹⁶ Vgl. LHAS, SED-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern, IV/ L/ 4/ 1020, Bl. 18. Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung Doberans vom 10.01.1948.

¹⁹⁷ Vgl. Nowarra, Heinz J., Die deutsche Luftrüstung 1933–1945. Band 1: Flugzeugtypen AEG – Dornier, Koblenz 1985, S. 90.

¹⁹⁸ Vgl. Kennen Sie die Bachmanns? Eine Betrachtung zum nationalen Dokument, SED-Kreisleitung Ribnitz-Damgarten, o.O.[Ribnitz-Damgarten] o.J., ohne Seitenzählung.

¹⁹⁹ Siehe Stadtarchiv (StA) Ribnitz-Damgarten, Unterlagen der Firma Walther Bachmann Flugzeugbau KG, Karton 6. Schreiben der Walther Bachmann Flugzeugbau KG vom 04.09.1943.

²⁰⁰ Siehe ebd., II. 399. Schreiben der Walther Bachmann Flugzeugbau K.G. an die Stadt Ribnitz vom 17.01.1944.

²⁰¹ Vgl. ebd., Ordner Bachmann-Werke: Zeiteugen/ Mitarbeiter. Bericht von S.C. vom 18.12.1999.

²⁰² Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 6/ 17/ 23, Bl. 63. Konzentrationslager und Außenkommandos des KZ-Buchenwald.

²⁰³ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, II. 82. Aufenthaltsanzeige eines Ausländers vom 18. und 28.11. 1941 und 27.01.1942.

²⁰⁴ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 3084. Niederschrift über die Vertrauensratssitzung der Pommerschen Eisengießerei am 22.06.1942.

²⁰⁵ ebd., Niederschrift über die Vertrauensratssitzung der Pommerschen Eisengießerei am 26.08.1942.

²⁰⁶ Vgl. Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei (im Privatbesitz von Siegfried Stuchly). Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an das Meldeamt Barth vom 12.03.1943.

²⁰⁷ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei vom 09.01.1945.

²⁰⁸ Vgl. BArch, R 121/ 2852. Gesellschaftsvertrag der Pommerschen Industriewerke vom 02.09.1940.

²⁰⁹ Vgl. Stadtarchiv (StA) Barth, Rep. 4, Nr. 2510. Schreiben vom 15.10.1940.

²¹⁰ Vgl. ebd., ohne Signatur. German Factory for production of smoke, incendiary and chemical warfare weapons. Maschinenfabrik Peterson, Oldenburg, Holstein and Pommersche Industrie-Werke G.m.b.H., Barth, S. 4 f.

²¹¹ Vgl. BArch, R 121/ 5341. Kaufmännischer Bericht der Pommerschen Industrie-Werke G.m.b.H. über das laufende Geschäftsjahr, 24.11.1943.

²¹² Vgl. BArch, R 121/ 2690. Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Bericht über die Wehrwirtschaftsprüfung der PIW vom 22.11.1943.

²¹³ Vgl. ebd., Belegschaftsstärkemeldung der Pommerschen Industriewerke vom 17.04.1944.

²¹⁴ Vgl. ebd., Belegschaftsstärkemeldung der Pommerschen Industriewerke vom 09.05.1944.

²¹⁵ Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 35 I Konzentrationslager Ravensbrück, Nr. 49, Bl. 10. Bericht der Forschungsgruppe des Staatsarchivs Schwerin vom 31.08.1965.

²¹⁶ Vgl. StA Barth, Rep. 4, Nr. 2510. Schreiben von Rudolf Junker an die Polizeidirektion Barth vom 25.06.1942.

²¹⁷ Vgl. BA-MA, RW 21-56/ 2, Bl. 8. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Stettin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1944.

²¹⁸ Vgl. Strebels, Bernhard, „Verdammt sind meine Hände“. Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie in den Außenlagern des KZ Ravensbrück, in: Zeitgeschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 4–8, hier S. 6.

²¹⁹ Angaben nach Birth, Ines, Das KZ-Außenlager Barth 1943–1945, Diplomarbeit, Ms., Rostock 1988, S. 18.

²²⁰ Vgl. Strebels, Bernhard, Das Männerlager im KZ Ravensbrück 1941–1945, in: Dachauer Hefte, 14. Jahrgang, 1998, Heft 14, S. 141–174, hier S. 163 f.

²²¹ Vgl. Radau, Nichts ist vergessen, S. 25.

²²² Vgl. Stadtarchiv (StA) Stralsund, Rep. 18, Nr. 1585, Bl. 280. Liste über die im Ortsbereich Stralsund untergebrachten Ausländerinnen vom 09.11.1944.

²²³ Vgl. ebd., Rep. 15, Nr. 290, Bl. 1. Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe an den Oberbürgermeister der Stadt Stralsund vom 07.02.1941.

²²⁴ ebd., Rep. 15, Nr. 331 Trennhefter II, Bl. 116 ff. Erbbauvertrag der Stadt Stralsund und der Krögerwerft vom 01.02.1940.

²²⁵ Zitiert nach Ewe, Herbert, Stralsund, Rostock 1980, S. 238.

²²⁶ Vgl. StA Stralsund, Rep. 15, Nr. 331 Trennhefter II, Bl. 90. Schreiben des Beauftragten des Reichsarbeitsministers in Kopenhagen an den Oberbürgermeister der Stadt Stralsund vom 07.01.1941.

²²⁷ Siehe ebd., Karton A 77–82.

²²⁸ Siehe ebd., Karton A 20–25 Polen A–E; Karton A 26–30 Fremdarbeiter F–J, L.

²²⁹ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, Von der Novemberrevolution bis zur Befreiung vom Faschismus 1918–1945, in: Geschichte der Stadt Stralsund, Weimar 1984, S. 291–331, hier S. 325.

²³⁰ Vgl. Grützmaker, Wilhelm, Die Krögerwerft, in: 21. Stralsunder Heimatbrief, Hamburg 1989, S. 70–73, hier S. 70 f.

- ²³¹ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 279, Bl. 11 ff. Aufstellung der im Kreispolizeibezirk Stralsund eingesetzten poln. Zivilarbeiter, 15.05.1941.
- ²³² Vgl. ebd., Karton A 26–30 Fremdarbeiter F–J, L und Karton A 32 Polnische Fremdarbeiter K..
- ²³³ Vgl. StA Stralsund, Karton A 77–82.
- ²³⁴ Vgl. LHAS, SED-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern, IV/ L 2/ 6/ 239. Schreiben der Firma Dust an die Sowjetische Militäradministration Schwerin vom 15.06.1946.
- ²³⁵ Vgl. Gräfe, Werner und Wolfgang Zastrow, Fahrt für das Leben (III), in: Freie Erde vom 11.05.1965.
- ²³⁶ Vgl. Altermann, Albert, Wolgast als Industriestadt, in: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Wolgast vom 5. bis 14. Juli 1957, Wolgast o.J., S. 67.
- ²³⁷ Vgl. Ihr Vermächtnis lebt in unseren Taten. Zum Gedenken an Antifaschisten des Kreises Wolgast, Wolgast 1984, S. 14 f.
- ²³⁸ Vgl. Bendig, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 225.
- ²³⁹ Vgl. LAGw, Rep. 38b Wolgast, Nr. 1726, Bl. 17. Antrag auf Erneuerung eines Befreiungsscheins.
- ²⁴⁰ Vgl. StA Barth, Rep. 4, Nr. 2511. Schreiben des Reichsministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Stettin vom 28.02.1942.
- ²⁴¹ Vgl. Zache, Dirk, Zeugnisse der Industrialisierung in Peenemünde – Ambivalenz gestern und heute, in: Möller, Kathrin (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Industrialisierung in Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin 2000, S. 106–111, hier S. 107.
- ²⁴² Vgl. LAGw, Rep. 38b Wolgast, Nr. 56, Bl. 1. Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Peenemünde an den Landrat des Kreises Usedom-Wollin in Swinemünde vom 24.11.1939.
- ²⁴³ Vgl. Bode, Volkhard, Gerhard Kaiser, Raketenspuren. Peenemünde 1936–1994, Berlin 1995, S. 24.
- ²⁴⁴ Vgl. ebd., S. 41.
- ²⁴⁵ Vgl. Dietrich, Axel, Peenemünde im Wandel der Zeit, Peenemünde 1999, S. 32.
- ²⁴⁶ Neufeld, Michael J., Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters, Berlin 1997, S. 222.
- ²⁴⁷ Jahnke, Karl Heinz, Aus dem Kampf polnischer und deutscher Antifaschisten während des zweiten Weltkrieges in Mecklenburg und Pommern, Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, 5/ 1965, S. 107–113, hier S. 111.
- ²⁴⁸ BA-MA, RH 8 I/ 1213, Bl. 49. Aktennotiz über die Besprechung bei der Heeresversuchsanstalt Peenemünde vom 13.06.1942.
- ²⁴⁹ Vgl. Mahn- und Gedenkstätte Peenemünde-Karlshagen, Wolgast 1970, S. 10.
- ²⁵⁰ Vgl. Wagner, Jens-Christian, Zwangsarbeit in Peenemünde (1939–1945): Praxis und Erinnerung, in: Zeitschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 15–21, hier S. 17.
- ²⁵¹ Vgl. BA-MA, RH 8 I/ 1213, Bl. 153. Schreiben des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, Bau-gruppe Schlempp, Bauleitung Peenemünde vom 28.07.1941.
- ²⁵² Vgl. Freund, Florian, Die Entscheidung zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Raketenrüstung, in: Heß, Torsten (Hrsg.), Zwangsarbeit und die unterirdische Verlagerung von Rüstungsindustrie. Vorträge, Bonn 1994, S. 20–36, hier S. 22.
- ²⁵³ Vgl. BA-MA, RH 8 I/ 1210, Bl. 136. Aktenvermerk über die Besprechung beim A 4-Ausschuß (Arbeitseinsatz) am 02.06.1943 in Berlin.
- ²⁵⁴ Vgl. Neufeld, Die Rakete und das Reich, S. 223.
- ²⁵⁵ Vgl. BA-MA, RH 8 I/ 1210, Bl. 92. Entstehungsgeschichte des Versuchsserienwerkes Peenemünde, Band V. 1943.
- ²⁵⁶ Vgl. ebd., Bl. 106. Aktennotiz vom 16.04.1943.
- ²⁵⁷ Vgl. BA-MA, RH 8 I/ 1210, Bl. 17. Eintragung vom 17.06.1943.
- ²⁵⁸ Vgl. ebd., Bl. 20. Eintragung vom 11.07.1943.
- ²⁵⁹ Vgl. Eisfeld, Rainer, Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 96.
- ²⁶⁰ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70 Bd. XV, Bl. 2263. Schlussvermerk des Staatsanwalts Becker vom 10.02.1971.
- ²⁶¹ Vgl. Dornberger, Walter, V 2. Der Schuß ins Weltall, Eßlingen 1952, S. 91.
- ²⁶² Vgl. Bartel, Walter, Gutachten über Rolle und Bedeutung des KZ Dora-Mittelbau und die Funktion der SS bei der A 4-Produktion (= Schriftenreihe des Präsidiums der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Heft 13/ 1970), S. 5.
- ²⁶³ Siehe Tresp, Harald/ Axel Dietrich, 17./ 18. August 1943. Vor 50 Jahren Bomben auf Peenemünde. „Operation Hydra“, Peenemünde 1993, S. 4 ff.
- ²⁶⁴ Vgl. Dornberger, Walter, Peenemünde. Die Geschichte der V-Waffen, Frankfurt am Main 1995, S. 187.
- ²⁶⁵ Vgl. Wagner, Jens-Christian, Noch einmal: Arbeit und Vernichtung. Häftlingseinsatz im KL Mittelbau-Dora 1943–1945, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, Frei, Norbert, Sybille Steinbacher und Bernd C. Wagner (Hrsg.), München 2000, S. 11–41, S. 12.
- ²⁶⁶ Vgl. ders., Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2001, S. 419.
- ²⁶⁷ Vgl. Wagner, Jens-Christian, Zwangsarbeit in Peenemünde, S. 18.
- ²⁶⁸ Vgl. Mader, Geheimnis von Huntsville, S. 209.
- ²⁶⁹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70 Band XV, Bl. 2209. Bericht des Oberstaatsanwalts Rückerl vom 08.02.1971.
- ²⁷⁰ Vgl. Krüger, Dieter, Die „Curt Heber GmbH“ – Mechanische Werkstätten Neubrandenburg – Zur Geschichte eines Rüstungsbetriebes, in: Redieck, Matthias (Hrsg.), Verschwunden – vergessen – bewahrt? Denkmale und Erbe des Technikgeschichte in Mecklenburg und Vorpommern, Rostock 1997, S. 104 f, hier S. 104.

- ²⁷¹ Vgl. Barche, Heinz, *Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf weiblicher Häftlinge in den Konzentrationslagern Neubrandenburgs (1943–1945)*. Dokumente, Berichte, Kommentare, Neubrandenburg 1985, S. 10.
- ²⁷² Vgl. Krüger, Dieter, Die „Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg GmbH“, in: *Neubrandenburger Mosaik. Heimatgeschichtliches Jahrbuch des Regionalmuseums Neubrandenburg*, Nr. 21, Neubrandenburg 1997, S. 105–111, hier S. 105 f.
- ²⁷³ Vgl. ebd., S. 107 f.
- ²⁷⁴ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 177/ 71, Bd. I, Bl. 10. Vermerk.
- ²⁷⁵ Vgl. BA-MA, RW 21-55/ 1, Bl. 32 und 43 f. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Schwerin für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1943.
- ²⁷⁶ Vgl. Brief Heinrich Himmlers an Hermann Göring vom 09.03.1944, in: *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948*, Nachdruck, München 1989, S. 361.
- ²⁷⁷ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 177/ 71, Bd. I, Bl. 10. Vermerk.
- ²⁷⁸ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-277. Angaben von Horst Kuhfeld (Oberingenieur in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg) am 25.01.1982.
- ²⁷⁹ Vgl. BA-MA, RW 21-55/ 2, Bl. 5. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Schwerin. Eintragung vom 01.02.1944.
- ²⁸⁰ Vgl. Streuling, K[arin] und Klim, K., „Wo es nichts zu weinen gibt...“. Ein Jahrhundert der Frau im Recht, Neubrandenburg 2000, S.69.
- ²⁸¹ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-C-583, Bl. 1. Protokoll über den Besuch von 54 Personen belgischer Nationalität in der Gedenkstätte Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, Außenlager Neubrandenburg am 15. April 1984.
- ²⁸² Vgl. BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72, Band I, Bl. 186. Schlußvermerk betreffend das Nebenlager Neubrandenburg (KL Sachsenhausen) vom 17.01.1972.
- ²⁸³ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-823. De Leeuw, Peter, Jan Simons zoekt oud-gevangenen van Oflag 67.
- ²⁸⁴ Vgl. LHAS, 10.9-H/ 8, Nr. 15, Bl. 31. Rede des Gauleiters auf der Tagung vom 17. März 1942.
- ²⁸⁵ Stadtarchiv (StA) Neubrandenburg, Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter an die Stadt Neubrandenburg.
- ²⁸⁶ Vgl. LHAS, 10.9-H/ 8, Nr. 17, Bl. 77. Gauleiter- und Kreisleitertagung am 15. März 1943 in Schwerin.
- ²⁸⁷ Vgl. BA-MA, RW 21-55/ 1, Bl. 31. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Schwerin. Eintragung vom 10.04.1943.
- ²⁸⁸ Lythall, Sirokko, *WEBASTO 1885–1995 Werk Neubrandenburg*, o.O. [Neubrandenburg] o.J. [1995], S. 16.
- ²⁸⁹ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-812, Bl.1. Protokoll der Befragung von Ferdinand und Vera Swierkowski.
- ²⁹⁰ Vgl. Stadtarchiv (StA) Neustrelitz, Org 21. Verzeichnis der Firmen, welche Kriegsgefangene bzw. Sonstige Ausländer beschäftigt hatten.
- ²⁹¹ *725 Jahre Penzlin*, Rat der Stadt Penzlin (Hrsg.), Penzlin 1987, S.19.
- ²⁹² Angaben nach Wilhelm, Frank, Schon ein Stück gestohlenes Brot reichte für ein Todesurteil, in: *Nordkurier (Ausgabe Haff-Zeitung)* vom 11.04.2000.
- ²⁹³ Vgl. LAGw, Rep. 38b Torgelow, Nr. 1, Bl. 116. Schreiben der Eisengießerei Mentzel & Stäbe an den Bürgermeister von Torgelow am 10.12.1942.
- ²⁹⁴ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 037, Mappe 2. Ewald Klementz, *Tatsachenbericht über die Organisation des antifaschistischen Widerstandes in Hammer u. Torgelow, Kreis Ueckermünde*, S. 5.
- ²⁹⁵ Vgl. LAGw, Rep. 38b Torgelow, Nr. 1, Bl. 130. Schreiben der Deutschen Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke A.-G., Bauleitung Torgelow an die Polizeiverwaltung Torgelow vom 19.12.1942.
- ²⁹⁶ Vgl. ebd., Bl. 78. Anlage zum Schreiben der Haller-Werke Aktiengesellschaft an die Ortspolizeibehörde Torgelow/ Pommern vom 15.07.1942.
- ²⁹⁷ Vgl. ebd., Bl. 112. Schreiben der C. Mentzel & Co. Eisengießerei, Torgelow-Pom. an den Amtsvorsteher vom 05.12.1942.
- ²⁹⁸ Vgl. ebd., Bl. 88. Anlage Nr. 1 zum Brief von Freundel & Zaeske an den Amtsvorsteher in Torgelow vom 05.12.1942.
- ²⁹⁹ Vgl. LHAS, 6.12-1/ 18, Nr. 337, Bl. 6. Stand der Industrie im Moment der Okkupation.
- ³⁰⁰ Vgl. ebd., Bl. 4. Schreiben des Rats des Kreises Ueckermünde an den Kreiskommandanten Major Alferenko vom 26.05.1948.
- ³⁰¹ Vgl. *Kurstadt Waren einst und jetzt*. Studie zur Chronik und heutigen Bedeutung einer mecklenburgischen Stadt, Waren 1963, S. 146 f.
- ³⁰² Angaben nach BArch, R 3/ 2016/ 0239. Reichsbetriebskartei.
- ³⁰³ Vgl. *Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik mbH Waren – ein Standort der Aufrüstung im „Dritten Reich“*, Bund der Antifaschisten e.V. Waren/ Röbel, Ms., o.O. 1993, S. 14 f.
- ³⁰⁴ Vgl. *Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba*. Einige Hinweise aus dem Gedächtnis über den Betrieb MEMEFA von Maria Trinks geb. Liebeck.
- ³⁰⁵ Vgl. ebd. *Warener zeigen holländischen Zwangsarbeitern Solidarität*, in: *Müritz-Bote* vom 07.07.1993.
- ³⁰⁶ Vgl. ebd. *Dwargarbeiters in Hitler-Duitsland zagen de dood in de ogen*, in: *Wochenendbeilage der Drents Groningse Presse* vom 10.07.1993.
- ³⁰⁷ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 2975. Schreiben der Landesregierung Mecklenburg, Referat für Projektierung vom 30.09.1948.

³⁰⁸ Vgl. Bernhard, Rolf-Peter, Das wahre Loitz. Eine Betrachtung zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Loitz, in: Festschrift der 725-Jahrfeier der Stadt Loitz 1242–1967, Loitz o.J., S. 32.

³⁰⁹ Siehe Schlag, Peter, 416 Zwangsarbeiter erfasst. Listen zum Einsatz während der NS-Zeit nur für Grimmen erhalten, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Grimmen) vom 10.05.2000.

³¹⁰ Siehe Miethke, Anna Dora, Gedenkstätten. Arbeiterbewegung, antifaschistischer Widerstand, Aufbau des Sozialismus, Ludwigslust 1974, S. 117 f.

³¹¹ Vgl. BA-MA, RW 21-56/ 2, Bl. 15. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Stettin für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1944.

³¹² Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 2975. Schreiben der Landesregierung Mecklenburg, Referat für Projektierung vom 30.09.1948.

³¹³ Vgl. Görlitz, Walter, Des Reiches unbekanntes Land. Mecklenburg. Gedanken zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte des Gaues, Rostock 1941, S. 113.

³¹⁴ Vgl. Stadtarchiv (StA) Güstrow, Akte „Beschäftigung von ausländischen Arbeitern – Errichtung von Lagern 1942–1944“. Schreiben der Van Tongelschen Stahlwerke an das Stadtbauamt Güstrow vom 17.09.1942.

³¹⁵ Vgl. BA-MA, RH 8 I/ 1254. Schreiben des Sonderausschusses A 4 vom 03.07.1943.

³¹⁶ Vgl. Hartwig, Jana, Zur Lebenssituation in der Stadt Güstrow in den Jahren 1945/ 46. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, Ms., Rostock 1993, S. 2.

³¹⁷ Vgl. Beltz, Wilhelm, Die Besetzung der Stadt Güstrow durch die Rote Armee am 2. Mai 1945, Ms., o.O o.J., S. 28.

³¹⁸ Vgl. Heimatmuseum Bützow, Materialsammlung. Einzige Barometerfabrik Mecklenburgs feierte Jubiläum. 100 Jahre Bützower Firma H.C. Kröplin (ungekennzeichneter Artikel).

³¹⁹ Vgl. LHAS, 6.12-1/ 5, Bl. 15. Niederschrift der Sitzung der Kreiskommission für sequestrierte Betriebe am 18.02.1947.

³²⁰ Vgl. Heimatmuseum Bützow, Materialsammlung. Schreiben des Vorstandes des Zuchthauses und des Strafgefängnisses Drei-bergen-Bützow an den Reichsminister der Justiz vom 06.03.1944.

³²¹ Vgl. Kriek, Manfred [u.a.], Schwerin, Berlin 1985, S. 143.

³²² Vgl. Stübe, Erich, Die Schweriner Eisengießerei „Robert Klingebiel“, in: Verschwunden – vergessen – bewahrt? Denkmale und Erbe des Technikgeschichte in Mecklenburg und Vorpommern, Rostock 1997, S. 106 f., hier S. 106.

³²³ Vgl. SAS, MB 170, Ostarbeiter-Lager „Püsserkrug“. Abrechnung Juli 43.

³²⁴ Siehe Kasten, Bernd, Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Schwerin während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitgeschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 22 f, hier S. 23.

³²⁵ Vgl. Pätzold, Wilfried, Spuren von Hitlers „Wunderwaffe“ führen auch zu den Slater Tannen, in: Schweriner Volkszeitung vom 17.01.2000.

³²⁶ Vgl. Mett, Werner, Rasche Hilfe für Zwangsarbeiter. Amt Rastow erforscht den Einsatz von Arbeitskräften zwischen 1938 und 1945, in: Schweriner Volkszeitung vom 19.09.2000.

³²⁷ Vgl. BA-MA, RW 21-55/ 2, Bl. 6. Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Schwerin. Eintragung vom 23.02.1944.

³²⁸ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 564, Otto Ringel, Bl. 5. Otto Ringel, Einige Episoden aus meinem Leben.

³²⁹ Vgl. Schröder, Heinz, Die Entwicklung der Elbwerft von den Anfängen bis in unsere Zeit, in: Boizenburg. Beiträge zur Geschichte der Stadt, 1, Boizenburg 1980, S. 52–60, hier S. 55.

³³⁰ Vgl. 200 Jahre Elbwerft Boizenburg. Die Jubiläums-Chronik, Heinz Schröder, Rudolf Wulff und Gert-Uwe Detlefsen, Boizenburg 1993, S. 42.

³³¹ Vgl. Schröder, Die Entwicklung der Elbwerft, S. 55.

³³² Vgl. Ständer, Ilse, Das Außenlager Boizenburg des KZ Neuengamme, Boizenburg 1996, S. 6.

³³³ Vgl. Kreisarchiv Ludwigslust, Kreis Hagenow, Nr. 10460. Schreiben des Arbeitsamts Schwerin an den Landrat des Kreises Hagenow vom 22.02.1943.

³³⁴ ebd., Rat der Stadt Boizenburg, Nr. 1077.

³³⁵ Vgl. LHAS, 10.9-H/ 8, Nr. 18. Niederschrift der Kreisleiterbesprechung vom 01.09.1944.

³³⁶ Garbe, Dettel, Die mecklenburgischen Außenlager des KZ Neuengamme, in: Ein Land und seine Erinnerungszeichen. Beiträge zur Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Politische Memoriale e.V. (Hrsg.), Schwerin 1999, S. 54–60, hier S. 60.

³³⁷ Vgl. Spoerer, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart, München 2001, S. 92.

³³⁸ Vgl. ANg., 2.8/ 1233. Lebensgeschichte der Sima Herstein (Gedächtnisprotokoll nach der mdl. Übersetzung durch S. Lasowski).

³³⁹ Vgl. Sammlungen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/ Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (MGR/ SBG), Nachlass Erika Buchmann, Bd. 40, Bericht 934. Bericht von Käte Roth und Hanna Conrad vom 25.05.1945.

³⁴⁰ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 266, Irena Rupniewska-Denisow, Bl. 1. Aus dem Buch „La Résistance à Ravensbrück“, Varsovie 1973.

³⁴¹ Ebd., V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 27. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“, Ljubljana 1971.

³⁴² Vgl. ANg., 2.8/ 1227. Protokoll der Vernehmung von E. Krausz im Büro des Landeskomitees für Deportiertenfürsorge in Budapest am 24.09.1945.

³⁴³ LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 532, Irina Losowaja, Bl. 3. Erinnerungen.

³⁴⁴ MGR/ SBG, Nachlass Erika Buchmann, Bd. 24, Bericht 300. Lotte Silbermann.

³⁴⁵ Vgl. Streuling, Klim, „Wo es nichts zu weinen gibt...“, S. 66.

- ³⁴⁶ Vgl. Jacobeit, Sigrid, Außenlager des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück in Mecklenburg 1942–1945, in: Ein Land und seine Erinnerungszeichen. Beiträge zur Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Politische Memoriale e.V. (Hrsg.), Schwerin 1999, S. 68–76, hier S. 71.
- ³⁴⁷ Zitiert nach Weber, Alfred, Stärker als der Tod. Die verbrecherische Rolle des Heinkel-Konzerns im KZ-Außenlager Barth und der Widerstand der Häftlinge vieler Nationen, Rostock 1970, S. 25.
- ³⁴⁸ Erinnerungsbericht von Lidia Rosenfeld-Vago, zitiert nach Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 91.
- ³⁴⁹ Vgl. ANg., 2.8/ 1227. Protokoll der Vernehmung von E. Krausz.
- ³⁵⁰ LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 532, Irina Losowaja, Bl. 3. Erinnerungen.
- ³⁵¹ Ebd., V/ 6/ 17/ 17, Bl. 40. Brief an Alfred Weber.
- ³⁵² Zitiert nach Eisfeld, Mondsüchtig, S. 94.
- ³⁵³ Vgl. Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 30.
- ³⁵⁴ Vgl. Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. S. 10.
- ³⁵⁵ LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 494, Albert Walter, Bl. 17 f.
- ³⁵⁶ Historisch-Technisches Informationszentrum (HTI) Peenemünde, Bericht Wladimir Schapowals an die HTI vom 19.02.2000.
- ³⁵⁷ StA Stralsund, Rep. 18, Nr. 1585. Schreiben Günter Belows an den Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde Stralsund vom 08.05.1944.
- ³⁵⁸ BA-MA, RW 19/ 2147, Bl. 95. Abschrift eines in einer Kiewer Zeitung veröffentlichten Aufrufs des SA-Brigadeführers Quitzrau.
- ³⁵⁹ BArch, R 11/ 1241, Bl. 73. Anlage zum Schreiben der Wirtschaftskammer Hessen an Dr. Kieslinger (Reichswirtschaftskammer) vom 11.09.1942.
- ³⁶⁰ Vgl. ebd., R 6/ 97, Bl. 16. Denkschrift vom April 1942.
- ³⁶¹ Vgl. Herbert, Zwangsarbeit in Deutschland, S. 115 f.
- ³⁶² BA-MA, RW 19/ 2144, Bl. 55. Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht vom 19.11.1942.
- ³⁶³ LAGw, Rep. 66 Ueckermünde, Nr. 34. Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 29.05.1940.
- ³⁶⁴ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 1037. Merkblatt für deutsche Betriebsführer über das Arbeitsverhältnis und die Behandlung von Zivilarbeitern polnischen Volkstums.
- ³⁶⁵ BA-MA, WF-01/ 9824, Bl. 11. Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht vom 29.05.1941.
- ³⁶⁶ BArch, R 11/ 1240, Bl. 314. Schreiben der Reichswirtschaftskammer vom 22.01.1940.
- ³⁶⁷ BA-MA, RW 19/ 2152, Bl. 6. Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht vom 14.10.1941.
- ³⁶⁸ AHR, 1.1.13.2038. Auszug aus dem Ergänzungserlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 9. April 1942.
- ³⁶⁹ Vgl. Matusow, B[oris] L[eonidowitsch], Erinnerungen an die Gefangenschaft in Greifswald – Meine Rolle als Dolmetscher beim Kapitulationsangebot der Stadt, in: Mai, J[oachim], Vom Narew bis an die Elbe. Erinnerungen sowjetischer Kriegsteilnehmer der 2. Belorussischen Front, Berlin 1965, S. 225–231, hier S. 226.
- ³⁷⁰ SAS, MB 699, Schreiben des Stammlagers II A vom 31.10.1941.
- ³⁷¹ Vgl. Matusow, Erinnerungen, S. 227.
- ³⁷² Vgl. Möller, Kathrin, Zur sozialen Lage der Arbeitskräfte in den Rostocker Ernst-Heinkel-Flugzeugwerken zwischen 1933 und 1945, Diplomarbeit, Universität Rostock, Fachbereich Sozialwissenschaften, Ms., Rostock 1991, S. 53 und 71.
- ³⁷³ Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 227.
- ³⁷⁴ Vgl. Herbert, Deutsche und ausländische Arbeiter, S. 24 f.
- ³⁷⁵ Didier, Europa arbeitet in Deutschland, S. 38.
- ³⁷⁶ Niederdeutscher Beobachter vom 02.03.1944.
- ³⁷⁷ Vgl. BArch, R 16/ 162. Aktenvermerk zur Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes vom 17.11.1942.
- ³⁷⁸ Vgl. AHR, 1.1.8.650. Schreiben der Firma Meincke an die Schutzpolizei in der Seestadt Rostock vom 11.11.1940.
- ³⁷⁹ Ebd., Schreiben des Polizeipräsidenten der Seestadt Rostock an Heinrich Kleinfeldt in der Neptunwerft vom 27.02.1940.
- ³⁸⁰ Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 227.
- ³⁸¹ Vgl. Schröder, Die Entwicklung der Elbewerft, S. 56.
- ³⁸² Bericht einer ehemaligen Heinkel-Angestellten, zitiert nach Radau, Nichts ist vergessen, S. 123.
- ³⁸³ Schreiben Dr. von Lepels vom 21.08.1944, in: Mütze-Specht, Fanny, Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf in Mecklenburg gegen das Naziregime, Schwerin 1948, S.42.
- ³⁸⁴ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-277. Angaben von Horst Kuhfeld.
- ³⁸⁵ BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Bd. III, Bl. 242. Protokoll der Vernehmung von Antonie Watzlová durch das Bezirksgericht Brünn-Stadt am 19.11.1968.
- ³⁸⁶ Vgl. Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, S. 204 f.
- ³⁸⁷ Vgl. Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 30.06.1942, in: Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark vom 01.08.1942.
- ³⁸⁸ Vgl. Küppers, Hans, Rudolf Bannier, Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen, Berlin 1942, S. 28.
- ³⁸⁹ BArch, R 11/ 1240. Schreiben der Reichsgruppe Industrie an die Industrieabteilungen der Wirtschaftskammern vom 14.08.1941.
- ³⁹⁰ Siehe BLHA, Rep. 35 I Konzentrationslager Ravensbrück, Nr. 49, Bl. 10. Bericht der Forschungsgruppe.

- ³⁹¹ Vgl. Grammdorf, Zur dynamischen Veränderung, S.74.
- ³⁹² Vgl. AHR, 1.1.3.27/ 102. Vorläufiger Bericht über den Luftangriff auf die Neptunwerft Rostock am Sonntag, dem 20. Februar 1944.
- ³⁹³ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S. 22.
- ³⁹⁴ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba, Brief von J. Schaap aus Sapemeer vom 20.10.1992.
- ³⁹⁵ Vgl. StA Neubrandenburg, ohne Signatur. Schreiben von Iwan Petrowitsch Semitsch an den Oberbürgermeister von Neubrandenburg vom 08.07.2000.
- ³⁹⁶ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 3087. Schreiben von Walter Kintzel an den Antifaschistischen Ausschuss der Stadt Torgelow vom 02.08.1946.
- ³⁹⁷ Vgl. ebd., Protokoll über die erfolgte Sitzung des Antifaschistischen Ausschusses am 7. August 1946.
- ³⁹⁸ Vgl. Eichholtz, Zwangsarbeit, S. 34.
- ³⁹⁹ Vgl. Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 10.
- ⁴⁰⁰ Vgl. Bericht von Eva Neumann-Votava, in: Schütt, Karl-Heinz, Ein vergessenes Lager? (II) Über das Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück, Schkeuditz 1998, S. 35.
- ⁴⁰¹ ANg., 2.8/ 1230. Protokoll der Vernehmung von Cilli Herskovics am 4. Juli 1945 im Heim des Landeskomitees für Deportiertenfürsorge, Budapest.
- ⁴⁰² Vgl. Améry, Odette & G. Martin-Champier, Nuit et Brouillard, Paris 1945, S. 70.
- ⁴⁰³ Zitiert nach Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 18.
- ⁴⁰⁴ StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Schreiben von Wasyl Pikula vom 06.01.1948.
- ⁴⁰⁵ Schoschkina, Iraida, KZ Barth-Nr. 29502, ein Erlebnisbericht (Auszüge), in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe (= Schriften der Geschichtswerkstatt Toitenwinkel, Heft 5), Rostock 1998, S. 10–19, hier S. 12.
- ⁴⁰⁶ Vgl. StA Neubrandenburg, ohne Signatur. Schreiben von Janina Mekeko vom 11.05.2000.
- ⁴⁰⁷ Vgl. ebd., Schreiben von Lidja Bolnokina vom 02.05.2000.
- ⁴⁰⁸ Maurel, Micheline, Kein Ort für Tränen. Bericht aus einem Frauenlager, Hamburg 1960, S. 41.
- ⁴⁰⁹ BA-MA, RW 20-2/ 3, Bl. 11. Kriegstagebuch der Rü In II für die Zeit vom 01.01. bis 31.03.1943.
- ⁴¹⁰ Ebd., RW 20-2/ 5, Bl. 23. Zusammenfassende Übersicht der Rüstungsinspektion II für die Zeit vom 01.07. bis 30.09.1943.
- ⁴¹¹ Ebd., RW 20-2/ 6, Bl. 36. Übersichtliche Darstellung der Rüstungsinspektion II vom 01.01. bis 31.03.1944.
- ⁴¹² Ebd., RW 20-2/ 4, Bl. 29 f. Zusammenfassende Übersicht des Rüstungsinspektors II für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1943.
- ⁴¹³ Ebd., RW 21-56/ 1, Bl. 25. Übersichtliche Darstellung der rüstungswirtschaftlichen Entwicklung. Kriegstagebuch vom 1. April bis 30. Juni 1943.
- ⁴¹⁴ Angaben nach Durand, Vichy und der „Reichseinsatz“, S. 192.
- ⁴¹⁵ Vgl. Einsatz von Ostarbeitern in der deutschen Maschinenindustrie, Essen 1943, S. 19 und 21.
- ⁴¹⁶ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, II. 399. Zivilfranzosen.
- ⁴¹⁷ Vgl. Möller, Zur sozialen Lage, S. 76.
- ⁴¹⁸ Vgl. BA-MA, RW 20-2/ 13, Bl. 32. Lagebericht der Rüstungsinspektion II Stettin vom 15.02.1942.
- ⁴¹⁹ LAGw, SED-Bezirksparteiarchiv Rostock, V/ 5/ 211, Max Pagel, Bl. 19. Bericht vom 25.04.1969.
- ⁴²⁰ Siehe Schünemann, Christian, Der letzte Antrag, in: Ostsee-Zeitung vom 25./ 26.11.2000.
- ⁴²¹ LAGw, SED-Bezirksparteiarchiv Rostock, V/ 5/ 494, Albert Walter, Bl. 18.
- ⁴²² Siehe AHW, Abt. IV, Rep. O, Nr. 29.
- ⁴²³ Siehe StA Ribnitz-Damgarten, II. 199. Unfallanzeige der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik vom 09.12.1942.
- ⁴²⁴ Bericht von Nicolaas Gerardus Sloothaak, in: Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 117.
- ⁴²⁵ Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Gesprächsprotokoll der Erinnerungen von Maria Schulz.
- ⁴²⁶ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S. 8.
- ⁴²⁷ Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Einige Hinweise aus dem Gedächtnis von Maria Trinks.
- ⁴²⁸ Ebd. Martin Holman, Kurze Übersicht über meinen zweijährigen Aufenthalt in Deutschland (18. Juni 43 – 30. Mai 45). Ein Tagebuch, geführt vom 9. April 1945 – 2. Juni 1945.
- ⁴²⁹ AHR, 1.1.8.677, Bl. 14 f. Schreiben vom 15.01.1945.
- ⁴³⁰ LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 562, Paul Köster, Bl. 75. Erinnerungen aus der Zeit des Neubeginns 1945 und danach.
- ⁴³¹ Vgl. Raif, Zerstörungen durch Luftangriffe von 1941 bis 1945, in: Sozialistisches Rostock. Information und Dokumentation aus dem Stadtarchiv (= Kleine Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock, Heft 1), Rostock 1972, S. 26 f, hier S. 27.
- ⁴³² LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 127, Karl Keuscher, Bl. 81.
- ⁴³³ Vgl. Karge, Annelen, Das „Russenkästchen“ – ein Kasten voller Geschichte! , in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998, S. 27–29, hier S. 28 f.
- ⁴³⁴ LHAS, 6.11-11, Nr. 3089, Bl. 78. Zeugenaussage über Günther Vetting im Polizeiverhör vom 11.08.1947 in Ueckermünde.
- ⁴³⁵ Vgl. Bomben auf Rostock, S. 176.
- ⁴³⁶ Vgl. Groehler, Rostock im Luftkrieg, S. 39.
- ⁴³⁷ Vgl. ebd., S. 34.

- ⁴³⁸ Vgl. Dietrich, Peenemünde, S. 40.
- ⁴³⁹ Vgl. Dirschauer, Lübecker Luftfahrtgeschichte, S. 149.
- ⁴⁴⁰ Vgl. ANg., 2.8/ 1225. Bericht von Vera Barta.
- ⁴⁴¹ LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 532, Irina Losowaja, Bl. 10 f.
- ⁴⁴² Schoschkina, KZ-Barth-Nr. 29502, S. 15 f.
- ⁴⁴³ Zitiert nach Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 54.
- ⁴⁴⁴ BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VI, Bl. 1207. Protokoll der Zeugenvernehmung von Artur Tadeusz Rablin am 22.05.1971 durch die Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Wrocław.
- ⁴⁴⁵ BArch, R 3/ 1631, Bl. 11. Schreiben Dr. Walter Schiebers an Reichsminister Speer vom 07.05.1944.
- ⁴⁴⁶ Brief Heinrich Himmlers an Hermann Göring vom 09.03.1944, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, S. 357.
- ⁴⁴⁷ Schreiben Dr. von Lepels vom 21.08.1944, in: Mütze-Specht, Widerstandskampf, S. 42.
- ⁴⁴⁸ Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-277. Angaben von Horst Kuhfeld.
- ⁴⁴⁹ Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 21.
- ⁴⁵⁰ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 307. Protokoll über die Vernehmung von Ludmila Raitová durch das Stadtgericht Prag am 28.11.1968.
- ⁴⁵¹ Vgl. ebd., Bl. 317. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Marie Maršalková durch das Bezirksgericht Beraun am 03.12.1968.
- ⁴⁵² Ebd., Bl. 265. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Anna Faltusová durch das Bezirksgericht in Gottwaldov am 18.11.1968.
- ⁴⁵³ Vgl. ebd., Bl. 259. Protokoll der Vernehmung von Josefa Kratzkiková durch das Bezirksgericht Brünn-Stadt am 19.11.1968.
- ⁴⁵⁴ Vgl. Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg und antifaschistische Widerstandsaktionen in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg, Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Universität Rostock, Ms., 1969, S. 28 f.
- ⁴⁵⁵ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 347. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Marie Rosmanová am 06.12.1968 durch das Stadtgericht Prag.
- ⁴⁵⁶ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 70 f.
- ⁴⁵⁷ StA Neubrandenburg, 6599/ 14. Irena Szydłowska über die Arbeit am Datzeberg (Sinngemäße Übersetzung).
- ⁴⁵⁸ Vgl. Spoerer, Mark, Profitierten Unternehmen von KZ-Arbeit? Eine kritische Analyse der Literatur, in: Historische Zeitschrift, Band 268, 1999, S. 62–95, hier S. 69.
- ⁴⁵⁹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 332. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Josefa Vagenknechtová am 05.12.1968 durch das Stadtgericht Prag.
- ⁴⁶⁰ Vgl. BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72, Band I, Bl. 170. Protokoll der Zeugenvernehmung von Jozef Motylewski am 30.08.1971 in Koziencie.
- ⁴⁶¹ Vgl. BLHA, Rep. 35 I Konzentrationslager Ravensbrück, Nr. 49, Bl. 24.
- ⁴⁶² Vgl. Neufeld, Die Rakete und das Reich, S. 229.
- ⁴⁶³ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 19, Bl. 6. Geheime Mordsache Peenemünde. Eine Dokumentation von Alfred Weber.
- ⁴⁶⁴ Vgl. Wagner, Jens-Christian, Zwangsarbeit in Peenemünde, S. 18 f.
- ⁴⁶⁵ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70, Band XVII, Bl. 2750. Zeugenvernehmungsprotokoll von Janusz Kococik am 21.05.1971.
- ⁴⁶⁶ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 19, Bl. 5. Geheime Mordsache Peenemünde.
- ⁴⁶⁷ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z108/ 70, Band XVI, Bl. 2404. Zeugenvernehmung von Jozef Kruk am 16.12.1969.
- ⁴⁶⁸ Vgl. ebd., Band XVII, Bl. 2732. Zeugenvernehmungsprotokoll des Verhörs von Włodzimierz Kulinski am 04.06.1972.
- ⁴⁶⁹ HTI Peenemünde. Fragen zu den Außen- und Nebenlagern des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, S. 1.
- ⁴⁷⁰ Vgl. Radau, Helga, Bericht des ungarischen Juden Ernst Fleischer über seine Häftlingszeit im KZ Barth, in: Diekmann, Irene (Hrsg.), Wegweiser durch das jüdische Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam 1999, S. 504–512, hier S. 505 f.
- ⁴⁷¹ Vgl. StA Barth, 4.7.5.3. Schreiben von Galina Charlaschina an Helga Radau vom 21.11.1999.
- ⁴⁷² Schoschkina, KZ-Barth-Nr. 29502, S. 11f.
- ⁴⁷³ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 5/ 9. Gedenkrede gehalten am 23. Nov. 1963 in Barth, anl. der Beisetzung von 113 Häftlingen des K.Z. Barth.
- ⁴⁷⁴ Vgl. Améry, Martin-Champier, Nuit et Brouillard, S. 72.
- ⁴⁷⁵ StA Barth, 4.7.5.3. Schreiben von Germaine Paulus-Schaack an Helga Radau vom 10.03.1996.
- ⁴⁷⁶ BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1218 f.
- ⁴⁷⁷ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 42. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ⁴⁷⁸ ANg., 2.8.247-1183. Schreiben an Helga Radau vom 03.01.1994.
- ⁴⁷⁹ Vgl. Améry, Martin-Champier, Nuit et Brouillard, S. 73.
- ⁴⁸⁰ BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1457. Protokoll der Zeugenvernehmung von Domicela Kaluzynska in Warschau am 22.06.1972.
- ⁴⁸¹ Ebd., Band VI, Bl. 781. Protokoll der Vernehmung der Zeugin Dr. Olga Löwenbach vor dem Stadtgericht in Prag am 17.12.1969.

- ⁴⁸² Vgl. StA Barth, 4.7.5.3. Voluntary statement from line-crosser out Russian Zone, Frau Helga von Rouppert, 17.06.1945.
- ⁴⁸³ StA Barth, 4.7.5.3. Schreiben von Germaine Paulus-Schaack.
- ⁴⁸⁴ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. P. Mutz, Erlebnisbericht KZ Barth (Abschrift), S. 170.
- ⁴⁸⁵ Vgl. ebd., KL „Barth“ vom 17. April 1945 bis 30. April 1945.
- ⁴⁸⁶ Vgl. Archiv Sachsenhausen (AS), Lagergemeinschaft Sachsenhausen, XII/ 11, Bl. 1. Bericht des Leiters der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Köln an die Zentralstelle für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Verbrechen bei dem Generalstaatsanwalt der DDR vom 18.07.1968.
- ⁴⁸⁷ Vgl. ebd., Abschlussbericht des Ersten Staatsanwalts Pfeufer vom 24.09.1969.
- ⁴⁸⁸ Vgl. ANg. 6.4.4. Auskunft von Magda Schoner vom 10.09.1995.
- ⁴⁸⁹ Vgl. ebd., Auskunft von Rose Apel.
- ⁴⁹⁰ Vgl. ebd., 2.8/ 1127. Protokoll der Vernehmung von E. Krausz am 24.09.1945 im Büro des Landeskomitees für Deportiertenfürsorge in Budapest.
- ⁴⁹¹ Vgl. ebd., 2.8/ 1228. Übersetzung eines Briefes von Eva Kende, Budapest, vom 31.03.1996.
- ⁴⁹² Angabe nach Ständer, Das Außenlager Boizenburg, S. 15.
- ⁴⁹³ Siehe ebd.
- ⁴⁹⁴ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 23/ 70, Band VI, Bl. 807.
- ⁴⁹⁵ Vgl. Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 11.
- ⁴⁹⁶ Vgl. ebd.
- ⁴⁹⁷ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 23/ 70, Band II, Bl. 157. Aussage von Meta Wally Kilkowski am 23.10.1968.
- ⁴⁹⁸ Birenbaum, Halina, Die Hoffnung stirbt zuletzt, Hagen 1989, S. 186.
- ⁴⁹⁹ Brief von Eva Neumann-Votavova vom 20.05.1998, in: Schütt, Ein vergessenes Lager? (II), S. 35.
- ⁵⁰⁰ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 23/ 70, Band III, Bl. 365. Protokoll der Vernehmung von Charlotte Dzubasz am 05.02.1960 durch das Kriminalkommissariat Konstanz.
- ⁵⁰¹ Vgl. ebd., Band IV, Bl. 478. Vernehmungsniederschrift der Zeugin Natalie Borenstein im Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in New York am 07.05.1969.
- ⁵⁰² Vgl. Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 10.
- ⁵⁰³ Brief von Eva Neumann-Votavova vom 20.05.1998, in: Schütt, Ein vergessenes Lager? (II), S. 37.
- ⁵⁰⁴ Vgl. Spoerer, Mark, Zwangsarbeit im Dritten Reich, Verantwortung und Entschädigung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 51. Jahrgang, 2000, S. 508–527, hier S. 517.
- ⁵⁰⁵ Vgl. Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, S. 174.
- ⁵⁰⁶ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 152.
- ⁵⁰⁷ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S. 19.
- ⁵⁰⁸ Vgl. Die frühere Waggonfabrik Wismar, S. 10.
- ⁵⁰⁹ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 3087. Protokoll über die erfolgte Sitzung des Antifaschistischen Ausschusses am 7. August 1946.
- ⁵¹⁰ Vgl. ebd., Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Kämpny an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Innere Verwaltung, vom 19.08.1946.
- ⁵¹¹ StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 68. Schreiben des Leiters des Arbeitsamts Stralsund an den Oberbürgermeister der Stadt Stralsund vom 06.06.1941.
- ⁵¹² Vgl. Gawlowski, Die Sklavenarbeit der polnischen Bürger im „Dritten Reich“, S. 116.
- ⁵¹³ Vgl. Küppers-Bannier, Arbeitsrecht der Polen, S. 62.
- ⁵¹⁴ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 68. Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages vom 20.08.1941.
- ⁵¹⁵ BA-MA, RW 19/ 2134, Bl. 231. Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Reichsminister des Innern vom 04.02.1940.
- ⁵¹⁶ Vgl. Küppers-Bannier, Arbeitsrecht der Polen, S. 88.
- ⁵¹⁷ Vgl. Hansen, Christian, Lohnsteuer der ausländischen Arbeitnehmer, Reichenberg o.J. [1942], S. 6.
- ⁵¹⁸ Vgl. ebd., S. 9.
- ⁵¹⁹ Vgl. Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 30. Juni 1942, in: Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 9. Jahrgang, 1942, S. 193.
- ⁵²⁰ Vgl. Anlage zur Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 30. Juni 1942, in: Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 9. Jahrgang, 1942, S. 194 f.
- ⁵²¹ Vgl. Erlaß des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz an die Reichstreuhand der Arbeit vom 29. Juli 1942, in: Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, 7. Jahrgang, 1940, S. 172.
- ⁵²² Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 158.
- ⁵²³ Vgl. Herbert, Zwangsarbeit im „Dritten Reich“, S. 38.
- ⁵²⁴ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 159.
- ⁵²⁵ Vgl. BA-MA, RW 19/ 2147, Bl. 145. Vermerk vom 11.03.1942.
- ⁵²⁶ Vgl. Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band II: 1941–1943, Berlin 1985, S. 218.
- ⁵²⁷ Vgl. Anlage zur Verordnung zur Durchführung und Änderung der Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 5. April 1943, in: Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 10. Jahrgang, 1943, S. 101 f.

- ⁵²⁸ Vgl. Verordnung zur Durchführung und Änderung der Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 5. April 1943, in: Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 10. Jahrgang, 1943, S. 100.
- ⁵²⁹ Vgl. Verordnung über die Gewährung von Prämien an Ostarbeiter vom 23. Juli 1943, in: Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 10. Jahrgang, 1943, S. 190.
- ⁵³⁰ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 467. Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages vom 05.03.1944.
- ⁵³¹ Vgl. Oermann, J[osef], Die arbeitsrechtliche und die steuerrechtliche Behandlung der Ostarbeiter mit den ab 1. April 1944 gültigen Lohnsteuertabellen, Berlin o.J. [1944], S. 5.
- ⁵³² Vgl. Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 25. März 1944, in: Runderlasse für die Arbeitseinsatz-, Reichstreuhand- und Gewerbeaufsichtsverwaltung, 6. Jahrgang, 1944, S. 161.
- ⁵³³ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 161.
- ⁵³⁴ LAGw, Zeitgeschichtliche Sammlung, Nr. 1300. Merkblatt für die Ostarbeiter. Ausgabe Juli 1944.
- ⁵³⁵ Vgl. BA-MA, WF-01/ 356. Merkblatt für das Ostarbeiter-Sparen.
- ⁵³⁶ BArch, R 8120/ 801. Ostarbeitersparen – Merkblatt für Betriebsführer (5. Ausgabe Juni 1944).
- ⁵³⁷ Roth, Karl Heinz, Dreifache Ausbeutung der Fremdarbeiter. Eine Dokumentation über Ökonomie und Politik des Lohnersparnisstransfers in der „europäischen Großraumwirtschaft“ 1940–1944, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, 1. Jahrgang, 1985, Heft 7/ 8, S. 69–100, hier S. 71.
- ⁵³⁸ BArch, R 3101/ 33.085, Bl. 3. Vermerk des Reichswirtschaftsministeriums vom 19.02.1944.
- ⁵³⁹ Vgl. Kolar-Dimitrijević, Movement of Labour Force, S. 553.
- ⁵⁴⁰ Vgl. BArch, R 2301/ 5389, Bl. 84. Schreiben an den Reichsminister der Finanzen vom 20.04.1942.
- ⁵⁴¹ Vgl. BA-MA, RW 19/ 2144, Bl. 80 f. Merkblatt über die Bezahlung der im Reichsgebiet in Arbeit eingesetzten Kriegsgefangenen und Internierten nach dem Stand vom 30. April 1942.
- ⁵⁴² Vgl. SAS, MB 699. Schreiben der Gruppe Verwaltung der Kommandantur des Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagers Neubrandenburg vom 09.05.1941.
- ⁵⁴³ Vgl. BA-MA, RW 19/ 2144, Bl. 170. Merkblatt für den Arbeitseinsatz vom 01.07.1942.
- ⁵⁴⁴ AHW, XIV.2.92. Merkblatt für die Entlohnung der Kriegsgefangenen in gewerblichen Betrieben.
- ⁵⁴⁵ BA-MA, RW 19/ 2147, Bl. 53. Schreiben der Rüstungsinspektion des Wehrkreises II Stettin an den Reichsminister für Bewaffnung und Munition vom 15.05.1942.
- ⁵⁴⁶ Vgl. BArch, R 2301/ 5389, Bl. 218 ff.
- ⁵⁴⁷ Vgl. BA-MA, RW 20-2/ 13, Bl. 19. Lagebericht der Rüstungsinspektion II vom 15.01.1942.
- ⁵⁴⁸ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II 15, Nr. 115. Einstellungs-Meldung.
- ⁵⁴⁹ Angaben nach Homze, Foreign Labor, S. 172.
- ⁵⁵⁰ Vgl. SAS, MB 699. Schreiben vom 04.09.1940.
- ⁵⁵¹ Vgl. StA Neustrelitz, Org 21. Schreiben der Gruppe Verwaltung der Kommandantur des Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagers Neubrandenburg an den Oberbürgermeister, Stadtbauamt Neustrelitz, vom 12.12.1941.
- ⁵⁵² Vgl. HTI Peenemünde, Originalaussagen von Mitarbeitern der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Peenemünde-Ost zum Thema Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge (Videokassette). Bericht von Kurt Bornträger.
- ⁵⁵³ Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 5/ 127, Karl Keuscher, Bl. 81.
- ⁵⁵⁴ Siehe Karge, Annelen, Das „Russenkästchen“, hier S. 27 f.
- ⁵⁵⁵ Angaben nach Krüger, Die „Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg GmbH“, S. 108.
- ⁵⁵⁶ BArch, R 8135/ 493, Bl.69. Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft Berlin über die bei der Ernst Heinkel Flugzeugwerke G.m.b.H., Rostock-Marienehe (EHF) vorgenommene Prüfung der vertraulichen Bezüge für das Rumpfgeschäftsjahr 1940/ 41 und für die Geschäftsjahre 1941/ 42 und 1942/ 43.
- ⁵⁵⁷ Angaben nach Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung, S. 780 f.
- ⁵⁵⁸ Vgl. Benz, Wolfgang, Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Staat. Dimensionen – Strukturen – Perspektiven, in: Dachauer Hefte, 16. Jahrgang, 2000, Heft 16 (November 2000), S. 3–17, hier S. 13.
- ⁵⁵⁹ Vgl. Pingel, Falk, Die KZ-Häftlinge zwischen Vernichtung und NS-Arbeitseinsatz, in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München, Zürich 1999, S. 784–797, hier S. 793.
- ⁵⁶⁰ Vgl. Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 228 f.
- ⁵⁶¹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, VI/ 5/ 112, Hermann Schwarz, Bl. 5. Gespräch mit Hermann Schwarz am 13.05.1976.
- ⁵⁶² BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 300. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Marie Baranova durch das Stadtgericht Prag am 06.12.1968.
- ⁵⁶³ LHAS, BPA Neubrandenburg, VI/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 36 f. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ⁵⁶⁴ Vgl. Kaienburg, Hermann, Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945, Bonn 1997, S. 206 f.
- ⁵⁶⁵ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, VI/ 8/ 002. Schulz, Wehrmachtsgefängnis Anklam, S. 12.
- ⁵⁶⁶ Zitiert nach Didier, Europa arbeitet in Deutschland, S. 121.
- ⁵⁶⁷ Vgl. Homze, Foreign Labor, S. 273.
- ⁵⁶⁸ Vgl. StA Neubrandenburg, 6598/ 1, Bl. 39. Gespräche mit Hans Bamberger am 12.05.1976.
- ⁵⁶⁹ Zitiert nach Langer, Leben unterm Hakenkreuz, S. 165 f.
- ⁵⁷⁰ Angaben nach Herbert, Fremdarbeiter, S. 171.
- ⁵⁷¹ Vgl. BA-MA, RW 19/ 932, Bl. 1. Schnellbrief des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an die Landesregierungen, die Preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten vom 14.04.1942.

- ⁵⁷² Vgl. AHR, 1.1.13.2038. Schreiben der Ernst Heinkel Flugzeugwerke GmbH an Bürgermeister Dr. Grabow vom 16.05.1942.
- ⁵⁷³ Vgl. LHAS, 5.12-9/ 4, Nr. 45. Schreiben des Mecklenburgischen Staatsministeriums an die Bürgermeister des Kreises Malchin vom 05.08.1941.
- ⁵⁷⁴ Vgl. LHAS, 5.12-9/ 4, Nr. 45. Schreiben des Mecklenburgischen Landrats des Kreises Malchin vom 20.05.1942.
- ⁵⁷⁵ Vgl. Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 225.
- ⁵⁷⁶ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 125.
- ⁵⁷⁷ Vgl. BArch, R 6/ 99, Bl. 64. Protokoll der Besprechung im „Arbeitskreis zur Erörterung sicherheitspolitischer Fragen des Ausländereinsatzes“ vom 17.03.1944.
- ⁵⁷⁸ Vgl. AHW, XXIX, 14, D, 5. Schreiben der Deutschen Arbeitsfront Gauverwaltung Mecklenburg vom 13.08.1942.
- ⁵⁷⁹ Vgl. Eichholtz, Unfreie Arbeit, S. 151 f.
- ⁵⁸⁰ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 130.
- ⁵⁸¹ Vgl. Eichholtz, Unfreie Arbeit, S. 152.
- ⁵⁸² Cajani, Die italienischen Militär-Internierten, S. 299.
- ⁵⁸³ BA-MA, RW 21-55/ 2, Bl. 28. Zusammenfassende Übersicht des Rüstungskommandos Schwerin für die Zeit vom 01.04.–30.06.1944.
- ⁵⁸⁴ LAGw, Rep. 66 Ueckermünde, Nr. 34, Bl. 161. Schreiben des Regierungspräsidenten in Stettin an die Landräte des Regierungsbezirks vom 25.10.1939.
- ⁵⁸⁵ LHAS, 10.9-H/ 8, Nr. 14, Bl. 110. Tagung der Kreisleiter. Niederschrift der Besprechung. Montag, den 5. Mai 1941.
- ⁵⁸⁶ Vgl. ebd., 6.11-11, Nr. 3088, Bl. 24. Aussage von Franz Weichert am 03.09.1946 in Haldensleben.
- ⁵⁸⁷ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-823. Protokoll über ein Gespräch mit Adrianus Simons vom 21.06.1989.
- ⁵⁸⁸ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S. 16.
- ⁵⁸⁹ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs mit Paul Grzonka am 05.05.1992.
- ⁵⁹⁰ Vgl. ebd. Protokoll eines Gesprächs mit Maria Schulz.
- ⁵⁹¹ Vgl. ebd. Martin Holman, Kurze Übersicht.
- ⁵⁹² Vgl. ebd. Warener zeigen holländischen Zwangsarbeitern Solidarität.
- ⁵⁹³ Vgl. ebd. Dwanngarbeiters in Hitler-Duitsland.
- ⁵⁹⁴ Erlass von Hermann Göring vom 07.11.1941, zitiert nach Woydt, Johann, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Heilbronn 1987, S. 84.
- ⁵⁹⁵ Vgl. BLHA, Rep. 35 I Konzentrationslager Ravensbrück, Nr. 49, Bl. 11 ff. Bericht der Forschungsgruppe des Staatsarchivs Schwerin vom 31.08.1965.
- ⁵⁹⁶ StA Ribnitz-Damgarten, Ordner Bachmann-Werke: Zeitzeugen/ Mitarbeiter. Bericht von K.V. vom Juli 1997.
- ⁵⁹⁷ Siehe Wendt, Zur Entwicklung der Stadt Rostock, S. 71 f.
- ⁵⁹⁸ Siehe Schünemann, Der letzte Antrag.
- ⁵⁹⁹ Angaben nach Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 127.
- ⁶⁰⁰ Bericht von Eva Neumann-Votava, in: Schütt, Ein vergessenes Lager? (II), S. 36.
- ⁶⁰¹ Vgl. Birenbaum, Die Hoffnung stirbt zuletzt, S. 186 f.
- ⁶⁰² BArch, ZSL, 409 AR-Z 23/ 70, Band IV, Bl. 449. Niederschrift der Zeugenvernehmung von Regina Dawidowicz in Haifa vom 06.02.1969.
- ⁶⁰³ Birenbaum, Die Hoffnung stirbt zuletzt, S. 191.
- ⁶⁰⁴ Vgl. Mahn- und Gedenkstätte Peenemünde-Karlshagen, S. 14.
- ⁶⁰⁵ AS, Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenhausen, XVII/ 1b, Bl. 21. S. Sorokin, Flug in die Freiheit.
- ⁶⁰⁶ Vgl. BA-MA, RW 19/ 932, Bl. 1. Schnellbrief des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.
- ⁶⁰⁷ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 126 f.
- ⁶⁰⁸ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70, Band XVII, Bl. 2723. Zeugenvernehmungsprotokoll des Verhörs von Aleksander Bronislaw Lipski am 18.05.1972 in Warschau.
- ⁶⁰⁹ Vgl. Neufeld, Die Rakete und das Reich, S. 229.
- ⁶¹⁰ Vgl. StA Neubrandenburg, 6598/ 1, Bl. 39. Gespräche mit Hans Bamberger.
- ⁶¹¹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 178/ 71, Band I, Bl. 49. Protokoll der Zeugenvernehmung von Stefania Zawadzka am 20.06.1972.
- ⁶¹² Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 31. Bericht von Lucienne Saboulard über ihre Erlebnisse im Lager „Waldbau“, Neubrandenburg.
- ⁶¹³ StA Neubrandenburg, 6599/ 10, Bl. 3. Bericht von Maria Arata Massariello vom 10.09.1963.
- ⁶¹⁴ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 111, Walter Krepelin, Bl. 1 Bericht von Walter Krepelin vom 12./ 13.05.1976.
- ⁶¹⁵ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 47.
- ⁶¹⁶ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 272, Odile Roger, Bl. 37. Die erste Suppe.
- ⁶¹⁷ Vgl. ebd., V/ 5/ 269 Lucienne Saboulard, Bl. 62. Nachträgliche Niederschrift der Informationen einer Besuchergruppe in Neubrandenburg am 13.09.1982.
- ⁶¹⁸ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 26 f.
- ⁶¹⁹ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, V 3254/ S 1+2. Postkarte von Wanda Kozdrun (seit 11.09.1941 Häftling im KZ Ravensbrück) an Marie Kozdrun in Limanova (Distrikt Krakau).
- ⁶²⁰ Vgl. ebd., V 1288/ S. Brief von Jeanette Andreoli an Paul vom Dezember 1944.

- ⁶²¹ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 29 f.
- ⁶²² Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 28 ff. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ⁶²³ StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Schreiben von Wasyl Pikula vom 06.01.1948.
- ⁶²⁴ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VI, Bl. 765. Protokoll der Zeugenvernehmung von Jarmila Loudin(ová) vor dem Stadtgericht Prag am 11.02.1970.
- ⁶²⁵ Aussage von Walter Rütting, zitiert nach Radau, Nichts ist vergessen, S. 140.
- ⁶²⁶ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 17, Bl. 63. Schreiben von Dora Kowaltschuk an Alfred Weber.
- ⁶²⁷ Siehe ebd., V/ 5/ 326, Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann, Bl. 4 f. Bericht von Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann vom November 1976.
- ⁶²⁸ Siehe Radau, Nichts ist vergessen, S. 98.
- ⁶²⁹ Vgl. Küppers, Hans, Rudolf Bannier, Arbeitsrecht der Polen im Deutschen reich, Berlin [u.a.] 1942, S. 26.
- ⁶³⁰ StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 66. Schreiben des Stadtwirtschaftsamtes an den Oberbürgermeister von Stralsund vom 06.06.1941.
- ⁶³¹ Siehe BArch, R 11/ 1241, Bl. 24 f. Merkblatt für Betriebsführer und Ortsbauernführer über die Versorgung der Ostarbeiter mit Bekleidung vom 29.09.1942 und Anlage.
- ⁶³² Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 136.
- ⁶³³ Siehe StA Neubrandenburg, Schreiben von Nikolaj Georgewitsch Kulik vom 03.06.2000.
- ⁶³⁴ Vgl. Schünemann, Der letzte Antrag.
- ⁶³⁵ LHAS, 6.11-11, Nr. 3087. Schreiben von Walter Kintzel.
- ⁶³⁶ Bohn, Einführung in die Thematik, S. 11.
- ⁶³⁷ BA-MA, RW 20-2/ 12, Bl. 295. Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion II. Eintragung vom 14.11.1941.
- ⁶³⁸ StA Neubrandenburg, Schreiben von Lidja Bolnokina vom 02.05.2000.
- ⁶³⁹ Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 88.
- ⁶⁴⁰ ANg., 2.8/ 1197. Häftlingsbericht von Esther Givoni.
- ⁶⁴¹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 326 Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann, Bl. 5 f. Bericht von Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann.
- ⁶⁴² Vgl. BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72, Band I, Bl. 172. Protokoll der Zeugenvernehmung von Jozef Motylewski.
- ⁶⁴³ Siehe Schoschkina, KZ-Barth-Nr. 29502, S. 17.
- ⁶⁴⁴ Vgl. Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, S. 169.
- ⁶⁴⁵ Vgl. AHW, XIV, 6, 64. Schreiben der Triebwagen- und Waggonfabrik vom 10.11.1944.
- ⁶⁴⁶ Vgl. SAS, MB 699. Schreiben vom 04.09.1940.
- ⁶⁴⁷ Siehe StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 68, Bl. 39. Niederschrift der 3. Kommunalpolitischen Besprechung am 15.08.1941.
- ⁶⁴⁸ Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 39 f.
- ⁶⁴⁹ Vgl. LHAS, Z 11/ 79, Nr. 406. Vertrag der Firma Thomsen & Co. mit dem Konzentrationslager Neuengamme – K-Lager Boizenburg/ Elbe vom 15.01.1945.
- ⁶⁵⁰ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 41. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ⁶⁵¹ Didier, Europa arbeitet in Deutschland, S. 31.
- ⁶⁵² Vgl. AHR, 1.1.8.788. Sammeliste des Medizinaluntersuchungsamtes des Landes Mecklenburg vom 10.11.1944.
- ⁶⁵³ Vgl. SAS, MW 56. Nachweisung über die im städtischen Desinfektionsapparat vorgenommenen Desinfektionen vom 09.06.1943 und 13.10.1943.
- ⁶⁵⁴ Ebd., Schreiben der Direktion des Landesfürsorgehauses an den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin vom 27.08.1940.
- ⁶⁵⁵ BArch, R 13 XXV, Nr. 18, Bl 140 f. Bestimmungen über Maßnahmen zur Verhütung der Einschleppung und Verbreitung von Seuchen.
- ⁶⁵⁶ Vgl. Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei (im Privatbesitz von Siegfried Stuchly). Schreiben des Bürgermeisters von Barth an die Pommersche Eisengießerei in Barth vom 23.12.1943.
- ⁶⁵⁷ Vgl. Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, S. 169.
- ⁶⁵⁸ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 34.
- ⁶⁵⁹ Vgl. ebd., S. 43.
- ⁶⁶⁰ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 42. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ⁶⁶¹ Vgl. LHAS, 5.12-7/ 1, Nr. 11499. Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes des Stadt- und Landkreises Schwerin vom 31.08.1944.
- ⁶⁶² Vgl. ebd., Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes des Stadt- und Landkreises Schwerin an den Mecklenburgischen Staatsminister, Abt. Innere Verwaltung, vom 13.02.1945.
- ⁶⁶³ Vgl. ebd., Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes des Stadt- und Landkreises Schwerin an den Mecklenburgischen Staatsminister, Abt. Innere Verwaltung, vom 06.04.1945.
- ⁶⁶⁴ Angaben nach Stüdemann, Kurt, Parchim 1945 – Am Rande des Abgrundes. Teil I: Ereignisse bis zum 3. Mai 1945 (= Parchimer Heimathefte, Nr. 19), Barsbüttel 1994, S. 14.
- ⁶⁶⁵ LHAS, 5.12-7/ 1, Nr. 11464. Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes Neustrelitz an den Mecklenburgischen Staatsminister, Abt. Innere Verwaltung, vom 28.10.1943.
- ⁶⁶⁶ Vgl. ebd. Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes Neustrelitz an den Mecklenburgischen Staatsminister, Abt. Innere Verwaltung, vom 04.11.1943.

- ⁶⁶⁷ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 53.
- ⁶⁶⁸ Archiv des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, AN 1520. Lebensbericht von Anna Madlinger.
- ⁶⁶⁹ Vgl. BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72, Band I, Bl. 172. Protokoll der Zeugenvernehmung von Jozef Motylewski.
- ⁶⁷⁰ Vgl. LHAS, 5.12-7/ 1, Nr. 11379. Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes Neustrelitz an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abt. Medizinalangelegenheiten, vom 19.08.1940.
- ⁶⁷¹ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs mit Paul Grzonka.
- ⁶⁷² Ebd., Martin Holman, Kurze Übersicht.
- ⁶⁷³ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S.20.
- ⁶⁷⁴ Siehe Radau, Helga, Barther Augenzeugen gaben zu Protokoll, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 03.09.1994.
- ⁶⁷⁵ Vgl. AHR, 1.1.8.838, Bl. 2. Eintragung des Friedhofsverwalters Klähn vom 29.09.1944.
- ⁶⁷⁶ Vgl. Neufeld, Die Rakete und das Reich, S. 229.
- ⁶⁷⁷ Vgl. LAGw, SED-Bezirksparteiarchiv Rostock, V/ 6/ 17/ 23, Bl. 31 ff. Totenliste von im Außenlager Peenemünde des KZ Ravensbrück ermordeten Häftlingen (November 1943 bis September 1944).
- ⁶⁷⁸ Vgl. LHAS, 5.12-3/ 27, Nr. 510. Schreiben des Mecklenburgischen Staatsministers, Abt. Innere Verwaltung, an die Bezirksfürsorgeverbände vom 14.03.1945.
- ⁶⁷⁹ Vgl. ebd., Nr. 751. Schreiben des Reg.-Oberinspektors Tamm an das Arbeitsamt Neubrandenburg vom 23.03.1945.
- ⁶⁸⁰ Vgl. BArch, R 16/ 167. Schreiben des Reichsbauernführers an die Landesbauernschaften vom 15.12.1941.
- ⁶⁸¹ Vgl. Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, S. 193.
- ⁶⁸² Vgl. Haas, L., Auswahl und Einsatz der Ostarbeiter. Psychologische Betrachtungen, Leistung und Leistungssteigerung, 2., erweiterte Auflage, Neustadt/ Weinstraße 1944, S. 56.
- ⁶⁸³ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 3088. Protokoll der Vernehmung von Otto Berg am 08.01.1946.
- ⁶⁸⁴ Vgl. AHR, 1.1.3.27/ 102. Vorläufiger Bericht.
- ⁶⁸⁵ Vgl. Hamann, Matthias, Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 1), Berlin 1985, S. 121–187, hier S. 138 ff.
- ⁶⁸⁶ Vgl. LHAS, 5.12-3/ 27, Nr. 362. Merkblatt für Betriebsführer und Ärzte über ärztliche Versorgung polnischer Zivilarbeiter (einschl. früherer Kriegsgefangener).
- ⁶⁸⁷ Ebd., Schreiben des Leiters des Staatlichen Gesundheitsamtes des Stadt- und Landkreises Güstrow an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abt. Inneres, vom 16.10.1942.
- ⁶⁸⁸ Ebd., Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamts Nordmark an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abteilung Inneres, vom 08.08.1940.
- ⁶⁸⁹ StA Ribnitz-Damgarten, II. 79. Schreiben der Schutzpolizeidienstabteilung Ribnitz vom 25.03.1943.
- ⁶⁹⁰ Vgl. LHAS, 5.12-3/ 27, Nr. 362. Schreiben des Arbeitsamts Güstrow an die Direktion des Landesfürsorge- und Landarbeitshauses Güstrow vom 14.09.1942.
- ⁶⁹¹ Siehe ebd., Schreiben des Leiters des Staatlichen Gesundheitsamtes des Stadt- und Landkreises Güstrow an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abt. Inneres, vom 16.10.1942.
- ⁶⁹² Angaben nach Gerlach, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 479.
- ⁶⁹³ Vgl. LHAS, 5.12-3/ 27, Nr. 362. Brief von Francischek Stefaniak.
- ⁶⁹⁴ Vgl. ebd., Protokoll der Besprechung mit Reg.-Inspektor Brüggert am 27.01.1944.
- ⁶⁹⁵ Vgl. Hamann, Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten, S. 122.
- ⁶⁹⁶ Vgl. ebd., S. 130 f.
- ⁶⁹⁷ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 412, Trennhefter I, Bl. 92. Schreiben der Kreisbauernschaft Stralsund an alle Orts- und Bezirksbauernführer vom 14.04.1944.
- ⁶⁹⁸ Vgl. LHAS, 5.12-3/ 27, Nr. 539. Schreiben an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abt. Inneres, vom 25.01.1943.
- ⁶⁹⁹ Vgl. Schupetta, Ingrid H. E., Jeder das Ihre – Frauenerwerbstätigkeit und Einsatz von Fremdarbeitern/ -arbeiterinnen im Zweiten Weltkrieg, in: Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frauengruppe Faschismusforschung (Hrsg.), Frankfurt am Main 1981, S. 292–317, hier S. 316 f.
- ⁷⁰⁰ LHAS, 5.12-3/ 27, Nr. 362. Schreiben des Leiters des Staatlichen Gesundheitsamtes des Stadt- und Landkreises Güstrow an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abt. Inneres.
- ⁷⁰¹ Vgl. ebd., Richtlinien für die Verwaltungsführung der Entbindungsstation für Ostarbeiterinnen vom 25.01.1944.
- ⁷⁰² Vgl. ebd., Schreiben der Direktion des Landesfürsorge- und Landarbeitshauses Güstrow vom 04.02.1944.
- ⁷⁰³ Vgl. ebd., Protokoll der Besprechung mit Reg.-Inspektor Brüggert.
- ⁷⁰⁴ Vgl. ebd., Schreiben des Arbeitsamts Güstrow an die Direktion des Landesfürsorgehauses in Güstrow vom 28.06.1944.
- ⁷⁰⁵ Vgl. ebd., Nr. 539. Schreiben an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abt. Inneres, vom 25.01.1943.
- ⁷⁰⁶ Vgl. ebd., Schreiben des Leiters des Staatlichen Gesundheitsamtes des Stadt- und Landkreises Güstrow vom 04.03.1944.
- ⁷⁰⁷ Vgl. ebd., Nr. 539. Schreiben an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abt. Inneres, vom 25.01.1943.
- ⁷⁰⁸ Vgl. ebd., Nr. 362. Schreiben des Landrats des Kreises Ludwigslust an den Deutschen Gemeindetag vom 28.04.1943.

- ⁷⁰⁹ StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 412, Trennhefter I, Bl. 91. Schreiben der Kreisbauernschaft Stralsund.
- ⁷¹⁰ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, Ordner Bachmann-Werke: Zeitzeugen/ Mitarbeiter. Bericht von K.V.
- ⁷¹¹ Vgl. Schöwe, Heinz, Kleine Tote am Vogelsang, in: Ostsee-Zeitung [o. Datum].
- ⁷¹² Vgl. AS, R 23/ 9. Fanny Mütze-Specht, Kleine Tote in Vogelsang.
- ⁷¹³ Vgl. Weber, Stärker als der Tod, S. 15.
- ⁷¹⁴ Vgl. LAGw, SED-Bezirksparteiarchiv Rostock, V/ 5/ 326, Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann, Bl. 4 ff. Bericht von Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann.
- ⁷¹⁵ BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72 Band I, Bl. 36. Protokoll der Zeugenvernehmung von Kaszimierz Kasprzak durch die Hauptkommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Polen am 26.06.1968.
- ⁷¹⁶ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-168. Tatsachenbericht von Irma Gabel-Thälmann vom 22.07.1963.
- ⁷¹⁷ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 32. Bericht von Lucienne Saboulard über ihre Erlebnisse im Lager „Waldbau“.
- ⁷¹⁸ Streuling, Klim, „Wo es nichts zu weinen gibt...“, S. 72.
- ⁷¹⁹ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 56.
- ⁷²⁰ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 347. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Marie Rossmánová.
- ⁷²¹ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 57 f.
- ⁷²² Vgl. Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Ermittlungsverfahren über Göritz, Ilse, Bl. 303. Prozessbericht über die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten Göritz, Ilse; Wötzel, Frida und Jürß, Ulla wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 16.08.1966.
- ⁷²³ Vgl. Barche, Heinz, Kämpferische Solidarität. Aus der Geschichte der Außenlager Neubrandenburg des KZ Ravensbrück (IV), in: „FE“-Prisma vom 08.01.1982.
- ⁷²⁴ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70, Band XVII, Bl. 2720. Zeugenvernehmungsprotokoll des Verhörs von Antoni Skolimowski am 19.05.1972 in Warschau.
- ⁷²⁵ Ebd., Band XVI, Bl. 2471. Protokoll der Zeugenvernehmung von Jozef Dec am 11.02.1970 in Waldenburg.
- ⁷²⁶ Ebd., Bl. 2500. Protokoll der Zeugenvernehmung von Hans Baumgart am 27.05.1971 in Freiburg.
- ⁷²⁷ Vgl. ebd., Band XV, Bl. 2294. Schlussvermerk des Staatsanwalts Becker.
- ⁷²⁸ Vgl. ebd., 409 AR-Z 9/ 71, Band I, Bl. 33. Aus der Vernehmung von Gyula Trebitsch. Aktenvermerk vom 30.01.1968.
- ⁷²⁹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 12, Bl. 79 f. Schreiben von Dr. Livia Hrozičková an Alfred Weber.
- ⁷³⁰ Bericht von Henri Despujols, zitiert nach Weber, Stärker als der Tod, S. 8.
- ⁷³¹ StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Schreiben von Wasyl Pikula.
- ⁷³² Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1217. Protokoll der Zeugenvernehmung von Andrzej Alfred Rablin durch die Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Krakau am 23.10.1969.
- ⁷³³ StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Schreiben von Dr. Henri Despujols an Alfred Weber vom 18.10.1964.
- ⁷³⁴ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 42. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ⁷³⁵ Vgl. Weber, Stärker als der Tod, S. 19.
- ⁷³⁶ Vgl. Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 33.
- ⁷³⁷ Vgl. Weber, Stärker als der Tod, S. 19 f.
- ⁷³⁸ Vgl. BStU, Ermittlungsverfahren gegen Göritz, Ilse, Bl. 341. Prozessbericht über die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten Göritz, Ilse; Wötzel, Frida und Jürß, Ulla.
- ⁷³⁹ ANg., 2.8/ 1223. Schreiben von Cili Schweiger an Ilse Ständer vom 08.01.1995 (Übersetzung von Ilse Ständer).
- ⁷⁴⁰ Ebd. 2.8/ 1197. Häftlingsbericht von Esther Givoni.
- ⁷⁴¹ Erinnerungsbericht von Lidia Rosenfeld-Vago, zitiert nach Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 93.
- ⁷⁴² Didier, Europa arbeitet in Deutschland, S. 76.
- ⁷⁴³ Vgl. BA-MA, RW 19/ 2160, Bl. 38. Rundschreiben des Reichsministers für Bewaffnung und Munition und des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz „An alle Betriebsführer der Rüstungsbetriebe“ vom 13.06.1942.
- ⁷⁴⁴ Vgl. SAS, B 7/ 41. Lagerführer-Nachrichten der Deutschen Arbeitsfront Gauverwaltung Mecklenburg, 7/ 1943, S. 3.
- ⁷⁴⁵ Vgl. Wendt, „Fremdarbeiter“, S. 15.
- ⁷⁴⁶ Vgl. AHV, Abteilung I, Repos 1, XIV, 6, 63. Anlage zum Schreiben vom 09.02.1945. Ausländer der Dornier-Werke. Liste VI.
- ⁷⁴⁷ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 795, Herbert Kleinitz, Bl. 7. Herbert Kleinitz, Erinnerungen an meine Kindheit.
- ⁷⁴⁸ Vgl. Stutz, Reno, Sklavenarbeit gleich nebenan. Geschichtswerkstatt Toitenwinkel auf den Spuren vergessener Arbeitslager, in: Mecklenburg-Magazin, 1999, Heft 26, S. 22.
- ⁷⁴⁹ Vgl. AHR, 1.1.10.4110. Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Rostock an den Landrat des Kreises Rostock vom 14.11.1945.
- ⁷⁵⁰ Vgl. Möller, Kathrin, Reno Stutz, „Und im nachhinein ist so vieles, was ich meinen Vater eigentlich hätte fragen können!“, in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998, S. 50–55, hier S. 55.
- ⁷⁵¹ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 290, Bl. 6. Anlage 1 zum Abschlussübergabe-Bericht des Heinkel-Treuhänders Roßmann vom 04.10.1946.
- ⁷⁵² Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 494, Albert Walter, Bl. 15 f.

- ⁷⁵³ Vgl. ebd., V/ 5/ 2, Erhard Albrecht, Bl. 2.
- ⁷⁵⁴ Vgl. ebd., V/ 5/ 210, Ernst Paap, Bl. 15. Ernst Paap, Kurzer Lebensbericht.
- ⁷⁵⁵ Vgl. Wendt, Zur Entwicklung der Stadt Rostock, S. 69.
- ⁷⁵⁶ Vgl. Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, S. 160 f.
- ⁷⁵⁷ Angaben nach Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 118.
- ⁷⁵⁸ Siehe Schünemann, Der letzte Antrag.
- ⁷⁵⁹ Zitiert nach Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 117.
- ⁷⁶⁰ Vgl. BA-MA, RW 19/ 2147, Bl. 145. Vermerk vom 11.03.1942.
- ⁷⁶¹ Vgl. Bode, Kaiser, Raketenspuren, S. 41.
- ⁷⁶² Vgl. BLHA, Rep. 35 I, KZ Ravensbrück, Nr. 51, Bl. 72. Zusatzbericht zum Bericht vom 14.06.1940.
- ⁷⁶³ Vgl. Neufeld, Die Rakete und das Reich, S. 239.
- ⁷⁶⁴ Vgl. Schubert, Peter, Geschichte der Luft- und Raumfahrt in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 1999, S. 155.
- ⁷⁶⁵ Vgl. McGovern, James, Spezialisten und Spione. Amerika erobert Hitlers Wunderwaffen, Gütersloh 1967, S. 33.
- ⁷⁶⁶ Siehe Berichte polnischer Überlebender in Middlebrook, Martin, The Peenemünde Raid. The Night of 17–18 August 1943, London 1988, S. 136 ff.
- ⁷⁶⁷ Vgl. McGovern, Spezialisten und Spione, S. 37.
- ⁷⁶⁸ Vgl. Huzel, Dieter K., Von Peenemünde nach Canaveral, Berlin 1994, S. 70 f.
- ⁷⁶⁹ Vgl. McGovern, Spezialisten und Spione, S. 37.
- ⁷⁷⁰ Aussage von Godfried Elzenga, zitiert nach Bode, Kaiser, Raketenspuren, S. 69.
- ⁷⁷¹ Vgl. Huzel, Dieter K., Von Peenemünde nach Canaveral, S. 71.
- ⁷⁷² Vgl. Bode, Kaiser, Raketenspuren, S. 70.
- ⁷⁷³ Vgl. Saathoff, Joachim, Raketentwicklung in Peenemünde – Technisches Erbe und historische Wirkung, in: Guntau, Martin und Michael Meyer (Hrsg.), Maschinen, Schiffe und Raketen. Technikentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 1995, S. 86–92, hier S. 91.
- ⁷⁷⁴ Vgl. Herbert, Der „Ausländereinsatz“, S. 38.
- ⁷⁷⁵ Vgl. BArch, R 3/ 1316. Schreiben des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion vom 05.08.1944.
- ⁷⁷⁶ Vgl. AHW, Abteilung III, Repos. 1, XIV, 6, 64. Sachgemäße Abschätzung der Gebäude der Triebwagen- und Waggonfabrik A.-G. in der Seestadt Wismar mit Feststellung der Schadenswerte infolge der feindlichen Fliegerangriffe vom 25.08.1944.
- ⁷⁷⁷ Vgl. ebd., Schreiben der Seestadt Wismar vom 28.12.1944.
- ⁷⁷⁸ Vgl. Hoffmann, Heiko, Wendenkrug nach 97 Jahren abgerissen, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Wismar) vom 21.09.2000.
- ⁷⁷⁹ LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 127, Karl Keuscher, Bl. 82.
- ⁷⁸⁰ StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 68, Bl. 117 f. Protokoll der 14. Kommunalpolitischen Besprechung am 04.11.1942.
- ⁷⁸¹ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 1037. Aus der Arbeit des Ausländeramtes, Dez. 1940.
- ⁷⁸² Vgl. StA Stralsund, Karton A 20–25 Polen A–E und Karton A 26–30 Fremdarbeiter F–J, L.
- ⁷⁸³ Vgl. StA Stralsund, Karton A 77–82.
- ⁷⁸⁴ Vgl. Nehmzow, Regina, Kröger-Werft beschäftigte Zwangsarbeiter, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Stralsund) vom 04.07.2001.
- ⁷⁸⁵ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 1037. Aus der Arbeit des Ausländeramtes.
- ⁷⁸⁶ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, II. 399. Schreiben der Walther Bachmann Flugzeugbau K.G. an den Bürgermeister von Ribnitz vom 12.02.1942.
- ⁷⁸⁷ Vgl., ebd., II. 199. Unfallanzeige der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik.
- ⁷⁸⁸ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, II 191. Bericht des Bürgermeisters von Ribnitz am 10.08.1942.
- ⁷⁸⁹ Vgl. LHAS, 6.11.11, Nr. 3084. Schreiben der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik A.-G. an das Luftwaffenbauamt Stralsund vom 24.04.1942.
- ⁷⁹⁰ Vgl. Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei. Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an das Meldeamt Barth, undatiert.
- ⁷⁹¹ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an das Meldeamt Barth vom 15.03.1943.
- ⁷⁹² Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an den Bürgermeister der Stadt Barth vom 23.02.1943.
- ⁷⁹³ Vgl. BArch, R 121/ 5341. Kaufmännischer Bericht der Pommerschen Industrie-Werke G.m.b.H. vom 24.1.1943.
- ⁷⁹⁴ Vgl. ebd., Technischer Bericht der Pommerschen Industrie-Werke G.m.b.H. vom 24.11.1943.
- ⁷⁹⁵ Vgl. Kurstadt Waren, S. 146.
- ⁷⁹⁶ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S. 12 f.
- ⁷⁹⁷ Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Martin Holman, Kurze Übersicht.
- ⁷⁹⁸ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 3088, Bl. 24. Aussage von Franz Weichert.
- ⁷⁹⁹ Vgl. ebd., Schreiben von Paul Sauer an die Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme vom 02.07.1946.
- ⁸⁰⁰ Vgl. ebd., Nr. 3087. Schreiben von Walter Kintzel.
- ⁸⁰¹ Vgl. Wilhelm, Schon ein Stück gestohlenen Brot reichte für ein Todesurteil.
- ⁸⁰² Vgl. Stüdemann, Parchim 1945 – Am Rande des Abgrundes. Teil I, S. 13.
- ⁸⁰³ Vgl. Historisches Museum Parchim, Sammlung „Der Zweite Weltkrieg in Parchim“. Bericht von Klaus-Dieter Micheel.
- ⁸⁰⁴ Vgl. Stüdemann, Parchim 1945 – Am Rande des Abgrundes. Teil I, S. 13.

- ⁸⁰⁵ Vgl. Stendell, Günther, Kämpfer gegen Faschismus und Krieg. Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Kreis Parchim 1933–1945, o.O. [Parchim] o.J. [1969], S. 59.
- ⁸⁰⁶ Bericht von Friedrich Schwanck, zitiert nach Stüdemann, Parchim 1945 – Am Rande des Abgrundes. Teil I, S. 15.
- ⁸⁰⁷ Vgl. SAS, MB 170. Schreiben des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Schwerin an die Ortspolizeibehörde vom 06.08.1943.
- ⁸⁰⁸ Vgl. ebd., Abrechnung des Ostarbeiter-Lagers „Püsserkrug“ vom Juli 1943.
- ⁸⁰⁹ Vgl. ebd., MS 28. Schreiben des Reichsarbeitsdienstes Arbeitsgau VI Mecklenburg an den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin vom 28.09.1944 und MS 27. Schreiben der Norddeutschen Dornier-Werke vom 09.01.1945.
- ⁸¹⁰ Vgl. Wieben, Uwe, Keiner ist vergessen, nichts ist vergessen. Verfolgung, Opposition und Widerstand in Boizenburg, Rostock 1997, S. 31.
- ⁸¹¹ Vgl. Kreisarchiv Ludwigslust, Rat des Kreises Hagenow, Nr. 10460. Meldekarte des Bürgermeisters der Stadt Boizenburg an den Landrat des Kreises Hagenow, Eingang am 08.05.1943.
- ⁸¹² Vgl. Ständer, Das Außenlager Boizenburg, S. 7.
- ⁸¹³ Vgl. Kreisarchiv Ludwigslust, Rat der Stadt Boizenburg, Nr. 1078. Antrag auf Erteilung einer Arbeiterlaubnis (Arbeitskarte) für Hermanus Wieland und Antrag auf Erteilung einer neuen Aufenthaltserlaubnis für Elisa Wunderlich und Ingvar Robert Knutsson.
- ⁸¹⁴ Weinmann, Das nationalsozialistische Lagersystem, S. 99.
- ⁸¹⁵ LHAS, 5.12–3/ 27, Nr. 362. Schreiben des Direktors des Landesfürsorge- und Landarbeitshauses Güstrow an das Mecklenburgische Staatsministerium, Abteilung Inneres, vom 29.05.1942.
- ⁸¹⁶ Vgl. ebd., Nr. 539. Aktenvermerk der Direktion des Landesfürsorge- und Landarbeitshauses Güstrow vom 02.12.1944.
- ⁸¹⁷ Vgl. Kupper, Anni, „Wir versuchten, eine die andere zu trösten und uns damit diese Bitternis unseres jungen Lebens zu erleichtern.“, in: Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, Limbacher, Katja, Maïke Merten, Bettina Pfefferle (Hrsg.), Münster 2000, S. 157–160, hier S. 159.
- ⁸¹⁸ LHAS, 5.12–3/ 27, Nr. 363. Schreiben der Direktion des Landesfürsorge- und Landarbeitshauses Güstrow vom 20.03.1944.
- ⁸¹⁹ Vgl. Krüger, „...Doch sie liebten das Leben“, S. 21.
- ⁸²⁰ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-823. Protokoll über ein Gespräch mit Adrianus Simons.
- ⁸²¹ Vgl. StA Neubrandenburg, Schreiben von Alexandra Kirjuschkina vom 20.01.2000.
- ⁸²² Vgl. ebd., Schreiben von Marie Grudewa vom 04.07.2000.
- ⁸²³ Vgl. ebd., Schreiben von Nikolaj Georgewitsch Kulik.
- ⁸²⁴ Vgl. ebd., Schreiben von Iwan Petrowitsch Semitsch.
- ⁸²⁵ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 111, Walter Krepelin, Bl. 4. Niederschrift des Gesprächs mit Walter Krepelin am 14.05.1976.
- ⁸²⁶ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band II, Bl. 159. Vernehmungsniederschrift der Zeugin Gertraud Anna Berta Steisslinger vom 24.10.1968.
- ⁸²⁷ Vgl. LHAS, 5.12-7/ 1, Nr. 11464. Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes Neustrelitz an den Mecklenburgischen Staatsminister, Abt. Innere Verwaltung, vom 28.10.1943.
- ⁸²⁸ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-177, Bl. 1. Angaben von Wilhelm Karnatz am 05.11.1981.
- ⁸²⁹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 178/ 71, Band I, Bl. 10 f. Protokoll der Vernehmung von Gertraud Steisslinger durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart am 03.03.1972.
- ⁸³⁰ Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 13.
- ⁸³¹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 51. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ⁸³² Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 35.
- ⁸³³ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-C-583, Bl. 1. Protokoll über den Besuch von 54 Personen belgischer Nationalität.
- ⁸³⁴ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 284. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Anna Vackova durch das Bezirksgericht Reichenberg am 26.11.1968.
- ⁸³⁵ Vgl. ebd., 406 AR-Z 10/ 72 Band I, Bl. 36. Protokoll der Zeugenvernehmung von Kaszimirz Kasprzak.
- ⁸³⁶ Vgl. ebd., Bl. 42. Protokoll der Zeugenvernehmung von Zbiegniew-Janusz Sokolowski durch die Hauptkommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Polen am 26.08.1968 in Warschau.
- ⁸³⁷ Vgl. ebd., Bl. 163. Protokoll der Zeugenvernehmung von Zenon Miodynski am 30.06.1971 in Gleiwitz.
- ⁸³⁸ Vgl. ebd., Bl. 32. Protokoll der Zeugenvernehmung von Tadeusz Ostrowski vor dem Kreisgericht in Zywiec am 26.06.1968.
- ⁸³⁹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 111, Walter Krepelin, Bl. 5. Niederschrift des Gesprächs mit Walter Krepelin am 14.05.1976.
- ⁸⁴⁰ BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72, Band I, Bl. 171. Protokoll der Zeugenvernehmung von Jozef Motylewski.
- ⁸⁴¹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 29 ff.. Bericht von Lucienne Saboulard über ihre Erlebnisse im Lager „Waldbau“.
- ⁸⁴² Vgl. Wagner, Jens-Christian, Zwangsarbeit in Peenemünde, S. 19.
- ⁸⁴³ BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70, Band VII, Bl. 770. Schreiben der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen an das Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie vom 11.12.1969.
- ⁸⁴⁴ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 19, Bl. 5. Geheime Mordsache Peenemünde.
- ⁸⁴⁵ Vgl. Bode, Kaiser, Raketenspuren, S. 64 ff.
- ⁸⁴⁶ Wieben, Keiner ist vergessen, S. 35.

- ⁸⁴⁷ Vgl. ANg., 2.8.1225. Bericht von Vera Barta.
- ⁸⁴⁸ Ebd., 2.8/ 1197. Häftlingsbericht von Esther Givoni.
- ⁸⁴⁹ Vgl. ebd., 2.8/ 1227. Protokoll der Vernehmung von E. Krausz.
- ⁸⁵⁰ Vgl. Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 7 ff.
- ⁸⁵¹ BArch, ZSL, 409 AR-Z 23/ 70, Band VI, Bl. 804 f. Bericht der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, Nebenlager Neustadt-Glewe.
- ⁸⁵² Erinnerungsbericht von Fanny Celgoh-Segal, zitiert nach Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 35.
- ⁸⁵³ Birenbaum, Die Hoffnung stirbt zuletzt, S. 184 f.
- ⁸⁵⁴ Erinnerungsbericht von Eta Zimmerspitz-Neumann, zitiert nach Schütt, Ein vergessenes Lager? (II), S. 39.
- ⁸⁵⁵ Erinnerungsbericht von Lidia Rosenfeld-Vago, zitiert nach Schütt, Ein vergessenes Lager?, S. 93.
- ⁸⁵⁶ Birenbaum, Die Hoffnung stirbt zuletzt, S. 188.
- ⁸⁵⁷ BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1217. Protokoll der Zeugenvernehmung von Andrzej Alfred Rablin durch die Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Krakau am 23.10.1969.
- ⁸⁵⁸ Vgl. Bericht von Jan Telling, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 57.
- ⁸⁵⁹ Radau, Bericht des ungarischen Juden Ernst Fleischer, S. 505.
- ⁸⁶⁰ Vgl. Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 32.
- ⁸⁶¹ Bericht von Galina Buschujewa-Sabrodkaja, zitiert nach Radau, Nichts ist vergessen, S. 75.
- ⁸⁶² Vgl. Pfahmann, Hans, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Darmstadt 1968, S. 170.
- ⁸⁶³ Vgl. Tarifordnung zur Regelung von Familienheimfahrten während der Kriegszeit vom 15.01.1940, in: Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, 7. Jahrgang, 1940, S. 52.
- ⁸⁶⁴ Vgl. Ergänzung zur Tarifordnung zur Regelung von Familienheimfahrten während der Kriegszeit vom 23.10.1940, in: Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, 7. Jahrgang, 1940, S. 206.
- ⁸⁶⁵ Vgl. StA Stralsund, Karton A 77–82. Schreiben der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik vom 04.04.1944.
- ⁸⁶⁶ Anordnung des Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz vom 21.02.1944, in: Runderlasse des Reichsarbeitsministeriums, Jahrgänge 1940, S. 104.
- ⁸⁶⁷ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Martin Holman, Kurze Übersicht.
- ⁸⁶⁸ Vgl. Pfahmann, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 171.
- ⁸⁶⁹ Vgl. Reichstarifordnung vom 20.03.1942, in: Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, 9. Jahrgang, 1942, S. 87.
- ⁸⁷⁰ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 280, Bl. 313. Schreiben der Schutzpolizei vom 19.08.1940.
- ⁸⁷¹ Vgl. Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei. Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an die Kriminal-Polizei Barth/ Pommern vom 17.10.1941.
- ⁸⁷² AHR, 1.18.796/ 1. Schreiben des Mecklenburgischen Staatsministeriums, Abteilung Inneres, vom 17.03.1941.
- ⁸⁷³ Vgl. Anordnung über den Urlaub der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und –arbeiterinnen polischen Volkstums vom 31.03.1941, in: Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, 8. Jahrgang, 1941, S. 87.
- ⁸⁷⁴ Vgl. Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 30.06.1942, in: Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und des Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 9. Jahrgang, 1942, S. 193.
- ⁸⁷⁵ Vgl. Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 25.03.1944, in: Runderlasse für die Arbeitseinsatz-, Reichstreuhand- und Gewerbeaufsichtsverwaltung, 6. Jahrgang, 1944, S. 161.
- ⁸⁷⁶ Vgl. Oermann, Die arbeitsrechtliche und die steuerrechtliche Behandlung der Ostarbeiter, S. 9.
- ⁸⁷⁷ Vgl. Erlass des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 30.06.1944 in: Runderlasse für die Arbeitseinsatz-, Reichstreuhand- und Gewerbeaufsichtsverwaltung, 6. Jahrgang, 1944, S. 312.
- ⁸⁷⁸ Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Martin Holman, Kurze Übersicht.
- ⁸⁷⁹ Vgl. ebd.. Protokoll eines Gesprächs mit Maria Schulz.
- ⁸⁸⁰ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S. 10.
- ⁸⁸¹ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-823. Protokoll über ein Gespräch mit Adrianus Simons.
- ⁸⁸² Vgl. SAS, MB 699, Schreiben des Stammlagers II A vom 31.10.1941.
- ⁸⁸³ BA-MA, RW 19/ 2160, Bl. 160. Stimmen aus den Nationen vom 10.01.1942.
- ⁸⁸⁴ Vgl. SAS, B 7/ 41. Lagerführer-Nachrichten der Deutschen Arbeitsfront Gauverwaltung Mecklenburg, 7/ 1943, S. 3.
- ⁸⁸⁵ Vgl. ebd., 3/ 1943, S. 5.
- ⁸⁸⁶ Vgl. Didier, Europa arbeitet in Deutschland, S. 80 f.
- ⁸⁸⁷ Vgl. BArch, R 55/ 1240, Bl. 83. Schreiben des Chefs des Propagandastabes an den Reichspropagandaleiter vom 20.03.1944.
- ⁸⁸⁸ Vgl. ebd., R 55/ 811, Bl. 20. Erfahrungsbericht betr. Gemeinschaftsempfang für Ostarbeiter.
- ⁸⁸⁹ Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und –arbeiterinnen polnischen Volkstums vom 8. März 1940, in: Praca przymusowa polaków pod Panowaniem hitlerowskim 1939–1945, Konieczny, Alfred und Herbert Szurgacz, Poznań 1976, S.17.
- ⁸⁹⁰ Vgl. Oermann, Die arbeitsrechtliche und die steuerrechtliche Behandlung der Ostarbeiter, S.4.
- ⁸⁹¹ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 1037. Pflichten der Zivilarbeiter und –arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthalts im Reich.
- ⁸⁹² Vgl. Amtsblatt der Preußischen Regierung in Stettin vom 20.09.1941.
- ⁸⁹³ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 1037, Aus der Arbeit des Ausländeramtes.

- ⁸⁹⁴ Vgl. LHAS, 5.12–9/ 7, Nr. 720. Schreiben der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Schwerin vom 04.12.1939.
- ⁸⁹⁵ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 279, Bl. 84. Schreiben des Oberbürgermeisters von Stralsund vom 19.08.1941.
- ⁸⁹⁶ Vgl. Polizeiverordnung des Landrats von Swinemünde vom 27.04.1942, in: Amtsblatt der Preußischen Regierung in Stettin vom 16.05.1942.
- ⁸⁹⁷ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 280, Bl. 322. Schreiben des Kommandos der Schutzpolizei vom 27.09.1940.
- ⁸⁹⁸ Vgl. ebd., Nr. 412, Trennhefter I, Bl. 92. Schreiben der Kreisbauernschaft Stralsund an alle Orts- und Bezirksbauernführer vom 14.04.1944.
- ⁸⁹⁹ Vgl. Amtsblatt der Preußischen Regierung in Stettin vom 18.01.1941.
- ⁹⁰⁰ Vgl. StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 279. Schreiben des Stettiner Regierungspräsidenten vom 11.07.1941.
- ⁹⁰¹ Vgl. ebd., Nr. 1037. Schreiben des Ausländeramtes an das Statistische Amt der Stadt Stralsund vom 18.05.1940.
- ⁹⁰² Vgl. Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 16.06.1942, in: Praca przymusowa polaków pod Panowaniem hitlerowskim 1939–1945, S. 55 f.
- ⁹⁰³ Vgl. Polizeiverordnung des Stettiner Regierungspräsidenten vom 18.10.1941, in: Amtsblatt der Preußischen Regierung in Stettin vom 25.10.1941.
- ⁹⁰⁴ Vgl. StA Stralsund, Karton Fremdarbeiter. Bescheinigung des Oberbürgermeisters der Stadt Stralsund vom 15.02.1941.
- ⁹⁰⁵ Vgl. Brandes, Kurt, Deutsche Katholiken verbrüdernd sich mit polnischen Zwangsarbeitern, in: Schmidt, Walter A., Damit Deutschland lebe! Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin 1958, S. 373 f.
- ⁹⁰⁶ Vgl. Polizeiverordnung vom 10. Juli 1943 über die im Lande Mecklenburg eingesetzten Ostarbeiter und –arbeiterinnen, in: Regierungsblatt für Mecklenburg vom 13.07.1943.
- ⁹⁰⁷ Vgl. SAS, B 7/ 41. Lagerführer-Nachrichten der Deutschen Arbeitsfront Gauverwaltung Mecklenburg, 4/ 43, S. 4.
- ⁹⁰⁸ Vgl. Einsatz von Ostarbeitern in der deutschen Maschinenindustrie, S. 23.
- ⁹⁰⁹ HTI Peenemünde, Originaltonaussagen von Mitarbeitern der ehemaligen Heeresverschanstalt Peenemünde-Ost zum Thema Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Bericht von Kurt Borntäger.
- ⁹¹⁰ Vgl. Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, S. 195 f.
- ⁹¹¹ AHR, 1.1.13.2038. Auszug aus dem Ergänzungserlass des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei vom 09.04.1942.
- ⁹¹² Vgl. Hansch-Singh, Rassismus und Fremdarbeitereinsatz, S. 296.
- ⁹¹³ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, Bericht von K.V. vom Juli 1997.
- ⁹¹⁴ Vgl. Möller, Zur sozialen Lage der Arbeitskräfte in den Rostocker Ernst-Heinkel-Flugzeugwerken, S. 54.
- ⁹¹⁵ Vgl. Schünemann, Der letzte Antrag.
- ⁹¹⁶ Vgl. ANg., 6.4.4. Niederschrift des Gesprächs mit Wilma Burmeister vom 02.11.1981.
- ⁹¹⁷ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q–F–271. Nachträgliche Niederschrift der Informationen, die ehemalige französische Häftlinge bei einem Besuch am 13.09.1982 gaben.
- ⁹¹⁸ Vgl. Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 30.
- ⁹¹⁹ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 51.
- ⁹²⁰ Vgl. LHAS, SED-Bezirksparteiarchiv Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 37. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ⁹²¹ Vgl. Radau, Helga, „Ringlein, Ringlein, du mußt wandern...“, in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998, S. 20–22, hier S. 21.
- ⁹²² Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 51. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ⁹²³ Vgl. Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 42.
- ⁹²⁴ Vgl. Streuling, Klim, „Wo es nichts zu weinen gibt“, S. 84.
- ⁹²⁵ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 266, Irena Rupniewska-Denisow, Bl. 2. Aus dem Buch „La Résistance à Ravensbrück“.
- ⁹²⁶ Vgl. ebd., V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 19. Schreiben von Erna Muserjewa an Heinz Barche vom 06.02.1979.
- ⁹²⁷ Vgl. StA Neubrandenburg, 6599/ 10, Bl. 2. Bericht von Maria Arata Massariello.
- ⁹²⁸ Vgl. ANg., 2.8/ 877. Schreiben von K.A. Remizov an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme vom 20.01.1996.
- ⁹²⁹ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 96 ff.
- ⁹³⁰ Vgl. StA Barth, 4.7.5.3. Schreiben von Galina Charlaschina an Helga Radau.
- ⁹³¹ Vgl. ebd., Bericht von Ana Pečarič.
- ⁹³² Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 93.
- ⁹³³ BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 332. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Josefa Vagenknechtová.
- ⁹³⁴ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 36. Bericht von Lucienne Saboulard über ihre Erlebnisse im Lager „Waldbau“.
- ⁹³⁵ Regionalmuseum Neubrandenburg, V 3256/ S. Brief von Barbara Nizańska an Stefania Nizańska in Sosnowitz/ Oberschl. vom 01.09.1944 mit Auszug aus der Lagerordnung.
- ⁹³⁶ Vgl. ebd., V 3254/ S 1+2. Postkarte von Wanda Kozdrun.
- ⁹³⁷ Vgl. Bericht von Galina Buschujewa-Sabrodkaja, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 80.
- ⁹³⁸ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band II, Bl. 159. Vernehmungsniederschrift der Zeugin Gertraud Anna Berta Steisslinger.

- ⁹³⁹ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 63.
- ⁹⁴⁰ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, Gegen Faschismus und Krieg. Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Gebiet des heutigen Bezirks Rostock, Greifswald 1963, S. 67.
- ⁹⁴¹ Vgl. Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, S. 127.
- ⁹⁴² Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 3087. Protokoll über die erfolgte Sitzung des Antifaschistischen Ausschusses am 7. August 1946.
- ⁹⁴³ Vgl. ebd., Nr. 3088. Protokoll der Vernehmung von Otto Berg.
- ⁹⁴⁴ Vgl. Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik, S. 16.
- ⁹⁴⁵ Vgl. Wendt, Zur Entwicklung der Stadt Rostock, S. 70 f.
- ⁹⁴⁶ Bericht von Max Pagel, zitiert nach Wendt, Zur Entwicklung der Stadt Rostock, S. 71.
- ⁹⁴⁷ Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 5/ 210, Ernst Paap, Bl. 15. Ernst Paap, Kurzer Lebensbericht.
- ⁹⁴⁸ Vgl. Stendell, Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, S. 60.
- ⁹⁴⁹ Herbert, Ulrich, Zwangsarbeiter in Deutschland, in: „Es ist schwer, Worte zu finden“. Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiterinnen, Bonn, Berlin 1999, S. 69–89, hier S. 89.
- ⁹⁵⁰ Vgl. ders., Der „Ausländereinsatz“, S. 46.
- ⁹⁵¹ Zitiert nach Boberach, Heinz, Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Band 11, Herrsching 1984, S. 4099.
- ⁹⁵² Vgl. LHAS, FR 15343, Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 15.03.1943, S. 4.
- ⁹⁵³ Vgl. Gawlowski, Karol, Die Sklavenarbeit der polnischen Bürger im „Dritten Reich“, S. 117.
- ⁹⁵⁴ Vgl. Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 226.
- ⁹⁵⁵ Majer, Diemut, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981, S. 260 f.
- ⁹⁵⁶ Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 305.
- ⁹⁵⁷ Vgl. BA-MA, RW 19/ 2144, Bl. 93. Vermerk vom 20.08.1942.
- ⁹⁵⁸ Vgl. BArch, R 16/ 162. Niederschrift der Besprechung über den Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich am 22.08.1941 beim Reichsführer SS.
- ⁹⁵⁹ Vgl. BA-MA, SF–01/ 28894. Schreiben des Reichssicherheitshauptamts vom 29.01.1943.
- ⁹⁶⁰ Vgl. Lotfi, Gabriele, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart, München 2000, S. 255.
- ⁹⁶¹ Vgl. Demps, Laurenz, Einige Bemerkungen zur Veränderung der innenpolitischen Situation im faschistischen Deutschland durch den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock 1974, S. 97–118, hier S. 105.
- ⁹⁶² Vgl. Wendt, Zur Entwicklung der Stadt Rostock, S. 71.
- ⁹⁶³ StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 280, Bl. 271. Kommandobefehl der Schutzpolizei Stralsund vom 11.01.1940.
- ⁹⁶⁴ Vgl. ebd., Nr. 1037. Pflichten der Zivilarbeiter und –arbeiterinnen polnischen Volkstums.
- ⁹⁶⁵ Vgl. BArch, R 16/ 162. Aktenvermerk über die Sitzung des Arbeitskreises beim Sicherheitshauptamt am 16.12.1941.
- ⁹⁶⁶ Vgl. Runderlass des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 19.01.1944, in: Runderlasse für die Arbeitseinsatz-, Reichstreuhänder- und Gewerbeaufsichtsverwaltung, 6. Jahrgang, 1944, S. 79.
- ⁹⁶⁷ Vgl. Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, S. 124.
- ⁹⁶⁸ Vgl. LHAS, 5.12-6/ 9, Insassenakten (P), Nr. 2333, Martin Leja. Sondergerichtsanklage gegen Milan Simic und Martin Leja vom 10.02.1943.
- ⁹⁶⁹ Vgl. ebd., 6.11.-11, Nr. 3088. Protokoll der Vernehmung von Otto Berg.
- ⁹⁷⁰ Vgl. ebd., Nr. 3089. Protokoll der Zeugenaussage von Karl Thöne am 08.02.1946.
- ⁹⁷¹ Vgl. ebd., Bl. 78. Zeugenaussage über Günther Vetting im Polizeiverhör vom 25.01.1947.
- ⁹⁷² Kornelis Dijkstra, zitiert in: Müritz-Bote vom 24.09.1992.
- ⁹⁷³ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Warener zeigen holländischen Zwangsarbeitern Solidarität, in: Müritz-Bote vom 07.07.1993.
- ⁹⁷⁴ Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei. Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an den Bürgermeister der Stadt Barth (Kriminal-Polizei) vom 03.07.1941.
- ⁹⁷⁵ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an die Kriminal-Polizei Barth/ Pommern vom 17.10.1941.
- ⁹⁷⁶ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an die Kriminalpolizei Barth vom 18.10.1944.
- ⁹⁷⁷ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an die Kriminalpolizei Barth vom 30.10.1942.
- ⁹⁷⁸ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an die Kriminalpolizei Barth vom 03.06.1943.
- ⁹⁷⁹ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, II. 191. Rundschreiben der Staatlichen Kriminalpolizei Kriminalpolizeistelle Schwerin, Eingangsstempel des Bürgermeisters der Stadt Ribnitz vom 04.05.1943.
- ⁹⁸⁰ Vgl. ebd., Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Ribnitz an die Geheime Staatspolizei in Schwerin vom 20.08.1942.
- ⁹⁸¹ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, II. 191. Bericht des Bürgermeisters der Stadt Ribnitz vom 10.08.1942.
- ⁹⁸² Vgl. StA Neubrandenburg, Schreiben von Nikolaj Georgewitsch Kulik.
- ⁹⁸³ Vgl. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 807.
- ⁹⁸⁴ Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei. Schreiben der Pommerschen Eisengießerei an die Kriminalpolizei Barth vom 03.07.1944.
- ⁹⁸⁵ BA-MA, RW 19/ 2145, Bl. 85. Rundschreiben des Oberkommandos der Wehrmacht vom 08.05.1942.
- ⁹⁸⁶ Vgl. Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, S. 309.

- ⁹⁸⁷ Vgl. LHAS, 5.12–9/ 4, Nr. 45. Schreiben des Gauamtsleiters für Kommunalpolitik, Crull, an die Landräte, Oberbürgermeister der Städte und Ostseebäder vom 12.03.1941.
- ⁹⁸⁸ Vgl. ebd., 5.12–9/ 7, Nr. 720. Rundschreiben der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeistelle Schwerin vom 09.07.1943.
- ⁹⁸⁹ Vgl. Behnke, Jana, Zur Entwicklung der Stadt Ribnitz unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur 1933–1945, Diplomarbeit, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Geschichte, Ms., 1988, S. 58.
- ⁹⁹⁰ Vgl. StA Stralsund, Karton A 26–30 Fremdarbeiter F–J, L.. Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Stralsund an die Ortspolizeibehörde vom 31.03.1941.
- ⁹⁹¹ Vgl. LHAS, 5.12–9/ 7, Nr. La 45. Anzeige des Polizeipostens Schlutup vom 05.09.1944.
- ⁹⁹² Vgl. ebd., 5.12–9/ 4 Nr. 152, Bl. 30. Schreiben des Kommandeurs der Gendarmerie bei dem Mecklenburgischen Staatsministerium vom 27.01.1941.
- ⁹⁹³ Vgl. ebd., Niederschrift über die Kreisführerbesprechung unter Leitung des Kommandeurs der Gendarmerie am 6. Juli 1942 im Ledigenheim in Rerik.
- ⁹⁹⁴ Vgl. LHAS, SED-Bezirksparteiarchiv (BPA) Schwerin, V/ 082, Gustav Haase. Auszug aus dem Lebensbericht von E. Stüwe.
- ⁹⁹⁵ Vgl. Gedenkstätten der revolutionären Arbeiterbewegung. Kreis Ueckermünde, Kreisleitung Ueckermünde der SED (Hrsg.), Ueckermünde 1978, S. 37.
- ⁹⁹⁶ Vgl. Nehmzow, Regina, Gefangener wegen Paketdiebstahls gehängt, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Stralsund) vom 05.07.2001.
- ⁹⁹⁷ Vgl. Wolf, Eleonore (Red.), Neubrandenburg. Chronologische Stadtgeschichte und Firmenportraits, Neubrandenburg 1997, S. 69.
- ⁹⁹⁸ Vgl. Wir erfüllen ihr Vermächtnis. Herausgegeben zum 60. Jahr des Roten Oktober, Gedenkstätten in Neubrandenburg, Neubrandenburg 1977, S. 35.
- ⁹⁹⁹ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-823. Protokoll über ein Gespräch mit Adrianus Simons.
- ¹⁰⁰⁰ Vgl. ebd., Q-F-162, Bl. 4. Angaben von Paul Giesen am 01.08. und 12.10.1981.
- ¹⁰⁰¹ Vgl. ebd., Q-F-148. Angaben von Marie Krawczik am 03.07. und 01.09.1981.
- ¹⁰⁰² Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Protokoll eines Gesprächs mit Maria Schulz.
- ¹⁰⁰³ Vgl. LHAS, BPA Schwerin, V/ 6/ 11/ 2, August Haase. Aussage von August Haase vom 20.07.1948.
- ¹⁰⁰⁴ SAPMO-BArch, DY 55/ V/ 241/ 7/ 60, Bl. 95. Widerstand gegen den Krieg in Mecklenburgischen Rüstungsbetrieben.
- ¹⁰⁰⁵ Vgl. Behnke, Zur Entwicklung der Stadt Ribnitz, S. 57.
- ¹⁰⁰⁶ Vgl. Historisches Museum Schwerin, ZAS Bestand 4000-1, Personen D. Hallmann, M. und A. Grübner, Karl Dietrich. Arbeit an der Kreispartei-schule, o.O. o.J., S. 7.
- ¹⁰⁰⁷ StA Stralsund, Rep. 29, Nr. 412. Pflichten der Zivilarbeiter und –arbeiterinnen polnischen Volkstums.
- ¹⁰⁰⁸ Vgl. Merkblatt über die Behandlung der im Reichsgebiet eingesetzten fremdvölkischen Arbeitskräfte auf Grund der bis zum 31.12.1942 ergangenen Erlasse des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, in: Anschütz, Janet, Irmtraud Heike, Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeiter in Hannover im Zweiten Weltkrieg, Bielefeld 2000, S. 267 f.
- ¹⁰⁰⁹ Vgl. StA Neubrandenburg, 6598/ 1, Bl. 41. Gespräche mit Hans Bamberger.
- ¹⁰¹⁰ Vgl. Behnke, Zur Entwicklung der Stadt Ribnitz, S. 57.
- ¹⁰¹¹ Vgl. LHAS, 5.12-6/ 8, Nr. 195. Schreiben des Amtsgerichts Neubrandenburg vom 31.01.1945.
- ¹⁰¹² Vgl. Möller, Zur sozialen Lage in den Rostocker Ernst-Heinkel-Flugzeugwerken, S. 55.
- ¹⁰¹³ Vgl. StA Barth, Strafregister der Polizeidirektion zu Barth. Eintrag vom 31.12.1942.
- ¹⁰¹⁴ Vgl. Reuterstadt Stavenhagen 1264–1989, Rat der Reuterstadt Stavenhagen (Hrsg.), Reuterstadt Stavenhagen 1989, S. 35.
- ¹⁰¹⁵ Aussage von Martha Barth, in: Mütze-Specht, Fanny, Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf, S. 41.
- ¹⁰¹⁶ Vgl. LHAS, SED-Bezirksparteiarchiv Schwerin, Dokumentationen, V/ 1/ 055. Ernst Bruhns, Aufstellung neuer Forschungsergebnisse. Verurteilungen und Inhaftierungen 1933–1945 im jetzigen Kreis Güstrow.
- ¹⁰¹⁷ Vgl. LHAS, 5.12-6/ 9, Insassenakten (P), Nr. 924, Hermann Flach. Aufnahmeersuchen der Oberstaatsanwaltschaft Rostock an das Strafgefängnis Bützow vom 17.08.1942.
- ¹⁰¹⁸ Vgl. Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 35.
- ¹⁰¹⁹ Angaben nach Jährmann, Annett, Die Strafanstalt Dreierbergen-Bützow während der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt in Haupt- und Realschulen, Ms., Rostock 1993, S. 58.
- ¹⁰²⁰ Stendell, Günther, Das Zuchthaus Dreierbergen Bützow – eine faschistische Vernichtungszentrale in Mecklenburg, in: Schweriner Blätter 3. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Schwerin, Schwerin 1983, S. 14–22, S. 20 f.
- ¹⁰²¹ Vgl. Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 225.
- ¹⁰²² Vgl. Benz, Wolfgang, Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Staat, S. 9.
- ¹⁰²³ Vgl. Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 227.
- ¹⁰²⁴ Vgl. ders., Einleitung des Herausgebers, in: ders. (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 7–25, hier S. 13.
- ¹⁰²⁵ Auszug aus Heinrich Himmlers Sonthofener Rede vom 21.06.1944, in: Smith, Bradley, F. und Agnes F. Peterson (Hrsg.), Heinrich Himmlers Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, Frankfurt/ Main [u.a.] 1974, S. 200.

- ¹⁰²⁶ Vgl. Pingel, Falk, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978, S. 169.
- ¹⁰²⁷ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band II, Bl. 115. Niederschrift der Vernehmung des Zeugen Karl Gerber durch das Kriminalkommissariat Nürtingen am 16.01.1968.
- ¹⁰²⁸ Gespräch mit Ignaz Golik und Tadeusz Saschiak am 23.09.1999 in Rostock, in: Zeitgeschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 9–14, hier S. 13.
- ¹⁰²⁹ Vgl. Radau, Nichts ist vergessen, S. 25.
- ¹⁰³⁰ Gespräch mit Ignaz Golik und Tadeusz Saschiak am 23.09.1999, S. 13.
- ¹⁰³¹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 53. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ¹⁰³² Vgl. ebd., Bl. 69 f.
- ¹⁰³³ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 16, Bl. 15. Bericht von Hildegard Brandt-Boy.
- ¹⁰³⁴ Vgl. Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 64.
- ¹⁰³⁵ Vgl. Vgl. BStU, Ermittlungsverfahren gegen Göritz, Ilse, Bl. 272 f. Prozessbericht über die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten Göritz, Ilse; Wötzel, Frida und Jürß, Ulla.
- ¹⁰³⁶ Vgl. Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 25.
- ¹⁰³⁷ Strebel, Bernhard, Verlängerter Arm der SS oder schützende Hand? Drei Fallbeispiele von weiblichen Funktionshäftlingen im KZ Ravensbrück, in: Werkstatt Geschichte, Heft 12, 1995, S. 35–49, hier S. 40.
- ¹⁰³⁸ MGR/ SBG, Nachlass Erika Buchmann, Band 19/ 165. Jacqueline Heil im Verfahren gegen Ravensbrücker SS-Angehörige im Hamburger Curio-Haus, Beginn 05.12.1946.
- ¹⁰³⁹ SAPMO-BArch, NY 4178 / 53, Bl. 96. Gertrud Lemke, Große Menschen im F.K.L. Ravensbrück, 08.09.1945.
- ¹⁰⁴⁰ Vgl. Abbati, Caterina, Ich, Carmen Mory. Das Leben einer Berner Arzttochter und Gestapo-Agentin (1906–1947), Zürich 1999, S. 140 ff.
- ¹⁰⁴¹ Vgl. Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 25.
- ¹⁰⁴² Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Horst Neumann, Bericht über das KZ Barth a.d. Ostsee.
- ¹⁰⁴³ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 16, Bl. 13. Barth a.d. Ostsee. Der Lagerälteste Fritz Stender und sein Verrat an den Polen an die SS.
- ¹⁰⁴⁴ Vgl. Bericht von Primo Tangenelli, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 52.
- ¹⁰⁴⁵ Vgl. BStU, Ermittlungsverfahren gegen Göritz, Ilse, Bl. 332. Prozessbericht über die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten Göritz, Ilse; Wötzel, Frida und Jürß, Ulla.
- ¹⁰⁴⁶ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Horst Neumann, Bericht über das KZ Barth.
- ¹⁰⁴⁷ Nora Smirnowa zitiert nach Streuling, Klim, „Wo es nichts zu weinen gibt...“, S. 71.
- ¹⁰⁴⁸ Vgl. BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72, Band I, Bl. 52. Protokoll der Zeugenaussage von Mieczyslaw Lenartowicz vom 20.11.1968..
- ¹⁰⁴⁹ Vgl. StA Neubrandenburg, 6599/ 6. Protokoll über die Vernehmung eines Zeugen durch die Bezirkskommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Katowice vom 10.02.1970.
- ¹⁰⁵⁰ Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-277. Angaben von Horst Kuhfeld.
- ¹⁰⁵¹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 341. Protokoll der Vernehmung von Vera Kopová am 06.12.1968 durch das Stadtgericht in Prag.
- ¹⁰⁵² Vgl. StA Neubrandenburg, 6598/ 4, Bl. 37. Protokoll des Gesprächs mit Paul Giesen am 11.05.1976.
- ¹⁰⁵³ Vgl. Thälmann, Irma, Erinnerungen an meinen Vater, Berlin 1958, S. 120 ff.
- ¹⁰⁵⁴ Vgl. Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 39..
- ¹⁰⁵⁵ Vgl. BArch, ZSL, 406 AR-Z 10/ 72, Band I, Bl. 52. Protokoll der Vernehmung von Jaroslav Silhavy durch das Bezirksgericht Teplitz am 11.10.1968.
- ¹⁰⁵⁶ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 32. Bericht von Lucienne Saboulard über ihre Erlebnisse im Lager „Waldbau“.
- ¹⁰⁵⁷ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 17, Bl. 115. Brief des ehemaligen Häftlingsschreibers Jacques Ludwig vom 14.08.1965.
- ¹⁰⁵⁸ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1378. Protokoll der Zeugenvernehmung von Ludvik Rajewski am 19.11.1970 in Warschau.
- ¹⁰⁵⁹ Vgl. ebd., 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1217. Protokoll der Zeugenvernehmung von Andrzej Alfred Rablin durch die Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Krakau am 23.10.1969.
- ¹⁰⁶⁰ Vgl. ebd., Band IV, Bl. 486. Schreiben der Untersuchungsstelle für N.S.-Gewaltverbrechen im Landesstab der Polizei Israel vom 24.04. 1969 über die Vernehmung der Zeugin Magda Goldstein.
- ¹⁰⁶¹ Bürgerhaus Kröpeliner-Tor-Viertel, Materialsammlung zum Thema Zwangsarbeit. Gespräch von Mathias Rautenberg mit Frau Meier am 03.12.1997.
- ¹⁰⁶² BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1388. Protokoll der Zeugenvernehmung von Ryszard Wysokinski durch die Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Wroclaw am 17.12.1970.
- ¹⁰⁶³ Vgl. ebd., Band III, Bl. 350. Niederschrift der Vernehmung des Zeugen Milorad Cekić durch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg am 27.01.1969.
- ¹⁰⁶⁴ Vgl. ebd., S. 351 f.
- ¹⁰⁶⁵ Vgl. AS, R 86/ 27. Bericht von Ernst Fleischer vom 05.11.1990.
- ¹⁰⁶⁶ Vgl. AHR, 1.1.8.838. Schreiben der Friedhofsverwaltung des Neuen Friedhofs vom 29.09.1944.
- ¹⁰⁶⁷ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 18, Bl. 1 ff. Liste der auf dem Friedhof in Barth beerdigten Häftlinge.
- ¹⁰⁶⁸ Vgl. ebd., Band III, Bl. 352. Niederschrift der Vernehmung des Zeugen Milorad Cekić.
- ¹⁰⁶⁹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 5/ 2, Bl. 4. Hans Mahncke, Alte Rostocker Krematoriumsakten sprechen über das Heinkel-Mordlager in Barth.
- ¹⁰⁷⁰ Vgl. Strebel, Bernhard, „Verdammt sind meine Hände“, S. 8.

- ¹⁰⁷¹ Vgl. Bericht von Galina Buschujewa-Sabrodskaja an Alfred Weber, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 76.
- ¹⁰⁷² BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70, Band VIII, Bl. 898. Protokoll der Vernehmung von Werner Neinaß am 24.03.1969 in Northeim.
- ¹⁰⁷³ Vgl. ebd., Band XVI, Bl. 2411. Protokoll der Zeugenvernehmung von Augustyn Karch am 14.02.1970.
- ¹⁰⁷⁴ Vgl. ebd., Protokoll der Zeugenvernehmung von Wiktor Hubert Mizgajski am 10.02.1970 in Posen.
- ¹⁰⁷⁵ Vgl. ebd., 409 AR-Z 39/ 59, Band IX, Bl. 1776. Schreiben des Staatsanwalts Becker an die Union Internationale de la Résistance et la Déportation (UIRD) in Brüssel vom 01.04.1968.
- ¹⁰⁷⁶ Vgl. ebd., 409 AR-Z 108/ 70, Band XV, Bl. 2117. Niederschrift der Aussage von Stanislaw Mogielinski im 10. Kommissariat der Kriminalpolizei Karlsruhe am 21.10.1970.
- ¹⁰⁷⁷ BLHA, Rep. 35 I KZ Ravensbrück, Nr. 51, Bl. 24. KZ Peenemünde. Bericht der VdN-Forschungskommission Rostock.
- ¹⁰⁷⁸ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70, Band V, Bl. 602. Protokoll der Zeugenvernehmung von Hans-Joachim Themann am 19.12.1968 in Timmendorferstrand.
- ¹⁰⁷⁹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 19, Bl. 6. Geheime Mordsache Peenemünde.
- ¹⁰⁸⁰ Brief von Livia B. an Ilse Ständer vom 11.04.1996, zitiert nach Ständer, Das Außenlager Boizenburg, S. 21.
- ¹⁰⁸¹ Vgl. ANg., 2.8/ 1226. Protokoll der Aussage vom Malvin Saji im Büro des Landeskomitees für Deportiertenfürsorge am 13.08.1945.
- ¹⁰⁸² BArch, ZSL, 404 AR 610/ 67, Bl. 41. Protokoll der Vernehmung von Yaffa (Joli) Listokin am 30.09.1969.
- ¹⁰⁸³ Vgl. ANg., 2.8/ 1225. Bericht von Vera Barta.
- ¹⁰⁸⁴ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 23/ 70, Band I. Protokoll der Vernehmung von Wally Meta Kilkowski.
- ¹⁰⁸⁵ BA-MA, RW 20-2/ 1, Bl. 90. Zusammenfassende Übersicht des Rüstungsinspektors II für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1941.
- ¹⁰⁸⁶ Vgl. Bermiani, Cesare, Odyssee in Deutschland. Die alltägliche Erfahrung der italienischen „Fremdarbeiter“ im „Dritten Reich“, in: Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, ders., Sergio Bologna, Brunello Mantelli, Berlin 1997, S. 37–252, hier S. 144 f.
- ¹⁰⁸⁷ Vgl. BA-MA, RW 20-2/ 12, Bl. 266. Lagebericht der Rüstungsinspektion II Stettin vom 14.10.1941.
- ¹⁰⁸⁸ Vgl. ebd., RW 19/ 2160, Bl. 159. Stimmen aus den Nationen vom 10.01.1942.
- ¹⁰⁸⁹ Vgl. ebd., RW 20-2/ 12, Bl. 266. Lagebericht der Rüstungsinspektion II Stettin vom 14.10.1941.
- ¹⁰⁹⁰ Vgl. ebd., RW 20-2/ 11, Bl. 161 f. Lagebericht der Rüstungsinspektion II Stettin vom 06.03.1940.
- ¹⁰⁹¹ Vgl. Schmelzer, Janis, Das hitlerfaschistische Zwangsarbeitssystem und der antifaschistische Widerstandskampf der ausländischen Kriegsgefangene und Deportierten (1939–1945) (dargestellt unter besonderer Beachtung der IG-Farben-Betriebe im Bereich Halle-Merseburg), Ms., Diss. Halle 1963, S. 223.
- ¹⁰⁹² Vgl. BA-MA, RW 20-2/ 3, Bl. 12. Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion II Stettin für die Zeit vom 01.01. bis 31.03.1943. Eintragung vom 04.02.1943.
- ¹⁰⁹³ Angaben nach BArch, R 16/ 162. Aktenvermerk zur Sitzung des Arbeitskreises im Reichssicherheitshauptamt vom 17.09.1942.
- ¹⁰⁹⁴ Vgl. Hirschfeld, Die niederländischen Behörden und der „Reichseinsatz“, S. 178.
- ¹⁰⁹⁵ Vgl. StA Stralsund, Rep. 18, Nr. 1585, Bl. 272. Schreiben des Grenzpolizeikommissariats der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Stettin vom 07.09.1944.
- ¹⁰⁹⁶ Vgl. Börst, Walter, Bilder aus Rügens Vergangenheit. Zur Geschichte Rügens und der rügenschon Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Befreiung, Putbus 1966, S. 102.
- ¹⁰⁹⁷ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 417, Ernst Dieckmann, Bl. 6 f.
- ¹⁰⁹⁸ Vgl. Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei. Schreiben des Bürgermeisters von Barth an die Pommersche Eisengießerei vom 26.02.1942..
- ¹⁰⁹⁹ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik A.-G. an die Kriminalpolizei Barth vom 28.05.1941.
- ¹¹⁰⁰ Vgl. ebd., Schreiben der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik A.-G. an die Kriminalpolizei Barth vom 27.10.1941.
- ¹¹⁰¹ Vgl. ebd., RW 20-2/ 11, Bl. 161 f. Lagebericht der Rüstungsinspektion II Stettin vom 06.03.1940.
- ¹¹⁰² LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 19. Geheime Mordsache Peenemünde.
- ¹¹⁰³ Vgl. Bode, Kaiser, Raketenspuren, S. 63.
- ¹¹⁰⁴ Vgl. StA Ribnitz, II. 191. Fluchtmeldung vom 27.07.1944.
- ¹¹⁰⁵ Vgl. ebd., Rundschreiben der Kriminalpolizeistelle Schwerin vom 04.12.1944.
- ¹¹⁰⁶ Vgl. ebd., Rundschreiben der Kriminalpolizeistelle Schwerin vom 22.02.1945.
- ¹¹⁰⁷ Vgl. Bericht von Galina Buschujewa-Sabrodskaja, zitiert nach Radau, Nichts ist vergessen, S. 80.
- ¹¹⁰⁸ Vgl., Sternkiker, E., Akten lagen fast sechs Jahrzehnte unter den Dielenbrettern, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 14.06.2001.
- ¹¹⁰⁹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1220 f. Protokoll der Zeugenvernehmung von Andrzej Alfred Rablin durch die Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Krakau am 23.10.1969.
- ¹¹¹⁰ Vgl. ebd., 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl.235. Protokoll der Vernehmung von Vlasta Kalubová durch das Bezirksgericht Beraun am 20.11.1968.
- ¹¹¹¹ Vgl. ebd., Band II, Bl. 159. Vernehmungsniederschrift der Zeugin Gertraud Anna Berta Steisslinger vom 24.10.1968.
- ¹¹¹² Vgl. Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 41.
- ¹¹¹³ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-272. Angaben von Otto Möller vom 18.02.1982.
- ¹¹¹⁴ Bericht des Meisters Knoop, zitiert nach Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 42.

- ¹¹¹⁵ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 317. Protokoll über die Zeugenvernehmung von Marie Maršalková.
- ¹¹¹⁶ Vgl. Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 42.
- ¹¹¹⁷ Vgl. Schuster, Ulrich (Hrsg.), Pastor Karl Fischer im Widerstand gegen den Faschismus, Neubrandenburg 1997, 9 f.
- ¹¹¹⁸ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 144, Erna Stellmacher. Heinz Barche, Bericht über die Ergebnisse des Besuches bei Erna Stellmacher am 21. August 1980.
- ¹¹¹⁹ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-812, Bl. 1. Protokoll der Befragung von Ferdinand und Vera Swierkowski am 16.07.1987.
- ¹¹²⁰ Vgl. Schubert, Geschichte der Luft- und Raumfahrt in Mecklenburg-Vorpommern, S. 158.
- ¹¹²¹ Vgl. Start aus der Hölle, in: Sport und Technik, 12/ 73, S. 21–23, hier S. 22 f.
- ¹¹²² Vgl. StA Neubrandenburg, ohne Signatur. Schreiben von Lidja Bolnokina.
- ¹¹²³ Vgl. LHAS, SED-Bezirksparteiarchiv Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 49. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ¹¹²⁴ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 533, Klawdija W. Pawlowa, Bl. 2 f.
- ¹¹²⁵ Vgl. Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 35.
- ¹¹²⁶ Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-048. Begegnungen nach 22 Jahren, in: Neubrandenburger Zeitung, undatiert.
- ¹¹²⁷ Vgl. Barche, Heinz, Sabotage trotz allem. Aus der Geschichte der Außenlager Neubrandenburg des KZ Ravensbrück (III), in: „FE“-Prisma vom 18.12.1981.
- ¹¹²⁸ Vgl. ders., Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 35.
- ¹¹²⁹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 429, Maria Tkatschenko, Bl. 10. Bericht von Maria Tkatchenko.
- ¹¹³⁰ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Bericht von Valentina Petrowna Samoilowa.
- ¹¹³¹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 429 Maria Tkatschenko, Bl. 10. Bericht von Maria Tkatchenko.
- ¹¹³² Vgl. ebd., V/ 5/ 532 Irina Losowaja, Bl. 6. Erinnerungen.
- ¹¹³³ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Bericht von Valentina Petrowna Samoilowa.
- ¹¹³⁴ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 16, Bl. 40. Aussage von Ernst Käker.
- ¹¹³⁵ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, In einer Front. Junge Deutsche an der Seite der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg, Berlin 1986, S. 206 f.
- ¹¹³⁶ Vgl. „Ich möchte so gern leben...“ Vera Snisarenko und ihre Jugendbrigade, Rostock 1980, ohne Seitenzählung.
- ¹¹³⁷ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 300, Alfred Weber, Bl. 131. Michail Slatogorow, Ein Vermächtnis aus Ravensbrück.
- ¹¹³⁸ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q–H–617. Aus dem Bericht von Besnogowa.
- ¹¹³⁹ Vgl. Bericht von Galina Buschujewa-Sabrodkaja, zitiert nach Radau, Nichts ist vergessen, S. 68.
- ¹¹⁴⁰ Vgl. Wismar 1229–1979, Rat der Stadt Wismar (Hrsg.), Wismar 1979, S. 156.
- ¹¹⁴¹ Vgl. Bendig, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 227.
- ¹¹⁴² Vgl. Schreiben des Reichssicherheitshauptamt vom 12.01.1943, in: Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945. Band 1: Anfang 1933 bis August 1939, Pikarski, Margot, Elke Warning (Bearb.), Berlin 1989, S. 229 f.
- ¹¹⁴³ Vgl. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band II, S. 291.
- ¹¹⁴⁴ Vgl. Schreiben des Reichssicherheitshauptamt vom 05.03.1943, in: Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945. Band 1, S. 249 f.
- ¹¹⁴⁵ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 679, Heinz Bendig, Bl. 2.
- ¹¹⁴⁶ Vgl. Elsner, Lothar [u.a.], Rostock. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin 1980, S. 134.
- ¹¹⁴⁷ Vgl. SAPMO-BArch, Sg Y 30/ 1805, Bl. 4. Bericht von Josef Gwizdek über den gemeinsamen Kampf mit deutschen Antifaschisten gegen den Faschismus.
- ¹¹⁴⁸ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 679, Heinz Bendig, Bl. 2.
- ¹¹⁴⁹ Vgl. SAPMO-BArch, NY 4470. Hans Mahncke 1894–1967, S. 29.
- ¹¹⁵⁰ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 5/ 2. Hans Mahncke, Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf in Rostock, S. 5.
- ¹¹⁵¹ Vgl. Auszug aus dem Bericht von Nora Smirnowa, in: Jahnke, Karl Heinz, Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts. Erster Band, Bonn 1994, S. 221.
- ¹¹⁵² Berichte von Danica Ljubić Skerl und Mihaela Mencej, zitiert nach Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 35 f.
- ¹¹⁵³ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 266, Irena Rupniewska-Denisow, Bl. 2. Aus dem Buch „La Résistance à Ravensbrück“.
- ¹¹⁵⁴ Vgl. Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 39.
- ¹¹⁵⁵ Vgl. Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 36.
- ¹¹⁵⁶ Vgl. Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 40.
- ¹¹⁵⁷ Bericht von Ludmila Muratowa, zitiert nach Jahnke, Karl Heinz, Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts. Zweiter Band, Bonn 1996, S. 213 f.
- ¹¹⁵⁸ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 37. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ¹¹⁵⁹ Vgl. Schoschkina, KZ-Barth-Nr. 29502, S. 13.
- ¹¹⁶⁰ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 429, Maria Tkatschenko, Bl. 10. Bericht von Maria Tkatchenko.
- ¹¹⁶¹ Bericht von Galina Georgi, zitiert nach Birth, Das KZ-Außenlager Barth, S. 49.

- ¹¹⁶² Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 532, Irina Losowaja, Bl. 7. Erinnerungen.
- ¹¹⁶³ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Bericht von Valentina Petrowna Samoilowa.
- ¹¹⁶⁴ LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 12, Bl. 79 f. Schreiben von Dr. Livia Hrozičková an Al-fred Weber.
- ¹¹⁶⁵ Bericht von Maria Kurczyuszowa, wiedergegeben in: Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 35.
- ¹¹⁶⁶ ANg., 2.8/ 1223. Schreiben von Cili Schweiger an Ilse Ständer vom 08.01.1995.
- ¹¹⁶⁷ Vgl. ebd., 2.8.1233. Lebensgeschichte der Sima Herstein.
- ¹¹⁶⁸ Ebd., 2.8/ 1229. Protokoll der Aussage von Szerén Markovics am 16.09.1945 in der Landeszentrale des Komitees für Deportiertenfürsorge in Budapest.
- ¹¹⁶⁹ Vgl. Brief von Eva Neumann-Votavova vom 20.05.1998, in: Schütt, Ein vergessenes Lager? (II), S. 37.
- ¹¹⁷⁰ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 63. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ¹¹⁷¹ Ebd., V/ 5/ 263, Nora Smirnowa, Bl. 12 f. Brief von Nora Smirnowa an Heinz Barche vom 27.02.1982.
- ¹¹⁷² Vgl. ebd., V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 63. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ¹¹⁷³ Vgl. ebd., V/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 61. Nachträgliche Niederschrift der Informationen einer Besuchergruppe in Neubrandenburg.
- ¹¹⁷⁴ Bericht von Maria Capla-Markiewicz, zitiert nach Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 33.
- ¹¹⁷⁵ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 61. Nachträgliche Niederschrift der Informationen einer Besuchergruppe in Neubrandenburg.
- ¹¹⁷⁶ Barche, Heinz, Das Neubrandenburger Manifest. Aus der Geschichte der Außenlager Neubrandenburg des KZ Ravensbrück (II), in: „FE“-Prisma vom 11.12.1981.
- ¹¹⁷⁷ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 272, Odile Roger, Bl. 14 f. Aus dem Berichtsmaterial von Odile Roger vom 16.08.1983.
- ¹¹⁷⁸ Ebd., V/ 5/ 263, Nora Smirnowa, Bl. 12 f. Brief von Nora Smirnowa an Heinz Barche.
- ¹¹⁷⁹ Vgl. ebd., V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 63. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ¹¹⁸⁰ Bericht von Maria Capla-Markiewicz, zitiert nach Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 38.
- ¹¹⁸¹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 177/ 71, Bd. I, Bl. 12. Vermerk.
- ¹¹⁸² Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 266, Irena Rupniewska-Denisow, Bl. 1. Aus dem Buch „La Résistance à Ravensbrück“.
- ¹¹⁸³ Vgl. ebd., V/ 5/ 112, Hermann Schwarz, Bl. 4. Gespräch mit Hermann Schwarz.
- ¹¹⁸⁴ Vgl. ebd., V/ 5/ 265 Erna Muserjewa, Bl. 38 ff. Übersetzung aus dem Buch „FKL Ravensbrück“.
- ¹¹⁸⁵ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 532 Irina Losowaja, Bl. 9 f. Erinnerungen.
- ¹¹⁸⁶ Vgl. ebd., V/ 5/ 429, Maria Tkatschenko, Bl. 10. Bericht von Maria Tkatschenko.
- ¹¹⁸⁷ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Bericht von Valentina Petrowna Samoilowa.
- ¹¹⁸⁸ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band IV, Bl. 576. Niederschrift der Zeugenvernehmung von Maria Srokowska-Tomkowicz am 04.12.1968.
- ¹¹⁸⁹ Gespräch mit Ignaz Golik und Tadeusz Saschiak am 23.09.1999 in Rostock, S. 12.
- ¹¹⁹⁰ Vgl. Mahn- und Gedenkstätte Peenemünde-Karlshagen, S. 15.
- ¹¹⁹¹ Vgl. Garliński, Józef, Hitler's last weapons. The underground war against the V1 and V2, London 1978, S. 53 ff.
- ¹¹⁹² Vgl. Mahn- und Gedenkstätte Peenemünde-Karlshagen, S. 15.
- ¹¹⁹³ Vgl. Bor-Komorowski, T[adeusz], The secret army, Nashville 1984, S. 151.
- ¹¹⁹⁴ Vgl. Longmate, Norman, Hitler's Rockets. The Story of the V-2s, London [u.a.] 1985, S. 90.
- ¹¹⁹⁵ Vgl. Vgl. Garliński, Hitler's last weapons, S. 58.
- ¹¹⁹⁶ Vgl. Jones, R. V., Most secret war, London 1978, S. 337 f.
- ¹¹⁹⁷ Vgl. Bergier, Jacques, Secret weapons – secret agents, London 1956, S. 86.
- ¹¹⁹⁸ Vgl. Jahnke, Gegen Faschismus und Krieg, S. 74.
- ¹¹⁹⁹ Vgl. LHAS, SED-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern, IV/ L/ 2/ 15/ 669, Bl. 288. VVN Ortsgruppe Zinnowitz, Bericht über den ermordeten Kameraden Johannes ter Morsche.
- ¹²⁰⁰ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, Antifaschistischer Widerstand in Peenemünde 1942/ 43, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 38 (1989), Heft 3, S. 74–79, hier S. 75.
- ¹²⁰¹ Vgl. ders., Aus dem Kampf polnischer und deutscher Antifaschisten, S. 110 f.
- ¹²⁰² Vgl. Knauff, Wolfgang, „Fall Stettin“ ferngesteuert, Berlin 1994, S. 22 ff.
- ¹²⁰³ Vgl. Reinhold, Christine und Hartmut, Telegramm aus Holland – Erinnerungen an J. ter Morsche – Kommunist und Widerstandskämpfer, in: Wolgast-Buch, 3, Wolgast 1986, S. 10–14, hier S. 12 f.
- ¹²⁰⁴ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 17/ 19. F. Gründer, Vereint im Kampf für humanistische Ordnung.
- ¹²⁰⁵ Vgl. Reinhold, Telegramm aus Holland, S. 13.
- ¹²⁰⁶ SAPMO-BArch, DY 55/ V 241/ 8/ 64, Bl. 96. Protokoll für die Forschungsstelle der Widerstandsbewegung. Bericht von Karl Fischer.
- ¹²⁰⁷ Fischer, Karl, Das „Revolutionäre Komitee Nord“. Ein Beitrag zur Geschichte der Widerstandsbewegung in Deutschland, o.O. o.J., S. 14.
- ¹²⁰⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 55/ V 241/ 8/ 64, Bl. 9. Karl Fischer, Protokoll über die Tätigkeit des Revolutionären Komitees Nord in Mecklenburg.
- ¹²⁰⁹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 144, Erna Stellmacher. Heinz Barche, Bericht über die Ergebnisse des Besuches bei Erna Stellmacher.

- ¹²¹⁰ Fischer, Karl, Das „Revolutionäre Komitee Nord“, in: Drobisch, Klaus (Hrsg.), Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, Berlin 1980, S. 220–224, hier S. 222 f.
- ¹²¹¹ Ders., Über Abgründe hinweg, Berlin 1963, S. 61.
- ¹²¹² Vgl. SAPMO-BArch, DY 55/ V 241/ 8/ 64, Bl. 9. Karl Fischer, Protokoll über die Tätigkeit des Revolutionären Komitees Nord.
- ¹²¹³ Vgl. Schönrock, Harry, Antifaschistischer Widerstandskampf in Neubrandenburg zur Zeit des zweiten Weltkrieges, in: Heimatkundliches Jahrbuch, Bezirk Neubrandenburg, I, 1966, S. 194–199, hier S. 197.
- ¹²¹⁴ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 144, Erna Stellmacher. Heinz Barche, Bericht über die Ergebnisse des Besuches bei Erna Stellmacher.
- ¹²¹⁵ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 57/ 70, Band III, Bl. 251. Protokoll der Vernehmung von Ledwig Lacinová durch das Bezirksgericht Brünn-Stadt am 19.11.1968.
- ¹²¹⁶ Brief von Hofstede, undatiert, zitiert nach Schuster, Pastor Karl Fischer, S. 6.
- ¹²¹⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 55/ V 241/ 8/ 64, Bl. 69. Erklärung von Wladyslawa Pawelska und Sylvester Hoppe vom 25.05.1948.
- ¹²¹⁸ Vgl. Schönrock, Harry, Antifaschistischer Widerstandskampf in Neubrandenburg, S. 197.
- ¹²¹⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 55/ V 241/ 8/ 64, Bl. 9. Karl Fischer, Protokoll über die Tätigkeit des Revolutionären Komitees Nord.
- ¹²²⁰ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 6/ 5/ 2. Hans Mahncke, Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf in Rostock, S. 4.
- ¹²²¹ Vgl. ebd.
- ¹²²² Vgl. SAPMO-BArch, DY 55/ V 241/ 7/ 60, Bl. 184. Hans Mahncke, Wie wir der Gestapo ein Schnippchen geschlagen haben
- ¹²²³ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 640, Werner Birnbaum. Protokoll des Interviews mit Werner Birnbaum am 05.03.1960.
- ¹²²⁴ Vgl. ebd., V/ 5/ 214, Walter Petschow, Bl. 8. Die Erinnerungen und Erlebnisberichte des Arbeiterveteranen Walter Petschow, angefertigt von Ilonka Cloos am 07.06.1968.
- ¹²²⁵ Vgl. ebd., V/ 5/ 588, Friedrich Bolte, Bl. 4. Als Illegaler in den Heinkel-Werken.
- ¹²²⁶ Vgl. Langer, Leben unterm Hakenkreuz, S. 200.
- ¹²²⁷ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 795, Herbert Kleinitz, Bl. 7. Erinnerungen aus meiner Kindheit.
- ¹²²⁸ Vgl. ebd., V/ 5/ 417 Ernst Dieckmann, Bl. 10.
- ¹²²⁹ Vgl. ebd., V/ 5/ 494, Albert Walter, Bl. 15 ff.
- ¹²³⁰ Vgl. ebd., Bl. 28. Nachtrag für Prof. Dr. Janhnke.
- ¹²³¹ Vgl., Polzin, Witt, Rostock, S. 228.
- ¹²³² Vgl. Schönrock, Herbert, Der antifaschistische Widerstandskampf unter der Führung der KPD in der Stadt Rostock 1933–1945, Examensarbeit, Ms., Rostock 1963, S. 48.
- ¹²³³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 55/ V 241/ 7/ 60, Bl. 80. Fanny Mütze-Specht, Widerstand gegen den Krieg in Mecklenburgischen Rüstungsbetrieben.
- ¹²³⁴ Faksimile eines Gestapoberichts, in: Jahnke, Karl Heinz, Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mecklenburg von 1933 bis 1945, in: Gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg, Schwerin 1967, S. 5–24., hier S. 21.
- ¹²³⁵ Werktätige Rostocks, Januar 1939, in: Pikarski, Margot/ Günter Uebel, Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945, Berlin 1980, S. 184.
- ¹²³⁶ Vgl. Stahl, Vom Werden und Wachsen der Neptunwerft, S. 23.
- ¹²³⁷ Vgl. Heinrich Bichel. Ein Goldberger Arbeiter und Kommunist. Biographischer Abriß, Lübz 1980, S. 12.
- ¹²³⁸ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 534, Erwin Grünewaldt, Bl. 9 f.
- ¹²³⁹ Vgl. ebd., V/ 5/ 559, Friedrich Jansen, Bl. 15 ff.
- ¹²⁴⁰ Vgl. Derbitz, Gerhard, Max Pagel. Werftarbeiter und Kommunist, Rostock 1984, ohne Seitenzählung.
- ¹²⁴¹ Vgl. Wismar 1229–1979, Rat der Stadt Wismar (Hrsg.), Wismar 1979, S. 156.
- ¹²⁴² Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 595, Friedrich Voß, Bl. 4. Erinnerungsbericht von Friedrich Voß.
- ¹²⁴³ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 36, Karl Bräuer, Bl. 8 f. Karl Bräuer, Meine Erinnerungen.
- ¹²⁴⁴ Vgl. Bernhard Härtel, S. 22.
- ¹²⁴⁵ Vgl. Emil Rachow. Erzogen durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Mit der Sowjetunion brüderlich verbunden. Kämpfer gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. Einer der „Aktivsten der Ersten Stunde“, Wismar o.J., S. 43 f.
- ¹²⁴⁶ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, Widerstand und Opposition gegen das NS-Regime aus den Kirchen in Mecklenburg 1933–1945, Rostock 1994, S. 21.
- ¹²⁴⁷ Vgl. LHAS, 5.12–9/ 4, Nr. 152. Niederschrift über die Kreisführerbesprechung unter Leitung des Kommandeurs der Gendarmerie am 6. Juli 1942 im Ledigenheim in Rerik.
- ¹²⁴⁸ Vgl. Kriek, Schwerin, S. 145.
- ¹²⁴⁹ Vgl. Ewert, Alfred, Zur Zusammenarbeit von Schweriner Kommunisten mit Kriegsgefangenen während des zweiten Weltkrieges, in: Befreiung und Neubeginn, Berlin 1966, S. 150–153, hier S. 151.
- ¹²⁵⁰ Vgl. Dokumentation – Gedenkstätte für die im Zuchthaus Bützow Dreierbergen eingekerkerten und ermordeten Kommunisten und Antifaschisten, o.O. 1985, ohne Seitenzählung.
- ¹²⁵¹ Bericht des Reichsverteidigungskommissars Friedrich Hildebrandt an das Rüstungskommando Schwerin vom 04.03.1944, in: Behrens, Mecklenburg in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 150 ff., hier S. 151.
- ¹²⁵² Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Einige Hinweise aus dem Gedächtnis über den Betrieb MEMEFA von Maria Trinks.

- ¹²⁵³ Vgl. ebd., Gesprächsprotokoll der Erinnerungen von Maria Schulz.
- ¹²⁵⁴ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mecklenburg und Vorpommern während des zweiten Weltkrieges (1939–1945), in: Befreiung und Neubeginn, Berlin 1966, S. 65–82, hier S. 76.
- ¹²⁵⁵ Vgl. 750 Jahre Schwaan 1230–1980. Beiträge zur Geschichte der Stadt, Schwaan 1980, S. 56.
- ¹²⁵⁶ Vgl. Genz, Peter, Der Kampf antifaschistischer Kräfte des Kreises Grimmen gegen Faschismus und Krieg in den Jahren des zweiten Weltkrieges, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Band 7, 1967, S. 125–133, hier S. 127.
- ¹²⁵⁷ Vgl. ders., Der Kampf gegen Faschismus und Krieg in den Jahren 1939 bis 1945 in den Kreisen Stralsund, Franzburg-Barth, Grimmen und Rügen, Staatsexamensarbeit am Historischen Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Ms., 1965, S. 64.
- ¹²⁵⁸ Vgl. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Stralsund, Jahnke, Karl Heinz, Wolfgang Höch, Peter Genz, Stralsund 1968, S. 148.
- ¹²⁵⁹ Vgl. Mai, J[ochim], Der Sieg über den Faschismus im Bereich der 2. Belorussischen Front und der Beginn des demokratischen Neuaufbaus in Mecklenburg-Vorpommern (Januar bis Juni 1945), in: ders. (Hrsg.), Vom Narew bis an die Elbe. Erinnerungen sowjetischer Kriegsteilnehmer der 2. Belorussischen Front, Berlin 1965, S. 13–87, hier S. 30 f.
- ¹²⁶⁰ Vgl. Jahnke, Karl Heinz, Die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Stralsund von ihren Anfängen bis zur Gründung der SED (1891–1946), Diss. Greifswald 1960, S. 322.
- ¹²⁶¹ Vgl. Geschichte der Kreisparteiorganisation Greifswald der SED. Teil 1: Revolutionäre Traditionen und das Ringen um die Einheit der Arbeiterbewegung, Greifswald 1989, S. 32.
- ¹²⁶² Vgl. Gräfe und Zastrow, Fahrt für das Leben (III).
- ¹²⁶³ Vgl. Jahnke, Gegen Faschismus und Krieg, S. 67 ff.
- ¹²⁶⁴ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Waren, Material Siegfried Klebba. Dwangarbeiders in Hitler-Duitsland.
- ¹²⁶⁵ Vgl. ebd. Martin Holman, Kurze Übersicht.
- ¹²⁶⁶ Bekanntmachungen des Bürgermeisters u. des Landrats vom 25.05.1945, in: Stüdemann, Kurt, Parchim 1945–1947. Vom Leben in jenen Tagen. Teil 1 (= Parchimer Heimathefte, Nr. 24), Barsbüttel 1995, S. 11.
- ¹²⁶⁷ Vgl. LHAS, Rat des Kreises Hagenow, 6.12–1/ 6, Nr. 205. Schreiben des Landrats des Kreises Hagenow vom 22.10.1945.
- ¹²⁶⁸ Vgl. Jacobmeyer, Wolfgang, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985, S. 50 f.
- ¹²⁶⁹ Bericht von Gerda Bischof vom 11.02.1988, in: Schultz-Naumann, Joachim, Mecklenburg 1945, München 1989, S. 277.
- ¹²⁷⁰ Griese, Friedrich, Der Wind weht nicht wohin er will, Düsseldorf, Köln 1960, S. 19 f.
- ¹²⁷¹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 111, Walter Krepelin, Bl. 2. Bericht von Walter Krepelin vom 12./ 13.05.1976.
- ¹²⁷² Vgl. Möller, Stutz, „Und im nachhinein ist so vieles, was ich meinen Vater eigentlich hätte fragen können!“, S. 51.
- ¹²⁷³ Zitiert nach Langer, Leben unterm Hakenkreuz, S. 234.
- ¹²⁷⁴ Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, Ordner Bachmann-Werke: Zeitzeugen/ Mitarbeiter. Bericht von S.C.
- ¹²⁷⁵ Vgl. Wilhelm, Schon ein Stück gestohlenes Brot reichte für ein Todesurteil.
- ¹²⁷⁶ Vgl. Zámečník, Stanislav, Kein Häftling darf lebend in die Hände des Feindes fallen. Zur Existenz des Himmler-Befehls vom 14./18. April 1945, in: Dachauer Hefte, 1. Jahrgang, 1985, S. 219–231, hier S. 219.
- ¹²⁷⁷ Vgl. Wagner, Jens-Christian, Zwangsarbeit in Peenemünde, S. 19.
- ¹²⁷⁸ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 108/ 70, Band XVII, Bl. 2732. Zeugenvernehmungsprotokoll des Verhörs von Włodzimierz Kulinski.
- ¹²⁷⁹ Vgl. ebd., Band V, Bl. 576. Schreiben von Alfred Weber an Georg Johann Hüttl vom 03.03.1966.
- ¹²⁸⁰ Vgl. BLHA, Rep. 35 I KZ Ravensbrück, Nr. 51, Bl. 25. KZ Peenemünde. Bericht der VdN-Forschungskommission Rostock.
- ¹²⁸¹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1462. Protokoll der Zeugenvernehmung von Jaroslaw Cyprian Ladosz am 23.02.1971 in Kattowitz.
- ¹²⁸² Vgl. Wagner, Jens-Christian, Zwangsarbeit in Peenemünde, S. 19 f.
- ¹²⁸³ Vgl. Radau, Bericht des ungarischen Juden Ernst Fleischer, S. 508.
- ¹²⁸⁴ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1217. Protokoll der Zeugenvernehmung von Andrzej Alfred Rablin durch die Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Krakau am 23.10.1969.
- ¹²⁸⁵ Vgl. Legband, Michael, Das Mahnmal erbaut, verdrängt, wiederentdeckt, Itzehoe 1994, S. 84 ff.
- ¹²⁸⁶ Vgl. Stendell, Günther, Die Geschichte des Konzentrationslagers Reiherhorst bei Wöbbelin, in: Gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, Schwerin 1967, S. 41–62, hier S. 43.
- ¹²⁸⁷ Vgl. Interview mit Pierre Verhaegen, in: Hertz-Eichenrode, Katharina (Hrsg.), Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945, Band 1, Bremen 2000, S. 337.
- ¹²⁸⁸ AS, R 86/ 27. Bericht von Ernst Fleischer.
- ¹²⁸⁹ Vgl. Gavin M., On to Berlin. Battles of an Airborne Commander 1943–1946 5. Auflage, New York 1979, S. 288 f.
- ¹²⁹⁰ Vgl. Radau, Bericht des ungarischen Juden Ernst Fleischer, S. 509.
- ¹²⁹¹ Vgl. Bericht von Generalmajor Müller-Hildebrand, in: Schultz-Naumann, Mecklenburg 1945, S. 132.
- ¹²⁹² Vgl. Legband, Das Mahnmal, S. 87.
- ¹²⁹³ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 44. Bericht von Rozka Štefanova.
- ¹²⁹⁴ StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. Schreiben von Wasyl Pikula vom 06.01.1948.

- ¹²⁹⁵ Bericht von Hanna Conrad, in: Krellenberg, H[ans U]lrich], Der Marsch zwischen Tod und Leben, Parchim 1984, S. 13.
- ¹²⁹⁶ Vgl. Bericht einer Bartherin, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 127.
- ¹²⁹⁷ Vgl. Bericht von Galina Buschujewa-Sabrodsckaja, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 81.
- ¹²⁹⁸ Vgl. Bericht von Margot Schridde, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 103.
- ¹²⁹⁹ Vgl. ANg., 2.8/ 247-1183. Schreiben an Helga Radau vom 03.01.1994.
- ¹³⁰⁰ Vgl. Bericht von Pierre Louis Mutz, zitiert nach Radau, Nichts ist vergessen, S. 108.
- ¹³⁰¹ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band VIII, Bl. 1390. Protokoll der Zeugenvernehmung von Ryszard Wysokinski.
- ¹³⁰² Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 6/ 17/ 12, Bl. 79. Schreiben von Dr. Livia Hrozienčiková an Alfred Weber.
- ¹³⁰³ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, VI/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 45. Bericht von Rozka Štefanova.
- ¹³⁰⁴ Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 5/ 572, Galina Filipowa, Bl. 3. Schreiben von Galina Filipowa an Alfred Weber vom 19.03.1980.
- ¹³⁰⁵ Vgl. Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Ribnitz-Damgarten. Teil I: 1945 und 1946. Bearbeitet und herausgegeben durch die Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Ribnitz-Damgarten, Ribnitz-Damgarten 1979, S. 4 f.
- ¹³⁰⁶ Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 6/ 17/ 16, Bl. 72. Bericht von Fritzsche.
- ¹³⁰⁷ Vgl. ebd., VI/ 6/ 17/ 12. Schreiben von Günther Striesow an Alfred Weber vom 26.05.1980.
- ¹³⁰⁸ Vgl. ebd., VI/ 5/ 572, Galina Filipowa, Bl. 3. Schreiben von Galina Filipowa an Alfred Weber.
- ¹³⁰⁹ Vgl. Bericht von Magda Hunold, zitiert nach Weber, Stärker als der Tod, S. 28.
- ¹³¹⁰ Vgl. Bericht von Galina Buschujewa-Sabrodsckaja, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 82.
- ¹³¹¹ Vgl. Erichson, Hans, Zur Geschichte der Städte Ribnitz und Damgarten von der Gründung im 13. Jahrhundert bis zum Zusammenschluß im Jahre 1950. Katalog zur stadtgeschichtlichen Ausstellung des Bernsteinmuseums Ribnitz-Damgarten, Ribnitz-Damgarten 1997, S. 246.
- ¹³¹² Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 5/ 701, Maria Prozenko, Bl. 2. Schreiben von Maria Prozenko vom 07.08.1985.
- ¹³¹³ Vgl. Schoschkina, KZ Barth-Nr. 29502, S. 18.
- ¹³¹⁴ BArch, ZSL, 409 AR-Z 9/ 71, Band IV, Bl. 504. Schreiben des 10. Kommissariats der Kriminalpolizei Karlsruhe über die Vernehmung von Emma Kreuz vom 03.06.1969.
- ¹³¹⁵ Vgl. ebd., Band VII. Niederschrift der Zeugenvernehmung von Chajim Josef Rottenberg am 10.08.1970 in Tel Aviv.
- ¹³¹⁶ Vgl. StA Barth, Rep. 5 II/ 15 N 401. , KL „Barth“ vom 17. April 1945 bis 30. April 1945.
- ¹³¹⁷ Vgl. Bericht von Jan Telling, in: Radau, Helga, Behutsam an die Freiheit herangetastet, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 12.11.1994.
- ¹³¹⁸ Vgl. Demoulin, Charles, Mes Oiseaux de Feux, Paris 1982, S. 307.
- ¹³¹⁹ Vgl. Bericht von Jan Telling, in: Radau, Behutsam an die Freiheit herangetastet.
- ¹³²⁰ Vgl. StA Barth, 4.7.5.3. Brief von Jack O. Horton vom 21.08.1999.
- ¹³²¹ Vgl. „Dieses Lager ist mit Dachau vergleichbar!“ Erinnerungsberichte kanadischer und australischer Kriegsgefangener des Stalag Barth über die Entdeckung des KZ' Barth am 01.05.1945 , in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998, S. 23–26, hier S. 23 ff.
- ¹³²² Vgl. StA Ribnitz-Damgarten, Ordner Bachmann-Werke: Zeitzeugen/ Mitarbeiter. Bericht von K.V.
- ¹³²³ Vgl. Bericht von Jan Telling, in: Radau, Helga, Das Nachthemd mit der Krone, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 15.11.1994.
- ¹³²⁴ Vgl. Bericht von Jan Telling, in: Radau, Helga, Endlich nach Hause, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 19.11.1994.
- ¹³²⁵ Vgl. Demoulin, Mes Oiseaux de Feux, S. 312.
- ¹³²⁶ Vgl. Behnke, Zur Entwicklung der Stadt Ribnitz, S. 79.
- ¹³²⁷ Schoschkina, KZ Barth-Nr. 29502, S. 18 f.
- ¹³²⁸ Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 5/ 326, Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann, Bl. 4 ff. Bericht von Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann vom November 1976.
- ¹³²⁹ Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 6/ 17/ 17, Bl. 23. Schreiben von Magdalena Szabolcsi an Alfred Weber vom 26.06.1964.
- ¹³³⁰ Vgl. Mende, Erich, Das verdammte Gewissen. Zeuge der Zeit 1921–1945, 4., durchgesehene und erweiterte Auflage, München 1999, S. 368.
- ¹³³¹ Vgl. Revolutionäre Gedenkstätten im Kreis Rostock-Land, Rostock 1986, S. 10 f.
- ¹³³² Vgl. LAGw, BPA Rostock, VI/ 5/ 326, Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann, Bl. 11 f. Bericht von Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann.
- ¹³³³ Vgl. ebd., VI/ 6/ 17/ 17, Bl. 64. Schreiben von Dora Kowaltschuk an Alfred Weber.
- ¹³³⁴ Vgl. ebd., VI/ 5/ 326, Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann, Bl. 12 f. Bericht von Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann.
- ¹³³⁵ LHAS, BPA Neubrandenburg, VI/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 46. Bericht von Ana Pečarič.
- ¹³³⁶ Vgl. Bericht von Irena Szydłowska, zitiert in: Krüger, Dieter, 1945. Das Kriegsende in Neubrandenburg und im Kreis Mecklenburg-Strelitz, Neubrandenburg 1995, S. 167.
- ¹³³⁷ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, VI/ 5/ 272, Odile Roger, Bl. 24. Undatierter Bericht.
- ¹³³⁸ Bericht von Nora Smirnowa, zitiert in: Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 49.
- ¹³³⁹ Vgl. Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, VI/ 5/ 269, Lucienne Saboulard, Bl. 35 f. Bericht von Lucienne Saboulard über ihre Erlebnisse im Lager „Waldbau“.

- ¹³⁴⁰ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-104. Auskunft von Wanda Thiele am 11.09.1979.
- ¹³⁴¹ Vgl. Wir erfüllen ihr Vermächtnis, S. 33.
- ¹³⁴² Vgl. Bericht von Irena Szydłowska, zitiert in: Krüger, 1945, S. 167.
- ¹³⁴³ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-102. Auskunft von Heuer am 22.09.1979.
- ¹³⁴⁴ LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 20. Brief von Erna Muserjewa an Heinz Barche vom 06.02.1979.
- ¹³⁴⁵ Maurel, Kein Ort für Tränen, S. 115 ff.
- ¹³⁴⁶ Vgl. Zeiger, Antje, Todesmärsche im Frühjahr 1945. Evakuierungen aus Konzentrationslagern im Gebiet Mecklenburg/ Vorpommern, in: Diekmann, Irene (Hrsg.), Wegweiser durch das jüdische Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam 1998, S. 477–503, hier S. 489.
- ¹³⁴⁷ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-A-013. Die Geschichte des Frauenkonzentrationslagers in Neubrandenburg und antifaschistische Widerstandsaktionen in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg, Kommission zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hrsg.), Neubrandenburg 1983.
- ¹³⁴⁸ Vgl. Das Munitions- und Sprengstoffwerk in Malchow (Meckl.) 1938–1945 [Heft zur Geschichte der Stadt Malchow (Meckl.)], Malchow 1995, S. 25.
- ¹³⁴⁹ Vgl. Bernadotte, Folke, Das Ende. Meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945 und ihre politischen Folgen, Zürich, New York o.J. [1945], S. 47 ff.
- ¹³⁵⁰ Vgl. Archiv des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, AN 1520. Lebensbericht von Anna Madlinger.
- ¹³⁵¹ Vgl. Krüger, 1945, S. 170.
- ¹³⁵² Vgl. Auszüge aus dem Protokoll der Zusammenkunft bei der amtierenden Bürgermeisterin in Neubrandenburg am 03.05.1967, in: Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg, S. 60.
- ¹³⁵³ Bericht von Nora Smirnowa, zitiert in: Barche, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf, S. 49.
- ¹³⁵⁴ Vgl. Thälmann, Erinnerungen an meinen Vater, S. 125.
- ¹³⁵⁵ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-277. Angaben von Horst Kuhfeld.
- ¹³⁵⁶ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 111, Walter Krepelin, Bl. 5. Niederschrift des Gesprächs mit Walter Krepelin am 14.05.1976.
- ¹³⁵⁷ Vgl. ebd., V/ 5/ 112 Hermann Schwarz, Bl. 8. Gespräch mit Hermann Schwarz.
- ¹³⁵⁸ Vgl. Regionalmuseum Neubrandenburg, Q-F-277. Angaben von Horst Kuhfeld und ebd., Q-F-272, Bl. 2 f. Angaben von Otto Möller.
- ¹³⁵⁹ Schreiben des Neubrandenburger Bürgermeisters Kurt Mücklich an die Politische Verwaltung der 2. Belorussischen Front, wiedergegeben nach Krüger, Dieter, Militärische Ereignisse im April/ Mai 1945 zwischen Haff und Müritz, Neubrandenburg 1985, S. 9.
- ¹³⁶⁰ Vgl. ebd., Q-F-146. Angaben von Richard Dassow am 01.09. und 13.10.1981.
- ¹³⁶¹ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 102, Kurt Mücklich. Niederschrift des Erfahrungsaustauschs mit Walter Schubert vom 17.11.1976.
- ¹³⁶² Vgl. ebd., V/ 5/ 111, Walter Krepelin, Bl. 5. Niederschrift des Gesprächs mit Walter Krepelin am 14.05.1976.
- ¹³⁶³ Vgl. Krüger, 1945, S. 170.
- ¹³⁶⁴ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 112, Hermann Schwarz, Bl. 6. Gespräch mit Hermann Schwarz.
- ¹³⁶⁵ Vgl. ebd., V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 72. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ¹³⁶⁶ Jahnke, Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts. Erster Band, S. 211 ff.
- ¹³⁶⁷ Vgl. LHAS, BPA Neubrandenburg, V/ 5/ 265, Erna Muserjewa, Bl. 73. Erna Muserjewa, Neubrandenburg.
- ¹³⁶⁸ Vgl. ANg., 2.8/ 1225. Bericht von Vera Barta.
- ¹³⁶⁹ Vgl. ebd., Ng. 6.4.4. Niederschrift des Gesprächs mit Wilma Burmeister.
- ¹³⁷⁰ Vgl. ebd., 2.8/ 1226. Protokoll der Aussage vom Malvin Saji.
- ¹³⁷¹ Vgl. ebd., 2.8/ 1229. Protokoll der Aussage von Szerén Markovics.
- ¹³⁷² Vgl. ebd., 6.4.4. Niederschrift des Gesprächs mit Wilma Burmeister.
- ¹³⁷³ Vgl. ebd., 2.8/ 1230. Protokoll der Vernehmung von Cilli Herskovics.
- ¹³⁷⁴ Vgl. ebd., 2.8/ 1225. Bericht von Vera Barta.
- ¹³⁷⁵ Vgl. ebd., 2.8/ 1233. Lebensgeschichte der Sima Herstein.
- ¹³⁷⁶ Vgl. ebd., 6.4.4. Protokoll der Aussage von Gisa Curaro am 04.08.1969.
- ¹³⁷⁷ Vgl. ebd., 2.8/ 1229. Protokoll der Aussage von Szerén Markovics.
- ¹³⁷⁸ Vgl. ebd., 2.8/ 1233. Lebensgeschichte der Sima Herstein.
- ¹³⁷⁹ Vgl. ebd. 2.8/ 1228. Übersetzung eines Briefes von Eva Kende.
- ¹³⁸⁰ Vgl. Archiv des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, AN 4821. Bericht von Sima Vaisman.
- ¹³⁸¹ Vgl. Schütt, Ein vergessenes Lager, S. 11.
- ¹³⁸² Vgl. Birenbaum, Die Hoffnung stirbt zuletzt, S. 194.
- ¹³⁸³ Vgl. Brief von Eva Neumann-Votavova vom 20.05.1998, in: Schütt, Ein vergessenes Lager? (II), S. 37 f.
- ¹³⁸⁴ Vgl. Archiv des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, AN 4821. Bericht von Sima Vaisman.
- ¹³⁸⁵ Vgl. Bericht von Fanny Celgoh-Segal, in: Schütt, Ein vergessenes Lager, S. 35.
- ¹³⁸⁶ Vgl. Archiv des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, AN 4821. Bericht von Sima Vaisman.

- ¹³⁸⁷ Vgl. Kopecky, Lilli, Im Schatten der Flammen. Sechs Vorlesungen über den Holocaust, Düsseldorf 1992, S. 56.
- ¹³⁸⁸ Vgl. Pelz-Bergt, Jutta, Die ersten Jahre nach dem Holocaust. Odyssee einer Gezeichneten, Bremen 1997, S. 15 ff.
- ¹³⁸⁹ Vgl. Póltawska, Wanda, Und ich fürchte meine Träume, Abensberg 1993, S. 167.
- ¹³⁹⁰ Vgl. Bericht von M.B. aus Neustadt-Glewe, in: Schütt, Ein vergessenes Lager, S. 44.
- ¹³⁹¹ Vgl. Schütt, Ein vergessenes Lager, S. 12.
- ¹³⁹² Vgl. Kopecky, Im Schatten der Flammen, S. 57.
- ¹³⁹³ Vgl. Pelz-Bergt, Die ersten Jahre nach dem Holocaust, S. 31.
- ¹³⁹⁴ Vgl. Caterine Kotliabrecsky-Korb, in: Schütt, Ein vergessenes Lager, S. 38.
- ¹³⁹⁵ Vgl. Krüger, Die „Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg GmbH“, S. 110.
- ¹³⁹⁶ Kreisarchiv Güstrow, Landratsamt Güstrow Dezernat Wirtschaft Abt. Industrie, Nr. 2446.
- ¹³⁹⁷ Vgl. LAGw, BPA Rostock, V/ 5/ 216, Paul Philipp, Bl. 9.
- ¹³⁹⁸ Vgl. ebd., V/ 5/ 211, Max Pagel, Bl. 23. Bericht vom 25.04.1969.
- ¹³⁹⁹ Vgl. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1. 1945, Berlin 1946, S. 20.
- ¹⁴⁰⁰ Vgl. LHAS, 6.11-11, Nr. 3088. Schreiben der Landesregierung Mecklenburg an die Firma Gebr. Sauer vom 21.04.1947.
- ¹⁴⁰¹ Vgl. ebd., 6.11-14, Nr. 644, Bl. 35. Durchschlag der Enteignungsurkunde der Van Tongelschen Stahlwerke G.m.b.H. vom 11.10.1947.
- ¹⁴⁰² LHAS, 6.11-11, Nr. 3089, Bl. 78 f. Zeugenaussage über Günther Vetting.
- ¹⁴⁰³ Vgl. ebd., Beschluss der Politischen Vereinigung der Wirtschaft der Stadt Ueckermünde vom 17.02.1946.
- ¹⁴⁰⁴ Vgl. ebd., Nr. 3087. Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Kämpny
- ¹⁴⁰⁵ Vgl. ebd., Beglaubigte Abschrift der Erklärung von Ferdinand de Dobbeleer vom 08.02.1947.
- ¹⁴⁰⁶ Vgl. ebd., 6.12-1/ 13, Nr. 335, Bl. 366. Walther Bachmann, Bericht über meine Parteizugehörigkeit.
- ¹⁴⁰⁷ Vgl. ebd., Bl. 328. Schreiben des Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Innere Verwaltung an den Landrat des Kreises Rostock vom 10.04.1946.
- ¹⁴⁰⁸ Wolf, Neubrandenburg, S. 69.
- ¹⁴⁰⁹ Vgl. Wilhelm, Schon ein Stück gestohlenen Brot reichte für ein Todesurteil.
- ¹⁴¹⁰ Vgl. Möller, Stutz, „Und im nachhinein ist so vieles, was ich meinen Vater eigentlich hätte fragen können!“, S. 51.
- ¹⁴¹¹ ANg., 6.4.4. Niederschrift des Gesprächs mit Wilma Burmeister.
- ¹⁴¹² Vgl. Schwabe, Klaus, Arroganz der Macht. Herrschaftsgeschichte der KPD und SED in Mecklenburg und Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1997, S. 26.
- ¹⁴¹³ Vgl. Herbert, Ulrich, Zweierlei Bewältigung, in: ders. und Olaf Groehler, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 7–27, hier S. 19.
- ¹⁴¹⁴ Wolf, Neubrandenburg, S. 69.
- ¹⁴¹⁵ Vgl. Steinmüller, Wilfried, Spuren im Heidegras – Das KZ-Lager Schwarzenpfost/ Steinheide bei Rostock, in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe (= Schriften der Geschichtswerkstatt Toitenwinkel, Heft 5), Rostock 1998, S. 30–33, hier S. 33.
- ¹⁴¹⁶ Herbert, Zweierlei Bewältigung,, S. 20.
- ¹⁴¹⁷ Vgl. BStU, Untersuchungsvorgang über Arnold Zöllner, Bl. 103. Einschätzung des GI „Kröger“ vom 06.04.1965.
- ¹⁴¹⁸ Vgl. ebd., Bl. 47. Auszug aus der eidesstattlichen Erklärung des SS-Lagerkommandanten von Ravensbrück, Fritz Suhren.
- ¹⁴¹⁹ Vgl. ebd., Bl. 45. Bericht Leutnant Schumachers.
- ¹⁴²⁰ Vgl. ebd., Bl. 19. Otto Köhler, Lebenslauf vom 01.11.1952.
- ¹⁴²¹ Vgl. ebd., Bl. 104 f. Einschätzung des GI „Kröger“ vom 06.04.1965.
- ¹⁴²² Vgl. ebd., Bl. 46. Bericht Leutnant Schumachers.
- ¹⁴²³ Vgl. BArch, ZSL, 409 AR-Z 39/ 59, Band XXVI, Bl. 4298 ff. Bericht der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen an französische Behörden vom 11.03.1976.
- ¹⁴²⁴ Vgl. Radau, Nichts ist vergessen, S. 28 ff.
- ¹⁴²⁵ Vgl. Strebel, Verlängerter Arm der SS oder schützende Hand?, S. 40.
- ¹⁴²⁶ Vgl. Kaienburg, Das Konzentrationslager Neuengamme, S. 285.
- ¹⁴²⁷ Vgl. Benz, Wolfgang, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, 3. Auflage, München 1994, S. 171.
- ¹⁴²⁸ Vgl. Seifert, Geschäft mit dem Flugzeug, S. 121.
- ¹⁴²⁹ Vgl. Eschbach, Insa, „Ich bin unschuldig.“ Vernehmungsprotokolle als historische Quellen. Der Rostocker Ravensbrück-Prozeß 1966, in: Werkstatt Geschichte, 12, 1995, S. 65–70, hier S. 66 ff.
- ¹⁴³⁰ Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hrsg.), Berlin 1968, S. 362.
- ¹⁴³¹ Vgl. Mahn- und Gedenkstätte für das Außenlager Barth des ehemaligen KZ Ravensbrück, Rostock 1985, ohne Seitenzählung.
- ¹⁴³² Vgl. Morsey, Rudolf, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn [u.a.] 1996, S. 513.
- ¹⁴³³ Vgl. Der Aufstieg und Fall des Heinrich Lübke. Die Geschichte einer Karriere, Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hrsg.), Berlin 1969, S. 61.

- ¹⁴³⁴ Vgl. Mader, Geheimnis von Huntsville, S. 202.
- ¹⁴³⁵ Vgl. Neufeld, Michael J., Mythos Peenemünde: Reflexionen aus internationaler Sicht, in: Peenemünde. Facetten eines historischen Ortes, Erichsen, Johannes, Bernhard M. Hoppe und Dirk Zache (Hrsg.), Schwerin 1999, S. 8–14, hier S. 14.
- ¹⁴³⁶ Vgl. Redmer, Kurt, Das grüne Tal. Gedanken um einen Ort der Erholung und des Gedenkens, in: Revolutionäre Traditionen der Arbeiterbewegung Mecklenburgs 1848 bis 1945, Schwerin 1982, S. 55 f., hier S. 56.
- ¹⁴³⁷ Stalag II E. Eine Dokumentation über die bei Schwerin –Neuzippendorf entdeckten Massengräber, Schwerin 1961, S. 11.
- ¹⁴³⁸ Elsner, Lothar, Zum Wesen und zur Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock 1974, S. 2–76, hier S. 40.
- ¹⁴³⁹ Vgl. Herbert, Der „Ausländereinsatz“, S. 47 f.
- ¹⁴⁴⁰ Eichholtz, Dietrich, Das Zwangsarbeitssystem des faschistischen deutschen Imperialismus in der Kontinuität imperialistischer Fremdarbeiterpolitik, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock 1974, S. 77–96, hier S. 90.
- ¹⁴⁴¹ Vgl. Demps, Laurenz, Das Thema Zwangs- und Fremdarbeit in der DDR-Historiographie. Eine Skizze, in: Scholze-Irritz, Leonore und Karoline Noack (Hrsg.), Arbeit für den Feind. Zwangsarbeiter-Alltag in Berlin und Brandenburg (1939–1945), Berlin 1998, S. 140–145, hier S. 141.
- ¹⁴⁴² Vgl. ebd.
- ¹⁴⁴³ Vgl. Wagner, Andreas, Inmitten des zivilisierten Deutschland. KZ-Außenlager zwischen Peene und Boize, in: Mecklenburg-Magazin, 1999, Nr. 15, S. 22.
- ¹⁴⁴⁴ Vgl. Goeken-Haidl, Ulrike, Repatriierung in den Terror? Die Rückkehr der sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in ihre Heimat 1944–1956, in: Dachauer Hefte, 16. Jahrgang, 2000, Heft 16 (November 2000), S. 190–209, hier S. 200.
- ¹⁴⁴⁵ Vgl. Bonwetsch, Bernd, Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Band 41, 1993, S. 532–546, hier S. 539 ff.
- ¹⁴⁴⁶ Vgl. StA Neubrandenburg. Schreiben von Iwan Petrowitsch Semitsch.
- ¹⁴⁴⁷ Vgl. Bericht von Alexander Jefimenko, in: Radau, Nichts ist vergessen, S. 89 f.
- ¹⁴⁴⁸ StA Ribnitz, Autobiographie von Iraida Žožkina, übergeben am 23.09.1997.
- ¹⁴⁴⁹ Vgl. Jahnke, Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts. Erster Band, S. 214.
- ¹⁴⁵⁰ Vgl. Schünemann, Der letzte Antrag.
- ¹⁴⁵¹ StA Neubrandenburg, ohne Signatur. Schreiben von Janina Mekeko.
- ¹⁴⁵² Vgl. Schubert, Geschichte der Luft- und Raumfahrt in Mecklenburg-Vorpommern, S. 158.
- ¹⁴⁵³ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945, S. 541.
- ¹⁴⁵⁴ Vgl. ANg., 6.4.4. Schreiben von Ilu Breiner an Paul Behm vom Januar 1947.
- ¹⁴⁵⁵ Kopecky, Im Schatten der Flammen, S. 57 f.
- ¹⁴⁵⁶ Vgl. ANg., 6.4.4. Schreiben von Cilly Schweiger an Paul Behm vom 02.03.1949.
- ¹⁴⁵⁷ Radau, Bericht des ungarischen Juden Ernst Fleischer, S. 511.
- ¹⁴⁵⁸ Vgl. Radau, Helga, Die schwere Flucht in das Gelobte Land, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 01.10.1994.
- ¹⁴⁵⁹ Vgl. Pegel, Michael, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstanten eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945, Münster 1997, S. 125.
- ¹⁴⁶⁰ Jacobmeyer, Wolfgang, Vorwort, in: Pegel, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstanten eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945, Münster 1997.
- ¹⁴⁶¹ Vgl. Herbert, Ulrich, Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in Deutschland, 1941–1945, in: Čistova, Bella E., Kirill V. Čistov (Hrsg.), „Fliege mein Briefchen, von Westen nach Osten...“. Auszüge aus Briefen russischer, ukrainischer und weißrussischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter 1942–1944, Bern [u.a.] 1998, S. 71–95, hier S. 95.
- ¹⁴⁶² Vgl. Pegel, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer, S. 104 f.
- ¹⁴⁶³ Vgl. Goschler, Constantin, Streit um Almosen. Die Entschädigung der KZ-Zwangsarbeiter durch die deutsche Nachkriegsindustrie, in: Dachauer Hefte, 2. Jahrgang, 1986, Heft 2 (November 1986), S. 175–194, hier S. 176 f.
- ¹⁴⁶⁴ Vgl. Brüggemann, Cord, „Wiedergutmachung“ und Zwangsarbeit. Juristische Anmerkungen zur Entschädigungsdebatte, in: Dachauer Hefte, 16. Jahrgang, 2000, Heft 16 (November 2000), S. 177–189, hier S. 182.
- ¹⁴⁶⁵ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 243 f.
- ¹⁴⁶⁶ Vgl. Herbert, Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft, S. 20.
- ¹⁴⁶⁷ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 245.
- ¹⁴⁶⁸ Vgl. Die OstarbeiterInnen. Opfer zweier Diktaturen, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Köln 1994, S. 9.
- ¹⁴⁶⁹ Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, S. 249 f.
- ¹⁴⁷⁰ Vgl. Schweriner Volkszeitung vom 09.08.2000.
- ¹⁴⁷¹ Vgl. Surmann, Rolf, Entschädigungsverweigerung: Die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Opfern des NS-Regimes, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 17, 2001, S. 7–35, hier S. 35.
- ¹⁴⁷² Metall-Pressedienst vom 23.05.2001.
- ¹⁴⁷³ Vgl. Schweriner Volkszeitung vom 31.07.2001.
- ¹⁴⁷⁴ Vgl. Ostsee-Zeitung vom 08./ 09. 2001.
- ¹⁴⁷⁵ Vgl. Wittich, Bernd, Die dritte Schuld. Antifaschismus, Stalinismus, Rechtsextremismus, in: Heinemann, Karl-Heinz/ Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, Köln 1992, S. 29–36, hier S. 31 f.

¹⁴⁷⁶ Vgl. Schubarth/ Thomas Schmidt, „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen, in: Heinemann, Karl-Heinz/ Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, Köln 1992, S. 12–28, hier S. 20.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AG	Aktiengesellschaft
AHR	Archiv der Hansestadt Rostock
AHW	Archiv der Hansestadt Wismar
Ang	Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme
AS	Archiv Sachsenhausen
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv
BPA	SED-Bezirksparteiarchiv
BArch	Bundesarchiv
Bl.	Blatt
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union
cm	Zentimeter
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DM	Deutsche Mark
Ebd.	Ebenda
f.	folgende
FKL	Frauenkonzentrationslager
g	Gramm
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HAP	Heeresversuchsanstalt Peenemünde
He 111	Heinkel-Flugzeugtyp
Hrsg.	Herausgeber
IHK	Industrie- und Handelskammer
IRK	Internationales Rotes Kreuz
KG	Kommanditgesellschaft
kg	Kilogramm
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LAGw	Vorpommersches Landesarchiv Greifswald
LHAS	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin
Memefa	Mecklenburgische Metallwarenfabrik
Ms.	Maschinenschriftlich
MWN	Mechanische Werkstätten Neubrandenburg
NASA	Nationale Luft- und Raumfahrtbehörde der USA

Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o.J.	ohne Jahresangabe
o.O.	ohne Ortsangabe
RAD	Reichsarbeitsdienst
Rep.	Repositur
RM	Reichsmark
Rü In	Rüstungsinspektion
S.	Seite
SAS	Stadtarchiv Schwerin
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SDG	Sanitätsdienstgrad
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
StA	Stadtarchiv
Stalag	Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager
Tbc	Tuberkulose
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
V1, V2	Vergeltungswaffen
Vgl.	Vergleiche
ZSL	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv, Berlin

R 3 Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
1316
1631
2016/ 0239
R 6 Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
97
99
R 11 Reichswirtschaftskammer
1241
R 12 I Reichsgruppe Industrie
109
R 13 XXV Wirtschaftsgruppe Luftfahrtindustrie
18
R 16 Reichsnährstand/ Reichsbauernführer
162
167
R 55 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
811
1240
R 121 Industriebeteiligungsgesellschaft
2852
5341
R 2301 Rechnungshof des Deutschen Reiches
5389
R 3101 Reichswirtschaftsministerium
33.085
R 8120 Bank der Deutschen Arbeit
801
R 8135 Deutsche Revisions- und Treuhand AG
493

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
(SAPMO-BArch), Berlin

DY 55 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VI/ 241/ 7/ 60

VI/ 241/ 8/ 64

NY 4178 Nachlass Erika Buchmann
53

NY 4470 Nachlass Hans Mahncke
SGY 30 Erinnerungen
1805

Bundesarchiv, Ludwigsburg
Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen (ZSL)

404 AR 610

67

406 AR-Z 10/ 72

Band I

409 AR-Z 9/ 71

Band I; IV; VI; VIII

409 AR-Z 23/ 70

Band I–IV; VI

409 AR-Z 39/ 59

Band IX; XXVI

409 AR-Z 57/ 70

Band I; III

409 AR-Z 108/ 70

Band I; V, VII; VIII; XV–XVII

409 AR-Z 177/ 71

Band I

409 AR-Z 178/ 71

Band I

Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), Freiburg

RH 8 Heeresversuchsanstalt Peenemünde

1210

1213

1254

RL 3 Reichsluftzeugmeister

1718

RW 19 Oberkommando der Wehrmacht/ Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt

932

963

2134

2144

2145

2147

2152

2160

RW 20-2 Rüstungsinspektion II (Stettin)

1

2

3
4
5
6
11
12
13

RW 21-55 Rüstungskommando Schwerin

1
2

RW 21-56 Rüstungskommando Stettin

1
2

WF-01

356
9824

Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA), Potsdam

Rep. 35 I Konzentrationslager Ravensbrück

49
51

Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS)

5.12-3/ 1 Ministerium des Innern (1849–1945)

20854

5.12–3/ 27 Landesfürsorge- und Landarbeitshaus Güstrow

362

510

539

751

5.12-6/ 8 Landgericht Neustrelitz und Staatsanwaltschaft beim Landgericht
Neustrelitz

195

5.12-6/ 9 Zuchthaus/ Landesstrafanstalt Drebergen-Bützow, Insassenakten (P)

924, Hermann Flach

2333, Martin Leja

5.12-7/ 1 Mecklenburgisch-Schwerinsches Ministerium für Unterricht

11379

11499

11464

5.12–9/ 4 Landratsamt Malchin

45

5.12–9/ 7 Landratsamt Schönberg

720

La 45

6.11-11 Ministerium des Innern (1946–1952)

290
 2975
 3084
 3087
 3088
 3089
 6.11-14 Ministerium der Wirtschaft (1946–1952)
 644
 660

 6.11-18 Ministerium der Finanzen (1946–1952) Nr. 1141
 3888b
 6.12-1/ 5 Rat des Kreises Güstrow
 135
 6.12–1/ 13 Rat des Kreises Rostock
 335
 6.12–1/ 18 Rat des Kreises Ueckermünde/ Pasewalk
 337
 10.9–H/ 8 Nachlass Friedrich Hildebrandt
 14
 15
 17
 18
 FR 15343
 Z 11/ 79 Elbewerft Boizenburg
 187
 406
 SED-Bezirksparteiarchiv (BPA) Neubrandenburg
 VI/ 5/ 037 Ewald Klementz
 VI/ 5/ 111 Walter Krepelin
 VI/ 5/ 102 Kurt Mücklisch
 VI/ 5/ 265 Erna Muserjewa
 VI/ 5/ 272 Odile Roger
 VI/ 5/ 266 Irena Rupniewska-Denisow
 VI/ 5/ 269 Lucienne Saboulard
 VI/ 5/ 112 Hermann Schwarz
 VI/ 5/ 263 Nora Smirnowa
 VI/ 5/ 144 Erna Stellmacher
VI/ 8/ 002 Ulrich Schulz, Wehrmachtsgefängnis Anklam
 SED-Bezirksparteiarchiv (BPA) Schwerin
 VI/ 082 Gustav Haase
 VI/ 6/ 11/ 2 August Haase
 VI/ 1/ 055 Dokumentationen
 SED-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern
 IV/ 2/ 6/ 239
 IV/ L/ 2/ 15/ 669
 IV/ L/ 4/ 1020

Vorpommersches Landesarchiv Greifswald (LAGw)
 Rep. 38b Torgelow

1
Rep. 38b Wolgast
56
1726
Rep. 66 Ueckermünde
34
Zeitgeschichtliche Sammlung
1300

SED-Bezirksparteiarchiv (BPA) Rostock

VI/ 5/ 326 Mara Zanewa Beltschewa-Göbelsmann
VI/ 5/ 679 Heinz Bendig
VI/ 5/ 640 Werner Birnbaum
VI/ 5/ 588 Friedrich Bolte
VI/ 5/ 36 Karl Bräuer
VI/ 5/ 417 Ernst Dieckmann
VI/ 5/ 572 Galina Filipowa
VI/ 5/ 534 Erwin Grünewaldt
VI/ 5/ 559 Friedrich Jansen
VI/ 5/ 127 Karl Keuscher
VI/ 5/ 795 Herbert Kleinitz
VI/ 5/ 562 Paul Köster
VI/ 5/ 532 Irina Losowaja
VI/ 5/ 210 Ernst Paap
VI/ 5/ 211 Max Pagel
VI/ 5/ 533 Klawdija W. Pawlowa
VI/ 5/ 214 Walter Petschow
VI/ 5/ 216 Paul Philipp
VI/ 5/ 701 Maria Prozenko
VI/ 5/ 546 Otto Ringel
VI/ 5/ 429 Maria Tkatschenko
VI/ 5/ 595 Friedrich Voß
VI/ 5/ 494 Albert Walter
VI/ 5/ 300 Alfred Weber
VI/ 6/ 5 Nachlass Hans Mahncke

2

9

VI/ 6/ 17 Nachlass Alfred Weber

12

16

17

18

19

13

Kreisarchiv Güstrow

Landratsamt Güstrow Dezernat Wirtschaft Abt. Industrie
2446

Kreisarchiv Ludwigslust
Rat der Stadt Boizenburg
1077
1078
Rat des Kreises Hagenow
10460

Stadtarchiv (StA) Barth

Rep. 4 Nr. 2510
Rep. 5 II Nr. 115
Rep. 5 II/ 15 Nr. N 401 Vol. 1
4.7.5.3
Strafregister. Polizeidirektion zu Barth
o. Signatur

Heimatmuseum Bützow
Materialsammlung

Stadtarchiv (StA) Güstrow

Akte „Beschäftigung von ausländischen Arbeitern – Einrichtung von Lagern 1942–44“

Neubrandenburger Stadtarchiv

Akte 6598
4
Akte 6599
6 Maria Kurcyuszowa
10 Maria Massariello
14 Irena Szydłowska
Korrespondenzen mit ehemaligen Zwangsarbeitern
Korrespondenzen mit ehemaligen KZ-Häftlingen

Regionalmuseum Neubrandenburg

Q-823
Q-A-013
Q-C-583
Q-F-048
Q-F-102
Q-F-146
Q-F-148
Q-F-168
Q-F-177
Q-F-272
Q-F-277
Q-F-812
V 1288/ S
V 3254/ S 1+2
V 3256/ S

Stadtarchiv (StA) Neustrelitz

Org 21

Städtisches Museum Parchim

Dokumentation „Der Zweite Weltkrieg in Parchim 1939–1945“

Museum Peenemünde. Historisch-Technisches Informationszentrum (HTI)

Originaltonaussagen von Mitarbeitern der ehemaligen Heersversuchsanstalt Peenemünde-Ost zum Thema Fremdarbeiter, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge (Videokassette)

Korrespondenzen mit ehemaligen Zwangsarbeitern

Stadtarchiv (StA) Ribnitz-Damgarten**I. 79**

II. 82

II. 191

II. 199

II. 399

Unterlagen der Firma Walther Bachmann Flugzeugbau KG, Karton 6.

Ordner Bachmann-Werke: Zeitzeugen/ Mitarbeiter

Autobiographie von Iraida Žožkina

Archiv der Hansestadt Rostock (AHR)

1.1.3. Bürgermeister und Rat

27.102

1.1.8. Polizeipräsidium

650

677

788

796

838

1.1.10. Kämmerei und Hospitäler

4110

1.1.13. Bauamt

2038

2.1.0. Stadtverordnetenversammlung und Rat

217

Bürgerhauses Kröpeliner-Tor-Viertel

Materialsammlung zum Thema Zwangsarbeit

Historisches Museum Schwerin

ZAS Bestand 4000-1 Personen

D

E

Stadtarchiv Schwerin (SAS)

B 7/ 41 Lagerführer-Nachrichten

Magistrat

M 2483

Bauamt

MB 170

MB 699

Kriegsschädensamt

MS 27

Wohlfahrtsamt

MW 56

Stadtarchiv (StA) Stralsund

Rep. 15 Seeverkehr

290

331

Rep. 18 Polizeiwesen

1585

Rep. 29 Oberbürgermeister

66

68

279

280

412 Trennhefter I

467

1037

Unverzeichneter Bestand

Karton A 20–25 Polen A–E

Karton A 26–30 Fremdarbeiter F–J, L

Karton Fremdarbeiter

Karton A 32 Polnische Fremdarbeiter K

Karton A 77–82

Stadtgeschichtliches Museum Waren

Material zur Mecklenburgischen Metallwarenfabrik

Archiv der Hansestadt Wismar (AHW)

Abteilung III. Repos.1 Ratsakten

XIV, 2, 92

XIV, 6, 63

XIV, 6, 64

XIX, 5, 136

XIX, 10, 274

XXIX, 14, D, 5

Abteilung IV. Repos. 2 Wirtschaftsarchiv

O Triebwagen- und Waggonfabrik

29

Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg

Ng. 2.8.247-1183

Ng. 2.8.877 K.A. Remizov

Ng. 2.8.1197 Esther Givoni

Ng. 2.8.1223 Cilli Schweiger

Ng. 2.8.1225 Vera Barta

Ng. 2.8.1226 Malvin Saji

Ng. 2.8.1227 E. Krausz

Ng. 2.8.1228 Eva Kende

Ng. 2.8.1229 Szerén Markovics

Ng.2.8.1230 Cilli Herskovics

Ng. 2.8.1233 Sima Herstein

Ng. 6.4.4 Außenlager Boizenburg

Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (MGR/ SBG), Fürstenberg

Nachlass Erika Buchmann

Band 19/ 165

Band 24/ 300

Band 40/ 934

Archiv Sachsenhausen (AS), Oranienburg

R 23/ 9

R 86/ 27

Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenhausen XVII/ 1b

Archiv des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, Frankfurt am Main

AN 1520 Anna Madlinger

AN 4821 Sima Vaisman

Material von Siegfried Stuchly, Barth

Betriebsunterlagen der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik AG

2. Literaturverzeichnis

Abbati, Caterina, Ich, Carmen Mory. Das Leben einer Berner Arztochter und Gestapo-Agentin (1906–1947), Zürich 1999.

Altermann, Albert, Wolgast als Industriestadt, in: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Wolgast vom 5. bis 14. Juli 1957, Wolgast o.J.

Améry, Odette & G. Martin-Champier, Nuit et Brouillard, Paris 1945.

Amtsblatt der Preußischen Regierung in Stettin, Jahrgänge 1941 und 1942.

Anschütz, Janet, Irmtraud Heike, Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeiter in Hannover im Zweiten Weltkrieg, Bielefeld 2000.

Der Aufstieg und Fall des Heinrich Lübke. Die Geschichte einer Karriere, Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hrsg.), Berlin 1969.

August, Jochen, Die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXIV. Band, 1984, S. 305–353.

Baranowski, Frank, Arbeitskräftebeschaffung, in: Rüstungsindustrie in Südniedersachsen während der NS-Zeit, Arbeitsgemeinschaft Südniedersächsischer Heimatfreunde e.V. (Hrsg.), Mannheim 1993, S. 25–37.

Barche, Heinz, Leben, Ausbeutung und antifaschistischer Widerstandskampf weiblicher Häftlinge in den Konzentrationslagern Neubrandenburgs (1943–1945). Dokumente, Berichte, Kommentare, Neubrandenburg 1985.

Ders., Das Neubrandenburger Manifest. Aus der Geschichte der Außenlager Neubrandenburg des KZ Ravensbrück (II), in: „FE“-Prisma vom 11.12.1981.

Ders., Sabotage trotz allem. Aus der Geschichte der Außenlager Neubrandenburg des KZ Ravensbrück (III), in: „FE“-Prisma vom 18.12.1981.

Ders., Kämpferische Solidarität. Aus der Geschichte der Außenlager Neubrandenburg des KZ Ravensbrück (IV), in: „FE“-Prisma vom 08.01.1982.

Bartel, Walter, Gutachten über Rolle und Bedeutung des KZ Dora-Mittelbau und die Funktion der SS bei der A 4-Produktion (= Schriftenreihe des Präsidiums der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Heft 13/ 1970).

Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1. 1945, Berlin 1946.

Behnke, Jana, Zur Entwicklung der Stadt Ribnitz unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur 1933–1945, Diplomarbeit, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Geschichte, Ms., 1988.

Behrens, Beate [u.a.], Mecklenburg in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945. Eine Dokumentation, 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Rostock 1998.

Beltz, Wilhelm, Die Besetzung der Stadt Güstrow durch die Rote Armee am 2. Mai 1945, Ms., o.O o.J.

Bendig, Horst [u.a.], Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, Rostock 1970.

Benz, Wolfgang, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, 3. Auflage, München 1994.

Ders., Zwangsarbeit im nationalistischen Staat. Dimensionen – Strukturen – Perspektiven, in: Dachauer Hefte, 16. Jahrgang, 2000, Heft 16 (November 2000), S. 3–17.

Bergier, Jacques, *Secret weapons – secret agents*, London 1956.

Bermani, Cesare, *Odyssee in Deutschland. Die alltägliche Erfahrung der italienischen „Fremdarbeiter“ im „Dritten Reich“*, in: *Proletarier der „Achse“*. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, ders., Sergio Bologna, Brunello Mantelli, Berlin 1997, S. 37–252.

Bernadotte, Folke, *Das Ende. Meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945 und ihre politischen Folgen*, Zürich, New York o.J. [1945].

Bernhard Härtel. *Kommunist, Revolutionär, Antifaschist, ein Patriot unseres Volkes, ein glühender Freund der Sowjetunion – Vorbild der Jugend*, Wismar 1978.

Bernhard, Rolf-Peter, *Das wahre Loitz. Eine Betrachtung zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Loitz*, in: *Festschrift der 725-Jahrfeier der Stadt Loitz 1242–1967*, Loitz o.J.

Billig, Joseph, *Le rôle des prisonniers de guerre dans l'économie du IIIe Reich*, in: *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, 10. Jahrgang, 1960, S. 53–76.

Birenbaum, Halina, *Die Hoffnung stirbt zuletzt*, Hagen 1989.

Birch, Ines, *Das KZ-Außenlager Barth 1943–1945*, Diplomarbeit, Ms., Rostock 1988.

Bittel, Karl, *Wir klagen an! Die Wahrheit über die faschistischen Konzentrationslager im Ostseegebiet*, Stralsund o.J. [1966].

Blaich, Fritz, *Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“*, Düsseldorf 1987.

Boberach, Heinz, *Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Band 11 und 13, Herrsching* 1984.

Bode, Volkhard, *Gerhard Kaiser, Raketenspuren. Peenemünde 1936–1994*, Berlin 1995.

Boelcke, Willi A. (Hrsg.), *Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945*, Frankfurt am Main 1969.

Börst, Walter, *Bilder aus Rügens Vergangenheit. Zur Geschichte Rügens und der rügischen Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Befreiung*, Putbus 1966.

Bohn, Robert, *Einführung in die Thematik. Ausländische Zwangsarbeitende in der NS-Kriegswirtschaft*, in: Danker, Uwe, Robert Bohn, *IZRG-Gutachten Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein*, Schleswig 2000, S. 1–18.

Bomben auf Rostock. Krieg und Kriegsende in Berichten, Dokumenten, Erinnerungen und Fotos 1940–1945, Bohl, Hans-Werner, Bodo Keipke, Karsten Schröder

(Hrsg.), Rostock 1995.

Bontrup, Heinz-J., Norbert Zdwomyslaw, Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Ein Handbuch, Heilbronn 1988.

Bonwetsch, Bernd, Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Band 41, 1993, S. 532–546.

Bor-Komorowski, Tadeusz, The secret army, Nashville 1984.

Brandes, Kurt, Deutsche Katholiken verbrüdern sich mit polnischen Zwangsarbeitern, in: Schmidt, Walter A., Damit Deutschland lebe! Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin 1958, S. 373 f.

Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hrsg.), Berlin 1968.

Brüggemann, Cord, „Wiedergutmachung“ und Zwangsarbeit. Juristische Anmerkungen zur Entschädigungsdebatte, in: Dachauer Hefte, 16. Jahrgang, 2000, Heft 16 (November 2000), S. 177–189.

Budraß, Lutz, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945, Düsseldorf 1998.

Cajani, Luigi, Die italienischen Militärinternierten im nationalsozialistischen Deutschland, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 295–316.

Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Ribnitz-Damgarten. Teil I: 1945 und 1946. Bearbeitet und herausgegeben durch die Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Ribnitz-Damgarten, Ribnitz-Damgarten 1979.

Corni, Gustavo, Die deutsche Arbeitseinsatzpolitik im besetzten Italien 1943–1945, in: Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Overy, Richard, Gerhard Otto, Johannes Houwink ten Cate (Hrsg.), Berlin 1997, S. 133–160.

Czollek, Roswitha, Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1974.

Demps, Laurenz, Zum weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Apparats der faschistischen Kriegswirtschaft in den Jahren 1943–1945, Diss. Phil. Berlin 1970.

Ders., Einige Bemerkungen zur Veränderung der innenpolitischen Situation im faschistischen Deutschland durch den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock

1974, S. 97–118.

Ders., Das Thema Zwangs- und Fremdarbeit in der DDR-Historiographie. Eine Skizze, in: Scholze-Irrlitz, Leonore und Karoline Noack (Hrsg.), Arbeit für den Feind. Zwangsarbeiter-Alltag in Berlin und Brandenburg (1939–1945), Berlin 1998, S. 140–145.

Derbitz, Gerhard, Max Pagel. Werftarbeiter und Kommunist, Rostock 1984.

Deutschland im zweiten Weltkrieg. 2. Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942). Leitung Karl Drechsler, Köln 1975.

Deutschland im zweiten Weltkrieg. 3. Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943). Leitung Wolfgang Schumann, 2., durchgesehene Auflage, Köln 1982.

Deutschland im zweiten Weltkrieg. 5. Der Zusammenbruch der Defensivstrategie des Hitlerfaschismus an allen Fronten (Januar bis August 1944). Leitung Wolfgang Schumann, Köln 1984.

Demoulin, Charles, Mes Oiseaux de Feux, Paris 1982.

Didier, Friedrich, Europa arbeitet in Deutschland. Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven, Berlin 1943.

Dietrich, Axel, Peenemünde im Wandel der Zeit, Peenmünde 1999.

Dirschauer, Bodo, Lübecker Luftfahrtgeschichte. Der Flugzeugbau in Lübeck und in Wismar von 1934 bis 1945, Lübeck 1997.

Dohse, Knuth, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland, Königstein/ Ts. 1981.

Dokumentation – Gedenkstätte für die im Zuchthaus Bützow Dreierbergen eingekerkerten und ermordeten Kommunisten und Antifaschisten, o.O. 1985.

Dornberger, Walter, Peenemünde. Die Geschichte der V-Waffen, Frankfurt am Main 1995.

Ders., V 2. Der Schuß ins Weltall, Eßlingen 1952.

Drobisch, Klaus, Dietrich Eichholtz, Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XVIII. Jahrgang, 1970, Heft 5, S. 626–639.

Durand, Yves, Les prisonniers de guerre français: Main-d'Œuvre pour le Reich et monnaie d'échange avec Vichy, in: Carlier, Claude und Stefan Martens (Hrsg.), La France et l'Allemagne en guerre Septiembere 1939 – Novembre 1942, Paris 1990, S.

491–507.

Ders., Vichy und der „Reichseinsatz“ , in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 184–199.

Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band I: 1939–1941, Berlin 1971.

Ders. Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band II: 1941–1943, Berlin 1985.

Ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band III: 1943–1945, Berlin 1996.

Ders., Unfreie Arbeit – Zwangsarbeit, in: ders. (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945, Berlin 1999, S. 129–155.

Ders., Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, in: Winkler, Ulrike (Hrsg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000.

Ders., Das Zwangsarbeitssystem des faschistischen deutschen Imperialismus in der Kontinuität imperialistischer Fremdarbeiterpolitik, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock 1974, S. 77–96.

Einsatz von Ostarbeitern in der deutschen Maschinenindustrie, Essen 1943.

Eisfeld, Rainer, Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei, Reinbek bei Hamburg 1996.

Elsner, Lothar, Joachim Lehmann, Ausländische Arbeiter unter dem Imperialismus 1900 bis 1985, Berlin 1988.

Elsner, Lothar [u.a.], Rostock. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin 1980.

Ders., Zum Wesen und zur Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock 1974, S. 2–76.

Emil Rachow. Erzogen durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Mit der Sowjetunion brüderlich verbunden. Kämpfer gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. Einer der „Aktivsten der Ersten Stunde“, Wismar o.J.
Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Stralsund, Jahnke, Karl Heinz, Wolfgang Höch, Peter Genz, Stralsund 1968.

Erichson, Hans, Zur Geschichte der Städte Ribnitz und Damgarten von der Gründung im 13. Jahrhundert bis zum Zusammenschluß im Jahre 1950. Katalog zur stadt-

geschichtlichen Ausstellung des Bernsteinmuseums Ribnitz-Damgarten, Ribnitz-Damgarten 1997.

Eschebach, Insa, „Ich bin unschuldig.“ Vernehmungsprotokolle als historische Quellen. Der Rostocker Ravensbrück-Prozeß 1966, in: Werkstatt Geschichte, 12, 1995, S. 65–70.

Ewe, Herbert, Stralsund, Rostock 1980.

Ewert, Alfred, Zur Zusammenarbeit von Schweriner Kommunisten mit Kriegsgefangenen während des zweiten Weltkrieges, in: Befreiung und Neubeginn, Berlin 1966, S. 150–153.

Fischer, Karl, Das „Revolutionäre Komitee Nord“, in: Drobisch, Klaus (Hrsg.), Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, Berlin 1980, S. 220–224.

Ders., Das „Revolutionäre Komitee Nord“. Ein Beitrag zur Geschichte der Widerstandsbewegung in Deutschland, o.O. o.J.

Freund, Florian, Die Entscheidung zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Raketentrüstung, in: Heß, Torsten (Hrsg.), Zwangsarbeit und die unterirdische Verlagerung von Rüstungsindustrie. Vorträge, Bonn 1994, S. 20–36.

Fröbe, Rainer, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie, 1943–1945, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 349–383.

Füllberg-Stolberg, Claus, Ausländische Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus, Heß, Torsten (Hrsg.), Zwangsarbeit und unterirdische Verlagerung von Rüstungsindustrie, Bonn 1994, S. 6–19.

Garbe, Detlef, Die mecklenburgischen Außenlager des KZ Neuengamme, in: Ein Land und seine Erinnerungszeichen. Beiträge zur Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Politische Memoriale e.V. (Hrsg.), Schwerin 1999, S. 54–60.

Garliński, Józef, Hitler's last weapons. The underground war against the V1 and V2, London 1978.

Gavin M., On to Berlin. Battles of an Airborne Commander 1943–1946 5. Auflage, New York 1979.

Gawłowski, Karol, Die Sklavenarbeit der polnischen Bürger im „Dritten Reich“, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diete Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 115–118.

Gedenkstätten der revolutionären Arbeiterbewegung. Kreis Ueckermünde, Kreisleitung Ueckermünde der SED (Hrsg.), Ueckermünde 1978.

Revolutionäre Gedenkstätten im Kreis Rostock-Land, Rostock 1986.

Genz, Peter, Der Kampf antifaschistischer Kräfte des Kreises Grimmen gegen Faschismus und Krieg in den Jahren des zweiten Weltkrieges, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Band 7, 1967, S. 125–133.

Gerlach, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

Geschichte der Kreisparteiorganisation Greifswald der SED. Teil 1: Revolutionäre Traditionen und das Ringen um die Einheit der Arbeiterbewegung, Greifswald 1989.

Gespräch mit Ignaz Golik und Tadeusz Saschiak am 23.09.1999 in Rostock, in: Zeitgeschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 9–14.

Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945. Band 1: Anfang 1933 bis August 1939, Pikarski, Margot, Elke Warning (Bearb.), Berlin 1989.

Goeken-Haidl, Ulrike, Repatriierung in den Terror? Die Rückkehr der sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in ihre Heimat 1944–1956, in: Dachauer Hefte, 16. Jahrgang, 2000, Heft 16 (November 2000), S. 190–209.

Görlitz, Walter, Des Reiches unbekanntes Land. Mecklenburg. Gedanken zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte des Gaues, Rostock 1941.

Goschler, Constantin, Streit um Almosen. Die Entschädigung der KZ-Zwangsarbeiter durch die deutsche Nachkriegsindustrie, in: Dachauer Hefte, 2. Jahrgang, 1986, Heft 2 (November 1986), S. 175–194.

Grammdorf, Gerda, Zur dynamischen Veränderung der sozialen Struktur in der Stadt Rostock im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus in den Jahren von 1945 bis 1970, Ms., Diss. Rostock 1972.

Griese, Friedrich, Der Wind weht nicht wohin er will, Düsseldorf, Köln 1960.

Groehler, Olaf, Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1970, Berlin 1975.

Ders., Rostock im Luftkrieg (1941–1944), in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock. Neue Folge, Heft 9, Rostock 1988, S. 17–40.

Grützmacher, Wilhelm, Die Krögerwerft, in: 21. Stralsunder Heimatbrief, Hamburg 1989, S. 70–73.

Haack, Hanna, Arbeitergeschichte als Gesellschaftsgeschichte: das Beispiel Rostock 1918 bis 1933, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 703–725.

Dies. [u.a.], Schiffbauer, Hafendarbeiter, Seeleute machen Geschichte, Rostock 1977. Haas, L., Auswahl und Einsatz der Ostarbeiter. Psychologische Betrachtungen, Leistung und Leistungssteigerung, 2., erweiterte Auflage, Neustadt/ Weinstraße 1944.

Hamann, Matthias, Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 1), Berlin 1985, S. 121–187.

Hansch-Singh, Annegret, Rassismus und Fremdarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg, Diss. FU Berlin, Berlin 1991.

Hansen, Christian, Lohnsteuer der ausländischen Arbeitnehmer, Reichenberg o.J. [1942].

Hartwig, Jana, Zur Lebenssituation in der Stadt Güstrow in den Jahren 1945/ 46. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, Ms., Rostock 1993.

Heinrich Bichel. Ein Goldberger Arbeiter und Kommunist. Biographischer Abriß, Lübz 1980.

Heitz, Gerhard, Mecklenburg, in: ders./ Henning Rischer, Mecklenburg-Vorpommern. Geschichte in Daten, Berlin 1995, S. 6–149.

Herbert, Ulrich, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: Diner, Dan (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 198–236.

Ders., Zweierlei Bewältigung, in: ders. und Olaf Groehler, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 7–27.

Ders., Deutsche und ausländische Arbeiter im „Dritten Reich“ – politische Intentionen und soziale Wirklichkeit, in: Probleme der Migration und Ausländerpolitik in europäischen Ländern von den 30er Jahren bis zur Gegenwart (= Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 17), Wilhelm-Pieck-Universität Rostock Sektion Geschichte (Hrsg.), Rostock 1986, S. 24–29.

Ders., Der „Ausländereinsatz“. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939–1945. Ein Überblick, in: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945, Berlin 1986, S. 13–53.

Ders., Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diete Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 13–21.

Ders., Einleitung des Herausgebers, in: ders. (Hrsg.), (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 7–25.

Ders., Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 2. Auflage, Berlin, Bonn 1986.

Ders., Französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter im deutschen Arbeitseinsatz 1940–1942, in: Carlier, Claude und Stefan Martens (Hrsg.), *La France et L'Allemagne en guerre Septiembere 1939 – Novembre 1942*, Paris 1990, S. 509–528.

Ders., Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in Deutschland, 1941–1945, in: Čistova, Bella E., Kirill V. Čistov (Hrsg.), „Fliege mein Briefchen, von Westen nach Osten...“. Auszüge aus Briefen russischer, ukrainischer und weißrussischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter 1942–1944, Bern [u.a.] 1998, S. 71–95.

Ders., Zwangsarbeit in Deutschland: Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene 1941–1945, in: Jahn, Peter und Reinhard Rürup (Hrsg.), *Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Essays*, Berlin 1991, S. 106–130.

Ders., Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ – Ein Überblick, in: *Wiedergutmachen?*, Forum Politische Bildung (Hrsg.), Wien 1999, S. 34–45.

Hertz-Eichenrode, Katharina (Hrsg.), *Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945*, Band 1, Bremen 2000.

Heyne, Martin, Werftarbeiter, in: *Mecklenburgische Volkskunde*, Rostock 1988, S. 206–229.

Hirschfeld, Gerhard, Der „freiwillige“ Arbeitseinsatz niederländischer Fremdarbeiter während des Zweiten Weltkrieges als Krisenstrategie einer nicht-nationalsozialistischen Verwaltung, in: Mommsen, Hans und Winfried Schulze (Hrsg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S. 497–513.

Ders., Die niederländischen Behörden und der „Reichseinsatz“, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), *Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, Essen 1991, S. 172–183.

Homze, Edward L., *Foreign Labor in Nazi Germany*, Princeton 1967.

Huzel, Dieter K., *Von Peenemünde nach Canaveral*, Berlin 1994.

„Ich möchte so gern leben...“ Vera Snisarenko und ihre Jugendbrigade, Rostock 1980.

Ihr Vermächtnis lebt in unseren Taten. Zum Gedenken an Antifaschisten des Kreises Wolgast, Wolgast 1984.

Jacobeit, Sigrid, Außenlager des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück in Mecklenburg 1942–1945, in: *Ein Land und seine Erinnerungszeichen. Beiträge zur Ge-*

denkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Politische Memoriale e.V. (Hrsg.), Schwerin 1999, S. 68–76.

Jacobmeyer, Wolfgang, Vorwort, in: Pegel, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstanten eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945, Münster 1997.

Ders., Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985.

Jährmann, Annett, Die Strafanstalt Dreibergen-Bützow während der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt in Haupt- und Realschulen, Ms., Rostock 1993.

Jahnke, Karl Heinz, Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts. Erster Band, Bonn 1994.

Ders., Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts. Zweiter Band, Bonn 1996.

Ders., Gegen Faschismus und Krieg. Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Gebiet des heutigen Bezirks Rostock, Greifswald 1963.

Ders., Die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Stralsund von ihren Anfängen bis zur Gründung der SED (1891–1946), Diss. Greifswald 1960.

Ders., In einer Front. Junge Deutsche an der Seite der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg, Berlin 1986.

Ders., Von der Novemberrevolution bis zur Befreiung vom Faschismus 1918–1945, in: Geschichte der Stadt Stralsund, Weimar 1984, S. 291–331.

Ders., Widerstand und Opposition gegen das NS-Regime aus den Kirchen in Mecklenburg 1933–1945, Rostock 1994.

Ders., Antifaschistischer Widerstand in Peenemünde 1942/ 43, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 38 (1989), Heft 3, S. 74–79.

Ders., Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mecklenburg und Vorpommern während des zweiten Weltkrieges (1939–1945), in: Befreiung und Neubeginn, Berlin 1966, S. 65–82.

Ders., Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mecklenburg von 1933 bis 1945, in: Gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg, Schwerin 1967, S. 5–24.

Ders., Zur Teilnahme ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener am antifaschistischen Widerstandskampf in mecklenburgischen Dörfern von 1939 bis 1945, in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus,

Rostock 1974, S. 119–132.

725 Jahre Penzlin, Rat der Stadt Penzlin (Hrsg.), Penzlin 1987.

750 Jahre Schwaan 1230–1980. Beiträge zur Geschichte der Stadt, Schwaan 1980.

200 Jahre Elbwerft Boizenburg. Die Jubiläums-Chronik, Heinz Schröder, Rudolf Wulff und Gert-Uwe Detlefsen, Boizenburg 1993.

Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Frankfurt am Main, Berlin 1968.

Jones, R. V., Most secret war, London 1978.

Kannapin, Hans-Eckhardt, Wirtschaft unter Zwang, Köln 1966.

Karge, Annelen, Das „Russenkästchen“ – ein Kasten voller Geschichte! , in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998, S. 27–29.

Karge, Wolf, NS-Rüstungsproduktion in Mecklenburg-Vorpommern 1933–1945, in: Ein Land und seine Erinnerungszeichen. Beiträge zur Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Politische Memoriale e.V. (Hrsg.), Schwerin 1999, S. 86–91.

Ders., Kathrin Möller, Zwischen Rüben und Raketen. Technikgeschichten aus Mecklenburg-Vorpommern, Rostock o.J. [1999].

Kasten, Bernd, Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Schwerin während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitgeschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 22 f.

Kennen Sie die Bachmanns? Eine Betrachtung zum nationalen Dokument, SED-Kreisleitung Ribnitz-Damgarten, o.O.[Ribnitz-Damgarten] o.J..

Knauff, Wolfgang, „Fall Stettin“ ferngesteuert, Berlin 1994.

Koch, Ingo, Verfolgung, Opposition und Widerstand im Nationalsozialismus, in: Karge, Wolf, Peter-Joachim Rakow und Ralf Wendt (Hrsg.), Ein Jahrtausend Mecklenburg, Rostock 1995, S. 331–337.

Köhler, H. Dieter, Ernst Heinkel – Pionier der Schnellflugzeuge. Eine Biographie, Koblenz 1983.

Kolar-Dimitrijević, Mira, Movement of Labour Force between the Third Reich and Yugoslavia (1933–1945), in: The Third Reich and Yugoslavia (1933–1945), Institute of Contemporary History (Hrsg.), Belgrad 1977, S. 331–362.

Koos, Volker, Die He 111 entstand als Bomber und Verkehrsflugzeug in Rostock, in: Ostsee-Zeitung vom 19./ 20.02.2000.

Ders., Luftfahrt im Raum Rostock-Warnemünde (Übersichtsvortrag), in: Luftfahrtgeschichte im Raum Rostock-Warnemünde, Bonn-Bad Godesberg 1995, S. 4–19.

Ders., Luftfahrt zwischen Ostsee und Breitling. Der See- und Landflugplatz Warnemünde 1914–1945, Berlin 1990.

Ders., Standorte des Flugzeugbaus in der Geschichte von Mecklenburg-Vorpommern, in: Guntau, Martin und Michael Meyer (Hrsg.), Maschinen, Schiffe und Raketten. Technikentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 1995, S. 64–72.

Ders., Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge mussten Flugzeuge bauen, in: Ostsee-Zeitung vom 16./ 16. April 2000.

Kopecky, Lilli, Im Schatten der Flammen. Sechs Vorlesungen über den Holocaust, Düsseldorf 1992.

Kranzhoff, Jörg Armin, Arado. Geschichte eines Flugzeugwerks, Oberhaching 1995.

Krawchenko, Bohdan, Soviet Ukraine under Nazi Occupation, 1941–4, in: Boshyk, Yury (Hrsg.), Ukraine during World War II. History and its Aftermath. A Symposium, Edmonton 1986, S. 15–37.

Krellenberg, H[ans U]lrich, Der Marsch zwischen Tod und Leben, Parchim 1984.

Kriek, Manfred [u.a.], Schwerin, Berlin 1985.

Kroener, Bernhard R., „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungsverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942–1944), in: Deutschland und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Zweiter Halbband. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/ 45, Stuttgart 1999, S. 775–1001.

Ders., Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942, in: Deutschland und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 693–1001.

Krüger, Dieter, Die „Curt Heber GmbH“ – Mechanische Werkstätten Neubrandenburg – Zur Geschichte eines Rüstungsbetriebes, in: Redieck, Matthias (Hrsg.), Verschwunden – vergessen – bewahrt? Denkmale und Erbe der Technikgeschichte in Mecklenburg und Vorpommern, Rostock 1997, S. 104 f.

Ders., „...Doch sie liebten das Leben“. Gefangenenlager in Neubrandenburg 1939 bis 1945, Neubrandenburg 1990.

Ders., Militärische Ereignisse im April/ Mai 1945 zwischen Haff und Müritz, Neubrandenburg 1985.

Ders., 1945. Das Kriegsende in Neubrandenburg und im Kreis Mecklenburg-Strelitz, Neubrandenburg 1995.

Ders., Die „Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg GmbH“, in: Neubrandenburger Mosaik. Heimatgeschichtliches Jahrbuch des Regionalmuseums Neubrandenburg, Nr. 21, Neubrandenburg 1997, S. 105–111.

Kuczynski, Jürgen, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964.

Ders., M. Witt, The Economics of Barbarism. Hitler's New Economic Order in Europe, London 1942.

Ders., 300 Million slaves and Serfs. Labour under the Fascist new order, London 1942.

Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 5., unveränderte Auflage, Köln 1980.

Küppers, Hans, Rudolf Bannier, Arbeitsrecht der Polen im Deutschen Reich, Berlin [u.a.] 1942.

Dies., Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen, Berlin 1942.

Kupper, Anni, „Wir versuchten, eine die andere zu trösten und uns damit diese Bitternis unseres jungen Lebens zu erleichtern.“, in: Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, Limbacher, Katja, Maik Merten, Bettina Pfefferle (Hrsg.), Münster 2000, S. 157–160.

Kurstadt Waren einst und jetzt. Studie zur Chronik und heutigen Bedeutung einer mecklenburgischen Stadt, Waren 1963.

„Dieses Lager ist mit Dachau vergleichbar!“ Erinnerungsberichte kanadischer und australischer Kriegsgefangener des Stalag Barth über die Entdeckung des KZ' Barth am 01.05.1945 , in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998, S. 23–26.

Lang, Ralf, Italienische „Fremdarbeiter“ im nationalsozialistischen Deutschland 1937–1945, Frankfurt am Main 1996.

Langer, Hermann, (Bearb.), Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Geschichte der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und des Beginns der sozialistischen Umgestaltung unter der Führung der revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse im Kreisgebiet Bad Doberan 1945–1952, Bad Doberan 1980.

Ders., Leben unterm Hakenkreuz. Alltag in Mecklenburg 1932–1945, Bremen 1996.

Legband, Michael, Das Mahnmal erbaut, verdrängt, wiederentdeckt, Itzehoe 1994.

Lehmann, Joachim, Zum Verhältnis des Einsatzes von Kriegsgefangenen und aus-

ländischen Zwangsarbeitern in der Gesamtwirtschaft und Landwirtschaft des faschistischen Deutschlands während des zweiten Weltkrieges (unter besonderer Berücksichtigung polnischer Kriegsgefangener), in: Deutscher Imperialismus und polnische Arbeiter in Deutschland 1900–1945. Materialien einer wissenschaftlichen Kolloquiums der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Mai 1977, Rostock 1977, S. 101–119.

Longmate, Norman, Hitler's Rockets. The Story of the V-2s, London [u.a.] 1985.

Lotfi, Gabriele, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart, München 2000.

Łuczak, Czesław, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 90–105.

Ders., Der „Reichsarbeitseinsatz“ der Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diete Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 107–114.

Lythall, Sirokko, WEBASTO 1885–1995 Werk Neubrandenburg, o.O. [Neubrandenburg] o.J. [1995].

Mader, Julius, Geheimnis von Huntsville. Die wahre Karriere des Raketenbarons Wernher von Braun, Berlin 1965.

Mahn- und Gedenkstätte für das Außenlager Barth des ehemaligen KZ Ravensbrück, Rostock 1985.

Mahn- und Gedenkstätte Peenemünde-Karlshagen, Wolgast 1970.

Mai, J[oa]chim], Der Sieg über den Faschismus im Bereich der 2. Belorussischen Front und der Beginn des demokratischen Neuaufbaus in Mecklenburg-Vorpommern (Januar bis Juni 1945), in: ders. (Hrsg.), Vom Narew bis an die Elbe. Erinnerungen sowjetischer Kriegsteilnehmer der 2. Belorussischen Front, Berlin 1965, S. 13–87.

Maier, Dieter, Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945, Berlin 1994.

Ders., Arbeitsverwaltung und NS-Zwangsarbeit, in: Winkler, Ulrike (Hrsg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 67–84.

Majer, Diemut, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981.

Mantelli, Brunello, Zwischen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und Kriegs-

wirtschaft. Die Anwerbung der italienischen Arbeiter für das „Dritte Reich“ und die „Achse Berlin–Rom“ 1938–1943, in: Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, ders., Sergio Bologna, Brunello Mantelli, Berlin 1997, S. 253–391.

Matusow, B[oris] L[eonidowitsch], Erinnerungen an die Gefangenschaft in Greifswald – Meine Rolle als Dolmetscher beim Kapitulationsangebot der Stadt, in: Mai, J[oaachim], Vom Narew bis an die Elbe. Erinnerungen sowjetischer Kriegsteilnehmer der 2. Belorussischen Front, Berlin 1965, S. 225–231.

Maurel, Micheline, Kein Ort für Tränen. Bericht aus einem Frauenlager, Hamburg 1960.

McGovern, James, Spezialisten und Spione. Amerika erobert Hitlers Wunderwaffen, Gütersloh 1967.

Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik mbH Waren – ein Standort der Aufrüstung im „Dritten Reich“, Bund der Antifaschisten e.V. Waren/ Röbel, Ms., o.O.1993.

Mende, Erich, Das verdammte Gewissen. Zeuge der Zeit 1921–1945, 3., überarbeitete Auflage, München 1983.

Mett, Werner, Rasche Hilfe für Zwangsarbeiter. Amt Rastow erforscht den Einsatz von Arbeitskräften zwischen 1938 und 1945, in: Schweriner Volkszeitung vom 19.09.2000.

Meyer, August, Kategorien der Zwangsarbeiter, unterschiedliche Lagertypen und Lagerordnungen, in: Creydt, Detlef/ August Meyer, Zwangsarbeit für die Wunderwaffen in Südniedersachsen 1943–1945, Band 1, Braunschweig 1993, S. 13–22.

Middlebrook, Martin, The Peenemünde Raid. The Night of 17–18 August 1943, London 1988.

Miethe, Anna Dora, Gedenkstätten. Arbeiterbewegung, antifaschistischer Widerstand, Aufbau des Sozialismus, Ludwigslust 1974.

Amtliche Mitteilungen des Präsidenten des Gauarbeitsamts und des Reichstreuhanders der Arbeit Pommern, 9.–10. Jahrgang, 1942–1943.

Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, 7.–9. Jahrgang, 1940–1942.

Möller, Kathrin, Reno Stutz, „Und im nachhinein ist so vieles, was ich meinen Vater eigentlich hätte fragen können!“, in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998, S. 50–55.

Dies., Von Fokker bis Heinkel – Die Mecklenburgische Flugzeugindustrie von ihren Anfängen bis 1945, in: Ein Jahrtausend Mecklenburg und Vorpommern. Biographie einer norddeutschen Region in Einzeldarstellungen, Karge, Wolf, Peter-Joachim Ra-

kow und Ralf Wendt (Hrsg.), Rostock 1995, S. 320–324.

Dies., Zur sozialen Lage der Arbeitskräfte in den Rostocker Ernst-Heinkel-Flugzeugwerken zwischen 1933 und 1945, Diplomarbeit, Universität Rostock, Fachbereich Sozialwissenschaften, Ms., Rostock 1991.

Mütze-Specht, Fanny, Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf in Mecklenburg gegen das Naziregime, Schwerin 1948.

Mulsow, Anke, Die Herausbildung des faschistischen Zwangsarbeitssystems in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 22. Juni 1941, Diplomarbeit, Sektion Geschichte/Germanistik IV an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Ms., Rostock 1982.

Das Munitions- und Sprengstoffwerk in Malchow (Meckl.) 1938–1945 [Heft zur Geschichte der Stadt Malchow (Meckl.)], Malchow 1995.

Neufeld, Michael J., Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters, Berlin 1997.

Nowarra, Heinz J., Die deutsche Luftrüstung 1933–1945. Band 1: Flugzeugtypen AEG – Dornier, Koblenz 1985.

Oermann, J[osef], Die arbeitsrechtliche und die steuerrechtliche Behandlung der Ostarbeiter mit den ab 1. April 1944 gültigen Lohnsteuertabellen, Berlin o.J. [1944].

Orth, Karin, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999.

Die OstarbeiterInnen. Opfer zweier Diktaturen, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Köln 1994.

Pätzold, Wilfried, Spuren von Hitlers „Wunderwaffe“ führen auch zu den Slater Tannen, in: Schweriner Volkszeitung vom 17.01.2000.

Pelz-Bergt, Jutta, Die ersten Jahre nach dem Holocaust. Odyssee einer Gezeichneten, Bremen 1997.

Pfahlmann, Hans, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Darmstadt 1968.

Pikarski, Margot/ Günter Uebel, Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945, Berlin 1980.

Pingel, Falk, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978.

Ders., Die Konzentrationslagerhäftlinge im nationalsozialistischen Arbeitseinsatz, in: Długoborski, Waclaw (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 151–163.

Ders., Die KZ-Häftlinge zwischen Vernichtung und NS-Arbeitseinsatz, in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München, Zürich 1999, S. 784–797.

Póltawska, Wanda, Und ich fürchte meine Träume, Abensberg 1993.

Polzin, Martin/ Horst Witt, Rostock von der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/ 49 bis 1945, Rostock 1974.

Praca przymusowa polaków pod Panowaniem hitlerowskim 1939–1945, Konieczny, Alfred und Herbert Szurgacz, Poznań 1976.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1948, Nachdruck, München 1989.

Radau, Helga, Barther Augenzeugen gaben zu Protokoll, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 03.09.1994.

Dies., Behutsam an die Freiheit herangetastet, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 12.11.1994.

Dies., Bericht des ungarischen Juden Ernst Fleischer über seine Häftlingszeit im KZ Barth, in: Diekmann, Irene (Hrsg.), Wegweiser durch das jüdische Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam 1999, S. 504–512.

Dies., Endlich nach Hause, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 19.11.1994.

Dies., Die schwere Flucht in das Gelobte Land, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 01.10.1994.

Dies., Das Nachthemd mit der Krone, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 15.11.1994.

Dies., Nichts ist vergessen und niemand. Aus der Geschichte des Konzentrationslagers in Barth, Kückenshagen 1995.

Dies., „Ringlein, Ringlein, du mußt wandern...“, in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe (= Schriften der Geschichtswerkstatt Toitenwinkel, Heft 5), Rostock 1998, S. 20–22.

Raif, Zerstörungen durch Luftangriffe von 1941 bis 1945, in: Sozialistisches Rostock. Information und Dokumentation aus dem Stadtarchiv (= Kleine Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock, Heft 1), Rostock 1972, S. 26 f.

Redmer, Kurt, Das grüne Tal. Gedanken um einen Ort der Erholung und des Gedenkens, in: Revolutionäre Traditionen der Arbeiterbewegung Mecklenburgs 1848 bis 1945, Schwerin 1982, S. 55 f.

Regierungsblatt für Mecklenburg, Jahrgang 1943.

Reinhold, Christine und Hartmut, Telegramm aus Holland – Erinnerungen an J. ter Morsche – Kommunist und Widerstandskämpfer, in: Wolgast-Buch, 3, Wolgast 1986, S. 10–14.

Reuterstadt Stavenhagen 1264–1989, Rat der Reuterstadt Stavenhagen (Hrsg.), Reuterstadt Stavenhagen 1989.

Roth, Karl Heinz, Unfreie Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich 1930–1945. Historische Grundlinien und Methodenfragen, in: Röhr, Werner, Brigitte Berlekamp (Hrsg.), „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992–1996, Berlin 1996, S. 199–217.

Ders., Dreifache Ausbeutung der Fremdarbeiter. Eine Dokumentation über Ökonomie und Politik des Lohnersparnisstransfers in der „europäischen Großraumwirtschaft“ 1940–1944, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, 1. Jahrgang, 1985, Heft 7/ 8, S. 69–100.

Runderlasse des Reichsarbeitsministeriums, Jahrgänge 1940, 1943 und 1944.

Saathoff, Joachim, Raketenentwicklung in Peenemünde – Technisches Erbe und historische Wirkung, in: Guntau, Martin und Michael Meyer (Hrsg.), Maschinen, Schiffe und Raketen. Technikentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 1995, S. 86–92.

Schmelzer, Janis, Das hitlerfaschistische Zwangsarbeitssystem und der antifaschistische Widerstandskampf der ausländischen Kriegsgefangene und Deportierten (1939–1945) (dargestellt unter besonderer Beachtung der IG-Farben-Betriebe im Bereich Halle-Merseburg), Ms., Diss. Halle 1963.

Schminck-Gustavus, C[hristoph] U., Herrenmensch und Badoglioschweine. Italienische Militärinternierte in deutscher Kriegsgefangenschaft 1943–45. Erinnerungen von Attilio Buldini und Gigina Querzé, in: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945, Berlin 1986, S. 55–102.

Schönrock, Harry, Die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers in Neubrandenburg und antifaschistische Widerstandsaktionen in den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg, Diplomarbeit, Philosophische Fakultät der Universität Rostock, Ms., 1969.

Ders., Antifaschistischer Widerstandskampf in Neubrandenburg zur Zeit des zweiten Weltkrieges, in: Heimatkundliches Jahrbuch, Bezirk Neubrandenburg, I, 1966, S. 194–199.

Schönrock, Herbert, Der antifaschistische Widerstandskampf unter der Führung der KPD in der Stadt Rostock 1933–1945, Examensarbeit, Ms., Rostock 1963.

Schöwe, Heinz, Kleine Tot am Vogelsang, in: Ostsee-Zeitung, undatiert.

Schoschkina, Iraida, KZ Barth-Nr. 29502, ein Erlebnisbericht (Auszüge), in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe (= Schriften der Geschichtswerkstatt Toitenwinkel, Heft 5), Rostock 1998, S. 10–19.

Schreiber, Gerhard, Militärsklaven im Dritten Reich. Zum Schicksal der entwaffneten italienischen Soldaten nach dem 8. September 1943, in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München, Zürich 1999, S. 761–771.

Schröder, Heinz, Die Entwicklung der Elbwerfft von den Anfängen bis in unsere Zeit, in: Boizenburg. Beiträge zur Geschichte der Stadt, 1, Boizenburg 1980, S. 52–60.

Schubarth/ Thomas Schmidt, „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen, in: Heinemann, Karl-Heinz/ Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, Köln 1992, S. 12–28.

Schubert, Peter, Geschichte der Luft- und Raumfahrt in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 1999.

Schütt, Karl-Heinz, Ein vergessenes Lager? Über das Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück, Schkeuditz 1997.

Ders., Ein vergessenes Lager? (II) Über das Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück, Schkeuditz 1998.

Schultz-Naumann, Joachim, Mecklenburg 1945, 2. Auflage, München 1989.

Schupetta, Ingrid, Frauen- und Ausländererwerbstätigkeit in Deutschland 1939 bis 1945, Köln 1983.

Dies., Jeder das Ihre – Frauenerwerbstätigkeit und Einsatz von Fremdarbeitern/ -arbeiterinnen im Zweiten Weltkrieg, in: Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frauengruppe Faschismusforschung (Hrsg.), Frankfurt am Main 1981, S. 292–317.

Schwabe, Klaus, Arroganz der Macht. Herrschaftsgeschichte der KPD und SED in Mecklenburg und Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1997.

Seeber, Eva, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939–1945), Berlin 1964.

Seifert, Karl-Dieter, Geschäft mit dem Flugzeug. Vom Weg der deutschen Luftfahrt, Berlin 1959.

Smith, Bradley, F. und Agnes F. Peterson (Hrsg.), Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, Frankfurt/ Main [u.a.] 1974.

Spanjer, Rimco, Der „Totaleinsatz“ – kurzer Überblick und einige Zahlen, in: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945, Spanjer, Rimco, Diete Oudeshuijs, Johan Meijer (Hrsg.), Bremen 1999, S. 85–90.

Spoerer, Mark, Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen, in: Damals, Heft 2/ 2000, S. 35–37.

Ders., Zwangsarbeit im Dritten Reich, Verantwortung und Entschädigung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 51. Jahrgang, 2000, S. 508–527.

Ders., Profitierten Unternehmen von KZ-Arbeit? Eine kritische Analyse der Literatur, in: Historische Zeitschrift, Band 268, 1999, S. 62–95.

Ders., Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart, München 2001.

Ständer, Ilse, Das Außenlager Boizenburg des KZ Neuengamme, Boizenburg 1996.

Stahl, Jochen, Vom Werden und Wachsen der Neptunwerft. Eine Chronik der 130jährigen Entwicklung, Rostock 1979.

Stalag II E. Eine Dokumentation über die bei Schwerin –Neuzippendorf entdeckten Massengräber, Schwerin 1961.

Start aus der Hölle, in: Sport und Technik, 12/ 73, S. 21–23.

Steinmüller, Wilfried, Spuren im Heidegras – Das KZ-Lager Schwarzenpfost/ Steinheide bei Rostock, in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe (= Schriften der Geschichtswerkstatt Toitenwinkel, Heft 5), Rostock 1998, S. 30–33.

Stendell, Günther, Die Geschichte des Konzentrationslagers Reiherhorst bei Wöbbelin, in: Gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, Schwerin 1967, S. 41–62.

Ders., Kämpfer gegen Faschismus und Krieg. Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Kreis Parchim 1933–1945, o.O. [Parchim] o.J. [1969].

Ders., Das Zuchthaus Dreierbergen Bützow – eine faschistische Vernichtungszentrale in Mecklenburg, in: Schweriner Blätter 3. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Schwerin, Schwerin 1983, S. 14–22.

Sternkiker, E., Akten lagen fast sechs Jahrzehnte unter den Dielenbrettern, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 14.06.2001.

Ders., Ribnitz-Damgarten 1933 bis 1945 – eine Stadt unter dem Hakenkreuz. Teil 3: Eintopfsonntage, Theater und Flugzeugbau, in: Ostsee-Zeitung (Ausgabe Ribnitz-Damgarten) vom 02.02.1993.

Stræde, Therkel, „Deutschlandarbeiter“. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft, 1940–1945, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 140–171.

Strebel, Bernhard, Verlängerter Arm der SS oder schützende Hand? Drei Fallbeispiele von weiblichen Funktionshäftlingen im KZ Ravensbrück, in: Werkstatt Geschichte, Heft 12, 1995, S. 35–49.

Ders., Das Männerlager im KZ Ravensbrück 1941–1945, in: Dachauer Hefte, 14. Jahrgang, 1998, Heft 14, S. 141–174.

Ders., „Verdammt sind meine Hände“. Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie in den Außenlagern des KZ Ravensbrück, in: Zeitgeschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 4–8.

Streim, Alfred, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Heidelberg, Karlsruhe 1981.

Streit, Christian, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

Ders., Sozialpolitische Aspekte der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Długoborski, Waclaw (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 184–196.

Streuling, K[arin] und Klim, K., „Wo es nichts zu weinen gibt...“. Ein Jahrhundert der Frau im Recht, Neubrandenburg 2000.

Stübe, Erich, Die Schweriner Eisengießerei „Robert Klingebiel“, in: Verschwunden – vergessen – bewahrt? Denkmale und Erbe der Technikgeschichte in Mecklenburg und Vorpommern, Rostock 1997, S. 106 f.

Stüdemann, Kurt, Parchim 1945 – Am Rande des Abgrundes. Teil I: Ereignisse bis zum 3. Mai 1945 (= Parchimer Heimathefte, Nr. 19), Barsbüttel 1994.

Ders., Parchim 1945–1947. Vom Leben in jenen Tagen. Teil 1 (= Parchimer Heimathefte, Nr. 24), Barsbüttel 1995.

Stutz, Reno, Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1933–1939 im Vergleich ausgewählter Territorien [Land Mecklenburg, Provinz Sachsen (Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg) und Land Sachsen (Kreishauptmannschaft Chemnitz)], Diplomarbeit, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock Sektion Geschichte, Ms., Rostock 1986.

Ders., Sklavenarbeit gleich nebenan. Geschichtswerkstatt Toitenwinkel auf den Spuren vergessener Arbeitslager, in: Mecklenburg-Magazin, 1999, Heft 26.

Ders., Zur Lage der Arbeiter in den Rostocker Ernst-Heinkel-Flugzeug-Werken während des Zweiten Weltkrieges, in: Pelc, Ortwin (Hrsg.), 777 Jahre Rostock. Neue Beiträge zur Stadtgeschichte, Rostock 1995, S. 245–252.

Thälmann, Irma, Erinnerungen an meinen Vater, Berlin 1958.

Tresp, Harald/ Axel Dietrich, 17./ 18. August 1943. Vor 50 Jahren Bomben auf Peenemünde. „Operation Hydra“, Peenemünde 1993.

Tuchel, Johannes, Dimensionen des Terrors: Funktionen der Konzentrationslager in Deutschland 1933–1945, in: Dahlmann, Dittmar und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, Essen 1999, S. 371–389.

Umbreit, Hans, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Erster Halbband. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 3–345.

Ders., Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5, Zweiter Halbband. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/ 45, Stuttgart 1999, S. 1–272.

Die frühere Waggonfabrik Wismar (= Blätter zur Verkehrsgeschichte Mecklenburgs, Heft 4),

Wagner, Andreas, Inmitten des zivilisierten Deutschland. KZ-Außenlager zwischen Peene und Boize, in: Mecklenburg-Magazin, 1999, Nr. 15, S. 22.

Wagner, Jens-Christian, Noch einmal: Arbeit und Vernichtung. Häftlingseinsatz im KL Mittelbau-Dora 1943–1945, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, Frei, Norbert, Sybille Steinbacher und Bernd C. Wagner (Hrsg.), München 2000, S. 11–41.

Ders., Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2001.

Ders., Zwangsarbeit in Peenemünde (1939–1945): Praxis und Erinnerung, in: Zeitgeschichte regional, 4. Jahrgang, 2000, Heft 1, S. 15–21.

Weber, Alfred, Stärker als der Tod. Die verbrecherische Rolle des Heinkel-Konzerns im KZ-Außenlager Barth und der Widerstand der Häftlinge vieler Nationen, Rostock 1970.

Weinmann, Martin (Hrsg.), Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), 2. Auflage, Frankfurt am Main 1990.

Wendt, Inge, „Fremdarbeiter“ in Rostock 1939–1945, in: Stadtgespräch aus der Region Rostock. Jahrgang 1995, 3 Quartal, S. 15.

Dies., Zur Entwicklung der Neptunwerft im zweiten Weltkrieg und ihre kriegswirtschaftliche Bedeutung, in: 140 Jahre Eisenschiffbau in Rostock. Symposium am 31. März 1990 in der Schiffswerft Neptun/ Rostock, Berlin 1991, S. 74–77.

Dies., Zur Entwicklung der Stadt Rostock im zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945, phil. Diss. Rostock, Ms., Rostock 1989.

Wieben, Uwe, Keiner ist vergessen, nichts ist vergessen. Verfolgung, Opposition und Widerstand in Boizenburg, Rostock 1997.

Wir erfüllen ihr Vermächtnis. Herausgegeben zum 60. Jahr des Roten Oktober, Gedenkstätten in Neubrandenburg, Neubrandenburg 1977.

Wismar 1229–1979, Rat der Stadt Wismar (Hrsg.), Wismar 1979.

Wittich, Bernd, Die dritte Schuld. Antifaschismus, Stalinismus, Rechtsextremismus, in: Heinemann, Karl-Heinz/ Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, Köln 1992, S. 29–36.

Wittig, Peter, Das Aradowerk in Anklam, in: Zeitgeschichte regional, 3. Jahrgang 1999, S. 46–48.

Wolf, Eleonore (Red.), Neubrandenburg. Chronologische Stadtgeschichte und Firmenportraits, Neubrandenburg 1997.

Woydt, Johann, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Heilbronn 1987.

Zámečník, Stanislav, Kein Häftling darf lebend in die Hände des Feindes fallen. Zur Existenz des Himmler-Befehls vom 14./18. April 1945, in: Dachauer Hefte, 1. Jahrgang, 1985, S. 219–231.

Zeiger, Antje, Todesmärsche im Frühjahr 1945. Evakuierungen aus Konzentrationslagern im Gebiet Mecklenburg/ Vorpommern, in: Diekmann, Irene (Hrsg.), Wegweiser durch das jüdische Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam 1998, S. 477–503.

Zielinski, Bernd, Die deutsche Arbeitseinsatzpolitik in Frankreich 1940–1944, in: Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Overy, Richard, Gerhard Otto, Johannes Houwink ten Cate (Hrsg.), Berlin 1997, S. 109–131.